

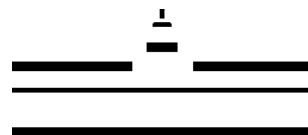
Fachbereich 06
Graduate School of Sociology

**Fremdheitskonstruktion durch
politische Entscheidungsprozesse –
Wer zugewandert ist, bleibt fremd!**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades Dr. phil.
im Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften
der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (Westf.)

vorgelegt von

Sebastian Kloth
aus Neustadt in Holstein
1980



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

Dekan der Philosophischen Fakultät: Prof. Dr. Martin Bosen
Vorsitzende des Promtionsausschusses: Prof. Dr. Stefanie Ernst
Erstgutachter: Prof. Dr. Matthias Grundmann
Zweitgutachter: PD Dr. Raphael Beer
Tag der Promotion: 6. Oktober 2016

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken (dazu zählen auch Internetquellen) entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Hamburg, 15.2.2016

Sebastian Kloth

Vorwort

You´ll never walk alone...

Mit diesen Worten möchte ich mein Vowort beginnen, da sie geradezu als Sinnbild für eine gelungene Promotion stehen. Wer alleine ist, kann neben Beruf und Familie nicht promovieren. Das ich dieses Projekt abschließen konnte, verdanke ich vielen Menschen aus verschiedenen Gründen.

Zu allererst möchte ich natürlich meiner Frau Nicole Becker-Kloth danken. Sie stand und steht immer an meiner Seite und wir unterstützen uns gegenseitig. Ich liebe Dich und wir werden zusammen immer lächelnd durch dieses Leben gehen. Zusätzlich hat Nicole mir im Jahr 2013 meinen Sohn Lasse geschenkt, der natürlich das Projekt Dissertation zum einen verlangsamte, mir aber mit seinem Lächeln auch viel Kraft gibt.

Natürlich gilt mein Dank meiner gesamten Familie – ohne die Unterstützung meiner Eltern, Geschwister und Schwiegereltern, hätte ich meinen Weg nicht gehen können.

Alleine sein bedeutet auch, keine Freunde zu haben – zum Glück habe ich sehr gute, die mir immer beigestanden haben, wenn ich gefragt habe. Ich möchte meinen besonderen Dank an Sebastian Latte, Johanna Runge und Dr. Björn Hüpping aussprechen. Ohne die Hilfe bei der Formatierung und beim Layout durch Sebastian Latte, hätte ich dieses Projekt auf den letzten Metern nicht vollendet. Johanna Runge hat zum einen viel gelesen und mich zum anderen bei der Erstellung des Literaturverzeichnisses maßgeblich unterstützt. Dr. Björn Hüpping hat sehr viel korrigiert und ist darüber hinaus mein ältester und zugleich bester Freund. Auch wenn er als Trauzeuge immer meinen Hochzeitstag vergisst.

Ich möchte mich bei meinen Arbeitsstellen und Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mich auf meinem Weg zur Promotion begleitet haben. Zuerst möchte ich Frau Christiane Cantauw, Geschäftsführerin der Volkskundlichen Kommission für Westfalen (LWL), meinen Dank aussprechen. Frau Cantauw hat mein Potential früh erkannt und immer gefördert. Des Weiteren möchte ich den Hamburger Grünen danken – die mir die Möglichkeit gaben, mich immer wieder zu beweisen. Stellvertretend für viele gilt mein Dank der Landesgeschäftsführerin der Grünen Hamburg Julia Hammerschmidt.

Mein Weg führte mich aktuell in die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gesellschaft in Hamburg. Dort fungiere ich als persönlicher Referent der Senatorin Katharina Fegebank. Ihr gebührt ein großer Dank für Ihr Vertrauen in meine Person. Des Weiteren möchte ich dem gesamten Team der Präsidialabteilung danken – stellvertretend hierfür Dr. Alexander Vogel. Die Arbeit ist sehr anspruchsvoll und zeitintensiv – aber mit lieben Menschen an der Seite einfacher.

Last but not least möchte ich meinem Magister- und Doktorvater Prof. Dr. Matthias Grundmann danken. Er war einer der ersten, der mir gezeigt hat, dass Soziologen über den Tellerrand schauen müssen, um Gesellschaft verstehen zu können. Unsere einwöchige Exkursion ins Ökodorf Sieben Linden werde ich als wichtige Erfahrung in meinem Herzen behalten. Ich wünsche ihm, dem Institut für Soziologie und der Graduate School of Sociology alles erdenklich Gute und viele spannende Diskussionen. Mein Dank gilt auch PD Dr. Raphael Beer, der mir als Zweitkorrektor mit vielen guten fachlichen Ratschlägen zur Seite stand um mein Dissertationsprojekt abzuschließen.

Ich gehe weiter meinen Weg mit Euch zusammen – Vielen Dank

Sebastian Kloth

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Begriffsabgrenzung	1
2. Die theoretische Konzeptionierung	7
2.1. Das Schleusenmodell und das Messinstrument Printmedien.....	7
2.2. Das Konzept einer losgelösten Öffentlichkeit	25
2.3. Die Realität und Funktion der Massenmedien	37
2.4. Das kollektive Gedächtnis als bestimmender Faktor der Gruppenbildung	40
2.5. Die Vieldeutigkeit des Fremden in der Interkulturalität	46
3. Die Printmedien.....	52
3.1. Die Bild-Zeitung (Bild)	54
3.2. Die Süddeutsche Zeitung (SZ).....	56
3.3. Die tageszeitung (Taz)	56
3.4. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ).....	58
4. Die zugewanderungspolitische Quellenlage als Referenz.....	61
4.1. Wissenschaftliche Quellenlage – Sekundärquellen	62
4.2. Aus der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“	65
4.3. Der Migrationsbericht	68
5. Die historische Betrachtung der politischen Regulierung der Arbeitsmigration	70
5.1. Der Mythos „Gastarbeiter“- Ein Problem der Konnotation	70
5.2. Die Integrationsmaßnahmen bis ins 21. Jahrhundert	75
6. Die politischen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration	83
6.1. Die rechtlichen Bestimmungen der IT-ArGV (Green Card)	85
6.2. Die rechtlichen Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes (ZuwGs).....	90
6.3. Der Nationale Integrationsplan (NI).....	97
6.4. Der „Kopftuchstreit“ in der politischen Diskussion	104
6.5. Die DIK in den Jahren 2006-2009.....	107
7. Koalitionsprogramme der Regierungsparteien nach den Wahlen 1998, 2002, 2005 und 2009	117
7.1. Der rot-grüne Koalitionsvertrag im Jahr 1998.....	117
7.2. Der rot-grüne Koalitionsvertrag im Jahr 2002.....	119

7.3.	<i>Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Jahr 2005</i>	121
7.4.	<i>Der Koalitionsvertrag CDU-FDP im Jahr 2009</i>	123
8.	Die medial transportierten Bilder der politischen Entscheidungsprozesse	127
8.1.	<i>Die Debatte um die Green Card</i>	127
8.1.1	Der Zyklus Green Card in der Bildzeitung	128
8.1.2	Der Zyklus Green Card in der SZ /der Taz und der FAZ.....	132
8.1.3	Die Fachkräfte-Diskussion im Jahr 2007	144
8.1.4	Das Jahr 2008 – Blue Card und Gastarbeiter.....	151
8.2.	<i>Zyklus ZuwG – Die Jahre 2001 / 2004 / 2006</i>	153
8.2.1	Der Zyklus in der Bild-Zeitung	154
8.2.2	Der Zyklus ZuwG in der Taz, SZ und FAZ in den Jahren 2001/2002	160
8.2.3	Der Zyklus ZuwG in der Taz, SZ und FAZ im Jahr 2004	167
8.2.4	Der Zyklus ZuwG in der SZ, FAZ und der Taz in den Jahren 2005/2006	172
8.3.	<i>Der Nationale Integrationsgipfel als Forum für den Einbürgerungstest</i>	175
8.3.1	Der NI im Jahr 2006	175
8.3.2	Der Einbürgerungstest im Jahr 2006.....	183
8.3.3	Der NI und Einbürgerungstest im Jahr 2007.....	195
8.3.4	Der NI und die Einbürgerungstests in der Bild im Jahr 2008.....	210
8.3.5	Der NI und der Einbürgerungstest in der Taz, FAZ und SZ im Jahr 2008.....	215
8.3.6	Der NI im Jahr 2009	222
8.3.7	Der Einbürgerungstest im Jahr 2009	226
8.4.	<i>Die Politikum Kopftuch in den Medienberichten</i>	229
8.4.1	Der Darstellung des Kopftuches in der Bild-Zeitung.....	229
8.4.2	Die Kopftuchdebatte in der SZ, der Taz und der FAZ	233
8.5.	<i>Die Deutsche Islamkonferenz in den Jahren 2006-2009</i>	256
8.5.1	Die DIK im Jahr 2006.....	257
8.5.2	Die DIK im Jahr 2007.....	271
8.5.3	Die DIK im Jahr 2008.....	282
8.5.4	Die DIK im Jahr 2009.....	288
9.	Auswertung: Fremdheitskonstruktionen in den Printmedien	292
10.	Fazit: Prüfung der Ergebnisse anhand der behandelten Theorien	303
11.	Anlagen	311
11.1.	<i>Literaturverzeichnis</i>	311
11.1.1	Bücher	311
11.1.2	Internet-Quellen	315

11.1.3	Zeitungen [chronologisch]	316
11.2.	Abbildungsverzeichnis.....	333
11.3.	Lebenslauf.....	333

1. Einleitung und Begriffsabgrenzung

Diese Dissertation widmet sich der Thematik von politischen Entscheidungsprozessen und untersucht die Plausibilität, ob sich Fremdheitskonstruktionen in den Integrationskatalogen, Programmprozessen und Foren der Teilhabe der Regierung widerspiegeln. Diese sogenannten Makroprozesse und Problemverarbeitungsprozesse der Politik müssen in die Lebenswelten der Gesellschaft transportiert werden, damit sie von den angesprochenen Gruppen beziehungsweise Adressaten wahrgenommen werden können. In der heutigen Zeit leiten die Medien Informationen zwischen Sender und Empfänger weiter.¹ Eine Analyse der politischen und rechtlichen Maßnahmen wird zum einen anhand der politischen Integrationskataloge, Maßnahmen und Gesetze und zum anderen mittels einer Printmedienanalyse erfolgen. Die Printmedien werden der Bezugspunkt des Auswertungskapitels der Arbeit sein, da sie eine zeitliche Konstante bilden und somit an ihnen inhaltlich das politische Handeln besonders gut nachgezeichnet und bewertet werden kann.

Das Ziel ist unter anderem die Beantwortung der Fragestellung, ob und wie mittels der Darstellung von politischen Entscheidungsprozessen in den Printmedien Fremdheit konstruiert werden kann und hergestellt wird. Die politischen Entscheidungsprozesse werden im Vorfeld dargestellt und dienen als Bezugsquelle für die mediale Analyse. In den Prozessen kann aufgezeigt werden, an welchen Stellen bereits Fremdheit konstruiert wird oder ein Demokratiedefizit attestiert werden muss. Die Abbildung des Diskurses ist somit nicht nur medial zu finden, auch in den Wahl-, Koalitions- und Grundsatzprogrammen der Parteien im politischen Zentrum sind diese Diskurse abbild- und aufzeigbar. Des Weiteren müssen die wissenschaftlichen Publikationen, die sich oft mit einem Teilbereich des Zuwanderungs- und Einbürgerungsprozesses in Deutschland beschäftigen, behandelt werden. Eine These dieser Dissertation ist, dass nur über die konstante Behandlung und Sichtung der Diskurse in den Printmedien und politischen Entscheidungsprozessen, die Tragweite der Konstruktionen und die Schiefelage im Diskurs zu Tage treten. Zur theoretischen Herleitung werden die Überlegungen von Niklas Luhmann zur Funktion und Realität der Massenmedien genutzt. In der Dissertation werden zur Veranschaulichung der Prozesse bereits in der theoretischen Herleitung und politischen Analyse normative Annahmen eingeführt, die in dem Kontrollorgan der Untersuchung, den Printmedien, mit Beispielen unterlegt werden.

¹ In Anbetracht der analytischen Vorgehensweise in dieser Dissertation wurde aufgrund der Lesbarkeit für den Rezipienten, auf eine geschlechtergerechte Sprache verzichtet.

Für die Analyse elementar sind die theoretischen Ansätze, Begriffs- und Modellentwicklungen von Jürgen Habermas. Dieser geht im idealtypischen Fall von einem Schleusenmodell auf der Grundlage von Bernhard Peters aus. Nach dieser Theorie werden im politischen Zentrum Lösungsmöglichkeiten für Probleme entworfen und an die Lebenswelt kommuniziert. Diese hat wiederum Einfluss indem sie sich zu diesem Output auf Augenhöhe äußern kann. In der modernen durchstrukturierten Welt übernehmen die Öffentlichkeiten, in diesem Fall die Printmedien, die Kommunikation der Ergebnisse. Allerdings muss auch hier Transparenz und Teilhabe möglich sein. Diese Dissertation wird die Schranken zu den angesprochenen Diskursen und den Problemverarbeitungsprozessen aufzeigen, mit denen versucht wird, diese Schieflagen und Schranken aufzubrechen. Um dies plausibel darstellen zu können, erfolgt eine Weiterentwicklung des um die Medien erweiterten Schleusenmodells von Habermas. Des Weiteren werden die Schranken zum politischen Diskurs deutlich, da keine Rückkopplung zu den Adressaten in der Lebenswelt erfolgt. Luhmann spricht in diesem Zusammenhang von einer Hintergrundrealität, die von Politik und Medien hergestellt werden. Das politische Zentrum operiert und hat einen Output, der von den Medien als Mittler beobachtet und als Realität weitergegeben wird. Aus diesem Grund wird mittels Niklas Luhmann hergeleitet, unter welchen Prämissen Medien beobachten, selektieren und dann vermitteln. Es kann anhand des Material aufgezeigt werden, dass über diese Vermittlung eine soziale und institutionelle Diskriminierung im System immanent ist und somit ein Demokratiedefizit entsteht.

Als Grundlage ist zunächst eine theoretische Begriffsabgrenzung von Bedeutung. Es muss geklärt werden, was Fremdheit in diesem speziellen Fall bedeutet und wie sich die deutsche Gesellschaft aufteilt. Es wird mittels der Theorie des Wissenschaftlers Maurice Halbwachs geklärt, wie sich gesellschaftliche Gruppen durch Selbst- und Fremdzuschreibungen gegeneinander ausformen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft in kollektive soziale Gruppen aufteilt, die sich maßgeblich über ihre Erfahrungen und Erinnerungen ausprägen. Die so entstehenden Erfahrungsräume, respektive Lebenswelten, bilden dann den Bezugspunkt für die Gruppenmitglieder zur Deutung ihrer Umwelt. Die Gruppen sind durch sozial eingefärbte Informationen über die jeweilige Einheit ständig Änderungen unterworfen. Diese Veränderungen werden in der Gruppenidentität gespeichert und können Abgrenzungstendenzen hervorrufen. Es finden über diese Erfahrungsräume Sozialisationsprozesse statt.

Der Begriff Fremdheit muss in diesem speziellen Fall nach Bernhard Waldenfels als Sphäre der Interkulturalität zwischen Gruppen verstanden werden, die durch Kommunikation entweder

abgebaut oder verstärkt werden kann. In dieser Dissertation wird die These untersucht, ob die Möglichkeit besteht, dass die beschriebene soziale Gruppenidentität durch die Verbreitung politischer Entscheidungsprozesse beeinflusst wird und sich dadurch Veränderungen in der Gruppenstruktur ergeben könnten. Hierfür werden zum einen der politische Output und zum anderen die mediale Thematisierung untersucht.

In der heutigen durch Pluralität gekennzeichneten Gesellschaft, bedingt durch Migration, die Globalisierung und die kommunikative Vernetzung, wäre es kurzsichtig zu behaupten, jedes Individuum würde sich nur über nationalstaatliche Politik und auf der Mikro-Ebene durch Familie und Freunde sozialisiert. Neue Informationsebenen, wie die Interkulturalität zwischen Gruppen, sind entstanden, über die kommuniziert wird und die mittlerweile gleichzeitig als politische Plattformen für Entscheidungsprozesse dienen. Nach den Grundsätzen eines demokratischen Staates, müsste für jedes Individuum und jede Gruppe, sei sie noch so klein, die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe bestehen. Das heißt, sowohl für die Mehrheitsgesellschaft, als auch für die Minderheitengruppen, sollte es erstens eine kommunikative Plattform geben, auf der sie sich zu politischen Themen äußern können. Zweitens müsste gewährleistet sein, dass alle Gruppen über diese Ebene das gleiche Maß an politischen Informationen erhalten. In der heutigen stark durchstrukturierten Gesellschaft haben die Medien diese Ebene der Kommunikation eingenommen und sind daher für die vorliegende Analyse bedeutsam. Neue Foren wie die Deutsche Islamkonferenz (DIK) oder der Nationale Integrationsgipfel (NI) wurden vom politischen Zentrum entworfen, um die Prozesse der Teilhabe für die Migrantengruppen zu verstärken und routinierte Problemverarbeitungsprozesse aufzubrechen. Die Arbeit wird zeigen, dass die Foren interessante Ansätze bilden, allerdings nicht konsequent für die Entwicklung von gemeinsamen Lösungsansätzen genutzt werden. Vielmehr werden bereits vorformulierte Gesetze und politische Maßnahmenkataloge zur Abstimmung vorgelegt. Dies fördert eher das Unverständnis und das Gefühl der mangelnden Anerkennung und Teilhabe unter den Adressaten dieser politischen Kataloge.

Für die Untersuchung der Konstruktion von Fremdheit musste eine Gruppe gefunden werden, die zum einen klar politisch und medial benannt wird und zum anderen aufgrund ihres gesellschaftlichen Status verstärkt politisch diskutiert wird. Da das Thema Zuwanderung und die Arbeitsmigration in der deutschen Gesellschaft seit den 1950er Jahren stark thematisiert wird, wurden die ehemaligen Arbeitsmigranten und ihre Familien als für die Untersuchung relevant ausgewählt. Ein geschichtlicher Überblick scheint im Verlauf der Arbeit sinnvoll, da nur so gezeigt

werden kann, wie sich die Arbeitsmigration nach Deutschland gestaltet hat und mit welchen gesellschaftlichen Ressentiments die sogenannten Gastarbeiter seit der Einwanderung zu kämpfen hatten.

Des Weiteren lassen sich anhand der historischen Betrachtung die restriktiven politischen Maßnahmen und die bereits in den 1980er Jahren vorkommenden medialen Diskriminierungen zeigen. Da viele politische Äußerungen vor allem in den Printmedien veröffentlicht wurden, lässt dieses zwei Schlüsse zu. Erstens müssen bereits die ersten politischen Forderungen, wie das später dargestellte Rotationsprinzip, ein Gefühl der Fremdheit geschaffen haben und zweitens scheint gerade die Printmedienanalyse für die angestrebte Untersuchung geeignet zu sein. In Zeitungen kann über mehrere Jahre das politische Geschehen verfolgt und bewertet werden. Die ehemaligen Arbeitsmigranten eignen sich für die angestrebte Printmedienanalyse besonders gut, da sie seit Ende der 1990er Jahre, im Zuge der Ausgestaltung der neuen Zuwanderungs- und Integrationsdebatte auf politischer Ebene, zum Medienthema wurden. Gleichzeitig wurden sie der Mehrheitsgesellschaft, wenn es um politische Entscheidungen in diesem Themenkomplex ging, über Stereotypenbildung als kulturell fremd und nicht integrationswillig vorgestellt. Folglich richtet sich der Fokus auf den Verarbeitungsprozess der politischen Entscheidungen in den Medien. Um diese vergleichen zu können, wird im Vorfeld ein Blick auf die politischen Maßnahmen und einzelne Parteiprogramme geworfen. Es wird sich zeigen, dass sich der Fokussierungsgrad in den Jahren der Untersuchung von 1998 - 2009 deutlich erhöht. Sowohl medial wie in den politischen Programmen erhöht sich die Artikel-, beziehungsweise die Seitenanzahl und die damit verbundenen konkreten inhaltlichen Forderungen und Angebote.

Damit eine konkrete Printmedienanalyse erfolgen kann, musste aufgrund der Vielfalt der politischen Entscheidungsprozesse in Bezug auf die Zuwanderung eine Einschränkung erfolgen. Es werden daher die politischen Maßnahmen Green Card und Zuwanderungsgesetz (ZuwG) dargestellt. Die Diskussion um die Green Card ist deshalb wichtig, weil durch sie eine neue Ebene in der Zuwanderungsdebatte erreicht wurde. Deutschland wurde auch politisch zum Einwanderungsland erklärt. Darauf aufbauend folgte die jahrelange politische Debatte über die Ausgestaltung der weiteren Zuwanderung, die schließlich in der Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes mündete. Es wird vermutet, dass gerade diese Diskussion, bedingt durch Sicherheitsgedanken und strikte Forderungen, wie Einbürgerungstests, eher Vorurteile und Fremdheit geschaffen hat, obwohl gerade diese mittels des Gesetzes abgebaut werden sollten. Die Einberufung des Nationalen Integrationsgipfels im Jahr 2006 muss als Höhepunkt dieser Diskurse angesehen werden. Dieses

Forum der Teilhabe wurde von der Bundesministerin Maria Böhmer direkt im Kanzleramt entworfen, um mit Vertretern der angesprochenen Minderheiten über die Verschärfung des ZuwGs, den Einbürgerungstest und die erwünschte Zuwanderung von Fachkräften (Blue Card Initiative) zu diskutieren. Allerdings wurde politisch nicht über die Ausgestaltung dieser Maßnahmen gesprochen, sondern nur über vorformulierte Ergebnisse. Diese Schieflage des Diskurses lässt sich anhand der untersuchten Printmedien abbilden. Vor allem Türken in Deutschland wurden mit diesem Gipfel adressiert, deren Teilhabe am politischen Diskurs muss aber als gering eingestuft werden. An dieser Stelle lässt sich ein demokratisches Defizit in den politischen Zentren heraus arbeiten. Die Adressaten selbst werden nicht zum Diskurs zugelassen und können nicht ihre Wünsche und Ideen artikulieren.

Eine weitere zu untersuchende Thematik ergibt sich aus dem historischen Kontext der Einwanderung. Ende der 1990er Jahre wurde eine Einwanderungsgruppe in ganz Europa vermehrt zum Problemfall stilisiert. Der Islam und somit die größte Gruppe in der deutschen Einwanderungsgeschichte seit den 1950er Jahren, „die Muslime“, gerieten aufgrund terroristischer Akte und ihrer angeblichen radikalen religiösen Motive unter Generalverdacht. Einem religiösen Symbol der Muslime, dem Kopftuch, wurde sowohl politisch als auch medial vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Das Kopftuch galt ab Ende der 1990er Jahre als befremdlich, da durch ihre Trägerinnen, laut politischer Auffassung, neue Werte und Weltbilder in die Gesellschaft hineingetragen würden. Die gesellschaftlich empfundene Gefahr wurde das erste Mal politisch und medial deutlich, als im Jahr 1998 eine muslimische Lehrerin mit einem Kopftuch ihre Aufnahme in den Schuldienst erwirken wollte. Dieser Bitte wurde, wie noch zu zeigen sein wird, rechtlich und politisch mit viel Gegenwehr begegnet und medial eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Dieses Politikum entwickelte sich zur „Kopftuchdebatte“, beziehungsweise dem sogenannten „Kopftuchstreit“ und wird das vierte Untersuchungsobjekt in den Zeitungen bilden. An dieser Debatte wird der Umgang mit Fremdheit in der deutschen Gesellschaft, so die These, besonders deutlich. Die von Wolfgang Schäuble politisch initiierte Deutsche Islamkonferenz (DIK) im Jahr 2006 sollte den Kontakt zu den in Deutschland lebenden Muslimen erhöhen und einen Dialog auf Augenhöhe ermöglichen. Kernfragen bildeten die Anerkennung und die Erhöhung der Teilhabe am gesellschaftlichen Dialog. Das Kopftuch als muslimisches Symbol und die Sicherheitsfragen infolge der weltpolitischen Entwicklungen avancierten zu den Hauptthemen. In den Medien dominierte die Diskussion über die Teilnehmer selbst und die Rolle des Islams in Deutschland. Die DIK, als modernes fortschrittliches Forum im politischen Zentrum erdacht, erntete in der medialen

Aufmerksamkeit viel Kritik. Im Fokus stand der politische Streit zwischen den Vertretern der Muslime und dem politischen Zentrum. Des Weiteren wurden mit den Muslimen auch viele türkische Zuwanderer angesprochen, so dass teilweise dieselben Experten in beiden Foren saßen.

Nach der rechtlichen und politischen Darstellung wird die mediale Auswertung in den vier Zeitungen: Bild-Zeitung (Bild), Süddeutsche Zeitung (SZ), tageszeitung (Taz) und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) erfolgen. Die exemplarische Inhaltsanalyse ergibt sich aus der vorgestellten Thematik. Untersucht wird, wie häufig, genau und objektiv über die Themen berichtet wurde und ob Vorurteile, Fremdheit und Gruppenzuschreibungen in den Artikeln auszumachen sind. In der vorliegenden Dissertation werden als erstes die politischen Entscheidungsprozesse untersucht. Des Weiteren wird untersucht ob und wie Zuwanderer in den Printmedien dargestellt werden und wie häufig sich wer zu den relevanten Themen äußern darf. Darauf aufbauend stellt sich die Frage, ob die Diskussion über die von der Politik auf der Makroebene erdachten Integrationsprogramme weitere Fremdheitserfahrungen geschaffen, oder vielmehr zu einer Annäherung beigetragen haben. Des Weiteren haben die Zuwanderer in den letzten Jahren, so die Theorie, zusätzlich zu ihrer bereits teilweise segregierten Stellung in der Mehrheitsgesellschaft mittels politischer und medialer Zuschreibungen weitere Fremdheit erfahren. Die einberufenen Foren haben, obwohl sie als Kommunikationsebene erdacht waren, einen großen Teil dazu beigetragen. Der Problemverarbeitungsmodus im politischen Zentrum wurde, so die These, nicht konsequent zu Ende verfolgt und förderte somit den Eindruck des Stillstandes im zuwanderungspolitischen Bereich.

Im letzten Teil der Arbeit wird eine Auswertung der Artikel aus den Zeitungen erfolgen. Diese werden in den theoretischen und historischen Kontext eingearbeitet, um zu prüfen, ob die dargestellten medialen Prozesse zur Herausbildung neuer sozialer Identitäten, beziehungsweise einem inneren sozialen Gruppenabschluss geführt haben könnten.

2. Die theoretische Konzeptionierung

Für die vorliegende Dissertation ist es bedeutend die Wege der politischen Entscheidungen aufzeigen zu können. Nach der Herleitung der politischen Öffentlichkeit und dem Aufzeigen der Konstruktion von Willens- und Meinungsbildungsmaßnahmen mittels politisch motivierten Verbänden und Interessensträgern ist es wichtig, die Schranken und Hürden dieser Form der Kommunikation darzustellen. Als These formuliert wechseln politisch motivierte Öffentlichkeiten in der Bevölkerung nach Interesse und Ansprache durch ein politisches Zentrum. Dies bedeutet, dass bei Zuwanderungs- und Einbürgerungsfragen ein anderer Adressat angesprochen wird, als beispielsweise in der Diskussion über Atomtransporte. Um die These einer Schiefelage des Diskurses zu verifizieren, müssen die Wege der politischen Entscheidungen nachvollzogen werden können. Dazu wird das Schleusenmodell von Peters mit den Ergänzungen durch Habermas herangezogen. Das Modell wird in dieser Dissertation um verschiedene Aspekte erweitert, um die Kommunikationswege und Schranken zum Diskurs verdeutlichen zu können. Die Darstellung des Schleusenmodells mit seiner Erweiterung erfolgt bereits im Vorfeld der theoretischen Herleitung, damit der Leser einen visuellen Ausgangspunkt der Theorie zur Verfügung hat.

2.1. *Das Schleusenmodell und das Messinstrument Printmedien*

Der Bereich Medienwirkungsforschung ist in der wissenschaftlichen Betrachtung der letzten Jahre sehr stark in den Fokus gerückt. Es gibt mannigfaltige Publikationen zu verschiedenen Themenkomplexen. Da an dieser Stelle die Printmedien jedoch als eine Art Kontrollorgan für eine Plausibilitätsuntersuchung der politischen Entscheidungsprozesse dienen sollen, wird auf eine umfassende Theorieerarbeitung verzichtet. Dennoch wird auf bestimmte Theorieaspekte und -elemente hingewiesen, um eine Adaption der Medienanalyse an die im weiteren Verlauf auszuwertenden Printmedien nachvollziehbar zu machen. Die Printmedien sind in dieser Dissertation zunächst idealtypisch nach Jürgen Habermas als Marktplätze der Öffentlichkeit zu verstehen. Da sich die Kommunikationsebene in unserer Gesellschaft systemisch so weit von der wirklichen Lebenswelt abgegrenzt hat, muss sie laut Habermas für jede Bevölkerungsgruppe zumindest theoretisch offen sein, um Bedürfnisse artikulieren zu können. Um diesen Zugang herzustellen, argumentiert Habermas mit dem Schleusenmodell von Peters, der der Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit des rechtsstaatlich regulierten Machtkreislauf nachgegangen ist und dann

als Vorschlag hatte, die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse auf die Achse eines Zentrum-Peripherie-Modells anzuordnen. Die in diesem Zusammenhang bislang nur kurz umrissene Sphäre der Öffentlichkeit bedarf noch einer näheren Betrachtung. Vor allem der Strukturwandel, den Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang erfahren hat, muss für die vorliegende Dissertation klar umrissen sein, um im Auswertungsprozess den Bereich Öffentlichkeit abgrenzen zu können. Dies wird im folgenden Kapitel unter Rekurrenz auf Habermas Strukturwandel der Öffentlichkeit geschehen um im Anschluss ein Schaubild des Schleusenmodells liefern zu können.

Nach der Einführung der Sphäre der Öffentlichkeit, die einen deutlich definierbaren Strukturwandel durchschritten hat und der Einführung der Gedanken von Habermas zum Schleusenmodell von Peters, werden anschließend verschiedene Schaubilder diese Konstrukte veranschaulichen. Elementar für diese Dissertation ist die hierbei getroffene Erweiterung des Schleusenmodells, um moderne Problemverarbeitungsmodi in einer vermehrt losgelösten medialen Öffentlichkeit und den verarbeitenden Strukturen im politischen Zentrum im Hinblick auf die Zuwanderungs- und Einwanderungsprozesse soziologisch erklären zu können.

Elementar für das demokratische funktionieren dieser Prozesse sind die Möglichkeiten aus der Lebenswelt der Adressaten heraus über die Ebene der (Print-)Medien zu diesen Themen Stellung beziehen zu dürfen, das heißt zum Diskurs über Zuwanderungsfragen zugelassen zu werden. Allerdings müssen hierfür die Schranken zum öffentlichen Diskurs durchgängig sein. Die vorliegende Dissertation wird mittels eines erweiterten Schleusenmodells, basierend auf Bernhard Peters² und Jürgen Habermas³ aufzeigen, dass teilweise sehr feste und geschlossene Schranken von der Lebenswelt in die politische Öffentlichkeit bestehen und daher der Diskurs über Zuwanderungs- und Einwanderungsfragen in einer politischen Schiefelage diskutiert wird.

Es müssen demnach eine multifunktionale Umgangssprache, oder zumindest allgemein gültige Symbole, in einer Form des verständigungsorientierten Handelns gefunden werden. Das Medium der Umgangssprache verschränkt die Komponenten der Lebenswelt miteinander.⁴ Ein Versuch dieser gemeinsamen Verortung von Begriffen und Sichtweisen in Politik und Lebenswelt wurde über die Einberufung der DIK im Jahr 2006 unternommen.

² Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main.

³ Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main.

⁴ Vgl. Habermas, Jürgen (1992) : S. 428.

An dieser Stelle wird das idealtypische Schaubild zur Veranschaulichung einmal exemplarisch dargestellt und im späteren Verlauf theoretisch fundiert:

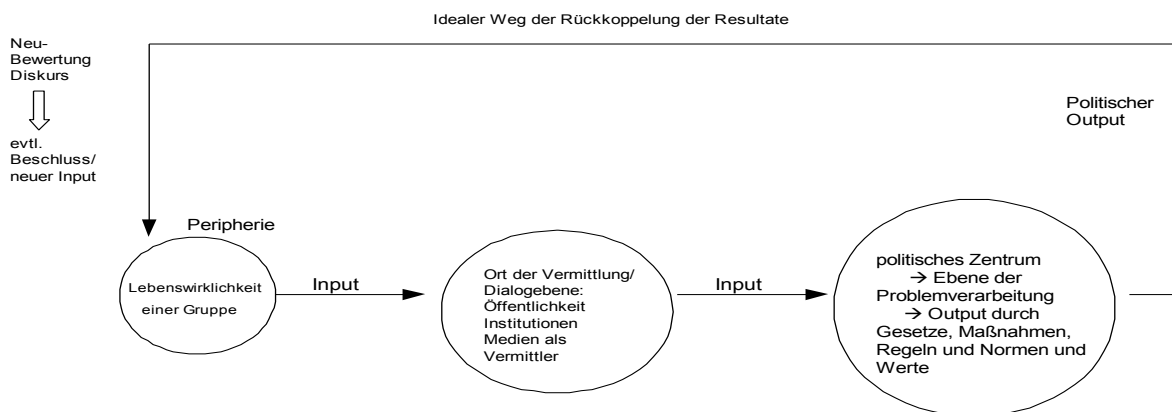


Abbildung 1 Idealtypisches Schleusenmodell ohne Erweiterung

Eine Gruppe hat nach diesem Modell in der Lebenswirklichkeit eine weitgreifende Idee und vermittelt diese über einen freien Zugang zur medialen Ebene an das politische Zentrum weiter. Die Ebene des Dialoges ist im idealtypischen Fall durchlässig im Informationsfluss und es wird keine Selektion oder Verkürzung vorgenommen. Das politische Zentrum erhält diese Informationen aus der Lebenswelt ungefiltert und kann einen Output in Formen von Gesetzen unter anderem (u. a.) vorschlagen. Dieser politische Output dient nun als Vorschlag für die artikulierende Gruppe in der Lebenswelt. Wird der Vorschlag akzeptiert, wird nicht weiter verhandelt. Gibt es neue Ideen oder Ergänzungen beginnt der Zyklus von vorne.

Die Ideen, Vorschläge, und Machtartikulationen werden also, mittels Habermas demokratischer Erweiterung, aus der Peripherie, also den Lebenswelten der Bevölkerung, heraus, zu dem komplexen Kernbereich des politischen Systems, nämlich an der Schleuse, transportiert. Bei Peters konnten die Ideen und Veränderungen ebenfalls aus der Schleuse selbst kommen, dann wäre dieses Modell aber nicht als demokratisch einzustufen. Diese Möglichkeit ist laut Habermas nur für den normalen, implizit legitimierte Modus des normalen Verfahrens der institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung gegeben. Die zunächst imaginär gedachte Schleuse ist sehr komplex institutionalisiert und es sind viele Wege der Anerkennung und Schranken des Ausschlusses involviert. Im Zentrum stehen die Regierungsparteien mit ihren Apparaten und Institutionen.

Nachdem eine Problemartikulation oder Idee die Schleuse durchlaufen hat, wird der gesellschaftliche Output von der/den betroffenen Gruppen meistens als verkleinert und verzerrt wahrgenommen. Der Erfolg in Form einer gesellschaftlichen Problemlösung oder Machtverschiebung hin zu einem

neuen oder anderen politischen Akteur, der die formulierten Aufgaben laut gesellschaftlicher Meinung besser verarbeiten kann, ist jedoch nicht ausgeschlossen.

Der im Zentrum ermittelte Output wird dann über die Vermittlungsinstanz der Medien, laut Ansatz der Dissertation über die Printmedien, an die Peripherie der Lebenswelten zurückgegeben. Im idealtypischen Fall wird die Vermittlung vom politischen Zentrum selbst erfüllt. Auf der Ebene der tatsächlichen Betroffenheit wird über das Ergebnis kommuniziert und gegebenenfalls, sollte das gewünschte Resultat nicht eingetreten sein, wiederum an die Problemlösungsinstanz der Schleuse herangetragen. Gründe für einen verpassten Konsens können politische Programme zu geringer Reichweite sein, oder der Aspekt, dass die gewünschten Ziele der jeweiligen Gruppe nicht erreicht wurden. Das betroffene Feld, beziehungsweise die Lebenswelt als Phänomen, wird dann nicht erreicht. Zusätzlich gibt es viele Netzwerke zwischen öffentlichen Verwaltungen und privaten Organisationen, die in Problemlagen die Koordinationsfunktion je nach Themenfeld übernehmen. Die meiste Zeit über läuft diese Maschinerie, beziehungsweise das Input-Verarbeitungs-Output-Programm der Gesellschaft routiniert ab und erst in Krisenzeiten werden vermehrt Vorschläge aus der Bevölkerung eingeholt, verschiedene soziale Gruppen angehört und/oder unbürokratischer gearbeitet.

Das politische Zentrum versucht in Krisenzeiten vermehrt den Kontakt zur lebensweltlichen Peripherie herzustellen, wie etwa bei der Einberufung der Islamkonferenz oder der behördlichen und richterlichen Klärung des Kopftuchstreits. Diese Vorgänge sind Resultate einer politisch empfundenen Krise der mangelnden Integration, da seit den 1980er Jahren zu geringe Schritte unternommen wurden, um dem Fremden innerhalb der deutschen Gesellschaft näher zu kommen. Die politischen Verarbeitungsmodi müssen dem Modell entsprechend über Kontakte mit den betroffenen Gruppen versuchen, neue politische Impulse und Ideen für eine Lösung der Problematik zu finden. Da diese neuen gesellschaftspolitischen Integrations-Modi, aufgrund jahrelanger politischer Verweigerung Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen, nicht erprobt sind, können die von vielen Stellen als Fehlentwicklungen empfundenen Lösungsangebote, wie das Zuwanderungsgesetz oder der Einbürgerungstest, als politischer Output/Lösungsansatz zunächst einmal das Zentrum verlassen und über die Vermittlungsinstanzen Verbreitung finden.

Diese Entwicklungen würde Habermas nicht als negativ bezeichnen, wenn die Möglichkeit des demokratischen (nochmaligen) Inputs gegeben ist. So bald eine soziale Gruppe keine Möglichkeit

der gesellschaftlichen Teilhabe und eines Mitspracherechtes hat, die politischen Instanzen nicht kennt und nicht über die Kontakte verfügt, beziehungsweise zu Vermittlungsinstanzen aufbauen kann, besteht die Gefahr der Verortung im gesellschaftlichen Randgebiet: der Peripherie. Unter Zuhilfenahme des Schleusenmodells lässt sich die Gefahr einer Randstellung besonders gut deutlich machen. Die jeweiligen Gesetze und Maßnahmen werden an die Lebenswelt über den Bereich der Öffentlichkeit herangetragen, können aber oftmals nicht kommentiert werden. Der Zugang zum Diskurs ist den betroffenen Minderheiten zum einen durch die mangelnde Möglichkeit der Teilhabe und zum anderen durch die fehlende Kenntnis der Institutionen verwehrt.

Herrschafts-, Macht- und Anerkennungsartikulationen sind demnach ein wesentlicher Bestandteil des modifizierten Schleusenmodells nach Habermas. Auch wenn sich diese Herrschaftsverhältnisse erst im Umkehrschluss formulieren lassen, da Habermas stets von einem idealtypischen herrschaftsfreien und demokratischen Schleusenmodell ausgeht. Es wird jedoch deutlich, dass dieser Idealtypus nicht existieren kann, da es besonders im Zentrum der Schleuse um die Artikulation und den Erhalt von Machtstrukturen geht, die unter anderem über die (Print-)Medien an die Lebenswelt der betroffenen Gruppen transportiert werden.

Diese Schieflage im Diskurs zeigt sich am besten durch das Schaubild eines modifizierten Schleusenmodells, wie es für die vorliegende Dissertation entworfen wurde:

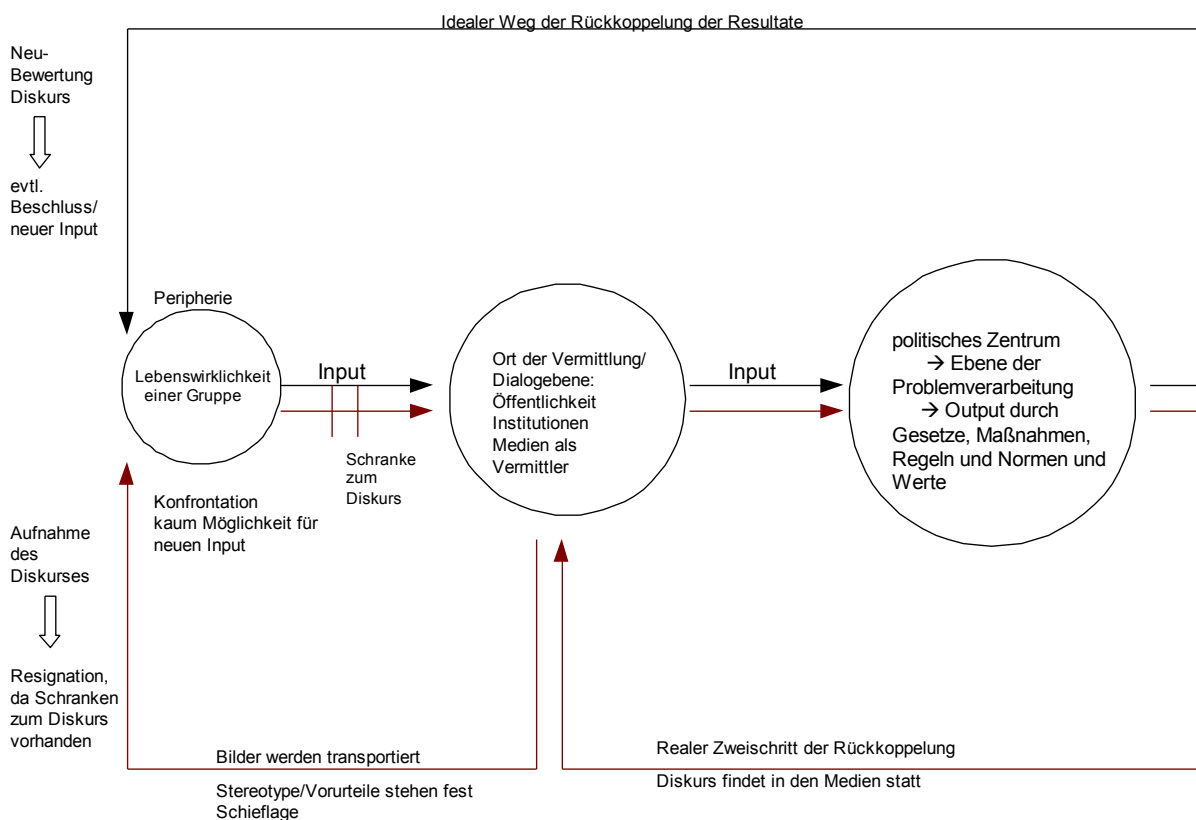


Abbildung 2 Idealtypisches Schleusenmodell mit Erweiterung

Angenommen, die Ideen einer Gruppe finden den Weg zum Ort der Vermittlung und werden an das politische Zentrum heran getragen und somit der Problemverarbeitungsmodus Zuwanderung in Gang gesetzt. Das politische Zentrum entwickelt daraufhin eine Regel oder ein Gesetz, wie das ZuwG und möchte dieses als Vorschlag an die Menschen mit Migrationshintergrund in der Lebenswelt zurück koppeln. Das outputorientierte Zentrum kennt allerdings keinen Urheber der Forderungen und gibt in der Realität die inhaltlichen Forderungen, aber auch Angebote des neuen Gesetzes, an die Medienvertreter weiter. Diese vereinfachen und selektieren, je nach ihrer konzeptionellen Ausrichtung (s. u.), die Informationen und geben sie über Berichte, teilweise mit symbolbehafteten Bildern (Frau mit Kopftuch) oder mit stereotypen Vorstellungen an den Adressaten in der Lebenswelt weiter. Diese verfügen allerdings nicht über genug Macht und/oder Einfluss und können keine Stellungnahme abgeben. Es besteht schlicht eine Schranke zum Diskurs. Nach diesem Beispiel kann diese Schranke zum Diskurs in Resignation und weiterer Separation münden. Diesen Kreislauf zu durchbrechen wird auf diese Weise immer schwieriger. In der Lebenswelt selbst werden die eintreffenden Informationen verarbeitet und im Gedächtnis der Gruppe gespeichert. Die Menschen sozialisieren sich aufgrund ihrer Erfahrungen miteinander und bilden dann über empfundene Gemeinsamkeiten eine Gemeinschaft auf Dauer. Der Soziologie Matthias Grundmann hat hierfür ein Modell entwickelt, welches sich gut für die Prozessstrukturen in der Lebenswelt eignet und per definitionem die Menschen erst befähigt überhaupt in Gruppenstrukturen zu denken:

„Sozialisation meint all jene Prozesse, durch die der Einzelne über die Beziehung zu seiner physischen und sozialen Um- und Mitwelt und über das Verständnis seiner selbst relativ dauerhafte Verhaltensweisen erwirbt, die ihn befähigen, am sozialen Leben teilzuhaben und an dessen Entwicklung mitzuwirken. Dementsprechend drückt sich Sozialisation im beabsichtigten und unbeabsichtigten Zusammenwirken von Individuen, sozialen Gruppen und Institutionen aus, die zur sozialen Einbindung des Einzelnen und zum gemeinschaftlichen Wohlergehen beitragen. Sozialisation setzt daher zwischenmenschliche Beziehung voraus, über die der Einzelne zum Handeln befähigt und das gemeinschaftliche Gestalten der sozialen und natürlichen Umwelt möglich wird.“⁵

Für Grundmann existiert ebenfalls ein Gruppengedächtnis, angefangen bei familiären Erfahrungen, die an die Kinder weitergegeben werden können. Diese soziale Umwelt der Lebenswelt prägt neben dem Kulturkreis die Wertmaßstäbe der Individuen in ihren jeweiligen Gruppen.⁶

⁵ Grundmann, Matthias: Aspekte einer allgemeinen Theorie der Sozialisation; S. 1; http://www.uni-muenster.de/Sozialisationsforschung/sozialisation_pdf/Einfuehrung.pdf, [abgerufen am 20.7.2014; 12:28 Uhrzeit].

⁶ Vgl. Grundmann, Matthias: Was ist Sozialisation; S. 1; http://www.uni-muenster.de/Sozialisationsforschung/sozialisation_pdf/was%20ist%20Sozialisation.pdf [abgerufen am 20.7.2014; 12:35 Uhrzeit].

Die Ausrichtung dieser systemisch angelegten Öffentlichkeiten ist für das Verständnis der Zusammenhänge von Kommunikation elementar. Die auf kulturelle Reproduktion oder Sozialintegration ausgelegten Systeme, wie Schule, Familie oder Recht, sind nach Habermas sehr spezialisiert und koppeln sich über den gemeinsamen Kode der Umgangssprache zurück. Sie sind insgesamt nicht trennscharf zu unterteilen, erfüllen aber ihre jeweiligen Funktionen und halten auf diese Art den Bezug zur Lebenswelt aufrecht. Die privaten Kernbereiche der Lebenswelt, die durch Intimität und die Privatsphäre, also dem Schutz vor Publizität und Öffentlichkeit, gekennzeichnet sind, schützen sich dabei über Reproduktion selbst. Die Öffentlichkeit existiert komplementär zu dieser Privatsphäre, aus der sich allerdings das Publikum als Träger der Öffentlichkeit rekuriert.

Die Lebenswelt bildet als Konstrukt ein Netzwerk aus kommunikativen Handlungen. Unter dem Aspekt der Handlungskordinierung besteht die Gesellschaftskomponente der Lebenswelt aus der Gesamtheit legitim geordneter interpersonalen Beziehungen. Die Lebenswelt umfasst nach Habermas alle Kollektive, Assoziationen, Organisationen und Verbände, die auf Funktionen spezialisiert sind. Einige dieser Handlungssysteme verselbstständigen sich gegenüber den sozialen Strukturen. Sie bilden sich über eigene Wertdefinitionen und Normen aus. Dies führt über die eigenen auf Verständigung ausgelegten Handlungsbereichen und die im System immanenten Festlegungen zu eigenen Kodes. Im politischen Zentrum bildet die jeweilige Geltungsmacht, über das Ansehen und das Vertrauen, die ein politischer Träger (Partei/Abgeordneter) inne hat, beziehungsweise diesem entgegen gebracht wird, die Währung. Nach Habermas bleiben die Systeme aber über die rechtliche Institutionalisierung der Steuerungsmedien in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankert. Elementar ist in diesem Zusammenhang die Sprache des Rechts zu sehen. Diese bringt lebensweltliche Kommunikation aus Öffentlichkeit und Privatsphäre in eine verbindliche, im besten Fall allgemein verständliche Form, in der diese Botschaften auch von den Spezialkodes der selbstgesteuerten Handlungssysteme aufgenommen werden können. Das Recht macht als Transformator die Umgangssprache gesellschaftsweit wirksam und lässt sie zirkulieren.⁷

Die Überführung von allgemeinen lebensweltlichen Themen in geltendes Recht ist immer konflikt- und diskussionsreich. Zentral sind dabei die Faktoren, wer den Diskurs öffnet und ob er transparent geführt wird. Prinzipiell müssten in einem idealtypischen Verfahren alle Meinungen und Ansichten aus der Lebenswelt aufgegriffen und thematisiert werden, um ein für alle akzeptables gemeingüti-

⁷ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 429.

ges Recht zu erlangen. In der modernen Gesellschaft mit den vorherrschenden Schranken und der damit verbundenen Schiefelage der Diskurse ist diese öffentliche Plattform faktisch nicht herstellbar. Um dies zu zeigen, wurde das auf Bernhard Peters basierende Schleusenmodell eingeführt und erweitert. Als Mittler zwischen Lebenswelt und dem politischen Zentrum treten vermehrt die Medien auf, aber auch diese selektieren Informationen und bilden somit Schranken zum Diskurs.

Laut Habermas gibt Peters eine Antwort auf die Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit des rechtsstaatlich regulierten Machtkreislaufs.

Nach dessen Konzept sind die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse des rechtsstaatlich verfassten politischen Systems auf der Achse Zentrum-Peripherie angeordnet, durch ein System von Schleusen strukturiert und durch zwei Arten der Problemverarbeitung gekennzeichnet. Der Kernbereich des politischen Systems bildet sich aus den bekannten institutionellen Komplexen der Verwaltung und der Regierung, des Gerichtswesens und der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, einschließlich der Parteien, aus.

Der parlamentarische Komplex ist für die Wahrnehmung und Thematisierung von gesellschaftlichen Problemen am weitesten geöffnet, bezahlt diese Sensibilität jedoch mit einer im Vergleich zum administrativen Zentrum geringeren Problemverarbeitungskapazität. An den Rändern der Administration bildet sich eine Art innere Peripherie aus verschiedenen Institutionen, die mit Selbstverwaltungsrechten oder delegierten staatlichen Kontroll- und Hoheitsfunktionen anderer Art ausgestattet sind. Der Kernbereich hat eine äußere Peripherie, die sich laut Habermas in Abnehmer und Zulieferer verzweigt.

Das heißt, es sind für verschiedene Politikfelder komplexe Netzwerkstrukturen zwischen öffentlichen Verwaltungen und privaten Organisationen, Spitzenverbänden und Interessensgruppen entstanden, die in regelungsbedürftigen, intransparenten gesellschaftlichen Bereichen Koordinationsfunktionen erfüllen. Diese professionellen Bereiche erschließen sich für die Lebenswelt der Menschen nicht. Sie sind zu komplex und nutzen keine Umgangssprache um für Verständnis zu sorgen.

Von diesen Verhandlungssystem sind zuliefernde Gruppen, Assoziationen und Verbände zu unterscheiden, die gegenüber Parlamenten und Verwaltungen, aber auch auf dem Wege über die Justiz, gesellschaftliche Probleme zur Sprache bringen, politische Forderungen stellen, Interessen oder Bedürfnisse artikulieren und auf die Formulierung von Gesetzesvorhaben oder Politiken Einfluss

nehmen. Diese Vorebene des Zentrums umfasst demnach das gesamte Spektrum von Verbänden mit ihren definierten Gruppeninteressen, die zum Diskurs zugelassen und somit legitimiert sind.⁸ Viele Vertreter von Migrantenorganisationen, beispielsweise viele der Islamverbände, die an dieser Ebene anzusiedeln sind, dürfen aber ihre Meinungen oft nicht äußern, da sie nicht zu diesem Diskurs zugelassen werden.

Diese meinungsbildenden, auf Themen und Beiträge, allgemein auf öffentlichen Einfluss spezialisierten Vereinigungen, gehören zur zivilgesellschaftlichen Ebene einer durch Massenmedien beherrschten Öffentlichkeit, die mit ihren informellen, vielfach differenzierten und vernetzten Kommunikationsstrukturen den eigentlich peripheren Kontext bilden.

Laut dem Schleusenmodell gibt es zwei für die Richtung der Kommunikationsflüsse ausschlaggebende Problemverarbeitungsmodi. Die im Endeffekt bindenden Entscheidungen müssen, wenn sie mit Autorität umgesetzt werden sollen, durch die engen Kanäle des Kernbereichs des Zentrums hindurch geleitet werden. Jedoch ist die Legitimität der Entscheidungen abhängig von den Meinungs- und Willensbildungsprozessen in der Peripherie. Es wird an dieser Stelle aber nicht unterschieden, zwischen zum Diskurs zugelassenen Gruppen und den ausgeschlossenen Bereichen der Peripherie. Das Zentrum bildet ein System von Schleusen, damit fast alle Prozesse den Bereich des politisch-rechtlichen Systems passieren müssen. Das Zentrum kontrolliert die Richtung und die Dynamik dieser Prozesse nur in begrenztem Maße. Laut dem idealtypischen Modell können Veränderungen von der Peripherie ebenso ausgehen, wie vom Zentrum.⁹

Die Idee der Demokratie beruht schließlich darauf, dass die politischen Willensbildungsprozesse, die im hier skizzierten Schema einen peripheren oder intermediären Status haben, für die politische Entwicklung ausschlaggebend sind. Der Weg der politischen Willensbildung ist durch das vorliegende Schema nicht vorentschieden.¹⁰

Die soziologische Übersetzung der diskurstheoretischen Lesart von Demokratie besagt laut Habermas, dass bindende Entscheidungen, um als legitimiert gelten zu können, von Kommunikationsflüssen gesteuert sein müssen. Jeder Input geht idealtypisch gesehen von der Peripherie aus und passiert die Schleusen demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren am Eingang des parlamentarischen Komplexes. Die Kontrollinstanz der Schleusen ist wichtig, denn nur dann kann ausgeschlossen werden, dass die Strukturen sich nicht verselbstständigen. Die

⁸ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 430.

⁹ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 431.

¹⁰ Vgl. Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften, S. 351.

Kommunikationskreisläufe im Zentrum vereinfachen Diskurse um den offiziellen Kreislauf vor zu komplexen Diskursen zu schützen.

An dieser Stelle setzt Peters zweites Element an. Der größte Teil der Operationen im Kernbereich des politischen Systems läuft nach Routinen ab, das bedeutet, es gibt bereits für viele Kommunikationskreisläufe etablierte Lösungsvorschläge. Diese Routinen werden nicht mehr in Frage gestellt, so werden zum Beispiel Gesetze und Haushalte vom Parlament verabschiedet.¹¹

Allerdings müssen die eingespielten Routinen für erneuernde Anstöße aus der Peripherie offen bleiben. Dies ist ein Prozess, der aber in Krisenzeiten von einem anderen zweiten Operationsmodus überlagert wird. Dieser Problemverarbeitungsmodus ist von Krisenbewusstsein, erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit, und durch Formen der intensivierten Suche nach Lösungen gekennzeichnet. In solchen Fällen der Konfliktverarbeitung, hervorgerufen durch veränderte Problemwahrnehmungen und Problemlagen, expandiert die Spannweite der Aufmerksamkeit im politischen Zentrum. Es zeichnen sich Kontroversen in der breiteren politischen Öffentlichkeit ab und es werden vermehrt die Probleme diskutiert (DIK, Einbürgerungstest, Zuwanderungsgesetz o.ä.). Die Diskussionsebene bilden heute vermehrt die (Print-)Medien, wie auch Waldenfels dargestellt hat (s. u.).

Die öffentlichen Meinungen erzwingen dann einen außerordentlichen Problemverarbeitungsmodus, der die rechtsstaatliche Regulierung des Machtkreislaufes begünstigt, also die Sensibilitäten für die verfassungsrechtlich geregelten politischen Verantwortlichkeiten aktualisiert. Im Normalmodus handelt die Verwaltung zweckorientiert. In Konfliktfällen entwickelt sie ein schärferes Profil und kann auf erweiterte Ressourcen zugreifen. Im Problemverarbeitungsmodus wird die Richtung des Kommunikationskreislaufs faktisch bestimmt. Der politische Gesetzgeber behält in Konfliktfällen das letzte Wort. Die Initiative kommt aus der Lebenswelt, da die Routinen das parlamentarische Zentrum zu sehr beschränken und unter Zeitdruck setzen.

Nach Habermas kann die Unterscheidung zwischen normalem und dem außerordentlichen Problemverarbeitungsmodus für eine soziologische Übersetzung und realistische Deutung des Diskursbegriffs der Demokratie fruchtbar gemacht werden.¹²

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Macht der Peripherie/Lebenswelt. Die illegitime Verselbstständigung von administrativer und sozialer Macht gegenüber demokratisch erzeugter

¹¹ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 432.

¹² Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 433.

kommunikativer Macht wird in dem Maße verhindert, wie die Peripherie fähig ist und oft genug Anlass hat, latente gesellschaftliche Integrationsprobleme aufzuspüren, zu identifizieren, wirksam zu thematisieren und über die Schleusen des parlamentarischen Komplexes in das politische System so einzuführen, dass dessen Routinemodus gestört wird. Eine oft wiederholte Forderung nach mehr Beteiligung könnte demnach Prozesse wie die Gründung der DIK oder des Integrationsgipfels hervorrufen. Nach einigen Jahren werden aber auch diese in routinierte Prozesse der Verwaltung überführt und verlieren ihren Neuerungswert. Dieser Fakt kann sowohl an den politischen Stellungnahmen als auch anhand der medialen Aufmerksamkeit in dieser Dissertation aufgezeigt werden.

Die Möglichkeiten der Peripherie sind in diesem Zusammenhang schwierig, denn es fällt ein großer Teil der normativen Erwartungen, die mit Politikerwartungen verknüpft sind, auf die peripheren Strukturen der Meinungsbildung zurück. Nun müssen hier die Fähigkeiten greifen, gesamtgesellschaftliche Probleme wahrzunehmen, zu interpretieren und auf eine Aufmerksamkeit erregende innovative Weise in Szene zu setzen. Gute Netzwerke und Verbindungen zur Meinungsbildung sind wichtig, damit über die nicht vermachtete öffentliche Kommunikation mehr oder weniger spontane Meinungsbildungsprozesse ermöglicht werden können.

Gerade in der Diskussion über die DIK wird deutlich, dass es vielen islamischen Verbänden nicht möglich war, sich auf eine gemeinsame Stimme und somit eine Meinung zu einigen. Das politische Zentrum kritisierte dies oft und führte es auf eine mangelhafte Kritik- und Diskussionsbereitschaft zurück. Dass diese Netzwerke nicht bestanden, beziehungsweise nicht erprobt sein könnten, wurde nicht erwogen und somit überforderten die politisch normativen Erwartungen die peripheren Verbände mit ihren Anforderungen (siehe Kapitel 6.4).

Als Basis für eine autonome Öffentlichkeit ist eine soziale Verankerung in zivilgesellschaftlichen Assoziationen und eine Einbettung in liberale Muster der politischen Kultur und Sozialisation nötig. Dementsprechend wird hier auf das Entgegenkommen einer rationalisierten Lebenswelt gesetzt. Diese Ausprägung der Lebenswelt kann stimuliert werden. Es gibt diese lebensweltlichen Strukturen, jedoch sind sie weitgehend rechtlicher Regelung, administrativem Zugriff oder politischer Steuerung entzogen. Dieser Fakt macht sie aber auch für das politische Zentrum schwer kalkulierbar und somit sind diese Strukturen für das routinierte politische Zentrum oft schwer nachzuvollziehen.

Der Sinn lässt sich nicht immer generieren, aber er ist für Habermas die Limesgröße gesellschaftlicher Spontanität:

„Aber die Bedingungen liegen in lebensweltlichen Kontexten, die die Fähigkeit assoziativer Rechtsgenossen, ihr Zusammenleben selbst zu organisieren von innen begrenzen.“¹³

Habermas begreift die politische Öffentlichkeit als eine Kommunikationsstruktur, die über eine zivilgesellschaftliche Basis in der Lebenswelt verwurzelt sein muss. Die politische Öffentlichkeit wird als eine Art Resonanzboden für Probleme, die vom politischen System bearbeitet und gelöst werden müssen, verstanden. Um wahrgenommen zu werden, muss die politische Öffentlichkeit den Problemdruck auf das Zentrum verstärken, wahrnehmen, identifizieren und einflussreich thematisieren. Nur auf diese Weise können die Themen von der Lebenswelt in das Zentrum transferiert werden.

Die politische interessierte Öffentlichkeit an sich kann das Problem nicht selbst behandeln, sondern als Vermittlungssystem die Probleme kommunikativ weiter geben und Druck auf die weitere Problembehandlung innerhalb des politischen Systems ausüben. Die politische Öffentlichkeit ist nicht als Institution oder Organisation zu begreifen.¹⁴ Sie hat auch kein Normengefüge mit Kompetenz- und Rollendifferenzierung inne. Ebenfalls bildet sie kein System aus, erlaubt aber interne und externe Grenzziehungen der Zugehörigkeit und im besten Fall durchlässige und verschiebbare Horizonte.

Habermas definiert die Öffentlichkeit demnach als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen. Dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten. Die Lebenswelt insgesamt ist auf die Allgemeinverständlichkeit der kommunikativen Alltagspraxis eingestellt. Die Öffentlichkeit hingegen reproduziert sich über kommunikatives Handeln aus der Lebenswelt heraus.

Die Lebenswelt, die in der Peripherie anzuordnen ist, beinhaltet ein Reservoir für einfache Interaktionen. An diese Basis bleiben auch die spezialisierten Handlungs- und Wissenssysteme rückgebunden, die sich innerhalb der Lebenswelt ausdifferenzieren.

Die Öffentlichkeit spezialisiert sich laut Habermas als Sphäre nicht explizit aus. Die spezialisierte Bearbeitung überlässt sie in diesem idealtypischen Konstrukt dem politischen System selbst. Sie

¹³ Habermas, Jürgen (1992): S. 434.

¹⁴ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 435.

verkörpert mehr eine Kommunikationsstruktur, die sich auf den im kommunikativen, verständigungsorientierten Handeln erzeugten sozialen Raum bezieht.¹⁵

Es sind spezialisierte öffentliche Medien vorhanden, um in diesem starren System immanente Grenzen und Schranken zu überwinden und überhaupt Meinungen zum Diskurs einbringen zu können. Habermas argumentiert an dieser Stelle idealtypisch, um die eigentliche Funktion der Öffentlichkeit als nicht spezialisierte Sphäre der öffentlichen Meinungsvermittlung und als Kanal zum problemverarbeitenden Zentrum aufzeigen zu können. Die politische Öffentlichkeit benötigt in den heutigen ausdefinierten Systemen ein Mittlermedium und an dieser Stelle müssen die Medien verortet werden. Sie bündeln die kumulierten Meinungen der politisch interessierten Öffentlichkeit und „reichen“ sie im Idealfall ungefiltert an das politische Zentrum weiter (s. u.).

Für die Genese von Öffentlichkeiten können laut Habermas auch (Internet-)Foren, Bühnen und Arenen dienen. Zentral ist die Anwesenheit eines Publikums. Je weiter dieses Forum von dem Adressat entfernt ist, desto abstrakter können die Informationen sein, wie etwa bei einem Zeitungsleser. Hier wird mittels verallgemeinerter Kommunikationsstrukturen eine Öffentlichkeit generiert. Diese Informationen in Zeitungen sind beliebiger, da sie nicht mehr an so einen dichten Kontext gebunden sind. Die Wissen generierenden Stellen erfordern aber, und das ist elementar, da sie verallgemeinern, inkludieren und anonymisieren, einen höheren Grad der Explikation von Alltagssprache, ohne zur Expertensprache zu werden. Die generierte Öffentlichkeit entlastet aber auch durch die Prozesse der kommunikativen Meinungsbildung das Publikum von Entscheidungen. Vielmehr werden Themen als allgemein gesetzt und können konsumiert werden.¹⁶

Mittels der politischen Entscheidungsträger werden Informationen nach Themen und zustimmenden beziehungsweise ablehnenden Stellungnahmen sortiert und die Meinungen somit fokussiert. Die öffentliche Meinung wird demnach immer generiert. Die Zustimmung zu einzelnen Positionen kann nicht als repräsentativ angesehen werden und ist kein Aggregat einzeln abgefragter und privat geäußelter individueller Meinungen. Die Zustimmung zu Themen wird erst als Resultat abgebildet, allerdings schließen die Strukturen einer vermachteten Öffentlichkeit fruchtbare und klärende Diskussionen aus.¹⁷ Wenn ein politisches Zentrum verschiedene Tendenzen und Strömungen aus der Lebenswelt ignoriert oder nicht wahrnimmt, können Missverständnisse und Probleme entstehen. Einige gesellschaftliche Gruppen fühlen sich dann nicht mehr vertreten und fangen im Extremfall an sich zu separieren, suchen also nicht mehr die Verbindung zum Zentrum.

¹⁵ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 436.

¹⁶ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 437.

¹⁷ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 438.

Im politischen Fokus steht die Genese von Einfluss und Macht gegenüber anderen. Der Einfluss ist von der Ressource der Verständigung abhängig und stützt sich auf entgegengebrachtes Vertrauen. Der publizistische, durch öffentliche Überzeugungen gestützte politische Einfluss setzt sich in politische Macht – in ein Potential, bindende Entscheidungen zu treffen – erst um, wenn er sich auf die Überzeugungen von autorisierten Mitgliedern des politischen Systems auswirkt und das Verhalten von Wählern, Parlamentariern, Beamten usw. bestimmt. Publizistischer politischer Einfluss kann – ebenso wie soziale Macht – nur über institutionalisierte Verfahren in politische Macht überführt werden. In der Öffentlichkeit bildet sich Einfluss und in ihr wird des Weiteren um Einfluss gerungen.¹⁸

In den Medien sind somit Akteursrollen, wie Experten oder Politiker, als Mittler und Bezugsperson von elementarer Bedeutung. Sie sind auf die Zustimmung des Publikums angewiesen. Es gibt nach diesem Bild zwei Formen von Akteuren. Die ersten kommen aus dem Publikum und die zweiten okkupieren eine bereits konstituierte Öffentlichkeit. Dies bedeutet, dass Interessengruppen, die über Öffentlichkeit auf das politische System Einfluss nehmen, ihre soziale Macht mittels Überzeugungen u. ä. zu politischer Macht kapitalisieren können.¹⁹

Die politische Öffentlichkeit kann ihre Funktion, gesamtgesellschaftliche Probleme wahrzunehmen und als Thema zu setzen, nur in dem Maße erreichen, wie sie sich aus den Kommunikationszusammenhängen der potentiell Betroffenen bildet. Sie muss auch die Macht haben diese Probleme zu setzen und zu diskutieren. Die Kommunikationskanäle der Öffentlichkeit sind an die privaten Lebensbereiche angeschlossen.²⁰

Eine Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, die gesellschaftliche Probleme in der Lebenswelt auffinden und in die politische Öffentlichkeit weiterleiten.²¹

Für Habermas sind mehrere Konstanten der Freiheit nötig, um von einer funktionierenden öffentlichen Kommunikation ausgehen zu können. Die Versammlungsfreiheit und das freie Recht, um etwa Vereine zu gründen, stehen im direkten Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit. Nur auf diese Weise kann in das Verfahren der öffentlichen Meinungsbildung eingegriffen und Themen behandelt werden. Des Weiteren ist die Freiheit der Presse und der Medien im Allgemeinen wichtig, um diese Infrastruktur der öffentlichen Kommunikation sichern zu können. Die Medien müssen dabei die Freiheit für konkurrierende Meinungen gewährleisten, um die Vielfalt abbilden zu können. Das po-

¹⁸ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 439.

¹⁹ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 440.

²⁰ Habermas, Jürgen (1992) : S. 441 f.

²¹ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 443.

litische System muss für die publizistischen Einflüsse im Idealfall empfindsam bleiben und ist über die politischen Parteien und die öffentliche freie Wahl der Staatsbürger mit der Öffentlichkeit und der Lebenswelt der Menschen verbunden. Die öffentlichen politischen Parteien müssen in einem demokratischen System das Volk teilhaben lassen an der politischen Willensbildung, da nur auf diese Weise das politische System funktionsfähig bleibt.²²

Wichtig sind in diesem gezeigten Modell (s. o.) die intakten Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit. Diese können nur über eine intakte Bürgergesellschaft am Leben gehalten werden. Für diese Gesellschaft mit offenen Kommunikationsstrukturen ist aber der Zugang zur öffentlichen Teilhabe wichtig. Gerade im Bereich der Zuwanderungs- und Einwanderungsdebatte ist eine Schieflage zu verzeichnen, da sich nicht viele Migranten und deren Organisationen zu diesen Themen äußern:

„Die Institutionen und rechtlichen Gewährleistungen der freien Meinungsbildung ruhen auf dem schwankenden Boden der politischen Kommunikation derer, die sie, indem sie davon Gebrauch machen, zugleich in ihrem normativen Gehalt interpretieren, verteidigen und radikalisieren.“²³

Die Interessenvertreter und deren Zugang zur Politik und der Ebene der öffentlichen Kommunikation als Transformator von Meinungen hin zum politischen Zentrum sind der habermaschen Theorie nach die Hauptfaktoren, um das politische System zu stabilisieren und um es in seiner Entwicklung voran bringen zu können. Die Lebenswelt, beziehungsweise die politische interessierte Zivilgesellschaft, kann sich über den Zugang zum Meinungs- und Willensbildungsprozess weiter entwickeln. Das Zentrum muss für diese Impulse von außen offen sein und bei eklatanten Problemen, für die es keine bisher entwickelte Routine gibt, über den Modus der besonderen Problemverarbeitung wiederum die Lösungsansätze an die Lebenswelt über die Ebene der Öffentlichkeit zurück spiegeln können.

Dazu sind eine freiheitliche politische Kultur und eine Privatsphäre der Bürger nötig. Die politischen Interessenvertreter können dann in der Öffentlichkeit einen gewissen Einfluss aber keine politische Macht erlangen.

Hierfür muss der publizistisch-politische Einfluss nach Habermas die Filter der institutionalisierten Verfahren demokratischer Meinungs- und Willensbildung passieren, sich dort in kommunikative Macht verwandeln und in legitime Rechtsetzung eingehen. Erst dann kann über die Interessenverallgemeinerung eine geprüfte Überzeugung aus diesem Prozess hervorgehen, die politische Entscheidungen wiederum legitimiert.²⁴

²² Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 445.

²³ Habermas, Jürgen (1992): S. 447.

²⁴ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 449.

Das bedeutet, dass Veränderungen von demokratischen Prozessen von einer starken Peripherie ausgehen müssen, in der alle Bürger zum Diskurs zugelassen werden. Nur so können Veränderungen mittelfristig in der Politik niedergeschrieben werden. Die Peripherie kann die Politik neu programmieren, solange der Diskurs offen ist.²⁵

Für Habermas ist es wichtig, dass die Zivilgesellschaft unter bestimmten Umständen in der Öffentlichkeit Einfluss gewinnen kann und über öffentliche Meinungen auf den parlamentarischen Komplex und die Gerichte einwirken und das politische System somit zur Umstellung des offiziellen Machtkreislaufs nötigen kann.

Viele der sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und andere Assoziationen nehmen Probleme und Signale aus der Bevölkerung wahr. Sie sind aber im Allgemeinen zu geringfügig organisiert und haben zu wenig politische Macht inne, um im politischen System kurzfristig Prozesse des Lernens anzustoßen oder sogar politische Entscheidungsprozesse umzusteuern. Für diesen Zweck der direkten Teilhabe ist das System zu komplex, beziehungsweise die mögliche Steuerungsmacht der Peripherie zu gering, um eine Veränderung herbeiführen zu können.²⁶

Für diese Dissertation von Interesse ist, dass Habermas von einer Zivilgesellschaft spricht, die wenig Einfluss nehmen kann. Wie es sich mit dem Rand dieser Zivilgesellschaft, oder mit Gruppen verhält, die qua definitionem gar nicht zum Diskurs beziehungsweise der Zivilgesellschaft zugelassen sind, wird bei Habermas nicht weiter erörtert. In den meisten Definitionen von Zivilgesellschaft muss zumindest das Wahlrecht bestehen, um ein stimm- und somit in den Prozessen der Entscheidungen berechtigter Bürger zu sein. Die Bürgergesellschaft beschränkt bereits per Definition den Zugang zur politischen Mitentscheidung:

„In komplexen Gesellschaften bildet die Öffentlichkeit eine intermediäre Struktur, die zwischen dem politischen System einerseits, den privaten Sektoren der Lebenswelt und funktional spezifizierten Handlungssystemen andererseits vermittelt.“²⁷

Für Habermas gibt es eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten, die sich in einem komplexen Netzwerk und über viele Politikbereiche und Arenen der Teilhabe verzweigen und verstetigen. Dabei stellen die über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeiten die abstrakteste Ebene dar. Generell sollten diese Teilbereiche aber füreinander durchlässig sein und somit fließende Grenzen beinhalten.²⁸

²⁵ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 450.

²⁶ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 451.

²⁷ Habermas, Jürgen (1992): S. 451 f.

²⁸ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 452.

Parteien sind für Habermas bereits auf einer weiteren abstrakten und wenig zugänglichen Ebene anzusiedeln:

„Zu diesen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, die sich ihre Ressourcen nicht aus anderen Bereichen beschaffen müssen, rechne ich in erster Linie die etablierten, weitgehend verstaatlichten Parteien und die großen mit sozialer Macht ausgestatteten Interessenverbände.“²⁹

Die professionelle Öffentlichkeitsarbeit von Parteien und Verbänden ist nahe dem Zentrum anzusiedeln. Sie haben Zugang und stützen sich auf die starke, etablierte Basis und auf die Ressource des Zugangs zur Öffentlichkeit als Machtbasis. Neue Akteure müssen diese Identifikationsmerkmale der Kommunikation erst hervorbringen. Das zeigt sich besonders an „sozialen Bewegungen, die zunächst eine Phase der Selbstidentifikation und der Selbstlegitimierung durchlaufen.“³⁰ Die Journalisten und Publizisten haben bereits über ihre Berufswahl einen Zugang zu den Informationen und können entscheiden, wer zu welchem Beitrag Stellung beziehen darf und welcher Autor in der Öffentlichkeit nicht stattfindet. Es sind demnach mehrere Machtströme als Ressource in diesem Modell vorhanden:

„Mit steigender Komplexität der Massenmedien und wachsendem Kapitalaufwand geht eine Zentralisierung der wirksamen Kommunikationswege einher. Im selben Maße werden die Massenmedien auf der Anbieter- wie auf der Nachfrageseite einem wachsenden Selektionsdruck ausgesetzt. Diese Selektionsprozesse werden zur Quelle einer neuen Sorte der Macht. Diese Medienmacht ist durch professionelle Standards nur unzureichend eingehgt.“³¹

In diesem Fall müssen die Printmedien stark selektieren, um ihre Leserschaft mit Informationen zu versorgen. Allein dieser Fakt sorgt für einen Ausschluss bestimmter Meinungen und führt zu Beschränkungen des Zugangs zu diesen generierten Öffentlichkeiten:

„Kollektive Akteure, die außerhalb des politischen Systems oder außerhalb gesellschaftlicher Organisationen und Verbände operieren, haben normalerweise geringere Chancen, Inhalte und Stellungnahmen der großen Medien zu beeinflussen.“³²

²⁹ Habermas, Jürgen (1992): S. 453.

³⁰ Habermas, Jürgen (1992): S. 454.

³¹ Habermas, Jürgen (1992): S. 455.

³² Habermas, Jürgen (1992): S. 455.

Obwohl die meisten Medien sich zu einer Überparteilichkeit und Unabhängigkeit in ihren Satzungen verpflichtet haben, nutzen Parteien die Presse als Medium:

„Auch die politischen Parteien müßten [sic!] sich an der Meinungs- und Willensbildung des Publikums aus dessen eigener Perspektive beteiligen, statt aus der Perspektive der Erhaltung ihrer politischen Macht auf das Publikum einzuwirken, um Massenloyalität aus der Öffentlichkeit bloß [sic!] zu extrahieren.“³³

Habermas sieht bereits die Gefahr der politischen Macht als Selbstzweck zum Machterhalt der politischen Parteien und fordert eine Beteiligungsstruktur der Lebenswelt ein:

„Solange der informelle Machtkreislauf das politische System beherrscht, liegen die Initiative und die Macht, Probleme auf die Tagesordnung zu setzen und entscheidungsreif zu machen, eher bei Regierung und Verwaltung als beim parlamentarischen Komplex; und solange in der Öffentlichkeit die Massenmedien entgegen ihrem normativen Selbstverständnis ihr Material vorzugsweise von den gut organisierten und mächtigen Informationsproduzenten beziehen, solange sie überdies publizistische Strategien bevorzugen, die das diskursive Niveau des öffentlichen Kommunikationskreislaufes eher senken als steigern, nehmen die Themen in der Regel einen vom Zentrum ausgehenden und gesteuerten, nicht einen von der gesellschaftlichen Peripherie herkommenden, spontanen Verlauf.“³⁴

Es gibt zwei konstatierte Probleme in diesem Kontext. Zum Einen reproduziert sich das politische Zentrum in einem nur für wenige zugänglichen Machtkreislauf selbst. Zum Anderen bekommen die Medien ihre Informationen aus diesem Kreislauf heraus und entfachen einen Kommunikationskreislauf, der auf das Zentrum ausgelegt und nicht von einem Input aus der Peripherie zugänglich ist. Die Akteure aus der Zivilgesellschaft müssen demnach einen sensiblen Moment abpassen, um Probleme in eingespielte Routinen einzubringen und Sachverhalte zu verändern. Habermas geht aber davon aus, dass diese Prozesse stattfinden können. Hierfür müssten sich zivilgesellschaftliche Akteure zusammenfinden, thematisch einen Konsens öffentlich machen und über die Mobilisierung einer Öffentlichkeit Erfolg haben (s. o.). Der Einfluss auf das politische Zentrum ist abhängig von der Bereitwilligkeit des Publikums ihren Ansichten zuzustimmen.³⁵

Über diese Mobilisierung wird das kritische Publikum aktiviert und zusammengeführt. Das jeweilige Thema mobilisiert in einer Krise also die bislang nur noch abstrakte Menge des Massenpublikums und verhilft zu einer Veränderung der institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung.³⁶ Die Zivilgesellschaft in der Peripherie muss gefestigt und selbstbewusst ihren Willen gemeinsam kommunizieren um in diesem Kreislauf einen Konfliktmodus aktivieren und den

³³ Habermas, Jürgen (1992): S. 458.

³⁴ Habermas, Jürgen (1992): S. 459 f.

³⁵ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 461.

³⁶ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 462.

Druck auf das politische Zentrum erhöhen zu können. Der inoffizielle routinierte reproduzierende Gegenkreislauf der politischen Macht muss also überwunden werden und die politisch mobilisierte Öffentlichkeit für den Diskurs durchlässig sein.³⁷ Es ist allerdings auch wichtig, dass ein politisches Zentrum mit dem Ziel der sozialen Integration einer Gesellschaft mit den beschriebenen Abläufen existiert: „Indem die Politik jeweils besondere kollektive Ziele verfolgt und bestimmte Konflikte regelt, bearbeitet sie zugleich allgemeine Integrationsprobleme.“³⁸

In diesem Zusammenhang steht die Politik als rechtsstaatlich reguliertes Handlungssystem mit der Öffentlichkeit in Verbindung und ist angewiesen auf die lebensweltlichen Quellen kommunikativer Macht aus der Peripherie der Lebenswelt, damit das idealtypische System funktional bleibt. Diese Kommunikationsbasis ist, wie das Beispiel der Zuwanderungs- und Einwanderungsdebatte in dieser Dissertation gezeigt wird, oft nicht mehr gegeben.

Die Möglichkeit Diskurse in das politische Zentrum einzubringen ist ein Gradmesser für die Effektivität und Legitimität eines politischen Systems. Bei desintegrierenden Wirkungen kann ein Versagen des Routineapparates und/oder der politischen Öffentlichkeit konstatiert werden. Dieser Punkt wird zu einem Problem, wenn die Ressourcen der Lebenswelt für spontane öffentliche Kommunikationen nicht mehr ausreichen, um eine ungezwungene Artikulation gesellschaftlicher Interessen zu gewährleisten.³⁹

2.2. Das Konzept einer losgelösten Öffentlichkeit

Es gibt für Habermas im Staat mehrere Formen der gezielten Meinungslenkung, die zum einen von einer ausdifferenzierten Verwaltung und zum anderen von Parteien und Interessensverbänden in Deutschland dominiert werden, nicht mehr von der Öffentlichkeit oder der Lebenswelt.

Die ihrer ursprünglichen Funktionen weitgehend beraubte Öffentlichkeit wird nun, unter Patronage der Verwaltungen, der Verbände und der Parteien, auf andere Weise in den Prozess der Integration von Staat und Gesellschaft eingespannt.⁴⁰

Habermas zeigt eine stärkere Entkopplung der Öffentlichkeit von der Lebenswelt bei einer gleichzeitigen engeren Anbindung an diese. Die Öffentlichkeit erhält eine andere, neue Funktion,

³⁷ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 463 f.

³⁸ Habermas, Jürgen (1992): S. 465.

³⁹ Vgl. Habermas, Jürgen (1992): S. 466.

⁴⁰ Vgl. Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Suhrkamp, S 293 ff.

als Vermittler von Interessen und steht eigenständig zwischen Staat und Gesellschaft: „Die Öffentlichkeit wird mit Aufgaben eines Interessenausgleichs belastet, der sich in den klassischen Formen parlamentarischer Einigung und Vereinbarung entzieht.“⁴¹ Der Kompetenzbereich der Öffentlichkeit hat sich demnach gleichzeitig verändert, beschränkt und erweitert. Es werden ein Konsens und ein Interessenausgleich zwischen Zentrum und Peripherie ausgehandelt. Dieser Ausgleich der Interessen wird durch gegenseitigen Druck erzeugt und mittels eines labilen Gleichgewichts einer Machtkonstellation zwischen Staatsapparat und den jeweiligen Interessengruppen stabil gehalten und gestützt:

„Die zunehmende Integration der Gesellschaft eines Staates, die nicht schon als solche politische Gesellschaft ist, verlangt Entscheidungen in Form temporärer Gruppenkompromisse, also den direkten Austausch partikulärer Begünstigungen und Entschädigungen ohne Umweg über die institutionalisierten Verfahren der politischen Öffentlichkeit.“⁴²

Öffentlichkeiten haben in dem idealtypischen Modell von Habermas die Funktion des Vermittlers inne. Überträgt der Rezipient den Aufgabenbereich von der idealtypischen Situation in die heutige Zeit, so nehmen Medien diese Funktion in hohem Maße ein.

Die moderne Medienanalyse stellt die Debatte über Wirkungszusammenhänge der Wahrnehmung von Öffentlichkeiten in den Fokus. Für die vorliegende Dissertation ist diese theoretische Diskussion der Medienanalyse allerdings wenig zielführend. Von einer Wirkung der Artikel in den Printmedien wird an dieser Stelle ausgegangen, da über das untersuchte Jahrzehnt vermehrt auf vergangene Diskussionen und Ergebnisse zurück gegriffen wird. Der Rezipient wird somit sowohl von den untersuchten Printmedien mitgenommen, als auch über Neuerungen informiert und auf alte Themenzusammenhänge aufmerksam gemacht.

Um die Öffentlichkeit als Konstrukt zu verstehen, ist es jedoch hilfreich einige theoretische Überlegungen über die Öffentlichkeit an sich anzustellen, um dann in einem weiteren Schritt Öffentlichkeiten in dem o.g. Schleusenmodell zu verorten.

Habermas konstatiert im „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ eben diesen und beschreibt eine Veränderung und Umstrukturierung der Öffentlichkeit als Sphäre, die vor allem am Wandel der Presse auszumachen ist. Im privaten Bereich hingegen verwischt die klare Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre. Da zu dem normalen Verlegen von Printmedien ein politisches Moment hinzutrat,

⁴¹ Habermas, Jürgen (1990): S. 295.

⁴² Habermas, Jürgen (1990): S. 297.

wurden Nachrichten vermehrt zu einer Gesinnungspresse.⁴³ Bereits früh konnten demnach Meinungen in den Printmedien gesetzt werden, solange der Zugang zu diesen gewährleistet war:

„Eine Presse, die sich aus dem Rasonnement des Publikums entwickelt und dessen Diskussion bloß [sic!] verlängert hatte, blieb durchaus Institution dieses Publikums selbst: wirksam in der Art eines Vermittlers und Verstärkers, nicht mehr bloßes Organ des Informationstransportes und noch kein Medium der Konsumentenkultur.“⁴⁴

Im Untersuchungszeitraum dieser Dissertation zeigt sich, dass es nicht länger privilegierte Privatinteressen sind, die ein Einfalltor in die Öffentlichkeit zum Transport von Inhalten suchen und nutzen, sondern politisch privilegierte Personen, die Antworten zu strittigen gesellschaftlichen Themen, wie hier der Zuwanderungsdebatte, in ihren politischen Ausprägungen bereithalten und in den Tageszeitungen Stellung beziehen dürfen.

Diese beschriebene Verzahnung von Privatinteressen und politischer Intention wurde bereits in den Anfängen der Printmedien deutlich und nach Habermas kann durchaus ein Unterschied definiert werden „Meinungspflege unterscheidet sich von Werbung dadurch, daß [sic!] sie die Öffentlichkeit ausdrücklich als politische in Anspruch nimmt.“⁴⁵

Dieser Punkt ist auch zentral für die Betrachtung in der vorliegenden Dissertation:

„Die Meinungspflege geht hingegen mit Promotion und Exploitation über Reklame hinaus: Sie greift in den Prozeß [sic!] der öffentlichen Meinung ein, indem sie planmäßig Neuigkeiten schafft oder Aufmerksamkeit erregende Anlässe ausnützt.“⁴⁶

Im Untersuchungszeitraum sind einzelne Ereignisse oft der Auslöser für eine Diskussion über die gesamte Thematik. Als auslösende Elemente für Diskussionen in den Printmedien können verschiedene Schlagwörter dienen. In Bezug auf die Dissertation haben sich folgende Ereignisse u.a. als diskussionsauslösend herausgestellt: Die Einberufung der Islamkonferenz; das erste Kopftuchurteil; die Gesetzeseinführung der Green Card, oder auch im Vergleich hierzu kleinere Ereignisse wie das Erscheinen von Publikationen über die Integration in Deutschland. Plakativstes Beispiel ist die po-

⁴³ Vgl. Habermas, Jürgen (1990): S. 275.

⁴⁴ Habermas, Jürgen (1990): S. 277.

⁴⁵ Habermas, Jürgen (1990): S. 289.

⁴⁶ Habermas, Jürgen (1990): S. 290.

pulistische Debatte um Thilo Sarrazin und seine im Buch „Deutschland schafft sich ab“ veröffentlichten Thesen zur Zuwanderung aus überwiegend islamisch geprägten Ländern.⁴⁷

Die Dissertation wird dezidiert die Diskussion politischer Makroentscheidungen über Zuwanderung und Integration in den Printmedien betrachten. Insgesamt müssen Ausblicke in verschiedene Richtungen erfolgen. Neben den bereits beschriebenen Ansatzpunkten der Dissertation finden sich viele Nebenschauplätze, die auch wieder Auslöser für eine Diskussion über das ZuwG o.ä. sein können und müssen somit in diesem Rahmen Erwähnung finden. Die rechtspopulistischen Aussagen eines Geert Wilders⁴⁸ in den Niederlanden sind als Auslöser genauso relevant, wie die Gerichtsverhandlung über die sogenannten „Sauerland-Bomber“. Beide Diskussionen und andere Stellungnahmen rücken immer wieder den Fokus auf die in dieser Dissertation behandelten Thematiken. Auch Habermas hat diese Korrelation von Ereignissen, bzw. deren zeitgleiche Behandlung und somit die Aufhebung der zeitlichen Grenzen in den Medien thematisiert:

„Entweder gelingt es den public-relations-Managern, entsprechendes Material direkt in die Kanäle der Kommunikation einzuschleusen, oder sie arrangieren in der Öffentlichkeit spezifische Anlässe, die in vorhersehbarer Weise die Kommunikationsapparate in Bewegung setzen.“⁴⁹

Gerade in den heutigen politischen Debatten, die in den Printmedien teilweise verkürzt und selektiert wieder gegeben werden (s. u.), kann ein hergestellter, vermittelter Konsens nicht mit der öffentlichen Meinung gleichgesetzt werden. Aber es muss eine gewisse Wirkung angenommen werden, da die durch privilegierte Interessen adaptierten, öffentlichen Selbstdarstellungen einen Zeitgeist widerspiegeln.⁵⁰ „Die verständige Kritik an öffentlich diskutierten Sachverhalten weicht einer stimmungshaften Konformität mit öffentlich präsentierten Personen oder Personifikationen.“⁵¹ Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Meinungen, die von einem Innenminister Wolfgang Schäuble beispielsweise zur Islamkonferenz geäußert werden, von Lesern übernommen werden und als feststehendes Produkt in die Meinung der Menschen einfließen. Ein Innenminister Schäuble wird als Initiator und Experte für die Islamkonferenz präsentiert. Seine Meinung wird vom Leser als fundiert angesehen und akzeptiert (s. u.).

⁴⁷ Diese Dissertation verzichtet auf die Wiedergabe der Thesen und beschränkt sich auf die Diskussion vor Erscheinen des Buches. Allein der politische Streit um die Person Thilo Sarrazin und den oft kontrovers bewerteten Wahrheitsgehalt seiner Thesen würde zu weit führen und den Rahmen dieser Dissertation elementar verändern.

⁴⁸ Geert Wilders ist ein niederländischer Politiker: <http://www.geertwilders.nl/> (abgerufen: 25.3.2015)

⁴⁹ Habermas, Jürgen (1990): S. 290.

⁵⁰ Vgl. Habermas, Jürgen (1990): S. 291.

⁵¹ Habermas, Jürgen (1990): S. 292.

„Publizität ahmt eine Aura eines persönlichen Prestige und übernatürlicher Autorität nach, die repräsentative Öffentlichkeit einmal verliehen hat.“⁵² Hieran wird deutlich, dass Publizität eine gewisse Geltungsmacht ausstrahlt und somit Meinungen vermittelt. Daher würden öffentliche Foren zum Themenfeld Migration oder die zum Diskurs zugelassenen Menschen mit Migrationshintergrund eine kommunikative Macht erlangen, nur indem sie sich zu den öffentlichen Diskursen äußern dürfen.

Habermas hebt die Rolle der Verbände hervor. Das Ziel von Verbänden und Initiativen ist im besten Fall die Umwandlung privater Interessen vieler einzelner in ein gemeinsames öffentliches Interesse. Diese Form der Umwandlung führt zu einer Art von politischer Macht bei Verbänden und Initiativen, da sie als politische Vertretung die öffentliche Meinung manipulieren können, ohne sich ihrer Kontrolle unterwerfen zu müssen.

Die bei der Deutschen Islamkonferenz vertretenen Muslimverbände sind ein gutes Beispiel für diese Geltungsmacht. Obwohl diese Verbände, wie die Ditib⁵³, laut ihrer Mitgliederzahl und vieler Expertenmeinungen nur für eine Minderheit der Muslime in Deutschland sprechen, bekommen sie aber über das Forum der DIK ein Sprachrohr um ihre Interessen zu bündeln und nach außen zu tragen. Diese artikulierten Meinungen stehen quasi als eine Meinung aller Muslime in der Öffentlichkeit dar und das, obwohl jene Verbände diese Funktion faktisch nicht innehaben (s. u.).

Das ist eine Form der politischen Macht, welche die islamischen Dachverbände ausüben können und somit sogar öffentliche Meinungen mitbestimmen und als Meinung von vielen darstellen. Hervorgerufen durch die Auswahl als relevanter Teilnehmer der DIK oder auch des Integrationsgipfels, haben die Verbände eine Art öffentlichen Kredit beim Publikum inne und genießen als Experte ein gewisses Vertrauen und eine Glaubwürdigkeit. Im Zentrum steht der Erwerb von Prestige in der Öffentlichkeit: „Öffentlichkeit wird zum Hof, *vor* [Hervorhebung im Original] dessen Publikum sich Prestige entfalten läßt [sic!] – statt *in* [Hervorhebung im Original] ihm Kritik.“⁵⁴ Die Öffentlichkeit wird neu konstruiert, um die Funktionalität der Meinungsbildung zu erhalten: „Heute müssen Anlässe der Identifikation geschaffen werden – Öffentlichkeit muß [sic!] gemacht werden, es gibt sie nicht mehr.“⁵⁵

In diesem Sinne kreieren Schlagwörter wie DIK und Integrationsgipfel, aber auch Kopftuch, Fachkräftemangel und Einbürgerungstest, allein durch die Nennung in der Betitelung von Artikeln in den

⁵² Habermas, Jürgen (1990): S. 292.

⁵³ Ditib (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.): <http://ditib.de/default.php?id=12&lang=de> (abgerufen am 25.3.2015)

⁵⁴ Habermas, Jürgen (1990): S. 299.

⁵⁵ Habermas, Jürgen (1990): S. 300.

Printmedien Öffentlichkeiten, da sie eine oder mehrere Zielgruppen ansprechen. Es wird über die Nennung von Schlagwörtern Aufmerksamkeit des Publikums und über die Expertisen eine Repräsentanz erschaffen.

Laut dieser These schauen einzelne angesprochene Adressaten und Interessierte bei diesen, in der vorliegenden Dissertation Identifikations-Schlagworte genannten, Wörtern, die für ein bestimmtes Thema stehen, genauer hin:

Die „[...] demokratische Publizität entfaltet politische Wirkung nur in dem Maße, in dem sie ein Kapital politischer Wählerentscheidungen glaubhaft machen oder tatsächlich einlösen kann. Diese Einlösung ist allerdings dann Aufgabe der Parteien.“⁵⁶

Der zentrale Gedanke, dass das politische Zentrum demokratische Instanz der Legitimität von Entscheidungen und Willensbildungsprozessen ist, findet sich in dem Schleusenmodell wieder: „Der Funktionswandel ergreift die politisch fungierende Öffentlichkeit im ganzen [sic!]: auch das zentrale Verhältnis von Publikum, Parteien und Parlament ist ihm unterworfen.“⁵⁷

Im Jahr 2015 muss konstatiert werden, dass dieser Funktionswandel der Öffentlichkeit bereits stattgefunden hat. Es entsteht, wie die vorliegenden Ausführungen zeigen werden, eine Entkopplung der öffentlichen Sphäre von den übrigen Stationen der politischen Öffentlichkeit und Willensbildung. Neben der öffentlichen Sphäre veränderte sich auch die Ausrichtung der demokratischen Parteien:

„Der Entwicklung zur kommerziellen Massenpresse entsprach die Umstellung der Honoratiorenparteien auf Massenbasis. Die Sozialisierung der bürgerlichen Gleichheitsrechte veränderte das Gefüge der Parteien.“⁵⁸

Die Parteien durchschritten ebenfalls einen Funktionswandel, organisierten sich überregional und verfestigten einen bürokratischen Apparat, der auf die ideologische Integration von Menschen ausgerichtet ist. Diese Art der Professionalisierung und Loslösung der Partei aus dem Spektrum der Lebenswelt der Menschen wird in der heutigen politischen Diskussion oft kritisch betrachtet. Dieses Problem der fehlenden Verankerung in der Lebenswelt wird auch den Printmedien unterstellt:

„Heute ist diese Massenpartei der Oberflächenintegration, die damals entstand, zum herrschenden Typ geworden. Für sie ist es entscheidend, wer über die Zwangs- und Erziehungsmittel verfügt, um das Wahlverhalten der

⁵⁶ Habermas, Jürgen (1990): S. 300.

⁵⁷ Habermas, Jürgen (1990): S. 300.

⁵⁸ Habermas, Jürgen (1990): S. 302.

Bevölkerung demonstrativ oder manipulativ zu beeinflussen. Die Parteien sind Instrumente der Willensbildung, aber nicht in der Hand des Publikums, sondern derer, die den Parteiapparat bestimmen.“⁵⁹

Es geht demnach um die Machtartikulation aus der Mitte der Parteien heraus und um eine gewisse Loslösung von der Basis und der Lebenswelt der Bevölkerung, um zum Parlament, zu den Medien und zum Bürger eine bestimmte Position vertreten und propagieren zu können, ohne bei jeder Entscheidung die Rückkopplung zur Basis suchen zu müssen. Das Publikum ist zum teilweise unbeteiligten Zuhören verurteilt und sitzt, wie Friesenhahn bereits im Jahr 1958 feststellte, auf einer Art Tribüne und folgt der Vorstellung. Damit

“[...] wird das Parlament zur öffentlichen Tribüne, auf der vor dem ganzen Volke, das durch Rundfunk und Fernsehen in besonderer Weise an dieser Öffentlichkeit teilnimmt, die Regierung und die sie stützenden Parteien ihre Politik dem Volke darlegen und verteidigen, die Opposition aber diese Politik in der gleichen Offenheit angreift und ihre Alternativpolitik entwickelt.“⁶⁰

Von Interesse ist an dieser Stelle die Einführung des Begriffes Tribüne. Dieser kreiert einen ganz eigenen Status von Öffentlichkeit. Auf einer Tribüne kann man zuschauen, aber nicht konkret teilnehmen. Das Publikum, in diesem Fall die angesprochenen Gruppen, bekommt über die politisch formulierte Öffentlichkeit, auch dargestellt in den untersuchten Printmedien, das Parlament und die dort tätigen Parteien quasi von einer Tribüne aus präsentiert. Der Begriff Tribüne schließt aber gleichzeitig einen Ausschluss des Publikums im Sinn der Transparenz und Teilhabe mit ein. Auf einer Tribüne kann keine echte Bürgerbeteiligung stattfinden. Die Bevölkerung kann von der Tribüne aus zusehen, zuhören, aber nicht aktiv teilnehmen. Selbst die Opposition, nahe am politischen Machtzentrum angesiedelt, agiert ohne Rückkopplung am Rande der Bühne, aber auch ohne echte Teilhabe. Sie kann kritisieren, aber nur peripher am politischen Willensbildungsprozess mitwirken. Dieses Bild wirkt etwas überspitzt, aber gerade in modernen demokratischen Systemen scheint das Gefühl der Nichtbeteiligung innerhalb der Bevölkerung groß zu sein. Daher kommen mediale Forderungen nach einer Aktivierung und Teilhabe von Bürgern nicht überraschend:

„Vor der erweiterten Öffentlichkeit werden die Verhandlungen (im Parlament) selbst zur Show stilisiert. Publizität verliert ihre kritische Funktion zugunsten der demonstrativen; noch die Argumente werden in Symbole verkehrt, auf die nicht wiederum mit Argumenten, sondern mit Identifikationen geantwortet werden kann.“⁶¹

⁵⁹ Habermas, Jürgen (1990): S. 303.

⁶⁰ E. Friesenhahn: Parlament und Regierung im modernen Staat, in: Veröff. D. Ver. Dt. Staatsrechtslehre, Heft 16, Berlin 1958, S. 31; zitiert nach Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Suhrkamp 1990, S. 306.

⁶¹ Habermas, Jürgen (1990): S. 307.

Habermas erkennt hier bereits den angesprochenen „Wert“ von Symbolen für die Medien. Sie müssen nicht mehr mit Argumenten unterfüttert werden, sondern stehen für etwas. Die Symbole schließen ein oder grenzen nicht zugehörige Menschen und Gruppen aus. Vor allem die Printmedien haben einen Funktionswandel hin zu einer demonstrativen Rolle durchgemacht und spiegeln die Argumente der politischen Öffentlichkeit an die Bevölkerung weiter:

„Am Funktionswandel des Parlaments wird die Fragwürdigkeit der Öffentlichkeit als Organisationsprinzip der staatlichen Ordnung offenbar: aus einem Prinzip der (von Seiten des Publikums gehandhabten) Kritik ist Publizität zu einem Prinzip der (von Seiten demonstrierender Instanzen – der Verwaltung und der Verbände, vor allem der Parteien) gesteuerten Integration umfunktioniert worden.“⁶²

Zu zeigen, wer dazu gehört und wer fremd ist bzw. wirkt, kann nur über die Medien transportiert werden. Die Politik im Zentrum, d.h. das Parlament, transportiert Meinungen, die dann aber nur rudimentär über verschiedene Ebenen an die Adressaten weiter gegeben werden. Das Publikum wird zum Verbraucher und Konsument zugeschnittener Medienberichte und vermittelter Botschaften aus dem Zentrum der politischen Willensbildung.

Habermas nennt dieses Prinzip die unmittelbare Öffentlichkeit und bemüht hier das Beispiel einer Gerichtsverhandlung, zu der die Öffentlichkeit nicht mittelbar zugelassen ist, sondern später Meinungen transportiert bekommt.⁶³ Für diese Dissertation interessant ist, dass die öffentliche Sphäre die Lebenswelt verpflichtet, aber ohne die Teilhabe dieser nicht komplett funktional ist. Die bestehenden Schranken zu den Medien verhindern aber wiederum den notwendigen inhaltlichen Input aus der Lebenswelt (s. o. Schaubilder).

Diese Schiefelage wird besonders an den Diskussionen zur Zuwanderungsdebatte deutlich:

„Auch heute verpflichtet die Verfassung des Sozialstaates als einer Massendemokratie die Tätigkeit der Staatsorgane zur Öffentlichkeit, damit ein permanenter Prozeß [sic!] der Meinungs- und Willensbildung wenigstens als freiheitverbürgendes Korrektiv an der Macht- und Herrschaftsausübung wirksam werden kann.“⁶⁴

Generell muss konstatiert werden, dass die Politik eine öffentliche Sphäre bekleidet. Allerdings bestehen Grenzen und Schranken des Zugangs, die natürlich über die Medien mit verstärkt werden, da diese nach wirtschaftlichen Interessen handeln und teilweise entweder nur die klaren Fakten (Einbürgerungstest) wiedergeben, oder aber verkürzt Ansichten von Politikern zu gewissen Zuwanderungsdebatten zulassen.

⁶² Habermas, Jürgen (1990): S. 307

⁶³ Vgl. Habermas, Jürgen (1990): S. 308.

⁶⁴ Habermas, Jürgen (1990): S. 309.

In denen für diese Arbeit relevanten und untersuchten Printmedien werden Themen vor- und aussortiert, was gelesen, diskutiert und bewertet wird und welche Themen nicht relevant sind. Interessant wäre es, diese öffentlichen Sphären wieder etwas zu öffnen und den Diskurs über Zuwanderung und Migration in Deutschland in einer Art öffentlichen Forum, etwa den Sozialen Medien, zu diskutieren. Dieser Diskurs müsste vor allem jenseits des Expertendiskurses näher an der Lebenswelt der Menschen angesiedelt werden. Es kann in den Printmedien nicht nur um Fakten und/oder einen Parteienkonflikt oder Politikerstreit zu gewissen schlagwortorientierten Einwanderungsfragen gehen, sondern das Prinzip der Partizipation und ein offeneres Forum für Beteiligungen müsste vor allem in den Printmedien wieder einen Raum bekommen. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Politik unabhängig und überparteilich gewisse Statements wieder zu geben und fremdheitsfördernde Kommentare zu unterlassen. Die Medien müssen selbst für mehr Teilhabe aus der Lebenswelt sorgen.

Das bereits diskutierte Schleusenmodell und der damit verbundene Strukturwandel der Öffentlichkeit ist ein idealtypisches Konstrukt, an dem aber deutlich wird, wie sich nach den Thesen Habermas die Politik, die politische Öffentlichkeit und die gesamte öffentliche Struktur der Meinungs- und Willensbildung verändert hat. Diese Dissertation wird dies anhand der Zuwanderungsdebatte in dem Zeitraum 1998-2009, in der die SPD in der Regierungsverantwortung stand, aufzeigen:

„Die von gesellschaftlichen Organisationen beschlagnahmte, unter dem Druck kollektiver Privatinteressen vermachtete Öffentlichkeit kann über eine Mitwirkung an politischen Kompromissen hinaus Funktionen der politischen Kritik und Kontrolle nur in dem Maße ausüben, indem sie selbst Bedingungen der Publizität rücksichtslos unterworfen ist, nämlich Öffentlichkeit im strengen Sinne wiederum wird.“⁶⁵

Diese Forderung nach Öffnung der Öffentlichkeit ist elementar in den Ausführungen von Habermas. Er zeigt auf, an welcher Stelle sich die öffentliche Sphäre von der Lebenswelt der Bevölkerung entfernt hat und sich wieder öffnen muss um als demokratisch zu gelten:

„Selbst die politische Publizistik soll, wie alle Institutionen, die in der Öffentlichkeit demonstrativ oder manipulativ einen privilegierten Einfluß [sic!] ausüben, ihrerseits dem demokratischen Öffentlichkeitsgebot unterstellt werden. [...] Auf Publizität sind nicht mehr nur die Organe des Staates, sondern alle in der politischen Öffentlichkeit publizistisch wirksamen Einrichtungen festgelegt worden, weil der Prozeß [sic!] der Transformation gesellschaftlicher Macht in politische ebensosehr [sic!] der Kritik und Kontrolle bedarf, wie die legitime Ausübung der politischen Gewalt über die Gesellschaft.“⁶⁶

⁶⁵ Habermas, Jürgen (1990): S. 309.

⁶⁶ Habermas, Jürgen (1990): S. 311.

Habermas sieht hier die Gefahr einer Loslösung der Publizistik ohne sie explizit zu benennen. Er diagnostiziert die demokratische Sekretion, die aber immer noch einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden muss. Ohne diese Kontrolle sind die Medien in einem exklusiven Status der Meinungs- und Willensbildung und das muss unweigerlich zu Problemen der Vermittlung und einer Schieflage der Diskussion führen:

„Zunächst stellt die von den Massenmedien zubereitete und verbreitete Integrationskultur, obschon ihrem Sinne nach unpolitisch, selber eine politische Ideologie dar; die politische Programmatik, jede demonstrative Äußerung überhaupt, wird mit ihr nicht etwa in Konkurrenz treten dürfen, sondern um eine Konkordanz sich zu bemühen haben.“⁶⁷

Printmedien haben, obwohl ihrem Duktus nach unpolitisch und überparteilich, ein Leitbild inne (s. u.). Sie handeln nach dieser konservativen oder linken politischen Einstellung, die sie in ihrem Programm festgeschrieben haben. Dieser Programmatik wird sich auch eine Nachricht etwa über den Einbürgerungstest unterwerfen müssen und es werden in der Regel konforme Meinungen an die Leser weiter gespiegelt. Es richtet sich eine

„Ideologie in Gestalt der sogenannten Konsumkultur ein und erfüllt gleichsam auf tieferer Bewußtseinsstufe [sic!] ihre alte Funktion, nämlich den Zwang zur Konformität mit den bestehenden Verhältnissen.“⁶⁸

Auch der angesprochene politische Bereich wird in dem Konsumbereich der Massenmedien integriert. Dadurch entstehen aber Verkürzungen und Schieflagen in der Vermittlung, die eine konstatierte Fremdheitsproduktion zumindest fördern können. Von Interesse wären neue Konzepte der Vermittlung von Politikinteressen, beziehungsweise ein Loslösen der Politiker von dieser seit Jahrzehnten bestehenden Praxis der Meinungs- und Willensbildung.⁶⁹ Das Publikum wird demnach zu einer Teilnahme ohne echte Teilhabe von der eigentlichen Entscheidungsebene distanziert. Das bedeutet,

„[...] ein als Publikum desintegriertes Publikum der Staatsbürger wird mit publizistischen Mitteln derart mediatisiert, daß [sic!] es einerseits für die Legitimation politischer Kompromisse beansprucht werden kann, ohne andererseits an effektiven Entscheidungen beteiligt oder der Beteiligung auch nur fähig zu sein.“⁷⁰

⁶⁷ Habermas, Jürgen (1990): S. 318.

⁶⁸ Habermas, Jürgen (1990): S. 318.

⁶⁹ Vgl. Habermas, Jürgen (1990) : S. 319.

⁷⁰ Habermas, Jürgen (1990): S. 325.

Die Meinungen über Integrationsprozesse werden politisch geschickt platziert, um das Publikum zu konformisieren und dadurch politisch an die jeweilige Partei über transportierte Bilder und Symbole zu binden.

Allerdings sind die Funktionen der Publizität, die kritische und die manipulative, deutlich zu unterscheiden. Sie stehen in gegenläufigen gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen und Verhaltenserwartungen an das Publikum.⁷¹ Beide Formen der Ausprägung von Berichterstattung sind in dieser vorliegenden Analyse auffindbar.

Die Analyse muss an der institutionalisierten Fiktion der öffentlichen Meinung festhalten, „ohne sie doch unmittelbar im Verhalten des Staatsbürgerpublikums noch als reale Größe identifizieren zu können.“⁷² Von dem Standpunkt dieser These aus gesehen, ist die vorliegende Art der Analyse zulässig und bedarf keiner weiteren Legitimation durch Umfragen oder Gruppendiskussionen. Da der Staat von der Richtigkeit seiner vermittelten Prämissen ausgeht, dass publizierte Meinungen sich im Meinungsbild der Bevölkerung widerspiegeln und übernommen werden in der Lebenswelt, kann auch diese Analyse von ebendiesen Spiegelungen ausgehen und kann die transportierten Bilder unabhängig von weiterführenden Befragungen als plausibel und belegt annehmen.

Die sozialstaatliche Massendemokratie rechnet mit einer intakten öffentlichen Meinung, weil diese immer noch die einzig anerkannte Basis der Legitimation politischer Herrschaft ist. Somit kann die Übernahme von politischen Ansichten in die Lebenswelt über die Massenmedien als Transportmittel als sehr wahrscheinlich angenommen werden.

Durch die von Massenmedien, wie in diesem Fall die Printmedien, hervorgerufenen Kommunikationsprozesse, stehen die angesprochenen Gruppen, Verbände u.a. Adressaten unter dem Einfluss derselben. Dies kann unmittelbar über die Aufnahme von Meinungen geschehen oder durch gut informierte einzelne Träger der Informationen.⁷³

Die formellen Meinungen lassen sich auf verifizierbare Institutionen zurückführen. Sie sind als Verlautbarungen, Bekanntmachungen, Erklärungen und Reden offiziell autorisiert. Diese Meinungen zirkulieren in einem recht engen Kreislauf über die Masse der Bevölkerung hinweg zwischen der politischen Presse und den beratenden, beeinflussenden und beschließenden Organen mit politischen oder politisch relevanten Kompetenzen. Demnach sind sie nicht im Habermasche Sinne öffentlich, da sie keine wechselseitige Korrespondenz und keine Rückkopplung in die Lebenswelt der Menschen zulassen. Es besteht aber eine

⁷¹ Vgl. Habermas, Jürgen (1990): S. 343.

⁷² Habermas, Jürgen (1990): S. 344.

⁷³ Vgl. Habermas, Jürgen (1990): S. 355.

„über die Massenmedien geleitete Verbindung, und zwar durch jene demonstrativ oder manipulativ entfaltete Publizität, mit deren Hilfe sich die am politischen Machtvollzug und Machtausgleich beteiligten Gruppen beim mediatisierten Publikum um plebiszitäre Folgebereitschaft bemühen.“⁷⁴

Es handelt sich also um eine gesteuerte formelle Einflussnahme mittels einer öffentlichen Manifestation, die, hervorgerufen durch eine Diskussion zwischen politischen Entscheidungsträgern und dem politischen Zentrum nahen Gruppen und Verbänden, bereits ausformuliert wurden und im finalen Schluss über die Massenmedien kommuniziert werden:

„Nicht durch die öffentliche Kommunikation, sondern durch die Kommunikation der öffentlich-manifestierten Meinungen wird das Publikum der nichtorganisierten Privatleute im Sog demonstrativ oder manipulativ entfalteter Publizität beansprucht.“⁷⁵

Die öffentliche Meinung kann sich also nur herstellen, über die Teilhabe an organisierten Öffentlichkeiten im Prozess der formellen Kommunikation nahe am Zentrum:

„Der Grad der Öffentlichkeit einer Meinung bemißt [sic!] sich daran: in welchem Maße diese aus der organisationsinternen Öffentlichkeit eines Mitgliederpublikums hervorgeht; und wie weit die organisationsinterne Öffentlichkeit mit einer externen Öffentlichkeit kommuniziert, die sich im publizistischen Verkehr über die Massenmedien zwischen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen bildet.“⁷⁶

Zum politischen Zentrum muss also eine Verbindung bestehen, die über einen bloßen Konsum der Meinungen hinausgeht. Es können Konsens und Konflikt entstehen, die über die Bereitschaft und den Grad der Öffnung des politischen Zentrums zur Lebenswelt der Bevölkerung gesteuert, beziehungsweise abgemildert und konstruktiv über Teilhabe geregelt werden können. Die angesprochene nötige Weiterentwicklung des Schleusenmodells wurde ebenfalls skizziert und im weiteren Verlauf der Dissertation verifiziert werden.

Um die Analyse zu verdeutlichen, muss geklärt werden, wie in dieser Dissertation die Definitionen von Fremdheit, Interkulturalität als kommunikative Plattform, die Symbole und nicht zuletzt das kollektive Gedächtnis einer Gruppe in der Lebenswelt verstanden werden. Hierfür bieten die Theorien von Maurice Halbwachs und Bernhard Waldenfels lohnenswerte Ergänzungen für diese Dissertation. Zunächst wird die Funktion und Realitätsvermittlung der Medien über Niklas Luhmann definiert.

⁷⁴ Habermas, Jürgen (1990): S. 356.

⁷⁵ Habermas, Jürgen (1990): S. 357.

⁷⁶ Habermas, Jürgen (1990): S. 357.

2.3. Die Realität und Funktion der Massenmedien

Die politischen Entscheidungsprozesse werden in dieser Dissertation sowohl anhand der systemimmanenten Outputs im politischen Zentrum gemessen, als auch in der Darstellung dieser Prozesse in den Printmedien. Der Filter, den die Massenmedien setzen, ergibt sich zum einen aus dem Adressatenkreis, den in diesem Fall eine bestimmte Zeitung erreichen möchte, als auch aus ihrer Funktion selbst heraus. Luhmann führt in seinem Werk „Die Realität der Massenmedien“⁷⁷ aus, dass zunächst eine grundlegende Unterscheidung notwendig ist, um die Funktion von Massenmedien herausarbeiten zu können, „nämlich die Unterscheidung von Operation [Hervorhebung im Original] und Beobachtung [Hervorhebung im Original]“. Für Luhmann bezeichnet eine Operation das eigentliche Stattfinden eines Vorgangs, während die Beobachtung selbst mit Unterscheidungen arbeitet, „um etwas (und nichts anderes) zu bezeichnen.“⁷⁸

Die Massenmedien beobachten in diesem Fall die politischen Prozesse zur Zuwanderung und agieren aus diesen Beobachtungen heraus. Für Kommunikation bedeutet dies, dass davon ausgegangen werden kann, dass auf eine Kommunikation eine weitere folgt. Aus dieser Grundannahme leitet Luhmann das Entstehen von Kommunikation im Allgemeinen her: „Die Antwort lautet, daß [sic!] Kommunikation überhaupt nur dadurch zustandekommt [sic!], daß [sic!] sie in der Selbstbeobachtung (im Verstehen) Mitteilung und Information unterscheiden kann.“⁷⁹

Selbst in Luhmanns systemischen Ansatz ist der Sprung zu den Massenmedien und deren komplexer Funktion weit: „Die Funktion der Massenmedien liegt nach all dem im Dirigieren der Selbstbeobachtung des Gesellschaftssystems - womit nicht ein spezifisches Objekt unter anderen gemeint ist, sondern eine Art, die Welt in System (nämlich Gesellschaft) und Umwelt zu spalten. Es geht um eine universale, nicht um eine objektspezifische Beobachtung.“⁸⁰

Diese Funktionsbeschreibung ist in dem oben eingeführten Schleusenmodell immanent und kann als Voraussetzung für die mediale Analyse der politischen Entscheidungen verwendet werden. Die Rolle der Printmedien in dem erweiterten Schleusenmodell erzeugt weitere Schranken zur Lebenswelt und führt zu einer Verstärkung des Demokratiedefizits, da die Adressaten weder an der politischen Diskussion im Zentrum, noch an der medialen Debatte partizipieren können. Die

⁷⁷ Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien, Westdeutscher Verlag.

⁷⁸ Luhmann, Niklas (1996): S. 169.

⁷⁹ Luhmann, Niklas (1996): S. 170.

⁸⁰ Luhmann, Niklas (1996): S. 173.

Adressaten der Bestimmungen, Maßnahmen und Gesetze sind nur Empfänger ohne gestalterische Spielräume. Luhmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „Hintergrundrealität, die in die Massenmedien ständig reimprägniert wird.“⁸¹

Die Realität der Massenmedien ist demnach nicht die Bereitstellung von Informationen über die Welt an sich, die Funktion liegt vielmehr in der „Erzeugung und Bearbeitung von Irritation - und weder in der Vermehrung von Erkenntnis noch in einer Sozialisation oder Erziehung in Richtung auf Konformität mit Normen.“⁸²

Diese Prozesse der Zirkulation und Irritationen lassen sich anhand der Medienanalyse der Zuwanderungsdebatte sehr gut aufzeigen. Der lange politische und mediale Zeitraum der Betrachtung ermöglicht eine Darstellung der wiederkehrenden Hintergrundrealitäten und der Irritationen:

„Die Massenmedien garantieren allen Funktionssystemen eine gesellschaftsweit akzeptierte, auch den Individuen bekannte Gegenwart, von der sie ausgehen können, wenn es um die Selektion einer systemspezifischen Vergangenheit und um die Festlegung von für das System wichtigen Zukunftserwartungen geht.“⁸³

Diese These Luhmanns lässt sich ebenfalls anhand der aufgegriffenen Thematik darstellen. Die Massenmedien kreieren ein Bezugssystem durch wiederholende Aussagen und eine eindeutige Bildsprache zu den politischen Entscheidungsprozessen. Die Kommunikation wird geleitet, gleichzeitig stimuliert und die Massenmedien dienen als Gedächtnis dieser Konstrukte:

„Die Gedächtnisleistungen kommunikativer Systeme im allgemeinen [sic!] und der Massenmedien im besonderen [sic!] werden durch die Themen der Kommunikation erbracht. Denn zu einem Thema gerinnt nur, was eine Sequenz von Beiträgen organisieren kann und für künftige Ja- bzw. Nein -Optionen offen ist.“⁸⁴

Diese Faktoren treffen, wie unten belegt wird, auf die Zuwanderungsdebatte zu. Die Artikel beschreiben eine Realität, die nicht in der Lebenswelt der Adressaten verifiziert ist, sondern aus dem politischen Zentrum heraus über Maßnahmen und Gesetze in die Medien hinein kommuniziert wird. Den Nachrichtenwert erhalten und behalten die Themen aufgrund der politischen Brisanz und der ständigen Aktualisierung. Die Adressaten der politischen Entscheidungsprozesse rezipieren diese neuen Gesetze und Maßnahmen aus den Massenmedien. Die mangelnde Möglichkeit zur Teilhabe muss als Form der institutionellen und sozialen Diskriminierung verstanden werden, da die Adressaten nicht oder nur in geringem Maß mitgestalten dürfen. Diskriminierung wird in Abgrenzung zum Begriff des Rassismus in dieser Dissertation als soziales Konstrukt verstanden, dass sowohl

⁸¹ Luhmann, Niklas (1996): S. 173.

⁸² Luhmann, Niklas (1996): S. 173.

⁸³ Luhmann, Niklas (1996): S. 176.

⁸⁴ Luhmann, Niklas (1996): S. 181.

aus den sozialen Prozessen, der historischen und systemischen Komponenten und Praktiken und Klassifikationen erwächst:

„In einer sozialwissenschaftlichen Perspektive werden als Diskriminierungen [...] Unterscheidungen sozialer Gruppen in den Blick genommen, die mit Annahmen über spezifische Eigenschaften der ‚Angehörigen‘ der so unterschiedenen Gruppen einhergehen sowie mit sozialen und/oder ökonomischen und/oder politischen und/oder rechtlichen Benachteiligungen verschränkt sind. Bedeutsam werden vor diesem Hintergrund u. a. Fragen nach

- den sozialen Prozessen, in denen diskriminierende Unterscheidungen hervorgebracht werden sowie den sozialen Bedingungen, unter denen diese plausibel erscheinen;
- dem historischen und systematischen Zusammenhang von Positionierungen in gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen mit Diskursen, Ideologien und Semantiken, die jeweilige Gruppenkonstruktionen veranlassen und ihnen Plausibilität verleihen – z. B. als Begründung und Legitimation von Privilegierungen und Benachteiligungen;
- den Strukturen, Prozessen und Praktiken, mit denen Diskriminierungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen bzw. Teilbereichen hervorgebracht und reproduziert, oder aber in Frage gestellt und aufgebrochen werden;
- der Verwendung diskriminierender Praktiken und Klassifikationen in Organisationen sowie dem Verhältnis von Diskriminierungen in Organisationen zu gesellschaftlich einflussreichen Wissensbeständen und ökonomischen, politischen und rechtlichen Strukturen, die zur Reproduktion sozialer Ungleichheitsverhältnisse beitragen.“⁸⁵

Diese Faktoren für Diskriminierung können sowohl in den politischen Entscheidungsprozessen, als auch der medialen Berichterstattung nachgewiesen werden. Aufgrund der fehlenden Teilhabe der Adressaten am politischen Zentrum sind bereits demokratische Defizite existent, die über die systemische Genese der Massenmedien und ihrer historischen Funktion noch verstärkt werden. Diese diskriminierenden Prozesse, die anhand des Schleusenmodells aufgezeigt werden können, sind in dieser Form nicht als Rassismus zu verstehen, denn sie sind nicht verstetigte beabsichtigte Handlungen um die eine Bevölkerungsgruppe über die andere zu erhöhen. Sie sind vielmehr ein strukturell und historisch gewachsenes Defizit auf den zwei Ebenen der Politik und in der Vermittlung von politischen Inhalten über die Massenmedien.

⁸⁵ Hormel, Ulrike; Scherr, Albert (2010): Einleitung: Diskriminierung als gesellschaftliches Phänomen, S. 7-21; In: Hormel, Ulrike; Scherr, Albert: Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse; VS Verlag, S.12.

Zur Unterstützung dieser These dient eine Rassismusdefinition des Soziologen Albert Memmi:

„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“⁸⁶

Wäre Rassismus ein Ziel der deutschen Mehrheitsbevölkerung, würde sich dieses in rigideren Gesetzestexten und Maßnahmen niederschlagen, als im Untersuchungszeitraum nachzuweisen ist. Die Definitionen der Selbst- und Fremdwahrnehmungen und der Sphäre der Interkulturalität sind im Anschluss elementar, um die Wirkungszusammenhänge zwischen dem politischen Zentrum, den Printmedien und der Lebenswelt aufzeigen zu können.

2.4. Das kollektive Gedächtnis als bestimmender Faktor der Gruppenbildung

Maurice Halbwachs hat in seiner Theorie vom kollektiven Gruppengedächtnis eine Grundlage zur Erarbeitung von gesellschaftlichen Strukturen geschaffen, die sich nicht oder nur partiell auf der Basis des Individuums erklären lassen. Nach Halbwachs' Theorie verfügt das Individuum über kein eigenständiges Gedächtnis, sondern bildet sich seine Erinnerungen stets über eine jeweilige Gruppenzugehörigkeit. Je mehr Gemeinsamkeiten und Harmonien in der Gruppe bestehen, desto deutlicher werden die Erinnerungen an Ereignisse und Erfahrungen.⁸⁷

Es muss also eine Zusammengehörigkeit praktiziert werden. Demnach wäre ein Zuwanderungsgesetz, das auf eine einseitige Integrationsleistung der Migranten in die Mehrheitsgesellschaft setzt, kontraproduktiv für eine gemeinsame Normen- und Wertebasis. Habermas würde an dieser Stelle dann eine Kommunikationsschwierigkeit unterstellen, da die Menschen mit Migrationshintergrund mit anderen Symbolen, Normen und Werten argumentieren würden, als die Mehrheitsgesellschaft. Die artikulierende Gruppe hätte in der Lebenswelt bereits ein Legitimitätsdefizit und somit gleichzeitig eine Artikulationsschranke zur vermittelnden Ebene der Medien.

Je nach Größe und Zusammenhalt der Gruppe werden in dieser die Erinnerungen gespeichert.⁸⁸ Häufig werden die Erinnerungen in Abgrenzung zu einer anderen Gruppe festgeschrieben, da deren

⁸⁶ Memmi, Albert (1992): Rassismus, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1992; S. 103 u. 164.

⁸⁷ Vgl. Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt am Main 1991, S. 11.

⁸⁸ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 15.

Mitglieder untereinander in Kontakt stehen und diese Verbindung stetig wiederholt wird.⁸⁹ Es ist prinzipiell die Zugehörigkeit zu mehr als einer Gruppe möglich. Halbwachs argumentiert an dieser Stelle, ohne Bezug zu nehmen, mit dem Begriff der Lebenswelt bei Habermas.

Nach Halbwachs gibt es jedoch Abstufungen in der Deutlichkeit der Erinnerungen, die daraus resultieren, dass es Unterschiede der Zugänglichkeit in der Erinnerung gibt. Demnach sind die ersten beiden Stufen, Familie und Freunde, auf der zugänglichen Mikroebene anzusiedeln. Jede Gruppe schreibt sich selbst die Bedingungen der Mitgliedschaft zu und die Individuen können die Denkprozesse nachvollziehen. Die dritte Stufe bilden schließlich die Erfahrungen, zu denen man keinen Zugang mehr hat, da man sie nicht nachvollziehen kann. An dieser Stelle sind die politischen Makroprozesse in den Medien einzuordnen, da sie nur für die Mehrheitsgesellschaft transparent sind.⁹⁰ Der Zugang der Minderheiten zur politischen Diskussion muss gewährleistet sein. In dieser Arbeit könnte von einer Öffnung zwischen den Gruppen gesprochen werden, wenn in den untersuchten Zeitungen eine transparente Darstellung erfolgt, das heißt auch Minderheiten ihre Sichtweise schildern dürfen. Implizit ist in Halbwachs Theorie auch das Schleusenmodell vorhanden, da von einem Zugang bzw. ihrer Beschränkung zu den Medien und somit zum Diskurs ausgegangen wird.

Halbwachs geht gerade beim Themenkomplex Migration davon aus, dass man in seinem Denken fremde soziale gedankliche Elemente und Gruppenzugehörigkeiten in das jeweilige Aufnahmeland mitbringt. Für die Zuwanderer sind die Werte und Normen des Aufnahmelandes umso schwieriger zu erfassen, je entfernter ihr traditioneller Kulturrahmen ist. Gleichzeitig steigert sich das Konfliktpotential, denn in den bestehenden Gemeinschaften herrschen genau wie bei den Migranten Ängste vor. Bei den einen sind die Ängste vor der Überfremdung primär und bei den anderen vor der Fremdheit der Situation. Die Medien wiederum verstärken, so die These, diese Fremdheitskonstruktionen durch die Diskussion der politischen Entscheidungsprozesse.⁹¹ Die Menschen können eine Situation nur mittels der erfahrenen Sozialisation einschätzen und danach handeln. Widersprechen sich die gesellschaftlichen Denkweisen aus Sicht der kulturellen Herkunft, dann können Spannungen entstehen.⁹² Diese Sichtweise auf die Normen und Werte einer jeden Gruppe erlaubt erst den in dieser Dissertation verfolgten Ansatz der inhaltlichen medialen Betrachtung. Die Berücksichtigung verschiedener Auslegungen von Normen und Werten ist gerade im Diskurs über Zuwanderungs-

⁸⁹ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 25 f.

⁹⁰ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 30.

⁹¹ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 31.

⁹² Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 33.

und Einwanderungsfragen bis zur Einberufung des Integrationsgipfels und der Deutschen Islamkonferenz kaum existent. Die Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise das politische Zentrum bestimmen die Konnotationen über diese Fragen in der medialen wie auch der politischen Betrachtung.

In einer Gemeinschaft werden demnach nicht nur Fakten und Daten, sondern ebenfalls die „gelebte Geschichte“, das heißt die Ereignisse, die eine Gruppe geprägt haben, gespeichert.⁹³ Eine Erinnerung wird nicht als Fakt aufgeschrieben, sondern besteht aus Einschätzungen der Situation und somit aus aufgenommenen Fremd- und Selbstzuschreibungen.⁹⁴

Eine kontinuierliche Denkströmung durch Mitglieder speichert also nur das Positive oder Negative der „gelebten Geschichte“; entweder das, was ständig wiederholt wird, oder das, was einen sehr starken Einschnitt darstellt.⁹⁵ Die Sichtweise auf Personen und Gruppen ist dementsprechend, durch den eigenen Blickwinkel auf das jeweilige Milieu auf der Mikroebene und die medialen Berichte über sie und ihre Charaktereigenschaften, Änderungen unterworfen. Die Bilder ändern sich mittels Zuweisungen.⁹⁶ Wenn nun von der These der Fremdheitskonstruktion durch politische Entscheidungsprozesse in der Mediendiskussion ausgegangen wird, lässt sich vermuten, dass sich gerade mit der Wiederholung bestimmter Sichtweisen Gruppen neu formieren. Zum Beispiel wird das Thema der hohen Arbeitslosigkeit unter türkischen Zuwanderern gerade in der Bild-Zeitung des Öfteren thematisiert: „Jeder dritte Türke (32,4 %) ist ohne Job.“⁹⁷

Weiter sind mittels Darstellungen, beispielsweise der Erfahrungen mit Gastarbeitern, immer gewisse Stränge von ehemaligen sozialen Milieus in den modernen Gruppen enthalten. Es lassen sich in den Medien alte Zuschreibungen und Stereotypen finden. Es werden alte Begrifflichkeiten wieder aufgenommen, um die aktuelle Situation mit den Zuwanderern zu beschreiben: „Wahrheiten über die Gastarbeiter.“⁹⁸ Die Gruppen der heutigen Gesellschaft sind somit durch ältere und teilweise unterschiedliche Erinnerungen und Traditionen geprägt.⁹⁹

Jedes Individuum ist Mitglied mehrerer Gruppen und kann somit mehrere Identitäten unterschiedlicher Ausprägung innehaben. Von der heutigen Einteilung nach nationalen Gruppen, bis

⁹³ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 50.

⁹⁴ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 66.

⁹⁵ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 68.

⁹⁶ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 59.

⁹⁷ Bild-Zeitung vom 07.04.2006: „7 Wahrheiten über die Ausländer-Politik“, S. 2.

⁹⁸ Bild-Zeitung vom 26.11.2004: S. 2.

⁹⁹ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 52.

hinab zur Familie, ist der Mensch in vielen sozialen Gruppierungen Mitglied und identifiziert sich je nach Ausprägung, Interesse und Organisation mit ihnen und ihren Zielen.¹⁰⁰ Die Gruppen bestimmen das Milieu vor, in dem sich das Individuum bewegt. Das Milieu, in dem sich das Subjekt als Mitglied bewegt, ist von der Idee des Erfahrungsraums her gleich strukturiert. Nur gibt es in einem Milieu mehr Mitglieder als in der Gruppe der Familie, daher können die Erinnerungen nicht komplett trennscharf sein. Ein Milieu umfasst mehr Ebenen als beispielsweise die Kernfamilie und daher können nicht alle Erinnerungen gespeichert werden. Dennoch werden in diesen größeren Gemeinschaften positive wie negative Ereignisse und Erfahrungen, die von außen und innen herangetragen werden, gespeichert.¹⁰¹ Die Mitglieder müssen hierfür nicht anwesend sein, da die einzelnen Gruppen oder Milieus durch Interessen bestehen und über Erfahrungsräume zugänglich sind. Mittels dieser Argumentation erscheint es plausibel zu prüfen, ob ein Adressat einer politisch angesprochenen Minderheit aus seinen Gruppenerfahrungen heraus versucht, sich in Stellungnahmen von politischen Äußerungen abzugrenzen und somit die Vorstellungen der Gruppe wiedergibt.

Da jeder Erfahrungsraum eine sozial zeitlich und räumlich begrenzte Gruppe zum Träger hat, kann die fehlende Möglichkeit zur Vernetzung für eine Minderheit durch eine ablehnende Politik, den Rückzug auf die nächst kleinere Ebene, meistens diejenigen der kulturellen Gruppe, fördern.¹⁰²

Es muss nach Halbwachs eine gemeinsame Einordnung von Zeit als soziale Komponente geben, denn nur durch ihre Festlegung kann Kommunikation in Prozessen stattfinden. Weiter können durch diese soziale Zeit Traditionen und der Bezug zu Orten plausibel gemacht werden.¹⁰³ Die zu Grunde liegende politische Idee der Integrationsprogramme, Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen, erscheint demnach richtig. Die Programme müssten jedoch durch eine beidseitige Verständigung entstehen. Eine einseitige politische Ausarbeitung kann den mitgebrachten Erfahrungsraum der Zuwanderer nicht erreichen. An dieser Stelle kommt es dann zum Rückzug der kulturellen Gruppe. Jede einzelne soziale Gruppe, zum Beispiel eine kulturelle Minderheit, vermag den Individuen also Halt und einen Ort des Vertrauens zu bieten. Laut Halbwachs kann der Mensch nur in Gruppen beispielsweise Erfahrungen der Diskriminierung verarbeiten, da die Wirkung auf jeden Einzelnen als zu stark empfunden werde. Erst mit der Übernahme durch die kulturelle Gruppe

¹⁰⁰ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 64.

¹⁰¹ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 115.

¹⁰² Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 76.

¹⁰³ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 78.

kann ein Ausweg gefunden werden und es entsteht so mit der Zeit eine kollektive und vertraute Physiognomie.¹⁰⁴ Diese These Halbwegs' entspricht dem dargestellten erweiterten Schleusenmodell nach Habermas und daher können beide Theoriestränge für die vorliegenden Arbeitshypothesen dieser Dissertation fruchtbar gemacht werden.

In der Lebenswelt gibt es allerdings Orte, die der Zuschreibung unterworfen sind. In der politischen Wirklichkeit erfolgt eine Welteinteilung in „rückständig“ und „fortschrittlich“. Die politische Sichtweise beinhaltet, dass Entwicklungsländer zeitlich aufholen müssten, beziehungsweise die Zuwanderer schnellstens den Lebensrhythmus des Aufnahmelandes annehmen sollten, damit sie nicht zunehmend in sozialen Rückstand geraten. In der deutschen Gesellschaft wird Zuwanderern aus der Türkei dieses Attribut zugeschrieben. „Die Türken“ werden aufgrund ihrer Herkunft und ihres muslimischen Glaubens oft einem Generalverdacht unterworfen, der mittels der medialen Berichterstattung verschärft wird. Im Sinne Halbwegs' sind diese Menschen aber einer anderen Gruppe zugehörig und somit anderen Denkströmungen, Traditionen und Erinnerungen verhaftet, deren Ablegung zu Konflikten führen könnte.¹⁰⁵ Dies führt zu einer anderen Verortung in der Lebenswelt einer Gesellschaft.

Alle bisher beschriebenen Gruppen, sowohl die Familie als auch kulturelle Gemeinschaften, die ihre Interessen anders artikulieren, sind Veränderungen unterworfen. Sie gestalten sich zum Beispiel bei Vergrößerung naturgemäß neu aus oder schotten sich durch negative Außenerfahrungen ab oder teilen sich in neue Gruppen auf. Ein neues Mitglied liefert zum einen Ideen und Erfahrungen von außen, zum anderen kommt durch einen Neuankömmling das Gefühl der Unruhe in die Gruppe, da ein Platz in der Gemeinschaft gefunden werden muss. Dieser Entwicklungsgang spiegelt folglich auf jeder Ebene von Gemeinschaften eine konfliktreiche und turbulente Zeit wieder. Bei großen Unterschieden, beispielsweise der Aufnahme einer fremden türkischen Kultur, dauert das gegenseitige Kennenlernen länger, ist ausdifferenzierter und erfordert laut der Politik Integrationsprogramme auf der Makroebene (s. u.). Die problemverarbeitenden Modi im politischen Zentrum müssen erst über verschiedene Einflussnahmen von Vereinen u. ä., auch auf der medialen Sphäre, angestoßen werden.

¹⁰⁴ Vgl. Halbwegs, Maurice (1991): S. 89.

¹⁰⁵ Vgl. Halbwegs, Maurice (1991): S. 112 f.

Der Erfahrungsraum der eigenen Gruppe wäre dann der angesprochene Ort der Ruhe, in dem ein unveränderliches Bild der Vergangenheit aus der Gruppenperspektive für jedes Individuum vorhanden ist. Je mehr Gemeinsamkeiten bestehen, desto homogener gestalten sich die großen Gesellschaftsprozesse.¹⁰⁶ Stoßen allerdings verschiedene Gruppenperspektiven und Erfahrungsräume aufeinander, muss die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Austausch gegeben sein. Ist dies durch Zugangsbeschränkungen nicht möglich, wird die Diskussion von der Mehrheitsgesellschaft unter Ausschluss der eigentlichen Adressaten geführt.

Der religiöse kollektive Erfahrungsraum steht im Bezug zu den vorangegangenen Erläuterungen. Die heiligen Stätten, Rituale und Symbole, wie das später zu behandelnde Kopftuch, garantieren, dass die religiösen Gefühle permanent sind. Wird die Möglichkeit zum Bau eines Gotteshauses, wie zum Beispiel einer Moschee, von der Mehrheitsgesellschaft nicht toleriert und akzeptiert, nimmt man der Gruppe, die dies intendiert hätte, einen wichtigen Bezugspunkt und einen Ort der Entfaltung.¹⁰⁷ De facto ist es nicht Sinn einer Religion sich zu ändern, denn die Regeln und die Ordnungen bleiben erhalten. Religionen beinhalten das permanenteste kollektive Gedächtnis der Menschen und somit ist es plausibel, in und zwischen diesen verschiedenen religiösen Gruppen das größte Konfliktpotential zu vermuten. Die jeweilige Religion lebt den Gläubigen die Bilder, also die Gebete und Riten, vor. Würde man die Gebetsstätten und Riten zerstören, hätte die Religion wenig Überlebenschancen, da ihr Erinnerungsvermögen in Überlieferungen und einer Geographie existiert, die in einem wechselseitigen Verhältnis fortbestehen.¹⁰⁸

Zusammenfassend ist also anzuführen, dass das kollektive Gedächtnis jeder Gruppe nur eine Aussicht hat bis zu einem gewissen Punkt unveränderlich zu bleiben, wenn es sich an geographische Punkte heftet. Alle Einheiten prägen den Raum und dieser prägt sie durch kollektive Erfahrungswerte. Des Weiteren gibt es so viele Arten den Raum zu deuten, wie es Gruppen gibt. Am Ende steht immer die traditionelle Verbundenheit als Bezugspunkt einer Gruppe, je nachdem wie fest und zeitlos sie sich in der Vergangenheit selbst ausgestaltet hat und von außen geprägt wurde. Gleichzeitig ist aber das kollektive Gedächtnis jeder Gruppe durch die Erfahrungswerte und -räume einem stetigen Wandel ausgesetzt. Um das Gruppengefüge zu erhalten, das sich auch durch das kollektive Gedächtnis ausprägt, dürfen die Veränderungen nicht massiv und schnell geschehen. Da aber, wie bereits erwähnt, die Gruppen untereinander permanent in Kontakt stehen und sich über den Begriff

¹⁰⁶ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 125.

¹⁰⁷ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 157.

¹⁰⁸ Vgl. Halbwachs, Maurice (1991): S. 159.

Fremdheit mittels Zuschreibungen voneinander abgrenzen, erfolgt nun eine kurze Darstellung, an welcher Stelle Fremdheit in der Interkulturalität auftaucht.

2.5. Die Vieldeutigkeit des Fremden in der Interkulturalität

Nach Bernhard Waldenfels gibt es diverse Formen der Fremdheit in der Gesellschaft. Wichtig bei seiner Argumentationsweise ist die erste Erkenntnis, dass die Fremdheit nicht außerhalb beginnt, sondern in der Gruppenstruktur immanent ist. Er geht davon aus, dass zwischen den Kulturen eine besondere Färbung des Fremden vorhanden ist, deren Fokus durch das Schlagwort Globalisierung und die fortdauernde Migration zwischen den Staaten weiter in die Öffentlichkeit gerückt wird. Für ihn spiegelt das Globale aber nur wider, was im Kleinen passiert. Die Fremdheit beginnt in den Ideen und Stereotypen über die anderen. Die Interkulturalität ist eine Zwischensphäre der Kommunikation, in der es keinen Punkt gibt, der uns einen unbefangenen und unbeschränkten Überblick verschafft. Hier argumentiert Waldenfels wie Halbwachs, dass keiner seiner Kultur entfliehen kann, da jeder von ihr geprägt wird. So wird kein unvoreingenommener Blick auf andere Kulturen möglich, da bereits in der eigenen Gruppe Traditionen und Denkweisen vorhanden sind.¹⁰⁹ Waldenfels beschreibt die Ausstrukturierung der Lebenswelt, in denen sich die Fremdheit erst konstituiert. Das politische Zentrum, als ausdifferenziertes System einer Gesellschaft, muss demnach Strömungen von Fremdheitskonstruktionen zunächst kommuniziert bekommen und dann mit einem Problemverarbeitungsmodus nach Habermas über Programme versuchen diese Fremdheit wieder abzubauen.

Da aber Fremdheit in so vielen Bedeutungen und Ausprägungen in Erscheinung treten kann, wird der Begriff für eine weitere Verwendung eingeschränkt. Fremdheit soll zum einen als Unzugänglichkeit eines bestimmten Erfahrungs- und Sinnbereiches verstanden werden. Zum anderen wird Fremdheit als Nichtzugehörigkeit zu einer Gruppe definiert, mit der die kulturelle und/oder soziale Fremdheit gemeint ist. Diese Bezüge greifen beide ineinander, da die Kultur selbst ein sozialer Prozess ist und die Sozialisierung somit auf kulturelle Symbole angewiesen ist.¹¹⁰

Des Weiteren ist Fremdheit laut der Theorie Waldenfels kein Mangel, den es zu überwinden gilt, sondern die Begriffe Abwesenheit und Entfernung sind zunächst einmal neutral. Sie ist kein genuin negativer Begriff, sondern Negativzuschreibungen entstehen erst durch die Verkennung der Frem-

¹⁰⁹ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden. Frankfurt am Main, S. 109.

¹¹⁰ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 115.

derfahrung.¹¹¹ Ein Ziel dieser Dissertation ist zu untersuchen, wann das wertfreie „Andere“ über diese negativen Zuschreibungen zur Fremdheit avanciert und wie sich diese Fremdheitserfahrungen ausgestalten.

Die Interkulturalität als Plattform ist nur vorhanden, wenn wir von einer Trennung in Eigen- und Fremdkultur ausgehen. Die fremde islamische Kultur ist demnach mehr als eine Kultur unter vielen, obwohl sie oft in Integrationsprogrammen der Regierung und dann später in den Medien so verstanden wird. Sie ist genau so einzigartig wie die viel zitierte christlich abendländische Gesellschaft. Wenn man diesen Wert der Einzigartigkeit streicht und die fremde Kultur als Teil der Eigenen begreift, kann die Betrachtung schief, eingefärbt und eventuell verfälscht werden. Eine neutrale und objektive Sicht des Fremden ist somit nicht möglich und die Plattform Interkulturalität entsteht.¹¹² Hinter der Interkulturalität steht immer eine Stimme, die für die Allgemeinheit spricht, ohne sie zu verkörpern. Es gibt auch hier eine Hierarchie der Wahrnehmung zwischen den Kulturen.¹¹³ Ein Politiker spricht zum Beispiel in den Medien über das islamische Kopftuch als Symbol der weiblichen Unterdrückung, ohne die entsprechende Bevölkerungsgruppe nach ihrer Meinung zu befragen. Eine viel zitierte politische Gegnerin des Kopftuches ist die ehemalige Baden-Württembergische Kultusinnenministerin Annette Schavan, die das Tuch als politisches Symbol sieht:

„Durch dieses Beharren mache Ferestha Ludin deutlich, ‚das ihr die Eignung fehle, die öffentliche Signalwirkung [...] zu berücksichtigen.‘ Das Tragen eines Kopftuches gehöre ‚nicht zu den religiösen Pflichten‘ einer Muslima.“¹¹⁴

Waldenfels versteht Symbole ebenso als Wertungen, wenn sie durch Zuschreibungen aus anderen Lebenswelten heraus entstehen. Allein aus diesem Grund kann Waldenfels an die bereits ausgeführten Theoriestränge angeschlossen werden und erklären, wie Symbole für Verortungen von Gruppen in der Lebenswelt politisch und medial genutzt werden können.

Generell steht „fremd“ für das, was außerhalb unseres gewohnten Bereiches vorkommt, also für Ereignisse an einem unbekanntem Ort. Der Gegensatz „Eigenes/Fremdes“ bezieht sich auf einen anderen Besitz und das „Fremdartige“, in diesem Fall auf die Zuwanderer, auf etwas Unheimliches,

¹¹¹ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 117.

¹¹² Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 111.

¹¹³ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 113.

¹¹⁴ Taz vom 14.07.1998: „Unterricht? Nicht mit deinem Kopftuch!“, S. 1.

das im Gegensatz zum Vertrauten steht.¹¹⁵ Dies zeigt also, dass „Fremdheit“ unterschiedlich wahrgenommen wird. Ein Arbeitskollege mit Migrationshintergrund, der mit „mir“ arbeitet, muss nicht fremd sein, sondern nur seine Lebenswelt im Allgemeinen.

Es ist ebenfalls wichtig, nicht die Begriffe „fremd“ und „anders“ gleich zu setzen, wie es in der westlichen Tradition oft praktiziert wird. Erst die Mehrheitsgesellschaft macht aus dem „Anderen“ einen „Fremden“, beziehungsweise aus seiner Kultur. Die soziale Identität bildet sich dementsprechend über einen Prozess der Inklusion und Exklusion aus. Denn die Gruppe ist immer da verortet, wo die andere nicht hin darf oder kann. Diese Schwelle besteht zwischen verschiedenen Kulturen noch stärker, denn Fremdheit wird auf dieser Ebene über große Meinungsträger, wie die Medien oder die Politik, konstruiert und ist von der Mikro-Ebene kaum beeinflussbar. Für Habermas müsste die öffentliche Sphäre als wertfreier Ort der Vermittlung über das Mittel des kommunikativen Handelns versuchen diese Schwellen und Schranken abzubauen (s. o.).

Wenn allerdings eine Seite oder Gruppe auf ihre Besonderheiten pocht und somit einen Dialog unterbindet, wird Fremderfahrung generell als Bedrohung aufgefasst.¹¹⁶ Generell wird eine Mehrfachidentität mit zunehmender Komplexität der Gruppen schwieriger, besonders bei starken Faktoren, wie Religion und Kultur. Das System schließt sich auf diese Weise und die Gruppe definiert sich unter Abgrenzung zu den anderen. Eine Isolierung vom Anderen ist unmöglich, denn keiner ist dem anderen völlig fremd. Es gibt Gemeinsamkeiten, die sich zum Beispiel im Konsum- und Freizeitverhalten aufzeigen lassen. Die Stile des Umgangs mit Fremdheit können dagegen zwischen den Gemeinschaften und Kulturen unterschiedlich sein. Fremdheitsrelationen haben untilgbare Asymmetrien und zeigen Färbung und Tönung durch Stereotypenbildung, die sich der Sprache purer Identitäten entziehen.¹¹⁷ Das Fremde setzt aber die Ordnung der Zugehörigkeits- und Zugangsbedingungen voraus, sonst gäbe es keine Nichtzugehörigkeit.¹¹⁸ Diese Bedingungen werden nach Halbwachs im kollektiven Gedächtnis einer Gruppe festgeschrieben. Politische und mediale Wiederholungen von Zuschreibungen führen zu einer stärkeren Verankerung in diesem kollektiven Gruppengedächtnis in der Lebenswelt.

¹¹⁵ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 112.

¹¹⁶ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 117.

¹¹⁷ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 118.

¹¹⁸ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 125.

Das Fremde beginnt, wie erwähnt, durch den Kontakt mit beispielsweise türkischen Familien und Erzählungen über sie, in uns selbst. Das Fremde im Anderen erscheint uns aber dann schlimmer, sobald es uns an verkannte, verdrängte und geopfert Eigenarten erinnert.¹¹⁹ Wenn zum Beispiel von südländischer Mentalität und Gastfreundschaft gesprochen wird, sind diese Stereotype einer Gruppe, die gleichzeitig eine gewisse Sehnsucht widerspiegeln.

Was bedeutet es nun in diesem Zusammenhang wie Samuel Huntington vom „Kampf der Kulturen“ zu sprechen? Ein kultureller Austausch ist nur möglich, wenn ein „Wir“ einem „Euch“ gegenübertritt. Die kollektive Konfrontation muss nicht, wie in dieser Dissertation fokussiert, sprachlich sein, es reichen Blicke und Gesten um Ausgrenzungen zu erzeugen. Es wird allerdings immer das Phänomen eines Fürsprechers gebraucht, der die Gruppe vertritt.¹²⁰ Je nach Größe der Gemeinschaft kann davon ausgegangen werden, dass die Medien eine dieser Stellungen in unserer Gesellschaft innehaben (s. o.). Die „Wir-Rede“ ist performativ, das heißt sie bewirkt etwas und stellt nicht nur fest. Sie spricht Gefühle, Erwartungen und Ereignisse, zumeist der Mehrheitsgesellschaft, an, die im kollektiven Gedächtnis gespeichert sind. Als ein plakatives Beispiel in den zuletzt genannten Medien, wäre die Schlagzeile der Bild-Zeitung: „Wir sind Papst“¹²¹, zu sehen.

Denkbar wäre desgleichen die Teilnahme an der Diskussion als „bezeugender Dritter“, der für bestimmte Ereignisse einsteht, die seinen Bereich betreffen. Hier sind die Medien, Gerichte und die Politik als Systeme anzusiedeln, die für bestimmte Ziele als Garant auftreten.¹²² An dieser Stelle wird das modifizierte erweiterte Schleusenmodell nach Habermas und Peters angesetzt, um die Rolle dieser Systeme aufzeigen zu können. Bevor auf die Rolle der Medien in dem Bereich der Verbreitung von Fremdheitskonstruktion und deren Eingrenzung in Bezug auf diese Arbeit eingegangen wird, erfolgt ein kurzer Exkurs zur Fremdheit in der Politik.

Hierfür sind die Ausführungen Waldenfels` interessant. Die politische Ebene muss eine Möglichkeit finden mit der Fremdheit umzugehen, ohne dem Fremden den Boden zu entziehen, beziehungsweise sich den Dialog mit den Kulturen einseitig anzueignen. Andernfalls schafft sie sich einen apolitischen Raum, in dem keine Ordnung herrscht.¹²³ Waldenfels verzichtet in diesem Zusammenhang

¹¹⁹ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 120.

¹²⁰ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 122.

¹²¹ Bild-Zeitung vom 20.04.2005: S. 1.

¹²² Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 126 f.

¹²³ Vgl. Waldenfels, Bernhard (2006): S. 130 f.

auf die Entwicklung eines Modells, weist aber auf die Wichtigkeit eines Problemverarbeitungsmodus im politischen Zentrum hin.

An dieser Stelle zeigt sich das angesprochene Problem des Verständnisses in der Interkulturalität. Die fremde Gruppe muss als gleichwertig in ihrer Fremdheit zur Mehrheitsgesellschaft angesehen werden, um einen Dialog zu finden. Die Gemeinschaften müssen sich wechselseitig verstehen können, ohne das traditionelle Gleichgewicht einer der beiden Gruppen zu stören. Hier wäre der Ansatzpunkt einer medialen politischen Diskussion einzuordnen, der auf die Möglichkeit einer Integration von sozialen Gruppen abzielt. Ziel müsste es sein, bei allen Einbürgerungsversuchen das immanent Fremde der anderen Kultur zu berücksichtigen und gleichzeitig die eigene Identität kennen zu lernen. Nähe kann nur durch die Abschaffung von Unsicherheiten und Ängsten erfolgen. Je mehr Austausch in der Gesellschaft stattfindet, desto mehr kann eine Durchmischung von Vertrautheit und Fremdheit erfolgen.¹²⁴ Also besteht in der Politik in Europa und in Deutschland das Problem der Grenzziehung. Denn Grenzen legen nach außen hin fest, wer dazugehört und wer nicht.

Die politischen Träger bilden die Makrogruppe, deren Mehrheitsentscheidungen auch dann akzeptiert werden müssen, wenn sie individuelle Nachteile mit sich bringen. Das Dilemma findet dann in der auf Universalismus ausgelegten Plattform der medialen Öffentlichkeit statt. Jede Ausweitung auf die Akzeptanz von neuen Gruppen erhöht das Legitimierungsproblem der Gesellschaft in Bezug auf die eigene soziale Identität. Die Zivilgesellschaft lässt im Prinzip den „Fremden“ zum Spiel zu, kann ihn aber auch immer wieder ausschließen, da er für die Stabilität nicht zumutbar ist. Die Folge kann der Rückzug der ausgegrenzten Minderheit sein.¹²⁵

Wesentlich hierbei ist die Tatsache, dass Integration in Deutschland oft mit der Verantwortung der Zuwanderer auf Anpassung gleichgesetzt wird und das Vertrauen in der politischen Kultur auf Bewahrung der sozialen Identität fehlt. Somit wird eine Identifikation mit dem Allgemeinwohl der Mehrheitsgesellschaft, dessen Grenzen von einer Expertengruppe festgelegt wurden, gefordert, um voll akzeptiert zu werden.¹²⁶ Die Logik des von außen politisch geschaffenen Regelwerks, einen gesellschaftlichen Verkehr zu ermöglichen und gleichzeitig innere Distanz bzw. Fremdheit zu wahren, widerspricht der Forderung nach Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft. Die damit

¹²⁴ Vgl. Dabag, Mihran; Platt, Kristin (Hrsg.): Identität in der Fremde. Bochum 1993, S. 24.

¹²⁵ Vgl. Schiffauer, Werner: Die civil society und der Fremde- Grenzmarkierungen in vier politischen Kulturen. In: Balke, Friedrich; Habermas, Rebekka; Nanz, Patrizia; Sillem, Peter: Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern. Frankfurt am Main 1993, S. 187.

¹²⁶ Vgl. Schiffauer, Werner (1993): S. 195.

verbundene Hilflosigkeit im Umgang mit dem Fremden hängt mit der unsicheren und ängstlichen Gesellschaft zusammen, die sich versucht durch Grenzen zu schließen.¹²⁷ Interessanterweise scheinen gerade die auf Integration gerichteten politischen Entscheidungsprozesse Fremdheitsgefühle zu schaffen. In wie weit diese Einschätzung zutrifft, wird im Folgenden anhand von ausgewählten Printmedien untersucht werden.

Festzuhalten bleibt, dass im Zentrum ein außerordentlicher Problemverarbeitungsmodus existieren muss, bzw. implizit unterstellt wird, der bei einem großem öffentlichen Druck in Kraft tritt. Der politische Gesetzgeber hat das letzte Wort in allen gesellschaftlichen Konfliktfällen. Aus diesem Grund muss er über Wahlen gesellschaftlich legitimiert sein. In diesem zu untersuchenden Fall der Fremd- und Eigenbeschreibungen von Integration in die deutsche Gesellschaft können aber nicht alle betroffenen sozialen Gruppen von einem Wahlrecht Gebrauch machen, so dass hier bereits der nächste Problemverarbeitungsmodus zum Themenfeld Wahlrecht für Menschen mit Migrationshintergrund in Kraft treten müsste, bevor überhaupt der Zugang zur öffentlichen Teilhabe geklärt werden kann. Der tatsächliche mediale Zugang kann über die Medienanalyse der angesprochenen Diskurse nachgezeichnet werden. Die Beantwortung der Fragen, ob und wie es zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Präsenz im öffentlichen Diskurs kommen kann, wird abschließend diskutiert. Den gesellschaftspolitischen Ausrichtungen der untersuchten Printmedien kommt hier eine entscheidende Rolle zu.

¹²⁷ Vgl. Schiffauer, Werner (1993): S. 197.

3. Die Printmedien

Die Öffentlichkeit bildet nach Habermas Konzept ein komplexes Netzwerk für die Kommunikation. Sie versinnbildlicht das Verbindungsstück der privaten Lebenswelt zum System und in ihr finden auch die Rückkopplungen der politischen Entscheidungen zum privaten System statt (s. o.). Die Meinungen der jeweiligen sozialen Gruppen werden nach dem zunächst idealtypisch gedachten Schleusenmodell in der Lebenswelt über Kommunikation gewissermaßen abgestimmt, gefiltert und zu öffentlichen Meinungen gebündelt. Wie die Lebenswelt reproduziert sich die Öffentlichkeit also über das kommunikative Handeln, der als Basis eine einfache Sprache für die Allgemeinverständlichkeit in der Alltagspraxis ausreicht. Die Lebenswelt ist also das Reservoir für die einfachen Handlungen und Kommunikationen der Menschen in ihren gesellschaftlichen Bezugssystemen. Die Öffentlichkeit, in diesem Fall die Printmedien als Untersuchungsmedium, bietet dann eine Kommunikationsstruktur, die sich auf den im kommunikativen Handeln erzeugten Raum bezieht. Diese Arbeit wird aufzeigen, wie die politischen Entscheidungsprozesse als Auswahl in den Zeitungen wiedergegeben werden. Die Untersuchung findet unter folgenden Kriterien statt:

- a) Wie lange und intensiv werden die Themen politisch mit welchem Ergebnis diskutiert?
- b) Wie verläuft die dazugehörige Berichterstattung in den Medien und wird Fremdheit vermittelt?
- c) Gibt es Aktualisierungen in den ausgewählten Medien in Form der Vorstellung neuer Verabschiedungen und wie sieht deren Darstellung aus?

Über diese Fragen lassen sich die Wirkungsplausibilitäten beim Rezipienten ableiten und betrachten. Die Eingrenzung der ausgewählten Printmedien und die Feststellung, warum gerade die Printmedien als Messinstrument zur Beurteilung von Fremdheitskonstruktionen durch die Politik in Frage kommen, sind im Folgenden von Interesse. In der Betrachtung werden die jährlichen Neuerungen, aber auch wiederkehrende Erscheinungen diskutiert. Aufgrund der Fülle der gefundenen Informationen musste eine Selektion der wichtigsten Ereignisse erfolgen, um markante Bilder aufzeigen zu können. Diese Auswahl lässt natürlich den Vorwurf der wissenschaftlichen Verkürzung zu, allerdings würde eine lückenlose Wiedergabe aller Artikel die Lesbarkeit dieser Dissertation stark beeinträchtigen und hätte gleichzeitig keinen Mehrwert für die Aussagekraft der Arbeit.

In den vier überregionalen Tageszeitungen, die hier das Untersuchungsobjekt bilden sollen, werden politische Themen, die beispielsweise den Kopftuchstreit betreffen, periodisch wieder aufgegriffen

und könnten somit den angesprochenen Erfahrungshorizont der Gruppen mit Migrationshintergrund prägen. Vor allem ist hier die Art der Berichterstattung von Interesse, das heißt wie bestimmte Themen, zum Beispiel das der Green Card, aufgegriffen und über einen gewissen Zeitraum behandelt werden. Für eine Beurteilung, ob die in den Zeitungen diskutierten Gesetzesentwürfe, die im Grunde das Ziel der Integration im Auge haben, eigentlich durch mediale Darstellungen das Gegenteil bewirken, ist es wichtig zu sehen, wer zu diesen Themen Stellung bezieht und Einfluss auf die Politik nimmt. Elementar ist die Untersuchung auf Einseitigkeit oder der proportionalen Angemessenheit der Stellungnahmen in den Medienberichten. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob Stereotypen ausgeprägt und verstärkt werden oder eine offene politische Diskussion geführt wird, beziehungsweise grundsätzlich möglich ist.

Einige Untersuchungen zu dem Bereich „mediale Berichterstattung“ zeigen, dass von den Medien Themen nach Nachrichtenfaktoren, wie Brisanz und öffentlichem Interesse ausgesucht werden, um die Auflage zu steigern. Die Medien haben deutlich an Einfluss gewonnen und die Einstellung der politischen Akteure zur Kommunikation hat sich verändert. Sowohl die inneren Parteienkonflikte als auch die Übermittlung von Botschaften sind zunehmend in den Medien zu finden.¹²⁸

In der Öffentlichkeit haben die Medien als Transportsystem von Informationen einen immensen Stellenwert erreicht und sind für die Untersuchung von Fremdheit interessant. Der Bürger ist zum Konsument einer Art politischen Schauspiels in den Medien geworden. Der Stil, die Imagekampagnen und die Effekte der politischen Maßnahmen werden den Einordnungen der Medien in Schauspiel, Tratsch, Image und Personenpolitik unterworfen.¹²⁹ Das heißt, nur die kommerziell wirksamen Nachrichten über parteiliche Organisationen oder ihre Zielgruppen werden an die Öffentlichkeit weitergegeben. Die mediale Dialektik hat in den letzten Jahren einen größeren Einfluss auf der politischen Ebene gewonnen und ist vermehrt zu einem Mittel der Politik avanciert, um die Wähler zu mobilisieren. Festgehalten werden muss an dieser Stelle, dass bereits Konrad Adenauer in einigen Zügen einen Medienwahlkampf betrieben hat, dieser aber nicht so ausgeprägt war wie heutzutage.¹³⁰

Die Basis für diese Untersuchung bilden die vorher angesprochen Thesen zur öffentlichen Sphäre, der Vermittlung von politischen Inhalten und der Fremdheitskonstruktionen. Im Kontext dieser Theoriebildung wird in den überregionalen Zeitungen „Die Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „Tageszei-

¹²⁸ Vgl. Mazzoleni, Gianpietro: Medienpolitik oder Politik mittels Medien? Die Unzulänglichkeit des Begriffs „Medienokratie“. In: Holtz-Bacha, Christina; Scherer; Helmut; Waldmann, Norbert (Hrsg.): Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben. Wiesbaden 1998, S. 112.

¹²⁹ Vgl. Mazzoleni, Gianpietro (1998): S. 116.

¹³⁰ Vgl. Mazzoleni, Gianpietro (1998): S. 122.

tung“ (Taz), „Bild-Zeitung“ (Bild) und „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) qualitativ untersucht werden, wie die Diskurse „Zuwanderungsgesetz“ (ZuwG), der Einbürgerungstest, der „Kopftuchstreit“, die Verordnung „Green Card“ und nicht zuletzt die Deutsche Islamkonferenz (DIK) in den ausgewählten Printmedien behandelt wurden. Den zeitlichen Rahmen bilden die jeweils periodisch wieder auftretenden Debatten seit dem Jahr 1998, da seitdem die fünf Themenfelder vermehrt diskutiert wurden, beziehungsweise nach und nach in den Fokus der politischen und damit medialen Aufmerksamkeit gerieten. Die vier Tageszeitungen wurden ausgewählt, um sicher zu stellen, dass nicht nur ein einseitiger politischer Standpunkt vertreten wird, sondern ein relativ breites politisches Spektrum abgedeckt werden kann. Weiter war es wichtig sicher zu stellen, dass es sich nicht um regionale Zeitungen handelte, sondern die Publikationen von möglichst vielen Menschen aus der Gesellschaft und somit auch aus den Zuwanderergruppen wahrgenommen werden können. Wäre dies nicht der Fall, könnte nicht davon ausgegangen werden, dass die transportierten Entscheidungsprozesse Fremdheit beziehungsweise Aufmerksamkeit und/oder Nähe schaffen.

Die Macht, beziehungsweise der Einfluss einer Zeitung, lässt sich nach der Höhe der Auflage und dem Typus bestimmen. Der Typus einer Zeitung äußert sich nicht nur in der Aufmachung, sondern auch in der Aufbereitung eines Themas und in der sprachlichen Umsetzung.¹³¹ Es handelt sich bei allen vier Zeitungen um überregionale Tageszeitungen. Sie unterscheiden sich im Selbstverständnis, in der sprachlichen Ausprägung, beispielsweise im Titel, sowie im Hinblick auf Adressaten, die politische Richtung und Darstellungsweise teilweise sehr weitreichend.

3.1. Die Bild-Zeitung (Bild)

Die Bild-Zeitung wird als die einzige überregionale Boulevard-Zeitung Deutschlands bezeichnet, da sie nicht zu den seriösen Zeitungen gezählt wird. Es gibt keine klare Definition dieses Begriffes, aber im Allgemeinen werden Zeitungen mit der folgenden Vertriebsweise als Boulevard bezeichnet: die Bild ist im Gegensatz zu den anderen drei untersuchten Zeitungen eine Straßenverkaufszeitung und zeichnet sich durch übergroße Schlagzeilen und Artikelüberschriften aus. Sie kann nicht über ein Abonnement bezogen, sondern zum Beispiel an einem Kiosk erworben werden. An diesem sollen die großen Fotos und „Sensations-Schlagzeilen“ besonders wirken.¹³² Die Bild-Zeitung hat mit täglich circa 3.445.000 verkauften Exemplaren die größte Verkaufsauflage und bleibt die

¹³¹ Vgl. Kirwel, Thomas: Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Presse untersucht an „Bild“, „FAZ“, „Taz“ und der „Deutschen National-Zeitung“. Hamburg 1996, S. 42.

¹³² Kirwel, Thomas (1996): S. 47.

meistgelesene und meistzitierte Zeitung Deutschlands.¹³³ Die Zeitung wird im Axel Springer-Verlag herausgegeben, der seinen Stammsitz in Hamburg hat. Die Bild besteht seit dem Jahr 1952 und wurde das erste Mal in einer Auflage von 455.000 Stück kostenlos verteilt. Diese kostenlosen Verteilaktionen finden in unregelmäßigen Abständen bei wichtigen Ereignissen, beispielsweise der Fußballweltmeisterschaft, immer wieder statt und sind ein Mittel des Marketings der Zeitung. Weiter gibt es viele regionale Ausgaben, wie die „Bild-NRW“, die auch über regionale Vorkommnisse berichtet.¹³⁴ Der politische Standort der Bild-Zeitung kann etwa rechts der Mitte eingeordnet werden und sie wurde aus zwei Gesichtspunkten heraus gewählt: Einerseits kann ihr als auflagenstärkste Zeitung ein hohes Potential der Meinungsbildung unterstellt werden. Andererseits wird die Bild-Zeitung vornehmlich nicht im Bildungsbürgertum konsumiert, sondern in traditionellen Arbeitnehmer-Berufen. Ein Kontakt zu Zuwanderern kann zumindest angenommen werden. Ein weiteres Indiz dafür, dass die Bild von Zuwanderergruppen, wie den türkischen Mitbürgern, zumindest am Rande wahrgenommen wird, ergibt sich aus der Tatsache, dass die Bild teilweise eng mit der türkischen Tageszeitung Hürriyet zusammen arbeitet und zu integrationspolitischen Diskursen Stellungnahmen sowohl in der türkischen als auch der deutschen Sprache heraus gibt. Aufgrund dieser Tatsache muss zumindest unterstellt werden, dass die Bild-Zeitung sich einer gewissen Verantwortung bewusst ist und versucht auf diese Weise für ein Mehr an Verständigung einzustehen. Möglich wären ein durch dieses Bewusstsein gefördertes Interesse an einer immer wichtiger werdenden Erschließung neuer Lesergruppen und die Bindung dieser an die Zeitung über eine Verbindung mit der Hürriyet. Des Weiteren gab der Bild-Chefredakteur Kai Diekmann zusammen mit dem Hürriyet-Chefredakteur Ertugrul Özkök das Buch „Süper Freunde“ heraus, das für die Verständigung zwischen Deutschen und Türken sorgen sollte.¹³⁵ In diesem Buch durften u.a. Angela Merkel¹³⁶ und Frank-Walter Steinmeier¹³⁷ ihre Sichtweise für eine gelungene Integration aufschreiben.

¹³³ <http://www.bildblog.de/auflage.html> (Stand: 04.10.2007) oder http://www.axelspringer-mediaplot.de/artikel/Bild-Regional-Auflage-BILD-Belegungseinheiten_915700.html (Stand: 13.7.2014 / 12:35 Uhr).

¹³⁴ Die genannte Regionalausgabe wurde für die vorliegende Untersuchung benutzt. Allerdings enthält sie alle deutschlandweit vertriebenen Artikel. Die Seitenzahl zur Deutschlandausgabe kann fluktuieren.

¹³⁵ Vgl. Diekmann, Kai/ Özkök, Ertugrul (Hg.): Süper Freunde. Was Türken und Deutsche sich wirklich zu sagen haben. Piper Verlag GmbH; München 2008.

¹³⁶ Vgl. Merkel, Angela: Leidenschaft und langer Atem, S. 195-204; In: Diekmann / Özkök (2008).

¹³⁷ Vgl. Steinmeier, Frank Walter: Fremde? Freunde! – Plädoyer für eine gemeinsame Zukunft; In: Diekmann / Özkök (2008).

3.2. *Die Süddeutsche Zeitung (SZ)*

Die Süddeutsche Zeitung kann in Deutschland als eine Art Prestigezeitung betitelt werden. Sie besteht bereits seit Ende des Zweiten Weltkrieges und erhielt in Bayern im Jahr 1945 die erste Lizenz.¹³⁸ Der Süddeutsche Verlag ist im Besitz einer Münchener Verlegerfamilie sowie der Südwestdeutschen Medien-Holding (SWMH). Die SZ versteht sich selbst als parteipolitisch und weltanschaulich ungebunden. Als Aufgabe haben die Herausgeber sich die Information gesetzt, möchten zur freien Meinungsbildung der Leserschaft beitragen und eine liberale und tolerante Grundhaltung fördern.¹³⁹ Die herausgegebenen Zeitungen sind das wichtigste und größte Geschäftsfeld des Süddeutschen Verlages, der sich durch einen überdurchschnittlichen Kundennutzen auszeichnen will. Gerade diese liberale Position, der überregionale Vertrieb und der Fakt, die größte Abonnementzeitung Deutschlands (83 Prozent) zu sein, mit seit Juli 2004 täglich circa 420.000 verkauften Exemplaren, hat diese Tageszeitung wichtig für die Untersuchung gemacht. Außerdem wird die Reichweite laut Medienanalyse auf täglich 1,43 Millionen Leser geschätzt. Weiter spielte das Prestigedenken des Münchener Verlages, dem die Zeitung das wichtigste Gut ist und der dem Leser alle Informationen zugänglich machen möchte, eine wichtige Rolle bei der Auswahl.¹⁴⁰ Gerade die SZ müsste daran interessiert sein, die politischen Entscheidungsprozesse unvoreingenommen und von allen Seiten beleuchtet wieder zu geben. Die Gültigkeit dieser Theorie der Neutralität und Objektivität wird die Auswertung der Berichterstattung aufzeigen.¹⁴¹

3.3. *Die tageszeitung (Taz)*

Die im Jahr 1978 gegründete „tageszeitung“ erscheint seit dem 17. April 1979 von Montag bis Samstag täglich und hat seinen Hauptsitz in Berlin. Sie hat einen großen Abonnentenstamm, der mit ca. 46.000 verkauften Exemplaren den Hauptumsatz ausmacht. Insgesamt werden fast 80.000 Exemplare gedruckt, wovon im ersten Quartal 2007 täglich ca. 56.500 verkauft wurden. Zudem wird ein Leserstamm von ca. 300.000 Menschen erreicht.¹⁴² Die politische Tendenz der Taz kann

¹³⁸ Vgl. <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/geschichte> (Stand 13.7.2014 / 12:47 Uhrzeit).

¹³⁹ Vgl. <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/portrait> (Stand 13.7.2014 / 12:44 Uhrzeit).

¹⁴⁰ Vgl. <http://sz-media.sueddeutsche.de/de/service/markt-und-mediastudien-mafo.html> (Stand 13.7.2014 / 12:52 Uhrzeit).

¹⁴¹ Benutzt wurde hier das Münchener Original der Süddeutschen Zeitung, das heißt auch hier können Abweichungen in den Seitenzahlen entstehen. Die Artikel sind allerdings in allen Ausgaben vorhanden.

¹⁴² Vgl. <http://www.Taz.de/!106557/> (Stand: 13.7.2014 / 13:26 Uhrzeit).

man am besten an ihren „sechs Thesen zum Selbstverständnis“ festmachen, welche man im Gründungsjahr 1978 veröffentlichte.

Man wollte keine dpa-Nachricht „kritiklos übernehmen“, aber auch „kein Meinungsblatt sein, das jeden Morgen [...] einen linksradikalen Kommentar zum Zeitgeschehen“ dem Tagesgeschehen gegenüberstellt. Die Taz wollte vielmehr umfassend berichten und somit auch Nachrichten und Informationen veröffentlichen, „die gewöhnlich unterdrückt und verfälscht werden.“ Sie sieht sich demnach als für Debatten und Kontroversen offene „autonome, linke Tageszeitung“. Allerdings will die Taz „die öffentliche Meinung beeinflussen“ und sieht sich im Zeichen eines „kritisch-liberalen Journalismus“.¹⁴³ Die Taz wollte von Anfang an eine Art Gegenöffentlichkeit sein, „eine spannende Mischung aus relevanter Information, intelligenter Unterhaltung und Irritation.“¹⁴⁴ Deshalb erscheint ihre Betrachtung in der folgenden Arbeit als sinnvoll. Sie befindet sich, wie in der Selbsteinschätzung dargestellt, deutlich links der Mitte und möchte Positionen darstellen, die bis zu ihrer Gründung in der Medienlandschaft nicht existent waren. Die Taz

„ist mittlerweile eine unabhängige Qualitätszeitung und Institution der deutschen Presselandschaft. *Taz.die tageszeitung* [Hervorhebung im Original] ist ein richtiges Unternehmen und gleichzeitig Gegenöffentlichkeit. Das mag widersprüchlich scheinen – doch *Taz.die tageszeitung* [Hervorhebung im Original] lebt durch ihre Gegensätze, die Reibungen und Veränderung.“¹⁴⁵

Gerade hier müssten Stellungnahmen aus dem Kreis der Minderheiten zu finden sein, beziehungsweise deren Vertretern Raum für ihre Sichtweise gewährt werden. Da sie deutschlandweit erscheint, erscheint es korrekt anzunehmen, dass sie im Spektrum links der Mitte einen gewissen Einfluss und meinungsbildenden Standpunkt innehat. Des Weiteren muss davon ausgegangen werden, dass die zu untersuchenden Diskurse aufgrund ihrer Brisanz für ein eher politisch links einzuordnendes Klientel eine erhöhte Aufmerksamkeit und somit Präsenz in der Berichterstattung der Taz genießen. Gerade die zu vermutende umfassende Behandlung der einzelnen Diskurse kann bewirken, dass in dieser Zeitung viele Sichtweisen langfristig verfolgt und zunächst festgeschrieben werden. Des Öfteren werden Äußerungen von Politikern oder anderen sogenannten Integrationsexperten über mehrere Tage diskutiert und beleuchtet, um die Quintessenz der Wortmeldung herauszuarbeiten. Problematisch wird diese Vorgehensweise, wenn wie in dem jüngsten Fall der Wortäußerungen des ehemaligen Bundesbank-Mitarbeiters Theodor Sarrazins Ende des Jahres 2009 dessen Auffassung von

¹⁴³ Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980 Düsseldorf 1981, S. 643ff.

¹⁴⁴ <http://www.Taz.de/!106557/> (Stand: 13.7.2014 / 13:29 Uhrzeit).

¹⁴⁵ <http://www.Taz.de/!106557/> (Stand: 13.7.2014 / 13:29 Uhrzeit).

Menschen mit Migrationshintergrund über Tage hinweg behandelt und auf diese Weise sehr streitbare Bilder vermittelt werden.

3.4. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Die FAZ hat bereits eine ähnlich lange Tradition, wie die SZ und ist bereits am 01.11.1949 zum ersten Mal erschienen als „Zeitung für Deutschland“. Sie hat sich bis heute die Aufgabe gesetzt, ganz Deutschland zu spiegeln und erweist sich aus diesem Grund als gutes Untersuchungsmedium, da von einer Meinungsvielfalt ausgegangen werden darf. Als Besonderheit ist zu nennen, dass die FAZ nicht wie üblich mit einem Chefredakteur operiert, sondern ein Gremium von vier Herausgebern nach dem Kollegialitätsprinzip entscheiden, welche Linie die Zeitung einnehmen soll. Die FAZ verzeichnete im Jahr 2013 circa 1,17 Millionen Leser täglich, bei einer Auflage von ca. 354.000 Zeitungen und spricht mit Wertpapierbüros, der Börse und Finanzunternehmen eine andere Leserschicht an, als die übrigen zu untersuchenden Tageszeitungen.¹⁴⁶

Es ist zu vermuten, dass gerade die Diskussion über die Anwerbung weiterer Fachkräfte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland durch die Verabschiedung der Green Card -Regelung und zuletzt der Debatte über eine mögliche gesetzliche Verankerung einer sogenannten Blue Card für alle wissenschaftlichen Arbeitsfelder ein besonderes wirtschafts-ökonomisches Interesse bei den Journalisten der FAZ wecken konnte. Generell muss bei der Ausrichtung auf ein vornehmlich wirtschaftlich geprägtes Leserklientel von Artikeln über Integrationskataloge und -maßnahmen ausgegangen werden, die den wirtschaftlichen Nutzen dieser Gesetze, Richtersprüche und Richtlinien zumindest am Rande erwähnen, beziehungsweise erörtern. Von der konservativen Ausrichtung her ist es anzunehmen, dass gerade in dieser Zeitung das Themenfeld Integration nicht den hohen Stellenwert einnimmt, beziehungsweise die beschäftigten Journalisten eine andere Sichtweise verfolgen, als beispielsweise die Mitarbeiter der Taz durch ihren Anspruch des „linksradikalen Kommentars zum Tagesgeschehen“. Ein weiterer Aspekt, der für die Wichtigkeit der FAZ spricht, ist ihre Verbreitung im Ausland und die Tatsache, dass sie über Korrespondenten vor Ort teilweise unabhängig von Nachrichtendiensten berichten kann. Sie kann mittlerweile in 140 Ländern erworben werden, beschäftigt 90 In- und Auslandskorrespondenten und hat somit die höchste Verbreitung aller deutschen Tageszeitungen. Laut Eigenaussage zeichnet sich die FAZ durch ein hohes gesell-

¹⁴⁶ Vgl. <http://verlag.FAZ.net/unternehmen/ueber-uns/portraet/wissen-fuer-kluge-koepfe-portraet-der-f-a-z-11090906.html> (Stand: 13.7.2014/ 13.41 Uhrzeit).

schaftliches Engagement aus und verkörpert eine meinungsbildende Rolle, indem sie gesellschafts-politische Diskurse teilweise eigenständig auslöst.

Interessant wäre demzufolge, wenn die Medienanalyse ergeben würde, dass einer oder mehrere der für die Untersuchung relevanten Themenfelder zuerst in der FAZ Erwähnung fanden und als Diskurs festgeschrieben wurden. Die Redaktion unterstützt Schülerzeitungs- und Forschungsprojekte wie „Jugend schreibt“ oder „Jugend liest“ in Zusammenarbeit mit vielen Stiftungen und wird seit dem Jahr 1959 selbst mehrheitlich (59%) über die gemeinnützige Verlagsgesellschaft FAZIT-Stiftung betrieben. Das Ziel dieser wirtschaftlichen Ausrichtung als GmbH ist und war die Sicherung der Unabhängigkeit der FAZ, da aus Erfahrungen der Weimarer Republik die mögliche politische und wirtschaftliche Einflussnahme gering gehalten werden sollte. Gemäß der Aufgabe als gemeinnützige Stiftung fördert die FAZIT unter anderem selbst Forschung und Bildung über Promotions-, Habilitationsstipendien und die Ausbildung an Journalistenschulen. Des Weiteren können Universitäten, Museen und soziale Einrichtungen Projekte zur Förderung einreichen. Gespeist werden diese Projekte über den Verkauf der FAZ, deren Erträge ausschließlich für die genannten Zwecke verwendet werden.¹⁴⁷

In der Vergangenheit wurden bereits einige Versuche unternommen, die Integrationswirkung der Massenmedien zu untersuchen, jedoch meistens unter dem Aspekt der Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen System, beziehungsweise unter Gesichtspunkten des medialen Konsumverhaltens. In dieser Dissertation erfolgen eine exemplarische inhaltliche Analyse des transportierten Wissens und vor allem die Art der Weitergabe der Informationen über Zuwanderergruppen in den Printmedien. Einige Versuche dieser Art wurden bereits in den 1980er Jahren unternommen, als unter der Regierung Kohl das erste Mal ein „Ausländerproblem“ propagiert und medial in Szene gesetzt wurde. Die Analysen waren allerdings nicht thematisch bezogen, sondern verfolgten die Darstellung des medialen „Ausländerbildes“ allgemein. Dennoch lassen sich in diesen Medienanalysen gewisse Anknüpfungspunkte über das damals bereits herrschende gesellschaftliche Fremdbild finden, das auf ähnliche Weise in einigen politischen Stellungnahmen, beispielsweise von Wolfgang Schäuble, bis heute mitschwingen. Festzuhalten bleibt, dass sich neben den älteren Vorstellungen über die migrationsbedingte Fremdheit gerade in der jüngsten politischen Vergangenheit neue fremdbildsimmanente Bilder, wie das Islam-Bild, verfestigt haben. Dieses erhöht die Plausibilität, dass sich gerade in der Vielzahl der heute verfügbaren Medien und der zunehmenden Pluralisierung von gesellschaftlichen Wert- und

¹⁴⁷ Vgl. <http://verlag.FAZ.net/unternehmen/ueber-uns/portraet/wissen-fuer-kluge-koepfe-portraet-der-f-a-z-11090906.html> (Stand: 13.7.2014 / 13:41 Uhrzeit).

Normvorstellungen der erhöhte Druck auf die Ausdifferenzierung von Integrationsmodellen zeigt. Dringend erforderlich ist, dass die Modelle kulturell als auch gesellschaftlich für jeden zugänglich gemacht und verständlich werden.¹⁴⁸ Zudem müssen die politische Ausgestaltung und die mediale Auswahl von gesellschaftspolitischen Problemlagen transparenter werden. Im Gegensatz zu diesen Grundsätzen werden momentan Bilder in der Presse konstruiert, die eher Fremdheit fördern, als Nähe schaffen. Beispielsweise werden die Integrationserfolge, wie die Selbstständigenzahlen unter den türkischen Einwohnern, selten erwähnt. Das erweiterte Schleusenmodell von Jürgen Habermas bildet mit der aufgeführten Modifikation einen Ansatzpunkt um mögliche Diskrepanzen in der Vermittlungs- und Verarbeitungsphase aufzuzeigen.

Zur Einordnung der deutschen Verhältnisse in Bezug auf Zuwanderung und Integrationswirkung der Gesellschaft dient ein knapper historischer Abriss. Es wird gezeigt, dass einige Faktoren und Konnotationen bereits früh das heutige Bild von Zuwanderern geprägt haben. In einem ersten Schritt wird ein Überblick über die zugewanderungspolitische Quellenlage erfolgen.

¹⁴⁸ Vgl. Ruhrmann, Georg; Nieland, Jörg-Uwe (2001): Interaktives Fernsehen: Entwicklung, Dimensionen, Fragen, Thesen, VS-Verlag, S. 112.

4. Die zuwanderungspolitische Quellenlage als Referenz

Die Quellenlage zu den Themenfeldern Migration, Zuwanderung, muslimische Welt in Deutschland und die Einbürgerungsdebatten hat sich, gerade in den letzten Jahren, sehr mannigfaltig und in einem großen Ausmaß herausgebildet. In dieser Dissertation wird der Schwerpunkt auf die primären Quellen gelegt, wie etwa die Auswertung von Printmedien-Artikeln, oder die einzelnen Parteiprogramme und zuwanderungspolitischen Programme. Im Fokus steht ganz deutlich nicht die sekundäre Analyse von wissenschaftlich fundierten Untersuchungen und Analysen. Gleichwohl dürfen die Nennung vieler wissenschaftlicher Studien und Veröffentlichungen von Migrationsreporten als Aufzählung und für die Einbettung in den wissenschaftlichen Kontext an dieser Stelle nicht fehlen, auch um die Tragweite der kommunikativen Schiefelage des vorliegenden Diskurses aufzeigen zu können. Oft werden Ergebnisse von Migrationsreporten oder Veröffentlichungen zur Deutschen Islamkonferenz verkürzt als Meldung bzw. Nachricht im politischen Tagesgeschäft mittels der Printmedien wieder gegeben. Neue Buchvorstellungen zum Themenfeld Zuwanderung, wie etwa die Veröffentlichungen der Publikationen von Thilo Sarrazin, finden ebenfalls am Rand Eingang in die politische Öffentlichkeit. Dementsprechend tangiert die wissenschaftlich politische Öffentlichkeit die untersuchten Teilgebiete in dieser Dissertation, bestimmt aber nicht die Debatte über die Zuwanderung oder Einbürgerung in Deutschland. Die soziologische und politikwissenschaftliche Quellenlage dient in dieser Dissertation als Referenz und als historische Einordnung, um die Brisanz der jeweiligen Themen zu unterstreichen. Sie steht aber aus den genannten Gründen in dieser wissenschaftlichen Arbeit nicht primär im Mittelpunkt der Auswertung. Bei anders ausgerichteten wissenschaftlichen Arbeiten müsste dementsprechend die Bewertung, Analyse und Gewichtung von Primär- und Sekundärquellen anders ausgestaltet und präferiert werden. In diesem Fall liegen aber die Auswertung und der Vergleich von Primärquellen im Fokus. Die politischen Programme zur Integration im Zusammenhang und Wechselspielen mit den Wahl- und Koalitionsprogrammen beziehungsweise deren öffentliche Verbreitung über die untersuchten Printmedien führen über die Einbettung in den oben eingeführten wissenschaftlichen theoretischen Kontext eine weiterführende Komponente in den wissenschaftlichen Diskurs ein, der ohne diese Art der Betrachtung nicht möglich gewesen wäre.

4.1. Wissenschaftliche Quellenlage – Sekundärquellen

Diese Dissertation wird sich nur im eng formulierten Kontext der Betrachtung mit der Analyse von Sekundärquellen beschäftigen. Gerade die Vielzahl der Untersuchungen¹⁴⁹ zu Zuwanderungsgesetz¹⁵⁰, Einbürgerungstest¹⁵¹, Kopftuchstreit¹⁵², Green Card¹⁵³, Integrationsgipfel¹⁵⁴ und Deutsche Islamkonferenz¹⁵⁵ zeigen auf, dass und wie diese Thematik im wissenschaftlichen Kontext mittlerweile verankert ist. Die kontinuierliche Behandlung des Diskurses aus verschiedenen politikwissenschaftlichen und soziologischen, aber auch juristischen Blickrichtungen zeigt genauso, dass der

¹⁴⁹ Als Überblick wurde der Bibliotheks-Katalog der Universität Münster genommen und nach denen in der vorliegenden Dissertation behandelten Schlagwörtern durchsucht. Es wurden exemplarisch einige Werke herausgegriffen, da die Fülle der Publikationen wiederum diesen Rahmen sprengen würde. Einige der an dieser Stelle angegebenen Werke finden sich auch an anderer Stelle dieser Dissertation wieder. Die Publikationen werden in der Auflistung nach Jahrgang und Relevanz sortiert.

¹⁵⁰ Yilmaz-Günay, Koray; Klinger, Freya-Maria (2014): Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe gegen Diskriminierung; VSA-Verlag Hamburg / Saleh, Mona (2008): Zuwanderung und Integration. Rot-Grüne deutsche Ausländerpolitik 1998 bis 2005; die Integration der muslimischen Minderheit im Fokus; Tectum-Verlag, Marburg. / Davy, Ulrike (2006): Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen? Überlegungen zum neuen Zuwanderungsgesetz; Nomos-Verlag Baden-Baden / Krüger-Potratz, Marianne (2006): Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik; V-&R-Unipress Göttingen / Storr, Christian: Kommentar zum Zuwanderungsgesetz – Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz/EU; Boorberg, Stuttgart / Ostgathe, Dirk; Nowicki, Christian: Zuwanderungsrecht kompakt. Kurzerläuterungen zum Zuwanderungsgesetz mit europarechtlichen Bezügen; Boorberg, Stuttgart / Kissrow, Winfried; Maaßen, Hans-Georg (2004): Ausländerrecht mit den Vorschriften des neuen Zuwanderungsgesetzes; Kohlhammer Stuttgart.

¹⁵¹ Weißeno, Georg (2010): Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen; Budrich, Opladen [u.a.] / Ziegler, Barbara; Seiler Brylla, Charlotta (2010): Die diskursive Konstruktion nationaler Identität in dem bundeseinheitlichen Einbürgerungstest der Bundesrepublik Deutschland. Eine diskursanalytische Untersuchung Keskin, Hakki (2009): Deutsch-türkische Perspektiven. Plädoyer für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik; Wochenschau-Verlag; Schwalbach/Taunus / Pohl, Reinhard (2008): Einbürgerungstest 3. Mensch und Gesellschaft; Magazin-Verlag, Kiel. / Boro, Ismael (2008): Die getürkte Republik. Woran die Integration in Deutschland scheitert; Heyne, München.

¹⁵² Kinzinger-Büchel (2009): Der Kopftuchstreit in deutschen Rechtsprechung und Gesetzgebung – eine verfassungsrechtliche Analyse; Deutscher-Anwalt-Verlag, Bonn. / Berghahn, Sabine (2009): Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz; transcript, Bielefeld. / Amir-Moazami, Schirin (2007): Politisierte Religion. Der Kopftuchstreit in Deutschland und Frankreich, transcript, Bielefeld.

¹⁵³ Dancu, Andreea (2009): Leben in der Fremde. Empirische Studien über Green-Card-Inhaber und ihre Familien; Waxmann, Münster/Westfalen / Kolb, Holger (2004): Einwanderung zwischen wohlverstandenen Eigeninteresse und symbolischer Politik. Das Beispiel der deutschen „Green Card“; Lit-Verlag, Münster / Kolb, Holger (2002): Einwanderung und Einwanderungspolitik am Beispiel der deutschen „Green Card“; Der Andere Verlag, Osnabrück / Roth, Klaus (2003): Vom Wandergesellen zum „Green Card – Spezialisten“. Interkulturelle Aspekte der Arbeitsmigration im östlichen Mittelmeerraum; Waxmann, Münster [u.a.].

¹⁵⁴ Krick, Eva (2013): Verhandlungen im Konsensverfahren. Varianten kollektiver Entscheidungen im Expertengremien; Springer-Verlag, Wiesbaden / Musch, Elisabeth (2011): Integration durch Konsultation? Konsensbildung in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden; Waxmann, Münster [u.a.] / Meier-Braun, Karl-Heinz (2013): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen; Kohlhammer-Verlag, Stuttgart / Thaa, Winfried (2007): Inklusion durch Repräsentation; Nomos-Verlag, Baden-Baden.

¹⁵⁵ Begić, Esnaf; Varwick, Johannes (2012): Religion und Politik. Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Taunus / Weidner, Stefan (2011): Aufbruch in die Vernunft. Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen; Dietz-Verlag, Bonn / Hermani, Gabriele (2010): Die Deutsche Islamkonferenz 2006-2009. Der Dialogprozess mit den Muslimen in Deutschland im öffentlichen Diskurs; Finckenstein & Salmuth, Berlin / Klug, Petra: Feindbild Islam? Der Diskurs über Muslime in Bundestagsdebatten vor und nach dem 11. September; Tectum-Verlag, Marburg / Haedrich, Matina (2009): Muslime im säkularen Staat. Eine Untersuchung anhand von Deutschland und Österreich; Boorberg-Verlag, Stuttgart [u.a.].

Problemverarbeitungsmodus in der Wissenschaft noch nicht abgeschlossen ist und somit diese Thematiken weiterhin Beachtung finden werden. Die wissenschaftliche Diskussion unterscheidet sich in der periodischen Behandlung der untersuchten Thematiken ebenfalls nicht von der Periodizität in der politischen und medialen Auseinandersetzung zu Zuwanderungs- und Einwanderungsfragen. Auch die Durchmischung von Themen ist im wissenschaftlichen Diskurs zu finden. So finden sich Vergleiche zwischen den Einwanderungspolitiken in Europa¹⁵⁶ und im Kontext des Einbürgerungstestes eine Abhandlung zur deutschen Islamfeindlichkeit in Deutschland¹⁵⁷. Gerade in der Kopftuchdebatte zeigt sich, dass die rechtliche Komponente für viele juristische Experten in Deutschland von Interesse ist.¹⁵⁸ Bei den Titeln zum Integrationsgipfel lässt sich konstatieren, dass in den wissenschaftlichen Untersuchungen die Konsensorientiertheit des Ansatzes eines Gipfels hin zu mehr Transparenz und Beteiligung als politische Notwendigkeit honoriert wird. Die neueren Publikationen zum Islambild in Deutschland und dem konsensorientierten Ansatz der Deutschen Islamkonferenz unterscheiden sich allein vom Titel her grundlegend. Während Hermani von einem Dialogprozess ausgeht und Weidner einen Aufbruch in die Vernunft sieht, steht bei Klug ein generiertes Feindbild des Islams im Fokus, wie es sich in den Bundestagsdebatten seit dem 11. September aufzeigen ließ. Insgesamt zeichnen allerdings die neueren wissenschaftlichen Publikationen ein moderateres und vor allem von Nähe gekennzeichnetes Bild der Zuwanderungs- und Einwanderungsdebatten in Deutschland, wengleich der Einbürgerungstest und das ZuwG eher negativ bewertet werden. Politische Fachveröffentlichungen in Zeitschriften u. ä. zeigen die Relevanz von zuwanderungspolitischen Themen auf.

Natürlich gibt es im migrationspolitischen Diskurs einige Wissenschaftler, die über ihre Reputation zu diesem Thema auch in den untersuchten Printmedien zu Wort kommen und somit indirekt auch Einfluss auf den politischen Diskurs innehaben. Gleichzeitig sind einige Abgeordnete aus dem Bundestag mittlerweile in diesen Diskursen so präsent (s. u.), dass ihnen eine Art Sonderstatus während der periodisch wieder auftretenden Diskussionen eingeräumt wird. Auf die politischen Vertreter wird weiter unten eingegangen, einige Forscher müssen aber bereits an dieser Stelle kurz genannt werden. An erster Stelle sind Michael Bommes¹⁵⁹ und Michael Bade¹⁶⁰ anzuführen, die hier

¹⁵⁶ Vgl. z.B. Oers, Ricky van (2014): *Deserving citizenship. Citizenship tests in Germany, the Netherlands and the United Kingdom*; Nijhoff-Verlag, Leiden.

¹⁵⁷ Vgl. z.B. Bühl, Achim (2010): *Islamfeindlichkeit in Deutschland. Ursprünge, Akteure, Stereotype*; VSA-Verlag, Hamburg.

¹⁵⁸ Vgl. z.B. Ekardt, Felix (2005/7): *Gerät die Kopftuchdebatte auf Abwege?* Zeitschrift für Rechtswissenschaft.

¹⁵⁹ Bommes, Michael (2011): *Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft*; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden / Bommes, Michael (2011): *Migrationsreport 2008. Fakten-Analysen-Perspektiven*; Campus-Verlag, Frankfurt am Main [u.a.] / Bade, Klaus J.; Bommes, Michael (2004): *Sozialhistorische Migrationsforschung*; V-&R-Unipress, Göttingen / Bommes, Michael: *Die Türken, die Deutschen und der Islam*; Friedrich-Verlag, Seelze.

exemplarisch mit einigen Werken aufgeführt werden. Beide arbeiteten in der Vergangenheit auch an dem Migrationsreport des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit und beschäftigten sich in ihrer Forschung mit der Migrationsgeschichte in Europa und im Speziellen in Deutschland. Bade publizierte mit dem Innenminister Wolfgang Schäuble zu der Thematik Integration und verband somit die wissenschaftliche mit der politischen Ebene.¹⁶¹ Des Weiteren muss in diesem Zusammenhang der Migrationsforscher Christoph Butterwegge genannt werden, der sich mit dem Bereich Journalismus und politische Bildung auseinander gesetzt hat.¹⁶² Über die Geschichte der Migration in Deutschland und Europa hat der Soziologe Hartmut Esser viel publiziert und vor allem die theoretischen Aspekte der Migrationssoziologie beleuchtet (s. u. Kapitel 5). Marianne Krüger-Potratz gilt ebenfalls als Expertin im Bereich des Zuwanderungsgesetzes und arbeitete am Migrationsreport des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit.¹⁶³ Über mögliche Parallelgesellschaften, das Fremde innerhalb einer Gesellschaft und die Stellung des Islams in der deutschen Gesellschaft forscht der Wissenschaftler Werner Schiffauer.¹⁶⁴ Es gibt auch einige Wissenschaftler mit Migrationshintergrund, die sich als Experten in den Diskurs über die Verortung von Migrantengruppen in der Gesellschaft eingeschaltet haben. Einer der bekanntesten ist Bassam Tibi, der auch gleichzeitig Mitglied in der Deutschen Islamkonferenz war.¹⁶⁵

¹⁶⁰ Bade, Klaus J. (2008): Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart; Schöningh-Verlag [u.a.], Paderborn [u.a.] / Bade, Klaus J. (2005): Nachholende Integrationspolitik; Berlin [Sonderdruck] / Bade, Klaus J.; Oltmer, Joachim (2005): Migration und Integration in Deutschland seit der Frühen Neuzeit; Edition Minerva Verlag, Wolftrathshausen.

¹⁶¹ Bade, Klaus J. (2007): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis; V-&-R-Unipress, Göttingen.

¹⁶² Butterwegge, Christoph (2009): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden / Butterwegge, Christoph (2006): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

¹⁶³ Krüger-Potratz, Marianne (2012): Familien- und Jugendpolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Akzente-Analyse-Aktionen; V&R Unipress, Göttingen / Krüger-Potratz, Marianne (2006): Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik; V&R Unipress, Göttingen / Krüger-Potratz, Marianne; Neumann, Ursula; Reich, Hans H. (Hrsg.) (2010): Bei Vielfalt Chancengleichheit. Interkulturelle Bildung und durchgängige Sprachbildung; Waxmann-Verlag, Münster [u.a.].

¹⁶⁴ Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus. Die islamische Gemeinschaft Milli Görüs; eine Ethnographie; Suhrkamp-Verlag, Berlin / Schiffauer, Werner (2011): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens brauchte unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz; transcript-Verlag, Bielefeld / Schiffauer, Werner (2003): Migration und kulturelle Differenz. Studie für das Büro der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin / Schiffauer, Werner (2004): Vom Exil- zum Diaspora-Islam. Muslimische Identitäten in Europa.

¹⁶⁵ Tibi, Bassam (2012): Islam in global politics. Conflict and cross-civilizational briging; Routledge-Verlag, London [u.a.] / Tibi, Bassam (2009): Euro-Islam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes; Primus-Verlag, Darmstadt / Tibi, Bassam (2007): Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts.

4.2. *Aus der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“*

Die wissenschaftliche Relevanz der Thematik erschließt sich nicht zuletzt auch aus der Behandlung in Veröffentlichungen des politischen Zeitgeschehens, die hier exemplarisch wieder gegeben werden. Diese Zeitschrift ist die Wochenbeilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ und wird von der Zentrale für politische Bildung heraus gegeben:

„Die Zeitschrift ist ein Forum kontroverser Diskussion, führt in komplexe Wissensgebiete ein und bietet eine ausgewogene Mischung aus grundsätzlichen und aktuellen Analysen.“¹⁶⁶

Demnach werden in dieser Beilage nur wissenschaftlich aktuelle und komplexe Thematiken diskutiert. Der Abdruck zuwanderungspolitischer Themenblätter unterstreicht also die unterstellte gesellschaftliche Reichweite des Diskurses. Diese Zeitschrift ist aber nicht als Referenz für eine große gesellschaftliche Reichweite zu sehen, sondern spricht vielmehr die versierte politische Öffentlichkeit an, die explizit politische Diskurse nahe dem politischen Zentrum verfolgen will.

Bereits im Jahr 2003 wagte die Zeitschrift einen Blick über den deutschen Horizont der Zuwanderungspolitik hinaus und ließ unter anderem Rainer Geißler das kanadische Zuwanderungsmodell des Multikulturalismus als Vorbild für die deutsche Einwanderungspolitik prüfen.¹⁶⁷ Des Weiteren durfte der münsteraner Politikprofessor Dietrich Thränhardt zusammen mit Anita Böcker die niederländische mit der deutschen Integrationspolitik vergleichen.¹⁶⁸ Als Hintergrund lässt sich anführen, dass sowohl das niederländische als auch das kanadische Zuwanderungsmodell in Deutschland lange Zeit als Paradebeispiel für eine gelungene Integration auf multikultureller Basis galten und dieses vor allem für muslimische Zuwanderung. Die Süßmuth-Kommission wählte im Jahr 2001 bereits das kanadische Punktesystem als Referenz für den Entwurf des ersten Zuwanderungsgesetzes aus.

Die Beilage vom 29.5.2007 beschäftigte sich ausschließlich mit der Thematik Integration und druckte Beiträge vieler bekannter Integrationsforscher ab. Die Zeitschrift ist demnach auch ein Gradmesser wissenschaftlich fundierter und relevanter Publizisten.¹⁶⁹ Zu der Thematik Integration

¹⁶⁶ www.bpd.de/apuz/ (abgerufen am 7.11.2013 (12.31 Uhr).

¹⁶⁷ Vgl. Geißler, Rainer: Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland, S. 19-25, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (23.06.2003) 26/2003.

¹⁶⁸ Vgl. Böcker, Anita; Thränhardt, Dietrich: Erfolge und Misserfolge der Integration – Deutschland und die Niederlande im Vergleich, S. 3-11, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (23.06.2003) 26/2003.

¹⁶⁹ Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte (29.05.2007): Integration, 22-23/2007.

äußerten sich beispielsweise die renommierten Wissenschaftler des IMES Michael Bommès¹⁷⁰ und Klaus J. Bade¹⁷¹ durchaus kritisch zur politischen Verantwortung und der versäumten Chancen im Bereich der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Im wissenschaftlichen Diskurs werden die verpassten Möglichkeiten in der Integration bereits seit Jahren aufgearbeitet. Die politische Umsetzung und Durchsetzung zu verändernder Strukturen hält mit dieser kritischen Haltung allerdings nicht Schritt.

Am 25. Juni 2007 widmet sich die Zeitschrift der Thematik des Islam und die Ausgabe enthält unter anderem einen Beitrag zu den Islambildern der öffentlich rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF. Unter anderem wurde die Berichterstattung während der Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 durch die Autoren Kai Hafez und Carola Richter betrachtet. Diese Kommunikationswissenschaftler schreiben den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern einen großen Einfluss zu. Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten werden diese Sender oft rezipiert und genießen ein höheres Vertrauen als die privaten Sender in Deutschland. Daher plädieren sie für die Öffnung der Sender für Personal mit muslimischem Hintergrund:

„Es muss davon ausgegangen werden, dass eine Repräsentanz der Muslime als gesellschaftliche Gruppe in öffentlich-rechtlichen Gremien eine wichtige Korrekturfunktion bei der Programmplanung und -aufsicht übernehmen könnte.“¹⁷²

Diese mangelnde Öffnung muss aufgrund der durchgeführten Analyse der Zeitungsartikel (s. u.) auch für die Printmedien konstatiert werden, auch wenn ein Umsteuern der inhaltlichen Programmatik stattfindet. Die Taz stellte für das Ressort Zuwanderung und Integration eigens eine Frau muslimischen Glaubens an, um die Vielfalt der Berichterstattung vermehrt zu gewährleisten. In der vorliegenden Dissertation werden diese Strukturen aber nur am Rand behandelt und müssen als verstetigt angenommen werden, da nicht viele Menschen mit Migrationshintergrund zum politischen Diskurs zugelassen werden.

Die Thematik der Zuwanderung wird im deutschen Diskurs auch immer mit der Debatte über die innere Sicherheit zusammen gedacht und geführt. Eine wichtige Komponente der politischen und medialen Debatte über die migrationspolitischen Ziele liegt seit dem 11. September 2001 in der Terrorprävention. Gerade die Medien werden in diesem Bereich von dem Geisteswissenschaftler Jo Reichertz als selbständige Akteure betrachtet, der gerade dem Wissen und der Kommunikation eine

¹⁷⁰ Vgl. Bommès, Michael: Integration – gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol; S. 3-5, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (29.05.2007): Integration, 22-23/2007.

¹⁷¹ Vgl. Bade, Klaus J.: Integration – versäumte Chancen und nachholende Politik; S. 33-38, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (29.05.2007): Integration, 22-23/2007.

¹⁷² Hafez, Kai; Richter, Carola: Das Islambild und ARD und ZDF, S. 40-46, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (25.06.2007) Islam, 26-27/2007, S. 46.

besondere Rolle „bei der Bearbeitung und Bewältigung der aus den Besonderheiten moderner Gesellschaften resultierenden Integrationsprobleme“¹⁷³ zuschreibt. Für Reichertz ergreifen die Medien selbst die Initiative und legitimieren ihre Sichtweise über Thematiken. Er geht von einer impliziten und einer expliziten Vorgehensweise aus. Die implizite Form findet sich vor allem im Fernsehen, wenn in Tatorten und ähnlichen Formaten Akteure mit verschiedenen politischen Mitteln unterschiedliche Maßnahmen und Lösungen für Sicherheitskonflikte aufzeigen. Die explizite Begleitung gibt es nicht nur im Fernsehen, auch wenn sie hier deutlicher hervortritt, wie etwa bei Aktenzeichen XY-ungelöst.¹⁷⁴

Die Printmedien praktizieren genau diese explizite Form der Informationsgehalte, in dem beispielsweise die Bild-Zeitung verschiedene Artikelserien zu dem Thema Kopftuch veröffentlicht und somit ein gewisses Bild der kopftuchtragenden Frauen vermittelt.

Die Sichtweise auf Migranten in der Wochenbeilage ist demnach vielfältig. Es wird im Untersuchungszeitraum auch über die Verbesserung der politischen Bildung von Migranten nachgedacht. Die Soziologen Richard Wolf und Stefanie Reiter geben in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf die Wichtigkeit von Bildung und ausreichende Deutschkenntnisse. Des Weiteren müssen die Kursangebote gut beworben, also transparent gestaltet und von den Migranten selbst nur ein geringerer Kostenbeitrag verlangt werden.¹⁷⁵

Im Blickpunkt befinden sich Lebensbereiche und -welten von Migranten. Im Jahr 2009 wird eine gesamte Beilage diesem Themenkomplex gewidmet. Unter anderem werden sogenannte hybride Identitäten¹⁷⁶ von Muslimen und die Integrationsbereitschaft von jugendlichen Migranten¹⁷⁷ in den Fokus gerückt. Die gute Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund¹⁷⁸ und die ausgeprägten Lebenswelten als zentrale Aspekte guter Integration werden somit durchaus im politischen Zentrum priorisiert und im wissenschaftlichen Diskurs durchdekliniert. Ob und wie die Migranten diesen Themen selbst eine Relevanz zugestehen, kann nicht hinreichend verifiziert werden, da nur wenige Wissenschaftler aus der besprochenen Lebenswelt selbst stammen. Die Lebenswelten der Migranten werden nach einer Milieustudie in ein Raster nach sozialer Lage und

¹⁷³ Reichertz, Jo: Die Medien als selbständige Akteure, S. 25-31, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (19. März 2007) Innere Sicherheit im Wandel, 12/2007, S. 25.

¹⁷⁴ Reichertz, Jo: S. 31.

¹⁷⁵ Vgl. Wolf, Richard; Reiter, Stefanie: Politische Bildung für Migrantinnen und Migranten, S. 15-20, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33/2007, S. 20.

¹⁷⁶ Vgl. Foroutan, Naika; Schäfer, Isabel: Hybride Identitäten muslimischer Migranten, S. 11-18, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (26.01.2009), 5/2009.

¹⁷⁷ Vgl. Reinders, Heinz: Integrationsbereitschaft jugendlicher Migranten, S. 19-23, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (26.01.2009), 5/2009.

¹⁷⁸ Vgl. Öztürk, Halit: Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, S. 24-30, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (26.01.2009), 5/2009.

Grundorientierung eingeteilt. Es findet sich demnach das Bourdieusche traditionelle Arbeitermilieu genauso wie das intellektuell-kosmopolitische Milieu unter den untersuchten Migrantengruppen.¹⁷⁹ Die Beilage beschäftigt sich also unter anderem mit einer Vielzahl von migrationspolitischen Themen in Deutschland. Migration und Zuwanderung wird in der oft zitierten Beilage aber nur thematisiert, wenn der Fokus auch politisch auf die Zuwanderer in Deutschland gerichtet ist. Andere Formate, wie der Migrationsbericht, herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, oder der Migrationsreport, von verschiedenen Wissenschaftlern herausgegeben, beschäftigen sich allerdings kontinuierlich mit dem Zusammenleben der Mehrheitsgesellschaft mit den Menschen mit Migrationshintergrund. Einzig der Fokus wird etwas verändert.

4.3. Der Migrationsbericht

Dieser Bericht wird seit dem Jahr 2005 im Auftrag der Bundesregierung jährlich erstellt. In diesen Berichten sind die signifikanten Werte des Migrationsgeschehens in Deutschland veröffentlicht. Es wird unter anderem zwischen Zuwanderergruppen, Alter, Geschlecht und Herkunftsländern unterschieden.¹⁸⁰

Die inhaltliche Analyse der mittlerweile zehn Berichte würde den Rahmen und den Fokus dieser Dissertation verändern und ist für die Fragestellung wenig zielführend. Die Arbeit an den Berichten zeigt aber, dass die Bundesregierung sich ernsthaft mit der Thematik auseinandersetzt. Das Leitbild des Bundesamtes für die Erstellung dieser Berichte liegt in der Materie selbst. Es wird nach aktuellen Entwicklungen „das Migrationsgeschehen, differenziert nach Herkunfts- und Zielländern, Staatsangehörigkeiten, Bundesländern, Geschlecht und Alter sowie nach Aufenthaltszwecken“ beleuchtet.¹⁸¹

Diese Analyse wird vom Bundesamt für alle relevanten Zuwanderergruppen in Deutschland angestrebt und bietet den Rezipienten einen sehr detaillierten Überblick auf die Zuwanderergruppen aus Sicht der Bundesregierung. Für die vorliegende Dissertation sind die Migrationsreporte nur indirekt wirkungsvoll, da sie die Medien nur am Rand behandeln und den Status quo im Fokus haben.

¹⁷⁹ Flaig, Berthold Bodo; Wippermann, Carsten: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, S. 3-11, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (26.01.2009), 5/2009, S. 8.

¹⁸⁰

Vgl. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Projekte/DE/DasBAMF/Forschung/Migration/migrationsbericht.html?nn=1663558> [abgerufen am 17.07.2014, 15:14 Uhr].

¹⁸¹

Vgl. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Projekte/DE/DasBAMF/Forschung/Migration/migrationsbericht.html?nn=1663558> [abgerufen am 17.07.2014, 15:52 Uhr].

Wichtiger sind in diesem Zusammenhang die tatsächlich verabschiedeten zuwanderungs- und einwanderungspolitischen Programme, die von der Bundesregierung verabschiedet werden. Ein kurzer historischer Überblick wird die geschichtliche Komponente der Zuwanderung und Einbürgerung aufzeigen. Die Ära der Gastarbeiter ist für die heutige Diskussionslage hierbei elementar.

5. Die historische Betrachtung der politischen Regulierung der Arbeitsmigration

Zunächst erfolgt eine kurze Darstellung der Arbeiterwanderung nach Deutschland ab dem Ende des Zweiten Weltkrieges, da davon ausgegangen werden kann, dass sich aus diesen Wanderungsbewegungen eine Vielzahl von Gruppen gebildet haben, die bis heute mehr oder weniger unverändert fortbestehen.

Es gibt zwei Arten von Zuwanderung, zum einen die staatlich gewollte Arbeitsmigration und zum anderen die aus humanitären Gründen, nämlich die der Asylsuchenden, Flüchtlinge und Spätaussiedler. Die zweite Gruppe wird im Folgenden nur am Rande erwähnt werden. Sie bildet zwar eine große Einwanderungsgruppe, aber in der öffentlichen politischen Diskussion wird im Untersuchungszeitraum vor allem auf die Gruppen eingegangen, die aus der Arbeitsmigration hervorgegangen sind.

Weiter kann den seit damals getroffenen politischen Integrationsmaßnahmen grundsätzlich nicht die Funktion zugeordnet werden, Immigration abschließend zu regeln. Es können nur politische Makro-Steuerungsmechanismen entstehen, wie zum Beispiel die anfängliche Idee des Rotationsprinzips.¹⁸²

5.1. Der Mythos „Gastarbeiter“- Ein Problem der Konnotation

Die Bundesrepublik Deutschland verstand sich bis Ende der 1990er Jahre laut politischem Grundsatz nicht als Einwanderungsland. Es wurden jedoch ab Mitte der 1950er Jahre Arbeitskräfte gezielt angeworben, um zunächst den Mangel an Personal in denen für Deutsche unliebsamen Tätigkeiten auszugleichen und ab 1960 dem starken Wirtschaftswachstum gerecht zu werden.¹⁸³ Die Arbeitskräfte, die ab 1955 aus verschiedenen Ländern angeworben wurden, sollten das Land wieder verlassen beziehungsweise rotieren und wurden amtlich als „ausländische Arbeitnehmer“ bezeichnet.¹⁸⁴

¹⁸² Vgl. Daniel, Marcel: Streiflichter bundesdeutscher Zuwanderung-Reise auf abwechslungsreichen Wegen S. 53-82. In: Meendermann, Karin (Hrsg): Migration und politische Bildung-Integration durch Information. Münster 2003.

¹⁸³ Vgl. Berg, Aloys: Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau- Ein Vergleich zweier Wandervorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet Bochum 1999, S. 146 f.

¹⁸⁴ Vgl. Bade, Klaus J.: Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen. Klartext Verlag, Essen 1994; S. 37.

Das Problem des umgangssprachlichen Begriffes „Gastarbeiter“, der von den Medien mit geprägt wurde, ist bereits sehr früh deutlich geworden. Da man davon ausging, dass die Arbeitsmigranten wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden, sobald sie in Deutschland bis zu drei Jahre gearbeitet haben, befand man die Bezeichnung „Gast“ als sinnvoll. Zudem war der Begriff „Fremdarbeiter“ während der NS-Zeit negativ belastet worden. Der zweite Teil des Begriffes, der „Arbeiter“, stand für die Möglichkeit in dem gesetzten Zeitraum möglichst viel Geld zu verdienen, um es später im Heimatland investieren zu können.¹⁸⁵

Da die ausländischen Arbeiter zunächst angelehrt werden mussten, versuchten viele Betriebe entgegen der Vorgabe des dreijährigen Aufenthalts, Arbeiter lange an sich zu binden. Das von der Regierung angestrebte Rotationsprinzip, das einen Austausch der Arbeitskräfte nach drei Jahren vorsah, hatte demnach von Beginn an keine großen Umsetzungschancen.¹⁸⁶ Das Ruhrgebiet war das größte Zielgebiet der Zuwanderer, da vor allem dort Arbeitskräfte für den Gewinn von Kohle und Erzen gebraucht wurden.

Das Hauptentsendegebiet von Arbeitnehmern nach Deutschland war zunächst die euromediterrane Zone, vor allem Spanien und Italien, die anfänglich mit Kontingenten von 100.000 Arbeitern die meisten Arbeitskräfte nach Deutschland schickten. Mit Italien wurde 1955 das erste bilaterale Anwerbeabkommen unterschrieben und viele weitere Länder folgten. Ab 1961 muss die Türkei als wichtigstes Zuwanderungsland genannt werden. Bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 kamen von dort mit einer Million Menschen die meisten Arbeiter nach Deutschland. Hervorgerufen durch den späteren Familiennachzug und die höhere Geburtenrate stellen sie bis heute das größte Entsendeland dar. Initiierend wirkten hierbei die bilateralen Anwerbeabkommen mit den einzelnen Ländern. Es gab drei mögliche Formen der Zuwanderung, wobei nur zwei als legal bezeichnet werden können:

- Die Vermittlungsbüros der Bundesagentur für Arbeit in den Entsendeländern
- Die namentliche direkte Anforderung aus den Unternehmen
- Die illegale Einwanderung

Die Vermittlung über Büros hatte den Vorteil einer direkten Aufenthaltsgenehmigung, eines ärztlichen Attestes und eines festen Vertrages mit tariflichem Mindestlohn. Allerdings merkten die angeworbenen Gastarbeiter häufig, dass sie im Vergleich zu den einheimischen Arbeitskräften einen ge-

¹⁸⁵ Vgl. Wolter, Achim: Migration in Europa. Neue Dimensionen, neue Fragen, neue Antworten. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999, S. 95.

¹⁸⁶ Vgl. Bade, Klaus J. (1994): S. 38.

ringeren Tariflohn erhielten, was ihrerseits bald zu Frustrationen führte.¹⁸⁷ Die namentliche Anforderung nutzten viele Unternehmen dazu, ehemalige illegale Einwanderer zu legalisieren. Des Weiteren stellte sie eine Möglichkeit für Migranten dar, im gleichen Unternehmen beschäftigt zu sein wie Freunde und Verwandte. Der zwischenmenschliche Kontakt war über die namentliche Anforderung also leichter herzustellen als über die Vermittlungsbüros.¹⁸⁸

Die illegale Einwanderung spielte zu dieser Zeit bereits eine große Rolle. Es wurde ein regelrechter Handel über Agenten aufgebaut, um die Arbeiter als Touristen nach Deutschland einzuschleusen. Da sie ihren Aufenthalt nicht gefährden wollten, akzeptierten diese Arbeiter meistens jegliche Bedingungen und arbeiteten unter schlechten Verhältnissen.¹⁸⁹

Einen wesentlichen Faktor der frühen Isolierung der ausländischen Arbeitnehmer stellten diese genannten Arten der Anwerbung dar. Weil die Arbeiter den Firmen unterstellt wurden und sie fast ausschließlich in der Nähe der Arbeitsstelle wohnten, konnte sich kein Kontakt zur einheimischen Bevölkerung aufbauen. Entweder wohnten sie in abgeschlossenen Zechensiedlungen, in denen sie sogar nach Herkunftsland getrennt wurden, oder in Randbezirken nahe der Arbeitsstelle. Laut einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit wohnten 1972 circa 50 Prozent der Gastarbeiter in diesen betriebsnahen abgeschlossenen Siedlungen und beherrschten folglich kaum die deutsche Sprache.¹⁹⁰ Die Industrie war in den Anfangsjahren der Immigration nur an der Arbeitskraft interessiert und kümmerte sich wenig um Wohnsituationen.

Etwas förderlicher für die Kontaktaufnahme mit der deutschen Bevölkerung war das sogenannte Schlafgängertum. Die Arbeiter wohnten abwechselnd je nach Schicht in der gleichen Wohnung und nutzten zu mehreren das gleiche Bett. Oft kamen sie bei einheimischen Arbeiterfamilien unter, die sich auf diese Weise die Hausmiete leisten konnten, beziehungsweise ihre finanzielle Lage verbesserten. Der Kontakt entstand durch die gemeinsamen Wege zur Arbeit und das Abendessen in der Wohnküche. Die Freizeitgestaltung war unter den Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren, bedingt durch Überstunden, Sprachschwierigkeiten und schon damals herrschende Vorurteile innerhalb der Gesellschaft, sehr beschränkt.

¹⁸⁷ Vgl. Birsl, Ursula: Migration und Migrationspolitik im Prozess der europäischen Integration? Wuppertal 2005, S. 203.

¹⁸⁸ Vgl. McRae, Verena: Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme. München 1980, S. 15.

¹⁸⁹ Vgl. McRae, Verena (1980): S. 17.

¹⁹⁰ Vgl. McRae, Verena (1980): S. 39.

Sprachkurse wurden erst Anfang der 1970er Jahre eingeführt und ab Anfang der 1980er Jahre ausgebaut. Sie erreichten aber nie das erforderliche Niveau. Es kamen, genau wie in der aktuellen Debatte, Vorurteile auf, dass die Familien die deutsche Sprache nicht lernen wollen würden. In Wirklichkeit lässt sich die geringe Zahl der Sprachprogramme auf drei Faktoren zurückführen:

- Die mangelnde Transparenz der Programme und Behörden
- Die schlechte Planbarkeit für Zuwanderer (befristeter Aufenthalt)
- Die zeitliche Komponente (lange Arbeitszeiten)

Die meisten Arbeiter eigneten sich ihre geringen Sprachkenntnisse während der Arbeitszeit an, schwerer dürfte es für die Familien der Zuwanderer gewesen sein.¹⁹¹

Die Schwierigkeit der Integration ins Aufnahmeland lag jedoch nicht so sehr in den schlechten Arbeitsbedingungen oder in der Wohnsituation, sondern in der Freizeit begründet. Wie bereits erwähnt kamen die Zuwanderer aus völlig anderen Kulturräumen und waren demnach in anderen Gruppen verortet. Die Lebensform in Deutschland war eine andere und die Einwohner brachten den „Gästen“ keine große Sympathie entgegen. Viele Zuwanderer empfanden die Freizeit als Belastung, da sie sich fremd fühlten, in ihren beengten Wohnungen lebten und keinen Kontakt zu ihrer Familie im Herkunftsland hatten. Für die meisten Migranten begann dort die Stresssituation, an der sie für die Deutschen im Regelfall aufhören würde, nämlich zu Hause. Die Zuwanderer hielten sich lange ohne Familie als Bezugspunkt in Deutschland auf und die Freizeit erschien ihnen als überflüssig.¹⁹² Nach Halbwachs fühlten sie sich fremd, weil sie mit keiner Gruppe einen kollektiven Erfahrungsraum teilen konnten und sich mit Deutschland nach wie vor nicht verbunden fühlten. Als die Bild-Zeitung 1966 die Frage stellte, wer fleißiger sei, die Deutschen oder die Gastarbeiter, gab es daraufhin eine Boykottkampagne der deutschen Arbeiter mit dem Ziel der Rücknahme dieser Äußerung.¹⁹³ Zumal bereits 1966 eine schwache Rezession herrschte, stießen die Gastarbeiter vermehrt auf deutlich artikuliertete Ablehnung. Sie waren nicht länger eine ökonomische Bereicherung, sondern wurden als Bedrohung wahrgenommen. Das Klima schwang um und die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) konnte mittels Parolen gegen die Überfremdung zwischen 1966-68 in sieben Landtage einziehen.¹⁹⁴

¹⁹¹ Vgl. McRae, Verena (1980): S. 51f.

¹⁹² Vgl. McRae, Verena (1980): S. 79.

¹⁹³ Vgl. Thränhardt, Dietrich: Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts. S. 9-32. In: Meendermann, Karin (Hrsg.): Migration und politische Bildungs-Integration durch Information. Münster 2003, S. 13.

¹⁹⁴ Vgl. Winter, Bernd: Gefährlich fremd. Deutschland und seine Einwanderung. Freiburg im Breisgau 2004, S. 58.

Die vorhandenen Freizeiteinrichtungen wurden von ausländischen Arbeitnehmern eher als „Betreuungsmaßnahmen“ verstanden und kennzeichneten sich durch Bevormundung und Diskriminierung seitens der einheimischen Bevölkerung. Die Freizeit war also vom Grad der Anpassung an die hiesige Gesellschaft gekennzeichnet. Erschwerend kam noch hinzu, dass viele Gastarbeiter ihr schwer verdientes Geld lieber sparen wollten, um ihre Familie im Herkunftsland zu versorgen.¹⁹⁵ Die von der Mehrheitsgesellschaft angestrebten Verbesserungen der Freizeitmöglichkeiten wurden in der Anfangszeit vor allem deshalb abgelehnt, weil nicht der Wille zur Selbsthilfe, sondern das Gefühl der Unmündigkeit überwog.

Von großem Vorteil war für die Herkunftsländer der Devisenausgleich durch den Transfer von Löhnen und der „Export“ von wenig oder gering qualifizierten Erwerbslosen, die später, laut deutschem Politikmodell, mittels ihrer erhaltenen Ausbildung die Wirtschaft in den Heimatländern ausbauen sollten.¹⁹⁶ Der Effekt der materiellen Verbesserung der Familien in den Heimatländern muss aber eher als positiver Nebeneffekt eingestuft werden, denn das Hauptaugenmerk der Arbeitgeber galt der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt und nicht der Entwicklungshilfe.¹⁹⁷

Bis zur Zeit des Anwerbestopps, hervorgerufen durch die Rezession 1973, waren circa drei Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer und insgesamt vier Millionen dauerhaft bleibende Menschen legal nach Deutschland gekommen. Bis 1978 kehrten hiervon 650.000 Menschen in ihre Heimatländer zurück. Bedingt durch den Familiennachzug stieg die Zahl der Migranten ab 1979 jedoch erstmals wieder an und verschärfte den Diskurs zwischen der Bezeichnung Gastarbeiter- oder Einwanderungsland in der Politik.¹⁹⁸ Insgesamt wanderten bis in die 1980er Jahre rund 14 Millionen Menschen, bedingt durch Familiennachzug und die hohe Geburten- und Flüchtlingsrate nach Deutschland ein. Dies ist vornehmlich auf das liberale Paradox (J. Hollifield) zurückzuführen, nach dem es rechtsstaatlichen Systemen nicht möglich sei, Migrationsprozesse vollends wieder zu beenden, ohne gegen humanitäre Verpflichtungen oder menschenrechtliche Prinzipien zu verstoßen.¹⁹⁹ Somit steigert sich also die Tendenz zum Daueraufenthalt und die des Familiennachzuges entwickelt sich kontraproduktiv zum staatlich gesetzten Ziel der Nichteinwanderung.

¹⁹⁵ Vgl. McRae, Verena (1980): S. 81.

¹⁹⁶ Vgl. Bade, Klaus: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Verlag C. H. Beck, München 2000, S. 315.

¹⁹⁷ Vgl. McRae, Verena (1980): S. 19.

¹⁹⁸ Vgl. Birsl, Ursula (2005): S. 204.

¹⁹⁹ Vgl. Bade, Klaus (2000): S. 321.

Festzuhalten für die ersten Jahre der Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg bleiben folgende Aspekte: Gleich zu Beginn waren die angeforderten Gastarbeiter öffentlichen Bevormundungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Sie kamen nach Deutschland, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen mussten, wurden häufig in der Industrie ausgenutzt und wohnten zumeist in segregierten Verhältnissen. Die fehlenden Sprachkenntnisse, Kontakte zur Bevölkerung und die mangelnden Freizeitmöglichkeiten förderten den Unmut und die Fremdheit zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Minderheitengruppen zusätzlich. Die politischen Maßnahmen bis Ende der 70er Jahre lassen sich eher als Schadensbegrenzung und nicht als Integrationspolitik bezeichnen. Der Status Gastarbeiter musste somit als Identität für Millionen von Menschen dienen, hatte aber kaum inhaltliche Ausprägungen. Die politischen Steuerungsmechanismen wurden durch Beschluss der Zuwanderungsbegrenzung, die Rückkehrförderung und die Ankündigung sozialer Integrationsprogramme neu ausgerichtet.

5.2. Die Integrationsmaßnahmen bis ins 21. Jahrhundert

Zunächst galt die Arbeitsmigration durch das angestrebte Rotationsprinzip als politisch steuerbar und revidierbar. Es wurde zwischen 1975-1977 sogar mit Zuzugssperren für Zuwanderer in Großstädte experimentiert, weil der Ausländeranteil in Städten zwölf Prozent nicht übersteigen sollte. Diese restriktive Politik hatte jedoch nicht den erwünschten Erfolg.²⁰⁰ Nach dem Anwerbestopp 1973 und der erarbeiteten Anwerbestoppverordnung (ASAV), die bis dato für EU-Staaten wie Polen und Bulgarien gilt, zeichnete sich in der Realität das genaue Gegenteil ab. Eine dauerhafte Niederlassung und der starke Familiennachzug waren die Folge der Arbeitsmigration nach Deutschland. Die politischen Modellentwicklungen zur Integration dieser Zuwanderer waren, bedingt durch die Präambel des Nicht-Einwanderungslandes, anfänglich zaghafter wenn nicht kontraproduktiver Natur.

Da bis ins Jahr 1978 die Zahl der ausländischen Zuwanderer relativ konstant bei rund vier Millionen lag, wurden in dieser Zeit sehr wenige politische Maßnahmen zur Makrosteuerung der Integration geleistet. Diesem Bereich wurde erst 1979 durch die Einsetzung eines „Ausländerbeauftragten für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien“ langsam eine höhere Stellung beigemessen. Der

²⁰⁰ Vgl. Winter, Bernd (2004): S. 59.

erste Ausländerbeauftragte war der SPD-Politiker Heinz Kühn, der Integrationskonzepte erarbeitete, die jedoch ausschließlich eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik zum Ziel hatten.²⁰¹ Immerhin wurde auf diese Weise politisch der Tatsache Rechnung getragen, dass die Zuwanderer bereits seit den 1970er Jahren mit einer deutlich höheren Arbeitsplatzbedrohung als Einheimische zu kämpfen hatten. Von 1973 bis 1985 wurden circa zwei Millionen Arbeitsplätze der ausländischen Bevölkerung abgebaut und die Arbeitslosenquote unter ihnen stieg auf zehn Prozent. Die Zuwanderer waren, wie bereits beschrieben, in einem Bereich der niedrigen Qualifikation tätig. Ihre Aufgaben wurden nun vermehrt von Maschinen und Computern ausgeführt.²⁰²

Ab 1980 erschien die Ausländerpolitik, wie sie damals bezeichnet wurde, auf der politischen Agenda. Im Mittelpunkt stand allerdings zunächst nicht die Integration, sondern die Rückkehr in die Heimatländer. Der zweite Ölpreisschock und die hohe Arbeitslosigkeit gaben dem Themenfeld Brisanz. Der Bundestagswahlkampf im Jahr 1982 wurde zum Teil offen ausländerfeindlich geführt und so stand die Aussage des späteren Bundeskanzlers Helmut Kohl: „Die Zahl der türkischen Mitbürger muss vermindert werden!“²⁰³ nicht alleine da. Sie spiegelte vielmehr die öffentliche Meinung wider. Nach dem Wahlsieg der CDU verschwand das Thema allerdings wieder von der politischen und medialen Agenda. Diskussionen fanden nur um die Verringerung des erlaubten Nachzugsalters und das Rückkehrbeförderungsgesetz von 1984 statt. Dieses sollte einen Ansporn zur Ausgliederung von Ausländern bei betriebsbedingten Entlassungen geben und im Zuge dessen die Rückkehr in das Heimatland fördern.²⁰⁴ Die Diskussion um das „Ausländerrecht“ wurde in der Öffentlichkeit, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren, zunehmend schärfer geführt.

Die soziale Integration und das Sesshaftwerden von Zuwanderern waren in den 1980er Jahren politisch nicht gewollt. Viele politische Defensivmaßnahmen wurden erdacht und reichten vom Arbeitserlaubnis- und Aufenthaltssentzug bis hin zur Förderung des Rückkehrwillens mittels finanzieller Zuschüsse (insgesamt wurden 132,5 Mio. DM ausgezahlt). So wurde bei angestrebter Rückkehr den Migranten auch der Arbeitnehmeranteil der Rente bewilligt. Diese ersten Maßnahmen der Regierung Kohl und deren Thematisierung in den Medien sorgten bei den Zuwanderergruppen für viel Unmut. Vor allem die türkischen Arbeiter fühlten sich ungewollt und nicht akzeptiert. Auf der anderen Seite wuchs die Angst vor Überfremdung in der

²⁰¹ Vgl. Winter, Bernd (2004): S. 60.

²⁰² Vgl. Meyer, Thomas: Sozialstruktur und Migration- Die soziale Lage der Arbeitsmigranten in Deutschland, S 69-83. In: Treichler, Andreas: Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und Ethnische Minderheiten. Wiesbaden 2002, S. 74.

²⁰³ Zitiert nach Thränhardt, Dietrich (2003): S. 14. Aus: Frankfurter Rundschau von 03. September 1982.

²⁰⁴ Vgl. Thränhardt, Dietrich (2003): S. 22.

Mehrheitsgesellschaft bereits deutlich an. Waren im Jahr 1978 noch 40 Prozent der befragten Deutschen für eine Rückkehr der Migranten in ihr Herkunftsland, bejahten 1982 rund 70 Prozent der Befragten diese Frage.²⁰⁵

In der darauf folgenden Auseinandersetzung über Achtung oder Nichtanerkennung der einzelnen Gruppen bis in die 1990er Jahre hinein, vollzog sich ein in seiner sozialstrukturellen Verankerung unterschätzter sozialer Integrationsprozess der Arbeitsmigranten und ihrer Familien in Deutschland.²⁰⁶ Als Strukturen, die unbewusst zur Anbindung an den deutschen Rechtsstaat geführt hatten, sind zum einen die Versicherungspflicht der Arbeitsmigranten zu nennen, zum anderen wurden Behörden geschaffen, die den Zuwanderern Rechte zugestanden. Mittels Rechten, wie dem Familiennachzug, wurden die weiteren Zuwanderungsprozesse bereits festgelegt, wenn auch ohne konkretes Ziel beziehungsweise politisches Leitmodell der Integration. Durch die Versicherungspflicht wurde der Staat gleichzeitig leistungspflichtig und musste Bleiberechte und Fürsorgeverpflichtungen einleiten, weil er sonst rechtlich angreifbar geworden wäre.²⁰⁷

Nach außen hin war die Politik in den 1980ern Jahren durch Restriktionen und Rückkehrprogramme gekennzeichnet. Intern wurde allerdings ab Mitte der 1950er Jahre, wenn auch nicht bewusst, die weitere Zuwanderung zumindest rechtlich und sozialstrukturell eingeleitet. Da die Bevölkerung nur die negative Berichterstattung der öffentlichen politischen Maßnahmen bewusst erlebte und die 1980er Jahre zusätzlich bereits von steigender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet waren, wuchsen die Fremdheitsgefühle und Vorurteile gegenüber den Zuwanderern, die nun vermehrt die Sozialleistungen in Anspruch nehmen mussten, weiter an.

In der Folge entwarf die Regierung Kohl/Genscher ein Ausländerintegrationsgesetz und ein Ausländeraufenthaltsrecht. Die Zuständigkeit des Bundes zur Regelung des Ausländerrechtes wurde im Grundgesetz festgelegt. Zwei Aufgaben mussten gelöst werden:

1. Die Zusicherung eines Aufenthaltsrechtes für Zuwanderer
2. Die Zuzugsbegrenzung für weitere Ausländer

Die beiden Verordnungen wurden 1988 entworfen und im Jahr 1990 als Gesetz in geltendes Recht überführt. Es räumt den Zuwanderern die Möglichkeit zur Bewahrung der eigenen kulturellen Iden-

²⁰⁵ Vgl. Winter, Bernd (2004): S. 63.

²⁰⁶ Vgl. Bommers, Michael: Bundesrepublik Deutschland. Die Normalisierung der Migrationsforschung. S. 49-60. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts. Osnabrück 2001, S. 53.

²⁰⁷ Vgl. Bommel, Michael (2001): S. 54 f.

tität ein, wenn dies im Rahmen der Gesetze und gesellschaftlichen Werte geschieht. Die Migranten dürfen das Gesetz aber nicht als Beleg für die Diskriminierung ihrer kulturellen Einflüsse juristisch geltend machen, obwohl es eine Verschärfung der Ausweisungsbefugnisse der Behörden und den Nachweis von ausreichendem Wohnraum seitens der Migranten beinhaltet.²⁰⁸

Das erste „Ausländergesetz“ sollte die Integrationszusage der Regierung bestätigen und bekräftigen, stellte allerdings das eigene Staatswohl und das Wohl des Staatsvolkes in den Vordergrund. Die Interessen der Zuwanderer rückten folglich in den Hintergrund. Prinzipiell hatte das Gesetz, neben den später angeführten Ausnahmeregelungen im Anwerbestopp, bis zur Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Mai 2004 Bestand.²⁰⁹

Die zum Ausländergesetz von 1990 geäußerte Kritik erfolgte schnell und wurde in den Medien allgemein aufgenommen. Vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund war der Meinung, dass dieses Gesetz ein weiterer Schritt zurück sei. Es verkörpere eine Abwehr statt einer Öffnung und stelle zu dem keine Handlungsanleitung für Behörden dar. Weiter würde es nur Ausländer von den Grenzen fernhalten und übe erheblichen Druck auf die hier lebenden Zuwanderer aus, die deutsche Staatsbürgerschaft anzustreben.²¹⁰

Das Thema der politischen Steuerungsmöglichkeiten der Zuwanderung und der Integration der bereits im Land lebenden Zuwanderer bekam nach 1990 neues Gewicht. Neue Kategorien der Zuwanderung formten Deutschland in der öffentlichen Wahrnehmung. Nach der Ära der Gastarbeiter waren die 1980er Jahre bis hinein in die 1990er Jahre von der Migration durch Spätaussiedler, Asylanten und Flüchtlinge geprägt. Sie bildeten Anfang der 1990er Jahre die stärksten Zuwanderergruppen und eine neue Angst vor einer Überfremdung aus dem Osten prägte das Bild der Politik und der Wissenschaft. Es wurden regelrechte Horrorszenarien entworfen, in denen je nach Parteizugehörigkeit und Einstellung der Wissenschaftler, vier bis zehn Millionen Menschen neu nach Deutschland einwandern würden. Die höchsten Zahlen wurden nie Realität, setzten sich aber in den Köpfen der Bevölkerung fest.²¹¹

Zudem bildete die Anwesenheit der Asylbewerber und Aussiedler, neben dem weiterhin starken Familiennachzug, die Basis für eine fremdenfeindliche Grundstimmung in der Bevölkerung und

²⁰⁸ Vgl. Winter, Bernd (2004): S. 64.

²⁰⁹ Vgl. Berg, Aloys (1990): S. 169 f.

²¹⁰ Vgl. Berg, Aloys (1990): S. 171.

²¹¹ Vgl. Bade, Klaus J. (Hrsg.): Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts. Osnabrück 2001, S. 30 f.

einer weiterhin restriktiven Integrationspolitik. Der jährliche Zuzug der Aussiedler wurde bis zum Jahr 1998 auf 100.000 Menschen begrenzt. Im politischen „Asylkompromiss“ von 1992/93 wurde schließlich festgelegt, dass kein Mensch mehr das Recht habe über Drittstaaten einzureisen oder Asyl zu beantragen, wenn er aus einem verfolgungsfreien Staat kommt. Seitdem ist die Möglichkeit Deutschland als Aufnahmeland zu wählen, faktisch stark begrenzt worden.²¹²

Den Höhepunkt der Debatte setzte 1992 der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber, als er von einer „durchmischten“ und „durchrassten“ Gesellschaft sprach, die von der Politik „geführt“ werden müsse.²¹³ Diese Forderungen nach einer Leitkultur wiederholte der ehemalige bayrische Ministerpräsident bis 2007 in mehrfach abgewandelter Form. Inhaltlich ähneln sich die Forderungen an die Migranten. Es wird die vollständige Anpassung an die deutschen Werte und Normen, bei Aufgabe ihrer kulturellen Andersartigkeit, eingefordert. Die Aussagen des Ministerpräsidenten, wie zum Beispiel auf einer Aschermittwochrede im Jahr 2001:

„Für die große Mehrheit in Deutschland ist die kulturelle Identität unserer Nation Voraussetzung für ihren solidarischen Zusammenhalt“²¹⁴, scheinen Fremdheit zu schaffen. Sie wirken nicht förderlich für den Integrationswillen und das Vertrauen auf der Mikroebene, also der Lebenswelt, von Minderheitengruppen. Die Aussagen dienen der weiteren Abschottung, leben eine Idee vor, die von einem Sprecher der Mehrheitsgruppe geäußert wird und stehen somit für eine Zuschreibung aus der Mehrheitsgesellschaft. Für die Minderheiten muss diese abwehrend wirken und die Angst vor Überfremdung widerspiegeln.

Seit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 hat sich die Richtung der Integrationspolitik geändert. Die Koalitionsführung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und den Grünen als Regierungspartner revidierte das seit den 1950er Jahren geltende Postulat des Nicht-Einwanderungslandes. Nach dem Wahlerfolg kam im Jahr 1999 die Frage nach der doppelten Staatsbürgerschaft im Zuge der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes auf. Seit dem Jahr 1913 konnte nur derjenige deutscher Staatsbürger werden, der auch deutsche Vorfahren hatte (*ius sanguinis*). Nun gilt zusätzlich das Geburtsortsrecht (*ius soli*) für die in Deutschland geborenen Kinder von ausländischen Eltern. Voraussetzung hierfür ist, dass die Eltern eine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung und eine angemessene Wohnung besitzen. Eine Übergangsregel für eine mögliche Einbürgerung von Kindern bis zehn Jahre wurde erarbeitet und die Frist für das Recht auf Einbürgerung der Eltern von 15 auf

²¹² Vgl. Bade, Klaus J. (2001): S. 32.

²¹³ Vgl. Bade, Klaus J. (2001): S. 34.

²¹⁴ Zitiert nach Thränhardt, Dietrich (2003): S. 16. Aus: Süddeutsche Zeitung v. 10. u. 11 Februar 2001.

acht Jahre gesenkt. Im Gegenzug werden von den Zuwanderern eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts ohne Sozialhilfe und Kenntnisse in der deutschen Sprache gefordert.²¹⁵

Die rot-grüne Regierung wollte die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen. Die CDU reagierte mit einer Unterschriftenaktion in der Bevölkerung gegen diese Einbürgerungsform. Diese Kontroverse prägte die erste öffentlich populistisch geführte Debatte. Sie war durch den Kampf gegen das Fremde und der Angst vor einer neuen Wählerschaft seitens der CDU gekennzeichnet. Zuwanderergruppen werden in Deutschland generell als links angesehen, so dass die CDU um Wählerstimmen fürchtete.²¹⁶ Selbst bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 waren diese Stimmen zu hören und in der Bild-Zeitung die Frage gestellt: „Entscheiden Türken die Wahl?“²¹⁷ Diese in den Medien kontrovers geführte Diskussion verwässerte das Staatsangehörigkeitsgesetz derart, dass der Kompromiss nicht mehr die Erwartungen einer erfolgreichen Einbürgerung der lange und dauerhaft in Deutschland lebenden Zuwanderer erfüllte.

Das Gesetz ist am Ehesten durch paternalistische Tendenzen geprägt. Deutschland möchte aus Freundlichkeit für die geleistete Arbeit einem Teil der Migranten eine Belohnung in Form der Einbürgerung ermöglichen.²¹⁸ Nach dem eingeführten Schleusenmodell hat das politische Zentrum somit im Problemverarbeitungsmodus eine Direktive als Lösung angeboten, die in der Lebenswelt der Adressaten nicht positiv aufgenommen wurde. Da die Medien dieses politische Konstrukt diskutierten und Migranten kaum zu Wort kamen, muss im Umkehrschluss eine Schranke zum Diskurs existieren.

Im Jahr 1998 warnte die CSU die Öffentlichkeit in polemischer Art und Weise vor einer „anderen Republik“ wenn rot-grün die Bundestagswahl gewinnen würde. Die neue Koalition würde 5,5 Millionen Ausländer einbürgern und dies sei ein weiterer Schritt hin zu einer „Islamischen Republik Deutschland“.²¹⁹

Zur Jahrtausendwende wurde dann endgültig mit dem Postulat der Nicht-Zuwanderung gebrochen, als Gerhard Schröder das Thema „Green Card“ für Hochspezialisierte anlässlich der CeBit 2000

²¹⁵ Vgl. Winter, Bernd (2004): S. 83f.

²¹⁶ Vgl. Thränhardt, Dietrich (2003): S. 19.

²¹⁷ Bild-Zeitung vom 14.09.2005: S. 1.

²¹⁸ Vgl. Winter, Bernd (2004): S. 85.

²¹⁹ Zitiert nach Thränhardt, Dietrich 2003: S. 19. Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.9.1998.

anspruch. Auf diesen Vorstoß reagierte der CDU-Politiker und Ministerpräsident von Nord-Rhein-Westfalen Jürgen Rüttgers mit der Kampagne „Kinder statt Inder“, die bis heute im Gedächtnis der Bevölkerung geblieben sein dürfte. Politisch brachte sie allerdings nicht den erwünschten Erfolg. Daraufhin schloss sich selbst die CSU dem Umschwung im politischen Klima an und erschuf eine „Blue Card“ mit ähnlichen Zielen.²²⁰ Der Tenor der Koalition war, dass „IT-Kräfte“ unbedenklich und bereichernd sind. Durch diesen Vorstoß wurden erstmals seit dem Jahr 1973 offiziell Chancen für Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt propagiert und somit der Anwerbestopp durchwässert.²²¹

Allerdings wurden durch diese öffentlichen Debatten um die Gestaltung der Zuwanderung zwei Dinge sichtbar:

1. Die Notwendigkeit der Neugestaltung des Zuwanderungsrechts auf politischer Ebene
2. Die negative Einstellung einiger Politiker zum Thema Zuwanderung

Oft zeichneten die Medien ein überspitztes negatives Bild der Zuwanderer, das sich, nach der Theorie von Maurice Halbwachs, in den Erinnerungen sowohl der Mehrheits- als auch der Minderheitengruppen festgesetzt haben muss. Die Schranken zum Diskurs blieben auch nach dem Paradigmenwechsel hin zum Einwanderungsland bestehen und schränkten somit die Handlungsfähigkeit der Lebenswelt drastisch ein.

Ab 2001 entwickelte sich die Grundausrichtung der Politik im Bereich Zuwanderung und Integration weiter. Es wurde eine Arbeitskommission mit dem Titel „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ unter der Leitung von Rita Süßmuth einberufen. Sie hatte zur Aufgabe die beiden Ausrichtungen des Titels in Empfehlungen für ein Zuwanderungsgesetz umzuarbeiten. Zunächst einmal erkannte die Kommission die Tatsache an, dass es sich bei Deutschland offiziell um ein Einwanderungsland handelt und eine neue Zuwanderung aufgrund des demographischen Wandels und dem Mangel an Führungskräften gebraucht werde.²²² Um diese neue Zuwanderung gestalten zu können, damit nur die erwünschten Ausländer einwandern, empfahl die Kommission mehrere Maßnahmen. Sie wollte die Einwanderung mittels einer deutlich geringeren Zahl an Aufenthaltstiteln, einer generellen Aufhebung des Anwerbestopps und eines Punktesystems zur

²²⁰ Vgl. Thränhardt, Dietrich (2003): S. 20.

²²¹ Vgl. Daniel, Marcel (2003): S. 66.

²²² Vgl. Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (2001): S. 12 f.

besseren Erfassung der Zuwanderer erleichtern. Im Zuwanderungsgesetz, das erst im Sommer 2004 nach langer Diskussion zu Stande kam, wurden nur wenige dieser Punkte aufgenommen.²²³

Gesellschaftliche Probleme, wie die hohe Arbeitslosigkeit und die Terroranschläge in Europa und den USA, führten zu einer gesetzlichen Verankerung scharfer Forderungen, nicht aber zu Zugeständnissen an die Zuwanderer. Die Kommission forderte im Jahr 2001 bereits den Ausbau beziehungsweise die Einrichtung von Sprach- und Integrationskursen, die durch insgesamt 600 Stunden Unterricht in Sprache, Rechte und Pflichten für eine schnellere Integration aller Zuwanderer sorgen sollten.²²⁴

Die neue Zielsetzung des Erlernens der Verkehrssprache hat in ganz Europa mittlerweile Einzug in die politische und öffentliche Diskussion gehalten. Unklar bleibt allerdings, wann von einem Erfolg in sozialer und sprachlicher Hinsicht gesprochen werden kann. Die politische Idee, die Integration durch Sprache zu fördern, ist nachvollziehbar. Die Politiker brauchten nach der mangelnden Einflussnahme der letzten Jahrzehnte einen Mechanismus, der sich organisieren und operationalisieren lässt.²²⁵ Diese politische Forderung umzusetzen, nahm allerdings noch einige Jahre und vor allem politische Diskussionen in Anspruch. Sie zeigte auf, dass ein Problemverarbeitungsmodus im politischen Zentrum zum Themenfeld Zuwanderung und Integration innerhalb weniger Jahre zu einer politischen Routine zurückkehrt, die sich in einer Diskussionsspirale verfangen hat und stetig alte Forderungen rekurriert.

²²³ Vgl. Süßmuth, Rita: Migration und Integration (2006): Testfall für unsere Gesellschaft. München, S. 90f.

²²⁴ Vgl. Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (2001): S. 261.

²²⁵ Vgl. Bommes Michael: Integration durch Sprache als politisches Konzept. S. 59-87. In: Davy, Ulrike/ Weber Albrecht (Hrsg.): Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen? Überlegungen zum neuen Zuwanderungsgesetz. Baden-Baden (2006): S. 59.

6. Die politischen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration

Die politischen Integrationskataloge und Maßnahmen Deutschlands müssen auf die Zuwanderer in den letzten Jahren bei nüchterner Betrachtung, das heißt ohne ihre mediale Verarbeitung, befremdlich wirken. Das Zuwanderungsgesetz sollte eingeführt werden, um die Integration von kulturellen Gruppen zu fördern. Es ist in seiner Ausgestaltung aber weit hinter den Zielsetzungen zurück geblieben. Das Gesetz fordert vor allem Qualifikationen sowie Sprach- und Kulturkenntnisse von den Gruppen der ehemaligen Gastarbeiter und ihren Kindern. Sie werden als fürsorgebedürftige Randerscheinungen des Staates hingestellt, wenn sie, mangels integrativer Erfolge, über geringe Ressourcen in der Ausbildung verfügen.²²⁶

Die Green Card wurde erdacht, um Hochqualifizierten die Möglichkeit zu eröffnen, in Deutschland zu arbeiten. Sie beinhaltet jedoch eher eine Beschreibung der erwünschten und unerwünschten Einwanderung als die Basis für eine wechselseitige Kommunikation. Die Ausgestaltung wirksamer Programme für die dauerhaft in Deutschland lebenden Zuwanderer musste hinter neue Sicherheitsfragen zurücktreten.²²⁷ Die Kopftuchdebatte, mit ihrem Ursprung in Frankreich, hat die Lage der muslimischen Minderheiten in Deutschland eher verschärft und zu einer vielschichtigen Debatte über das Symbol des Kopftuches geführt²²⁸

Neue Konsensmodelle mit einer gewollten Kommunikation auf Augenhöhe wurden relativ zeitgleich im politischen Zentrum formuliert und stellten neue Anforderungsprofile an türkische Zuwanderer und Muslime. Teilweise ergab sich hieraus eine Schnittmenge und somit wurden Forderungen an dieselben Adressaten gesendet. Gemeint ist hier die Deutsche Islamkonferenz (DIK)²²⁹ und der Nationale Integrationsplan (NI)²³⁰, mit dem Integrationsgipfel als Forum. Im NI wurde schließlich der Einbürgerungstest festgeschrieben, der medial stark diskutiert wurde.

Elementar sind die Festschreibungen über Zuwanderungs- und Einbürgerungsfragen in den Partei- und Koalitionsprogrammen der jeweils regierenden Parteien. Die Relevanz der Themenfelder lässt

²²⁶ Siehe unten: Die rechtlichen Bestimmungen des Zuwanderungsrechtes

²²⁷ Siehe unten: Die rechtlichen Bestimmungen der Green Card

²²⁸ Siehe unten: Der Kopftuchstreit

²²⁹ Siehe unten: Die Deutsche Islamkonferenz

²³⁰ Siehe unten: Der Nationale Integrationsplan

sich ebenfalls an der textuellen Länge der Beschlusslage der Parteien in ihren Programmen belegen, die als Grundlage der politischen Sichtweisen kurz dargestellt werden müssen.

Drei weitere Probleme bei der Ausrichtung der integrationspolitischen Gesetze sind zumindest immanent vorhanden. Es stellt sich die Frage, wie viel Pluralismus Politik zulassen kann, ohne die eigene kulturelle Identität zu gefährden. Das Multikulturalismusmodell hat erstens das Problem der Negation der antiwestlichen Werte durch islamische Fundamentalisten und scheint zu pluralistisch ausgerichtet zu sein.

Außerdem beherrschten zwei der Attentäter des 11. September die deutsche Sprache fließend. Daraus ergibt sich die zweite Schwierigkeit, dass die Sprache als das hauptsächliche politische Steuerelement für eine Integration in die Mehrheitsgesellschaft nicht primär Gültigkeit erreicht. Erneute Anschläge können kaum verhindern und vor allem die Überfremdungsängste der Bevölkerung durch diese Gesetze nicht befriedigt werden. Schnell entsteht ein Generalverdacht, der nicht zuletzt durch die Medien vertreten wird.²³¹

Drittens legitimieren sich Ideologien wie Integrationskonzepte, die sich von sich auf ein starkes „Wir-Gefühl“ stützen, erst unter Berufung auf die Existenz des in diesem Fall kulturell „Anderen“. „Wir-Gruppen“ können ihre Identität im Prinzip nur bestätigen, wenn ein Gegenüber benannt, stigmatisiert und ausgegrenzt werden kann. Die Fundamentalisierungsprozesse treiben die Ethnisierung und Kulturalisierung von Gesellschaften voran. Die Einbindung einer Gruppe, wie beispielsweise der Höchstqualifizierten, geht immer mit der Ausgrenzung von anderen Gruppen, beispielsweise den Muslimen, einher. Die politischen Bewegungen versuchen hierbei ständig eine neue Zugehörigkeit zu bekräftigen.²³²

Damit diese Entfremdung abgebaut werden kann, müsste eine multikulturelle Einwanderung möglich sein, allerdings unter den Gesichtspunkten der Bewahrung der zivilisatorischen Identität Europas und der Kontrolle der Einwanderung durch Steuerung. Es wäre jedoch falsch nur auf assimilatorische Aspekte der Integrationskataloge zu setzen, denn eine Konstatierung der Unwilligkeit und kultureller Andersartigkeit dürfte nur einen weiter ausgrenzenden Effekt haben.²³³

²³¹ Vgl. Tibi, Bassam: Wie können Migranten integriert werden? 169-183 In: Oberlechner, Manfred: Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa. Wien 2006, S. 169 f.

²³² Vgl. Wicker, Hans-Rudolf: Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität. Bern 1997, S. 39.

²³³ Vgl. Tibi, Bassam (2006): S. 171f.

Die Identität von Gruppen muss vielmehr als fortwährender Prozess der Verhandlung von Unterschieden verstanden werden. Es muss also zunächst auf der Makroebene ein Wertekonsens durch wechselseitige Verhandlungen entstehen, damit eine Gesellschaft der multiplen Identitäten auf der Mikroebene möglich ist.²³⁴ Die Umsetzung dieser Gratwanderung wurde politisch und rechtlich versucht, es ist aber fraglich, besonders unter der späteren Betrachtung der medialen Stereotypen und Fremdzuschreibungen, ob sie erreicht wurde. Der nun folgende Überblick über die politischen Maßnahmen und Gesetzesinitiativen mit dem Ziel des Abbaus von Fremdheit in der Gesellschaft und die parteipolitischen Programme werden das Problem der Vermittlung und der Zuschreibung weiter verdeutlichen.

6.1. Die rechtlichen Bestimmungen der IT-ArGV (Green Card)

Der Begriff „Green Card“ wurde vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der CeBiT 2000 in Hannover geprägt. Von den Medien wurde die Bezeichnung für die geplante rechtliche Änderung im Arbeits- beziehungsweise Zuwanderungsrecht, eingeführt. Der Begriff steht für das Recht auf Zuwanderung von Hochqualifizierten. Die Wirtschaft hatte bereits länger, aus Arbeitskräftemangel in dem Segment der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT), eine Änderung in diese Richtung gefordert. Offiziell lief die Gesetzesänderung unter der Bezeichnung IT-ArGV und beinhaltete zwei Verordnungen:

1. Die „Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (I-ArGV)“ (arbeitsgenehmigungsrechtliche Seite)
2. „Aufenthaltserlaubnisse für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-AV)“ (Recht auf Aufenthalt für die Hochqualifizierten)²³⁵

Die Öffentlichkeit wurde von diesem Vorstoß der Regierungskoalition auf der CeBiT sehr überrascht und die Medien sprachen von einer spontanen Idee Gerhard Schröders. Tatsächlich war die „Green Card“ bereits lange geplant. Die gestalterische Aufgabe hatte zunächst das Arbeitsministeri-

²³⁴ Vgl. Tibi, Bassam (2006): S. 175.

²³⁵ Vgl. Kolb, Holger: Einwanderung zwischen wohlverstandener Eigeninteresse und symbolischer Politik. Das Beispiel der deutschen „Green Card“. Münster 2004, S. 22.

um inne, sie wurde aber später an den Staatsminister des Kanzleramtes weitergegeben, da die erste Vorlagen des Arbeitsministeriums zu restriktiv erschienen. Die ersten Überlegungen sahen unter anderem eine Höchstgrenze für den Aufenthalt der Zuwanderer in Deutschland von drei Jahren sowie keine Möglichkeit des Arbeitsplatzwechsels oder der Selbstständigkeit vor. Daraufhin wurden in der Gestaltung des Gesetzes das Bündnis für Arbeit und das Bundeskanzleramt aktiv.²³⁶

Häufig wurde in den Medien zu diesem Zeitpunkt von einem Paradigmenwechsel in der deutschen Einwanderungsgeschichte gesprochen. Dies stimmt aber nur bedingt, denn die Green Card steht in mittelbarer Tradition der wirtschaftlichen Einwanderung nach Deutschland. Ziel der Green Card bildete die Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte und nicht die von ungelerten Kräften. Mit der Green Card ging jedoch insofern ein Paradigmenwechsel der deutschen Politik einher, als dass sie die Notwendigkeit der Zuwanderung erstmals seit 1973 offen eingestand.²³⁷

Der kollektive Erinnerungsraum der politischen Gruppe scheint demnach intakt zu sein, da die heutigen Entscheidungsträger auf eine bereits getestete Lösung zurückgreifen. Die Grundausrichtung des neuen Gesetzes anerkannte nach § 1 ein reversibles, kurzfristiges, auf eine Branche begrenztes Problem eines Fachkräftemangels und strebte einen kurz- bis mittelfristigen Import von Arbeitskräften an.

Mit der Green-Card-Verordnung wurde also die vorübergehende Ausstellung von Arbeitserlaubnissen und Aufenthaltsgenehmigungen an hochqualifizierte Zuwanderer und ausländische Absolventen des IT-Bereichs geregelt. Bis zum Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes mussten alle ausländischen Studenten ein halbes Jahr nach ihrem Abschluss, selbst wenn sie über ein Stellenangebot verfügten, Deutschland verlassen und durften vor Jahresfrist nicht wieder einreisen. Diese Verordnung des ehemaligen Ausländergesetzes aus dem Jahr 1990 wurde zumindest für die Absolventengruppe des IT-Bereichs aufgehoben.

Ferner müssen die Migranten entweder studierte IT-Kräfte sein, oder bei einem Quereinstieg mindestens 51.000€ im Jahr verdienen (§2). Diese Klausel wurde in der Praxis kaum angenommen und

²³⁶ Vgl. Kolb, Holger (2004): S. 20.

²³⁷ Vgl. Kolb, Holger (2004): S. 35.

umgesetzt, da viele Firmen nicht bereit waren, die hohen Löhne zu bezahlen und ihre Spezialisten billiger anwerben konnten.²³⁸

Wer nach seinem Studium bleiben will und den Abschluss auf dem IT-Gebiet innehat, darf nach Überprüfung des § 3, über das Zustandekommen des Arbeitsvertrages, in Deutschland bleiben (§4). Die Erteilung des Aufenthaltsrechtes ergeht direkt durch die Agentur für Arbeit. Allerdings haben die Ämter hierfür einen rechtlichen Ermessensspielraum. Die direkte Genehmigung durch die Arbeitsagenturen im Aufnahmeland hatte zum Ziel, das Verfahren zu beschleunigen und zu erleichtern. Früher musste zunächst für die Inanspruchnahme einer Ausnahmeregelung unter dem bestehenden Anwerbestopp bei der jeweiligen Botschaft im Herkunftsland ein Antrag auf ein Visum gestellt werden. Die Bearbeitung nahm mehrere Wochen in Anspruch. Nach § 7 IT-ArGV war nun eine Bearbeitungszeit durch die Ämter von einer Woche erwünscht.

Zudem legt die Verordnung die Höchstzahl von zunächst 10.000 Arbeitserlaubnissen fest. Die Wirtschaft sprach bereits damals von 50.000 bis 75.000 offenen Stellen und so einigten sich die Politiker auf 20.000 Genehmigungen im Zeitraum von drei Jahren (§5).²³⁹

Bei einer abschließenden Verlängerung des Gesetzes durch die Bundesregierung im März 2003 war von keiner Quotierung mehr die Rede. Seit 2004 ist die „Green Card“ als Möglichkeit der Zuwanderung in das geltende Zuwanderungsgesetz übernommen worden.

Die Green Card selbst wird der allgemeinen Meinung nach nicht als Erfolg gewertet. Es wurden bis zur ersten Verlängerung der Regelung im März 2003 insgesamt 14.876 Arbeitserlaubnisse erteilt. Sie blieb damit deutlich hinter den zunächst ins Auge gefassten 20.000 Genehmigungen. Die geringe Akzeptanz der Green Card hat mehrere Gründe. Zum einen wurde sie von kleinen und mittelständischen Unternehmen durchaus genutzt, da sie auf diese Weise eine Möglichkeit zur Wettbewerbsfähigkeit hatten. Von der Grundausrichtung sollte die Verordnung eigentlich eine Chance für die Großunternehmen bieten. Die größten 20 IT-Unternehmen, die immerhin fast 80 Prozent des Umsatzes der Branche tätigen, nutzten die neu geschaffene Handhabe nur geringfügig. Globale Großunternehmen, wie IBM und SAP, verfügen bereits über die Möglichkeit des

²³⁸ Vgl. Kolb, Holger (2004): S. 23.

²³⁹ Vgl. Kolb, Holger (2004): S. 24 f.

Personaltransfers, da sie sich einen firmeninternen Arbeitsmarkt aufgebaut haben. Sie brauchten die Green Card demnach kaum zu beanspruchen. Somit lässt sich die zahlenmäßige Differenz zwischen dem angeblichen Arbeitskräftebedarf und den tatsächlich ausgestellten Green Cards zumindest teilweise erklären. Zum anderen befindet sich die Branche seit dem Jahrtausendwechsel in einem konjunkturellen Tief, da die erwarteten Gewinne nicht eintrafen. Dies führte zu einem geringeren Arbeitskräftebedarf als noch Ende der 1990er Jahre prognostiziert.²⁴⁰

Interessanterweise steht die geringe Akzeptanz der Green Card in keinem Verhältnis zur medialen Diskussion und der verbreiteten Botschaft einer Überflutung Deutschlands durch indische Computerspezialisten. Wie noch in zu zeigen sein wird, hat prinzipiell nur die CDU/CSU (Union) versucht, mit dem Slogan „Kinder statt Inder“ Stimmen für die Landtagswahl in NRW zu gewinnen. Die Verbreitung von Angst durch die Ankündigung einer Zuwanderungsschwemme hatte bereits mehrfach bei der Wählerschaft gepunktet und sollte nun Jürgen Rüttgers zum Ministerpräsidenten machen. Zum Bedauern der CDU zündete die Kampagne nicht, stellte jedoch abermals die Beziehung der Mehrheitsgesellschaft zu den Minderheiten in Frage.²⁴¹

Die Mediendiskurse über diese Debatte dürften nicht ohne Wirkung geblieben sein, da die Zuwanderer, vor allem die bereits im Land lebenden Migranten, in erwünscht und unerwünscht eingeteilt wurden. Sie sind nach dieser Definition entweder auf die soziale Fürsorge des Staates angewiesen oder nützlich für die weitere Entwicklung der deutschen Gesellschaft.²⁴²

Abzuwarten bleibt ebenfalls, wie mit der Neugestaltung der Zuwanderung umgegangen wird. Ende des Jahres 2014 wirkt es, als ob die gleiche Politik wie zur Zeit der Gastarbeiteranwerbung betrieben wird. Der Familiennachzug und die sofortige Einreise werden weder von Programmen noch von einer politischen Aufmerksamkeit begleitet. Ob sich die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft integrieren werden, bleibt fraglich. Sie bringen zwar eine größere Bildungs- und Kapitalressource als die früheren Gastarbeiter mit, sind in Deutschland aber dennoch Fremde. Dem Gesetz nach sollen sie, wie in den 1950er und 1960er Jahren, nach einigen Jahren weiterziehen oder in ihr Land zurückkehren. Dass diese Rotationsprinzipien nicht greifen, wird den politischen Entscheidungsträgern mittlerweile bewusst geworden sein.

Seit dem Jahr 2005 gab es eine neue Debatte über die geregelte Zuwanderung und Integration von Höchstqualifizierten nach Deutschland. Die sogenannte Blue Card wurde im ZuwG verankert.

²⁴⁰ Vgl. Kolb, Holger (2004): S. 50.

²⁴¹ Vgl. Kolb, Holger: Einwanderung und Einwanderungspolitik am Beispiel der deutschen „Green Card“. Osnabrück 2002, S. 115.

²⁴² Vgl. Kolb, Holger (2002): S. 127.

Es gibt eine besondere Erweiterung des Paragraphen 19, der die Regelung der neuen sogenannten Blue Card nach der Richtlinie 2009/50/EG beinhaltet. Die Erweiterung § 19 a sieht die Bedingungen für die Erteilung „für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung zum Zwecke einer seiner Qualifikation angemessenen Beschäftigung“ vor.

Wichtig sind hierfür der anerkannte Hochschulabschluss und/oder eine fünfjährige Berufserfahrung als Qualifikationsnachweis in dem angestrebten Berufszweig.

Des Weiteren kann die Bundesagentur für Arbeit nach dem Paragraphen 39 ihre Zustimmung geben, oder es besteht sogar bereits ein bilaterales Abkommen zwischen Entsende- und Einreiseland, die eine Zustimmung hinfällig macht.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann durch die Rechtsverordnung die Höhe des Gehaltes, die für eine Arbeitsmigration geeigneten Berufe und die nicht gewünschten Berufe festlegen. Das Ministerium hat demnach eine Selektionsfunktion inne.

Befristet wird die Blue Card der EU zunächst auf vier Jahre, wenn der Arbeitsvertrag über diese Zeit gilt. Ansonsten gilt sie drei Monate länger als das befristete Arbeitsverhältnis. Ein Arbeitsplatzwechsel muss in den ersten zwei Jahren durch die Ausländerbehörde genehmigt werden. Da dem Arbeitnehmer nach 33 Monaten eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen ist, gelten viele Bestimmungen, die einem Hochqualifizierten die Einreise versagen. Beispielsweise wird diese Karte nichtig, wenn bereits Abkommen der Freizügigkeit vorherrschen oder aber wenn ein Vertrag über Saisonarbeiter besteht.²⁴³

Die Blue Card der EU ist in einem gewissen Sinne eine Weiterentwicklung der in Deutschland eingeführten Green Card (s. o.), da sie die europaweite Zuwanderung von Hochqualifizierten regeln sollte. Allerdings liegt die Souveränität bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Deren Ministerien dürfen bestimmen, welche Qualifikation und welcher Hochschulabschluss unter welchen Voraussetzungen anerkannt werden kann. Es gelten Richtlinien der EU, nach der die einzelnen Länder in diesem Bereich handeln müssen. Die Bestimmungen sehen aber noch viel Gestaltungsspielraum der Nationalstaaten vor. Die Attraktivität für die Blue Card, die am 25. Mai 2009 durch den Rat der EU beschlossen wurde, stieß auch in den untersuchten Zeitungen auf ein gemischtes mediales Echo (s. u.).

²⁴³ <http://lexetius.com/AufenthG/19a> (Abgerufen am 8.6.2013 12:37).

6.2. Die rechtlichen Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes (ZuwGs)

Das erste Gesetz „zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ (Zuwanderungsgesetz) Deutschlands wurde am 30.07.2004 verabschiedet und trat am 01.01.2005 in Kraft. Allerdings findet sich im Zuwanderungsgesetz keine eindeutige Regierungsdefinition des Begriffs Integration. Die Debatte um die Ausgestaltung dieses Gesetzes dauert bis heute an. Sowohl in der politischen als auch in der gesellschaftlichen Diskussion verliert das Thema Zuwanderung selten an Aktualität. Der Integrationsgipfel im Frühjahr 2007 bildete den bisherigen Höhepunkt der Debatte, da an dieser Stelle über die Verschärfung des ZuwGs debattiert wurde und die türkischen Verbände Deutschlands ihre Teilnahme verweigerten. Sie fühlten sich aufgrund der Tatsache diskriminiert, dass im neuesten Entwurf des Zuwanderungsgesetzes nur die türkischen Zuwanderer in Zukunft bei ihrer Einreise einen Sprachtest bestehen sollen.

Die Genese des Gesetzes erstreckte sich über vier Jahre. Seit den bereits erwähnten Empfehlungen der Süssmuth-Kommission im Jahr 2001 gehört es zur politischen Agenda. Der erste Gesetzesentwurf aus dem Jahr 2001 wurde nicht in bestehendes Recht übernommen, da noch viele Kontroversen darüber herrschten. Strittig war, ob das Gesetz nicht zu viele Lücken für eine massenhafte Einwanderung lassen würde und das Nachzugsalter von Kindern mit 16 Jahren nicht zu hoch für einen Integrationserfolg angesetzt wurde.²⁴⁴ Des Weiteren gab es Ungereimtheiten im Abstimmungsverfahren im Bundesland Brandenburg, so dass der Entwurf schließlich, nach nochmaliger Einbringung durch den Vermittlungsausschuss Mitte 2003, endgültig verworfen wurde. Eine Arbeitskommission, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, beriet im kleinen Kreis über den neuen Gesetzesentwurf bis Juni 2004. Am 30.07.2004 hatte das Gesetz schließlich alle Ebenen der politischen Entscheidung mit zum Teil hitzigen Auseinandersetzungen durchlaufen, blieb aber weit hinter den Erwartungen der damaligen Kommission zurück.²⁴⁵

Der Bereich des unter Rita Süssmuth empfohlenen Punktesystems entfiel komplett. Dieses hatte vorgesehen, dass jeder Zuwanderer nach kanadischem Prinzip Punkte für eine Einwanderungser-

²⁴⁴ Vgl. Süssmuth, Rita (2006): Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft, S. 94.

²⁴⁵ Vgl. Hirsch, Burkhard: Das Zuwanderungsgesetz und die Bürgerrechte. Bemerkungen zu einem untauglichen Versuch am tauglichen Objekt S. 45-57. In: Krüger-Potratz, Marianne: Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik. Göttingen 2006, S. 48.

laubnis im Bereich Sprache, Beruf und Bildung hätte sammeln können. Der Anwerbestopp von 1973 wurde gesetzlich nicht neu geregelt und blieb bestehen. Zuwanderung nach Deutschland ist laut Gesetz zwar nötig, es wird aber nur die erwünschte Einwanderung von Hochqualifizierten und neuerdings Selbstständigen zugelassen (§ 21 AufenthG). Die Möglichkeit der Zuwanderung durch Firmengründung ist allerdings nur für wenige Menschen erreichbar. Der einwanderungswillige Selbstständige muss eine Million Euro in Deutschland investieren und zehn Arbeitsplätze schaffen. Bei geringerer Investition kommt es hingegen zu einer langwierigen Überprüfung der positiven Effekte der angestrebten Tätigkeit für die Wirtschaft und der Sicherstellung der Finanzierung durch Kredite und Kapital.²⁴⁶

Die wichtigste Neuregelung im ZuwG ist das in Artikel 1 festgehaltene Gesetz über den „Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG)“. In diesem Artikel sind die strikten Forderungen der Regierung über den Aufenthalt und die Abschiebung von Zuwanderern enthalten. Die verankerten Paragraphen in Art. 1 sind Folgen der veränderten Sicherheitslage in Deutschland nach den genannten Terroranschlägen. Sie bezeugen ein politisches Klima, dass weniger auf Zuwanderung und Integration, sondern auf Abwehr und Begrenzung derselben ausgelegt ist. Gerade Paragraphen wie die Möglichkeit auf Abschiebung bei Terrorverdacht, könnten ein Gefühl der Statusunsicherheit bei den Zuwanderern auslösen (§ 5 AufenthG). Vor allem in der öffentlichen Diskussion wurde über die Themen Abschiebung auf Verdacht und Überwachung verdächtiger Ausländer lange gesprochen.²⁴⁷

Die Frage nach der Online-Durchsuchung von Terrorverdächtigen und Speicherung der biometrischen Daten von Zuwanderern wird immer wieder hitzig diskutiert. Das unübersichtliche Aufenthaltsrecht von 1990, mit seinen 27 Ausnahmeregelungen für Zuwanderung, wurde bis auf zwei Aufenthaltstitel zusammengekürzt. Es existieren nur noch das (befristete) Aufenthaltsrecht und die (unbefristete) Niederlassungserlaubnis (Kap. 2 § 7 AufenthG). Die letztere können die Green-Card-Inhaber sofort erhalten und somit ihre Familie nachholen. Die Begrenzung der Titel bedeutet aber nicht die Gleichheit vor dem Gesetz. Jeder Gruppe, seien es die ehemaligen Gastarbeiter, Flüchtlin-

²⁴⁶ Vgl. Frings, Dorothee: Arbeitsmarktreformen und Zuwanderungsrecht – Auswirkungen für Migrantinnen und Migranten. Flörsheim 2005, S. 17.

²⁴⁷ Vgl. Hirsch, Burkhardt (2006): S. 50 f.

ge oder Aussiedler, wird eine Zweckbestimmung zugeschrieben, die ihnen bestimmte Rechte zu- oder abspricht (§ 7 AufenthG).²⁴⁸

Weiter legt das Aufenthaltsgesetz eine grundlegende Änderung des Arbeitserlaubnisrechtes fest. Der Aufenthaltstitel, also die Niederlassungs- oder Aufenthaltsberechtigung und die Erwerbserlaubnis werden zu einer Genehmigung zusammengefasst, die durch die Ausländerbehörde erteilt werden soll. Ziel ist es, das Verfahren für die Zugewanderten zu vereinfachen, da diesen nur noch ein Antrag von ausgestellt werden muss. In der Praxis hat die Regelung eher zu einer Verlängerung des Verfahrens geführt. Es müssen von den Behörden nun zwei Angelegenheiten gleichzeitig geprüft werden und die Transparenz des gesamten Verfahrens hat sich für den Antragsteller verschlechtert.²⁴⁹

Das ZuwG stellte die Weichen für einige wesentliche Änderungen bei den Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Integrationsprogrammen der Bundesregierung, die durchaus als Signal der Aufmerksamkeit gewertet werden können. Neben der Weiterführung der Green Card und dem Recht auf Zuzug für Selbstständige, bei positiven wirtschaftlichen Voraussetzungen, ist es nun Studenten erlaubt, nach ihrem Abschluss für ein Jahr in Deutschland zu bleiben, um sich eine Arbeitsstelle in ihrem Fachgebiet zu suchen. Die Verordnungen wurden nach dem Freizügigkeitsgesetz der EU in bestehendes Recht überführt. Durch das Zuwanderungsrecht änderten sich auch die Zuständigkeiten und Verfahrensvorschriften in einigen Behörden und Gerichten.

Positiv am ZuwG aus dem Jahr 2004 ist weiter die Aufnahme des Flüchtlingsbegriffs der Genfer Konvention. Es werden nun auch die Flüchtlinge anerkannt, die aufgrund ihres Geschlechts oder durch eine nichtstaatliche Gruppe verfolgt werden. Diese Flüchtlinge bekommen allerdings nicht mehr die Möglichkeit des längeren Aufenthaltes zugesprochen.²⁵⁰ Mit der Änderung des Bundesvertriebenengesetzes müssen nun die nachgezogenen Familienangehörigen von Aussiedlern Sprachkenntnisse nachweisen. Dies senkt die Zuwanderungszahlen weiter, da sich viele Aussiedler in der ehemaligen Sowjetunion keinen Deutschkurs leisten können.

²⁴⁸ Vgl. Frings, Dorothee (2005): S. 18.

²⁴⁹ Vgl. Frings, Dorothee (2005): S. 18.

²⁵⁰ Vgl. Hirsch, Burkhard (2006): S. 49.

Die Modifikationen des Staatsangehörigkeitsrechts im ZuwG betreffen vor allem die Absolventen der ebenfalls neu verankerten Integrationskurse. Sobald ein Zuwanderer den 600-stündigen Kurs (300 Stunden Basisdeutsch + 300 Stunden Aufbaukurs), der darüber hinaus noch 30 Stunden Orientierungskurs über Rechte, Kultur und Geschichte Deutschlands umfasst, absolviert hat, ist für ihn eine Einbürgerung bereits nach sieben Jahren, statt vorher acht Jahren, möglich (§ 43 Abs. 3 AufenthG). Die bundesweiten Kurse werden nicht mehr von der Arbeitsagentur, sondern vom neugeschaffenen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge organisiert und finanziert. Eine Absolvierung soll für die Zuwanderer zur Pflicht und bei Nicht-Teilnahme mit Sanktionen belegt werden. Geplant sind der Entzug von Sozialleistungen beziehungsweise deren Kürzung und eine direkte Auswirkung auf den Aufenthaltsstatus des Zugewanderten. De facto werden nicht für alle Zuwanderer genügend Plätze angeboten, damit die Idee der Integration durch Sprache Erfolg zeigen kann.²⁵¹ Das ZuwG vom Sommer 2004 ist ähnlich strukturiert wie die neuen Gesetze der anderen beiden beschriebenen Staaten Europas. Viele Regelungen wurden aus der EU-Rechtsakte übernommen.

Der Staat fordert die Sprache als wichtigstes Gut ein, damit die erdachten Integrationsmodelle greifen können. Diese Kurse möchte der Staat fördern und setzt zum ersten Mal ein langfristiges gesellschaftliches Integrationsmodell von Zuwanderern fest. Viele politische Angebote werden gemacht, sogar der Erhalt der Staatsbürgerschaft, aber nur gegen Integrationsleistungen der Zuwanderer.²⁵²

Anhand einer Zusammenstellung der wesentlichen Regelungen des ZuwG kann nachvollzogen werden, welche Punkte vor allem der Bundesregierung bei der Ausstellung des Zuwanderungsgesetzes am Wichtigsten waren. Bereits im Vorwort wird die Bedeutung der schriftlichen Konstatierung eines ZuwGs ersichtlich:

„Mit dem Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2005 wird grundsätzlich anerkannt, dass Deutschland tatsächlich schon seit langem ein Einwanderungsland ist. Die Integration der Zuwanderer wird durch konkrete in dem Gesetz vorgesehene Maßnahmen gefördert.“²⁵³

Diese Feststellung war bis zum Jahr 2005 nicht schriftlich fixiert worden. Die nächsten Sätze des Vorwortes geben allerdings Aufschluss inwieweit diese Grundfestlegung bereits mit Forderungen verknüpft werden sollte. „Zuwanderung soll unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrati-

²⁵¹ Vgl. Klus, Sebastian (2005): S. 62.

²⁵² Vgl. Frings, Dorothee (2005): S. 19.

²⁵³ Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): Das Zuwanderungsgesetz Eine Zusammenstellung der wesentlichen Regelungen für Ausländer/innen von Staaten außerhalb der EU, Unionsbürger/innen und gleichgestellte Staatsangehörige des EWR, S. 3.

onsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen [...] gestaltet werden.²⁵⁴

Die Paragraphen müssen zumindest für die Menschen mit Migrationshintergrund sehr schwer verständlich sein, da es sich um einen Gesetzestext handelt. Offiziell trägt das Gesetz den Titel „*Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (ZuwG)*“ [Hervorhebung im Original].²⁵⁵ Von zentraler Wichtigkeit ist der Art.1 des ZuwG, der die Aufenthaltstitel neu regelte und das Ausländergesetz aus dem Jahr 1991 ersetzte. Eine Reform wurde im Jahr 2007 erreicht, da hier elf EU-Richtlinien in das ZuwG einfließen.

Demnach ist es von zentraler Bedeutung, die Änderungen im Rahmen des Gesetzes über „den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG)“²⁵⁶ näher zu betrachten.

Ohne Aufenthaltstitel (§ 4 AufenthG) darf sich kein Mensch im Bundesgebiet aufhalten. Dieser ist über ein Visum, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungserlaubnis und/oder durch eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG in Deutschland zu bekommen. Hierfür wurden Voraussetzungen formuliert. Beispielsweise muss bei Einreise ein Visum vorhanden, die Identität geklärt, ein gültiger Pass vorliegen und keine Terrorabsicht erkennbar sein. Allerdings müssen für das Erhalten dieser Titel noch Voraussetzungen erfüllt werden, damit die Aufenthaltserlaubnis (§ 7 und 8 AufenthG) erreicht werden kann. Eine Erlaubnis kann zum Zweck eines Studiums oder einer Ausbildung erteilt werden. Gerade im Jahr 2014 wird diese Form der Förderung des Zuzuges von der Bundesregierung wieder vermehrt geprüft, da in Deutschland viele Lehrstellen nicht mit einheimischen Auszubildenden besetzt werden konnten und in anderen EU-Ländern eine erhöhte Jugendarbeitslosigkeit vorherrscht.

Weitere Zwecke können die Erwerbstätigkeit liefern, ein Asylantrag aus beispielsweise humanitären und politischen Gründen, Familiennachzug oder das Recht auf Wiederkehr (§ 7 und 8 AufenthG). Die Gesetzeslage sieht vor, dass diese Erlaubnisse befristet sind und die Voraussetzungen für den Erhalt stetig geprüft werden. Allerdings müssen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung nicht getrennt beantragt werden.²⁵⁷

²⁵⁴ Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 3.

²⁵⁵ Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 5.

²⁵⁶ Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 8.

²⁵⁷ Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 9.

Anders verhält es sich mit der sogenannten Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG), die unbefristet ausgestellt wird und zur selbstständigen wie unselbstständigen Arbeitsaufnahme berechtigt. Diese Erlaubnis ermöglicht dem Zugewanderten eine Existenzsicherung und den Aufbau von lebensweltlichen Strukturen, da sie einmal erteilt, nicht zeitnah wieder entzogen werden kann. Wichtig sind die Voraussetzungen. So ist der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis über fünf Jahre elementar, genauso wie ein ausreichender Wohnraum und die Strafauffälligkeit des Antragsstellers. Gerade im neuen Gesetz wurden die ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache und der Rechts- und Gesellschaftsordnung verankert. Die Niederlassungserlaubnis setzt das Sprachniveau A2 und diese Grundkenntnisse auch der Lebensverhältnisse voraus die in Integrationskursen erworben werden können. Weiter gibt es noch die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 9a AufenthG), die im Prinzip als unbefristeter Aufenthaltstitel der Niederlassungserlaubnis gleich gestellt ist.²⁵⁸

Generell haben im Zuge der Freizügigkeitsvereinbarung (Schengen II) der EU alle EU-Bürger die Möglichkeit in Deutschland zu arbeiten und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Das sind in Deutschland zu aller erst Hochqualifizierte, Selbstständige mit einem Investitionsvolumen von 500.000 Euro und Forscher, „wenn es sich um eine vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannte Forschungseinrichtung“ handelt.²⁵⁹

Eine Neuerung in den Paragraphen zur Regelung des Familiennachzuges (§§ 27-36 AufenthG) führte zu einer kontrovers geführten medialen Debatte (s. u.). Sowohl die politische, als auch die Seite der Migrantenorganisationen arbeiteten mit Ressentiments und Vorurteilen, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Migranteninitiativen verweigerten daraufhin teilweise die Teilnahme am Integrationsgipfel. Die Bundesregierung wollte mit der Heraufsetzung des Nachzugsalters von 16 auf die Vollendung des 18. Lebensjahres die Gefahr der Schein- und der Zwangsehe sowie der Adoption verhindern. Für den möglichen Nachzug muss der hier lebende Antragsteller beispielsweise entweder dauerhaft in Deutschland leben dürfen, oder anerkannter Asylberechtigter sein, oder aber bereits seit zwei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzen (§ 30 AufenthG).²⁶⁰

Insgesamt vermitteln die verschiedenen Aufenthaltstitel einen sehr komplizierten Eindruck und die Transparenz des Gesetzes ist fragwürdig. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, werden Schwierigkeiten haben, die Paragraphen zu verstehen. Es wird zumindest eine hohe Transferleistung voraus gesetzt. Die zuständigen Behörden müssen somit für Transparenz und Erklärungen sorgen, um den Adressaten diese Texte verständlich zu machen.

²⁵⁸ Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 10.

²⁵⁹ Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 11.

²⁶⁰ Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 12.

Der Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung (§ 16, 17 AufenthG), beispielsweise zur Aufnahme eines Studiums oder zum Spracherwerb, ist ähnlich strikt geregelt. Der Aufenthaltstitel gilt für jeweils ein Jahr, wenn im Vorfeld ein Studienplatz nachgewiesen worden ist. Für Sprachkurse gelten ebenfalls Richtlinien. Es müssen mindestens 20 Wochenstunden Unterricht nachgewiesen werden, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.²⁶¹

Die Förderung der Integration wurde im § 43-45 des AufenthG des ZuwG verankert. Demnach besteht ein Integrationskurs aus einem Basis- und einem Aufbausprachkurs und einem Orientierungskurs für den Erwerb von Grundwissen in den Bereichen Rechtsordnung, Kultur und der Geschichte Deutschlands. Die erfolgreiche Durchführung eines Integrationskurses kann zu der früheren Einbürgerung nach bereits sieben Jahren, anstatt den üblichen acht Jahren führen. Es wurde ebenfalls festgehalten, dass diese Kurse für die Teilnehmer nicht kostenfrei sind und somit von den Einwandernden ein Unkostenbeitrag geleistet werden muss. Allerdings wurden die Zuwanderer verpflichtet diesen Kurs zu besuchen, wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis (§ 18, 21, 28, 29, 30, 32, 36, 25 Abs. 1 und 2 AufenthG und 38a AufenthG) erhalten wollen. Dementsprechend wird in vielen Fällen eine Aufenthaltserlaubnis nur ausgesprochen, wenn der Integrationskurs erfolgreich absolviert und der Unkostenbeitrag geleistet wird. Eine Befreiung vom Kurs kann unter anderem nur erwirkt werden, wenn bereits eine Ausbildung begonnen wurde, die Sprache bereits beherrscht oder an vergleichbaren Bildungsangeboten teilgenommen wird.²⁶²

Insgesamt gibt es viele rechtliche und ordnungsrechtliche Vorschriften über Verbote und Ausweisungsgründe für Ausländer. So beispielsweise zur politischen Betätigung (§§ 46-49 AufenthG) und verschiedenen Paragraphen zur Beendigung des Aufenthalts (§§ 50-67 AufenthG).

Weiter sind in Paragraph 75 und in den Paragraphen 92-95 des Aufenthaltsgesetzes die Zuständigkeiten geregelt. So ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Fragen der Anerkennung sowie der Entwicklung und Durchführung von Integrationskursen zuständig, während die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration von der Bundesregierung bestellt und seit 2005 im Kanzleramt angesiedelt wird. Aktuell ist dies Prof. Maria Böhmer. Die Aufgaben sind vielfältig. Es fallen die praktischen Integrationsaufgaben in das Ressort der Beauftragten, wie das Zusammenleben in Deutschland generell, als auch die Antidiskriminierung, die Wahrung der Freizügigkeit, die gesetzlichen Einbürgerungsmöglichkeiten und die Zuwanderung in das Bundesgebiet.²⁶³

²⁶¹ Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 14 f.

²⁶² Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 17 f.

²⁶³ Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 23.

Für die Freizügigkeit von Unionsbürgern wurde das gleichnamige Gesetz verfasst, welches die Einreise und den Aufenthalt von EU-Bürgern aber auch von Staatsangehörigen aus den Staaten der Europäischen Wirtschaftsregion (EWR) wie Norwegen, Island und Liechtenstein und deren Familienangehörigen regelt. Diese Bürger Europas müssen keine Visa vorlegen und keine Aufenthaltstitel erwerben, um in Deutschland arbeiten und leben zu können. Nach fünf Jahren des ständigen und rechtmäßigen Aufenthalts erwerben die EU-Bürger automatisch ein Daueraufenthaltsrecht in dem jeweiligen Land. Wichtig ist, dass sie sich über einen Pass legitimieren können.²⁶⁴

Zudem werden die Möglichkeiten, das Aufnahmeland Deutschland zu erreichen, weiter begrenzt. Für die politisch und wirtschaftlich unerwünschten Zuwanderer besteht oft nur die Chance der illegalen Einwanderung. Die Migranten, die bereits im Land leben und sich wirtschaftlich durch die Green-Card-Verordnung an den Rand gedrängt fühlen, sehen sich durch das Zuwanderungsrecht weiteren Aufgaben, Forderungen und freiheitlichen Beschränkungen gegenüber. Es werden Erleichterungen ausgesprochen, doch der restriktive Charakter des Gesetzes scheint zu überwiegen. Diese Bestimmungen verändern das Klima und somit die Ebene auf der zwischen den Gruppen kommuniziert wird. Die Interkulturalität als Plattform der Diskussion wird eingefärbt von Ängsten und Sicherheitsanforderungen. Die „Fremden“ werden als Partner der Kommunikation nur partiell akzeptiert. Die neuen Regelungen und vor allem deren Diskussion in den Medien können zu weiterer Fremdheit führen. Als ergänzendes Forum der Kommunikation und Teilhabe kann ab 2007 der Nationale Integrationsplan mit dem dazugehörigen Integrationsgipfel gesehen werden. In ihm wurde u.a. der Einbürgerungstest als feste Instanz festgeschrieben.

6.3. Der Nationale Integrationsplan (NI)

Der von der Bundesregierung verabschiedete Nationale Integrationsplan mit dem Titel „Neue Wege – Neue Chancen“ ist ein Resultat der im Kanzleramt stattfindenden Integrationsgipfel und der Arbeiten der Ministerin für Integration Maria Böhmer. Dieser Plan fasste im Jahr 2007 alle bis dato kreierte Integrationsmaßnahmen zusammen und diente als erste Verschriftlichung dieser Art zum Überblick. Dieser Integrationsplan sorgte für viele kritische Äußerungen aus dem Bereich der beteiligten Migrant*innenorganisationen (s. u. medialer Überblick über das Jahr 2007). An dieser Stelle wird

²⁶⁴ Vgl. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): S. 24 f.

eine kurze Zusammenfassung der Kapitel des NI erfolgen und auf einige für diese Dissertation relevante Punkte eingegangen werden. Zunächst wird eine Auflistung der Kapitel einen kurzen Überblick über die Themenschwerpunkte der einberufenen Arbeitsgruppen liefern. Die Länder und der Bund erklärten in den ersten Kapiteln ihren Beitrag zum NI. Die insgesamt zehn Arbeitsgruppenergebnisse erfolgten in Kapitel vier. Auf einige wird im Folgenden näher eingegangen werden:

- Themenfeld 1: „Integrationskurse verbessern“
- Themenfeld 2: „Von Anfang an deutsche Sprache fördern“
- Themenfeld 3: „Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“
- Themenfeld 4: „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen“
- Themenfeld 5: „Integration vor Ort unterstützen“
- Themenfeld 6: „Kultur und Integration“
- Themenfeld 7: „Integration durch Sport – Potenziale nutzen, Angebote ausbauen, Vernetzung erweitern“
- Themenfeld 8: „Medien – Vielfalt nutzen“
- Themenfeld 9: „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe stärken“
- Themenfeld 10: „Wissenschaft – weltoffen“²⁶⁵

Um den Anspruch erfüllen zu können, die Qualität der Integrationskurse zu verbessern, wollte die Bundesregierung die bestehenden Kurse evaluieren und ein Konzept für die bundesweiten Integrationskurse aufstellen. Als Zielsetzung wurde die Einführung verpflichtender Tests formuliert, die nur über die verbesserte Einordnung des Teilnehmers in ein Schema erreicht werden konnte. Das Schema richtet sich nach den Qualifikationen des potentiellen Teilnehmers:

„Der Einstufungstest soll auf Grund seiner Bedeutung für die Einordnung des Teilnehmers in das richtige Modul des Integrationskurses noch differenzierter gestaltet und durchgängig zur zutreffenden Einstufung aller Teilnehmer eingesetzt werden.[...] Bei der Einstufung soll eine Empfehlung abgegeben werden, ob eine Teilnahme an einem Jugendintegrationskurs oder an einem Frauenkurs erfolgen soll.“²⁶⁶

²⁶⁵ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan: Neue Wege – Neue Chancen.

²⁶⁶ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 39.

Die Forderungen an die Migranten wurden demnach verschärft. Eines der wichtigsten Instrumente des NI waren die sogenannten Selbstverpflichtungen, die für kritische Stellungnahmen sorgten (s. u.). Hierin wurden sowohl Verpflichtungen des Bundes, der Länder, als auch Anforderungen für die freien Träger und Initiativen festgehalten. Nach dem Integrationsprinzip des Förderns und Forderns setzte sich der Bund für die Finanzierung und die nachhaltige Bewertung der Kurse ein, verlangte aber von Trägern der Integrationskurse die inhaltliche Gestaltung der Kurse.²⁶⁷

Das zweite Themenfeld der frühzeitlichen Sprachförderung setzte bei den Kindern an, um vor allem später Schwierigkeiten bei der Integration in weiterführende Schulen und in den Arbeitsmarkt verhindern zu können. Die Arbeitsgruppe setzte dabei auf drei wichtige Handlungsfelder, die gefördert werden sollten. Die Förderung der deutschen Sprache durch die Eltern, die Sprachförderung bereits in Kindertagesstätten und die weiterführende sprachliche Förderung im Übergang zwischen Kindergarten und Schule.²⁶⁸ Die Selbstverpflichtungen sahen mehrere Programme der Bundesregierung vor, wie etwa das Aktionsprogramm ‚Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme‘.²⁶⁹ Auf der Agenda stand ebenfalls die weiterführende Qualifizierung der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten durch Mittel der Integrationskurse des Bundes. Der Bund setzte sich demnach für viele Parameter der Förderung und Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund ein und verfolgte einen strikten Plan, der aber gleichzeitig viele Forderungen an die Adressaten enthielt:

„Die Migrantorganisationen nutzen ihre Netzwerke vor Ort stärker und zielgerichteter zur Elterninformation über Sprachentwicklungsbedarfe und zur Stärkung der Elternkompetenz. [...] Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) führt u.a. in Zusammenarbeit mit der Föderation der Türkischen Elternvereine in Deutschland eine Bildungsoffensive für Eltern türkischer Herkunft durch. Ziel der Kampagne [...] ist die Motivierung, Qualifizierung und Aktivierung dieser Eltern, damit sie sich stärker für die Bildung ihrer Kinder einsetzen und sich in den Bildungseinrichtungen aktiv beteiligen.“²⁷⁰

Ähnlich sahen die Forderungen in den weiteren Themenfeldern aus. Die Idee der Bundesregierung zur Rahmenförderung der Maßnahmen bei gleichzeitiger Selbstverpflichtung der freien Träger und Migrantorganisationen setzte neue Maßstäbe im Umgang mit der Integration in Deutschland. Die Pflicht der inhaltlichen Umsetzung wurde als integrative Maßnahme in die Verpflichtung der Migrantorganisationen gegeben. Bildungsziele und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt lagen im

²⁶⁷ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 44.

²⁶⁸ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 48.

²⁶⁹ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 49.

²⁷⁰ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 51.

Fokus der Betrachtung. Aber auch die Lebenssituation in Deutschland und die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sollten verbessert werden. Einen Themenschwerpunkt bildete etwa die Integration durch Recht, bei dem es um den „Schutz vor Gewalt im persönlichen Umfeld“²⁷¹ ging und sich die Arbeitsgruppe besonders mit dem Thema Zwangsverheiratung beschäftigte. Der Themenschwerpunkt fünf richtete sich vor allem an die Kommunen, deren Integrationsaufgaben in der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen und der Bildung liegen sollten. Unter anderem verpflichtete sich der Bund selbst, einen Investitionspakt zu initiieren mit dem die Schulen und Kindertagesstätten in sogenannten 'städtischen Problemlagen' umgebaut werden sollten.²⁷² Die Migranten wurden im Gegenzug angeregt, sich vermehrt in Elternvertretungen zu engagieren und als Multiplikator für Bildungseinrichtungen zu fungieren.²⁷³

Das Themenfeld 6 zum Bereich Kultur und Integration sorgte in der medialen Nachbetrachtung für viel Kritik an der Vorgehensweise der Bundesregierung. Aber auch das Kanzleramt kritisierte die Stellungnahme von Migrantenorganisationen. Diese verweigerten die Unterschrift unter das erarbeitete Positionspapier, da sie sich durch die Selbstverpflichtungen diskriminiert sahen (s. u). Es standen in diesem Themenkomplex drei Schwerpunkte im Zentrum der Diskussion. Die kulturelle Bildung als Integrations-Auftrag der staatlichen Bildungseinrichtungen und die kulturelle Integration als übergreifende Querschnittsaufgabe der Politik standen im Diskurs. Des Weiteren sollten als dritte Säule die Kultureinrichtungen, wie Moscheen oder Stadtteilzentren, mit in die Pflicht genommen werden und ihren Beitrag zur Integration leisten.²⁷⁴ Während des Integrationsgipfels als Diskursforum des NI wurden im Jahr 2008 die Einbürgerungstests als verpflichtend festgeschrieben, die ebenfalls für viele mediale Forderungen zur Nachbesserung seitens der Migrantenorganisationen führten.

Ein nicht zu vernachlässigender Punkt für diese Dissertation ist das Themenfeld Medien und Integration. Der in dieser Dissertation unterstellte Zusammenhang zwischen Integration und Medienpräsenz wurde auch im NI diskutiert:

„Im Prozess der Integration spielen Medien – wenn auch nur mittelbar – eine bedeutende Rolle: Einerseits prägen sie im Rahmen unabhängiger und kritischer Berichterstattung und in ihren Unterhaltungsangeboten Bilder von den verschiedenen ethnischen und kulturellen Bevölkerungsgruppen wesentlich mit. Andererseits sind sie für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen Plattform für öffentliche Kommunikation.“²⁷⁵

²⁷¹ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 88.

²⁷² Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 117.

²⁷³ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 118.

²⁷⁴ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 127.

²⁷⁵ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 157.

Genau der Aspekt der Präsenz der sozialen und kulturellen Vielfalt in den Medien wurde hier als immanent für die gesellschaftliche Integration festgeschrieben. Die Abbildung der Vielfalt musste laut Aussage der Arbeitsgruppe zur Normalität werden und ein Schlüssel hierfür sollte das geeignete Personal sein. Dementsprechend wollte die Arbeitsgruppe die Medienkompetenz der Migranten fördern.²⁷⁶ Ohne konkrete Zahlen anzuführen, gingen die Beteiligten ebenfalls von einer zu geringen Aufmerksamkeit der Medien gegenüber den Migranten aus:

„Lebensalltag und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten kommen nur vereinzelt in Berichten, Beiträgen oder fiktionalen Formaten zum Ausdruck. Überproportional wird über Migrantinnen und Migranten in Problem-Zusammenhängen berichtet.“²⁷⁷

Gründe hierfür werden in der geringen Präsenz von Journalisten mit Migrationshintergrund gesehen und dem geringen Ausbildungs- und Kenntnisstand über Migrantenkulturen der Mitarbeiter in Redaktionen. Als Ziel wurde daher formuliert, die Themen Migration und Integration als Querschnittsthemen aufzugreifen und somit nachhaltig zu fördern. „Migration und Integration können nicht allein und in erster Linie in der Nische behandelt werden.“²⁷⁸ Der Arbeitsmarkt sollte dahingehend gefördert werden, dass mehr Migranten in Redaktionen diese relevanten Themen auf die Agenda setzen können und dementsprechend mehr Personal qualifiziert werden kann. Des Weiteren wollte man die Forschung im Bereich migrantische Mediennutzung ausweiten und die Medienkompetenz der Migranten aufbauend auf den Ergebnissen fördern. Von zentraler Bedeutung arbeitete die Gruppe das Themenfeld Partizipation in den Medien heraus. Nur Teilhabe an Entscheidungsprozessen innerhalb der Medienprozesse konnte demnach für eine nachhaltige Integration sorgen.²⁷⁹ Aus diesen Anforderungen modifizierten viele öffentliche Medienanstalten ihre Programme und setzten sich für eine kulturelle Öffnung ein. Die ARD und das ZDF förderten unter anderem mit einem Aus- und Fortbildungsprogramm die interkulturelle Kompetenz.²⁸⁰ Viele verschiedene Maßnahmen sollten demnach für eine weitere Öffnung sorgen, wie fremdsprachige und multilinguale Medienangebote. So wurde unter anderem die Hürriyet-Kampagne „Gegen häusliche Gewalt“ als gutes Vorbild hervorgehoben:

²⁷⁶ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 157.

²⁷⁷ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 158.

²⁷⁸ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 159.

²⁷⁹ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 160.

²⁸⁰ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 165.

„An elf Stunden pro Woche ist eine Hotline mit deutsch- und türkischsprachigen Expertinnen und Experten besetzt, bundesweit werden interaktive Aufklärungsseminare veranstaltet und Informationsmaterialien verteilt.“²⁸¹

Der Nationale Integrationsplan ist demnach sehr vielfältig und bedient viele Themenfelder, die von den Arbeitsgruppen detailliert bearbeitet wurden. Die Ideen für Maßnahmen und die meisten Selbstverpflichtungen sowohl des Bundes als auch der Migrantenorganisationen klingen vielversprechend. Allerdings vermisst der Leser neben den Absichtserklärungen, Zielvorstellungen und Bestandsanalysen konkrete Zahlen und Projektinitiativen. Der NI bleibt in allen Kategorien auf der Ebene der Analyse und der Ideenkumulation für mögliche Integrationsmaßnahmen in Deutschland. Auffällig ist, dass der Bund einen Rahmen vorgeben will, der unter den Selbstverpflichtungen mit Leben gefüllt werden soll. Vielfach sind hier die Migrantenorganisationen in der Pflicht. Allerdings wurden mit dem NI viele Themenfelder gesammelt diskutiert und formuliert, was bis dato ein Novum war und für den Fortschritt der Integrationsgipfel spricht. Die Kommunikationsebene der heterogenen Teilnehmer scheint zumindest auf der Ebene des NI zu funktionieren. Die Integrationsgipfel dienen hier als Plattform des Dialoges, auch um die Ergebnisse der jeweiligen Arbeitsgruppen nach außen zu spiegeln. Laut Habermas wäre an dieser Stelle eine Ebene der Kommunikation erreicht, auf der kommunikatives Handeln möglich wäre – Voraussetzung bleibt aber auch hier der im Idealfall herrschaftsfreie Zugang zum Diskurs aus der Lebenswelt der Adressaten. Aufgrund der Fülle der Absichtserklärungen und der Selbstverpflichtungen bleibt eine Forderungsebene von Seiten des politischen Zentrums erhalten.

Im Jahr 2008 gab es einen ersten Fortschrittsbericht des NI und die Ergebnisse der ersten Gespräche über Personalschlüssel in den Einrichtungen und Integrationsmaßnahmen wurde zu den genannten Themenfeldern dargestellt. Der NI wurde zum fortlaufenden Messinstrument der Bundesregierung zur Messung der Fortschritte von Maßnahmenkatalogen. Dieser jeweils aktuelle NI wurde bis zum 6. Integrationsgipfel am 28.5.2013 immer weiter geführt und versucht mit Leben zu füllen. So gingen in den ersten Fortschrittsbericht beispielsweise die Gespräche über die Neuordnung der Medien und deren Anstellungsverhalten in den Bericht ein:

„Die ARD wird ihre Anstrengungen intensivieren, Menschen mit Zuwanderungsbiografie hinter dem Mikrofon und auf dem Bildschirm in ihre Produktionen mit einzubeziehen und sie als Moderator(inn)en und Darsteller/-innen in Filmen und Serien einzusetzen.“²⁸²

²⁸¹ Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): S. 168.

Sowohl Angela Merkel als auch Maria Böhmer äußern sich in der Einleitung des Fortschrittsberichts zum Stand der Integrationsbemühungen in Deutschland. Merkel verweist auf den Erfolg der 400 Maßnahmen und sieht im Plan ein gutes Signal für die integrationsbereiten Menschen aus den Zuwandererfamilien:

„Integration ist ein besonders wichtiges gesellschaftliches Schlüsselthema unserer Zeit. Gelingt sie, ist das ein großer Gewinn für unser Land. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, insbesondere für mehr und bessere Deutschkurse und für eine Erfolg versprechende Bildung und Ausbildung vor allem junger Menschen zu sorgen.“²⁸³

Äußerungen von Migrantenvetretern und Organisationen wurden im NI und auch im ersten Fortschrittsbericht nicht abgedruckt. Das bedeutet, dass die Adressaten sich zu diesen Themenfeldern zumindest im öffentlichen Dokument nicht äußern dürfen. Maria Böhmer sieht aber gerade diesen Dialog und eine engagierte Bürgergesellschaft als elementar an:

„Direkt und vertrauensvoll mit den Menschen aus Zuwandererfamilien zusammenarbeiten und die gemeinsame Zukunft gestalten. Von jeder und jedem Selbstverpflichtungen in seinem und ihrem Verantwortungsbereich einfordern, denn alle können etwas zum Gelingen von Integration in Deutschland beitragen.“²⁸⁴

Sie sieht die Einbürgerung als Partizipationsaufgabe aller und möchte den Wert von Integration in die Gesellschaft gestalten, messen und steuern. Die Indikatoren sind von der Bundesregierung zusammengestellt worden und bieten 100 Merkmale aus 14 Lebensbereichen mit denen Integration messbar gemacht werden soll. Dieses Monitoring der Integration soll auch den NI voran bringen. Sie prognostiziert aber, dass die Aufgaben nicht in einer Legislaturperiode abgedeckt werden können. „Unverzichtbar ist es, die sehr facettenreiche Dialogstruktur auf allen Ebenen zu verstetigen und – wo dies sinnvoll ist – zu institutionalisieren.“²⁸⁵ Sie setzt demnach auf eine Kommunikationsstruktur auf Augenhöhe, die zumindest per se zu dem idealtypischen Kommunikationsmodell von Habermas passt. Die zeitgleiche Behandlung quasi einer Thematik, nämlich der Diskussion über die Verortung der türkischstämmigen Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland während des Integrationsgipfels und der DIK (s. u.) führte zu einer, auch medial artikulierten, Überforderung der adressierten Gruppen und Migrantengorganisationen. Es wurden zu viele Anforderungen an die Ad-

²⁸² Die Bundesregierung (Hrsg.) (2008): Der Nationale Integrationsplan Erster Fortschrittsbericht, S. 78.

²⁸³ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2008): S. 7.

²⁸⁴ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2008): S. 9.

²⁸⁵ Die Bundesregierung (Hrsg.) (2008): S. 13.

ressaten heran getragen und der Aspekt des Förderns vernachlässigt. Vor allem die formulierten Anforderungen in Glaubensfragen führten bereits während des sogenannten Kopftuchstreits zu Unverständnis.

6.4. Der „Kopftuchstreit“ in der politischen Diskussion

Die Debatte um das Tragen eines Kopftuches im öffentlichen Dienst fand in Deutschland ab 1998 Eingang in den Mediendiskurs. Grundlage bot die Klage einer Lehrerin, die sich seit 1998 um eine Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg bemühte. Die erste Klägerin (Ferestha Ludin) ist afghanischer Herkunft, lebt seit 1987 in Deutschland und hat seit 1995 die deutsche Staatsbürgerschaft inne. Sie absolvierte ihr Lehramtsstudium in Deutsch, Englisch und Gemeinschaftskunde/Wirtschaftslehre und legte 1998 ihre 2. Staatsprüfung ab. Ab diesem Zeitpunkt wäre es ihr im Prinzip erlaubt gewesen, als Grundschullehrerin zu unterrichten. Der Antrag auf Einstellung wurde allerdings 1998 vom Oberschulamts Stuttgart wegen mangelnder persönlicher Eignung abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung durch die Tatsache, dass die Beschwerdeführerin nicht bereit sei, während des Unterrichts auf das Tragen eines Kopftuchs zu verzichten. Das Kopftuch sei Ausdruck kultureller Abgrenzung und damit nicht nur ein religiöses, sondern politisches Symbol.²⁸⁶

Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig bestätigte im Jahr 2002 das Urteil des Oberschulamtes, sowie des Verwaltungsgerichtes in Baden-Württemberg. Es wies die Revision der Klägerin mit der Begründung ab, dass es sich bei dem Kopftuch um ein religiöses Glaubensbekenntnis zum Islam handle. Der Staat habe dafür zu sorgen, dass die Glaubensfreiheit der Schüler gewahrt bleibe. Der Staat müsse das religiös motiviert begründete Kopftuchtragen im Unterricht untersagen.²⁸⁷

In der höchsten richterlichen Instanz Deutschlands, dem Bundesverfassungsgericht (BverfG), konnte die Lehrerin schließlich einen ersten rechtlichen Erfolg verbuchen. Das Gericht wies im Juli 2003 das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes ab und entschied zu Gunsten der Klägerin. Ein Verbot für Lehrkräfte, in Schule und Unterricht ein Kopftuch zu tragen, sei im geltenden Recht des Landes

²⁸⁶ http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030924_2bvr143602.html (Stand: 1.4.2015).

²⁸⁷ http://www.bverwg.de/entscheidungen/verwandte_dokumente.php?az=BVerwG+2+C+45.03 (Stand: 1.4.2015).

Baden-Württemberg nicht hinreichend gesetzlich verankert. Allerdings sprach es sich bei dem „mit zunehmender religiöser Pluralität“ fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel für „eine Neubestimmung des zulässigen Ausmaßes religiöser Bezüge in der Schule“ aus.²⁸⁸

Das BVerfG kam zu dem Schluss, dass nach geltendem Recht eine Einstellung nicht abzulehnen sei, aber die Länder in der heutigen Zeit durchaus ihre Gesetze zu diesem Thema ändern dürften. Es verwies daraufhin die Zuständigkeit zurück an das Verwaltungsgericht in Baden-Württemberg und eröffnete die Möglichkeit der Schulgesetzesänderungen der einzelnen Länder. Denn nicht nur Baden-Württemberg sondern viele Bundesländer waren mittlerweile bereit, Änderungen vorzunehmen. Zwischenzeitlich wurde die Diskussion unter anderem von den Printmedien aufgegriffen und dieses führte zu einem breiten Meinungsaustausch über den symbolischen Gehalt des Kopftuches an sich. In der Auseinandersetzung waren viele Ängste, Selbst- und Fremdzuschreibungen vorhanden.

Die öffentliche Debatte prägte das Meinungsbild der Mehrheitsbevölkerung und die Politiker sahen sich zum Handeln aufgefordert. Als erstes Bundesland verabschiedete Baden-Württemberg im April 2004 eine Änderung des Schulgesetzes, das vom BVerwG Leipzig als rechtens anerkannt wurde. Somit wurde der Klägerin per Gesetz das Lehren verboten:

„Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 2 Abs. 1 dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußeren Bekundungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülern und Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören. Insbesondere ist ein äußeres Verhalten unzulässig, welches bei Schülern oder Eltern den Eindruck hervorrufen kann, dass eine Lehrkraft gegen die Menschenwürde, die Gleichberechtigung der Menschen nach Artikel 3 des Grundgesetzes, die Freiheitsgrundrechte oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung auftritt.“²⁸⁹

Ein Antrag auf Änderung erfolgte 2006, indem das Land Baden-Württemberg den Art. 1 § 38 Abs. 2 und 3 neu verfasste. Nun ist zwar ein Tragen gewisser Symbole und Kleidungsstücke erlaubt, allerdings nur bei nicht provokanter Bekennung zu religiösen oder weltanschaulichen Bekundungen. Wenn diese politischen oder religiösen Bekundungen allerdings den Schulablauf stören könnten, soll die Lehrerin angehört und eine gemeinschaftliche Lösung gefunden werden.

²⁸⁸ http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030924_2bvr143602.html (Stand: 01.04.2015).

²⁸⁹ <http://www.uni-trier.de/index.php?id=24373> (Stand: 01.04.2015).

Wenn keine Lösung gefunden werden kann, darf der Direktor die Schulaufsichtsbehörde informieren, die gegebenenfalls die Lehrerin entlassen darf.²⁹⁰

Das BVerfG sah bereits in der ersten Änderung des Schulgesetzes im Jahr 2004 genug Ermessensspielraum, um einer Lehrerin die Einstellung als Grund- und Hauptschullehrerin zu verwehren, wenn sie nicht bereit ist, im Unterricht auf das Tragen ihres „Islamischen Kopftuches“ zu verzichten. Somit hatte die Lehrerin schließlich keinen Erfolg mit ihrer Revisionsklage beim BVerfG. Viele Bundesländer folgten dem Beispiel Baden-Württembergs und änderten ihre Bestimmungen. So verboten zwölf Bundesländer aktuell religiöse, weltanschauliche Symbole und politische Kleidungsstücke. In der medialen Betrachtung wurde dieses Urteil kontrovers diskutiert, denn zum einen befriedigte es die Ängste vieler Eltern, äußerte zum anderen aber gerade nach den Terroranschlägen auf die USA und in Europa einen Generalverdacht. Es scheint die muslimischen Mitbürger weiter auszugrenzen und führt nicht zu mehr Nähe. Weiter erscheint es inkonsequent, denn christlichen Vertretern ist es erlaubt, in symbolträchtiger Kleidung zu unterrichten.

Dem Gesetz wurde sogar *Scheinheiligkeit* vorgeworfen, denn bisher gab es Fälle von Lehrerinnen, zum Beispiel an nordrhein-westfälischen Schulen, die Kopftücher trugen und mit ihnen unterrichten durften. Die Untersuchung scheint berechtigt, ob nicht gerade die mediale Aufmerksamkeit zu Zuschreibungen und einem politischen Entscheidungsprozess führte, der in seiner Schärfe und gesetzlichen Konsequenz zu anderer Zeit und ohne die große Öffentlichkeit nicht zu Stande gekommen wäre. Angesichts der Tatsache, dass die angesprochene muslimische Lehrerin sogar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, müsste sie dementsprechend als integriert gelten.

Die getroffenen Fremdzuschreibungen in den Zeitungen, die im Auswertungsteil dieser Dissertation dargestellt werden sollen, sagen ebenfalls etwas über das Selbstverständnis der Mehrheitsgesellschaft aus. Denn die Angst vor Überfremdung und die Forderung nach Anpassung sind Zeichen mangelnder Kommunikation zwischen den Gruppen.

Im Vorfeld muss allerdings noch ein Blick auf die politische Genese der Deutschen Islamkonferenz geworfen werden, um diese von Wolfgang Schäuble initiierte Kommunikationsforum politisch einordnen zu können. Nach Habermas ist auch dieses Konstrukt eine mögliche Plattform einer Kommunikation auf Augenhöhe, die sich positiv auf das kollektive Gedächtnis einer Gruppe nach Halbwachs auswirken könnte. Die von Waldenfels ausgemachte Fremdheit als Hinderungsgrund von Sozialisation in einer Gesellschaft wird über die DIK politisch versucht abzubauen.

²⁹⁰ http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP14/Drucksachen/0000/14_0122_D.pdf
(Stand: 01.04.2015).

6.5. Die DIK in den Jahren 2006-2009

In einem von dem Bundesministerium des Innern geförderten Bericht über die DIK, die auch von dieser herausgegeben wurde, setzte sich das Gremium mit den Ergebnissen der ersten drei Jahre (2006-2009) dieser Konferenz auseinander. Der Bericht umfasst 422 Seiten, so dass an dieser Stelle nur eine kurze Übersicht über die drei Jahre erfolgen kann.²⁹¹

Die ersten Ergebnisse der DIK wurden in dem Bericht festgehalten. „Muslime sollen sich als Teil der deutschen Gesellschaft verstehen und von dieser auch so verstanden werden.“²⁹² Mit dieser Intention startete im Jahr 2006 die erste DIK, um den Dialog und das Verständnis zwischen den Bürgern Deutschlands zu verbessern. Damit wurde ein Teil der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition inhaltlich gefüllt. Dieser auf Konsens ausgelegte Ansatz versprach, ähnlich wie der NI, einen weiteren Paradigmenwechsel hin zu mehr Teilhabe und Beteiligung.

„Der Vertrag sieht einen intensiven Dialog mit den großen christlichen Kirchen, mit Juden und den Muslimen vor.“²⁹³ Auf diese Weise sollten Rassismus, Antisemitismus und Extremismus in Deutschland bekämpft werden. Neben dem Dialog auf Augenhöhe stellte sich die DIK zur Aufgabe Handlungsempfehlungen zu entwerfen, die konkrete Maßnahmen initiieren sollten.²⁹⁴

Strukturell sollte die DIK auf zwei Ebenen aufgeteilt werden. Zum einen in drei Arbeitsgruppen, die sich intensiv mit verschiedenen Themen auseinander setzen und einem Gesprächskreis, der „gemeinsame Positionen, Empfehlungen und Lösungsvorschläge für ein gutes Miteinander“ entwickelt. Des Weiteren wurde ein Plenum medial als die eigentliche DIK hingestellt, da es öffentlichkeitswirksam begleitet wurde und auch in der Struktur das höchste Gremium darstellte. In diesem Plenum werden die Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen und aus den Gesprächskreisen von Repräsentanten des Staates und von den Migrantorganisationen beraten. Dieses Plenum kam bis zum Jahr 2009, bestehend aus 30 Teilnehmern, dreimal zusammen:

„Ihr fester Kreis setzt sich zusammen aus 15 Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen sowie 15 Muslimen, darunter fünf Vertreter muslimischer Organisationen und zehn weitere nicht organisierte Muslime.“²⁹⁵

²⁹¹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): Drei Jahre Deutsche Islam Konferenz 2006-2009: Muslime in Deutschland – deutsche Muslime

²⁹² Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 7.

²⁹³ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 7.

²⁹⁴ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 7.

²⁹⁵ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 8.

Mit dieser Zusammensetzung wurde versucht die Vielfalt der Muslime in Deutschland abzubilden. Die insgesamt drei Arbeitsgruppen hatten verschiedene Schwerpunkte. Eine Arbeitsgruppe kümmerte sich um die deutsche Gesellschaftsordnung und den Wertekonsens:

„Hier geht es beispielsweise um den Schutz der Grundrechte, die Säkularität als Ordnungsprinzip, die demokratische Willensbildung und die politische Teilhabe von Muslimen.“²⁹⁶

Weiter beschäftigte sich die erste Gruppe mit der Vermittlung von Werten in der Familie und den Fragen der Gleichstellung.

In der zweiten Arbeitsgruppe wurden die Religionsfragen im Verhältnis zur deutschen Verfassung erläutert. Schwerpunkte bildeten beispielsweise der Sexualunterricht an Schulen, der Moscheebau in Deutschland, oder auch Bestattungsfragen bei Muslimen vor dem Hintergrund der deutschen Rechtsordnung. Hier wurde für den säkularen Staat ein rechtliches Grundlagenpapier „für die Einführung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache entwickelt.“²⁹⁷

Die dritte Arbeitsgruppe setzt sich mit den Beiträgen der Wirtschaft und der Medien zum Themenfeld Integration von Muslimen auseinander und versucht „integrationsfördernde Wirtschafts- und Medienprojekte zu initiieren.“²⁹⁸ Dementsprechend liegt die Priorität zum einen auf Bildung und Arbeitsmarkt und zum anderen fokussiert die Gruppe das Islambild in den Medien. Es sollte eine Handlungsempfehlung kreiert werden, die „Stereotype durchbricht und Vorurteile abbaut.“²⁹⁹ Diese Arbeitsgruppe ist für die vorliegende Dissertation am Interessantesten und wird neben dem Gesprächskreis näher betrachtet. Diese beiden Ebenen wurden auch in der medialen Betrachtung am kontroversesten diskutiert.

Der Gesprächskreis setzte sich mit den Themenfeldern Sicherheit und Islamismus auseinander und wollte die Zusammenarbeit zwischen Muslimen und Sicherheitsbehörden weiter verbessern. Der Kreis setzte sich für die Bildung einer Koordinierungsinstitution auf Bundesebene ein. Diese Clearingstelle existiert mittlerweile beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).³⁰⁰

²⁹⁶ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 8.

²⁹⁷ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 8 f.

²⁹⁸ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 9.

²⁹⁹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 9.

³⁰⁰ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 10.

Die Regierungserklärung des Bundesinnenministers Schäuble setzte auf Dialog und ein Miteinander auf Augenhöhe:

„Muslime sind in Deutschland willkommen. Sie sollen ihre Talente entfalten und unser Land mit weiter voranbringen. Damit wir die Deutsche Islam Konferenz als Chance für ein neues Miteinander nutzen können, sind die Muslime aufgefordert, sich zu den Grundlagen eines harmonischen Miteinanders zu bekennen[...].“³⁰¹

Dieses sollte durch das Motto: „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ untermauert werden. Der Innenminister Schäuble plädierte bereits in seiner Eröffnungsrede im Jahr 2006 für ein Miteinander mit den Muslimen. Diese Rede wurde auch medial oft zitiert. „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft. Muslime sind in Deutschland willkommen.“³⁰² Er wollte den Generalverdacht bekämpfen unter dem die Muslime seit den Terroranschlägen in den USA und in Europa stehen. Des Weiteren bekannte er sich zu den Gemeinsamkeiten des Integrationsgipfels mit der DIK, vertrat aber die Ansicht, dass es wichtig sei, sich zusätzlich mit dem Islam und den Muslimen in Deutschland zu beschäftigen.³⁰³ Ihm ging es um den Dialog mit den Muslimen, die nun Bestandteil der Gesellschaft geworden sind und wehrte sich gegen den Vorwurf, dass dieses zu spät passieren würde. Er wollte diesen Diskurs lieber spät als gar nicht beginnen, da sich nun viele längst als Deutsche türkische oder arabische Herkunft verstehen würden. Er forderte von den Muslimen „die vollständige Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung [...] Das Grundgesetz ist nicht verhandelbar.“³⁰⁴

Schäuble setzte in seiner Rede auf den Spracherwerb und die Verbesserung des Zugangs auf den Arbeitsmarkt durch bessere Schulabschlüsse. Die Muslime sollten sich zur deutschen Rechts- und Werteordnung bekennen, die deutsche Sprache beherrschen und sich an die gültigen sozialen Konventionen halten.³⁰⁵

Der Minister bekannte sich auch zu seiner Auswahl der Teilnehmer, hielt aber fest, dass die mitgliederstärksten muslimischen Dachverbände bei großzügiger Schätzung nur 15 bis 20 Prozent ausmachen würden. Darum setzte er sich für die Einladung von Vertretern der nicht organisierten Muslime ein, die ein wenig Lebenswelt in die Diskussion bringen sollten.³⁰⁶

³⁰¹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 11.

³⁰² Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 12.

³⁰³ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 13.

³⁰⁴ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 14.

³⁰⁵ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 15.

³⁰⁶ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 17.

Bei der dritten Arbeitsgruppe stellte er vor allem die Rolle der Medien heraus. Diese können die Sprachkenntnisse und somit auch die Kommunikation und die Integration besser fördern: „Es geht aber auch um die Erwartungen von Muslimen an deutschsprachige Printmedien und elektronische Medien.“³⁰⁷

Die DIK musste für Schäuble für praktische Lösungen und für Verständnis, Sympathie, Friedlichkeit, Toleranz und für Kommunikation stehen und schaffen die Vielfalt abzubilden.

Zentral war für Schäuble der Gesprächskreis über die Themen Sicherheit und Islamismus, der sich vor allem um die Abwehr und den Umgang mit Extremisten kümmern sollte. Hier wurde die medial diskutierte Einrichtung der „Clearingstelle“ für Kontakte zwischen Muslimen und den Sicherheitsbehörden vereinbart, die am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesiedelt und medial durchaus positiv bewertet wurde.

Für ihn sind die Muslime in Deutschland willkommen, aber um ihre Potentiale auszuschöpfen, müssten erst Probleme des Zusammenlebens überwunden werden. Hier sah er eine Schlüsselrolle der DIK.³⁰⁸

Bevor die Niederschrift der dreijährigen Geschichte der DIK in die Einzelbetrachtung der erwähnten Arbeitsgruppen und Gesprächskreise geht, werden die vorläufigen Erkenntnisse und die Ergebnisse zusammengefasst. Die Einzelanalyse der Arbeitsgruppen werden in dieser Dissertation nicht näher betrachtet, da auch in der medialen Betrachtung Details außen vor gelassen und Gesamtergebnisse und / oder viele Aussagen des Initiators Wolfgang Schäuble diskutiert und somit wahrgenommen werden. Allerdings wird ein Blick in die dritte Arbeitsgruppe zeigen, dass der DIK die in dieser Dissertation beleuchtete Schiefelage zwischen medialer Berichterstattung und tatsächlicher, in diesem Fall muslimischer, Lebenswelt in Deutschland durchaus bewusst ist und zu verschiedensten Problemen der Wahrnehmung führt.

Es wurde zu Beginn der dritten Plenarsitzung darauf hingewiesen, dass der Dialog nicht ins Stocken kommen darf und vor allem sollte das „Potential für Missverständnisse und auch mangelndes Verstehen“ abgebaut werden. Ziel sollte es sein, mittels der DIK Verständnis zu generieren durch „eine Kultur des Zuhörens.“³⁰⁹

³⁰⁷ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 18.

³⁰⁸ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 19.

³⁰⁹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 23.

Für diese neue Form des Zusammenlebens wurden Fortschritte während der DIK erzielt und auch im Ausland positiv aufgenommen:

„Diese Kultur bleibe jedoch letztlich auf ein erträglicheres Nebeneinander beschränkt, wenn es nicht gelingt, Annäherungen zu verstetigen und letztlich in gemeinsames Handeln münden zu lassen.“³¹⁰

Diese gemeinsame Handlungsform sollte über mehr Verständnis untereinander erreicht werden. Diese zentrale Aufgabe setzte sich die DIK zu Beginn als Ziel. Während der dreijährigen Geschichte wurde oft um Worte und Positionen gekämpft, „etwa darum, ob sich die Muslime in Deutschland zur Rechts- und Werteordnung unseres Landes bekennen sollen, wollen, können oder gar müssen.“³¹¹ Ebendiese Konflikte wurden allerdings auch medial kontrovers geführt und diskutiert. Zentral war auch die Frage, ob religiöse Gebote gegen Regelungen eines freiheitlichen Rechtsstaates geltend gemacht, beziehungsweise als Argument eingesetzt werden dürfen.³¹²

Diese Suche nach einem Konsens wurde medial teilweise unreflektiert wiedergegeben, hatte aber zum Ziel das Verständnis untereinander zu erhöhen, um auf dieser Basis aktiv miteinander arbeiten zu können. Die Arbeitsgruppe 1 sah es als essenziell an, vor dem Hintergrund der jungen Religion Islam in Deutschland, dass die Integration von Zuwanderern mit muslimischem Glauben vorangetrieben wird und hierfür Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Die Arbeitsgruppe 2 beschäftigte sich mit den „Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis“ und zeigte Handlungsmöglichkeiten für diese Religionsgemeinschaften auf. Die dritte Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt Medien und Wirtschaft als Brücke setzte sich ein für eine „verantwortliche Berichterstattung, die auch alltagsnahe Themen aufgreift und so aufbereitet, dass die kulturelle Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland sichtbar wird.“³¹³ Die Arbeitsgruppe zog jedoch erste positive Resümees aus ihrer Arbeit und postulierte einen sachlicheren Umgang mit den Themen Muslime und Islam seit Beginn ihrer Arbeit. Sie sahen allerdings noch viel Handlungsbedarf in den Bereichen journalistischer Objektivität und Differenziertheit.³¹⁴

Insgesamt muss die DIK als Dialogplattform gesehen werden, die versucht Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen aufzuzeigen und als nächsten Schritt bei kritischen Themen einen Konsens zu finden. Medial (s. u.) wurde die DIK aber eher als Heilsbringer gesehen und musste daher an den hohen generierten Ansprüchen scheitern. Zumindest wurde dieser Aspekt in

³¹⁰ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 24.

³¹¹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 25.

³¹² Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 25.

³¹³ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 26.

³¹⁴ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 26.

den Printmedien oft nach außen getragen. Daher gibt es auch in diesem Bericht kritische Stimmen: „Es ist deshalb alles andere als zielführend, wenn von anderen in letzter Minute Bedenken gegen gemeinsam entwickelte und angenommene Positionen geltend gemacht werden.“³¹⁵ Diese Andeutungen richteten sich, vermittelt durch Minister Schäuble, eher auf interne Differenzen zwischen den einzelnen Teilnehmern der DIK, die allerdings wiederum ihren Weg in die Printmedien fanden (s. u.). Schäuble geht auch auf diese durch die Teilnehmer öffentlich geäußerten Kritiken an der DIK ein und äußert sein Unverständnis hierüber. Die Reibungen müssten nicht nach außen getragen werden: „Wer gemeinsam mit anderen Muslimen und dem deutschen Staat handeln will, muss auch für das eintreten und einstehen, was zuvor beschlossen und vereinbart worden ist.“³¹⁶ Er appellierte, den gefundenen Konsens auch nach außen zu vertreten. Sollte dieses nicht möglich sein, müsste sich derjenige fragen, „ob er wirklich Repräsentant einer pluralistischen muslimischen Bevölkerung in Deutschland sein kann und will.“³¹⁷ Dem Minister war durchaus bewusst, wie negativ die Ergebnisse der DIK teilweise in der medialen Öffentlichkeit diskutiert und dargestellt wurden. Außerdem sah er weiterhin Diskrepanzen im Verhältnis der öffentlichen muslimischen Vertretungen und der Mehrheit der Muslime, die in Deutschland diesen Verbänden nicht angehörten und in dem Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft und den Muslimen. Vertrauen kann seiner Meinung nach nur langsam aufgebaut werden, muss aber zu Stande kommen, damit alle glücklich in Deutschland leben können.³¹⁸

Für Schäuble stellte eine gemeinsame Handlungsgrundlage die beste Basis dar und für ihn war es hierfür nicht von zentraler Wichtigkeit, dass die Muslime sich selbst organisieren. Des Weiteren sah er es nicht als Aufgabe des deutschen Staates, die Muslime nach eigener Vorstellung zu organisieren. „Die Islamkonferenz ist kein Versuch, den Islam in Deutschland im Spiegel von Erfahrungen mit der christlichen Religion quasi zu verkirchlichen.“³¹⁹ Im Zentrum standen vielmehr die Pflege von Beziehungen, der Dialog und eine auf Partnerschaft ausgelegte Handlungsbasis. Allerdings hoffte er, dass die Muslime die Aufgabe der Selbstorganisation selbstständig erarbeiten könnten. Er wollte vielmehr durch die DIK Chancen für die Zusammenarbeit und ein zukünftiges gemeinsames Handeln aufzeigen.

Die Zwischenresümees der einzelnen Gruppen sind thematisch gegliedert. Da ein Schwerpunkt dieser Dissertation auf der medialen Präsenz und Wahrnehmung von Migranten in den Printmedien

³¹⁵ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 26.

³¹⁶ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 28.

³¹⁷ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 28.

³¹⁸ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 28.

³¹⁹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 29.

liegt, wird an dieser Stelle die Arbeitsgruppe 3 „Wirtschaft und Medien als Brücke“ näher betrachtet. Dies impliziert gleichwohl keine Abwertung der Wichtigkeit der weiteren Arbeitsgruppen.

Die unterschiedlichen Thematiken Wirtschaft und Medien ließen keine gemeinsamen Schlussfolgerungen zu. Im Zentrum standen die Lebenswirklichkeit der Muslime und die Nutzung der Medien in Deutschland. Es wurde an beide Seiten und für ein gemeinsames Miteinander geworben.³²⁰

Der Themenbereich Medien ließ im Zwischenresümee einige Schlussfolgerungen zu. Medial wurde der Fokus zu oft auf den Gewaltaspekt fokussiert und somit wurde für „eine verantwortungsvolle, vorurteilsfreie und differenzierte Berichterstattung“ geworben. Dies sei über alltägliche Themen aus der Lebenswirklichkeit und der kulturellen Vielfalt zu erreichen.³²¹

Im Bereich der internen Strukturen der Medien wurde auf die geringe Beschäftigungsquote der Menschen mit Migrationshintergrund hingewiesen und sich für eine Erhöhung ausgesprochen, um den Sachverstand nutzen zu können. Auch Fachtagungen, wie „Das Islambild in Deutschland. Alte Stereotype, neue Feindbilder?“ sollten für mehr Nähe sorgen. Dort wurde betont, „dass das Gefühl vieler Muslime, ausgegrenzt und abgelehnt zu werden, eines der zentralen Probleme der deutschen Integrationspolitik darstellt.“³²² Die Ergebnisse dieser Fachtagung wurden in der dritten Anlage der Broschüre aufgezeigt. Insgesamt entsteht beim Leser der Eindruck, dass die Korrelation zwischen Berichterstattung und allgemeiner negativer Wahrnehmung und Konnotation der Muslime durch die Medien erkannt und bemängelt wurde, wirkliche Ideen, Maßnahmen oder sogar Zielvorstellungen aber nicht oder zumindest unzureichend entwickelt wurden. Die Maßgabe mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den wichtigen Branchen wie Wirtschaft und Medien einzustellen ist eine oft geäußerte Forderung. Die Umsetzung fand und findet bis zum Jahr 2015 allerdings nur in einem geringen Ausmaß statt.

Die Fachkonferenz „Das Islambild in Deutschland“ konstatierte als Ziel,

„das öffentliche Bild und Image von Muslimen in Deutschland, aber auch ihre Selbstdarstellung zu analysieren und eine beidseitig differenzierte Berichterstattung und Betrachtungsweise anzuregen.“³²³

Der Integrationsminister aus NRW Armin Laschet merkte an, „wenn sich jemand in der evangelischen Kirche engagiert, nennen wir das Ehrenamt, aber wenn sich jemand in der Moschee enga-

³²⁰ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 41.

³²¹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 43.

³²² Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 43.

³²³ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 64.

giert, ist das die Parallelgesellschaft.³²⁴ Dieses Zitat trifft eines der Kernprobleme der in den Printmedien gefundenen Aussagen. Die Unterstellung einer anderen abgrenzenden Lebensweise der Muslime grenzt per se allein schon durch diese Aussage aus und setzt sich als Konstante in der öffentlichen Wahrnehmung fest.

Die SPD-Abgeordnete Lale Akgün nannte als ein Problem die mangelnde Selbstdarstellung der Adressaten in den Medien als ein Hauptproblem. Äußerungen aus vornehmlich konservativen Strömungen zeichneten sich hingegen durch ihre Überrepräsentanz aus. Diese „Negativagenda“, wie der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez diese Berichterstattungsform nannte, wurde bemängelt.³²⁵ Aus der Arbeitsgruppe Medien wurden drei Reden in der Broschüre veröffentlicht, die sich mit dem Medienbild und der Präsenz der Vereine und Institutionen in den Medien beschäftigten. Hafez unterstreicht in seiner Rede die empirische Belegung des Feindbildes Islam in Deutschland und Europa und bemängelt die Fixierung auf die Themen Gewalt und Repression in Bezug auf den Islam. Als Problem kristallisiert sich also für ihn die mangelnde Berichterstattung über Lebenswirklichkeit und positive Entwicklungen heraus. Für ihn sind es nicht die Boulevardmedien mit ihrer kurzen Aufmerksamkeitsspanne, sondern vielmehr die „Fixierung seriöser Medien“.³²⁶ Glaubt der Betrachter den Medien so ist laut Hafez der Islam

„eine Form der Politik und der politischen Ideologie der Gewalt. [...] „die Tatsache, dass Jesus Christus im Islam als Prophet und Vorgänger Mohammeds betrachtet wird, ist in der deutschen Öffentlichkeit und Gesellschaft den allermeisten Menschen unbekannt.“³²⁷

Für ihn zeigt dies das Versagen der Öffentlichkeit vor der Prämisse der Aufklärung. Hafez sprach in seiner Rede die Bildsprache und die wiederkehrenden Symbole des Islams in den Medien an, wie beispielsweise den Schleier. Hafez sieht die Bildsprache der Medien „symbolisch überfrachtet und ohne dokumentarischen Wert.“³²⁸ Das Islambild wird im Normalfall von Eliten und Gegeneliten vermittelt. Im Islambild treten nach dem Wissenschaftler viele Vertreter auf, auch wenn der Fokus auf Gewalt gerichtet ist. Diese durchaus partikular erzeugte Öffentlichkeit muss sich dennoch dem thematischen Diktat der Medien beugen und somit wird wiederum das gleiche Islambild fixiert. Hafez plädierte daher für eine Erweiterung der Informationsquellen im Bereich Islam und spricht

³²⁴ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 64.

³²⁵ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 65.

³²⁶ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 283.

³²⁷ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 284.

³²⁸ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 285.

sich gegen die Tendenz der kulturellen Selbstgespräche aus. Für ihn gab es gute Artikel und Journalisten, aber gerade in dem Islambild eine thematisch negative Grundstruktur:

„Man sollte die Wirkung der Massenmedien nicht überschätzen, sie prägen eben nicht die Identität des Menschen, aber sie prägen in hohem Maße das Bild, das ein Mensch sich von einer Fremdgruppe macht, so dass bei einer Ausbalancierung des Medienbildes sicher positive Impulse für den sozialen Frieden zu erwarten wären.“³²⁹

Ebendiese intendierte Fremdwahrnehmung spiegelt sich in den Artikeln der untersuchten Printmedien wider, lassen diese Bilder entstehen und helfen nach sie in der Gesellschaft zu verfestigen.

Hafez möchte nicht, dass der Islam sich als Chiffre für Einwanderer aus dem Osten weiter etabliert. Führer waren die türkischen Einwanderer die Ansprechpartner, die aber gleichzeitig bereits Muslime waren. Im Jahr 2015 werden sie als Muslime angesprochen, haben aber als Türken und Deutsch-Türken eine viel größere Lebenswelt.³³⁰

In seinen abschließenden Forderungen spricht er sich für Round-Tables aus, um alle beteiligten Medienmacher von einer Umstrukturierung des Islambildes in den Medien zu überzeugen und er plädierte für die weitere Öffnung des journalistischen Arbeitsmarktes für Einwanderer.³³¹ Die Medien müssten sich hierfür selbst öffnen und Raum an die Einwanderer abgeben, um deren Fähigkeit zur Artikulation fördern zu können. Dieses geht nur über die Abgabe von Ressourcen, etwa offener Kanäle. Weiter wollte er die kritischen Konsumenten fördern, nicht unkritisch die sozial intendierten Halbrealitäten des öffentlichen Islambildes zu übernehmen.³³²

Ein weiterer Beitrag der Arbeitsgruppe drei fasste die Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der muslimischen Verbände, als wichtigste Mittler zwischen Lebenswelt und Medien, zusammen, zeigte aber auch Lösungsvorschläge auf. Der Wissenschaftler Abdul-Ahmad Rashid fasste zusammen,

- dass die Öffentlichkeitsarbeit der Verbände kaum wahrgenommen wurde, die Kompetenzen zu schlecht gebündelt wurden und es zu wenig Lobbyarbeit gegeben habe.
- Die Öffentlichkeitsarbeit lag auf den Schultern einzelner muslimischer Vertreter und war regional am Schlechtesten ausgeprägt und die Kommunikation generell zu unprofessionell.

³²⁹ Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 286 f.

³³⁰ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 287.

³³¹ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 288.

³³² Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 289.

- Des Weiteren wurden die Verbände als ferngesteuert und die Vertreter als zu wenig in der Gesellschaft sozialisiert angesehen.
- Die Pressemitteilungen der muslimischen Verbände reichen nicht aus um gedruckt zu werden und die mangelnde Deutsche Sprache wurde von Journalisten als Haupthindernis bezeichnet.³³³

Bereits in der Ausrichtung der DIK und vor allem an diesem Überblick der Jahre 2006-2009 wird deutlich, dass dieses Forum auf Konsens ausgelegt wurde und versucht hat konstruktiv zusammen zu arbeiten. Die Arbeitsgruppen hatten feste Zielformulierungen getroffen und die Arbeitsgruppe 3 setzte sich beispielsweise mit der Rolle der Medien auseinander. Die Kritik von außen zeigte jedoch auch innerhalb der DIK Wirkung und viele auch medial geführte Konflikte führten zu einer Verlangsamung und schließlich Verwässerung der Ergebnisse. Aus politischer Sicht entstanden viele dieser Initiativen und Gesetzesmaßnahmen als Resultat der im Vorfeld festgeschriebenen Partei-, Wahl- und Koalitionsprogramme. Ein kurzer Blick auf diese Programme kann einen Aufschluss über die politische Verortung der jeweiligen an der Regierung beteiligten Partei liefern.

³³³ Vgl. Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): S. 290 ff.

7. Koalitionsprogramme der Regierungsparteien nach den Wahlen 1998, 2002, 2005 und 2009

Die Koalitionsprogramme der an der Regierung beteiligten Parteien sind aus mehreren Gründen für die anschließende Medienanalyse und als Referenz für das über Habermas, Halbwachs und Waldenfels erarbeitete Theoriekonstrukt wertvoll. Die Programme verstetigen die politischen Willensbekundungen zum Themenfeld der Integration, Zuwanderung und Einbürgerung in Deutschland. Neben den tatsächlichen Gesetzen und Maßnahmen bieten sie somit einen unverfälschten Blick auf das politische Zentrum selbst. Die Programme versinnbildlichen die politische Ausrichtung der Parteien und zeigen in einer verschriftlichten Form Ziele der Parteien auf. Die Koalitionsprogramme dienen als Arbeitsgrundlage für die regierenden Parteien. Sie entstehen aus Gesprächen auf höchster politischer Ebene und enthalten im besten Fall Thesen und Ziele aus den jeweiligen Wahlprogrammen der Partei. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Betrachtung auch den Koalitionsvertrag von 2009 zwischen der Union und der FDP mit einbezieht und somit gewissermaßen als Ausblick fungiert. Die Programme dienen der Grundlage und gehen selten über Absichtserklärungen hinaus. Dennoch sind sie für die Bevölkerung als Gratmesser einer erfolgreichen Regierungszeit gedacht und werden des Öfteren rezipiert; nicht nur in den untersuchten Printmedien.

7.1. *Der rot-grüne Koalitionsvertrag im Jahr 1998*

Nach dem Wahlerfolg im Jahr 1998 ging die SPD mit den Grünen eine Koalition ein und entwarf zusammen mit den Grünen ein Koalitionsprogramm, in dem die Thematik Zuwanderung auch diskutiert wurde.

Der rot-grüne Regierungswechsel 1998 sollte auch im Themenbereich Zuwanderung und Einbürgerung in die Bundesrepublik eine Wende markieren: Deutschland wird in einer Leitlinie im Koalitionsvertrag als Einwanderungsland deklariert. Damit schafft die neugewählte rot-grüne Regierung ein Novum. Seit der Gründung der Bundesrepublik hat keine regierende Partei oder Koalition Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet. Mit dieser Aussage wurde der lange vertretene Gastarbeitermythos widerlegt und die Integration als neues Ziel gesetzt, die Treue zu den Verfassungswerten vorausgesetzt. Ausführlicher als bei der SPD fordern die Grünen Änderungen in der Integrationspolitik. Zugewanderte sollen, so das Wahlprogramm der Grünen, nicht mehr als „Frem-

de“ oder „Gäste“ behandelt werden. Diese Aussagen sind gerade im Hinblick auf diese Dissertation interessant, da sie die Zäsur in der Migrationspolitik verdeutlicht: weg vom sogenannten Gastarbeiter zum vollwertigen Mitglied der Gesellschaft. Der angestrebte Paradigmenwechsel wird unter einer Rot-Grünen Koalition das erste Mal schriftlich fixiert und damit das alte Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 als europäisches Schlusslicht und Bluts- und Abstammungsprinzip kritisiert. Dieses muss nach Meinung der Grünen aufgebrochen werden, um zukünftige Einwanderung human gestalten und diese nicht mehr leugnen zu können.³³⁴

Der Koalitionsvertrag von 1998 ist mit Zugeständnissen gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund noch sehr moderat ausgestattet. Auf Seite 31, Abschnitt 327 des Koalitionsvertrages wird sich unter der Überschrift Integration zum Einwanderungsland Deutschland geäußert:

„Wir erkennen an, daß [sic!] ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß [sic!] in der Vergangenheit stattgefunden hat und setzen auf die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen.“³³⁵

Im Koalitionsvertrag wird aus Sicht der beteiligten Parteien die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts vereinbart. Diese zentrale Forderung wird durch zwei Eckpfeiler unterstützt:

„1. Kinder ausländischer Eltern erhalten mit Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14. Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt.

2. Unter den Voraussetzungen von Unterhaltsfähigkeit und Strafflosigkeit erhalten einen Einbürgerungsanspruch

- Ausländerinnen und Ausländer mit achtjährigem rechtmäßigem Inlandsaufenthalt,
- minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, von denen wenigstens ein Elternteil zumindest über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt und die seit fünf Jahren mit diesem Elternteil in familiärer Gemeinschaft Deutschland leben,
- ausländische Ehegatten Deutscher nach dreijährigem rechtmäßigem Inlandsaufenthalt, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren besteht.“³³⁶

Gerade die politische Frage nach der doppelten Staatsbürgerschaft wurde in der Folge in den Medien kontrovers diskutiert. Laut Koalitionsvertrag soll für die verbesserte Eingliederung und

³³⁴ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (1998): Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, S. 120.

³³⁵ SPD/GRÜNE (Verf.) (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; S. 3.

³³⁶ SPD/GRÜNE (Verf.) (1998): S. 31.

Integration vor allem das Ausländerrecht, die Aufenthaltsgesetze für Ehegatten verändert werden und diejenigen hier lebenden Ausländer das Wahlrecht in Kreisen und Gemeinden erhalten „die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen.“³³⁷ Diese Forderung wurde bis zum Jahr 2015 nicht erfüllt.

Die Nennung einiger Themenpunkte, die in dieser Dissertation den Mittelpunkt der Untersuchung bilden, ist in den Programmen nicht existent. Zum Thema ausländische Fachkräfte wird weder die Green Card noch ein Mangel an eben dieser diskutiert. Der Islam wird nicht explizit als Religion benannt, aber es wird auf einen erstrebenswerten und notwendigen Dialog der Kulturen eingegangen:

„Gemeinsames weltweites Handeln erfordert Verständigung über kulturelle Unterschiede hinweg. Die neue Bundesregierung wird sich für einen offenen interkulturellen Dialog auf breiter Grundlage einsetzen mit dem Ziel, Feindbilder zurückzudrängen. Sie wird die Möglichkeiten der auswärtigen Kulturpolitik, des Auslandsrundfunks und der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zur Förderung des interkulturellen Dialogs einsetzen.“³³⁸

Die Bundesregierung machte es sich zur Aufgabe Feindbilder zurückzudrängen, die einen interkulturellen Dialog stören würden. Generell ist dieser Aspekt zur Verbesserung der Auslandsbeziehungen gedacht und nicht für einen Dialog mit verschiedenen Kulturen im Inland. Die Erkenntnis, Gespräche suchen zu müssen, kann aber wiederum als Eingeständnis einer Schräglage in der Dialogform der Politik der vergangenen Jahre angesehen werden.

7.2. Der rot-grüne Koalitionsvertrag im Jahr 2002

Der Koalitionsvertrag im Jahr 2002 zwischen der SPD und den Grünen wurde inhaltlich im Bereich der in der Dissertation relevanten Themen weiter ausformuliert. Es wird in einer Abschnittsüberschrift von einem „Jahrzehnt der Integration“³³⁹ gesprochen. Der Fokus liegt vermehrt auf der Regelung von Zuwanderung und der Durchsetzung adäquater Integrationsrichtlinien.

³³⁷ SPD/GRÜNE (Verf.) (1998): S. 32.

³³⁸ SPD/GRÜNE (Verf.) (1998): S. 41f.

³³⁹ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): Koalitionsvertrag 2002 – 2006; Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie, S. 66.

Bereits auf Seite zehn des Koalitionsvertrages wird die Leitbild-Debatte aufgenommen, die zu diesem Zeitpunkt nicht nur in den deutschen Printmedien diskutiert wird:

„Unser Leitbild ist eine freiheitliche, sichere und offene Gesellschaft. Die Zuwanderung nach Deutschland werden wir im Sinne unserer ökonomischen, sozialen und humanitären Interessen und Verantwortung steuern. Die Integration von Migrantinnen und Migranten wollen wir durch bessere staatliche Integrationsangebote fördern und auch fordern. Wir wollen ein Jahrzehnt der Integration.“³⁴⁰

Die Leitbild-Debatte wird positiv ausgelegt und für eine freiheitliche, sichere und offene Gesellschaft plädiert. Im Mittelpunkt steht eine sinnvolle Steuerung der Zuwanderung. Dadurch wird versucht Befürchtungen in der Bevölkerung vor Überfremdung zu nivellieren. Das Versprechen einer Steuerung nach ökonomischen, sozialen und humanitären Gesichtspunkten impliziert das Ausgrenzen einer nicht gewollten Zuwanderung. Des Weiteren werden gleich zu Beginn die staatlichen Integrationsangebote des Förderns und Forderns angesprochen, die dieses Jahrzehnt der Integrationsdebatte begleiten sollen.

Unter der Zwischenüberschrift „Das Jahrzehnt der Integration“ wird gleich in den ersten Sätzen eine schnelle Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes, eine Kontrollerhebung nach zwei Jahren und die Berücksichtigung der neuen flüchtlingsrechtlichen Anerkennungskriterien des Gesetzes versprochen.³⁴¹

Die Aussagen des Koalitionsvertrages gehen im Folgenden über die tatsächlich im Jahr 2002 gesetzlich geregelten Fakten hinaus. Zum Zeitpunkt des Verfassens hatte die Koalition mit der schnellen Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes im Zuge der neuformulierten Integrationspolitik gerechnet. Allerdings ließ die Umsetzung des Gesetzes noch bis zum Jahr 2005 auf sich warten, da die CDU mit ihrer Mehrheit im Bundesrat die Verabschiedung blockierte und Nachbesserungen forderte. Der Gesetzesentwurf des Jahres 2001 wurde bis zur Verabschiedung verschlankt und Ereignisse, wie die Terroranschläge von Madrid und London, brachten den Sicherheitsaspekt in den Fokus. Der Koalitionsvertrag im Jahr 2002 sah allerdings noch andere Maßnahmen vor:

„Unsere Integrationspolitik ist Querschnittspolitik. Zur Integrationspolitik gehört auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Wir werden die Anstrengungen fortsetzen, mit einer umfassenden Integrationspolitik die Fehler und Versäumnisse der sog. „Gastarbeiter-Ära“ zu korrigieren.“³⁴²

Für die politischen Fehler und Versäumnisse der Gastarbeiter-Ära werden Korrekturen angekündigt. Im Umkehrschluss wird der politische Umgang mit den Zuwanderern unter der 16-jährigen Regie-

³⁴⁰ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 10f.

³⁴¹ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 64.

³⁴² SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 64.

rung Kohl angeprangert und Lösungsansätze vorgeschlagen, in dem ein „Anspruch auf die erforderlichen Sprach- und Orientierungskurse“³⁴³ im Gesetzentwurf verankert wurde. Auch die Situation der bereits längerfristig in Deutschland lebenden Zuwanderer soll mittels einer „nachholenden Integration“, einhergehend mit einer Verbesserung der „Aufenthaltsrechte“, erreicht werden.³⁴⁴

Explizit wird auch der interreligiöse und interkulturelle Dialog als wichtiges Ziel zur Verständigung mit den Juden und Muslimen angesprochen: „Den interkulturellen und interreligiösen Dialog verstehen wir als Teil der Integrationspolitik und der Politischen Bildung.“³⁴⁵

Dieser Satz kann als zukunftsgerichteter Schritt gesehen werden. Die Grünen erhalten mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch das Amt „Beauftragte der Bundesregierung für Integration“.³⁴⁶

Einige Themen und Schlagwörter, die in dieser Dissertation den Mittelpunkt der Untersuchung bilden, werden allerdings im Koalitionsvertrag des Jahres 2002 ausgespart. Das Verhältnis zum Islam respektive zum Kopftuch wird nicht thematisiert. Und es wird nicht über angestrebte Konferenzen zum Islam oder ähnliche Maßnahmen politisch diskutiert. Die Green Card wurde im Jahr 2000 unter der gleichen Koalition initiiert, aber Ergebnisse und Erfahrungen mit der Green Card werden ebenso wenig diskutiert, wie der oft in den Printmedien zitierte Fachkräftemangel in Deutschland. Die Verbesserung des Aufenthaltsrechtes wird politisch versprochen, aber ein Statement über die zukünftige Ausgestaltung der Einbürgerungsgesetze lässt sich im Koalitionsvertrag von 2002 nicht finden.

7.3. Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Jahr 2005

Im Jahr 2005 wurde die Koalition zwischen der SPD und den GRÜNEN abgewählt. Die neue sogenannte Große Koalition zwischen der CDU, CSU und SPD ist aber für die Untersuchung weiter von Bedeutung, da die SPD weiterhin in der Regierungsverantwortung geblieben ist. Erst im Jahr 2009 erfolgte der eigentliche Richtungswechsel in der Regierung, als zwischen der CDU, CSU und der FDP ein Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Im Jahr 2005 zeigt sich aber bereits der konservative

³⁴³ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 64.

³⁴⁴ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 64.

³⁴⁵ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 65.

³⁴⁶ SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): S. 87.

Einfluss der Christdemokraten, da es beim Thema Innenpolitik zunächst um den Sicherheitsaspekt und die Gefahr vor islamistischen Terroristen dreht.³⁴⁷

Die wichtige Arbeit des neu geschaffenen Terrorismusabwehrzentrums wird thematisiert,

„zur Verbesserung des Informationsaustauschs bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus [...] Das Bundeskriminalamt soll zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus Präventivbefugnisse erhalten. Eine moderne Sicherheitsarchitektur muss moderne Informationstechnik unter Wahrung des Datenschutzes konsequent einbeziehen. Daher wollen wir biometrische Verfahren verstärkt einsetzen (Pässe, Personalausweise, Visa, Aufenthaltstitel) und dazu das Pass- und Personalausweisgesetz novellieren.“³⁴⁸

Nicht nur durch die angestrebten verstärkten Kontrollen, sondern die Verschärfung der Kontrollmechanismen, werden andere Akzente gesetzt als unter der rot-grünen Koalition der vorangegangenen Jahre. Die Botschaft eines sicheren Deutschlands erhält Priorität. Die Diskussion und Auseinandersetzung mit dem Thema Migration wird im Anschluss wieder aufgegriffen. Interessant für die Arbeit ist, dass andere Begriffe und Definitionen gewählt werden. Es wird von Migration, Ausländern, Wanderungsbewegungen und Fluchtursachen in Herkunftsländern gesprochen. Die „Integration kann nur gelingen, wenn Migration gesteuert und begrenzt wird.“³⁴⁹ Die Auseinandersetzung mit der zu untersuchenden Thematik ist allerdings ausführlicher als in den vorangegangenen Koalitionsprogrammen. Drei Seiten werden der Thematik „Migration steuern – Integration fördern“³⁵⁰ eingeräumt. Die Zwischenüberschrift sagt bereits viel aus. Die Steuerung und gleichzeitige Begrenzung der Migration stehen im Fokus. Für die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund wird die Förderung der Integration als zentrales Mittel formuliert. Die Ansprüche an die Zugewanderten erreichen ein höheres Niveau:

„Um die Bedeutung der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für den Integrationsprozess zu betonen, soll das Bekenntnis des Einzubürgernden zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Verleihungsakt einbezogen werden.“³⁵¹

Das erste Mal im Untersuchungszeitraum wird der Dialog mit den Religionen nicht als eigenständiges Kapitel, sondern als Punkt unter der Migration angeführt. Dieser „dient auch der Verhinderung von Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus.“³⁵²

³⁴⁷ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, S. 116.

³⁴⁸ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 116 f.

³⁴⁹ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 117.

³⁵⁰ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 117.

³⁵¹ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 118.

³⁵² CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 117.

Explizit wird dem Dialog mit dem Islam eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Zu diesem Zweck sollen Muslime sozial und beruflich besser integriert werden.³⁵³ Wer Ansprechpartner dieses Islams sein soll, wird nicht weiter ausgeführt. Der Regierungskoalition scheint dieser Dialog aber entscheidend zu sein um Differenzen abzubauen und wechselseitigen Respekt zu erreichen.³⁵⁴

Wiederum wird versprochen, dass Zuwanderungsgesetz zu evaluieren:

„Im Rahmen der Evaluierung ist auch zu prüfen, ob alle Sicherheitsfragen und humanitären Probleme, etwa mit Blick auf in Deutschland aufgewachsene Kinder, wie beabsichtigt befriedigend gelöst sind.“³⁵⁵

Die folgenden Absätze handeln von Visumsvergaben, Familiennachzug, Mehrstaatlichkeit und es wird beim Leser der Eindruck vermittelt, dass eine Einreise nach Deutschland mit der Absicht des dauerhaften Aufenthaltes in Zukunft erschwert wird. Die Ausführungen sind sehr detailliert und viele Aspekte der Zuwanderung werden angesprochen. Der Sicherheitsgedanke und die Begrenzung einer weiteren Zuwanderung sind als Hauptziele auszumachen. Dieses macht schon die Kapitelüberschrift „Sicherheit für die Bürger. Innenpolitik: Deutschland – ein sicheres und freies Land“ deutlich.³⁵⁶

7.4. Der Koalitionsvertrag CDU-FDP im Jahr 2009

Im Jahr 2009 gab es turnusgemäße Neuwahlen und die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU wurde abgewählt. An dieser Stelle wird ein kurzer Ausblick auf die Jahre ab 2009 anhand des Koalitionsvertrages zwischen Union und FDP geworfen. Die CDU/CSU ging nach der Wahl eine neue Regierungskoalition mit der FDP ein und Angela Merkel wurde als Kanzlerin bestätigt. Die Regierung gab unter dem Titel „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ ihren Koalitionsvertrag heraus. Unter dem dritten Kapitel „Sozialer Fortschritt durch Zusammenhalt und Solidarität“ wird sich unter Abschnitt 5 zur Integration und Zuwanderung explizit geäußert. Da diese 17. Wahlperiode nicht mehr Gegenstand der detaillierten Untersuchung ist, wird der Koalitionsvertrag nur am Rand behandelt und die wichtigsten Aussagen als Ausblick festgehalten.³⁵⁷

³⁵³ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 118.

³⁵⁴ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 118.

³⁵⁵ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 118.

³⁵⁶ CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): S. 116.

³⁵⁷ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, S. 1ff.

In dem Koalitionsvertrag wird die Debatte um eine adäquate Integrations- und Zuwanderungsregelung weiter ausgeführt. Anders als medial oft dargestellt äußert sich die eher konservative Koalition sehr ausführlich zum Themenbereich. Im Mittelpunkt des Zusammenlebens unter gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl soll der Nationale Integrationsplan (NI) stehen. Dieser soll „von einem integrationspolitischen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit klar definierten und zu überprüfenden Zielen“³⁵⁸ weiter entwickelt werden. Hierfür steht im Mittelpunkt der Bestrebungen die Gründung eines Bundesbeirates für Integration.³⁵⁹

Die Kommunen werden als Ort der sich vollziehenden Integration bestimmt und gerade in diesen müssten die oft befristeten Projekte zur Integration verstetigt werden: „Unser Ziel ist die bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Integrationsfördermaßnahmen vor Ort.“³⁶⁰

Insgesamt will die Regierung mehr „nachholende Integration“ fördern und spricht hier vor allem die Sprachförderung an. Ziel ist es daher einen Integrationsvertrag zu schaffen, der sowohl für Neuzuwanderer als auch für bereits Zugewanderte Integrationsmaßnahmen bereitstellen wird:

„Mit Integrationsverträgen werden die notwendigen Integrationsmaßnahmen für eine erfolgreiche Eingliederung in die deutsche Gesellschaft und den deutschen Arbeitsmarkt vereinbart und später kontinuierlich überprüft. Information und Beratung über staatliche und bürgerschaftliche Angebote stehen dabei im Vordergrund. Modelle der individuellen Begleitung, wie etwa die Integrationslotsen, beziehen wir dabei ein.“³⁶¹

Dieses Modell der Integrationsverträge hat viele Ähnlichkeiten mit der vor allem medial ab dem Jahr 2006 diskutierten politischen Idee der Einbürgerungstests und der damit zu erleichternden Einbürgerung. Die vertragliche Bindung ist allerdings ein Novum bis zu diesem Zeitpunkt. Die Koalition setzt vermehrt auf das Instrument des Erlernens der deutschen Sprache als notwendigen Erwerb für eine erfolgreiche Integration in Deutschland:

„Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Partizipation und sozialen Aufstieg. Wirksamstes Instrument der Sprachförderung des Bundes sind die Integrationskurse.“³⁶²

Ab dem Jahr 2009 wurden die Mittel für die Integrationskurse stetig erhöht. Im Jahr 2013 werden diese finanziellen Mittel aber wieder gekürzt mit der Begründung der Nichtinanspruchnahme dieser Kurse.

³⁵⁸ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 74.

³⁵⁹ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 74.

³⁶⁰ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 75.

³⁶¹ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 75.

³⁶² CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 75.

Die Programmatik des Fördern und Fordern zur Erhöhung der Erfolgchancen verfolgt die CDU/CSU/FDP-Regierung ab dem Jahr 2009 aber weiter:

„Die Zahl der Orientierungskursstunden wird von 45 auf 60 angehoben – damit geben wir den Teilnehmern die Chance, mehr über die Funktionsweise unseres demokratischen Rechtsstaates zu erfahren. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Schnelle Lernerfolge werden wir mit Anreizen fördern.“³⁶³

Eine Erhöhung der Stunden im Orientierungskurs als Vermittlungsinstrument für Staatskunde und das Fördern der Lernanreize stehen im Mittelpunkt des Koalitionsvertrages. Weiter sollen die Integrationskraft der Kindergärten und Schulen mit Sprachtest und ähnlichen Maßnahmen gefördert werden. Die Eltern sind aber der Hauptsprechpartner und eine Kampagne „Deutsch lernen – Deutschland kennen lernen“ für Elternintegrationskurse wird angekündigt.³⁶⁴

Weitere Maßnahmen sind eine Qualifizierungsinitiative gegen die erhöhte Zahl von Schulabbrechern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Verbesserung der Erwerbsbeteiligung von Zugewanderten auch unter der Förderung von Existenzgründern aus dieser Bevölkerungsschicht. Der Bund wird als Arbeitgeber mehr Migranten beschäftigen und die Teilnahme von zugewanderten Frauen und Mädchen am öffentlichen Leben fördern.³⁶⁵

Die Regierungskoalition nimmt außerdem Bezug auf das Staatsangehörigkeitsreformgesetz aus dem Jahr 1999, mit dem der ius-soli-Erwerb für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern im Staatsangehörigkeitsrecht verankert wurde. Die vereinbarte Übergangsregelung sah vor, dass die zwischen 1990 und 2000 geborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können:

„Die ersten dieser Kinder (ca. 3.300) wurden im Jahr 2008 achtzehn Jahre alt und damit optionspflichtig. Bis zur Vollendung ihres 23. Lebensjahres müssen sie sich für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit entscheiden.“³⁶⁶

Diese Optionsfälle wurden im Anschluss eruiert um die Verfahren zu verbessern und als „das stärkste Zeichen der Zugehörigkeit“ zu Deutschland die Einbürgerungsvoraussetzungen für eine Staatsbürgerschaft verbessern zu können.³⁶⁷ Im Vertrag werden noch einmal die Wichtigkeit von individueller Bildung, der Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland und die Evaluierung von Sprachnachweisen diskutiert. Die Erbringung der Sprachnachweise der deutschen Sprache soll or-

³⁶³ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 75.

³⁶⁴ Vgl. CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 76.

³⁶⁵ Vgl. CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 76 f.

³⁶⁶ CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 77.

³⁶⁷ Vgl. CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 77.

organisatorisch vereinfacht werden.³⁶⁸ Eine eher restriktive politische Haltung gegenüber Bleiberechtsregelungen, Visa-Verfahren wird deutlich, allerdings werden Evaluierungen der Abschiebehaftbedingungen und beim Asylbewerberleistungsgesetz angekündigt.³⁶⁹

Die CDU/CSU/FDP-Koalition zeigt sich in ihrem Vertrag insgesamt zukunftsweisend und in der Ausführlichkeit der Diskussion über die Ausgestaltung von Zuwanderung und Integration sehr transparent und richtungsweisend. Es werden sowohl einzelne Gesetze, als auch Maßnahmen und angestrebte Verbesserungen angesprochen. Der Tonfall bleibt allerdings streng und es werden gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund viele Förderprogramme in Aussicht gestellt, die über gesetzliche Regelungen vertraglich bindend gemacht werden sollen. Insgesamt entsteht ein Bild einer handlungsfähigen zielbewussten Koalition, die viele Ansprüche an Zugewanderte stellen möchte, aber ihrerseits auch zukunftsfähige Förderangebote zur Einbürgerung und individuellen Weiterbildung anbietet.

Vor allem die inhaltliche Ausgestaltung der Förderung und Forderung steht im Mittelpunkt dieses Koalitionsprogramms. Insgesamt sind diese inhaltlichen Angebote in den Jahren 1998-2009 kaum vorhanden. Die Programme beschränken sich auf Absichtserklärungen und lassen viel interpretatorischen und inhaltlichen Spielraum in der Bewertung dieser Programme. Deutschland wurde als Einwanderungsland festgeschrieben und ab 1998 in den Koalitionsprogrammen der Regierungsparteien vermehrt gefordert und mit Forderungskatalogen versehen. Der Erwerb der deutschen Sprache steht hierbei im Mittelpunkt der Integrationsbemühungen und spätestens ab 2001 müssen die Parteien dem neu entfachten Sicherheitsgedanken in der Bevölkerung Tribut zollen. Die Programme werden im Hinblick auf die hier untersuchte Thematik restriktiver und mit mehr Forderungen versehen. Viele Aspekte und Ansätze werden allerdings nicht inhaltlich unterfüttert, so dass wenige konkrete Angebote aus dem politischen Zentrum an die Lebenswelt heran getragen werden. Einzig die Forderungen zu Integrationsleistungen werden mit Leben gefüllt und über die Medien als Mittler an die Lebenswelt heran getragen (s. u.). Positive Ansätze und Absichtserklärungen sind kaum eine Meldung wert. Festzuhalten bleibt, dass die Parteien in ihrer Formulierung von Koalitionsprogrammen eine Mitschuld an der Schieflage der Zuwanderungs- und Einwanderungsdiskurse tragen.

³⁶⁸ Vgl. CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 78.

³⁶⁹ Vgl. CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): S. 79.

8. Die medial transportierten Bilder der politischen Entscheidungsprozesse

Elementar für die Ziel- und Thesensetzung dieser Dissertation ist die Auswertung der aufgeführten Printmedien in den Themenfeldern Green-Card, ZuwG, NI, Kopftuch und DIK. Diese Untersuchung erfolgt, wie bereits erwähnt, mittels fester theoretischer Herleitung und nachvollziehbaren gesetzten Standards (s. o.). Die Bild-Zeitung wird hierbei einer gesonderten Betrachtung unterzogen, da sie andere Prämissen verfolgt, als die übrigen drei Printmedien. Die Argumentationsstränge der SZ, FAZ und Taz sind vergleichbarer und können teilweise in der Untersuchung für die jeweils andere stehen. Wichtig für diese Dissertation ist weniger die Vollständigkeit der Artikel, sondern vielmehr die Nachvollziehbarkeit der Fremdheitskonstruktionen in den Zuwanderungsdebatten der Jahre 1998-2009. Wie eingangs angeführt, dienen die Printmedien als Kontrollorgan für die im politischen Zentrum ausgehandelten Maßnahmenkataloge und Gesetze zur Zuwanderung und Integration. Nach Luhmann werden die Nachrichten aufgegriffen, die konstant wiederholt werden. Die Funktion der Printmedien ist es demnach, ihrerseits ein Bild der Realität zu vermitteln und an den Adressaten in der Lebenswelt zu richten. Die politischen Entscheidungsprozesse und Äußerungen der Politiker der einzelnen Parteien dienen als Referenz- und Relevanzfaktor in dieser Dissertation. Die politische Diskussion zu einzelnen Komponenten der Ausgestaltung von Zuwanderungs- und Integrationsmaßnahmen wird vermehrt in den untersuchten Printmedien geführt und aus diesem Grund detailliert betrachtet. In dieser Dissertation wird die Annahme verfolgt, dass die Entscheidungen des politischen Zentrums über die politische Diskussion in den Printmedien wahrgenommen werden. Aus diesem Grund müssen die Aussagen des politischen Zentrums zusammen mit den vermittelten Bildern der Printmedien ausgewertet werden. Die Printmedien haben hierbei, so die These, über den Untersuchungszeitraum hinweg eine eigenständige Hintergrundrealität im Themenbereich Zuwanderung und Integration erschaffen.

8.1. Die Debatte um die Green Card

Die Auseinandersetzung mit der Green Card war hauptsächlich in den Jahren 2000 und 2001 in den untersuchten Zeitungen präsent und wurde demnach nicht periodisch behandelt. Allerdings sind im gesamten Untersuchungszeitraum Auswirkungen dieser ersten Debatte um eine geregelte Zuwande-

rung und ein eventuelles Punktesystem zu finden. In der jüngsten Debatte ab 2007 wird die Green Card nach dem kanadischen Beispiel oft als Blue Card bezeichnet. In ihren Grundprämissen ist die Diskussion um die Blue Card aber nicht neu, sondern spiegelt die Jahre 2000/2001 wider, wie die Betrachtung zeigen wird.

Die Diskussion über die sogenannte 'gewollte Zuwanderung' wird im Folgenden kurz dargestellt und die Veränderungen bzw. Spiegelungen auf die aktuelle Debatte in den betreffenden Jahren finden Erwähnung. Hervorzuheben ist noch, dass die SZ, die Taz und die FAZ im Jahr 2003 ein abschließendes Fazit ziehen über die Wirkungen der Green-Card-Verordnung. Diese drei Printmedien behandelten das Thema über das Jahr 2001 hinaus. Die Darstellung in der Bild-Zeitung beschränkt sich auf einige Artikel in den Jahren 2000 und 2001 und dieses Medium berichtet jeweils im Jahr 2007 und 2008 über die Blue Card.

Generell wird die Bild-Zeitung eine gewisse Sonderrolle in der Betrachtung einnehmen, da sie die Debatten und Diskussionen anders wieder gibt, als die anderen drei untersuchten Zeitungen. Bei diesen Printmedien kristallisierte sich bei der Analyse eine gewisse Vergleichbarkeit heraus, daher wurden sie jeweils gekoppelt ausgewertet. Hierbei werden die Unterschiede und die gemeinsame Stringenz in der Debatte herausgestellt. Die Zitate und der Startpunkt der Debatte ähneln sich oft, weshalb beispielsweise ein Zitat aus der SZ durchaus an einigen Stellen für die übrigen beiden Printmedien stehen kann. Die FAZ behandelte die Green und Blue Card unter wirtschaftlichen Aspekten ausführlich und ist daher für die Untersuchung interessant.

8.1.1 Der Zyklus Green Card in der Bildzeitung

In der Bild-Zeitung gab es in den Jahren 2000 und 2001 wenige ausführliche Berichte. Die Hauptphase der Berichterstattung findet sich Anfang des Jahres 2000, als Bundeskanzler Gerhard Schröder die Green-Card-Initiative auf der CeBIT-Messe verkündete. Danach wird sie erst wieder ab August 2000 thematisiert, als die ersten Green-Card-Bewerber nach Deutschland kommen. Anfänglich berichtet die Bild ausführlich über den Streit zwischen den Politikern und der Wirtschaft: „Streit um Computer-Gastarbeiter immer heftiger.“³⁷⁰ In diesem Zusammenhang interviewt die Bild viele Unternehmer und fragt sie nach ihrem Standpunkt. Die darauf folgenden Berichte, die hauptsächlich als Kurznachrichten erscheinen, informieren über den ersten Green-Card-Empfänger und wie viele „Computer-Inden“ ihm bereits gefolgt sind beziehungsweise es noch werden.³⁷¹

³⁷⁰ Bild-Zeitung vom 06.03.2000: „Streit um Computer-Gastarbeiter immer heftiger“, S. 1.

³⁷¹ Bild-Zeitung vom 26.02.2000: „30.000 „Computer-Inden“ wollen nach Deutschland“, S. 1.

Die wenigen ausführlichen Berichte gaben, von der Überschrift abgesehen, die Anordnungen der Green Card sehr detailliert wieder. Unter dem Titel „So sieht eine Green Card aus“ wurde der DIN A4-Bogen der Verordnung abgedruckt.³⁷² Mit diesem Formblatt des Arbeitsamtes durfte der Indonesier „Wijaya Harianto“ [eigentlich Harianto Wijaya, Anm. des Verf.] in Deutschland arbeiten. Die Bild macht an dieser Stelle einen Fehler, da sie den Namen des ersten Green-Card-Empfängers verdreht.³⁷³ Die einzelnen Bestimmungen der Initiative werden in einem fiktiven Frage-Antwort-Katalog in der Bild abgearbeitet. Auszugsweise seien hier die Antworten nach der Aufenthaltsdauer und dem Familiennachzug erwähnt:

- „Die Aufenthaltsdauer gilt genau 5 Jahre. Sie darf nicht verlängert werden.“
- „Kinder und Ehegatten dürfen für 5 Jahre nach Deutschland ziehen. Die Ehepartner dürfen nach 2 Jahren in einem eigenen Job arbeiten.“³⁷⁴

Mit diesem Stilmittel der optischen Wahrnehmung, bzw. der Stimulans arbeitet die Bild auch in den anderen Debatten (beispielsweise: Abdruck der Fragen des Einwanderungstests).

Nach einzelnen Artikeln 2001, in denen unter anderem über die künftige Käuflichkeit der Green Card nachgedacht wird, verebbt die Debatte schnell. In einem Artikel wird der Leiter des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts nach seiner Idee der käuflichen Green Card gefragt: „Sie könnte an Interessenten verkauft, versteigert, oder sogar verlost werden. Je mehr Arbeitslose es bundesweit gibt, desto teurer würde der Eintritt.“³⁷⁵

Diese Stellungnahme lässt die Bild, wie die meisten Artikel, unkommentiert stehen und befasst sich in der folgenden Zeit eher mit dem Zuwanderungsgesetz als mit der Green Card. Hier ist ein deutlicher Unterschied zu den anderen drei Zeitungen auszumachen.

Als objektiv kann die Berichterstattung in der Bildzeitung nach der vorliegenden Quellenlage nicht bezeichnet werden. Einzelne Green-Card-Besitzer kommen nur sporadisch zu Wort und erzählen unter anderem wie sehr sie sich auf die Arbeit in Deutschland und in einem Fall auf „einen BMW“ freuen. Allerdings wird in dem gleichen Interview erwähnt, dass der Experte in seinem Heimatland bereits „nach einem Jahr sein Diplom bekommen“ hat.³⁷⁶ Dieser Kommentar könnte bereits Unmut in Teilen der Bevölkerung erzeugt haben, da die Ausbildung zwischen den Zeilen angezweifelt wird. Weiter kann beim Leser der Eindruck aufkommen, dass sich alle Inder mit dem Computer auskennen: „Der Job ist in Indien sehr beliebt. Alle meine Freunde arbeiten in der Computerbran-

³⁷² Bild-Zeitung vom 01.08.2000: „So sieht eine Green Card aus“, S. 2.

³⁷³ Bild-Zeitung vom 01.08.2000: S. 2.

³⁷⁴ Bild-Zeitung vom 04.05.2000: „Green Card beschlossen- Im August kommen die ersten Computer-Experten“, S. 2.

³⁷⁵ Bild-Zeitung vom 31.05.2001: „Einige 10.000 Mark für einen deutschen Pass?“, S. 2.

³⁷⁶ Bild-Zeitung vom 02.03.2000: „Computer-Inder Surjit Singh Suri, S. 2.

che.³⁷⁷ Diese Meinungsäußerung von einem Betroffenen bildet die Ausnahme in der Berichterstattung über die Green Card, die generell eine sehr einseitige politische Debatte widerspiegelt.

Der Auftritt Gerhard Schröders auf der CeBit und der Plan der Regierung wird unter der Überschrift: „Fachkräftemangel. Schröder holt Experten aus dem Ausland“ beschrieben: „Für eine begrenzte Zeit soll die Lücke mit ausländischen Fachkräften gefüllt werden.“³⁷⁸ Allein dieser Satz erweckt den Eindruck, dass Deutschland die Möglichkeit hat, endlich „Ersatzteile“ für die Wirtschaft zu bekommen, die nach Gebrauch wieder ausgetauscht werden. Es wird wiederum der Status Gast auf Dauer impliziert.

Stellvertretend für die Wirtschaft wird der damalige IBM-Deutschland-Chef Erwin Staudt interviewt, der die Ansicht vertritt, dass Deutschland die weltbesten Spezialisten holen müsste, „wenn wir in der Wachstumsbranche Informationstechnologie zur Champions League gehören wollen. Die Green Card bedeutet nicht, dass Deutschen ein Arbeitsplatz weggenommen wird.“³⁷⁹ Bezeichnenderweise versucht der Unternehmer hier die einseitige Debatte etwas aufzulockern und die Ängste in der Bevölkerung abzubauen, in dem er sich für die Green-Card-Bewerber einsetzt.

Nur während der Berichterstattung über die Green Card werden Kommentare aus der Bevölkerung abgedruckt. Diese spiegelten laut Quellenlage hauptsächlich Fremdheit wider, da viele Leser eine eher ablehnende Haltung gegenüber der Anwerbung neuer Fachkräfte vertraten.

Die Bezeichnungen für diese Gruppe fußen auf Vorurteilen und Ängsten. Die Menschen haben laut Bild Angst um ihren Arbeitsplatz und begegnen diesem Vorstoß der Bundesregierung fast ausschließlich mit Ablehnung. So titelt die Bild: „Green Card. 56% wollen keine Computer-Indexer“ und beruft sich auf eine Umfrage (1100 Befragte) des Meinungsforschungsinstituts „dimap“. In dem kurzen Artikel wird die klare Meinung vertreten, dass es falsch sei, Spezialisten nach Deutschland zu holen: „Von den Arbeitslosen sind 79% dagegen, nur 19% sagen, es wäre richtig.“³⁸⁰

Weiter ist in einem Kommentar von einer anderen Person die Feststellung zu finden: „Ich beantrage eine Green Card für einen neuen Kanzler!“³⁸¹

³⁷⁷ Bild-Zeitung vom 02.03.2000: S. 2.

³⁷⁸ Bild-Zeitung vom 24.02.2000: „Fachkräftemangel. Schröder holt Experten aus dem Ausland“, S. 1.

³⁷⁹ Bild-Zeitung vom 06.03.2000: „IBM-Chef: Ohne Computer-Indexer sehen wir alt aus!“, S. 2.

³⁸⁰ Bild-Zeitung vom 04.03.2000: „Green Card: 56% wollen keine Computer-Indexer“, S. 2.

³⁸¹ Bild-Zeitung vom 28.02.2000: S. 2.

Augenscheinlich ist auch die Wut über die Entscheidung, beziehungsweise das Gefühl der Ohnmacht einiger Menschen:

„Unser Sohn, 21, arbeitet seit zwei Jahren als Software-Entwickler. Er muss jetzt sofort seinen Zivildienst antreten. Sein dreijähriger Arbeitsvertrag wird dadurch beendet. Danach ist er arbeitslos. Wieder eine freie Stelle für einen Computer-Inder.“³⁸²

Hier werden Meinungen aus der Bevölkerung abgedruckt, die eine klare Abwehr der Bestimmung zum Inhalt haben und weitere Vorurteile gegenüber den Zuwanderern fördern. Diese Abwehr könnte zur Folge haben, dass Einwanderer diese Intoleranz stärker erfahren.

Die Bild spricht fast in jeder Überschrift vom „Computer-Inder“.³⁸³ Bezeichnenderweise kommen allerdings nur sehr wenige der Green-Card-Besitzer aus diesem Land. Der erste Bewerber stammt beispielsweise aus Indonesien und hatte bereits in Aachen studiert. Von den ersten 13.257 Green-Card-Bewerbern waren nur 2.402 Spezialisten indische Staatsbürger und somit kann davon ausgegangen werden, dass die Pauschal-Nennung der „Computer-Inder“ der Gesellschaft ein Bild vorgab, das nicht der Wirklichkeit entsprach.³⁸⁴ Viele Spezialisten kamen aus osteuropäischen Staaten, wie Bulgarien und Tschechien, wurden aber pauschal als indische Computer-Experten bezeichnet.

Innerhalb der Debatte über die Green Card ist die Bezeichnung des „Gastarbeiters“ wieder in den Sprachgebrauch zurückgekehrt. Es zeigt sich die Parallele zur damaligen Diskussion um die Notwendigkeit von Arbeitskräften. Die Experten werden bedenkenlos als „Gastarbeiter“³⁸⁵ oder neben der Bezeichnung „Computer-Inder“ als „Computer-Gastarbeiter“³⁸⁶ benannt.

Die hohen Zahlen der Wirtschaft von 150.000 offenen Stellen und die Bezeichnung „Gastarbeiter“ riefen Erinnerungen an die Einwanderungsdebatte Anfang der 1960er Jahre wach. Die alten Zuschreibungen und Konnotationen schürten schon bekannte Ängste und Vorurteile in der Mehrheitsbevölkerung:

„Bin gegen den Zuzug von Indern etc. Nach drei bis fünf Jahren beginnt nämlich das übliche Spiel. Haben jetzt einen festen Job; Kinder haben sich eingewöhnt und Freunde hier; wollen in Deutschland bleiben; sind schon lange hier.“³⁸⁷

³⁸² Bild-Zeitung vom 08.03.2000: „Leser schreiben an Bild: Zu: „Green Card: 56% wollen keine Computer-Inder“, S. 2.

³⁸³ So zu lesen zum Beispiel in der Bild-Zeitung vom 06.03.2000: „Streit um Green Card für Computer-Inder immer heftiger“, S. 1.

³⁸⁴ Bild-Zeitung vom 08.07.2000: „Green Card“, S. 1.

³⁸⁵ Bild-Zeitung vom 06.03.2000: „IBM-Chef: „Ohne Computer-Inder sehen wir alt aus!“, S. 2.

³⁸⁶ Bild-Zeitung vom 25.03.2000: „Streit um Computer-Gastarbeiter“, S. 1.

³⁸⁷ Bild-Zeitung vom 16.03.2000: „Leser schreiben in Bild. Zu: „Computer-Inder, S. 2.

Die generelle Nutzung dieser alten Zuschreibungen kann nicht zum Abbau von Vorurteilen zwischen den Einwanderergruppen und der Mehrheitsgesellschaft geführt haben.

8.1.2 Der Zyklus Green Card in der SZ /der Taz und der FAZ

Wie in der Bild-Zeitung erfolgt nach Bekanntgabe der Green-Card-Initiative auf der CeBit die Hauptdiskussion in den weiteren drei Zeitungen. Allerdings beschränkt sich die Hauptdiskussion in der FAZ auf den Monat November 2000 und auf die Bewertung des Kommunalwahlkampfes in Hessen.³⁸⁸ In der FAZ steht zunehmend der Parteienkonflikt über die Leitkultur-Debatte und die Green Card im Fokus der Betrachtung. „Was wir als Zuwanderer brauchen, sind keine Hilfsarbeiter. Ich bin für größere Anstrengungen, daß [sic!] wir viel mehr ausländische Selbständige bekommen“, wird der CDU-Generalsekretär Meyer zitiert.³⁸⁹ Die FAZ berichtet im Zusammenhang der von der CDU initiierten Leitkulturdebatte über die Zuwanderung von Höchstqualifizierten.³⁹⁰

Der Bundeskanzler Gerhard Schröder bekommt allerdings viel Lob von der SZ für diesen Vorstoß, da eine Anwerbung von Fachkräften nach der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV) fast unmöglich gewesen sei: „Die Industrie ködert die Experten, das Arbeitsamt weist sie ab.“³⁹¹

Die Verordnung wird nach dem Beschluss der Bundesregierung exakt wiedergegeben, so zum Beispiel in einem „Lexikon. Green Card“.³⁹² Die geplante Anhebung der Befristung von anfänglich drei auf fünf Jahre wird vor allem von Jürgen Rüttgers kritisiert, der gegenüber der SZ meint, dass die Experten nach der Verlängerung und der Möglichkeit auf einen Arbeitsplatzwechsel wahrscheinlich ganz bleiben dürften.³⁹³ Auch in der Taz wurden die Bestimmungen der Green-Card-Verordnung sehr detailliert wiedergegeben, aber die eigentlich betroffenen Computerspezialisten kamen, wie in den drei anderen Zeitungen, eher selten zu Wort.

³⁸⁸ FAZ vom 05.11.2000: Ökosteuern als Wahlkampf. Koch bei Kleinem Parteitag der Hessen-CDU: Werden über Integration reden, S. 2 / FAZ vom 05.11.2000: Der bequeme Ausweg Einwanderung führt in die Irre. Wirtschaft soll stärker die Arbeitskraft der Menschen in Deutschland nutzen. Mehrheit gegen stärkere Zuwanderung, S. 4.

³⁸⁹ FAZ vom 06.11.2000: Meyer will Debatte über „Nation“ und „Patriotismus“. Schröder mahnt „Eiferer“ zu Toleranz / CDU berät über Zuwanderung / Müller regt Volksabstimmung an, S. 1.

³⁹⁰ FAZ vom 28.10.2000: „Ziel ist die Integration in die gewachsene Gesellschaft.“ Das Eckwertepapier der CDU zur Zuwanderung, S.2 / FAZ vom 07.11.2000: „Der Begriff irritiert den Gegner, was schon mal gut ist.“ Die CDU-Führung verständigt sich auf Grundaussagen zur Zuwanderung/ „Leitkultur in Deutschland“, S. 1 / FAZ vom 08.11.2000: CSU will eigenes Papier zur Zuwanderung vorlegen, S. 1 / FAZ vom 08.11.2000: „Es hätte schlimmer kommen können“. CSU trotz allem erleichtert. Beweglichkeit Merkels in der Zuwanderungsdebatte, S. 2. / FAZ vom 07.11.2000: Jeremy Rifkin (amerikanischer Ökonom; Anm. des Verf.) plädiert für eine deutsche Leitkultur, S. 1.

³⁹¹ SZ vom 09.03.2000: „Wenn Manager zu Bittstellern werden“, S. 27.

³⁹² SZ vom 26.02.2000: S. 2.

³⁹³ SZ vom 22.04.2000: „Riester will verlängerte Frist für Green Card“, S. 5.

Hier zeigt sich ebenfalls zu einem frühen Zeitpunkt der Parteienstreit über die Gestaltung der Zuwanderung, der mit der Green-Card-Initiative seinen Anfang nahm. Die Grünen wollten früh eine Öffnung und keine Befristung, während Angela Merkel gegen „Insellösungen für einige Branchen“ war.³⁹⁴ Die Grünen sprachen in diesem Zusammenhang von einer „Red Card“, die auf Menschen eher abschreckend als einladend wirken würde.³⁹⁵ Dieser Streit wird in allen untersuchten Printmedien behandelt und lässt die Debatte um das eigentliche Diskussionsthema, die Green Card, in den Hintergrund rücken. Bereits in diesen Anfangsjahren nach dem Paradigmenwechsel von 1998 wird deutlich, dass der verbale politische Schlagabtausch einen größeren Raum erhält, als die Thematik Zuwanderung im Speziellen.

In der Taz wird der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Hans Olaf Henkel zitiert, der sogar „einen Fehlbedarf von 300.000 Fachleuten“ im Maschinenbaubereich sah.³⁹⁶ Diese Diskussion über geregelte Zuwanderung hat an Aktualität nichts verloren. So wurde im Sommer 2007 über die Einführung einer „Blue Card“ für Ingenieure nachgedacht (s. u.).

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marie-Luise Beck versicherte der SZ gegenüber, dass ein „begrenzt Bleiberecht für IT-Experten nicht attraktiv“ sei.³⁹⁷ Die Ausweitung auf andere Branchen und eine unbefristete Regelung lehnte die SPD anfangs kategorisch ab, da man einen eklatanten Fachkräftemangel in anderen Bereichen der Wirtschaft nicht sehen würde.³⁹⁸ Nach Meinung der SZ war aber schnell klar, dass die Diskussion im Prinzip nicht nur über die 20.000 Green-Card-Ausstellungen geführt werde, sondern „welche wirtschaftlichen und sozialen Probleme sich im Land mit Hilfe von Einwanderung lösen ließen.“³⁹⁹

Die Berichterstattung wurde auf einem anderen Niveau geführt als in der Bild-Zeitung, da man erkannte, dass sich ein Richtungswechsel in der Einwanderungsdebatte abzeichnete. In einem Interview mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller schlägt dieser vor: „Man könnte ausländische Fachkräfte zulassen und zugleich Gespräche über ein Einwanderungsgesetz aufnehmen.“⁴⁰⁰

³⁹⁴ SZ vom 02.06.2000: „Kabinett verabschiedet Green Card Regelung“, S. 6.

³⁹⁵ SZ vom 06.04.2000: „Grüne nennen Green Card bürokratischen Unfug“, S. 1.

³⁹⁶ Taz vom 20.03.2001: „Green Card auch für Ingenieure?“, S. 9.

³⁹⁷ SZ vom 05.05.2000: „Beck kritisiert Aufenthaltsbefristung“, S. 7.

³⁹⁸ SZ vom 03.03.2000: „Green Card nur für EDV-Experten“, S. 6.

³⁹⁹ SZ vom 04.05.2000: „Werben um die besten Köpfe“, S. 11.

⁴⁰⁰ SZ vom 10.05.2000: „Müller schlägt Junktim bei Green-Card-Regelung vor“, S. 6.

Bevor die Diskussion wieder aus der medialen Öffentlichkeit verschwindet, wird in der SZ im Jahr 2001 zum ersten Mal ein Resümee gezogen. In mehr als einem Kommentar wird behauptet, dass die Green Card zumindest gezeigt habe, dass „Deutschland ein Einwanderungsgesetz braucht“.⁴⁰¹ Zudem habe die Green Card die deutsche Politik verändert, da man nun „positiv über die Einwanderung diskutiert.“⁴⁰² Aus allen Parteien wird laut SZ schließlich die Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz lauter und taucht in der Diskussion um die Green Card auf.

Die FAZ berichtet vermehrt über die „Arbeitsgruppe Zuwanderung“ und deren Vorstellungen einer Zuwanderung für Höchstqualifizierte.⁴⁰³ Ein Appell der Wirtschaft an die Parteien wird abgedruckt und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zitiert: „Es wäre für den Wirtschaftsstandort Deutschland schädlich, wenn dieses wichtige Reformvorhaben auf dem Altar des Wahlkampfes geopfert würde.“⁴⁰⁴ Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden steht nicht unbedingt die Zuwanderung im Fokus, sondern er konstatiert „Qualifizierung geht vor Zuwanderung“ und spricht an dieser Stelle vor allem die bereits im Land lebenden Menschen mit Migrationshintergrund an.⁴⁰⁵

Auf der anderen Seite zeichnet die SZ das Bild des wirtschaftlichen Misserfolges der Green Card. Sie sieht ein „Lehrstück für versäumte Chancen“, da Unternehmen und Politik den Wandel verschlafen hätten.⁴⁰⁶ Ein Jahr nach Einführung der Green Card zeichnet sich in den Berichten eine Uneinigkeit darüber ab, ob die Green Card als Misserfolg oder als Erfolg bezeichnet werden kann. In dem Artikel: „Die Computer-Branche nennt Green Card Erfolg“ zieht die Wirtschaft im August 2001 ein positives Fazit:

„Wer angesichts der 8.688 bislang erteilten Arbeitsgenehmigungen von einem Flop spricht, übersieht, dass qualifizierte Fachkräfte weltweit knapp sind,“ wird ein Mitarbeiter des Instituts der deutschen Wirtschaft zitiert.⁴⁰⁷

Des Weiteren gilt die Green Card in der Taz ab dem Jahr 2000 nur als Zwischenlösung für eine neue Einwanderungsdebatte. Die Überschrift: „Welcher Ausländer soll's sein“⁴⁰⁸, zeigt die bereits zu dieser Zeit einsetzende Unterscheidung zwischen erwünschter nützlicher und unerwünschter, zu

⁴⁰¹ SZ vom 30.07.2001: „Der Misserfolg als Erfolg“, S. 4.

⁴⁰² SZ vom 30.07.2001: S. 4.

⁴⁰³ FAZ vom 01.07.2001: „Zuwanderung begrenzen“. SPD will zunächst nur Höchstqualifizierte. Deutsch-Pflichtkurse, S. 2. / FAZ vom 10.07.2001: Greencard statt Strickweste, S. 2. / FAZ vom 12.07.2001: Einheitliche Grundsätze für Zuwanderung, S. 5.

⁴⁰⁴ FAZ vom 08.07.2001: „Zuwanderung jetzt regeln“, S. 1.

⁴⁰⁵ FAZ vom 26.04.2001: Struck: Qualifizierung geht vor Zuwanderung, S. 2.

⁴⁰⁶ SZ vom 15.03.2000: „Wir brauchen die Leute sofort“, S. 6.

⁴⁰⁷ SZ vom 09.08.2001: Die Computer-Branche nennt Green Card Erfolg“, S. 22.

⁴⁰⁸ Taz vom 17.03.2000: S. 7.

reduzierender Einwanderung. Es wird der Anschein erweckt, dass mit der zuletzt genannten Gruppe die ehemaligen Arbeitsmigranten mit ihren Familien gemeint sind. Die erwünschten Einwanderer sind laut FDP-Vorsitzendem Brüderle „die Menschen, die wir aus wirtschaftlicher Perspektive heraus in Deutschland benötigen.“⁴⁰⁹ Es wird jedoch an anderer Stelle von der Taz angemerkt, „die Vorstellungen, die nun auf dem Tisch liegen, verlängern das armselige Konzept der 50er und 60er Jahre.“⁴¹⁰

In der SZ werden Meinungen von Green-Card-Besitzern zitiert und über die „Zuwandererproblematik“ mit Experten diskutiert. Ab August 2000 wird über die neuen Computer-Experten und vor allem über den ersten Green-Card-Inhaber Harianto Wijaya, berichtet. Die SZ zeigt sich überrascht, dass es sich bei der Green Card um ein „ganz normales Formblatt des Arbeitsamtes“ handelt.⁴¹¹ Weiter erwähnt sie die Tatsache, dass „Herr Wijaya gar nicht aus dem Ausland kommt, zumindest nicht mittels der Green Card“, sondern sein Studium an der Universität Aachen abgeschlossen habe. Einmal wird er selbst zitiert und darf auf die „immer gleichen Fragen, wie er sich denn fühle und was er jetzt vorhabe“, antworten: „Ich bin total glücklich und freue mich auf meine Arbeit.“⁴¹²

In der FAZ kommen vor allem die Vertreter aus der Industrie zu Wort und dürfen ihre Bedarfe an qualifizierten Mitarbeitern äußern: „Die deutsche Laser- und Photonik-Industrie schlägt angesichts des akuten Fachkräftemangels auf dem Gebiet der optischen Technologien Alarm.“⁴¹³

In der Taz kommen die betroffenen Green-Card-Besitzer, seien es Inder oder Programmierer aus den GUS-Staaten, eher selten zu Wort. Es wird der erste Green-Card-Besitzer Harianto Wijaya in aller Ausführlichkeit vorgestellt und mit einem Lichtbild gezeigt. Seine Meinung zur neuen Verordnung wird jedoch weder in einem Interview noch in einer Stellungnahme abgedruckt. Die Taz bemerkt in diesem Artikel mit einem Augenzwinkern: „Der erste Inder kommt aus Indonesien, die Green Card ist auch nicht grün, sondern ein schmuckloses DIN-A4-Formular mit blauem Stempel [...]“⁴¹⁴

An dieser Stelle keimt zum ersten Mal Kritik einer Zeitung an der vorurteilsbelasteten Diskussion auf. Als Wijaya jedoch „der Bürokratie wegen“ frühzeitig nach drei Jahren die Weiterreise antritt, findet dieser als Symbol der gescheiterten Green-Card-Initiative Erwähnung und darf sich äußern.

⁴⁰⁹ Taz vom 17.03.2000: S. 7.

⁴¹⁰ Taz vom 10.03.2000: „Die Green Card ersetzt keine Moderne Einwanderungsdebatte“, S. 11.

⁴¹¹ SZ vom 01.08.2000: „Mit Bestnote in die Boom Branche“, S. 7.

⁴¹² SZ vom 01.08.2000: S. 7.

⁴¹³ FAZ vom 3.8.2001: Optik-Industrie für mehr Zuwanderung. Verband: Uns fehlen mehr als 10 000 qualifizierte Mitarbeiter, S. 15.

⁴¹⁴ Taz vom 01.08.2000: „Premiere für die Green Card“, S. 6.

Da er nach Ablauf von fünf Jahren das Land verlassen müsse und seinem Antrag nach einer unbefristeten Arbeitserlaubnis nicht stattgegeben werde, sehe er in Deutschland keine Perspektive: „Ich habe keine langfristige Planungssicherheit.“⁴¹⁵ Der Indonesier wird als Beispiel der gescheiterten Berliner Integrationspolitik dargestellt und bekommt die Opferrolle zugeordnet.

Kommentare von Computer-Spezialisten werden in der SZ vornehmlich ab 2003 abgedruckt. Sie haben die schlechte Arbeitsmarktlage und die mangelnde Zukunftsperspektive zum Inhalt:

„Die Unternehmen erwarten, dass man deutsch kann. Ich habe ja angefangen, deutsch zu lernen. Aber das braucht Zeit.“ [...] „In Kanada ist man nach fünf Jahren Staatsbürger. Wenn aber in Deutschland die fünf Jahre um sind, wenn die Kinder besser deutsch sprechen als ihre Muttersprache, wenn die Ehefrau endlich einen Job hat – dann muss man die Koffer packen und irgendwo anders wieder ganz von vorne anfangen.“⁴¹⁶

Zum einen prangert dieser Spezialist also die mangelnde sprachliche Flexibilität der Deutschen an. Zum anderen ist er der Meinung, dass die Zukunft in Deutschland nicht gesichert ist, da man nach fünf Jahren mit seiner Familie weiter ziehen muss.

In der Taz wird ein Leiter von Unternehmen gefragt, wie er mit der Leistung des Experten zufrieden ist. „Er leistet gute Arbeit und hat sich gut integriert“, lautet die Aussage eines Arbeitgebers aus dem Umweltamt im brandenburgischen Rheinsberg.⁴¹⁷ Im Artikel wird angemerkt, dass Integration in diesem Fall mit Unauffälligkeit des ukrainischen Spezialisten gleichgesetzt werden kann. Dieses Integrationsziel ergibt sich aus der Sichtweise der Bevölkerung, die den Hochqualifizierten bei einer Arbeitslosigkeit von fast 20 Prozent als Provokation verstehen würde.⁴¹⁸

In einem Interview mit einem Vertreter der türkischen Gemeinde über die quotenfreie Einwanderung, wie sie die FDP 2000 einforderte, spricht dieser von Statusverlustängsten. Es werde von Seiten der Politik nicht nach der Ausländerarbeitslosigkeit, sondern nach attraktiven und billigen Arbeitskräften aus dem Ausland geschaut: „Diese Ängste wären auch begründet, wenn man die Einwanderung wirklich für alle öffnen würde“. Deshalb sei er für „gewisse Richtlinien“ in der Einwanderungspolitik.⁴¹⁹ Ob diese Meinung in Bezug auf die Überfremdungsangst der türkischen Gemeinde als repräsentativ anzusehen ist, bleibt offen. In der gleichen Ausgabe berichtet die Taz,

⁴¹⁵ Taz vom 07.08.2003: „Nach der Green Card bleibt nur die Heirat“, S. 8.

⁴¹⁶ SZ vom 12.07.2003: „Green Card. Ranjid sieht die rote Karte“ www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/434/14420/ (Stand: 12.10.2007).

⁴¹⁷ Taz vom 01.02.2001: „Brav, bescheiden, unauffällig“, S. 5.

⁴¹⁸ Taz vom 01.02.2001: S. 5.

⁴¹⁹ Taz vom 01.08.2001: „Markt allein geht nicht“, S. 7.

dass erstmals eine Bestimmung „den nützlichen Ausländer kreiert“ hat und spricht damit die Debatte um die erwünschte Zuwanderung an.⁴²⁰ Die Taz hebt sich in dieser Diskussion von den anderen untersuchten Zeitungen kritisch ab.

In der FAZ wurden keine Interviews von Green-Card Inhabern gefunden. Die FAZ postuliert im Jahr 2003, dass die Zuwanderung, auch der Höchstqualifizierten, das Bevölkerungsproblem der Überalterung nur abmildern kann. Allerdings ist eine Belastung der Sozialsysteme nicht zu befürchten:

„Vergleichen wir Immigranten und Deutsche mit gleicher Ausbildung, Qualifikation und gleichem Familienstand, dann rutschen Zuwanderer weniger wahrscheinlich als Deutsche in Sozialhilfeprogramme.“⁴²¹

In der SZ werden vermehrt Kommentare aus Politik, Wirtschaft und der Bevölkerung abgedruckt. Die Leserbriefe transportieren eine größtenteils ablehnende Haltung, allerdings gegenüber der Green-Card-Verordnung, nicht gegenüber den Spezialisten, die kommen wollen. Ein Leser kann es beispielsweise nicht verstehen, wie Günter Beckstein

„die Ausländer in zwei Kategorien“ einteilen kann, „nämlich in solche, die uns nützen und für die eine Blue Card (CSU-Idee der Green Card) den Aufenthalt ermöglichen soll und in solche, die uns ausnützen. Darunter fallen fast alle Asylbewerber.“⁴²²

Außerdem beschwert sich ein Leser über plakative Schlagzeilen, wie: „In der Informations-Technologie mehr als 30.000 Arbeitslose“ und konstatiert, dass dort „ein ungeheures Potential einfach brach“ liege.⁴²³ Diese und ähnliche Äußerungen über die zu hohe Arbeitslosigkeit und die Diskriminierung älterer Arbeitnehmer in der deutschen Mehrheitsbevölkerung nimmt der Leser häufig in Beziehung zur Green Card wahr. Obwohl die SZ schreibt, dass in den Leserbriefen nicht unbedingt ihre Auffassung wiedergegeben wird, entsteht der Eindruck einer gewissen Distanz aus der Bevölkerung gegenüber den Zuwanderern. Besonders Aussagen, dass „Jürgen Rüttgers Aktion großartig“ war, „weil sie die Versäumnisse der deutschen Politik und der Industrie deutlich gemacht hat“ scheinen eher Missverständnisse herauf zu beschwören als sie abzubauen.⁴²⁴ Es muss aber relativierend hinzugefügt werden, dass ein Lob an Jürgen Rüttgers selten vorkam. Die meisten

⁴²⁰ Taz vom 01.08.2001: „Jene Karte, die Green Card heißt“, S. 7.

⁴²¹ FAZ vom 07.08.2003: Zuwanderung kann das Bevölkerungsproblem nur mildern. Ökonomen werben für eine Steuerung der Immigration / Entlastung der Sozialkassen / Zuwanderer sind flexibel und innovativ, S. 12.

⁴²² SZ vom 11.08.2000: „Schwierigkeiten bis in Rentenalter“, S. 11.

⁴²³ SZ vom 13.03.2000: „Ein ungeheures Potential an Facharbeitern liegt brach“, S. 11.

⁴²⁴ SZ vom 22.05.2000: „High-Tech-Fuzzi aus dem Land gedrängt“, S. 12.

Leser sprachen von „einem Armutszeugnis“ und einem Gefühl der Anwiderung gegenüber den CDU-Kampagnen.⁴²⁵

Seitens der Taz wird betont, dass die Kampagne der CDU von starken Protesten begleitet wurde. Außerdem habe die Industrie ein großes Interesse an der Green-Card-Initiative. Sie mache in diesem Fall die Politik, bestelle eine Regelung und „der Kanzler liefert(e) binnen Wochen.“⁴²⁶ Auf der anderen Seite wurde zum Beispiel das Arbeitsministerium mit den Worten: „Wir denken nicht daran“ zitiert, als es nach der Einführung der Green Card gefragt wurde.⁴²⁷ Demnach wurde der Anschein erweckt, dass wichtige Institutionen, wie das Arbeitsministerium, nicht von diesem Plan in Kenntnis gesetzt wurden und zu dem kein Einverständnis gegeben hätten.

Für „die Inder“ wird in der SZ ein ambivalenter Stereotyp aufgezeigt. Es wird durch die Vermittlung der politischen Positionen eine gewisse Fremdheit transportiert. Die Computer-Experten werden als die Gruppe klassifiziert, die arbeiten, und Deutschland wirtschaftlich voranbringen wollen. „Fremdheit“ ist in der SZ ähnlich gelagert wie in der Bild, wird aber abzubauen versucht und darin liegt ein großer Unterschied. Die SZ geht kritisch mit dem kreierte Bild der Fremdheit um und versucht entgegenzuwirken.

Der Transport von Fremdheit entsteht mittels der tagespolitischen Nachrichten in der SZ. Allerdings versucht sich die Zeitung von den Anti-Green-Card-Kampagnen der CDU zu distanzieren und somit eine andere Realität anzubieten. Dementsprechend wird der Union mit ihrer Kampagne „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“⁴²⁸ in der SZ zwar mit Ablehnung begegnet, gleichwohl das Thema aber intensiv behandelt.

In dem Zusammenhang stellt sich die SZ klar auf die Seite der Minderheiten und äußert die Befürchtung,

„Rüttgers könnte damit ein Remake der erfolgreichen Doppelpass-Kampagne der Hessen-CDU gelingen.“ Ein Vorstandsmitglied der NRW-CDU „fragt ratlos, ob es mehr als reine Verzweiflung sei, dass Rüttgers [...] Stimmung mit Stimmen verwechsle.“⁴²⁹

⁴²⁵ SZ vom 25.04.2000: „Aufgeklärtes Publikum angewidert“, S. 13.

⁴²⁶ Taz vom 04.05.2000: „Wirtschaft macht Politik“, S. 1.

⁴²⁷ Taz vom 25.02.2000: „Gerhard Schröders schnelle Green Card kommt nicht gut an“, S. 1.

⁴²⁸ SZ vom 07.04.2000: „Mensch, Rüttgers!“, S. 14.

⁴²⁹ SZ vom 07.04.2000: S. 14.

Jürgen Rüttgers begründete sein Vorgehen mit der hohen Arbeitslosigkeit unter einheimischen Ingenieuren und EDV-Spezialisten und somit „sei die Anwerbung von ausländischen Fachkräften arbeitsmarktpolitisch unverantwortlich.“⁴³⁰ In einem Kommentar wird Jürgen Rüttgers von der SZ als „Mann der Vergangenheit“ hingestellt, der es mühelos schaffe, die ohnehin niedrige intellektuelle Messlatte in der Demokratie zu unterbieten, wenn er diese Forderungen ernst meine.⁴³¹

In der Taz wird die Kampagne Rüttgers ebenfalls kritisch gesehen und mit Distanz betrachtet. Die Wahlkampfkampagne „mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“, die aus der früheren Initiative „Kinder statt Inder“ der nordrheinwestfälischen CDU hervorgegangen ist, wird mehrfach erwähnt und ihr Initiator Jürgen Rüttgers wird durch abgedruckte Stellungnahmen aus der Industrie und von Experten hierfür kritisiert. Der IBM-Geschäftsvorsitzende Staudts beurteilt die Kampagne vernichtend: „Was Rüttgers macht, ist die unnötigste Aktion, seit der römische Kaiser Caligula [...] sein Pferd zum Konsul ernannt hat.“⁴³²

Die Debatte wird durch „die Union im wundersamen Wandel“ fast zwei Monate später wieder beendet, da „seit der Pleite der Landtagswahl in NRW [...] der Kampf gegen die Green Card als Verliererthema gilt.“⁴³³ Die Kampagne hatte aber selbst aus den Reihen der Kreisverbände der NRW-CDU wenig Zuspruch, da zunächst der polemische Spruch „Kinder statt Inder“ Assoziationen zu Parolen wie „Ausländer raus“ geweckt habe und daher im Wahlkampf die „Forderung nach mehr und besserer Ausbildung statt auf der Abwehr von Einwanderung liegen müsse.“⁴³⁴

Ab diesem Zeitpunkt wird die Debatte sporadisch als großer Fehltritt der CDU dargestellt. Dass sie auf neue wie alte Zuwanderergruppen befremdlich gewirkt haben muss, kann nur vermutet werden. Als Beweis für die Abkehr von ihrer ablehnenden Haltung forderte die Union laut SZ: „Green Card muss mit einem Zuwanderungsgesetz verknüpft werden.“⁴³⁵

Die SZ versucht aber die vorherrschenden Vorurteile abzubauen. Sie lehnt es ab, das Vorurteil der Arbeitsplatzwegnahme zu vertreten: „Wie die inzwischen über 8300 Green Card-Inhaber gezeigt haben, bewirkt jeder von ihnen im Durchschnitt 2,5 neue Arbeitsplätze für Inländer.“⁴³⁶

⁴³⁰ SZ vom 31.03.2000: „CDU-Kampagne gegen Green Card“, S. 7.

⁴³¹ SZ vom 14.04.2000: „Kinder und Inder“, S. 4.

⁴³² Taz vom 03.04.2000: „Der Fehlstart der neuen CDU“, S. 4.

⁴³³ Taz vom 18.05.2000: „Union im wundersamen Wandel“, S. 3.

⁴³⁴ SZ vom 15.04.2000: „Generalsekretär Polenz gegen Anti-Green-Card-Kampagne“, S. 6.

⁴³⁵ SZ vom 18.05.2000: „Union verlangt umfassendes Konzept zur Einwanderung“, S. 6.

⁴³⁶ SZ vom 31.07.2007: „Werbende Offenheit“, S. 9.

Des Weiteren zeichnet sie einen positiven Stereotyp des indischen Computer-Experten. Laut eines Artikels hätten „die Inder“ sogar Glück gehabt, das man „das Klischee vom Inder mit den Computergenen“ schuf, denn früher sei es „in jedem Gespräch nach vier Sätzen um Armut, Hunger oder Witwenverbrennung“ gegangen:

„Dann wurde aus Indien mit dem Internet ein virtuelles Wunderland. Das Bild änderte sich, viele Deutsche sind plötzlich überzeugt, jeder Inder habe eine genetische Prädisposition für Abstraktion, ein Gefühl für Zahlen und eine extrem hohe Lernbereitschaft.“⁴³⁷

Die SZ äußert demnach Kritik an den Vorschlägen der Union, versucht sie zu entwerten und spricht in Artikeln positiv von den neuen Experten. Interessant wäre es zu untersuchen, in wie weit die CDU bis heute mit ihrem Versuch „xenophobe Ängste populistisch auszunützen“ in den Erinnerungen der Migrantinnen vertreten ist.⁴³⁸

Unter der Überschrift „Indische Revolution in Deutschland“ spricht die Taz vom neuen Stereotyp: „Aus armen Schluckern und lächelnden Gurus wurden in wenigen Wochen geniale Wissenschaftler, Ingenieure und Unternehmer.“⁴³⁹

Dieser Satz zeigt den Imagewandel an, den der „Inder“ in den Köpfen der deutschen Mehrheitsbevölkerung durchgemacht hat. Früher wurde Indien als armes Entwicklungsland angesehen, das dringend Hilfe braucht. Oft wird Indien dann auch als das Land der IT-Zukunft dargestellt: „Wenn die Inder nicht kommen, gehen wir nach Indien.“⁴⁴⁰

Infolge des veränderten Stereotyps des Inders scheint sich auch der nationale Stereotyp des Landes geändert zu haben. Ab dem Jahr 2000 wohnten in Indien nur noch Spezialisten, die uns beim Aufbau der neuen modernen IT-Branche helfen konnten. Die Industrie und viele Experten sprachen sich allerdings dafür aus, dass die „Green Card nicht als Allheilmittel“ verstanden werden kann. Ältere deutsche Ingenieure müssten wieder in Arbeit kommen.⁴⁴¹ Die wirtschaftliche Entwicklung vollzog eine Trendwende und viele Green-Card-Besitzer verloren vor Fünf-Jahresfrist ihre Arbeit.

Die SZ benennt als Gruppe in diesem Kontext die „Computer-Inder“, aber weniger häufig als homogene Gruppe und mehrheitlich wird im Kontext die Situation näher erläutert. Es wird unter

⁴³⁷ SZ vom 31.07.2001: S. 9.

⁴³⁸ SZ vom 26.08.2003: „Völkerwanderung in Deutschland (4) Inder nett im Internet-Kultur. Inder nett im Internet.“ <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/863/16847/> (Stand: 12.10.2007).

⁴³⁹ Tazmag vom 29.07.2000: „Indische Revolution in Deutschland, S. 1.

⁴⁴⁰ Taz vom 22.04.2000: „Inder versetzen Schröder“, S. 7.

⁴⁴¹ Taz vom 28.07.2000: „Die Vorteile von 50plus“, S. 8.

anderem angeführt, dass in den ersten drei Jahren lediglich 3.741 Green Cards an die „fleißigen Computer-Inder“ gegangen sind.⁴⁴²

In der Taz tauchen vermehrt die Begriffe „Computer-Inder“ beziehungsweise „IT-Inder“ auf. Die Gruppe der neuen Green-Card-Besitzer wird unter diesem Synonym erfasst, bezeichnet und nach Nationalitäten eingeteilt.⁴⁴³ Ferner werden Konnotationen, wie „IT-Filipinos“ gebraucht. Ein Gladbacher Unternehmer wird interviewt und meint: „Auf den Philippinen Leute anzuwerben, ist viel einfacher. Die Inder haben mehr Probleme mit unserer Kultur. Oder mit ihrer.“⁴⁴⁴ Er spielt damit auf die pro-westliche Ausrichtung der Filipinos an, die durch den amerikanischen Einfluss leichter zu integrieren seien.⁴⁴⁵

In der SZ-Diskussion um die Green Card ist keine Gastarbeiter-Konnotation zu finden. Es werden Gruppen benannt und die Spezialisten teilweise als „Gast“ bezeichnet, aber eine Vermehrung der Fremdheit durch alte Ausdrücke und Zuschreibungen war nicht auffindbar. Allerdings werden alte Mechanismen reaktiviert. Walter Riester plante laut SZ den Einsatz von Arbeitsvermittlern, um den Fachkräftemangel schneller beheben zu können.⁴⁴⁶ Die Möglichkeit der Anwerbung gab es bereits in der Zeit der Gastarbeiter und könnte alte Erinnerungen wecken.

Mit der Debatte um die „High-Tech-Gastarbeiter“ kommt in der Taz eine alte Diskussion über das „Deutsche Boot“ wieder auf: „Im Deutschen Boot ist ganz plötzlich ganz viel Platz.“⁴⁴⁷ Diese Überschrift spricht die bereits in den 1970er Jahren diskutierte Frage an, wie viele Einwanderer Deutschland aufnehmen kann, bevor das metaphorische Boot zu voll ist. Laut Schlagzeile habe das „deutsche Boot“ nun auf einmal Platz, es würden jedoch nur sehr wenige kommen. Die Taz kokettiert an dieser Stelle mit alten Bildern und sagt dass zum einen das deutsche Angebot der Green Card für Zuwanderer unattraktiv erscheint und zum anderen Deutschland als Zielland an Attraktivität verloren hat:

„46 Computerspezialisten reagierten auf Schröders Billig-Offerte: Drei Jahre schufteten und dann raus! Die bittere Lektion ist: Der Marktwert der Republik ist gesunken.“⁴⁴⁸

⁴⁴² SZ vom 26.08.2003: „Völkerwanderung in Deutschland (4) Inder nett im Internet-Kultur. Inder nett im Internet.“
<http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/863/16847/> (Stand: 12.10.2007).

⁴⁴³ Taz vom 16.12.2000: „Deutsche Frauen statt IT-Inder“, S. 8.

⁴⁴⁴ Taz vom 22.06.2000: „Mit Green Card zum Bowling“, S. 5.

⁴⁴⁵ Taz vom 22.06.2000: S. 5

⁴⁴⁶ SZ vom 04.05.2000: „Arbeitsvermittler sollen Computer-Experten anwerben“, S. 6.

⁴⁴⁷ Taz vom 25.02.2000: S. 2.

⁴⁴⁸ Taz vom 22.04.2000: „Roter Teppich für Green-Card-Inder“, S. 1.

Die Zuschreibungen „Gastarbeiter“⁴⁴⁹ beziehungsweise „EDV-Gastarbeiter“⁴⁵⁰ werden ebenfalls wieder verwendet. Die Spezialisten werden mit den damaligen Gastarbeitergruppen verglichen und es wird festgestellt, „dass die Green Card Besitzer einen Sonderstatus besitzen“, sie sind sozusagen „Einwanderer de luxe“.⁴⁵¹

Die Verwendung alter Konnotationen ist besonders häufig während der Green-Card-Debatte zu beobachten und zeigt Parallelen zur Epoche der Gastarbeiter in den 1950er und 1960er Jahren. Da es sich um eine temporäre Zuwanderung handeln soll, werden zumindest in der Bild und der Taz schnell alte Zuschreibungen wieder aufgegriffen, um die Ähnlichkeiten aufzuzeigen. Die Taz geht im Gegensatz zur Bild kritisch mit diesen Konnotationen um und versucht diese Realitäten zu verändern. Es kann festgehalten werden, dass die Gruppenbezeichnungen in der SZ und der Taz vorkommen, aber in einem kritischen Ton verwendet werden. Allerdings sind sie vielfach vorhanden und haben sich in den Sprachgebrauch eingebürgert. In der FAZ wird sehr sachlich berichtet und es kommen keine alten Konnotationen vor. Vielmehr wird vielen Industriezweigen der Raum gewährt um ihre Forderung nach qualifizierter Zuwanderung Ausdruck zu verleihen. Das Maß der Fremdwirkung über Gruppenzuschreibungen kann hier nicht ermittelt werden, die politische Diskussion in den untersuchten Zeitungen hat aber eine diskriminierende Komponente. Die Zeitungen Taz und SZ gehen kritisch mit der beobachteten Situation um und diskutieren u.a. die Vorstöße Jürgen Rüttgers dementsprechend.

In der Bild-Zeitung wird die Gruppenzugehörigkeit konsequenter und auf einer anderen Wertungsebene verwendet. Die Bezeichnung „Computer-Inder“ steht für alle Green-Card-Besitzer und wird nicht in einem unbedingt positiven Kontext verwendet.

Festzuhalten bleibt, dass die Betrachtung der Green Card über das Jahr 2001 hinaus geht, die wiedergegebene Stimmung in den Berichten ab 2003 jedoch sehr ablehnend ist. In dieser zweiten Periode wird eher eine negative Bilanz der Green Card gezogen. Die Verlängerung der Initiative wird konkret dargestellt, aber für den Leser bildet sich der Eindruck, dass nicht einmal die Hochqualifizierten eine Arbeitsstelle bekommen und wieder abreisen müssen. Vor allem die deutsche Sprache wird politisch und medial als Kern des Problems hingestellt. Die Green Card verliert demnach ihren Ruf einer erfolgreichen Einwanderungspolitik in der medialen Aufmerksamkeit, obwohl sie diesen, wie unter den politischen Bestimmungen dargestellt, verdient.

⁴⁴⁹ Taz vom 09.08.2001: „Von den Kindern der Inder lernen“, S. 1.

⁴⁵⁰ Taz vom 07.04.2000: „Neuer Zoff um die Green Card“, S. 8.

⁴⁵¹ Taz vom 09.08.2001: S. 1.

Die Taz versucht gemäß ihrer Ausrichtung den Leser umfassend zu informieren, es wurden jedoch wenige Argumente gefunden, die in der SZ nicht aufgezeigt wurden. Die FAZ argumentiert aus einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt heraus und es werden andere Facetten der Debatte deutlich. Inhaltlich sind die Texte jedoch teilweise schärfer formuliert als in den anderen beiden Zeitungen. Da die Debatte um die Green Card als Startschuss einer neuen Einwanderungs- und Integrationsdebatte gesehen wird, ist es erstaunlich, dass die bereits im Land lebenden Zuwanderer nicht erwähnt werden und damit für die neue politische Debatte nicht bedeutsam erscheinen.

In der SZ gibt es durchaus Möglichkeiten für Computerexperten sich zu äußern, jedoch eher unter dem Gesichtspunkt der Verstärkung von Berichten. Stellungnahmen werden vornehmlich in der negativen Berichterstattung über die Green Card eingebaut und stehen nicht frei, etwa als Interview über die Erlebnisse in Deutschland. Wenn Interviews abgedruckt werden, dienen sie häufig zur Untermauerung der Ansichten von Politikern oder Experten.

In drei Zeitungen kommen in dem untersuchten Zeitraum Zuwanderer zu Wort, wenn es um die Negativbeurteilung der Green Card oder um Verlustängste geht. In der FAZ wurden keine Äußerungen von Zuwanderern zur Green Card oder der viel zitierten Leitkultur gefunden.

Es sind in allen vier Zeitungen Vorurteile vorhanden, aber zumindest in drei Zeitungen wird versucht, diese abzubauen, beziehungsweise die verantwortlichen Politiker kritisch zu beleuchten und die FAZ gibt darüber hinaus der Wirtschaft Raum. Nichtsdestotrotz wird Fremdheit transportiert, aber die Frage der Relativierung durch Kritik kann unter dem Ansatz dieser Arbeit nicht beantwortet werden.

Die Frage nach einer stereotypen Zuschreibung kann nach Auswertung der gesichteten Quellen für alle vier untersuchten Zeitungen mit einem „ja“ beantwortet werden. In der SZ sowie der Taz überwiegt das positive neue Image des Spezialisten aus Indien, der in Deutschland durch politische Entscheidungsprozesse teilweise ausgenutzt wird. Die Einstellung der neuen Spezialisten wurde als einfacher angesehen als die Re-Integration der älteren deutschen Arbeitnehmer. Die FAZ betont die Vorteile einer gewollten und vor allem gesteuerten Zuwanderung von Hochqualifizierten für die deutsche Wirtschaft.

Die Bild-Zeitung argumentiert in die gleiche Richtung, jedoch deutlich stärker mit dem Argument der Arbeitsplatzwegnahme. Sie druckt vornehmlich Leserkommentare, in denen Vorurteile und Ängste enthalten sind und deren Verfasser gegen die Einführung der Green Card sind.

Im Anschluss an die ersten Stellungnahmen der Zeitungen zum Erfolg, beziehungsweise Misserfolg der Green Card verebbt die Debatte über die gewollte Zuwanderung als Spezialdiskurs. Ansätze des

Diskurses finden sich in der Folge in der Verhandlung über die Ausgestaltung des ZuwGs (s. u.). Ab dem Jahr 2007 wiederholt sich allerdings der Spezialdiskurs über die erwünschte Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland. Die Green Card wird ab diesem Zeitpunkt zur Blue Card. Die inhaltliche Ausgestaltung des medialen Diskurses ändert sich jedoch wenig, wie die folgende Betrachtung zeigen wird. Die Debatte keimt erneut auf, da die europäischen Grenzen nach dem Schengen-Abkommen nun durchlässiger werden.

8.1.3 Die Fachkräfte-Diskussion im Jahr 2007

Die FAZ greift die Fachkräfte-Frage im Jahr 2007 wieder auf und begegnet der abstrakten Debatte mit Portraits von erfolgreichen Zuwanderern. Der Vitra-Bad-Chef Zeki Safak Ozan, darf berichten, wie er im Jahr 1994 nach Deutschland kam und nun als Unternehmer 190 Beschäftigte hat und „mit 70 Millionen Euro Umsatz zum drittgrößten Anbieter von Sanitärkeramik in Deutschland“⁴⁵² avanciert ist. Dieser forderte die Integration seiner Landsleute, vor allem auch in den Arbeits- und Bildungsmarkt: „Inzwischen gibt es eine Generation, die weder richtig Türkisch noch richtig Deutsch kann.“⁴⁵³

Die SZ behandelt ebenso den „Wegfall von Schlagbäumen“ in der EU und Wolfgang Schäuble nennt die europäische Grenzöffnung nach der Erweiterung des sogenannten Schengen-Raums „eine unglaubliche Chance“.⁴⁵⁴ Die Erhöhung der Sicherheit würde damit im Einklang stehen, da die europäischen Außengrenzen vermehrt überwacht und die legale und illegale Zuwanderung nach Deutschland von Arbeits- und Sozialministerium gemeinsam geregelt werden:

„Frattini will mit einer ‚Blue Card‘ gemeinsame Standards für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften in Europa schaffen. Doch für Schäuble und Scholz steht bereits fest: Für Deutschland wird sich nichts ändern.“⁴⁵⁵

Die ‚Blue Card‘-Initiative des EU-Innen- und Justiz- Kommissars Franco Frattini, der mit dieser ein Aufenthaltsrecht für Europäer erwirken wollte, wurde von Schäuble relativiert. Ursprünglich war angedacht eine Karte zu kreieren, mit der jeder, der „mindestens dreimal so viel verdient wie in einem Land der EU als Mindesteinkommen festgelegt“⁴⁵⁶ wurde, überall in Europa arbeiten darf.

⁴⁵² FAZ vom 02.04.2007: Der Verbindungsmann, S. 14.

⁴⁵³ FAZ vom 02.04.2007: S. 14.

⁴⁵⁴ SZ vom 07.12.2007: „Unglaubliche Chance“, S. 8.

⁴⁵⁵ SZ vom 07.12.2007: S. 8.

⁴⁵⁶ SZ vom 09.11.2007: Ohne Pass nach Polen, S. 5.

Da diese Einkommens-Untergrenze in der EU aber unterschiedlich ist, wollte Deutschland diese Regelung nicht unterzeichnen und veränderte den Vorschlag maßgeblich: „Wenn ein Arbeitnehmer zum Beispiel von Rumänien nach Deutschland will, muss er den hiesigen Anforderungen entsprechen.“⁴⁵⁷

Deutschland wirbt für die nationale Regelung der Zuwanderung und wollte wie Michael Glos (CSU) sagt, nicht „massenhaft ausländische Arbeitnehmer holen, nur weil wir sie im Moment einmal brauchen.“⁴⁵⁸ Die amerikanische Green Card sollte auch für die Blue Card das Vorbild geben. Die Debatte ähnelte der Diskussion um die Green Card für Inder des Jahres 2000/2001 und wird daher hier aufgeführt. Die Blue Card

„ist durch die blaue Europaflagge mit den zwölf Sternen inspiriert und soll Zuwanderern einen zweijährigen Arbeitsaufenthalt in einem Land der EU ermöglichen. Daran sollte das Recht geknüpft sein, sich nach zwei oder drei Jahren in einem anderen EU-Land niederzulassen.“⁴⁵⁹

Frattini wollte mit seiner Initiative und dem Versuch einer europaweiten Zuzugsregelung auch auf den Alterungsprozess in Europa aufmerksam machen. Da im Jahr 2050 jeder dritte EU-Europäer älter als 65 Jahre sein wird, steuerte er diesem Alterungsprozess frühzeitig entgegen. Er wollte aber keine Anwerbung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern fördern, da diese in ihren Heimatstaaten benötigt werden.⁴⁶⁰ Diese Problematik sprach die FAZ bereits im Jahr 2001 und 2003 an.

Neben Schäuble lehnte aber auch die SPD unter dem Arbeitsminister Franz Müntefering diesen Vorstoß ab und kritisierte die Vorgehensweise. Andere Parteien zeigten sich weniger resistent: „Die Grünen warfen der Koalition vor, sie setze auf Abschottung statt auf einen Wettbewerb um die besten Köpfe.“⁴⁶¹

Bei der Abstimmung in Brüssel gibt es ein klares Votum für die Einführung der Blue Card. Sie steht demnach für bessere Arbeitsmöglichkeiten, eine strikte Bekämpfung der illegalen Einwanderung und die Sicherung der Grenzen: „Frattinis Blue-Card-Initiative will den Staaten nicht vorschreiben, wie viele Migranten sie ins Land holen. Sie soll aber einen rechtlichen Rahmen schaffen.“⁴⁶² Einzig die Rahmenbedingungen waren noch unklar, wie etwa die Höhe der Qualifikationen beim Zuzugs-

⁴⁵⁷ SZ vom 09.11.2007: S. 5.

⁴⁵⁸ SZ vom 14.09.2007: EU will gut ausgebildete Einwanderer, S. 8.

⁴⁵⁹ SZ vom 14.09.2007: S. 8.

⁴⁶⁰ Vgl. SZ vom 14.09.2007: S. 8.

⁴⁶¹ SZ vom 15.09.2007: Müntefering lehnt Blue Card ab, S. 8.

⁴⁶² SZ vom 27.09.2007: EU-Parlament für Fachkräfte-Zuzug, S. 7.

datum. Die Blue Card verfolgt den Zweck die Zuwanderung von Hochqualifizierten zu vereinfachen, um Lücken im Arbeitsmarkt zu schließen und die Attraktivität der Wirtschaftszone zu stärken:

„Die Blue Card soll zwei Jahre gelten und kann danach erneut beantragt werden. Sollte ihr Besitzer seinen Job verlieren und mehr als drei Monate arbeitslos sein, kann sie wieder entzogen werden.“⁴⁶³

Deutschland und Österreich wurden in diesem Beitrag als Blockierer der Blue Card-Initiative benannt.⁴⁶⁴ Im Mittelpunkt standen die Bedenken der Union vor einer Verdrängung der einheimischen Arbeitslosen von dem Arbeitsmarkt, bei einer erleichterten Öffnung des Landes für Hochqualifizierte. Die Bildung der Deutschen wurde in den Vordergrund gestellt und ein eigener Fahrplan bei der Zuwanderungsdebatte proklamiert.⁴⁶⁵ Deutschland sperrte sich gegen die europäische Blue Card obwohl sogar Wirtschaftsverbände diese als positiv ansahen: „Die Initiative komme aber zu spät. Der weltweite Wettbewerb um die besten Köpfe habe längst begonnen.“⁴⁶⁶

Um diese These zu untermauern, werden Ausbildungszahlen vorgelegt, nach der in der EU „nur 1,72 Prozent der Beschäftigten gut ausgebildete Migranten“ sind und die Prozentwerte in anderen Ländern durchaus höher liegen (Australien: 10 Prozent).⁴⁶⁷ Interessanterweise werden wiederum die Industrie und Wirtschaftsverbände als Befürworter und das politische Zentrum als Behinderer dargestellt. Andere Sichtweisen werden überhaupt nicht erwähnt, wie etwa Bürgermeinungen.

Diese Artikel des wirtschaftlichen Vorteils bilden die Mehrheit, vielfach wurde auch „die Anziehungskraft saisonaler Zuwanderung“⁴⁶⁸ behandelt, da die Freizügigkeit und somit die Arbeitszuwanderung aus Staaten wie Rumänien in den Fokus rückte. In dem Artikel wurde darauf hingewiesen, dass diese Zuwanderer allerdings keine potentiellen Einwanderer werden: „Saisonale Migration ist eine hervortretende Form von Migration mit kurzer Aufenthaltsdauer.“⁴⁶⁹ Die Vorteile könnten für beide beteiligten Länder vorteilhafter sein, als die dauerhafte Migration in ein Land. Die Einkommensschranken (Mindestjahreseinkommen 85 500 Euro) wurden diskutiert und ob eine Absenkung für einen erleichterten Zugang sorgen könnte. Des Weiteren rückte wiederum eine Punkteregelung für die gewollte Fachkräftezuwanderung in den Mittelpunkt der Diskussion.⁴⁷⁰

⁴⁶³ Taz vom 24.10.2007: EU-Card nur für Topleute, S. 2.

⁴⁶⁴ Vgl. Taz vom 24.10.2007: S. 2.

⁴⁶⁵ Vgl. Taz vom 25.10.2007: Union zeigt der Blue Card die rote Karte, S. 6.

⁴⁶⁶ Taz vom 25.10.2007: S. 6.

⁴⁶⁷ Taz vom 25.10.2007: S. 6.

⁴⁶⁸ FAZ vom 07.08.2007: S. 10.

⁴⁶⁹ FAZ vom 07.08.2007: S. 10.

⁴⁷⁰ Vgl. FAZ vom 22.08.2007: Zuwanderung und Zuschüsse, S. 11.

Die Parallelen zum politischen Streit über die gewollte Zuwanderung während der Green-Card Debatte sind deutlich und werden medial abgebildet. Es zeigt sich, dass weiterhin keine Lösung für die Variante der Zuwanderung im politischen Zentrum als funktional betrachtet wird. Der Diskurs findet unter Ausschluss der Lebenswelt in einem elitären Zentrum statt, dessen Output wiederum in den untersuchten Printmedien diskutiert wird. Der politische Diskurs in den Medien ist weder offen, sondern aufgrund seiner hohen Informations- und Abstraktionsdichte unzugänglicher als im Jahr 2001, da er ein hohes Vorwissen voraus setzt.

In der Taz kamen auch Kritiker wie der Migrationsforscher Klaus Joachim Bade zu Wort, der ebenfalls für eine gerechte Zuwanderung das kanadische Punktesystem als Vorbild und eine Abkehr von dem Bedrohungsszenario Zuwanderung forderte. Bade möchte die Wähler dahingehend informieren, dass Zuwanderung Vorteile bringen kann und keine Konkurrenz zum hiesigen Arbeitsmarkt darstellen. Er stellte die Deutschen als rückständig hin:

„Die Engländer und die Schweizer denken über ein Punktesystem nach, die Tschechen haben den Vorschlag der Süsmuth-Kommission sogar übernommen [...] Wir sollten endlich daran denken, dass dieses ständige Herumgenörgel an ihrer [der Migranten, Anm. des Verfassers] Integrations- und Leistungsfähigkeit den Integrationsprozess stark belastet.“⁴⁷¹

Gefragt nach den Spezialisten, die nach Deutschland gehen könnten, verwirft Bade diesen Gedanken. Die Hochqualifizierten würden schon längst in die USA oder nach England gehen, weil sie dort die besseren Entwicklungschancen haben und aus Deutschland bereits einheimische Hochqualifizierte abwanderten. Abgebildet ist über den Artikel ein Mann mit einem T-Shirt auf dem steht: „Sind sie Inder?“, um auf die Diskrepanz zwischen Diskussion und Wirklichkeit aufmerksam zu machen.⁴⁷²

Es gab weitere kritische Stimmen in der Taz, nach denen die Zuwanderungsdebatte von Spitzenkräften absichtlich missverstanden werden würde:

„Wie bei der Bildungspolitik reagiert die deutsche Öffentlichkeit auch jetzt in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik wieder mit den gleichen Abschottungsreflexen. [...] Einwanderung von Fachkräften? Gott bewahre, wir haben doch jetzt schon Millionen Arbeitslose!“⁴⁷³

⁴⁷¹ Taz vom 08.06.2007a: „Die anderen Länder freuen sich“, S. 3.

⁴⁷² Vgl. Taz vom 08.06.2007a: S. 3.

⁴⁷³ Taz vom 27.06.2007: Gerede von der Spitzenkraft, S. 11.

Insgesamt plädierte die Taz für eine Öffnung des Arbeitsmarktes auf allen Qualifikationsstufen und für den Einbezug der Attribute Offenheit, Chancengleichheit und nicht zuletzt dem demografischen Wandel in der Zuwanderungsdebatte.⁴⁷⁴

In der Taz wird ebenfalls auf die geplante erste Punkterege lung für Deutschland eingegangen und sich verwundert darüber geäußert, dass im Gegenzug die Einbürgerung der hier lebenden Migranten erschwert werden sollte:

„Ein Punktesystem, das ausländische InteressentInnen nach Kriterien wie Ausbildung und Sprachkenntnissen einstuft, befürworten viele gesellschaftliche Gruppen. Es wäre ein Zeichen: Ja wir wollen mehr Einwanderung.“⁴⁷⁵

Dieser Schritt wurde aus wirtschaftlichen Gründen sehr begrüßt, da geschätzte 23.000 Ingenieure fehlten und die Zuzugsmöglichkeiten sehr begrenzt waren. Die SPD fühlte sich bestätigt und viele konnten sich mit der Idee anfreunden, da über Quoten die Zuwandererzahlen unter staatlicher Kontrolle bleiben konnten.⁴⁷⁶

Allerdings lehnte Schäuble medial eine große Erleichterung des Zuzugs ab und argumentierte mit der globalisierten Welt, in der Regelungen wie eine Blue Card Ausgrenzung bedeuten würden und Deutschland kein klassisches Einwanderungsland sei: „Unter dem Gesichtspunkt der Einen Welt ist es nicht akzeptabel, dass wir uns aussuchen, wer zu uns kommt.“⁴⁷⁷ Das der Innenminister Schäuble Deutschland als Einwanderungsland wiederum negiert ist für diese Dissertation interessant, da das Zitat aufzeigt, dass sich das politische Zentrum bis zum Jahr 2007 nicht abschließend auf eine verbindliche Regelung und Aussage zur Zuwanderung einigen kann. Diese politische Unsicherheit spiegelt sich in der medialen Berichterstattung wider und wird somit in die Lebenswelt der Adressaten getragen. Die Teilnahme der Adressaten am Diskurs ist weiterhin politisch nur am Rande gewünscht (s. Integrationsgipfel & DIK) und es wird von den Politikern die mediale Plattform genutzt um Inhalte zu verbreiten und Realitäten zu kreieren. Zeitungen wie die Taz versuchen ihrerseits diese Vorgänge kritisch zu kommentieren und fordern die Erarbeitung eines Zuwanderungsmodells mit einer Punkterege lung.

Es gab weiter einen Kommentar zur „Einwanderung nach Punkten“⁴⁷⁸, in dem die Rolle der USA als fortschrittlich diskutiert wurde: „Nobelpreise und Patente gehen an die USA, auch wenn dahin-

⁴⁷⁴ Vgl. Taz vom 27.06.2007: S. 11.

⁴⁷⁵ Vgl. Taz vom 08.06.2007b: Pluspunkte für gute Ausländer, S. 3.

⁴⁷⁶ Vgl. Taz vom 08.06.2007b: S. 3

⁴⁷⁷ Vgl. Taz vom 09.06.2007: Fachkräftemangel als Wachstumsbremse, S. 4.

⁴⁷⁸ Taz vom 12.06.2007: Einwanderung nach Punkten, S. 12.

ter oft gar keine (gebürtigen) US-Amerikaner stehen.“⁴⁷⁹ In Deutschland wurde in der politischen Diskussion des Öfteren die Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft anhand von fehlenden Nobelpreisen diskutiert. Die „Einwanderung zum halben Preis“⁴⁸⁰ beinhaltete als Thema des Tages die ehemalige „Inder statt Kinder“-Debatte aus dem Jahr 2000 und die Taz ging hier auf die alte Green Card-Regelung ein und nennt es eine „Zuwanderungsdebatte reloaded.“⁴⁸¹

Das geplante Punktesystem wurde in drei der vier untersuchten Printmedien lange diskutiert. Die SPD forderte die Wiederaufnahme der Debatte und die CDU zeigte sich im Jahr 2007 gesprächsbereit. Im Nationalen Integrationsplan will Merkel demnach konkrete Maßnahmen festhalten, um zum einen im Zuwanderungsrecht nachzubessern und die Parameter für eine Zuwanderung nach Punkten festlegen zu können.⁴⁸² Auch die Migrationsexpertin und SPD-Abgeordnete Lale Akgün durfte sich in der Taz äußern und plädierte ebenfalls für die Einführung einer Punkteregelung und gegen die Überfremdungsängste:

„Die Arbeitslosen passen oftmals doch gar nicht auf die offenen Stellen. [...] Es war ein großer Fehler, dass dies [die Einführung der Punkteregelung; Anm. des Verf.] nicht bereits mit dem Zuwanderungsgesetz geschehen ist.“⁴⁸³

Allerdings verkörpert Akgün nicht die Mehrheitsmeinung innerhalb der SPD. Viele, wie Franz Müntefering, sehen die angesprochene Öffnung sehr skeptisch und wollen sich erst einmal über die Situation unterhalten.⁴⁸⁴

Die Diskussion über den Fachkräfte-Mangel wurde auch in der Bild in kürzeren Artikeln wie „Keine neuen Computer-Inder“⁴⁸⁵ oder „Fachkräftemangel kostet 20 Milliarden Euro“⁴⁸⁶ behandelt. „Das Bundeskabinett will auf seiner Klausur Ende der Woche erstmals über den von der Wirtschaft beklagten Fachkräfte-Mangel beraten.“⁴⁸⁷ Allerdings stellt sich Merkel gegen die verstärkte Zuwanderung von IT-Spezialisten. Die Bild schlug journalistisch einen Bogen zur Green Card-Debatte, da sie diese Zuwanderer wiederum als „Computer-Inder“ bezeichnet. Merkel vertrat die Meinung, „es komme zunächst darauf an, heimische Arbeitskräfte zu qualifizieren.“⁴⁸⁸ Ein

⁴⁷⁹ Taz vom 12.06.2007: S. 12.

⁴⁸⁰ Taz vom 15.05.2007a: S. 2.

⁴⁸¹ Taz vom 15.05.2007a: S. 2.

⁴⁸² Taz vom 27.06.2007: Zuwanderung: SPD will punkten, S. 6.

⁴⁸³ Taz vom 27.06.2007: S. 6.

⁴⁸⁴ Vgl. Taz vom 27.06.2007: S. 6.

⁴⁸⁵ Bild-Zeitung vom 11.12.2007: Keine neuen „Computer-Inder“, S. 2.

⁴⁸⁶ Bild-Zeitung vom 21.08.2007: Fachkräftemangel kostet 20 Milliarden Euro, S. 1.

⁴⁸⁷ Bild-Zeitung vom 21.08.2007: S. 1.

⁴⁸⁸ Bild-Zeitung vom 11.12.2007a: S. 2.

Kommentar zur Fachkräftezuwanderung spiegelt die Sichtweise der Bild wider. Der Kommentator findet das Vorhaben viele Fachkräfte nach Europa einwandern zu lassen beängstigend bei „3,7 Millionen Arbeitslosen.“ Allerdings sieht er den Fachkräftemangel für die Wirtschaft als erwiesen an und hält die Lösung daher insgesamt für sinnvoll. Die inländische mangelnde Ausbildung sieht er aber als Hemmnisfaktor und er plädiert: „Wir können uns nicht nur auf Zuwanderer verlassen.“⁴⁸⁹

Die Bild bezieht keine klare Stellung zu der Debatte über den Fachkräftemangel. Sie bedient die Ängste der Menschen vor Überfremdung und fordert die inländischen Bildungsinstitute zu einer Bildungsoffensive auf. Allerdings sieht sie die Notwendigkeit der weiteren Zuwanderung als gegeben an.

Die Bild vergleicht diese Regelung mit der amerikanischen Green Card: „Die neue Karte soll ähnlich wie die US „Green-Card“ funktionieren und qualifizierten Arbeitskräften einen Aufenthalt von Jahren ermöglichen, der verlängert werden kann.“⁴⁹⁰

Diese Idee sorgte bei der CDU für viel Unmut und sie stellten sich gegen diese Zuwanderung der „massenhaft ausländische(n) Arbeitnehmer.“⁴⁹¹

Festzuhalten bleibt, dass auch nach diesen politischen Debatten über die gewollte Zuwanderung nach Deutschland, politisch keine Einigungen erzielt werden konnten. Weder die Blue Card Initiative auf europäischer Ebene, noch die angestrebte Punkteregelung der Bundesregierung kamen im Jahr 2007 zu Stande. Die Einwanderung nach Punkten für Hochqualifizierte ist nach Deutschland nach wie vor nicht ermöglicht worden. Die Blue Card kann seit dem 1.8.2012 für Deutschland beantragt werden und wurde im neuen politischen Aufenthaltsgesetz verankert.

Der postulierte Fachkräftemangel konnte mit diesen politisch und medial kontrovers geführten Diskussionen im Jahr 2007 nicht abgedeckt werden. Ob sich die europäische Blue Card durchsetzen, oder wie die deutsche Green Card deutlich hinter den Erwartungen zurück bleiben wird, kann nicht abschließend beantwortet werden. Die Debatte keimte ein weiteres Mal im Jahr 2008 auf und die Weiterentwicklung des Diskurses muss seit Beginn als minimal eingestuft werden. Die Medien als Beobachter der politischen Operationen gehen größtenteils kritisch mit den vorgefundenen politischen Maßnahmen um und fordern eine Veränderung der Gesetzgebung. Das politische Zentrum sendet einen ähnlichen Output wie in den Jahren 2000/2001. Im Folgenden wird noch kurz auf die Debatte im Jahr 2008 eingegangen. Auf einen Überblick über das Jahr 2009 wird an dieser Stelle

⁴⁸⁹ Bild-Zeitung vom 14.09.2007a: Nicht nur auf Zuwanderer verlassen!“ S. 2.

⁴⁹⁰ Bild-Zeitung vom 14.09.2007b: EU will Einwanderer aus Asien und Afrika anlocken, S. 2.

⁴⁹¹ Bild-Zeitung vom 14.09.2007b: S. 2.

verzichtet, da sich bis zur Bundestagswahl im Jahr 2009 die Debatte wiederholte. Im Jahr 2008 wurde allerdings wieder der Bogen zur alten Gastarbeiter-Diskussion geschlagen.

8.1.4 Das Jahr 2008 – Blue Card und Gastarbeiter

Im Jahr 2008 nimmt die Debatte eine neue Dimension ein, da über Auszubildende aus anderen europäischen Ländern verhandelt wird. Die indischen Computer-Experten werden in Deutschland nicht mehr nachgefragt, es herrscht aber weiterhin Bedarf an Fachkräften. Die Diskussion, ob vielleicht Lehrlinge aus osteuropäischen Ländern, wie Polen, diesen Bedarf decken könnten, behandelt die Bild. Den Aufschlag macht der Präsident der Handwerkskammer in Deutschland und die Zeitung interviewt polnische Jugendliche, ob sie nach Deutschland kommen würden für eine Lehre. Diese stehen der Idee positiv gegenüber.⁴⁹²

Einen weiteren Blick richtet die Bild in die Vergangenheit zu der Anwerbung der ersten Gastarbeiter nach Deutschland, um zu zeigen, wie positiv sich einige Biographien entwickelt haben und um den ehemaligen Gastarbeitern für ihre Arbeit zu danken.⁴⁹³

Die Debatte über die erwünschte Zuwanderung in Deutschland und die damit verbundenen neu angestrebten Zuwanderungsregeln werden in der Taz beleuchtet. Es wird aber ein geringes Interesse der ausländischen Ingenieure an einem Zuzug nach Deutschland attestiert. Olaf Scholz wollte, „dass geduldete Akademiker und Facharbeiter, die zwei Jahre lang in Deutschland in ihrem erlernten Beruf arbeiten, künftig eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten.“ Die Union äußerte sich hierzu wiederum kritisch und sieht ein „Einfallstor für ungesteuerte Zuwanderung“ geöffnet.⁴⁹⁴ Diese politische Uneinigkeit über Zuwanderungsregelungen spiegeln sich wiederum in den Printmedien wider. Scholz und Schäuble einigten sich aber schließlich auf ein Konzept für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften.⁴⁹⁵

Einige Vereinigungen, wie der Wissenschaftsrat, fordern Gelder, um an den Universitäten eine bessere Lehre anbieten und somit mehr qualifizierte Absolventen in Deutschland ausbilden zu können. Das Plädoyer der Bundesregierung für mehr ausländische Fachkräfte sehen sie als verfrüht an.⁴⁹⁶

⁴⁹² Vgl. Bild-Zeitung vom 08.07.2008a: Handwerks-Präsident schlägt Alarm. „Wir müssen Lehrlinge aus Polen holen!“, S. 2. / Vgl. Bildzeitung vom 08.07.2008b: Lehrlinge aus Polen holen? „Wir kommen sofort!“, S. 2.

⁴⁹³ Vgl. Bild-Zeitung vom 01.10.2008: Deutschland sagt Danke! Wir waren Gastarbeiter der 1. Stunde, S. 8.

⁴⁹⁴ Taz vom 16.07.2008: Nur wenig Lust auf Deutschland, S. 6.

⁴⁹⁵ Vgl. Taz vom 07.07.2008a: Gute Leute rein, S. 2.

⁴⁹⁶ Vgl. Taz vom 07.07.2008b: Gute Hochqualifizierte raus, S. 2.

Die FAZ berichtete in einem ähnlichen Zeitraum über die Initiative der Bundesregierung zur Anwerbung von Hochqualifizierten in Deutschland.⁴⁹⁷

In einem Artikel stellt die FAZ klar, dass die Zuwanderer von heute keine Gastarbeiter mehr sind. Sie behauptet dieses, da viele zugewanderte Osteuropäer im Jahr 2008 eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Damit unterstellt sie im Umkehrschluss, dass viele als Gastarbeiter bezeichnete Zuwanderer in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren keine Berufsausbildung innehatten. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten argumentieren für die Zuwanderung von Hochqualifizierten und bringen eine Wertung ein. „Es gibt keine Garantie, dass nur die Guten kommen“, wird der Arbeitsmarktexperte Stefan Hardege zitiert.⁴⁹⁸

Die Fachkräfte-Diskussion lässt durchaus Parallelen mit der Green Card-Debatte erkennen. Ziel sollte die Bekämpfung des Fachkräftemangels mit der Aussicht auf eine Aufenthaltserlaubnis sein. Die SZ sieht es im Vergleich zum „Ist-Zustand“ als „ein Fortschritt“ um Fachkräfte anzulocken.⁴⁹⁹ Der Bundesverband Junger Unternehmer forderte wie im Jahr 2001 die Süßmuth-Kommission die Einführung eines Punktesystems für Zuwanderer nach dem kanadischen Modell. Die Kriterien sollten Alter, Ausbildung, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse sein:

„Ein Hochqualifizierter erhalte demnach ein generelles Bleiberecht, ein Qualifizierter erhalte dies nur bei nachgewiesenem Bedarf und ein Saisonarbeiter lediglich bei Engpässen, etwa in der Landwirtschaft.“⁵⁰⁰

Viele Forderungen kehren periodisch im Bereich Zuwanderung in die mediale Diskussion zurück. Zentral war die Öffnung der Märkte für Akademiker und die erleichterte Übernahme im Ausbildungsbereich für junge Absolventen von deutschen Schulen im Ausland.⁵⁰¹ Die SZ zieht ein Resümee, wie schwer der deutschen Politik der Abschied von der Konnotation Gastarbeiter fällt:

„Neben der Vorstellung, Türken oder Italiener würden schon irgendwann zurückgehen, schwingt daran auch die Unterstellung mit, Einwanderer seien wegen ihrer Herkunft potentiell weniger staatsreu und wegen ihrer fremden Kultur grundsätzlich andersartig. Deshalb müssen sie auch Fremde bleiben, also ohne deutschen Pass.“⁵⁰²

⁴⁹⁷ Vgl. FAZ vom 28.08.2008: Bundesregierung will Hochqualifizierte holen, S. 1. / Vgl. FAZ vom 28.8.2008: Hochqualifizierte erwünscht. Die Bundesregierung will die Zuwanderung erleichtern, S. 13.

⁴⁹⁸ FAZ vom 13.11.2008: Zuwanderer von heute sind keine Gastarbeiter mehr, S. 13.

⁴⁹⁹ SZ vom 08.07.2008: Lockruf für Talente, S. 4.

⁵⁰⁰ SZ vom 08.07.2008a: Punktesystem für Ausländer. Junge Unternehmer möchten neue Mitarbeiter anwerben, S. 7.

⁵⁰¹ Vgl. SZ vom 08.07.2008: Akademiker sind willkommen, S. 7.

⁵⁰² SZ vom 16.07.2008: Abschied vom Gastarbeiter, S. 4.

Diese Kritik an dem Umgang mit der alten Rollenzuschreibung Gastarbeiter und dem Verständnis von Zugewanderten in Deutschland wird zunehmend in den untersuchten Printmedien deutlich. Anfang der 2000er Jahre wurden die politischen Interessen in Bezug auf Zuwanderung und Einbürgerung noch relativ unreflektiert an die Leser weiter gegeben. Der Wechsel hin zu mehr Kritik und zur Hinterfragung der zuwanderungspolitischen Ideenlandschaft setzte erst ab dem Jahr 2006 mit der Einberufung der DIK und des Integrationsgipfels ein. Es kann demnach festgehalten werden, dass durchaus eine Entwicklung in der medial geführten politischen Zuwanderungsdebatte stattgefunden hat. Die politischen Green Card- und Blue Card-Debatten zeigen auf, wie sehr das politische Zentrum an den alten Konnotationen und der Angst vor Überfremdung festhält.

8.2. Zyklus ZuwG – Die Jahre 2001 / 2004 / 2006

Die Thematisierung des Zuwanderungsgesetzes (ZuwG) stellt sich in allen Zeitungen am konstantesten und ausführlichsten dar. Die Bild-Zeitung behandelt das Thema nicht so ausführlich wie die anderen untersuchten Zeitungen, die Thematik des ZuwG kommt jedoch zyklisch immer wieder vor. Nach Luhmann muss demnach ein hoher medialer Nachrichtenwert attestiert werden. Die kritische Beleuchtung der politisch geäußerten Statements nimmt im Verlauf des Diskurses zumindest in drei der untersuchten Zeitungen zu. Die Diskussion in der Bild-Zeitung wird in der Analyse vorangestellt, da die Art und Weise der Berichterstattung einen gesonderten Status prädestiniert. Die Darstellungen in der Taz, der SZ und der FAZ sind von einer sehr konstanten Natur und beinhalten viele politische Äußerungen. Die mediale Forderung nach einem verlässlichen Zuwanderungsgesetz nimmt hierbei zu. Zentral sind die Jahre 2001, 2004 und 2006 in der medialen Diskussion. Die Diskussion über die Einführung des ZuwG im Jahr 2005 erstreckt sich bis ins Jahr 2006 in den untersuchten Printmedien. Im Anschluss geht die Diskussion in die Ausgestaltung des Nationalen Integrationsplan (s. u.) und des Integrationsgipfels über. Der mediale Diskurs bleibt im Prinzip ähnlich, bekommt aber durch das einberufene Forum und den gesetzlich verankerten Einbürgerungstest neue Komponenten und muss daher gesondert behandelt werden. Für den Diskurs ZuwG gilt, ähnlich wie für die anderen untersuchten Diskurse, dass aufgrund der Länge und Lesbarkeit nicht alle Aspekte aus allen untersuchten Printmedien explizit aufgeführt werden. Vielmehr soll ein Eindruck des politischen Diskurses in der medialen Diskussion aufgezeigt werden. Somit wird kein Vollständigkeitsanspruch erhoben, jedoch die Stringenz und Periodizität der Diskurse garantiert.

8.2.1 Der Zyklus in der Bild-Zeitung

Bei der Thematisierung des ZuwGs wird die periodische Berichterstattung in der Bild besonders deutlich. Die Auswahl der Nachrichten wird prinzipiell durch Neuerungen bestimmt, aber ebenso durch die Hierarchie politischer und sozialer Themen. Der Nachrichtenwert von Steuer-, Renten-, beziehungsweise der Gesundheitsgesetzgebung wird deutlich höher eingeschätzt. Das ZuwG scheint eine Art „B-Thema“ der Bild-Zeitung darzustellen, das nur Erwähnung findet, wenn andere politische Entscheidungsebenen keine Novellierungen hervorbringen. Wenn das Thema ZuwG diskutiert wird, dann über mehrere Tage hinweg. Die erste dieser Perioden Mitte 2001 beinhaltete die Diskussion über die Vorschläge der „Süssmuth-Kommission“ und die geplante Verschärfung der Gesetzesvorlage durch Otto Schily.

In der Bild-Zeitung nahm die Debatte unter der folgenden Überschrift ihren Anfang: „Zuwanderung. Grenze auf für Genies und Top-Verdiener“.⁵⁰³ Die Bezeichnung „Grenze auf“ suggeriert dem Rezipienten eine Gefahr der Überflutung durch „das Fremde“ von außen. Die Schlagzeile kann beunruhigen, da aufgezeigt wird, dass nun „Genies“ und „Top-Verdiener“ kommen und den Deutschen vielleicht Arbeitsplätze wegnehmen. Beim Lesen der Nachricht fällt auf, dass inhaltlich auf die Korrektheit der Aussagen geachtet wird. Es wird von dem geplanten Punktesystem berichtet, das die Auswahl der Zuwanderer erleichtern soll: „Wie werden die Einwanderer ausgesucht? Nach einem Punktesystem: Wer z.B. gut Deutsch spricht, oder eine Ausbildung nachweisen kann, bekommt viele Punkte.“⁵⁰⁴

In dem Artikel: „Minister-Schilys neues Ausländer-Recht. Wie viele kommen noch zu uns“, wurden die Fakten des geplanten Rechts aufgezählt und Otto Schilys Meinung zu dem zukünftigen ZuwG wiedergegeben: „Schily lehnt eine Quote ab. Über den wirklichen Bedarf sollen die Arbeitsämter entscheiden.“⁵⁰⁵

Das zweite Mal keimte die Diskussion im Jahr 2004 auf, allerdings noch weit vor der tatsächlichen Verabschiedung des ZuwGs. Im Mai 2004 erfolgt die Phase der längsten Berichterstattung. In dieser Zeit wurden vor allem die Fakten des Gesetzes, der politische Streit über die Ausgestaltung und schließlich die Einschaltung Gerhard Schröders diskutiert. Der Bundeskanzler erklärte Anfang Mai

⁵⁰³ Bild-Zeitung vom 05.07.2001: „Zuwanderung. Grenze auf für Genies und Top-Verdiener“, S. 2.

⁵⁰⁴ Bild-Zeitung vom 05.07.2001: S. 2.

⁵⁰⁵ Bild-Zeitung vom 04.08.2001: „Minister-Schilys neues Ausländer-Recht. Wie viel kommen noch zu uns“, S. 2.

den „Zuwanderungsstreit“ zur „Chef-Sache“ und wollte prüfen, „ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen ein Konsens zum Zuwanderungsrecht zu erreichen ist.“⁵⁰⁶

Ende Mai wurden noch einmal die Eckpunkte des geplanten Gesetzes veröffentlicht. Vor allem die Überschrift ist wiederum interessant: „Zuwanderung. Wie viele Ausländer kommen jetzt zu uns? ...Und was ist mit den Kriminellen?“ Dieser Titel hat diskriminierende Tendenzen und thematisiert die mit Zuwanderung scheinbar verbundene Erhöhung der Kriminalität: „Wie viele Ausländer kommen jetzt zu uns? Beckstein rechnet unterm Strich mit ca. 190.000 Zuwanderern.“⁵⁰⁷ Die Bild zeichnet eine Realität des kriminellen Zuwanderers und gibt diese an den Rezipienten weiter.

Einen Tag nach Verabschiedung des Gesetzes wird in der Bild kurz über das überwältigende Abstimmungsergebnis (insgesamt 4 Gegenstimmen) berichtet und Otto Schily mit den Worten ein „Gewinn für Deutschland“ zitiert.⁵⁰⁸ Nach dieser Kenntnismahme der Ereignisse verebbt die Diskussion sehr schnell.

Die potentielle Würdigung einer neu erlangten Staatsbürgerschaft mittels der Einführung eines „Einbürgerungsfestes“ wird im Dezember 2004 erörtert. Die SPD plante diese Feste, um den Zuwanderern die Möglichkeit eines schnelleren Kontaktes zur Wohnbevölkerung zu geben. Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz befürwortete die geplanten Feste mit der verbalen Hervorhebung der Wichtigkeit der Einbürgerung: „Den deutschen Pass zu erhalten ist etwas anderes, als ein Flugticket zu kaufen.“⁵⁰⁹

Als die Regierungskoalition im Jahr 2006 laut über Einbürgerungstests für Zuwanderer nachdenkt, wird erneut über die Änderungen im ZuwG berichtet. Die Nachricht mit der Überschrift: „Vorschlag aus Hessen. Wer deutschen Pass will, muss Robert Koch kennen“, behandelt erstmals dieses Thema.⁵¹⁰ Mit dieser Überschrift wird einerseits auf den Physiker Robert Koch hingewiesen, und andererseits auf den gleichnamigen hessischen Ministerpräsidenten angespielt. Der Ministerpräsident wollte die Einführung des 100 Fragen umfassenden Einbürgerungstests erwirken, in dem der Physiker Robert Koch als Antwortkategorie vorkommen sollte. Somit wird mittels der namentlichen Dopplung der Kern der Debatte aufgezeigt.⁵¹¹ Die Diskussion wird einige Zeit geführt, muss aber dem aufkeimenden Karikaturen-Streit Rechnung tragen.

⁵⁰⁶ Bild-Zeitung vom 08.05.2004: Zuwanderungsstreit wird jetzt Chef-Sache, S. 2.

⁵⁰⁷ Bild-Zeitung vom 27.05.2004: „Zuwanderung. Wie viele Ausländer kommen jetzt zu uns?Und was ist mit den Kriminellen?“, S. 2.

⁵⁰⁸ Bild-Zeitung vom 02.07.2004: „Bundestag beschließt Zuwanderungsgesetz“, S. 2.

⁵⁰⁹ Bild-Zeitung vom 01.12.2004: „Ausländer sollen Einbürgerung feiern“, S. 2.

⁵¹⁰ Bild-Zeitung vom 15.03.2006: „Wer deutschen Pass will, muss Robert Koch kennen“, S. 1.

⁵¹¹ Bild-Zeitung vom 15.03.2006: S. 1.

Die Bild-Zeitung berichtet erst ab 2007 wieder vermehrt über das „Ausländerrecht“, als die Bundesregierung plant, „jenen Einwanderern mit einem Zwangsgeld zu drohen, die Integrationskurse fern bleiben.“⁵¹²

In den ersten beiden Perioden kommen die Minderheiten in der Bild nur sehr partiell zu Wort. Die Jahre 2001 und 2002 waren zunächst durch den Parteienstreit über die Ausgestaltung des Zuwanderungsrechts und eine angebliche Parallelgesellschaft gekennzeichnet. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily wird beispielsweise nach den Sprachschwierigkeiten der Zugewanderten befragt:

„Viele Ausländer kommen nur mit geringen Deutschkenntnissen hierher, bleiben danach fast nur unter sich. Auch eine Menge der bereits hier lebenden 7,3 Millionen Ausländer hat noch Probleme damit, perfekt Deutsch zu sprechen.“⁵¹³

Im zweiten Zyklus der Berichterstattung in den Jahren 2003 und 2004 wird das Gesetz politisch kontroverser diskutiert und Vertretern der Minderheiten wird medial kein Raum gewährt, bis unter der Initiative des Bundeskanzlers Gerhard Schröder eine politische Einigung erzielt wird. Hauptsächlich werden die Jahre der Zuwanderungsdebatte in der Bild von den Themen: „Belohnung der Lernwilligen“, beziehungsweise „Begrenzung des Zuzuges durch Integrationstests“ geprägt. Da es sich hierbei um zentrale Themen des ZuwGs handelt, ist das mediale Interesse nachvollziehbar, jedoch wurden viele Aspekte zu einseitig wieder gegeben. Die Bild zeichnet ein eher restriktives Bild und fordert ein politisch striktes Zuwanderungsgesetz mit klaren Grenzziehungen.

In der letzten Periode seit dem Jahr 2004 kommen erstmals einzelne Vertreter von Minderheiten zu Wort, die sich für die Einführung verpflichtender Deutschkurse einsetzen. Beispielsweise wäre der Unternehmer Vural Öger zu nennen, der sich für die Einflussnahme deutscher Behörden auf türkische Mütter ausspricht.⁵¹⁴ Öger äußert sich zu den Integrationskursen wie folgt:

„Zuwanderer sollten in Integrationskursen systematisch mit der deutschen Sprache, den Grundzügen der politischen Ordnung und des gesellschaftlichen Systems [...] vertraut gemacht werden.“⁵¹⁵

Positive Beispiele für Integration sollen Vorurteile abbauen. Gleichzeitig impliziert der Artikel ein Desinteresse an den Integrationsmaßnahmen der Regierung. Es wird dargestellt, dass man es mit

⁵¹² Bild-Zeitung vom 22.02.2007: „Bundesregierung will Ausländerrecht verschärfen“, S. 1.

⁵¹³ Bild-Zeitung vom 02.07.2002: „Passen sich die Ausländer nicht genug an?“, S. 2.

⁵¹⁴ Vural Öger (geb. in der Türkei) ist Gründer des sechsgrößten deutschen Reiseveranstalters Öger Tours und gilt als einer der erfolgreichsten türkischstämmigen Unternehmer in Deutschland.

⁵¹⁵ Bild-Zeitung vom 03.07.2002: „Türkischer Unternehmer fordert Zwangs-Deutschkurse für Ausländer“, S. 2

einem starken Willen durchaus schaffen kann, sich in Deutschland zu integrieren. Andersherum schließt es die angeblich Unwilligen, die nur teilweise die deutsche Sprache beherrschen, aus. Es wird von Fällen berichtet, in denen die Einbürgerung eines Zuwanderers abgelehnt werden musste, weil der Antragssteller nach jahrelangem Aufenthalt nicht die deutsche Sprache sprechen oder schreiben konnte:

„Er [Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg] wies die Klage eines Türken (41) ab, der zwar Deutsch sprechen kann, aber zwei Sprachtests im schriftlichen Teil nicht bestanden hatte.“⁵¹⁶

Auf zwei Seiten wurde am 6. April 2006 Vertretern von Minderheiten und Politikern Raum für Äußerungen über den ersten geplanten Integrationsgipfel gegeben. Meist türkische Mitbürger sollten ihre Meinung zum ersten geplanten Integrationsgipfel der Bundesregierung preisgeben. Die amtierende Regierung sei der Meinung die „Zeit des Wegschauens ist vorbei“ und ein Integrationsgipfel müsste für Nähe in der Gesellschaft sorgen. Viele Politiker ständen für eine härtere Gangart in der Zuwanderungspolitik ein und so äußerte sich der FDP-Abgeordnete Löning mit den Worten: „Die Multi-Kulti-Debatte ist in die Hose gegangen.“⁵¹⁷

Andererseits kamen auch viele Stimmen aus der zumeist türkischen Minderheit, die Deutschlands Integrationsbemühungen seit der Gastarbeiter-Epoche kritisierten. Im Folgenden werden Stimmen junger Ausländer wiedergegeben:

- „1965 hätte es erste Deutsch-Kurse geben müssen, statt dessen hat man die Gastarbeiter nur zum Arbeiten in die Fabrik geschickt.“
- „Die Deutschen sind Schuld. Sie hätten die Zuwanderer besser verteilen müssen. Nun leben viele zusammen auf einem Haufen.“
- „Das fängt ja schon bei der Sprache an. Du kommst hier nur weiter, wenn du Deutsch sprichst. Englisch kann hier fast keiner.“
- „Es gibt unter den Deutschen noch zu viel Ausländer-Haß. Die Politik ist ausländerfeindlich, die Medien berichten einseitig.“
- „Der Fehler liegt klar bei den deutschen Politikern. Sie haben ganze Bezirke nur mit Ausländern besiedelt, Ghettos geschaffen.“
- „Die deutschen Vorschriften sind religionsfeindlich. Ich habe Probleme, weil ich auf dem Passbild ein Kopftuch trage.“⁵¹⁸

⁵¹⁶ Bild-Zeitung vom 13.01.2005: „Einwanderer müssen Deutsch schreiben können“, S. 1.

⁵¹⁷ Bild-Zeitung vom 06.04.2006: „Zeit des Wegschauens ist vorbei“, S. 2.

⁵¹⁸ Bild-Zeitung vom 06.04.2006: „Ihr Deutschen seid doch selber Schuld“, S. 2.

Alle diese Aussagen suggerieren eine empfundene Fremdheit in Deutschland; es ist aber positiv zu erwähnen, dass den Migranten Möglichkeiten zur Stellungnahme eingeräumt werden. Die Bild selektiert diese Aussagen jedoch stark und zeichnet eine Realität der Nichtanpassung. Viele Angehörige der Minderheiten fühlen sich laut Bild nicht genügend repräsentiert, gewürdigt und unterstützt. Sie seien mit Ausländerfeindlichkeit konfrontiert worden, würden einseitigen Berichterstattungen und politischem Versagen gegenüber stehen. Das Kopftuch sei zum Symbol der Andersartigkeit geworden und viele fühlen sich, laut eigener Aussage, seit der Gastarbeiter-Epoche nicht richtig wahrgenommen. Festgehalten werden muss, dass diese Aussagen von der Bild-Zeitung passend zur Thematik selektiert wurden und daher nicht als repräsentativ für die Zuwanderer einzustufen sind.

Die Betrachtung der Migranten ist in der Bild-Zeitung oft von Stereotypen und Vorurteilen geprägt. Die Türken werden als einzige Migrantengruppe benannt, die unbedingt Sprache und Normen erlernen müssen. Sie sollen sich anpassen und keine Parallelwelt aufbauen.⁵¹⁹ Die CSU stellte bereits im Jahr 2001 die Bedingungen für eine erfolgreiche Integration auf: „Maßstab für eine erfolgreiche Integration müsse die ‚in jedem Kulturstaat herrschende Leitkultur‘ sein.“⁵²⁰

Als der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele im Jahr 2004 einen Moslem-Feiertag vorschlägt, nimmt die Bild die politische Diskussion auf. Ströbele sei dafür, „dass die Christen für einen muslimischen Feiertag auf den Ostermontag oder den Pfingstmontag verzichten.“ Allein die Überschrift: „Grünen-Minister völlig durchgeknallt. Moslem-Feiertag statt Ostermontag“, gibt die Meinung der Bild zu diesem politischen Vorstoß wider.⁵²¹ Zum einen wird der Minister als Verrückter hingestellt, der nun zum neuen Moslem geworden sei. Zum anderen wird der Mehrheitsgesellschaft suggeriert, dass ihnen ein Feiertag zu Gunsten einer Minderheit weggenommen werden soll. Es wurde somit in Kauf genommen, dass sich die Kluft zwischen den Gruppen verstärkt.

Die Berichterstattung der Bild ist von Stereotypen durchdrungen und suggeriert eine Unvereinbarkeit der Bevölkerungsgruppen. Es wird vermehrt medial in den Gesetzen beziehungsweise der politischen Debatte über diese eine Initiative von den Zuwanderern eingefordert.

Es ist insgesamt positiv anzumerken, dass die Zuwanderungsdebatte überhaupt Eingang in die Pres-selandschaft gefunden hat. Bis Ende der 1990er Jahre war sie kein relevantes Themengebiet in der Bild-Zeitung. Teilweise bemüht sich die Bild mittlerweile um eine differenziertere Darstellung der Zuwanderer. Sie erhielt viel Lob für den gemeinsam mit der türkischen Zeitung Hürriyet initiierten

⁵¹⁹ Bild-Zeitung vom 02.07.2002: „Passen sich die Ausländer nicht genug an?“, S. 2.

⁵²⁰ Bild-Zeitung vom 14.04.2001: „CSU fordert Anpassung an die deutsche Leitkultur“, S. 2.

⁵²¹ Bild-Zeitung vom 17.11.2004: „Grünen-Minister völlig durchgeknallt. Moslem-Feiertag statt Ostermontag“, S. 2.

Versöhnungsappell im Karikaturenstreit. Beide Zeitungen druckten einmal in deutscher und einmal in türkischer Sprache einen Brief an ihre Leser, in denen die Gemeinsamkeiten der beiden Kulturen aufgezählt wurden. Es war eine Botschaft gegen die eskalierende Gewalt zur dieser Zeit:

„Wir appellieren an alle Muslime und Christen sich anzuschließen. Wir rufen alle auf, Respekt vor den Gefühlen des jeweils anderen zu zeigen, Beleidigungen, Demütigungen oder Niedertracht zu vermeiden und ein wahrhaftiges Bündnis der Kulturen aufzubauen, das auf gegenseitigen Respekt basiert.“⁵²²

Dieser Aufruf war eindeutig dazu gedacht, medial für mehr Verständnis zu werben. Ähnliche Versuche der Verständigung wurden allerdings nicht gefunden. Gerade die längeren Berichte müssen in der Bild-Zeitung, bedingt durch Überschriften und Forderungen an die Zuwanderer, als diskriminierend eingestuft werden. Als weitere Auffälligkeit bleibt festzuhalten, dass die Berichterstattung in der Bild-Zeitung nur von Maßnahmen für türkische Muslime handelt und andere Zuwanderungsgruppen keine Erwähnung finden.

In der Bild werden vor allem „die Türken“ pauschalisierend als Gruppe benannt. Sie verkörpern eine fremde Kultur, deren Vertreter durch das neue ZuwG bald millionenfach zu uns kommen würden. Die fremde türkische Kultur wird immer wieder als Gefahr gewertet. Sie werden in Überschriften als Gruppe bezeichnet: „Bald 35 Millionen Türken bei uns? Noch mehr Sprüche vom SPD-Politiker“.⁵²³ Obwohl die Berichterstattung sich allgemein mit Teilen des ZuwGs auseinandersetzt, wird der Eindruck erweckt, dass dies nur die türkischstämmigen Einwanderer betrifft. Eine Gruppenrealität wird somit in der Bild kreiert und an den Rezipienten weiter gegeben.

Mittels der Überschrift: „Zuwanderung. Wie viele kommen jetzt zu uns?“⁵²⁴ wird die Angst vor einer Überflutung durch fremde Gruppen entfacht. Weiter werden alle Zuwanderer pauschal als „Ausländer“ bezeichnet und dem Leser wird erklärt, was mit diesen falsch laufe⁵²⁵, beziehungsweise wie der Staat bei der Zuwanderung versagt habe.⁵²⁶

Die Bild-Zeitung strengt sich also zumindest im Jahr 2006 an, einige Vorurteile abzubauen, agiert aber in der Mehrzahl mit stereotypen Forderungen, irritiert mit gesetzten Realitäten, beziehungsweise scheint mit einem gewissen Kalkül provokante Überschriften zu nutzen.

⁵²² Bild-Zeitung vom 09.02.2006: „Wir sind Freunde“, S. 2.

⁵²³ Bild-Zeitung vom 26.05.2004: S. 2.

⁵²⁴ Bild-Zeitung vom 18.06.2004: S. 2.

⁵²⁵ Bild-Zeitung vom 05.04.2006: „Das läuft mit den Ausländern falsch“, S. 1.

⁵²⁶ Bild-Zeitung vom 07.04.2006: „Ausländer-Politik. So hat der Staat versagt“, S. 1.

8.2.2 Der Zyklus ZuwG in der Taz, SZ und FAZ in den Jahren 2001/2002

Erstmals namentlich erwähnt wurde das ZuwG Mitte 2001 in den drei Zeitungen und die Diskussion wird kontinuierlich bis ins Jahr 2007 geführt. Die Periodizität zeigt sich in den drei Zeitungen ähnlich ausgeprägt und unterlegt den hohen Nachrichtenwert der politischen Diskussion über Zuwanderung. Die Thematik ist in den Jahren 2001, 2002 und 2004 häufig vertreten. In den Jahren 2003 und 2006 findet das Thema nur partielle Erwähnung. Ab dem Jahr 2007 wird die Debatte über die Ausgestaltung des Zuwanderungsgesetzes vom Nationalen Integrationsplan und dem Einbürgerungstest abgelöst. Der Integrationsgipfel wird als Problemlösungsvorschlag des politischen Zentrums kreiert. Der NI wird ab 2006 gekoppelt mit dem Einbürgerungstest als extra Kapitel behandelt, da über den in ihm verankerten Integrationsgipfel viele politische Sichtweisen und Bilder vermittelt wurden.

Dennoch erscheint dem Leser die mediale Berichterstattung konstant, da dieser selten in der Wahrnehmung stringent zwischen den Themenfeldern unterscheidet. In der medialen Präsenz verwischen die politischen Diskussionen zunehmend und vermitteln eine gewisse Planlosigkeit in der Problemverarbeitung des politischen Zentrums. Die Auswertung wird aufzeigen, dass sich die politischen Anforderungen in den untersuchten Zeitungen über die Jahre wiederholen, aber weiter vehement geäußert werden.

In der Taz werden die geplanten Bestimmungen des ZuwGs sehr detailliert und mit allen Wendungen der politischen Ausrichtung diskutiert. Positiv anzumerken ist, dass die Bestimmungen oft kritisch beleuchtet und ihr Nutzen hinterfragt wird.

In der FAZ wird die Thematik ZuwG ebenfalls stringent behandelt, allerdings dominieren deutlich die Jahre 2001 und 2006. Die Diskussion verebbt jedoch nie vollständig. Viele Neuerungen werden allerdings bereits im Jahr 2001 vorgestellt und in den Folgejahren hierauf rekuriert.

In der SZ stellt sich die Diskussion um das ZuwG am Kontinuierlichsten dar. Die erste Periode bildete das Jahr 2001. Allerdings scheint die Berichterstattung über das ZuwG bis zum Jahr 2004 in keine weiteren Perioden eingeteilt zu sein. Es wird bis zum Parteien-Kompromiss Mitte 2004 immer wieder aufgegriffen, diskutiert und der Leser somit umfassend informiert. Im Jahr 2001 wird die Idee der Erarbeitung eines ZuwGs zunächst gelobt, wie in der folgenden „Rasterzeile“ zu sehen ist: „Bisher war Ausländerrecht Polizeirecht - überwinden SPD und CDU ihren Kleinmut, kann das Zuwanderungsgesetz Großes leisten.“⁵²⁷

⁵²⁷ SZ vom 31.07.2001: „Der Fremde als Feind“, S. 9.

Allerdings beschränkt sich die Darstellung im Jahr 2001 vornehmlich auf die rechtlichen Ausführungen Otto Schilys, die detailreich wiedergegeben werden. Beispielsweise erscheinen in einer Ausgabe im August drei verschiedene Artikel vom geplanten Zuwanderungsgesetz nach Otto Schilys Vorstellungen:

1. „Union hat Vorbehalte gegen Schilys Konzept“⁵²⁸
2. „Otto Schilys Denkmal“⁵²⁹
3. „Ein neues Recht für die Ausländer in Deutschland“⁵³⁰

Allein an diesen drei Schlagzeilen lassen sich die SZ-Berichte aus der Anfangszeit der Debatte klassifizieren. An erster Stelle geht es um den politischen Streit zwischen den Parteien, so wird Edmund Stoiber mit seiner Kritik an „Schilys Vorschlägen“ dargestellt: „Sie ignorierten die Kosten der Integration und setzten grundsätzlich auf Zuwanderung statt auf eine Begrenzung des Zuzugs.“⁵³¹

Bereits im Jahr 2001 wird eine spätere Kernforderung der Union nach Verankerung einer Zuzugsbegrenzung im ZuwG deutlich. In dem zweiten Artikel geht es um die Person Otto Schilys, die ab 2001 kontrovers in allen Zeitungen diskutiert wurde. Die Überschrift „Otto Schilys Denkmal“ steht hier für eine unterstellte Intention hinter seinen Vorschlägen:

„Schily, am Ende einer erstaunlichen politischen Laufbahn, spürt offenbar den Hauch der Geschichte: [...] Das neue Zuwanderungsgesetz, das er ursprünglich partout nicht wollte, macht er nun zu seinem politischen Testament.“⁵³²

Bei dem dritten Artikel handelt es sich um die detailreiche Wiedergabe des geplanten Gesetzes. Die SZ versucht bis ins Jahr 2004 alle Änderungen und Ausbesserungen des Gesetzes dem Leser nahe zu bringen. Die Berichte geben in einer Auflistung die neuen Paragraphen wieder und erklären sie, unter anderem die Thematik Integration:

„Im Aufenthaltsgesetz soll ein Mindestrahmen staatlicher Integrationskurse (Sprachkurse, Einführung in die Rechtsordnung, die Kultur und Geschichte in Deutschland) gesetzlich geregelt werden. [...] Ausländer, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten, sollen einen Anspruch auf die Teilnahme an den Integrationskursen erhalten.“⁵³³

⁵²⁸ SZ vom 04.08.2001: „Union hat Vorbehalte gegen Schilys Konzept“, S. 1.

⁵²⁹ SZ vom 04.08.2001: „Otto Schilys Denkmal“, S. 4.

⁵³⁰ SZ vom 04.08.2001: „Ein neues Recht für die Ausländer in Deutschland“, S. 6.

⁵³¹ SZ vom 04.08.2001: S. 1.

⁵³² SZ vom 04.08.2001: S. 4.

⁵³³ SZ vom 04.08.2001: S. 6.

Mehrere Aspekte sind an dieser Stelle anzumerken. Die Darstellung der genauen Pflichten und Forderungen an die Zuwanderer erscheint erst auf der sechsten Seite. Die vorhergehenden Artikel thematisieren den Parteienstreit, beziehungsweise zeichnen ein Portrait einer wichtigen politischen Person. Auf der anderen Seite wird der Darstellung des Gesetzes viel Raum gegeben, damit sich der geneigte Leser ein Bild der Situation machen kann. Für die Zeitung hat die Vermittlung der Pflichten und Forderungen allerdings einen höheren Stellenwert

Der politische Streit, ob und wie man ein ZuwG einführen soll, bestimmt ebenfalls die Taz-Presseberichte in den Jahren 2001 und 2002. Die Taz berichtet fast im kriegerischen Ton und benutzt abgeänderte Filmzitate provokant in den Schlagzeilen: „Wenn Otto Schily zweimal klingelt“.⁵³⁴ Inhaltlich spielt der Artikel auf die Situation an, dass der Bundesinnenminister mehrere Anläufe brauchte, um bei seinem politischen Gegner Gehör zu finden. Die Taz bewertet die Vorgehensweise des Politikers kritisch und möchte politisch andere Nuancen gesetzt sehen.

In der SZ kommen sehr wenige Zuwanderer direkt zu Wort. Die Debatte ist, wie oben dargestellt, sehr einseitig auf die Meinungen der Politiker und die politische Gestaltung des Gesetzes fixiert. Durch die Jahre spiegelt sich die unzufriedene Haltung der SZ gegenüber den politischen Äußerungen durchaus wider. Die Schlagzeilen divergieren zwischen Belustigung über die Unfähigkeit: „Einig nur über die Uneinigkeit“⁵³⁵ und einer Koketterie über die geplanten Maßnahmen, wie in dem Artikel: „Ein Huhn für die Zuwanderer“.⁵³⁶ In diesem Artikel wird die kritische Haltung der SZ deutlich, denn sie meint, dass ein neues ZuwG nur wieder vom Vermittlungsausschuss gerupft werde.

Die Taz bemüht sich um eine objektive Darstellung der Ereignisse, obwohl festgehalten werden muss, dass die meisten Artikel kritisch die Sicht der politischen Entscheidungsträger beleuchten. Im Unterschied zu den anderen Zeitungen, kommt die türkische Minderheit vereinzelt bereits ab 2001 zu Wort. Zunächst war die Hauptdebatte ab dem Jahr 2001 häufig von Äußerungen und Vorstößen seitens Otto Schilys gespickt. Diese wurden von den politischen Gegnern, vornehmlich der Union, verurteilt und mit Gegenargumenten versehen. Die Hauptdiskussion scheint in der Taz nach Streitfaktoren zwischen den Parteien ausgesucht worden zu sein. Die Faktoren werden in der Taz von Anfang an kritisch beleuchtet und mittels Überschriften ironisch bewertet.

Die Debatte findet in den untersuchten drei übrigen Zeitungen an ähnlichen Tagen statt und orientiert sich somit am politischen Problemverarbeitungsmodus im Zentrum.

⁵³⁴ Taz vom 06.11.2001: S. 3.

⁵³⁵ SZ vom 08.09.2001: S. 2.

⁵³⁶ SZ vom 16.01.2003: S. 4.

Die FAZ berichtet ebenfalls Anfang August über die Äußerungen Otto Schilys und setzt sehr auf die wirtschaftlichen Komponenten eines ZuwGs für Deutschland.⁵³⁷ Der Parteienstreit um das geeignete Zuwanderungsmodell wird bereits an dieser Stelle sehr deutlich. Die FAZ beleuchtet am Beispiel des Familiennachzuges „die Zuwanderungskonzepte Schilys, der Süßmuth-Kommission, der Union und der Grünen.“⁵³⁸ Sie lässt allerdings bereits erste Stimmen aus der Lebenswelt der Migranten zu. Die interviewten Unternehmer mit Migrationshintergrund lassen keinen Zweifel an einem Fachkräftemangel, sprechen sich aber gegen eine ungebremste Einwanderung aus, da sie minderqualifizierte Landsleute in Deutschland nicht wünschen. „Auch wir haben großen Bedarf an Döner-Fachkräften. Döner-Meister sind hier einfach nicht zu finden“, wird der türkische Döner-Fleischkegel-Hersteller Tütüncübasi zitiert.⁵³⁹

Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily wird durch einen im August 2001 erschienen Artikel: „Grünen schmeckt Schily nicht“ metaphorisch mit einem scharfen Gewürz verglichen, das nicht jedem bekommt. Der grüne Justizminister Berlins Wieland wird untermalend mit den Worten zitiert: „Bestellt war ein Saltimbocca aller Romana, geliefert wurde ein ungenießbares Eisbein.“⁵⁴⁰

Die SZ nutzt alte römische Zitate in abgewandelter Form, um nach der Karlsruher Entscheidung die Fortdauer der Debatte zu signalisieren:

„Das Zuwanderungsgesetz ist tot, es lebe das Zuwanderungsgesetz! Die Verfassungsrichter haben es zwar aufgehoben, aber aufgehoben heißt in diesem Fall nur: aufgeschoben. Das Land braucht dieses Gesetz oder zumindest eines von mindestens dieser Qualität.“⁵⁴¹

In diesem Zitat wird deutlich, dass die SZ-Journalisten der Einführung eines ZuwGs durchaus positiv gegenüber stehen, aber die Umsetzung als unzureichend empfinden.

Es kann auch der SZ eine sehr kritische Darstellung konstatiert werden. Sie übernimmt sogar teilweise die Funktion des Befürworters eines öffnenden Zuwanderungsgesetzes für eine funktionierende Wirtschaft und eine geregelte Zuwanderung.

⁵³⁷ Vgl. FAZ vom 04.08.2001: Schily will sich bei der Zuwanderung nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes richten. Gesetzentwurf sieht keine Quoten, aber Punktesystem vor. Die Union hat noch Fragen, S.1 / Vgl. FAZ vom 04.08.2001: Schilys Entwurf zur Zuwanderung, S. 2 / FAZ vom 04.08.2001: Schily setzt die Grünen an das Ende seiner Tagesordnung. In der Zuwanderungsfrage buhlt die SPD um die Zustimmung der Union, S. 3 / FAZ vom 05.08.2001: Union mißfällt [sic!] Schilys „Fliegenfänger“-Angebot. Zuwanderung: Stoiber und Schönbohm sehen vorerst keine Verhandlungsgrundlage, S. 8.

⁵³⁸ FAZ vom 05.08.2001: Differenzen beim Familiennachzug, S. 2.

⁵³⁹ FAZ vom 05.08.2001: Fachkräfte auch für Döner. Was Ausländer von der Zuwanderungsdebatte halten, S. 2.

⁵⁴⁰ Taz vom 29.08.2001: „Grünen schmeckt Schily nicht“, S. 1.

⁵⁴¹ SZ vom 19.12.2002: „Es lebe das Zuwanderungsgesetz“, S. 4.

„Wenn CSU-Landesgruppenchef Michael Glos allen erstes für den Fall eines Wahlsieges ein ‚Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz‘ ankündigt, ist das der Abschied aus der wirtschaftlichen Realität.“⁵⁴²

In dem Artikel: „Türken drohen Schily mit Klage“ wird zunächst detailliert über die beabsichtigte Senkung des Nachzugsalters auf 12 Jahre berichtet. Gegen Ende des Artikels wird der „Türkischen Gemeinde“, ihrerseits Dachorganisation von 200 türkischen Verbänden, Raum für eine Äußerung gegeben. „Falls das durchkommt, werden wir bis zum Europäischen Gerichtshof klagen“⁵⁴³

Die türkische Gemeinschaft zeigte sich medial ab dem Jahr 2001 gereizt und wollte eine Verankerung des niedrigeren Nachzugsalters (vorher 18 Jahre) im ZuwG nicht hinnehmen.

Die Taz berichtet im Zuge des ZuwG über eine Tagung in Duisburg, die unter dem Motto „40 Jahre türkische Migration in Deutschland“ stattgefunden hatte. Als Indiz für das mangelnde Integrationsgefühl unter türkischen Jugendlichen, wurde eine, laut Tagung, wiederkehrende Aussage abgedruckt. Aus dieser geht hervor, dass sich die dritte Generation der türkischen Minderheit nicht verstanden und aufgenommen fühlt: „Irgendwann kommt der Punkt, an dem die Deutschen sagen: Du bist keiner von uns.“⁵⁴⁴ Teilweise würden sich die türkischen Jugendlichen als Antwort hinter ihre eigene Nationalität zurückziehen und äußern: „Ich bin stolz, ein Türke zu sein.“⁵⁴⁵ Diese Aussagen lassen den Leser mit dem Gefühl eines demokratischen Defizits und einer gewissen parallelen Struktur der Lebenswelten zurück. Der medial ausgetragene Parteienstreit über die Gestaltung der Zuwanderung scheint somit ein Integrationsvorhaben eher zu bremsen, als es zu fördern.

Auch in der FAZ ist der anfängliche politische Parteienstreit⁵⁴⁶ über die Regelung zur Zuwanderung zu finden. Innerhalb der Union gibt es Ressentiments gegen die von Otto Schily geäußerten Pläne und Günter Beckstein forderte Nachbesserungen:

„Dazu gehörten die Finanzierung der Integrationskosten, die Präzisierung der für die Arbeitsmigration maßgebenden Kriterien, die Beteiligung des Bundesrates und Fragen des Familiennachzuges.“⁵⁴⁷

⁵⁴² SZ vom 02.03.2002: „Von lautem Streit und leiser Heuchelei“, S. 8.

⁵⁴³ Taz vom 08.08.2001: „Türken drohen Schily mit Klage“, S. 8.

⁵⁴⁴ Taz vom 08.11.2001: „Stolz, ein Türke zu sein“, S. 8.

⁵⁴⁵ Taz vom 08.11.2001: S. 8.

⁵⁴⁶ FAZ vom 09.09.2001: Schily-Plan auch in der SPD umstritten. Die Zuwanderung „nicht mit dem Kopf durch die Wand“, S. 1. / FAZ vom 09.09.2001: Streit um Zuwanderung spaltet die Koalition. Grüne sehen keine Bewegung beim Regierungspartner SPD, S. 2 / FAZ vom 11.09.2001: Weiter Streit über Schilys Einwanderungskonzept. Innenminister setzen Arbeitsgruppe ein / Grüne hoffen auf Einigung / Müntefering: Es bleibt beim Zeitplan, S. 2 / FAZ vom 11.09.2001: Arbeitsgruppen und Vorwahltaktik. Die Einwanderungsdebatte zerfasert, S. 3.

⁵⁴⁷ FAZ vom 08.09.2001: Müller: Schily wird den Entwurf im Sinne der Union verändern, S. 2.

Die FAZ stellt sich die Frage ob der Begriff Zuwanderung gewählt wurde, um den Menschen die Scheu vor der endgültigen Einwanderung zu nehmen. Die Süssmuth-Kommission habe nämlich zwischen der endgültigen Niederlassung durch Einwanderung und der teilweise vorübergehenden Zuwanderung unterschieden.⁵⁴⁸ Falls die FAZ mit dieser These recht hat, wurde der im politischen Zentrum am wenigsten belastete Begriff für die Verarbeitung des Problemmodus Einwanderung gewählt, damit keine weiteren Fremdheitskonstrukte entstehen. Der Streit innerhalb der politischen Parteien über die Ausgestaltung dieses Gesetzes förderte aber eher das Gegenteil, da noch nicht einmal das politische Zentrum eine Lösung anbieten konnte.

Generell wurden in dieser Zeit des Parteienstreits viele politische Vorurteile abgedruckt, obwohl die SZ anfänglich hoffte, dass es beim ZuwG nicht mehr heißt: „Der Fremde als Feind“, sondern die Politik bereit sei, „ein neues Kapitel im Zuwanderungsrecht“ aufzuschlagen.⁵⁴⁹ Schnell zeigte sich die Zeitung jedoch enttäuscht. Bereits Ende des Jahre 2001 wurden die ersten politischen Forderungen nach Sicherheit laut und die SZ titelte: „Das erste Gesetz frisst das zweite“. Befürchtet wurde, dass der ZuwG-Entwurf, von dem Sicherheitspaket 2 geschluckt werde, dass ein Anti-Terror-Gesetz beinhaltete: „Da wohnt der Wolf neben dem Lamme, der Pardel lagert sich zu dem Böckchen, Löwe und Schaf weiden zusammen.“⁵⁵⁰

In den Berichten wurden die Befürchtungen geäußert, dass es sich bei dem ZuwG um ein Sicherheitsgesetz mit vielen Forderungen an die Zuwanderer handeln könnte. In dem Artikel: „Klassenziel: Einwanderung“ wird das künftige wichtigste deutsche Integrationsziel anhand des niederländischen Beispiels kritisch vorgestellt. Es entsteht der Eindruck, dass den Einwanderern, wie kleinen Kindern, etwas beigebracht werden soll:

„Anschließend geht es zum Wochenmarkt. Lernziel: Bananen kaufen und sich dabei die niederländischen Münzen und Geldscheine einprägen. Zurück im Unterrichtsraum werden die Prinzipien konstitutioneller Monarchie ebenso gelernt, wie [...] das Kochen niederländischer Gerichte.“⁵⁵¹

Allerdings wird angemerkt, dass der deutsche Integrationskurs „einen eindeutigeren Schwerpunkt auf den Spracherwerb legen“ wird.⁵⁵²

⁵⁴⁸ FAZ vom 08.09.2001: Wie die Zuwanderung unentbehrlich wurde, S. 2.

⁵⁴⁹ SZ vom 31.07.2001: „Der Fremde als Feind“, S. 9.

⁵⁵⁰ SZ vom 07.11.2001: „Das erste Gesetz frisst das zweite“, S. 4.

⁵⁵¹ SZ vom 24.11.2001: „Klassenziel: Einbürgerung“, S. V1/11.

⁵⁵² SZ vom 24.11.2001: S. V1/11.

Die Planung ein „bundesweites Integrationsprogramm“ ins Leben zu rufen und die Vereinfachung des Aufenthaltsrechts werden in der Taz detailreich, ohne fremdheitsstiftende politische Vorurteile wieder gegeben:

„Künftig soll es nur noch zwei so genannte Aufenthaltstitel geben. Eine Aufenthaltserlaubnis - sie ist befristet - und eine Niederlassungserlaubnis, die unbefristet gilt.“⁵⁵³

In der Folgezeit verschärft sich der politische Ton gegenüber den Zuwanderern auch medial; hervorgerufen durch mangelnde Berührungspunkte und Terroranschläge in Europa. Unter dem Titel „15 Hürden gegen die Zuwanderung“ werden die offenen Forderungen der Union erstmals tabellarisch benannt. Im Folgenden werden einige der wichtigsten politischen Forderungen der Union exemplarisch angeführt:

„Forderung 1: Das Ziel der Zuwanderungsbegrenzung muss stärker im Gesetz verankert werden [...] Forderung 7: Familiennachzug: Nur bei Ausländern, die sich voraussichtlich dauerhaft in Deutschland aufhalten und denen eine positive Integrationsprognose gestellt werden kann [...] Forderung 10: Wirksame Sanktionen für diejenigen, die ihrer Verpflichtung zu Teilnahme an Integrationskursen nicht nachkommen.“⁵⁵⁴

Neben der Forderung nach Senkung des Kindesnachzugsalters auf zehn Jahre (Forderung 11) und der geforderten Ablehnung der Einreisemöglichkeit bei mangelnden Deutschkenntnissen (Forderung 15), waren bereits fast alle später diskutierten Verschärfungen des ZuwGs in diesem Katalog enthalten.⁵⁵⁵ Dadurch, dass die Zeitung diese Diskussionspunkte über das Zuwanderungsgesetz wiedergibt, scheint es plausibel, dass die Tabelle bei Eingewanderten ein Gefühl des „Unwillkommenseins“ ausgelöst hat. Die Taz meldet jedoch Kritik an den politischen Verhältnissen an und diskutiert die Umsetzbarkeit der Punkte.

In der FAZ werden die von Angela Merkel attestierten wichtigen Punkte für den Wahlkampf wieder gegeben: „Die Union werde bei der Zuwanderung die Verbindung zum Arbeitsmarkt und die Defizite der Integration hervorheben.“⁵⁵⁶ Die soziale Komponente gibt für Merkel hier den Ausschlag, allerdings betont die Union deutlich die eigenen Ansätze. Die Sicherheitsfrage und die Leistung des Sozialsystems stehen klar im Fokus der Ausrichtung und damit die Abgrenzung zur SPD.⁵⁵⁷

Die SZ achtet sehr auf Detailtreue und druckt sogar „das Wort-Gefecht in der Länderkammer“ ab. Sie thematisiert auf diese Weise die eklatante Uneinigkeit zwischen den Ländern kurz vor der Ab-

⁵⁵³ Taz vom 04.08.2001: „Die Kernpunkte des Zuwanderungsgesetzes“, S. 3-4.

⁵⁵⁴ Taz vom 24.01.2002: „15 Hürden gegen die Zuwanderung“, S. 8.

⁵⁵⁵ Taz vom 24.01.2002: S. 8.

⁵⁵⁶ FAZ vom 15.9.2002: Union will zuspitzen. Merkel: Zuwanderung ist kein „rechtes Thema“, S. 1.

⁵⁵⁷ FAZ vom 15.9.2002: Union spitzt zu, S. 2.

stimmung im Bundesrat.⁵⁵⁸ Die chaotische Bundesratssitzung „bildete die Grundlage für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts“, welches nach langer Prüfung das ZuwG ablehnte.⁵⁵⁹

Im Jahr 2003 wird generell wenig über das ZuwG berichtet, so dass auf eine Wiedergabe verzichtet wird.

8.2.3 Der Zyklus ZuwG in der Taz, SZ und FAZ im Jahr 2004

Im Laufe der Jahre bleibt bis 2004 der mediale Fokus auf den politischen Streit zwischen den Parteien über die Gestaltung von Zuwanderung gesetzt. Einmal sieht die CDU die Grünen einknicken, ein anderes Mal wird „die große Koalition der Verhinderer“⁵⁶⁰ vorgestellt. Es sind vor allem die Monate direkt vor Abschluss des Gesetzes interessant. Der Mai sticht besonders hervor, da in diesem Monat politisch über die Ausgestaltung des Gesetzes gestritten wurde. Die SZ berichtet ausführlich über den fast gescheiterten Versuch, zu einer Einigung zu gelangen, weil die Grünen und die CDU/CSU sich gegenseitig der Blockade bezichtigten: „Das Problem ist, dass die Union nicht zu einem Ergebnis kommen will“, wird die Bundestagsfraktion der Grünen beispielsweise zitiert.⁵⁶¹

Kurz nach dem langwierigen Aushandlungskompromiss in der rot-grünen Koalition ist die Union von einer eingezogenen Hintertür überzeugt: „Durch die Hintertür will Rot-Grün mit dem Änderungsgesetz weitergehende Bleiberegulungen und mehr Zuwanderung organisieren.“⁵⁶²

Mitte Juni 2004 kommt es schließlich zur Einigung über das ZuwG, das von der SZ jetzt allerdings als „Ein Gesetz mit umgekehrten Vorzeichen“ angesehen wird, da nur eine „Zuzugsbegrenzung übrig geblieben“ ist.⁵⁶³ Negativ sei vor allem, dass der generelle Anwerbestopp bestehen bleibe und die Quotenregelung nicht eingeführt wurde. Dies impliziert, dass keine Zuwanderer nach dem lange geplanten Punktesystem kommen könnten.⁵⁶⁴

Die Schlagzeilen: „Ausländer! Bleibt Ausländer!“⁵⁶⁵ oder auch „Wir bleiben eine geschlossene Gesellschaft“⁵⁶⁶ kurz vor der Verabschiedung des ZuwGs im Jahr 2004 fördern auf den ersten Blick

⁵⁵⁸ SZ vom 28.03.2002: „Nein, ich mäßige mich nicht“, S. 11.

⁵⁵⁹ SZ vom 19.12.2002: „Verfassungsbruch- Rechtsbeugung – Manipulation“, S. 2.

⁵⁶⁰ SZ vom 13.02.2002: S. 4.

⁵⁶¹ SZ vom 05.05.2004: „SPD will Grüne an Verhandlungstisch zurückholen“, S. 1.

⁵⁶² FAZ vom 12.11.2004: Union: Einwanderung durch die Hintertür, S. 1.

⁵⁶³ SZ vom 18.06.2004: „Ein Gesetz mit umgekehrten Vorzeichen“, S. 10.

⁵⁶⁴ SZ vom 18.06.2004: S. 10.

⁵⁶⁵ Taz vom 23.04.2004: S. 1.

Fremdheit, da sie restriktive Gefühle ansprechen. Mittels dieser Überschriften will die Taz jedoch den Eindruck vermitteln, dass die Bundesregierung keine vernünftige Einwanderungspolitik verabschieden kann oder will. Dem Leser wird die ziemlich festgefahrene politische Wirklichkeit zu diesem Zeitpunkt vor Augen gehalten und kritisiert:

„Wenn die CDU nicht imstande ist, das Thema Zuwanderung vom Thema Kriminalitätsbekämpfung zu trennen, dann hat sie bewiesen, dass sie keinen Begriff von Zuwanderung hat [...] Das heißt nicht, dass Rot-Grün im Umkehrschluss für Zuwanderungspolitik qualifiziert wäre[...]; lieber sind ihm⁵⁶⁷ die Begriffe Sicherheit und Terrorbekämpfung.“⁵⁶⁸

Kurz vor Inkrafttreten des ZuwGs wird an mehreren Tagen von einer angeblichen „neuen Abschiebetour“ der Länder gesprochen. Diese würde nur einsetzen, weil das ZuwG gegenüber dem Asylbewerber „bei besonderen Härtefällen ein Bleiberecht vorsieht.“⁵⁶⁹

In einem anderen Kapitel wird dargestellt, wie ein seit 15 Jahren in Deutschland lebender Mann verhaftet und abgeschoben wurde, „als er sich mit seiner Frau und seinem Sohn ordnungsgemäß bei der Ausländerbehörde melden wollte, um ihren Duldungsstatus zu verlängern.“⁵⁷⁰

Nach der neuen Härtefallregelung sei es laut Taz-Artikel möglich eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, wenn man schon sechs Jahre in Deutschland lebt und Integrationskriterien, wie Deutschkenntnisse, erfüllt.⁵⁷¹ Dennoch entsteht der Eindruck, dass man sich vor dem 01.01.2005 als Asylbewerber in Deutschland besonders vor einer Abschiebung fürchten musste.

Die Vertreter der türkischen Minderheit fühlten sich von den Politikern benachteiligt und bekommen den Raum sich in der Taz zu äußern. Der Artikel: „Türken gegen faulen Konsens“ zeigte ebenfalls die ablehnende Haltung gegenüber der fortschreitenden Genese des ZuwGs:

„Die türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) hat sich dafür ausgesprochen, auf ein Zuwanderungsgesetz zu verzichten, falls die Vorschläge der CDU/CSU in das Gesetz einfließen sollten.“⁵⁷²

Ein Teil der türkischen Minderheit präsentierte sich entrüstet über die mangelnde Teilhabe und die politischen Ideen der CDU/CSU im Rahmen der Zuwanderung.

⁵⁶⁶ Taz vom 03.05.2004: S. 11.

⁵⁶⁷ Gemeint ist an dieser Stelle der Bundesinnenminister Otto Schily.

⁵⁶⁸ Taz vom 03.05.2004: „Wir bleiben eine geschlossene Gesellschaft, S. 11.

⁵⁶⁹ Taz vom 29.11.2004: „Die neue Abschiebe-Tour“, S. 6.

⁵⁷⁰ Taz vom 27.11.2004: „Neue Härtefallregelung kommt für viele Flüchtlinge zu spät“, S. 7.

⁵⁷¹ Taz vom 27.11.2004: S. 7.

⁵⁷² Taz vom 13.02.2004: „Türken gegen faulen Kompromiss“, S. 7.

Als die Diskussion um ein ZuwG zu scheitern droht, titelt die Taz wieder mit sehr viel Ironie: „Grüne wandern aus“. An dieser Stelle dokumentiert die Zeitung den drohenden Verhandlungsausstieg der Grünen, die nicht bereit seien eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen im ZuwG mitzutragen.⁵⁷³

Das Ergebnis der politischen Verhandlungen nach dem Eingreifen Gerhard Schröders, bewertete die Taz kritisch:

„Mit dem ‚Paradigmenwechsel‘ hin zu einer modernen, offenen, fremdenfreundlichen Einwanderungsgesellschaft, den die Grünen einst anstrebten, haben viele Vorschriften nichts mehr zu tun, die jetzt unter der Überschrift ‚Zuwanderungsgesetz‘ beschlossen werden.[...] Was bleibt, ist Misstrauen. Misstrauen gegen Schily, der mit der Union die Details aushandeln soll.“⁵⁷⁴

Die Zeitung spart demnach nicht mit Kritik an den politischen Verhandlungen und Ergebnissen. Als das ZuwG schließlich im Bundestag abgesegnet wird, spricht sie von einer „Integration mit Sanktionen“.⁵⁷⁵

In der FAZ wird über die Einstellung der Gelder für den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration berichtet. Vor allem vor dem Hintergrund eines weiterführenden Diskurses über diese Themenfelder zeigt sich die Zeitung verwundert. Die Kompetenzen werden in dieser Zeit zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verlagert. Die Kompetenzverlagerung, z. B. in der Veröffentlichung der jährlichen Migrationsberichte, wirkt an dieser Stelle unzeitgemäß und „die Mitarbeiter des Rates haben angeboten, ihre Tätigkeit zunächst ehrenamtlich, ohne Aufwandsentschädigung fortführen zu wollen.“⁵⁷⁶

Des Weiteren behandelt auch die FAZ den Parteienstreit über die Zuwanderung und berichtet über die politische Forderung der CSU die Grünen nicht mehr weiter zu beteiligen. So wird der CSU-Generalsekretär Markus Söder zitiert:

„Die Grünen dürfen keinerlei Möglichkeit mehr haben, in die Verhandlungen einzugreifen und das Gesetz zu verwässern. Sie können das Gesetz abnicken, mitreden dürfen sie nicht mehr.“⁵⁷⁷

In der SZ werden politische Vorurteile transportiert. Allerdings liegt der SZ sehr viel daran, diese Vorurteile gegenüber den Zuwanderern abzubauen, indem sie politische Stellungnahmen kritisiert.

⁵⁷³ Taz vom 04.05.2004: „Grüne wandern aus“, S. 1.

⁵⁷⁴ Taz vom 27.05.2004: „Was bleibt, ist Misstrauen“, S. 3.

⁵⁷⁵ Taz vom 18.06.2004: „Zuwanderer müssen schlucken“, S. 1.

⁵⁷⁶ FAZ vom 19.11.2004: Offenkundig unzeitgemäß, S. 14.

⁵⁷⁷ FAZ vom 30.5.2004: Einwanderung: Neuer Krach, S. 1.

So hat die Union laut SZ, nach dem Scheitern des Gesetzes im Bundesrat im Jahr 2002, ein Minus vor die Klammer gestellt und es im Laufe der Verhandlung hinein multipliziert:

„Aus den ursprünglichen Positiva des Gesetzes sind so Negativa geworden. Anders als in der Algebra ist aber all das, was ursprünglich negativ war, so geblieben.“⁵⁷⁸

Die ausschließliche Berichterstattung über die Genese des Gesetzes und den dazu gehörigen Parteienstreit zeigt jedoch wiederum das demokratische Defizit im politischen Zentrum und die mangelnde Teilhabemöglichkeit der Adressaten an der medialen Diskussion. Die Artikel widmeten sich eine Zeit lang fast ausschließlich der Frage, welche Partei im Zuwanderungspoker zuerst einknickt und nicht um die menschliche Komponente des ersten ZuwGs.

Die abgedruckten politischen Forderungen, zum Beispiel die „Abschiebung gefährlicher Ausländer“, wurden ab 2004 jedoch immer schärfer.⁵⁷⁹ Die SZ druckt vielfach die resoluten Forderungen der Union ab, kritisiert diese aber.

In dem Artikel „Aufstand gegen drei Punkte“ werden die kritischen Punkte des ZuwGs, vor allem die Sicherheitsfragen, klar benannt und zusammengefasst:

„CDU und CSU wollen nur dann dem Zuwanderungsgesetz zustimmen, wenn gleichzeitig Sicherheitsfragen im Ausländer- und Aufenthaltsrecht geklärt werden.“⁵⁸⁰

Zu klären seien vor allem die „Ausweisung von Schleusern“, „die Ausweisung von sogenannten Hasspredigern“ und die „sicherheitsrechtliche(n) Anforderungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis“, sprich die Auswahl der erwünschten Einwanderer.⁵⁸¹ Die Forderungen scheinen das ZuwG zum Scheitern zu bringen und so überrascht der Parteien-Kompromiss im Juni des Jahre 2004. Ende Mai titelt die SZ: „Chance für Zuwanderungsgesetz steigt wieder“, weil der Bundeskanzler zu Sondierungsgesprächen geladen hatte und die Union von ihrer Forderung einer „Sicherungshaft für gefährliche Ausländer“ abrücken wollte.⁵⁸²

Vor allem ab dem Jahr 2004 werden in der Taz, bedingt durch die dargestellte ZuwG-Diskussion, viele politische Vorurteile transportiert. Die Taz arbeitet sich jedoch kritisch an den politischen Forderungen ab. In der FAZ werden die Diskussionen und Debatten innerhalb der Parteien über Zuwanderung dargestellt, aber die Adressaten nicht zum Diskurs zugelassen. Es zeigt sich medial, dass

⁵⁷⁸ SZ vom 18.06.2004: „Ein Gesetz mit umgekehrten Vorzeichen“, S. 10.

⁵⁷⁹ SZ vom 25.03.2004: „Für rasche Abschiebung gefährlicher Ausländer“, S. 1.

⁵⁸⁰ SZ vom 05.05.2004: „Aufstand gegen drei Punkte“, S. 5.

⁵⁸¹ SZ vom 05.05.2004: S. 5.

⁵⁸² SZ vom 25.05.2004: „Chance für Zuwanderungsgesetz steigt wieder“, S. 1.

in diesem sensiblen politischen Bereich die einzelnen Parteistrategien und -ausrichtungen noch sehr weit voneinander entfernt sind, um im politischen Zentrum zu einer Lösung zu kommen.⁵⁸³

Vor der Verabschiedung des ZuwGs im Jahr 2004 sind viele der Unions-Forderungen im politischen Streit enthalten. Die Taz spricht in diesem Zusammenhang von einer „schädlichen Konsenssuche, da es sich bei dem Gesetz um „ein Signal nach innen und außen“ und einen „Paradigmenwechsel“ handeln sollte.⁵⁸⁴ Geblieben seien nur geforderte Restriktionen gegenüber den Zuwanderern und der alles überragende Sicherheitsgedanke, wie der Artikel „Schily spart sich die Integration“ widerspiegelt:

„Von den ursprünglichen Zielen des Gesetzes, etwa der besseren Integration, war in der öffentlichen Debatte vor lauter Aufregung um die Sicherheitsfragen, kaum noch die Rede. [...] Unklar ist noch, welche Sanktionen Migranten drohen sollen, die zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet werden, sich aber ‚nicht ernsthaft bemühen‘, wie es Wiefelspütz nennt. ‚Unter Umständen könnten Aufenthaltsgenehmigungen nicht verlängert werden‘, sagt der SPD-Politiker.“⁵⁸⁵

Nach der Verabschiedung des ZuwGs mussten die Migranten dann die „Sicherheitsfragen“ und das „Integrationsangebot für Migranten“, das bei Nicht-Einhaltung mit Sanktionen belegt werden würde, „schlucken“.⁵⁸⁶

Festzuhalten ist, dass in der Taz über die „Pflicht zu Deutschkursen“ berichtet wird:

„Neuzuwanderer haben von Januar an erstmals einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kurs. [...] Das Angebot umfasst einen Deutschkurs mit 600 Stunden und einen Orientierungskurs mit 30 Stunden.“⁵⁸⁷

Insgesamt bleiben folgende Aspekte festzuhalten: Der größte Teil der Berichterstattung wurde in allen vier untersuchten Zeitungen relativ einseitig geführt und war auf die politischen Verhandlungsergebnisse ausgerichtet. Als positiv sind die in der SZ, der Taz und der FAZ kritischen Haltungen gegenüber den politischen Maßnahmen und die partiell auftauchenden Stellungnahmen aus den Reihen der türkischen Minderheit zu bewerten.

⁵⁸³ Vgl. FAZ vom 06.01.2004: Rot-Grün hofft auf Einigung bei Zuwanderung, S. 2.

⁵⁸⁴ Taz vom 28.01.2004: „Schädliche Konsenssuche“, S. 11.

⁵⁸⁵ Taz vom 23.04.2004: „Schily spart sich die Integration“, S. 6.

⁵⁸⁶ Taz vom 18.06.2004: „Zuwanderer müssen schlucken“, S. 1.

⁵⁸⁷ Taz vom 02.12.2004: „Pflicht zu Deutschkursen“, S. 2.

8.2.4 Der Zyklus ZuwG in der SZ, FAZ und der Taz in den Jahren 2005/2006

Nach dem Parteienkompromiss im Jahr 2004 flacht das mediale Interesse ab. Nach einem Jahr zieht die SZ schließlich eine ernüchternde Bilanz über das ZuwG: „Das neue Zuwanderungsgesetz sollte die Lage geduldeter Ausländer verbessern, doch oft ist das Gegenteil der Fall.“⁵⁸⁸

Vor dem ersten Integrationsgipfel im Juni 2006 wird der politische Ton gegenüber den Zuwanderern wieder härter. Neben den üblichen Nachrichten über die gegenseitigen Versäumnisvorwürfe in der Einwanderungspolitik, wird der hessische Ministerpräsident Koch mit bereits für Europa typischen Worten zitiert: „Einbürgerung muss das Ergebnis von Integration sein und nicht etwa die Eintrittskarte dafür.“⁵⁸⁹

Ende des Jahres 2005 zieht die Taz, genau wie die SZ, das erste Mal Bilanz über das ZuwG. Unter der Überschrift: „Deutschland, nein danke“, lässt sich bereits vermuten, in welche Richtung das Resümee tendiert. Die Taz billigt dem ZuwG auf ironischer Weise einen „grandiosen Erfolg“ zu, indem sie den Weg für andere Länder erleichtert hätten, „die weltweit nach Spitzenkräften suchen.“⁵⁹⁰ Insgesamt hätten sich im Jahr 2005 nur 900 Fachkräfte nach Deutschland „verirrt“ und das unter einem neuen ZuwG. Deutschland sei immer noch unattraktiv und „der Grundtenor der Debatte sei von (einer) Abwehrhaltung geprägt gewesen.“⁵⁹¹

Die FAZ behandelt im Jahr 2005 den Themenbereich Zuwanderung⁵⁹² nur peripher und erst im Jahr 2006 wird im Zuge de NI (s. u.) und des Einbürgerungstests wieder vermehrt über diesen Bereich berichtet. Im Jahr 2005 behandelt die FAZ eher die Rechtsprechungen zum neuen Zuwanderungsgesetz und diskutiert Urteile der Gerichte. Die Artikel: „Einbürgerung auch ohne Schriftbekenntnis“⁵⁹³ oder „Zweifel an der Rechtslage“⁵⁹⁴ behandeln die Rechtsprechung in Deutschland zu der Frage, ab wann ein Zuwanderer sich als deutscher Staatsbürger fühlen kann.

Generell bleibt festzuhalten, dass unter dem Titel „Zuwanderungsgesetz“ in der SZ kaum Minderheiten zu Wort kommen, obwohl die Zeitung die politischen Maßnahmen teilweise offen kritisiert. Erst zum vorläufigen Ende der politischen Debatte hin wird einzelnen Zuwanderern die Möglichkeit gegeben, sich zu äußern. Weiter werden die personellen Schwierigkeiten des Arbeitgebers durch

⁵⁸⁸ SZ vom 12.12.2005: „Warten, Warten, Warten“, S. 5.

⁵⁸⁹ SZ vom 11.07.2006: „SPD verschärft Ton bei Zuwanderung“, S. 5.

⁵⁹⁰ Taz vom 28.12.2005: „Deutschland, nein danke“, S. 3.

⁵⁹¹ Taz vom 28.12.2005: S. 3.

⁵⁹² FAZ vom 17.01.2005: Niedersachsen will Eid bei Einbürgerung, S. 4.

⁵⁹³ FAZ vom 21.10.2005: S.2

⁵⁹⁴ FAZ vom 23.11.2005: S. 4.

den hohen Behördenaufwand thematisiert. Durch diesen sei es kaum möglich, geeignetes Personal zu bekommen, obwohl die Green Card in das ZuwG eingebunden wurde:

„Bei jedem Kandidaten dieselbe Prozedur: Arbeitsagentur und Industrie- und Handelskammer prüfen, ob das Restaurant wirklich Spezialitäten anbietet, ob sich keine Spezialitätenköche mit deutschen Pass auftreiben lassen und ob das Restaurant mindestens 80 Plätze hat.“⁵⁹⁵

Im gleichen Artikel wird eine Lehrerin zitiert, die Anfang der 1990er Jahre aus Ex-Jugoslawien nach Deutschland gekommen ist: „Wir haben immer drei, bis vier Koffer gepackt.“⁵⁹⁶ Dies spielt auf ihre Situation an, dass sie seit ihrer Einreise täglich mit ihrer Abschiebung rechnen muss: „Auch wenn die Duldung noch für drei Monate gilt, dürfen die Behörden den Aufenthalt vorher für beendet erklären und abschieben.“⁵⁹⁷

Die SZ kritisiert ihrerseits immer wieder die bestehenden Verhältnisse. Ein Jahr nach der Einführung des ZuwGs wird diesem Anfang des Jahre 2006 das „Resultat ungenügend“ zugewiesen. Es wird festgestellt, das Gesetz sei „den besonderen Anforderungen nach Jahrzehnten der Einwanderung nicht gewachsen“.⁵⁹⁸ In diesem Artikel wird ein Vergleich gezogen, der die verfahrenere Situation sehr gut widerspiegelt:

„Wer einen Geländewagen braucht, sich aber nur einen Polo leistet, muss sich nicht wundern, wenn er damit auf unbefestigten Wegen nicht sehr weit kommt. Da hilft alles lamentieren nicht: Der Polo, an sich ein sehr ordentliches Auto, ist halt für schwieriges Gelände nicht gebaut.“⁵⁹⁹

Dieser Vergleich zeigt, dass die SZ sich davor hütet das ZuwG als durchweg misslungen zu bezeichnen, aber die Regierung anklagt, nicht die richtigen Prämissen gesetzt zu haben. Die Zeitung versucht die Äußerungen der Union mittels Kritik zu entwerten. Die inkonsequente politische Linie ist in den Berichten der SZ nachvollziehbar. Motiviert von der politischen Wirklichkeit erleichtern sie folglich auch keinen Abbau von Fremdheit gegenüber den Einwanderern.

Alle diese Faktoren negieren die Aussage, dass die Berichterstattung der Taz über das ZuwG als frei von politischen, gesellschaftlichen Vorurteilen gewertet werden kann. Diese entstehen durch die hohe Präsenz der Zitate aus dem politischen Raum. Allerdings trägt die Art der Herangehensweise

⁵⁹⁵ SZ vom 31.12.2005: „Die Koffer bleiben gepackt“, S. 13.

⁵⁹⁶ SZ vom 31.12.2005: S. 13.

⁵⁹⁷ SZ vom 31.12.2005: S. 13.

⁵⁹⁸ SZ vom 02.01.2006: „Resultat ungenügend“, S. 4.

⁵⁹⁹ SZ vom 02.01.2006: S. 4.

schon zu einer gewissen Relativierung bei. Des Öfteren wird der politischen Sichtweise mit einer gewissen Ironie, Schärfe und Kritik begegnet.

Im Gegensatz zu den anderen Zeitungen werden in der SZ „die Türken“ erst im Vorfeld des zweiten Integrationsgipfels als Gruppe klassifiziert. In dem Artikel: „Deutsch lernen ist keine Hürde, sondern eine Hilfe“ werden die türkischen Verbände kritisiert, weil sie zum Boykott aufgerufen hatten.⁶⁰⁰ Ursächlich für das Fernbleiben war eine Verschärfung des ZuwGs, nach der vor allem türkische Migranten „schon vor der Einreise ein wenig Deutsch sprechen können“ sollten.⁶⁰¹

Neben dieser späten Einteilung der türkischen Gruppe wird pauschal die Gruppe der Ausländer angesprochen. Einige Schlagzeilen, wie „Ein neues Recht für die Ausländer in Deutschland“⁶⁰² oder „Für rasche Abschiebung gefährlicher Ausländer“⁶⁰³ sind als Beispiele anzuführen. Ob diese Konnotation auf Zuwanderer befremdlich wirkt, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Festzuhalten bleibt, dass die SZ hauptsächlich die politisch korrekte Bezeichnung „Zuwanderer“ wählt. Die SZ bemüht sich um eine objektive Darstellung ohne Gruppenzuweisungen.

In der Taz und der FAZ werden „die Türken“ zu einer Gruppe zusammengefasst. Die Klassifizierung als Gruppe erfolgt vor allem, wenn einzelne Vertreter der Minderheit zu Wort kommen. Die Artikel: „Türken gegen faulen Konsens“⁶⁰⁴ und „Türken drohen Schily mit Klage“⁶⁰⁵, zeigen die Zuordnung am besten auf. Erwähnenswert sind ferner Artikel, die „den Türken“ eine eigene Identität zuschreiben. In „Stolz, ein Türke zu sein“ wird die Gefahr einer türkischen Parallelwelt gezeichnet.⁶⁰⁶ Muslime werden ebenfalls vereinzelt als homogene Gruppe bezeichnet. Als Beispiel soll hier die Überschrift: „Muslime wollen Schächterzertifikat“⁶⁰⁷ dienen. Diese pauschalisierende Schlagzeile erscheint typisch für Zeitungsberichte. Es wird nicht die kleine Gruppe benannt, die eine Erlaubnis erreichen will, sondern das Schächten als Ziel aller Muslime bezeichnet.

Weiter werden die Zuwanderer, genau wie in den anderen beiden Zeitungen, vermehrt als Ausländer titulierte. Beispielsweise wären hier die Schlagzeilen: „Ausländer gut für Jobmarkt“⁶⁰⁸, oder „Ausländer! Bleibt Ausländer!“⁶⁰⁹ zu nennen. Ob diese Bezeichnung eine integrative Wirkung besitzt,

⁶⁰⁰ SZ vom 07.07.2007: S. 7.

⁶⁰¹ SZ vom 29.03.2007: „Kabinett verschärft das Zuwanderungsgesetz“, S. 6.

⁶⁰² SZ vom 04.08.2001: S. 6.

⁶⁰³ SZ vom 25.03.2004: S. 1.

⁶⁰⁴ Taz vom 13.02.2003: S. 7.

⁶⁰⁵ Taz vom 08.08.2001: S. 8.

⁶⁰⁶ Taz vom 08.11.2001: S. 8.

⁶⁰⁷ Taz vom 19./20.01.2002: S. 5.

⁶⁰⁸ Taz vom 17.01.2002: S. 7.

⁶⁰⁹ Taz vom 23.04.2004: S. 1.

muss bezweifelt werden. Das Wort „Ausländer“ baut eine Grenze der Zugehörigkeit auf und unterstreicht eine Gruppenzugehörigkeit.

Für die neuen Zuwanderer werden keine Bezeichnungen von früher verwendet. Sie werden nicht wie in den Niederlanden als Gastarbeiter oder ähnliches bezeichnet. Die Bezeichnung „Ausländer“, die am häufigsten gewählt wird, scheint jedoch besonders stark zu wirken. Es wird von „dem Ausländergesetz“ gesprochen und „der Ausländer“ müsse das leisten. Nach Beschluss des ZuwGs wird jedoch des Öfteren die Bezeichnung Zuwanderer benutzt. Des Weiteren werden die Zuwanderer in Presseberichten anscheinend nach religiösen Gruppen getrennt, so wird immer häufiger von „den Moslems“ geredet, die an die westliche Welt und ihre Werte herangeführt werden müssen.

Die Integrationskataloge der Politik sollen, zusammenfassend ausgedrückt, bereits im Vorfeld von den Zuwanderern erfüllt werden und als „Erfolgserzertifikat“ würden diese die Möglichkeit der Einbürgerung zugesprochen bekommen. Grundsätzlich gestaltet sich die politische Diskussion zwischen der Bild und den Zeitungen Taz, SZ und FAZ ungleich stark aus. Während die Ereignisse in der Bild-Zeitung nur Erwähnung finden, werden sie in der SZ, Taz und FAZ ausführlich diskutiert.

8.3. Der Nationale Integrationsgipfel als Forum für den Einbürgerungstest

In diesem Kapitel liegt der Fokus auf der Novellierung des ZuwG über den Nationalen Integrationsgipfel und den damit verbundenen politischen Diskurs in den Medien. Die Weiterentwicklung unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerungsgruppen sollte einen Forumscharakter bekommen. Aus dem Nationalen Integrationsgipfel ging der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung hervor, in dem wiederum der viel zitierte Einbürgerungstest verankert wurde. Aus diesem Grund werden diese Punkte in einem Kapitel subsummiert. Die mediale geführte Diskussion zeigt zum einen den politischen Willen ein Forum der Integration zu schaffen. Zum anderen werden restriktivere Maßnahmen in Form des Einbürgerungstest politisch beschlossen und über die Medien als Mittler an die Adressaten weiter gegeben.

8.3.1 Der NI im Jahr 2006

Im Fokus stand im Jahr 2006 die Debatte über das Zuwanderungsgesetz und den Streit über die Auslegung eines Einbürgerungs- und Bleiberechts. Die Union hat unter Kanzlerin Angela Merkel einen Integrationsgipfel einberufen und sich im Vorfeld über die Ausgestaltung einer Einbürge-

rungskampagne auseinander gesetzt. Die untersuchten Medien richten sich ab dem Jahr 2006 im Bereich ZuwG auf den Integrationsgipfel aus und diskutieren auf der einen Seite den politischen Streit, als auch die Schranken zum politischen Diskurs. Dieser zweite Fakt ist neu in der medialen Diskussion über die Gestaltung von Zuwanderung nach Deutschland und wird auch anhand der DIK (s. u.) deutlich. Die untersuchten Printmedien, außer der Bild, äußern deutliche Kritik am politischen Vorgehen.

Die FAZ zitiert in einem Artikel am 9.7.2006 auf Seite 1 mehrere Unionspolitiker, unter anderem den nordrheinwestfälischen Minister für Generation, Familie, Frauen und Integration Armin Laschet und den CSU Politiker Günther Beckstein.

Beide vertreten eine unterschiedliche Meinung. Der Integrationsminister aus NRW Laschet ist der Meinung „jede Einbürgerung ist ein Integrationserfolg“.⁶¹⁰ Günther Beckstein sieht die Einbürgerungsfrage nachrangig im Bezug zur Integration und behauptet gegenüber der FAZ, dass vor allem die Türken, die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und die Spätaussiedler Probleme mit der Integration hätten. „Eine Erhöhung der Einbürgerungszahlen löst diese Probleme nicht“.⁶¹¹

Beckstein äußert sich auch abfällig gegenüber der These einer multikulturellen Gesellschaft. Laschet hält dagegen und fordert ein Bleiberecht:

„Es ist absurd, daß (sic!) Kinder, die in Deutschland geboren und hier gut integriert sind, abgeschoben und dafür andere Zuwanderer hereingeholt werden, denen man Deutsch beibringt.“⁶¹²

Diese Debatte, die Beckstein dann noch verschärft, in dem er einzelnen Zuwanderern Unehrlichkeit gegenüber den Behörden vorwirft, spiegelt die gespaltene Wahrnehmung der Verhältnisse innerhalb der CDU/CSU wider, wenn es um das Thema Zuwanderung und Einbürgerung geht. Viele Vertreter der Partei äußern sich 2006 vor allem in den Printmedien zu dieser Thematik und führen die Diskussion um die richtige Ausrichtung in der Einwanderungsfrage öffentlich. Die SPD konstatiert durch den schleswig-holsteinischen Innenminister Ralf Stegner hierzu im selben Artikel, dass es wie eine Werbeaktion für die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer aussieht und sowohl keine muslimische Minderheit, als auch kein Landesinnenminister geladen seien.⁶¹³

⁶¹⁰ FAZ vom 09.07.2006: SPD: Gipfel zur Integration nur Show, S. 1

⁶¹¹ FAZ vom 09.07.2006: SPD: S. 1.

⁶¹² FAZ vom 09.07.2006: SPD: Gipfel zur Integration nur Show, S. 1.

⁶¹³ Vgl. FAZ vom 09.07.2006: S. 1.

„Eine Schauveranstaltung zur Integration bringt nichts.“⁶¹⁴ Als Koalitionspartner scheinen der SPD die Bemühungen um eine aktive koordinierte Integrationspolitik nicht weit genug zu reichen.

Der Artikel wird auf Seite 4 fortgesetzt und spricht exemplarisch viele strittige Themen an, die innerhalb des politischen Zentrums zur Integration diskutiert wurden, aber nicht mit den betroffenen Menschen. Die Interpretation der Debatte wird dem Leser überlassen. Auf der Gästeliste stehen laut Artikel viele Migranten, mit denen Angela Merkel eine Stunde sprechen will, aber es bleibt ein „Staatsgeheimnis“ wer explizit geladen ist.⁶¹⁵

Der Innenminister Wolfgang Schäuble wird als Beobachter dargestellt, der schweigen wird. Als Gründe hierfür werden das strittige Thema der Zuständigkeit und die bevorstehende erste Islamkonferenz genannt. Schäuble sieht sein Ministerium für die Integrationsfrage zuständig und will mit der DIK eine „Institution schaffen, um mit den Muslimen in Deutschland einen Dialog über Religionsunterricht und Iman-Ausbildung, aber auch über die Akzeptanz der unserer Werte zu beginnen.“⁶¹⁶ Ziel soll ein Gesellschaftsvertrag mit den Muslimen sein. Bereits an dieser Stelle wird auch medial deutlich, dass die beiden Foren die gleichen Adressaten ansprechen werden. Des Weiteren steht wiederum der Begriff Integration im Fokus, der bis zu diesem Zeitpunkt vom politischen Zentrum inhaltlich nicht gefüllt werden konnte.

Die Taz begegnet dem Vorstoß der Ministerin Böhmer und ihrer Suche nach einem „Nationalen Integrationsplan“ ebenfalls mit einigen Artikeln und titelt „Gipfel ohne Muslime“.⁶¹⁷ In der Taz wird ebenfalls der politische Streit abgebildet: „Die Gästeliste passe nicht zu dem angeblichen Ziel der Regierung, alle für die Integration wesentlichen Akteure einzubinden, [...]“⁶¹⁸ Hintergrund bildete die Tatsache, dass beispielsweise der Zentralrat der Muslime nicht eingeladen wurde. „Man kann nicht Menschen integrieren wollen, ohne ihre innersten Glaubensbezüge zu berücksichtigen“⁶¹⁹, wird der Vorsitzende Ayyub Axel Köhler zitiert. Der Streit innerhalb der CDU kann auch hier nachverfolgt werden. Der ehemalige NRW Ministerpräsident Laschet sieht „jede Einbürgerung

⁶¹⁴ FAZ vom 09.07.2006: S. 1.

⁶¹⁵ FAZ vom 09.07.2006: Plauderstunde im Kanzleramt. Vor dem Integrationsgipfel. Maria Böhmer sorgt für Ärger in der Union, S. 4.

⁶¹⁶ FAZ vom 09.07.2006: S. 4.

⁶¹⁷ Taz vom 10.07.2006a: Gipfel ohne Muslime, S. 2.

⁶¹⁸ Taz vom 10.07.2006a: S. 2.

⁶¹⁹ Taz vom 10.07.2006a: S. 2.

ist ein Integrationserfolg“, während Hessens Ministerpräsident Koch mit den Worten zitiert wird: „Einbürgerung muss das Ergebnis von Integration sein und nicht etwa die Eintrittskarte dazu“. ⁶²⁰

In einem Interview mit der Grünen Politikerin Claudia Roth zum Integrationsgipfel äußerte sie sich kritisch zu dem geplanten Gipfel und sah wenig Inhalt zur Verbesserung der Situationen der Migranten in Deutschland, auch die Gästeliste wurde von ihr kritisiert: „Es geht nicht, Organisationen wie die Ditib einzuladen, die eng mit der türkischen Regierung verbunden sind, und andere nicht.“ ⁶²¹ Roth möchte, dass im Bereich Integration mehr geschieht: „Die Gestaltung unserer Gesellschaft zu einer multikulturellen Demokratie muss vorangetrieben werden.“ ⁶²² Die grüne Politikerin sah den Gipfel eher als „heuchlerisch“ und betont, dass die CDU sich nicht einig ist und „bei der Einbürgerung neue Hürden“ aufbaute. ⁶²³

Die SZ diskutiert ebenfalls die Einberufung des Integrationsgipfels und stellt ihn als asymmetrischen Dialog dar, der als Symbol gesehen werden kann. Erstmals seit Anbeginn der Einwanderung nach Deutschland spricht die Bundesregierung mit den Migranten und setzt sich mit seinen Neubürgern zusammen. ⁶²⁴ Die Zeitung blickt retrospektiv auf ein anderes Ereignis zurück, als der millionste Gastarbeiter aus Portugal in Deutschland auf dem Bahnsteig mit dem Lied „Auf in den Kampf, Torero“ begrüßt wurde und meint plakativ, dass ein Foto vom Integrationsgipfel nun wahrscheinlich neben dieses Foto gehängt wird:

„Das Foto hängt im Bonner Haus der Geschichte und auch das Moped ist dort ausgestellt. Ein Hinweis auf das weitere Schicksal der [sic!] Portugiesen findet sich dort nicht. Rodrigues erkrankte während des Urlaubs in Portugal, er bezahlte seine Arztbesuche selbst, weil er nicht wusste, dass er durch seine Beitragszahlungen auch im Urlaub versichert war, [...]“. ⁶²⁵

Vermutlich möchte die SZ mit diesem Beitrag auf die schlechte Aufklärungsarbeit in Deutschland hinweisen. Viele ehemalige Gastarbeiter wurden nicht über staatliche Zusatzleistungen hingewiesen. Die SZ sieht durch den Integrationsgipfel die Möglichkeit, dass dieses Nichtwissen voneinander beendet werden kann und beide Seiten den Willen zum Lernen verkünden: „Das klingt nach wenig, ist aber nach einem halben Jahrhundert der Irrungen und Wirrungen deutscher Ausländerpolitik viel.“ ⁶²⁶

⁶²⁰ Taz vom 10.07.2006a: S. 2.

⁶²¹ Taz vom 10.07.2006b: „Eher wird Saudi-Arabien Weltmeister“; S. 2.

⁶²² Taz vom 10.07.2006b: S. 2.

⁶²³ Taz vom 10.07.2006b: S. 2.

⁶²⁴ Vgl. SZ vom 15.07.2006: Der asymmetrische Dialog. Integrationsgipfel: Man darf jetzt wieder Einwanderer statt Zuwanderer sagen, S. 4.

⁶²⁵ SZ vom 15.07.2006: S. 4.

⁶²⁶ SZ vom 15.07.2006: S. 4.

Die Taz veröffentlichte im Vorfeld des Gipfels die Kritik der SPD an dem geplanten Gipfel. Der SPD-Politiker Hubertus Heil präsentierte „Leitlinien“ zum Thema, die aber nach Meinung der Zeitung keine substantiell neuen Ergebnisse hervorbrachten:

„Getreu dem Regierungsmotto ‚Fördern und Fordern‘, das vom Arbeitsmarkt bis zur Zuwanderung für fast alle Politikbereiche gilt, erklärt die SPD, das es für Migranten ‚faire Chancen‘, aber auch ‚klare Regeln‘ geben müsse. Der Duktus unterscheidet sich kaum von den Verlautbarungen Böhmers.“⁶²⁷

Demnach hatte auch die SPD keine neuen Ideen und forderte das Erlernen der deutschen Sprache als wichtigstes Integrationsgut bis hin zum Verlust des Aufenthaltsrechtes bei Nichtbesuch der entsprechend geforderten Kurse.⁶²⁸

Im Bereich Bildung für Migrantenkinder attestiert die Taz der Großen Koalition viel Lautstärke, aber wenige Mittel, da der Bereich Bildung Sache der Länder ist und somit nicht von oben aufoktroiert werde:

„Ausgerechnet bei ihrem wichtigsten Anliegen – dem Spracherwerb für Migrantenkinder schon im Vorschulalter – musste die Bundesregierung gestern bereits ihre eigene Machtlosigkeit einräumen. [...] So musste Schäuble einräumen, dass die Bundesregierung Deutschkurse im Kindergarten gar nicht beschließen könne. [...] Denn Fördermaßnahmen des Bundes im Bildungsbereich wie beim rot-grünen Ganztageseschulprogramm hat sich die große Koalition im Zuge der Förderalismusreform selbst verboten.“⁶²⁹

Der Gipfel unter Böhmer hatte somit keine Befugnisse Entscheidungen zu treffen und so musste die Bundesregierung sich mit Anstößen für die Bildungspolitik der Länder begnügen.⁶³⁰

Allerdings wurde im Teil Meinung und Diskussion der Taz die Initiative gelobt, da die Regierung zum ersten Mal mit den Einwanderern über das Thema diskutiert und „das ist schon ein Fortschritt“.⁶³¹ Die CDU verabschiedete sich laut diesem Artikel von ihrer Doktrin „Deutschland sei kein Einwanderungsland“⁶³². Die Taz bezog klar Stellung zum politischen Streit um die Gästeliste:

„Das kleinliche Gezänk der letzten Tage um die Gästeliste verstellt den Blick für das Wesentliche: Der Integrationsgipfel ist ein Signal und es kommt zur rechten Zeit.“⁶³³

⁶²⁷ Taz vom 11.07.2006: SPD integriert vor dem Gipfel alle Positionen; S. 7.

⁶²⁸ Vgl. Taz vom 11.07.2006: S. 7.

⁶²⁹ Taz vom 12.07.2006: Regierung bei Integration laut, aber machtlos; S. 6.

⁶³⁰ Taz vom 12.07.2006: S. 6.

⁶³¹ Taz vom 13.07.2006: Signal gegen das Ressentiment; S. 11.

⁶³² Taz vom 13.07.2006: S. 11.

⁶³³ Taz vom 13.07.2006: S. 11.

Die Zeitung diagnostizierte einen Rechtsruck der bürgerlichen Mitte bei der Thematik Zuwanderung und lobt daher in dem Artikel deutlich die Initiative beim Einberufen des Integrationsgipfels als besonnen und kritisiert die rot-grüne Migrationspolitik der Jahre 2003 bis 2006 als politische Eiszeit: „In einem Akt beispielloser Ignoranz entwertete Rot-Grün das Amt der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration.“⁶³⁴

Neben dem Gipfel sah Seidel in der geplanten DIK „ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik, zu dem Rot-Grün weder den Mut noch das Interesse aufgebracht hat.“⁶³⁵ Dieser Kommentar signalisierte, dass eine Veränderung in den Sichtweisen, auch der CDU, möglich ist. Wichtig allein sind und waren die Inhalte. Diese wurden seit 2002 bis 2006 vermisst und „das migrationspolitische Vakuum durch konservative Leitartikel gefüllt.“⁶³⁶

Die SZ geht auf die Versäumnisse der Regierungen seit Helmut Schmidt ein und konstatiert Verdrängungs- und Rückkehrprogramme anstelle von fortschrittlichen Integrationsgesetzen, die in diesen Jahren dringend notwendig gewesen wären.⁶³⁷ Die Zeitung kritisiert auch das Zuwanderungsgesetz von 2005: „Es schickt einem ‚Ja‘ zum Neubürger zwei ‚Aber‘ hinterher.“⁶³⁸ Die SZ sieht es als Symbol in die richtige Richtung, sagt aber dass nun durchaus nicht die Irrungen zu Ende sind, wie an der

„Drohpädagogik im Umfeld des Gipfels“ zu sehen ist, „um deren Schärfe Politiker von und Union wetteiferten. [...] Wieder einmal beschäftigte man sich eifriger mit Szenarien, die zur Ausgliederung, als mit denen, die zur Eingliederung führen.“⁶³⁹

Die SZ bezieht in ihren Statements 2006 also durchaus Position und sieht in der politischen Verschärfung der Diskussion um den Integrationsgipfel die Kreierung eines neuen Szenarios der Ausgliederung. Die deutliche Kritik konnte erst ab dem Jahr 2006 in den untersuchten Printmedien gefunden werden, zeigt aber einen gewissen Prioritätenwechsel in den Zeitungen. Die SZ bezieht Stellung und verurteilt den Output des politischen Zentrums und öffnet sich damit ein Stück Richtung Lebenswelt der Migranten.

Als Resultat der Streitigkeiten kam nur die Ditib zum Integrationsgipfel, damit die Türken organisatorisch vertreten waren. Im Artikel wird deutlich, dass das Kanzleramt den Integrationsgipfel an den

⁶³⁴ Taz vom 13.07.2006: S. 11.

⁶³⁵ Taz vom 13.07.2006: S. 11.

⁶³⁶ Taz vom 13.07.2006: S. 11.

⁶³⁷ Vgl. SZ vom 15.07.2006: S. 4.

⁶³⁸ SZ vom 15.07.2006: S. 4.

⁶³⁹ SZ vom 15.07.2006: S. 4.

Ländern vorbei geplant hat und somit nicht zu einem guten Ergebnis kommen konnte. Nur Armin Laschet wurde eingeladen und warb für die Einbürgerungskampagne:

„Denn eingebürgert werden Zuwanderer, die Deutsch sprechen und vom Verfassungsschutz überprüft sind, nicht in Parallelwelten leben und keine Sozialleistungen beziehen, sondern arbeiten.“⁶⁴⁰

Laschet bezieht also eine Position, die in der CDU klare Gegner hat, wie den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Koch, der gegenüber der FAZ festhält: „Einbürgerung muß (sic!) das Ergebnis von Integration sein und nicht etwa die Eintrittskarte dazu. Eine Einbürgerung macht noch keinen Integrationserfolg.“⁶⁴¹

Am Tag des Integrationsgipfels am 14.7.2006 zieht die Taz ein erstes Resümee zu Chancen und Zielen des Integrationsgipfels und bestätigt, dass keine politischen Entscheidungen getroffen werden:

„Das Ziel des Gipfels ist es, einen kontinuierlichen Dialog zwischen Politik, Arbeitsgebern, DGB, Kirchen und Migrantenverbänden zu beginnen, so heißt es offiziell. [...] Dafür [den Nationalen Integrationsplan; Anm. d. Verf.] sollen Arbeitsgruppen Vorschläge machen: unter anderem zum Ausbau der Integrationskurse, frühere Sprachförderung, Verbesserung von Bildung und Ausbildung.“⁶⁴²

Aus dem Zitat ist zu eruieren, dass vor allem die Bildung der Kinder und Jugendlichen und speziell der Spracherwerb im Mittelpunkt der Integrationsleistung des Staates durch Förderprogramme gesetzt werden sollte: „Ein Ergebnis des heutigen Integrationsgipfels steht schon fest: Die Jüngsten sollen früh Deutsch lernen.“⁶⁴³

Die Taz lässt auch den Bundesvorsitzenden Kenan Kolat der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) in einem Interview zu diesem Gipfel Stellung beziehen:

„Ich hoffe, dass es zwei Botschaften geben wird. Erstens eine positive Botschaft an die Migranten: Ihr seid Teil dieser Gesellschaft, ihr gehört zu uns. Und eine Botschaft an die Mehrheitsbevölkerung: Schaut her, fast zwanzig Prozent der Menschen, die hier leben, haben einen Migrationshintergrund. [...] Wenn es diese zwei Botschaften gibt, bin ich zufrieden.“⁶⁴⁴

⁶⁴⁰ FAZ vom 09.07.2006: S. 4.

⁶⁴¹ FAZ vom 09.07.2006: S. 4.

⁶⁴² Taz vom 14.07.2006a: Was will der heutige Integrationsgipfel; S. 4.

⁶⁴³ Taz vom 14.07.2006b: Am Anfang ist das Wort, S. 4.

⁶⁴⁴ Taz vom 14.07.2006: „Ich bin nicht der Alibi-Türke“, S. 12.

Der Vorsitzende gab also vorsichtige, aber deutliche Ziele und Wünsche für diesen Integrationsgipfel aus und bekennt sich im Laufe des Interviews ebenfalls zur Wichtigkeit der deutschen Sprache: „Natürlich müssen die Kinder Deutsch lernen. Niemand bestreitet das.“⁶⁴⁵

In der SZ wird die Meinung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Integrationsgipfel abgedruckt. Die Kanzlerin setzte sich durchaus für mehr Nähe zu den Zuwanderern ein, betonte aber gleichzeitig die Bedeutung der deutschen Sprache. Sie wollte zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Sanktionen gegenüber einbürgerungsunwilligen Ausländern verabschieden, wie es teilweise in der eigenen Partei gefordert wurde: „Die Frage der wirklichen Sanktionen würde sich sowieso auf einen sehr kleinen Kreis beschränken.“⁶⁴⁶ Im Vorfeld des Integrationsgipfels hatte gerade die CSU verschiedene mögliche Sanktionen prüfen wollen. Edmund Stoiber wollte die Zuwanderer „durch Androhungen von Sanktionen zu einer besseren Integration bewegen“⁶⁴⁷ und Günther Beckstein hatte die Ausweisung von arbeitslosen Ausländern gefordert. Die Kanzlerin sprach sich hingegen für einen Integrationsplan aus, der durch sechs Arbeitsgruppen erarbeitet werden sollte: „Es geht hier nicht um Gesetzesvorhaben, sondern um einen gesellschaftlichen Dialog.“⁶⁴⁸ Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sprach sich neben dem wichtigen Spracherwerb vor allem für die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt aus: „Alles, was uns in Bezug auf Arbeitsplätze gelingt, ist ein Stück Integration.“⁶⁴⁹

Die „CDU wird endlich integriert“⁶⁵⁰ titelt die Taz nach dem Gipfel am 15.7.2006 und spielt hiermit auf zwei Punkte an. Zum einen bekennt sich die Partei zum Einwanderungsland und hat aber immer noch Hardliner in ihrer Mitte, die „durch immer neue Gesetze und Sanktionen die Integration von Migranten“⁶⁵¹ erschweren. Die Taz nennt primär Günther Beckstein als Hemmnis für die Integrationsdebatte und äußerte deutliche Kritik an der „Rhetorik der Fürsorge“ der Partei: „Bei Themen wie Zwangsehen und mangelnden Deutschkenntnissen erwecken sie den Eindruck, als müsse man die ‚Ausländer‘ vor sich selbst schützen.“⁶⁵²

⁶⁴⁵ Taz vom 14.07.2006: S. 12.

⁶⁴⁶ SZ vom 15.07.2006: Spitzentreffen zur Integration von Zuwanderern. Merkel zurückhaltend bei schärferen Sanktionen; S. 7.

⁶⁴⁷ SZ vom 15.07.2006: S. 7.

⁶⁴⁸ SZ vom 15.07.2006: S. 7.

⁶⁴⁹ SZ vom 15.07.2006: S. 7.

⁶⁵⁰ Taz vom 15.07.2006: CDU wird endlich integriert, S. 1.

⁶⁵¹ Taz vom 15.07.2006: S. 1.

⁶⁵² Taz vom 15.07.2006: S. 1.

Die Taz hoffte auf Impulse in der praktischen Politik, vor allem im Bildungssektor um den Gipfel als Erfolg verbuchen zu können. Im Prinzip des Förderns und Forderns nur Forderungen aufzustellen, sei der kontraproduktive Weg.⁶⁵³

Die Kanzlerin Merkel wollte mit dem Gipfel erreichen, dass die Migranten sich in Deutschland zu Hause fühlen und gab den Kritikern, wie Edmund Stoiber, der stärkere Sanktionen für Deutschkursverweigerer forderte, eine Abfuhr, da laut ihrer Aussage nicht über Konsequenzen sondern über Angebote gesprochen wurde.⁶⁵⁴ Der Vorsitzende der TGD äußerte sich zufrieden mit dem Ergebnis, da das Wort „Sanktion“ nicht geäußert wurde und forderte alle auf „gemeinsam und selbstkritisch an die Probleme“⁶⁵⁵ heranzugehen.

Diese Debatte zeigt deutlich, dass die CDU/CSU im Jahr 2006 keinen klaren Weg im Themenbereich Einbürgerung und Integration beschreitet. Das Bundesinnenministerium setzte auf die DIK und das Kanzleramt auf den Integrationsgipfel. Die Landesregierungen, wie Hessen, äußern sich zumindest in Richtung von Maria Böhmer, sehr kritisch. Daher wird der Gipfel von Frau Böhmer auch als „ein wunderbares Zeichen der Kanzlerin“ beschrieben. Allein diese Beschreibung zeigt die geringe Tragweite eines Integrationsgipfels auf, der im Jahr 2006 in Konkurrenz zur ersten DIK steht. Allerdings hat die CDU unter der Kanzlerin Merkel versucht mit dem Novum des Integrationsgipfels die mangelnde Kommunikation zwischen der Lebenswelt der Migranten und der Politik als Zentrum der Problemverarbeitung abzubauen. Sie bekannte sich das erste Mal zum Einwanderungsland Deutschland und wollte Angebote an die Migranten fördern. Die kritischen Stimmen in der Regierungspartei erloschen jedoch nicht und wurden gerade bei der Diskussion um den Einbürgerungstest wieder lauter.

8.3.2 Der Einbürgerungstest im Jahr 2006

Die Einführung des Einbürgerungstest in Deutschland gestaltete sich schwierig. Zunächst wurden in den einzelnen Bundesländern Insellösungen erdacht, die schließlich von einer Initiative der Bundesregierung einheitlich gelöst wurde.

Ein weiteres im Jahr 2006 viel diskutiertes Thema war die Einführung des Einbürgerungstests in den verschiedenen Bundesländern. Anfang des Jahres gerät vor allem die Landespolitik in Baden-Württemberg in die Kritik, da der Gesprächsleitfaden für die Einbürgerung in der muslimischen

⁶⁵³ Vgl. Taz vom 15.07.2006: S. 1.

⁶⁵⁴ Vgl. Taz vom 15.07.2006: Zuckerbrot für Merkel und Migranten, S. 6.

⁶⁵⁵ Taz vom 15.07.2006: S. 6.

Gemeinschaft auf wenig Gegenliebe stößt. Vor allem Fragen nach der Einstellung zur Homosexualität wurden vielfach kritisiert: „Der Zentralrat der Muslime spricht von einer ‚gesetzeswidrigen Diskriminierung aller Muslime‘.“⁶⁵⁶

Am 10.1.2006 widmet die FAZ eine komplette Seite dem Themenfeld des Einbürgerungstests und druckt viele Fragen aus dem Gesprächsleitfaden ab. Die Auswahl des Titels, aus der 23. Frage des Leitfadens entnommen, wirkt aber eher befremdlich, da dieser auf die Attentate von 2001 in New York und von 2004 in Madrid anspielt: „Waren die Täter in Ihren Augen Terroristen oder Freiheitskämpfer?“⁶⁵⁷

Generell wirken die Fragen auf den Leser befremdlich. Die Frage sieben bezieht sich auf die Ehrenmorde und die Frage 18 auf die Freiwilligkeit bei der Kleidungswahl der potentiellen Tochter:

„Bei Einbürgerungsbewerberinnen: Ihre Tochter möchte sich gerne so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch, aber Ihr Mann ist dagegen? Was tun Sie?“⁶⁵⁸

Diese Frage setzt viele Dinge voraus. Zum einen, dass die Kleidung von der Tochter nicht freiwillig gewählt werden darf und dass der Mann grundsätzlich sein Veto bei der Wahl der Kleidung einlegen darf. Die freie Wahl wird hier als nicht existent vorausgesetzt. Ähnlich ist die Frage beispielsweise zur Homosexualität zu lesen:

„Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gerne mit einem anderen Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?“⁶⁵⁹

Gleichzeitig geben die Fragestellungen ein sehr enges Korsett vor, die Antworten müssen jedoch frei formuliert werden. Der Gefragte muss antworten, erhält aber keine Antwortvorgaben, und muss sich somit in einer Sprache verständlich und deutlich ausdrücken, die vielleicht nicht seine Muttersprache ist. Die Fragen selbst wirken sehr scharf und teilweise anklagend formuliert. Die Tatsache, dass andere unionsgeführte Länder den Test so nicht übernehmen wollten, erscheint beim Lesen der Fragen plausibel.⁶⁶⁰

Genau wie die FAZ druckt die SZ, allerdings im März 2006, die 100 Fragen aus Hessen ab, um den Lesern den Wortlaut der Fragen nicht vorzuenthalten. Der SZ-Beitrag ist mit der 80. Frage im

⁶⁵⁶ FAZ vom 07.01.2006: Muslime erwägen Klage gegen Fragebogen, S. 1.

⁶⁵⁷ FAZ vom 10.01.2006a: S. 3.

⁶⁵⁸ FAZ vom 10.01.2006a: S. 3.

⁶⁵⁹ FAZ vom 10.01.2006a: S. 3.

⁶⁶⁰ Vgl. FAZ vom 07.01.2006: S. 1.

Einbürgerungstest übertitelt „Nennen Sie drei deutsche Philosophen!“⁶⁶¹ Die SZ beschränkte sich auf einige einleitende Fragen und zitierte neben dem genauen Abdruck den Innenminister Bouffier, nachdem jemand eingebürgert werden kann, der mindestens acht Jahre in Deutschland lebt, ausreichende Deutschkenntnisse sein eigen nennt, eine Loyalitätserklärung und einen Eid auf die Verfassung ablegt. Zusätzlich sollte dieser „Wissens- und Wertetest“ für ihn als Basis für eine mögliche Einbürgerung.⁶⁶²

Die Taz nennt den Leitfaden „Die Gesinnungsprüfung“ und stellt die Fragen des Stuttgarter Leitfadens komplett dar. Die Unterschiede lassen sich im Detail ausmachen. Die Taz erkennt in der Initiative nur die politische Ausrichtung auf die Befragung von Muslimen, „die deutsche Staatsbürger werden wollen“⁶⁶³. Die Zeitung greift sehr früh die Thematik auf und behandelte die Kritik an diesem Test aus der muslimischen Gemeinde und den „drei großen muslimischen Dachverbände(n) in der Bundesrepublik.“⁶⁶⁴

Die islamischen Verbände, allen voran der Zentralrat der Muslime, erwog daraufhin eine Klage gegen den Fragekatalog und rieten den Einbürgerungsbewerbern „auf die Fragen zunächst nicht zu antworten und juristischen Rat einzuholen.“⁶⁶⁵

„Die Türkisch-Islamische Union (Ditib) hält den Fragenkatalog für nicht vereinbar mit den Grundrechten. Der Zentralrat der Muslime spricht von einer ‚grundgesetzwidrigen Gewissenprüfung‘, der Islamrat beklagt ‚einen Schlag ins Gesicht der hier lebenden Muslime‘.“⁶⁶⁶

Der längste Artikel in der FAZ erklärt die Differenzierungsmöglichkeiten, die der Staat hat bei Einbürgerungen. Die Richtlinien werden in dem Artikel sehr sachlich wiedergegeben und geben an wann die Behörde die Staatsbürgerschaft erteilen darf. So kann ein zugewanderter mit festem Wohnsitz in Deutschland und unter der Prämisse nicht straffällig geworden zu sein, durchaus mit einer deutschen Staatsbürgerschaft rechnen, wenn er sich zum Grundgesetz bekennt und im Vorfeld einen Nachweis über Sprachkenntnisse geleistet hat.

⁶⁶¹ SZ vom 17.03.2006c: „Nennen sie drei deutsche Philosophen!“ Fragen zur Kultur, Geschichte und Politik des Landes und zur demokratischen Gesinnung des Kandidaten – der hessische Einbürgerungstest im Wortlaut, S. 10.

⁶⁶² Vgl. SZ vom 17.03.2006c: S. 10.

⁶⁶³ Taz vom 04.01.2006a: Die Gesinnungsprüfung, S. 3.

⁶⁶⁴ Taz vom 04.01.2006b: Kritik am Stigma eines Test, S. 3.

⁶⁶⁵ FAZ vom 10.01.2006b: Islamische Verbände: Nicht antworten; S. 3.

⁶⁶⁶ Taz vom 04.01.2006b: S. 3.

Hier kann die jeweilige Behörde aber einen am letzten Abschnitt näher definierten Ermessensspielraum geltend machen:

„Eine Ungleichbehandlung einer Religion gegenüber einer anderen oder von Bewerbern aus einem Land gegenüber einem anderen Ausländer, wie es auch bei der Rasterfahndung geschieht, kann aufgrund von unterschiedlichen Gefahrenlagen gerechtfertigt sein. Der Rechtsstaat darf nicht willkürlich handeln, er darf aber aus sachlichen Gründen differenzieren – gerade auch, wenn es um den Zugang zu ihm geht.“⁶⁶⁷

Gerade der letzte Satz macht deutlich, dass jeder Zugewanderte nach Deutschland diesen Richtlinien des Staates bedingungslos folgen muss, damit die Staatsbürgerschaft gewährt werden kann. Die freiheitlichen Grundrechte scheinen in diesem Fall ausgesetzt werden zu können, zumindest laut Meinung der FAZ.

Das baden-württembergische Innenministerium verweist, nach dem Ursprung des strikten Leitfadens gefragt, auf die Umfrage des Zentralinstituts Islam-Archiv in Soest, nachdem „21 Prozent der in Deutschland befragten Muslime Grundgesetz und Koran für unvereinbar“⁶⁶⁸ halten. Das Problem ist laut Leitung des Instituts aber der Zusammenhang. Vor allem sind im Jahr 2004, als die Umfrage erstellt wurde, etwa 35 Prozent unsicher in Bezug auf diese Frage und das wird als eine Folge des Generalverdachtes, dem sich die Muslime in Deutschland ausgesetzt fühlen, von dem Leiter des Archivs Salim Abdullah, dargestellt.⁶⁶⁹

Einige Fachleute sahen diese 21 Prozent auch eher als positives Zeichen der fortschreitenden Integration und „man wisse ja nicht einmal wie viele Muslime genau in Deutschland leben.“⁶⁷⁰

Die nächsten Tage sind in der FAZ von der Debatte über den Stuttgarter Leitfaden geprägt. Einigen Politikern geht dieser noch nicht weit genug und sie fordern eine Art Gewissensprüfung bei der Einbürgerung. Diese Überprüfung erschien aber nicht nur der FAZ sehr fragwürdig und inhaltlich schwierig auszugestalten. Von vielen Politikern wird die Parallele zur Gewissensprüfung bei der Kriegsdienstverweigerung gezogen, bei der auch nach dem Gewissen gefragt wurde. Die Integrationsministerin Böhmer wird mit der Forderung zitiert, dass es wichtig ist „konkrete Vorschläge zu entwickeln, um zu erkennen, wie Einbürgerungsbewerber zu unserer Rechts- und Werteordnung stehen.“⁶⁷¹

⁶⁶⁷ Vgl. FAZ vom 10.01.2006c: Der Staat darf differenzieren. Die Einbürgerung und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, S. 3.

⁶⁶⁸ FAZ vom 10.01.2006d: Zwischen Koran und Grundgesetz, S. 3.

⁶⁶⁹ FAZ vom 10.01.2006d: S. 3.

⁶⁷⁰ FAZ vom 10.01.2006d: S. 3.

⁶⁷¹ FAZ vom 12.01.2006a: Gewissensprüfung bei Einbürgerung? Metin Kaplan und der Stuttgarter Leitfaden; S. 4.

Das Mindestalter bei Familiennachzug wurde für Einbürgerungswillige ebenfalls diskutiert. Der Verdacht der Zwangsehe sollte hiermit möglichst ausgeschlossen werden und somit das Bekenntnis zu Deutschland gesichert sein:

„Ob man das Mindestalter auf 18 festsetze oder eine einjährige Sperre für nachziehende Ehepartner einführe: Wesentlich sei, eine Verzögerung der zum Teil sehr früh und von den Verwandten arrangierten Ehen von Migrantenkindern zu erreichen.“⁶⁷²

Dieser Artikel unterstützt die These, dass im Bereich der Zuwanderung nie nur ein Themenfeld angesprochen wird, sondern an einigen Tagen die Forderungen und Artikel subsumiert in den Printmedien erscheinen und auf die politische Agenda gesetzt werden.

Viele der anderen damals von der CDU regierten Bundesländer bekannten sich ebenfalls zu der Absicht einen Einbürgerungstest einführen zu wollen. In Hessen wird der damalige Innenminister Volker Bouffier zitiert, der ein „staatsbürgerliches Rucksackwissen“⁶⁷³ erwartete. Dieses Zitat wird bereits in der zweiten Überschrift wieder gegeben. Gemeint war damit ein umfangreiches Wissen über die Geschichte Deutschlands, die Europäische Union und eine gewisse Rechtssicherheit und das Wissen um das deutsche Wahlrecht.⁶⁷⁴

Der Innenminister bekannte sich mit diesen Äußerungen klar zum strittigen Gesprächsleitfaden aus Stuttgart:

„Integration ist mehr als nur ein Zeitablauf und eine Unterschrift. [...] Die Debatte hat gezeigt, daß [sic!] man ein richtiges Anliegen nicht dadurch beschädigen sollte, daß [sic!] man Nebenfragen in den Mittelpunkt rückt.“⁶⁷⁵

Bouffier nahm Bezug auf die Debatte über einzelne Fragen, wie etwa die Frage nach der sexuellen Gesinnung. Die Grundrichtung des Tests war für ihn aber richtig. Der Innenminister setzte als Ziel der Integration für den Einbürgerungstest fest, dass nach erfolgreich absolvierter Prüfung der türkische Zuwanderer „nicht mehr ein Türke in Deutschland, sondern ein Deutscher türkischer Herkunft ist“⁶⁷⁶

⁶⁷² FAZ vom 12.01.2006b: Initiative gegen Zwangsehen. Körting: Schäubles Richtung stimmt / Nachzug erst ab 18 oder 20? S.4.

⁶⁷³ FAZ vom 14.01.2006: Auch Hessen plant Leitfaden zur Einbürgerung. Innenminister Bouffier: Wir erwarten „staatsbürgerliches Rucksackwissen“ über Deutschland; S. 4.

⁶⁷⁴ Vgl. FAZ vom 14.01.2006: S. 4.

⁶⁷⁵ FAZ vom 14.01.2006: S. 4.

⁶⁷⁶ FAZ vom 14.01.2006: S. 4.

Die Berichterstattung in der SZ bewegt sich in eine ähnliche Richtung und muss hier aus Gründen der Kohärenz nicht so detailliert wieder gegeben werden, wie die der FAZ. In der SZ Berichterstattung überwiegt ebenfalls der Parteienstreit zu den Gesinnungstests in Stuttgart und anderen Bundesländern. Sowohl innerhalb der CDU äußerte Maria Böhmer Kritik und bezeichnet den Fragenkatalog „nicht für zielführend.“⁶⁷⁷ Einzelne Vertreter, wie der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Nadeem Elyas wird auch in der SZ mit seinem Aufruf abgedruckt, „die Fragen bei der Einbürgerung nicht zu beantworten. Er hat bereits eine Verfassungsklage gegen den Test angekündigt.“⁶⁷⁸ Die Artikelserie in der SZ zum Thema Einbürgerungstest wird im März 2006 fortgeführt. Es wird eine fiktive Stammtischdebatte aufgezeigt, in der sich darüber gestritten wird, wer Robert Koch gewesen ist. Diese Situation wird von einem Mann mit südosteuropäischer Herkunft aufgeklärt, als er an den Tisch herantritt und darüber aufklärt das Robert Koch ein Deutscher Mediziner aus dem 19. Jahrhundert gewesen ist: „Und außerdem sei Roland Koch Ministerpräsident in Hessen, dessen Hauptstadt im übrigen [sic!] Wiesbaden heiße.“⁶⁷⁹

Der Mann hatte vorsorglich den Fragebogen des hessischen Innenministeriums abgearbeitet und sich die 100 Fragen angelesen, die in Kürze bundesweit gelten sollten.⁶⁸⁰ Die SZ meint, dass vor allem Deutsche mit diesem Test Problem haben und befürchteten an dieser Stelle familiäre Verwerfungen: „Die Kinder könnten die Mutter nach dem Inhalt von Artikel 1 der Verfassung fragen und den Vater nach dem Prinzip der Gewaltenteilung, [...]“⁶⁸¹ Die SZ will mit diesen Beispielen dem Leser verdeutlichen, wie viele es nach diesem Test nicht verdient hätten deutsche Staatsbürger zu sein beziehungsweise zu werden.

Die SZ nahm an ebenso wie die FAZ, dass ein Wettbewerb stattgefunden hat, „wer die Messlatte für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft am höchsten legt.“⁶⁸² Die SZ konstatiert, dass es richtig ist, wenn Extremisten keine Staatsbürgerschaft erhalten, aber dieser Streit 2006 eskaliert. Die Länder wollten „am liebsten nur noch Akademikern mit polizeilichen Führungszeugnis“⁶⁸³ die deutsche Staatsbürgerschaft zugestehen. Die SZ ist deutlich gegen die in Hessen geplanten 100 Fragen und vergleicht diese mit Dissertationsprojekten, etwa wenn die Erläuterung des „Existenzrechts Israels“ von den Bewerbern erklärt werden soll. Der Innenminister Schäuble wollte einen bundes-

⁶⁷⁷ SZ vom 12.01.2006: Bleibende Fragen. Baden-Württembergs Gesinnungstest für Einbürgerungswillige trotz zugesagter Überprüfung weiter umstritten, S. 6.

⁶⁷⁸ SZ vom 12.01.2006: S. 6.

⁶⁷⁹ SZ vom 17.03.2006: Das Streiflicht, S. 1.

⁶⁸⁰ Vgl. SZ vom 17.03.2006: S. 1.

⁶⁸¹ SZ vom 17.03.2006: S. 1.

⁶⁸² SZ vom 17.03.2006a: Stadt, Land, Fluss in Schwarz, Rot, Gold. Die Innenminister streiten darüber, welches Standards Einbürgerungswillige erfüllen sollen, S. 10.

⁶⁸³ SZ vom 17.03.2006a: S. 10.

einheitlichen Kompromiss mit festen Standards finden, auch damit nicht Einbürgerungswillige zwischen den Ländern sich das Beste aussuchen können mit den niedrigsten Einbürgerungsschwellen.⁶⁸⁴ Die SZ sieht eine Einigung zwischen den Ländern als schwierig an. „In Nordrhein-Westfalen findet man das hessische Stadt-Land-Fluss-Quiz höchst erstaunlich.“⁶⁸⁵ Außerdem sahen viele Politiker wie Wolfgang Bosbach aus Reihen der CDU die hessischen 100-Fragen als fortschrittlich an:

„Was ist daran schlecht zu wissen, wer in Deutschland den Antrag auf Scheidung stellen kann. [...] Die Leute werden doch nicht von den 100 Fragen ohne Vorbereitung überfallen – sie bereiten sich darauf vor.“⁶⁸⁶

Anders als die anderen Zeitungen fokussierte sich die Taz vermehrt auf die Adressaten des Tests in ihrer Berichterstattung, sprach wiederholt von dem „Muslim-Test“⁶⁸⁷ und gab die kritische Sichtweise der rot-grünen Opposition in Baden-Württemberg wieder. Neben den SPD-Abgeordneten, die gegen diesen Test per Antrag vorgehen wollten, kam die Grüne Brigitte Lösch zu Wort und spricht von „einen unglaublichen Vorgang der Diskriminierung.“⁶⁸⁸ Auch der damalige Stuttgarter Integrationsbeauftragte Gari Pavkovic wird in der Taz interviewt und zu dem Sinn der Fragen befragt:

„Die meisten Fragen haben ja mit dem Einbürgerungsverfahren nichts zu tun. Da geht es um Weltanschauungen in einer pluralen Gesellschaft[...] Ich bin dafür, den Fragebogen abzuschaffen oder stark zu verändern [...] Es unterstellt den einbürgerungswilligen Muslimen religiösen Fundamentalismus.“⁶⁸⁹

Der Integrationsbeauftragte fasste die Kritik der Opposition gut zusammen und stellte sich vor allen gegen den implizierten Generalverdacht der Muslime.

Die rechtliche Seite des „Muslim-Test“ wird in der Taz ins „Kreuzverhör“ genommen. „Für die Behörden ist er schwer zu handhaben und vor Gericht angreifbar.“⁶⁹⁰ Dieser Artikel gibt ähnlich wie die Berichterstattung in der SZ und der FAZ viele politische Stimmen und Stellungnahmen zum pro und contra des Leitfadens wieder. Die Ausländerbehörden in Baden-Württemberg kritisieren, dass es keine „harten Beurteilungskriterien“ für die Bewertung aus dem Innenministerium gegeben hat und die SPD bezweifelt die Rechtmäßigkeit des Fragebogens. „Ausgerechnet in einer Prüfung zur Verfassungstreue werde ein Fragebogen eingesetzt, der dem Geist der Verfassung widerspreche.“⁶⁹¹

⁶⁸⁴ Vgl. SZ vom 17.03.2006a: S. 10.

⁶⁸⁵ SZ vom 17.03.2006a: S. 10.

⁶⁸⁶ SZ vom 17.03.2006a: S. 10.

⁶⁸⁷ Taz vom 05.01.2006: Opposition gegen den Muslim-Test, S. 7.

⁶⁸⁸ Taz vom 05.01.2006: S. 7.

⁶⁸⁹ Taz vom 06.01.2006a: „Der Test überfordert die Ausländerbehörde“, S. 7.

⁶⁹⁰ Taz vom 06.01.2006b: Muslim-Test im Kreuzverhör, S. 7.

⁶⁹¹ Taz vom 06.01.2006b: S. 7.

Die CDU in Form des damaligen Innenministers aus Stuttgart blieb allerdings bei ihrer Meinung:

„Wir sind der Auffassung, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nur derjenige erhalten soll, der sich aus innerer Überzeugung zum Grundgesetz der Bundesrepublik bekennt und unsere Werteordnung akzeptiert.“⁶⁹²

Aussagen darüber, wie diese Werteordnung inhaltlich ausgestaltet ist, bleibt der CDU Politiker allerdings schuldig. Die CDU-Politiker bewerteten den Test von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich.

Die Taz versuchte allerdings Einbürgerungswillige auf dem „Muslim-Test“⁶⁹³ einzustimmen und fragte Prominente deutsche Muslime, wie etwa Seyran Ates und Feridan Zaimoglu, als Mitglieder der DIK, die es vormachten. Nach dem Motto „Vorsicht ist besser als Nachsicht“ geben in diesem Interview die Befragten Anwohnerhilfe vor, „mit deren Hilfe der Test zum Heimspiel wird.“⁶⁹⁴ Beispielsweise beantwortet Zaimoglu die Frage nach der Sichtweise auf die Juden sehr neutral und vermittelnd, um die Frage zu bestehen:

„Ich finde, es bringt nichts, sich darüber aufzuregen, dass unsere Welt so schlecht ist. Ich persönlich will ein besserer Mensch werden. Das ist doch viel wichtiger.“⁶⁹⁵

Die Taz versuchte über die prominenten Muslime Kontakte zu den einbürgerungswilligen Muslimen aufzubauen und Anwohnerhilfe von Muslimen für Muslime vorzugeben. Ates wird gefragt, ob sie ihrem Mann immer gehorchen muss: „Selbstverständlich muss sie nicht gehorchen. Ein Mann hat keinerlei Recht, das ihm das Schlagen erlaubt.“⁶⁹⁶ Die Initiative kann als Idee für eine gute Kommunikationsbasis gewertet werden, aber die Auswahl der Befragten erstaunt, da gerade Frau Ates nicht von allen Muslimen in Deutschland aufgrund ihrer kritischen Stellung zum Islam akzeptiert wird.

Zusammenfassend befasst sich die Taz mit dem Baden-Württembergischen sogenannten Muslimtest am Wochenende des 7./8.1.2006. Auf der Titelseite ist eine Hand mit einem Daumen nach unten zu sehen, da viele renommierte Wissenschaftler die Testfragen als zu pauschalisierend kritisierten und die „wissenschaftlichen Grundlagen für den Gesinnungstest in Baden-Württemberg“⁶⁹⁷ anzweifelten.

Die Studie, die als Grundlage für den Test und das mangelnde Bekenntnis zum Grundgesetz unter den Muslimen galt, wurde laut Aussage des Zentralinstituts Islam-Archiv in Soest falsch abge-

⁶⁹² Taz vom 06.01.2006b: S. 7.

⁶⁹³ Taz vom 06.01.2006: Mach den Muslim-Test!, S. 14.

⁶⁹⁴ Taz vom 06.01.2006: S. 14.

⁶⁹⁵ Taz vom 06.01.2006: S. 14.

⁶⁹⁶ Taz vom 06.01.2006: S. 14.

⁶⁹⁷ Taz vom 07./08.01.2006: Muslim-Test durchgefallen; S. 1.

druckt: „Unsere Untersuchungen belegen, dass die Akzeptanz des Grundgesetzes unter den Muslimen steigt.“⁶⁹⁸ Der Generalverdacht wurde vielmehr durch viele Publikationen und Presseberichte weiter verbreitet und festgeschrieben. Der Wissenschaftler Werner Schiffauer durfte sich äußern, dass er bezweifelte über solche Untersuchungen die Einstellungen der Menschen erfassen zu können: „Es ist völlig unklar, wie ein Arbeitsmigrant diese Frage versteht und ob er weiß, was im Grundgesetz steht.“⁶⁹⁹

Ebenso wie in den anderen untersuchten Zeitungen wird den Adressaten Raum zur Äußerung gegeben. Die Taz lässt den Bundesvorsitzenden der TGD Seref Erkayhan allerdings einen fiktiven Fragebogen an den Initiator des Fragebogens in Stuttgart Heribert Rech (CDU) verfassen, in dem einige Fragen des Leitfadens widerlegte, beziehungsweise umdrehte:

„Sind die Muslime ihrer Meinung nach sozial und kulturell rückständig. Wenn nein, warum spiegelt sich in Ihrem Leitfaden die Vorstellung einer deutschen Leitkultur wieder? [...] Haben Sie einen Generalverdacht gegen Muslime? [...] Wir würden sie reagieren, wenn Sie erfahren, dass Ihr Chef homosexuell veranlagt ist.“⁷⁰⁰

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün darf sich ebenfalls zu dem Test äußern und ist traurig über den miserablen Zustand der deutschen Integrationspolitik und kritisiert den Diskurs über Muslime, der den Eindruck erweckt, als wenn „in jeder muslimischen Familie täglich mindesten eine Zwangsheirat stattfindet, dazu ein Ehrenmord begangen wird.“⁷⁰¹

Vor allem in Großstädten hätten die Migranten viel eher mit den gleichen sozialen Problemen zu tun, wie alle anderen Bürger auch:

„Diese Alibipolitik zielt vor allem darauf ab, ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiede zu betonen. Der Zweck: den Zusammenhalt der Mehrheitsgesellschaft durch die Ausgrenzung der Muslime zu stärken.“⁷⁰²

Die SPD-Politikerin sah im Bereich der Integrationspolitik eine Befassung mit Nischenthemen bei dem sich nun alles um die Muslime dreht. Sie plädierte für eine gesamtgesellschaftliche Politik der Anerkennung, in der die Muslime als „selbstverständlicher Bestandteil europäischer Gesellschaften anerkannt“⁷⁰³ werden und nicht als Fremdkörper.

⁶⁹⁸ Taz vom 07./08.01.2006a: Schlichtweg unseriös, S. 2.

⁶⁹⁹ Taz vom 07./08.01.2006a: S. 2.

⁷⁰⁰ Taz vom 07./08.01.2006b: Der türkische Gegenfragebogen, S. 2.

⁷⁰¹ Taz vom 07./08.01.2006: Muslim-Test für Deutschland, S. 11.

⁷⁰² Taz vom 07./08.01.2006: S. 11.

⁷⁰³ Taz vom 07./08.01.2006: S. 11.

Die Grenzen laufen für sie nicht „zwischen Deutschen und Muslimen – sondern zwischen aufgeklärtem Denken mit sozialer Verantwortung und einem konservativem Gesellschaftsmodell.“⁷⁰⁴

In der Taz werden, als die Innenminister der Bundesländer die Regeln zur Einbürgerung beschließen, einige Politiker und Prominente humorvoll getestet und mit der Überschrift: „Durchgefallen. Diese Deutschen könnten niemals Deutsche werden“⁷⁰⁵, versehen. Edmund Stoiber werden beispielsweise mangelnde Sprachkenntnisse vorgeworfen und eine sehr misslungene Rede zitiert. Dem Journalist Günter Wallraff wird eine Feindschaft zur Verfassung attestiert, da er in den 1970er Jahren angeblich Kontakte zu RAF-Terroristen unterhielt.⁷⁰⁶ Die Neuerung im Mai ist, dass auch die SPD sich zu den Einbürgerungskursen bekennt: „SPD gibt nach: Einbürgerungswillige müssen künftig eine Prüfung zur Staatsbürgerkunde ablegen.“⁷⁰⁷

Die FAZ selbst kritisiert den Einbürgerungstest aus Stuttgart auf Schärfste und fragt in der Überschrift „Wer sind wir selbst?“⁷⁰⁸ und geht von einem Scheitern der Integration aus, sollte an diesem Konzept festgehalten werden:

„Der Leitfaden ist ein untaugliches Instrument. [...] Er [der Einwanderer, Anm. d. Verfassers] dürfte einerseits, und zwar durchaus ernsthaft, bemüht sein, als toleranter, säkularisierter, ethnisch farbenblinder *citoyell* zu erscheinen – dennoch aber bei Fragen über Gleichberechtigung, Homosexualität und Ehre seine Mühe haben, den deutschen Verfassungsanspruch und seine Wertevorstellungen zusammenzubringen.“⁷⁰⁹

Die Zeitung setzt diesem Leitfaden ein ebenfalls in Stuttgart entworfenes Konstrukt der Polizei entgegen und hält dessen Forderung nach der Zusammenarbeit mit den Muslimen für konkreter und fortschrittlicher, allerdings mit zu viel Nähe ausgestattet: „Im Zweifel für das Anderssein des anderen, könnte man als Motto vor das Ganze setzen.“⁷¹⁰ Es wird eine Parallele zu amerikanischen Einbürgerungstest gesucht, aber nicht gefunden. Die USA fragen nach „Wissen über Geschichte, Verfassung und politische Gegenwart.“⁷¹¹

⁷⁰⁴ Taz vom 07./08.01.2006: S. 11.

⁷⁰⁵ Taz vom 06.05.2006: S. 1.

⁷⁰⁶ Vgl. Taz vom 06.05.2006: S. 1.

⁷⁰⁷ Taz vom 06.05.2006a: Noch mehr Hürden, S. 3.

⁷⁰⁸ FAZ vom 15.01.2006: Wer sind wir selbst? Zwei Stuttgarter Leitfäden zeigen, daß [sic!] sich die Deutschen ihres Gemeinwesens nicht gewiß [sic!] sind. So scheitert die Integration auf doppelte Art, S. 13.

⁷⁰⁹ FAZ vom 15.01.2006: S. 13.

⁷¹⁰ FAZ vom 15.01.2006: S. 13.

⁷¹¹ FAZ vom 15.01.2006: S. 13.

Der sogenannte Gewissenstest wird als listenreiche Täuschung des Bürgers dargestellt:

„Der Leitfaden funktioniert wie ein Lügendetektor, wie eine Fallgrube. Daß [sic!] ein Bürger als solcher vielleicht mit bloßem Auge zu erkennen ist. Davon halten die Stuttgarter Leitfädler nichts.“⁷¹²

Die Grünen äußerten sich gegenüber Bouffier ebenfalls sehr kritisch und sehen den Test als Schikane. Der abgedruckte Parteienstreit über den Einbürgerungstest nahm demnach einen großen Raum in den untersuchten Printmedien ein. „Die Bundes-Grünen nannten den Test eine ‚Schikane‘.“⁷¹³ Der Grüne Politiker Omid Nouripour nannte die Planung „weder sachdienlich noch zielführend, sondern reine Kraftmeierei.“⁷¹⁴ Die hessische Landesregierung baute im Jahr 2006 die Sprachförderung, ebenfalls Bestandteil des Einbürgerungstests aus:

„Nach der Schuldanmeldung besuchen die Kinder von November an für neun Monate den Vorlaufkurs und werden dann, falls nötig, über mehrere Schuljahre in kleinen Gruppen des ‚Deutsch & PC‘-Programms gefördert.“⁷¹⁵

Auch Niedersachsens CDU setzte sich für eine Verschärfung der Einwanderungsbedingungen ein:

„Alle Bewerber um eine Einbürgerung sollten an einem Staatsbürgerkurs teilnehmen müssen, so könnten die Volkshochschulen einen Kurs von etwa zehn Stunden anbieten, die Betroffenen sollten in selbst bezahlen und eine erfolgreiche Teilnahme nachweisen müssen.“⁷¹⁶

Neben der finanziellen Eigenleistung der Zuwanderer stand die CDU in Niedersachsen auch für eine Anhebung der Anforderungen bei den Deutschkenntnissen und die Senkung der Grenze bei Vorstrafen.⁷¹⁷

Interessant sind die vielen unterschiedlichen Titel und Bezeichnungen für den Einbürgerungstest. Politisch wurde im Jahr 2006 über einen Gesinnungstest, einen Interview-Leitfaden und über den Muslimtest diskutiert. In den meisten Fällen wurde aber über die Fragen zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft gesprochen. Eine einheitliche Definition erhielt dieser Test im Jahr 2006 zumindest politisch nicht.

⁷¹² FAZ vom 15.01.2006: S. 13.

⁷¹³ FAZ vom 16.01.2006: Scharfe Kritik an Bouffier. Grüne: Geplanter Test in Hessen bei Einbürgerung ist Schikane; S. 4.

⁷¹⁴ FAZ vom 16.01.2006: S. 4.

⁷¹⁵ FAZ vom 17.01.2006a: Sprachförderprogramm in Hessen ausgeweitet; S. 4.

⁷¹⁶ FAZ vom 17.01.2006b: Staatsbürgerkurs bei Einbürgerung; S. 4.

⁷¹⁷ Vgl. FAZ vom 17.01.2006b: S. 4.

Damit die Zuständigkeit für den Einbürgerungstest nicht mehr bei einzelnen Ländern liegt, wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beauftragt „bundesweit einheitliche Standards“⁷¹⁸ festzulegen, die inhaltliche Ausgestaltung der Leitfäden sollte aber weiterhin Länderkompetenz bleiben. Der Sprachtest sollten ebenfalls bundeseinheitlich gemacht werden. Die SPD stimmte diesen Änderungen auf der Innenministerkonferenz zu. Insgesamt wurden die Hürden erhöht. Die Einbürgerungswilligen dürfen weniger straffällig werden und die Kurse sollten bis auf einige Ausnahmen verpflichtend sein: „Wenn besondere sprachliche Leistungen zu erkennen sind oder ein gesellschaftliches Engagement, dann kann man den Pass schon nach 6 Jahren bekommen.“⁷¹⁹ Hessen gab bekannt, dass „die Prüfungsteile, die sich nicht als Standard wiederfinden, die wird Hessen eben weiter abfragen – alleine.“⁷²⁰ Des Weiteren wollte Bayern einen feierlichen Eid auf das Grundgesetz und Baden-Württemberg wollte als Initiator weiter streng bleiben. Die politische Opposition der Grünen, der Linkspartei und der TGH kritisierte dieses Abkommen. „Statt Einbürgerung zu fördern, bauten die Innenminister durch verpflichtende Prüfungen zum Abschluss von Einbürgerungstests neue Hürden auf“⁷²¹, so Renate Künast. Der Vorsitzende der TGH Kolat sah ein falsches Zeichen: „Die Beschlüsse der Innenminister sind ein Zeichen dafür, dass Migranten hierzulande nicht willkommen sind.“⁷²²

Das Interview mit einem Rechtsanwalt unterstützte diese Aussagen, der diese Verschärfung des Gesetzes als zu hoch empfindet und davon ausging, dass viele Einbürgerungen so verhindert werden:

„Kleine Straftaten kommen schließlich auch in den besten Familien vor [...] Geldstrafen über 90 Tagessätze werden im Bundeszentralregister zehn Jahre lang gespeichert, geringere Geldstrafen nur fünf Jahre. Nach der Tilgung können sie eine Einbürgerung nicht mehr verhindern.“⁷²³

Die Taz konstatiert insgesamt, dass es hätte schlimmer kommen können, wenn alle Vorschläge der Union berücksichtigt worden wären, allerdings sei die Einigung für die rot-grünen Ziele eine Kapitulationserklärung und spielte damit auf die Straftaten-Regelung an „Resozialisierung? Für eingeborene Deutsche selbstverständlich, bei der Migranten-Integration endgültig ein Fremdwort.“⁷²⁴ Die Kritik trifft vor allem die rot-grüne Idee für ein neues Staatsbürgerrecht mit dem Ziel die Einbürgerungszahlen zu steigern. Diese Steigerung hat sich nicht erfüllt, denn die

⁷¹⁸ Taz vom 06.05.2006a: S. 3.

⁷¹⁹ Taz vom 06.05.2006a: S. 3.

⁷²⁰ Taz vom 06.05.2006a: S. 3.

⁷²¹ Taz vom 06.05.2006a: S. 3.

⁷²² Taz vom 06.05.2006a: S. 3.

⁷²³ Taz vom 06.05.2006b: „Kleine Delikte gibt es in den besten Familien“, S. 3

⁷²⁴ Taz vom 06.05.2006: S. 11.

Einbürgerungszahlen sanken im Jahr 2006 und die Lebenswelten der Mehrheitsgesellschaft und der Migranten haben sich laut Taz noch mehr entfremdet:

„Sie [die Minister, Anm. d. Verf.] signalisieren vor allem bildungsschwachen Migranten: Ihr habt keine Chance [...] Bei der Einbürgerung wird weiter ausgesiebt: Den Pass bekommt, wer seine Nützlichkeit beweisen kann. Doch die anderen, die sozial Schwachen, sie werden trotzdem bleiben, ob mit oder ohne deutschen Pass. Man kann sie nicht einfach ausweisen. Und ihre Integration wird nicht erleichtert, indem man ihnen die Teilhabe erschwert.“⁷²⁵

Dieses klare Statement der Taz signalisiert, dass die Zeitung den Weg der Verschärfung der Einbürgerungsgesetze nicht unterstützen konnte.

Der abgedruckte politische Streit über die Einführung und/oder die Ausgestaltung Einbürgerungstests lässt mutmaßen, dass es weniger der Dialog mit den Adressaten im Mittelpunkt stand, sondern der politische Dissens über inhaltliche Maßnahmen zur Zuwanderung. Gerade der Diskurs über den Einbürgerungstest zeigt, wie viele unterschiedliche Meinungen bereits innerhalb der CDU kursierten. Die öffentlich ausgetragene länderübergreifende Debatte über den Test und dessen Inhalt transportierte nicht, zumindest nicht primär, den eigentlichen Fokus des Einbürgerungstest, nämlich den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft. Hervorgehoben wurden beispielsweise in Stuttgart die Muslime als einzige zu befragende Gruppe und die detaillierte inhaltliche Ausgestaltung. Warnende Stimmen, wie etwa von dem Zentralrat der Muslime, wurden nicht weiter berücksichtigt, beziehungsweise verfolgt.

Die politischen Lager waren im Jahr 2006 auch innerhalb der Parteien im Bezug auf den Einbürgerungstest sehr zerstritten. Die einen sahen den Test als fast unlösbar an und die anderen forderten zusätzlich noch eine Einbürgerungsfeier beim Erhalt des deutschen Passes.⁷²⁶ Für diese Dissertation sind ebenfalls die vielen Bezeichnungen für den Test von Interesse. Die Adressaten werden im Muslim-Test klar benannt und allein diese verschiedenen Titel können nicht für Nähe sorgen. Die Zeitungen beziehen zum Teil klare Positionen gegen die Einführung des Tests im Jahr 2006.

8.3.3 Der NI und Einbürgerungstest im Jahr 2007

Der Integrationsgipfel, im Jahr 2006 von Angela Merkel initiiert, fand im Jahr 2007 ein weiteres Mal statt und die Integrationsrichtlinien des Aufenthaltsgesetzes wurden weiter ausgefeilt. Nach

⁷²⁵ Taz vom 06.05.2006: S. 11.

⁷²⁶ Vgl. SZ vom 17.03.2006: S. 10.

Meinung einiger Verbände handelte es sich hierbei um eine Verschärfung der Richtlinien des Ausländerrechts, die von der Bundesregierung vorgenommen wurden. Durch die Veto-Möglichkeit der einzelnen Bundesländer, seien ohnehin nur Trippelschritte in der Ausländerpolitik möglich:

„So sollen Ausländer nur noch nach einem Einbürgerungstest den deutschen Pass erhalten. Auch die [...] Kettenuldungen würden nicht abgeschafft. Diese halten viele Flüchtlinge in ständiger Angst vor einer Abschiebung.“⁷²⁷

Die großen Kirchen sahen allerdings auch Fortschritte in dem neuen Gesetzesentwurf. „Die längere Frist zur Arbeitssuche und der bessere Zugang zum Arbeitsmarkt sind eine Verbesserung.“⁷²⁸

Der Autor des umstrittenen Baden-Württembergischen Gesprächsleitfadens Rainer Grell kam in der FAZ zu Wort und konnte die Aufregung über die Einbürgerungsgrundsätze nicht nachvollziehen. Der ehemalige Ministerialrat verfasste sogar ein 200 Seiten starkes Manuskript zur Geburtsstunde des Einbürgerungsleitfadens und drohenden Islamisierung in Europa.

Die Planung des Gesprächsleitfadens erfolgte im Jahr 2004 und bereits 2007 unterstützte Grell seinen Leitfaden nicht mehr in Gänze:

„Wir wollten nicht die Gesinnung eines Bewerbers prüfen, wir wollten nur wissen, ob er sein Bekenntnis zum Grundgesetz ernst meint, ob das mit diesen Fragen geschieht oder mit anderen, ist mir doch völlig egal.“⁷²⁹

Dennoch wird er von der FAZ mit dem niederländischen rechtspopulistischen Pim Fortuyn verglichen und angemahnt, dass dieser Test nun bereits polemisch Gesinnungstest oder Muslimtest genannt wurde.⁷³⁰ Das normative Element wurde durch den Juristen Grell überschätzt:

„Die Aussagen im Koran haben aber manchmal wenig zu tun mit dem Weltbild und dem Denken der Gläubigen. Auch fußt das demokratische Bewusstsein nicht unbedingt auf der ausführlichen Kenntnis von Grundgesetzartikeln.“⁷³¹

Die Maßnahmen des Gesprächsleitfadens übersetzten aber genau diese Postulate in konkrete Fragestellungen, die mit der Lebenswelt der Einbürgerungswilligen wenig gemein hatten. Die Verfassungsschützer zeigten sich auch wenig erfreut über den Verlauf der politischen Debatte. „Der Wes-

⁷²⁷ SZ vom 06.03.2007: Politik in Trippelschritten, S. 5.

⁷²⁸ SZ vom 06.03.2007: S. 5.

⁷²⁹ FAZ vom 05.03.2007: Ein württembergischer Pim Fortuyn; S. 3.

⁷³⁰ Vgl. FAZ vom 05.03.2007: S. 3.

⁷³¹ FAZ vom 05.03.2007: S. 3.

ten dürfe die Religion nicht zum alleinigen Identitätsmerkmal machen⁷³², wurde der Philosoph Amartya Sen zitiert.

Die Länder verfolgten, wie schon an der politischen Diskussion im Jahr 2006 ersichtlich, einen eigenen Weg und kreierten verschärfte Einbürgerungstests wie Baden-Württemberg. Demzufolge wurde im Bundesrat auch ein Konzept verabschiedet, dass von unionsregierten Ländern eingebracht wurde:

„Danach können Ausländer nur dann Deutsche werden, wenn sie die Sprache ausreichend beherrschen und nicht vorbestraft sind. Ihr Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung muss glaubwürdig sein. Bewerber müssen künftig nachweisen, dass sei über staatsbürgerliches Grundwissen verfügen.“⁷³³

Aufgrund dessen nannte die SZ das neue Zuwanderungsgesetz auch eine „Eingliederung per Bußgeldkatalog“ und assistierte dem Integrationsgesetz viele Chancen verpasst und von der „Angst vor den Fremden geprägt“ zu sein.⁷³⁴ Insgesamt zeichnet die SZ in diesem Artikel ein sehr negatives Bild von der auf großen Versprechungen zur Integrationspolitik geprägten Bundesregierung. Die SZ zeigte sich enttäuscht von den Ergebnissen, dass „eine Paragraphen-Melange aus neuen Zuzugshürden, Integrationsangeboten und schärferen Strafen – ein Paket, dass besser mit *Fordern* und *Strafen* [Hervorhebung im Original, Anm. d. Verfassers] überschrieben wäre“⁷³⁵, darstellen würde. Die Zeitung sah nicht alles als negativ an, sie lobte die verbesserten Integrationskurse, ein Bleiberecht für Flüchtlinge und durch das verlängerte Bleiberecht auf vier Jahre, die Möglichkeit eine bessere Stelle auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Auch die Deutschpflicht vor Einreise sah die SZ als positive Entwicklung an:

„Den großen Rest des 435-Seiten-Gesetzes durchzieht der Geist der Sicherheitspolitiker und Sozialdetektive. Im Zweifel hat sich die Koalition stets für mehr Kontrolle statt für mehr Rechte entschieden. [...], wer nicht an einem Integrationskurs teilnimmt, muss 1000 Euro Strafe zahlen. Wer andere an der Integration hindert, wird kurzerhand ausgewiesen.“⁷³⁶

Die SZ sah viele verpasste Chancen und unmutige Entscheidungen der Bundesregierung. Die Erhöhung der Teilhabemöglichkeiten hatte für Migrantenverbände nicht stattgefunden: „Was die Ausländer selbst zu einer besseren Eingliederung sagen ist also eher von geringem Interesse.“⁷³⁷

⁷³² FAZ vom 05.03.2007: S. 3

⁷³³ Vgl. SZ vom 10.03.2007: Länder fordern strenge Einbürgerungs-Regeln, S. 6.

⁷³⁴ SZ vom 14.06.2007: Eingliederung per Bußgeldkatalog, S. 4.

⁷³⁵ SZ vom 14.06.2007: S. 4.

⁷³⁶ SZ vom 14.06.2007: S. 4.

⁷³⁷ SZ vom 14.06.2007: S. 4.

Die Taz gab bereits im Juni 2007 die wichtigsten Änderungen im neuen ZuwG⁷³⁸ bekannt, dass auf dem NI bekannt gegeben wurde. Diese Änderungen umfassten unter anderem die Einschränkungen des Ehegattenanzugs, die Bestrafung bei Nichteinhaltung der Integrationskurse und die Aufenthaltsmöglichkeit für Wissenschaftler in der Europäischen Union. Zentral war die Verschärfung der Einbürgerungsbedingungen:

„Bisher können in Deutschland lebende ausländische Staatsbürger unter 23 Jahren sich einbürgern lassen ohne nachzuweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können.“⁷³⁹

Diese Bestimmungen waren für Studenten und Auszubildende gedacht, wurden nun aber im Jahr 2007 gestrichen. Zukünftig sollten die Einbürgerungswilligen „Kenntnisse der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung und der hiesigen Lebensverhältnisse nachweisen.“⁷⁴⁰

Die Taz sah die geplanten Neuerungen durchaus als kritisch an und betonte, dass Schäuble eher eine Frauenkarte ausspielte, als er verkündete, dass mit dem erhöhten Nachzugsalter auf 18 Jahre Zwangsehen verhindert werden könnten:

„Der Zeitpunkt war günstig: Monatelang war erhitzt über Ehrenmorde, Zwangsheirat und die Unterdrückung muslimischer Frauen debattiert worden – wer sollte da den Opfern Hilfe verwehren.“⁷⁴¹

Viel Kritik kam aus der politischen Opposition. Die Grünen sahen diese Maßnahmen als Deckmantel an, der den Schutz vor Zwangsheiraten als Argument nutzte, um die „gravierendste Verschärfung des Ausländerrechts seit Jahrzehnten“⁷⁴² durchzusetzen. Auch Kolat von der TGD äußerte sich kritisch: „Zwangsehen wird man so nicht verhindern, aber die Zuwanderung aus unteren sozialen Schichten. [...] Und genau das ist das Ziel.“⁷⁴³

Die Taz kam zu dem Schluss, dass die Deutschtürken unter dem neuen ZuwG diskriminiert werden würden. In dem Artikel „Bei Integration zurück auf null“ wird ein ernüchterndes Resümee gezogen: „Wer in der Einwanderungspolitik bei null anfängt hat einen Vorteil: Jede noch so kleine Bewegung wird als großer Fortschritt wahrgenommen.“⁷⁴⁴

⁷³⁸ Offizieller Titel des ZuwGs 2007: Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union.

⁷³⁹ Taz vom 14.06.2007a: Die wichtigsten Änderungen, S. 6.

⁷⁴⁰ Taz vom 14.06.2007a: S. 6.

⁷⁴¹ Taz vom 14.06.2007b: Verschärfen statt helfen, S. 6.

⁷⁴² Taz vom 14.06.2007b: S. 6.

⁷⁴³ Taz vom 14.06.2007b: S. 6.

⁷⁴⁴ Taz vom 14.06.2007: S. 11.

Laut Taz hatte nun die Union bei genauem Hinsehen allerdings ihr wahres Gesicht gezeigt, obwohl sie sich rhetorisch liberal zeigte. Vor allem das Deutschfördern und die Verhinderung der Zwangsehen wurden als „Beitrag zur Integration“⁷⁴⁵ angesehen, allerdings „komisch nur, dass die, um die es geht, laut protestieren.“⁷⁴⁶ Wichtige Schritte wie das eigene Recht auf Aufenthalt wurden den Frauen verweigert und das Deutschlernen ist im Herkunftsland nicht ohne weiteres möglich. Des Weiteren konnten Amerikaner und Japaner weiter ohne Prüfung kommen und die Bestimmungen richteten sich gegen die jungen Migranten und somit gegen die größte Gruppe: „Schäuble signalisiert Türken, dass mehr von ihnen unerwünscht sind. So kann Integration nicht klappen.“⁷⁴⁷ Die Taz prangert die seit Jahren in dieser Dissertation diagnostizierten Missstände an und bezieht an dieser Stelle eine klare Position gegenüber Schäuble.

Die Taz sah durchaus positive Tendenzen, beispielsweise dass neu formulierte dauerhafte Bleiberecht für geduldete Ausländer in Deutschland: „Demnach erhalten seit Jahren geduldete Ausländer ein Bleiberecht, wenn sie bis Ende 2009 Arbeit finden und ihre Familie weitgehend ohne staatliche Hilfe ernähren können.“⁷⁴⁸ Die negativen Aspekte des neuen ZuwG überwogen aber die positiven Tendenzen.⁷⁴⁹

Diese Änderungen sahen mehr Regelungen für die Integration von Zuwanderern vor, die von der großen Koalition verabschiedet wurden. Das Mittel der Deutschkenntnisse wurde verankert, um Scheinehen verhindern zu können. Die Vereinheitlichung des Einbürgerungsverfahrens auf Bundesebene stand neben der Verstetigung und Ausweitung der Integrationskurse an oberster Stelle der neuen Agenda. Der National Integrationsplan wurde für die Öffnung des Arbeitsmarktes für Migranten genutzt mit dem Ziel die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für diese Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Die ausländischen Studenten mussten nun einen Fingerabdruck auf ihrem Visaantrag abgeben und das Umfeld vermehrt unter Beobachtung gestellt, um die Sicherheit zu erhöhen.⁷⁵⁰

Auch in der FAZ sind ähnliche Beiträge zu finden, sie zitierte ebenfalls die Meinung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die eine „Revision der Zuwanderungsvorschriften“ verlangten. Sie wollten die Rückkehr zum Punktesystem erreichen, um die Zuwanderung auch nach Kontingenten steuern zu können und wollten damit die Chancen erhöhen.⁷⁵¹

⁷⁴⁵ Taz vom 14.06.2007: S. 11.

⁷⁴⁶ Taz vom 14.06.2007: S. 11.

⁷⁴⁷ Taz vom 14.06.2007: S. 11.

⁷⁴⁸ Taz vom 15.06.2007: Bundestag beschließt Hürden für Zuwanderer, S. 7.

⁷⁴⁹ Vgl. Taz vom 15.06.2007: S. 7.

⁷⁵⁰ SZ vom 14.06.2007: S. 8.

⁷⁵¹ FAZ vom 05.06.2007: S. 15.

Angela Merkel sah in dem Integrationsgipfel das zentrale Projekt für die Integration der Migranten in Deutschland. „Mit dem Nationalen Integrationsplan wollte Merkel die Integrationspolitik in Deutschland auf eine neue Grundlage stellen. Eine gute Grundlage ist das nicht“, hielt die Taz vor Beginn des Gipfels fest.⁷⁵²

Für die Taz setzte der Beschluss für ein neues ZuwG und den Nationalen Integrationsplan ein „Ende der Symbolpolitik.“⁷⁵³ Der Gipfel setzte ein falsches Zeichen, dass die Bundesregierung integrationspolitisch auf dem richtigen Weg ist, aber das stimmte so nicht:

„Jenseits dieser symbolischen Politik aber bietet sich ein anderes Bild. Fast alles, was die Bundesregierung seit dem ersten Integrationsgipfle im vergangenen Sommer beschlossen hat, wendet sich gegen die Zuwanderer, vor allem gegen die aus der Türkei.“⁷⁵⁴

Die Taz hat Verständnis für die ausgesprochene Boykottandrohung des NI durch die türkischen Verbände. Allerdings widersprach die Bundesregierung und Schäuble bestand auf den „neuen Einwanderungsgesetzen.“⁷⁵⁵ Die Bundesregierung war sich sicher, dass die Integration nur mit einer Teilnahme am Gipfel gelingen konnte und nicht mit einem Wegbleiben zu bewerkstelligen sei.⁷⁵⁶

Der Vorsitzende der TGD Kolat meinte,

„mit den neuen Verschärfungen seien Grundrechte beschnitten und ethnische Diskriminierung beschlossen worden. [...] Ich bitte den Bundespräsidenten, diese Gesetze auf ihre Verfassungswidrigkeit zu prüfen und nicht zu unterschreiben.“⁷⁵⁷

Auch der Vorsitzende der Ditib Alboga argumentierte in eine ähnliche Richtung: „Ich wünsche mir, dass der Bundespräsident diese Verschärfung und Spannung abschafft und uns den Weg zum Gerichtssaal spart.“⁷⁵⁸

Viele Kritiker verlangten „Horst Köhler sollte das Antizuwanderungsgesetz stoppen“, da die Große Koalition sich einig war und es keinen „schlagzeilenträchtigen Koalitionsstreit“ gegeben hatte.⁷⁵⁹

Da sich Köhler beim Amtsantritt für die Bürger einsetzen wollte, verlangte die Taz den Mut um das Antizuwanderungsgesetz aufzuhalten.⁷⁶⁰

⁷⁵² Taz vom 04.07.2007: „Ein fast historisches Ereignis“, S. 2.

⁷⁵³ Taz vom 04.07.2007: S. 11.

⁷⁵⁴ Taz vom 04.07.2007: S. 11.

⁷⁵⁵ Taz vom 05.07.2007: Harte Reaktion auf die Boykottandrohung, S. 6.

⁷⁵⁶ Vgl. Taz vom 05.07.2007: S. 6.

⁷⁵⁷ Taz vom 07.07.2007a: Appell an den Bundespräsidenten, S. 2.

⁷⁵⁸ Taz vom 07.07.2007a: S. 2.

⁷⁵⁹ Taz vom 07.07.2007: Große Koalition der Ignoranz, S. 12.

⁷⁶⁰ Vgl. Taz vom 07.07.2007: S. 12.

Die Kritik der Migranten wurde bei der Abstimmung des Gesetzes im Bundesrat kaum thematisiert aber medial begleitet. Einzig die Hürden für Hochqualifizierte wurden von der CDU und FDP angemahnt. Die Verschärfungen im Familiennachzug und bei den Deutschkenntnissen wurden als angemessen betrachtet. Einzig die Grünen befanden die Regelungen als integrationsfeindlich.⁷⁶¹

Die türkischen Verbände wollten eine Neuverhandlung des ZuwGs: „Wir erwarten ein klares Signal, dass die Bundesregierung bereit ist, ernsthaft über Nachbesserungen zu reden“, und wollten ansonsten die Veranstaltung boykottieren und das obwohl sowohl die TGD als auch die Ditib die bisherige Arbeit des Gipfels lobten.⁷⁶²

„Selbstboykott löst keine Probleme und ist nicht im Interesse der 2,5 Millionen Zugewanderten aus der Türkei“, wurde Böhmer zitiert.⁷⁶³

Maria Böhmer wies demnach politisch die Kritik an dem Integrationsgipfel und der angeblichen Diskriminierung der türkischstämmigen Deutschen zurück, die von der Ditib aufgrund der Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes geäußert wurden: „Hans kann seine Frau aus Kanada ohne Probleme nachholen, Ali kann das nicht – auch wenn er einen deutschen Pass hat.“⁷⁶⁴

Die Taz titelte am 11.7. dementsprechend „Rückschlag für Integrationsgipfel. Türken bleiben draußen.“⁷⁶⁵ Insgesamt hatten sich die türkischen Verbände damit aber ins Abseits manövriert, da sie nun als Verweigerer dastanden, „die sich in die Schmollecke zurückziehen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.“⁷⁶⁶ Die Taz verstand durchaus die Reaktion auf die Verschärfung des Gesetzes: „Der Fall zeigt deutlich, was die Bundesregierung unter Integration versteht: Der deutsche Staat verordnet Gesetze, die Einwanderer müssen folgen.“⁷⁶⁷

Die Bundesregierung lehnte das Ultimatum demnach ab, beschloss das ZuwG und wollte auf dem Zweiten Integrationsgipfel den Nationalen Integrationsplan verkünden: „Dieses Gesetz wird nach Ausfertigung durch den Bundespräsidenten in Kraft treten.“⁷⁶⁸ Die Absagen der vier großen Verbände erfolgten allerdings an diesem Tag noch nicht verbindlich, da der Gipfel als Dialogebene auf Augenhöhe durchaus geschätzt wurde. Allerdings überwog der Unmut über die Verschärfungen vor allem für die türkischen Zuwanderer.⁷⁶⁹

⁷⁶¹ Vgl. Taz vom 07.07.2007b: Ohren zu und durch, S. 2.

⁷⁶² Taz vom 10.07.2007: Tausche Integration gegen Zuwanderung, S. 6.

⁷⁶³ Taz vom 10.07.2007: S. 6.

⁷⁶⁴ FAZ vom 07.07.2007: Böhmer weist Kritik an Integrationsgipfel zurück, S. 1.

⁷⁶⁵ Taz vom 11.07.2007a: S. 1.

⁷⁶⁶ Taz vom 11.07.2007b: Woran die Integration scheitert, S. 1.

⁷⁶⁷ Taz vom 11.07.2007b: S. 1.

⁷⁶⁸ Taz vom 11.07.2007: Ultimatum abgelehnt, S. 3.

⁷⁶⁹ Vgl. Taz vom 11.07.2007: S. 3

Die SZ vertrat die These, dass etwas mehr dazu gehört, Deutscher zu werden, auch wenn man schon lange im Land wohnt und bei der Frage nach der Herkunft mit Hamburg antworten würde. Allerdings blieb das erhoffte Willkommen in Deutschland aus:

„Es sagt: Mal sehen, ob du zu uns kommen kannst, wir prüfen das, und unsere Prüfung wird streng sein. Rechne mit unserem Misstrauen und setze dich solange in den Wartesaal, wir melden uns. [...] Für die meisten, die den deutschen Pass beantragten, ist dies Abschluss, nicht Anfang der Integration.“⁷⁷⁰

Die SZ setzte sich hier dafür ein, dass um die neuen Bürger geworben und diese nicht noch zusätzlich verschreckt werden. Die SZ vermutete, dass so die Einbürgerungen nicht nennenswert steigen würden.

Die erhöhten Gelder für Integrationskurse wurden wiederum lobend erwähnt. Die SZ lobte vor allem die verstärkte Flexibilität im neuen Recht, nachdem bis zu 1200 Integrationsstunden angeboten werden können, wenn der Sprachbedarf oder die Geschichtslehre, diese Maßnahmen erfordern. Hierfür wurden für den Haushalt 2008 14 Millionen Euro mehr veranschlagt und die Gesamtsumme somit auf 155 Millionen Euro angehoben.⁷⁷¹

Vor dem im Jahr 2007 einberufenen Integrationsgipfel gab es dann einen Streit über die Rolle der eingeladenen türkischen Verbände. Auf dem Gipfel sollte der bereits erwähnte Nationale Integrationsplan vorgestellt werden. Böhmer nannte den Gipfel einen integrationspolitischen Meilenstein: „Er habe zu einer nie dagewesenen gesellschaftlichen Debatte geführt – an der erstmals auch die Einwanderer beteiligt würden.“⁷⁷²

Die türkischen Verbände zeigten sich im Vorfeld enttäuscht von der Statistenrolle, die ihnen zugeacht wurde und überlegten den Gipfel zu boykottieren. Die Verbände hatten viele Kriterien des neuen Gesetzes kritisiert, aber „nicht einmal ein Komma wurde verändert“⁷⁷³, wurde Kolat zitiert. Gerade der Bußgeldkatalog, die erhöhten Kursanforderungen und der erschwerte Familiennachzug wurden von den türkischen Verbänden abgelehnt. Auch die Grüne Politikerin Künast stellte sich gegen die Pläne der Bundesregierung: „Das ist ein Gipfel der Scheinheiligkeit.“⁷⁷⁴ Sie beklagte unter anderem die fehlenden Fragen nach der Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten für Migranten und die fehlende Hilfe für Opfer von Zwangsehen.

Für die CDU stellte sich dieses anders da: „Es ist das große Verdienst der Kanzlerin, dass sich das Integrationsklima inzwischen gewandelt hat und wir erkennen, dass wir in einem Einwanderungs-

⁷⁷⁰ SZ vom 24.07.2007: Deutsch werden, S. 4.

⁷⁷¹ Vgl. SZ vom 22.11.2007: Kabinett gibt mehr Geld für Integrationskurse, S. 6.

⁷⁷² FAZ vom 08.07.2007: Man spricht Deukisch, S. 5.

⁷⁷³ FAZ vom 08.07.2007: S. 5.

⁷⁷⁴ FAZ vom 08.07.2007: S. 5.

land leben⁷⁷⁵, wurde der CDU Politiker Armin Laschet zitiert. Inhaltlich sollte der Integrationsplan insgesamt 265 Seiten und 400 Selbstverpflichtungen enthalten. Konkrete Pläne und Mechanismen wurden darin nicht festgelegt, aber der SPD Politiker Ralf Stegner sah sich erfreut, dass nun zumindest kein diskriminierender Wahlkampf, wie durch Roland Koch in Hessen initiiert, mehr stattfinden konnte.⁷⁷⁶

Die Ditib weichte innerhalb weniger Tage ihre Boykottandrohung auf und zeigte sich unentschlossen, auch weil Böhmer zu einer Teilnahme aufforderte: „Integration gelingt nur im Dialog. Beide Seiten müssen dazu die Bereitschaft haben.“⁷⁷⁷ Sie bot an über das neue Zuwanderungsgesetz und den Integrationsplan mit Kanzlerin Merkel sprechen zu können. Die türkischen Verbände forderten weiterhin Nachbesserungen im Gesetz. „Wir brechen nicht den Dialog. Der Dialog ist durch das Gesetz gebrochen worden,⁷⁷⁸ wurde wiederum Kolat zitiert. Es wurde sogar über rechtliche Schritte gegen das Gesetz öffentlich nachgedacht. Vor allem die Gleichheit vor dem Gesetz zweifelte der Zentralrat der Muslime an: „Wir sehen am Beispiel der Familienzusammenführung, dass der Grundsatz der Gleichheit missachtet wird.“⁷⁷⁹ Die Islamkritikerin verfolgte eine konträre Meinung: „Das neue Zuwanderungsgesetz trage dazu bei, die Rechte muslimischer Frauen zu stärken.“⁷⁸⁰

Der KRM verurteilte ebenfalls offiziell die Verabschiedung des Gesetzes und die Maßnahmen. Der Verband kritisierte die gleichen Punkte am Gesetz, wie die übrigen Verbände: „Bislang war das Fehlen von Deutschkenntnissen ein Ausschlussgrund [zur Erlangung der Staatsbürgerschaft; Anm. d. Verf.]. Nunmehr gelten Lesen und Verstehen als Voraussetzung.“⁷⁸¹ Auch die hohe Bußgeldforderung von 1000 Euro pro verpasster Stunde und der erschwerte Familiennachzug wurden wiederum kritisiert.

Laschet schlug eine Evaluierung vor und begrüßte die sachliche Ebene des Gipfels und die allgemeine Akzeptanz, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Er stellte sich klar gegen die Boykottandrohung:

„Während beim ersten Mal die Freude über das Zusammenkommen und der Austausch von Höflichkeiten im Mittelpunkt standen, gehe es jetzt um Sacharbeit. Die Kritik am Zuwanderungsgesetz, die als Anlass für die Verweigerung dient, akzeptiert Laschet nicht.“⁷⁸²

⁷⁷⁵ FAZ vom 08.07.2007: S. 5.

⁷⁷⁶ FAZ vom 08.07.2007: S. 5.

⁷⁷⁷ FAZ vom 11.07.2007a: Böhmer will auch über neues Ausländergesetz sprechen, S. 4.

⁷⁷⁸ FAZ vom 11.07.2007a: S. 4.

⁷⁷⁹ FAZ vom 11.07.2007a: S. 4.

⁷⁸⁰ FAZ vom 11.07.2007a: S. 4.

⁷⁸¹ FAZ vom 11.07.2007b: Die Kritik der Verbände, S. 4.

⁷⁸² FAZ vom 11.07.2007c: „Integration evaluieren“, S. 4.

Laschet betonte, dass dieses Gesetz ja für alle Ausländer gilt und nicht nur für die Türken. Er verteidigte das Nachzugsalter von 18 Jahren und das Mindestmaß an Deutschkenntnissen von 200 bis 300 Worten, da beides die Selbstständigkeit der Zuwanderer stärkt.⁷⁸³

Einen Tag vor dem Gipfel galt als gesichert, dass die türkischen Verbände den Beschluss der Bundesregierung über jährlich 750 Millionen Euro Eingliederungshilfe für Ausländer nicht mitbekommen werden, da sie der Versammlung fern bleiben wollten. Bereits einen Tag vor dem Gipfel wurden 150 Selbstverpflichtungen beschlossen, unter anderem die Erhöhung der Integrationskurse von 600 auf 900 Stunden. „Ende 2008 will die Bundesregierung eine Zwischenbilanz ziehen.“⁷⁸⁴ Böhmer sah die Einigung weiterhin als Fortschritt, da sich

„erstmal in der Geschichte Bund, Länder und Kommunen, die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen und die Migranten auf eine gemeinsame Grundlage für eine bessere Integrationspolitik verständigt“⁷⁸⁵

haben. Interessanterweise sagten jedoch die türkischen Verbände ihre Teilnahme ab und nannten das ZuWG diskriminierend und integrationsfeindlich.⁷⁸⁶ Hinzu kommen einige Artikel, die neue Sicherheitspläne der Bundesregierung ansprechen. Schäuble forderte unter anderem die Online-Überwachung als Schutz vor dem islamischen Terrorismus und viele andere Parteien kritisierten diesen Vorstoß.⁷⁸⁷

Die Weigerung der türkischen Verbände wurde nochmals in dem Artikel „Integrationsland“ diskutiert. Durchaus kritisch behandelt der Beitrag den Zuwanderer an sich:

„Die Bundesregierung muss sich und den Bürgern gegenüber ehrlich sein und eingestehen, dass es integrationswillige, aber auch integrationsunwillige ausländische Mitbürger gibt. [...] Denn Deutschland ist kein Einwanderungs-, sondern ein Integrationsland.“⁷⁸⁸

Es wird demnach gegen die Pauschalisierung des Migranten an sich plädiert, sondern vielmehr muss abgewogen werden, wer sich integrieren lassen möchte und welche Gruppe eher separat steht. Diese muss angesprochen und mit Deutschkursen und ähnlichem zur Integration bewegt werden.⁷⁸⁹

Die Ausgabe des 12.07.2007 widmet sich ausgiebig den neuen Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes und des Nationalen Integrationsplans. Böhmer wollte die Teilnahme der türkischen Verbände erreichen und bezeichnete die Tür als offen für Gespräche: „Sie nannte die Kritik einseitig,

⁷⁸³ Vgl. FAZ vom 11.07.2007c: S. 4.

⁷⁸⁴ FAZ vom 12.07.2007a: Jährlich 750 Millionen für die Eingliederung der Ausländer, S. 1.

⁷⁸⁵ FAZ vom 12.07.2007a: S. 1.

⁷⁸⁶ Vgl. FAZ vom 12.07.2007a: S. 1.

⁷⁸⁷ Vgl. FAZ vom 12.07.2007b: Merkel weist Kritik Munteferings zurück & Unter Schäubles Schutz und Schirm, S. 1.

⁷⁸⁸ FAZ vom 12.07.2007c: Integrationsland, S. 1.

⁷⁸⁹ Vgl. FAZ vom 12.07.2007c: S. 1.

denn das Gesetz gebe auch Anreize für Integrationsleistungen.⁷⁹⁰ Bundeskanzlerin Merkel setzte sich für das Gesetz und den Integrationsgipfel ein und betonte die Wichtigkeit der Bildung als wichtigste Ressource für eine positive Integrationsleistung. Die Kommunen und Städte mussten sich verpflichten unter anderem mit Lotsen, die „Einwanderer bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten zu unterstützen.“⁷⁹¹ Es gab aber auch Zuspruch zum ZuwG aus der islamischen Bevölkerung. „Die Türken, die schon in Deutschland lebten, sollten durchaus auch hier auf Partnersuche gehen und nicht immer nur im Hinterland von Anatolien“⁷⁹², wurde Ali Demir (Religionsgemeinschaft des Islams Baden-Württemberg) zitiert. Die Sprachförderung stand im Mittelpunkt dieses neuen Integrationsplans:

„Denn Deutschkenntnisse müssten bei allen Einwanderern zur Selbstverständlichkeit werden, gerade auch bei Frauen und Mädchen, sagte die Staatsministerin für Integration Maria Böhmer (CDU).“⁷⁹³

Insgesamt wurden 1800 Träger in Deutschland auf jeweils drei Jahre lizenziert, um diese Aufgabe zu bewältigen und um einen Wettbewerb zwischen den Trägern anzuregen. Die Sprachbetreuung wurde umfassend angelegt.

Die Angebote reichten von einer speziellen Sprachförderung für den Arbeitsmarkt, bis zur frühkindlichen Förderung in den Kindertagesstätten:

„Darüber hinaus verfolgt die Bundesregierung mit dem Modellprogramm ‚Schulverweigerung – Die zweite Chance‘ das Ziel, Schulverweigerer wieder in die Schule zu integrieren und zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.“⁷⁹⁴

Die Sprachförderung sahen die türkischen Verbände mehrfach als positiv an, allerdings wurde die Diskussion über Zwangsehen kontrovers geführt. Die Anhebung des Nachzugsalters auf 18 Jahre sorgte für viel kompromisslose Kritik des KRM. Insgesamt war die Vehemenz der Ablehnung einer neuen Ebene zuzuordnen.

Die Verbände nutzten verstärkt die demokratischen Möglichkeiten, um sich ein Bild zu machen und offen medial Kritik zu äußern. Allerdings ist diese Kritik sehr einseitig gehalten und hätte im Vorfeld einsetzen müssen, als sich das Gesetz noch in der Abstimmungsphase befand. Die Unwissenheit der Verbände kann aber zum Teil mit dem schlechten Informationsfluss und Teilhabemöglich-

⁷⁹⁰ FAZ vom 12.07.2007a: Der nationale Integrationsplan, S. 2.

⁷⁹¹ FAZ vom 12.07.2007a: S. 2.

⁷⁹² FAZ vom 12.07.2007a: S. 2.

⁷⁹³ FAZ vom 12.07.2007b: Sprachförderung auf allen Ebenen, S. 2.

⁷⁹⁴ FAZ vom 12.07.2007b: S. 2.

keiten aus dem politischen Zentrum zu den türkischen Verbänden in Verbindung stehen. An dieser Stelle kann ein Demokratiedefizit vermutet werden.

Am Tag des Integrationsgipfels veröffentlichte die FAZ alle Teilnehmer, von den Vertretern der Bundesregierung, bis zu den Vertretern der Religionsgemeinschaften namentlich und mit ihrer dazugehörigen Institution.⁷⁹⁵ Die boykottierenden türkischen Verbände fanden sich vor dem Kanzleramt ein und demonstrierten ihre Ablehnung des Gesetzes. „Wir sind der festen Überzeugung, dass das Gesetz verfassungswidrig ist“⁷⁹⁶, sagte Kolat. Die Verbände fühlten sich ungleich behandelt. Böhmer wies den TGH Vorsitzenden strikt zurück: „Kolat jage einem Phantom nach, alle Deutschen würden vor dem Gesetz gleich behandelt, egal, ob sie Mohammed oder Hans hießen.“⁷⁹⁷ Merkel forderte dementsprechend eine höhere Sachlichkeit in den Äußerungen und wollte den Informationsfluss der Bundesregierung verbessern. Die TGH wollte, obwohl deren Vertretern dem Integrationsgipfel fern blieben, dennoch die Selbstverpflichtungen erfüllen und Kolat stimmte 90 Prozent der Äußerungen zu.⁷⁹⁸

Die Kanzlerin Merkel versuchte zunächst den Gipfel als Erfolg zu verkaufen, aber die leeren Plätze am Gipfeltisch verkündeten etwas anderes. Die positiven Botschaften zum Meilenstein der Integrationspolitik und zum geschichtsträchtigen Tag für Deutschland waren eher für die Presse gedacht und spiegelten nicht die Wirklichkeit wider. Merkel beharrte allerdings auf ihrer Position: „Der Bundesregierung stellt man keine Ultimaten.“⁷⁹⁹ Sie stellte klar, dass kein beschlossenes Gesetz geändert wird, wollte aber weiterhin mit ausgestreckter Hand auf die Migranten zugehen: „Alle Türken seien eingeladen, an der Umsetzung des Integrationsplans mitzuwirken.“⁸⁰⁰ Der Vorsitzende Kolat vergriff sich vor der Tür des Kanzleramtes laut Taz im Ton: „Mit diesem Gesetz ist eine ethnische Diskriminierung festgeschrieben worden, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte seit 1933.“⁸⁰¹ Er ruderte jedoch später zurück, dass er keinen Vergleich mit der Nazizeit anstreben wollte und 1945 gemeint habe. „Ich wollte aber darauf aufmerksam machen, dass ethnische Diskriminierung eine sehr gefährliche Entwicklung herbeiführen kann“, wurde er weiter zitiert.

⁷⁹⁵ Vgl. FAZ vom 13.07.2007a: Die Teilnehmer der Konferenz, S. 2.

⁷⁹⁶ FAZ vom 13.07.2007b: Die Kanzlerin. Einzigartiger Plan, S. 2.

⁷⁹⁷ FAZ vom 13.07.2007b: S. 2.

⁷⁹⁸ Vgl. FAZ vom 13.07.2007b: S. 2.

⁷⁹⁹ Taz vom 13.07.2007b: Meilen- oder Stolpersteine, S. 4.

⁸⁰⁰ Taz vom 13.07.2007b: S. 4.

⁸⁰¹ Taz vom 13.07.2007b: S. 4.

Merkel betonte noch einmal, dass dieses Gesetz sich nicht gegen die Türkei richte, sondern für viele Länder gelte, außer für visumsfreie Länder wie die USA: „Das hat mit Religion und anderen Dingen nicht zu tun.“⁸⁰²

Die Bild-Zeitung setzt sich inhaltlich in erster Linie mit dem Integrationsgipfel und dem sogenannten „Nationalen Integrationsplan“ auseinander, der im Kanzleramt beschlossen werden sollte. „Die Kanzlerin habe die Integration zur ‚Chefin-Sache‘ gemacht,“⁸⁰³ wird die Meinung der Staatsministerin Maria Böhmer zitiert. Böhmer wollte nicht nur die Türken in den Fokus rücken, sondern das Bewusstsein für alle Migranten anregen, die sich, anhand von Bildungsabschlüssen belegbar, mit Integrationserfolgen schwertun: „Fast neun Prozent aller Kinder italienischer Abstammung besuchen die Förderschule.“⁸⁰⁴ Damit wurde betont, dass nicht etwa die viel zitierten Türken die schlechtesten Bildungsabschlüsse im Schnitt vorzuweisen haben, sondern vielmehr die italienische Minderheit in Deutschland.

Des Weiteren stellte sich Böhmer gegen die Bezeichnung ‚Migranten‘, konnte aber keine Alternative vorweisen: „Wenn jemand eine bessere Bezeichnung weiß – ich freue mich über jeden ernst gemeinten Vorschlag.“⁸⁰⁵

Die Reichweite über die Ausgestaltung des Zuwanderungsgesetzes ging auch im Jahr 2007 deutlich über die deutschen Grenzen hinaus. Der türkische Präsident wurde in der Bild mit einer Stellungnahme zum Bundespräsidenten Horst Köhler zitiert. Ziel der schriftlichen Äußerung des türkischen Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer an den Bundespräsidenten war es, diesen aufzufordern, dass Einwanderungsgesetz nicht zu unterschreiben. Vor allem die darin geforderten Grundkenntnisse der deutschen Sprache bei einem möglichen Familiennachzug stießen in der Türkei auf Unverständnis: „Ein großer Teil von ihnen habe sich in die deutsche Gesellschaft integriert – und wir haben gemeinsam erhebliche Bemühungen unternommen, auch die restlichen zu integrieren.“⁸⁰⁶ Die Abmilderung des neuen Zuwanderungsgesetzes des Jahres 2007 stand im Mittelpunkt des türkisch politischen Interesses.

Die Bild veröffentlichte in der politischen Debatte über das ZuwG eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Kanzlerin Merkel und der türkischen Zeitung Anadolu’da Vakit. Diese titelte „Merkel

⁸⁰² Taz vom 13.07.2007b: S. 4.

⁸⁰³ Bild-Zeitung vom 11.07.2007: Ministerin sucht ein neues Wort für ‚Migranten‘, S. 2.

⁸⁰⁴ Bild-Zeitung vom 11.07.2007: S. 2.

⁸⁰⁵ Bild-Zeitung vom 11.07.2007: S. 2.

⁸⁰⁶ Bild-Zeitung vom 14.07.2007: Türkischer Präsident appelliert an Köhler, S. 2.

ein zweiter Hitler⁸⁰⁷ und bildete „Merkel mit Hakenkreuz-Armbinde und Türken raus-Logo ab.“⁸⁰⁸ Die türkische Zeitung verglich den erschwerten Familiennachzug mit der Rassenpolitik von Adolf Hitler.⁸⁰⁹

Die Wahl in der Türkei begleitete die Bild-Zeitung ebenfalls und sie gab, neben den Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nachdem die Zahl der Einbürgerungen stieg und die Türkei mit „33 487 Einbürgerungen“⁸¹⁰ die größte Gruppe stellte, einen kurzen Abriss über die Wahlgewinner in der Türkei. Der Ministerpräsident Erdogan forderte in diesem Zusammenhang eine schnellere Aufnahme in die Europäische Union. Die CDU/CSU sah den Wahlsieg Erdogans als Schritt in die richtige Richtung und Ruprecht Polenz (CDU) wurde zitiert: „Ich halte es für kontraproduktiv, der Türkei ständig zu sagen: Das wird sowieso nichts.“⁸¹¹

Die Zeitung untermauerte mittels Aufzählung von Daten die These, dass „vor allem jugendliche Intensivtäter immer öfter aus Ausländerfamilien“⁸¹² stammten. Die auf diese Weise abgeurteilten jugendlichen Adressaten mit Migrationshintergrund wurden aber weder selbst befragt, noch kam in diesem Zusammenhang ein Zugewanderter zu Wort. Nach Habermas müssen die auf diese Weise präsentierten Zahlen beim Rezipienten eine negative Meinung über Zuwanderer verankern. Diese Zahlen werden durch weitere Artikel untermauert.⁸¹³

Der Politiker Koch wurde allerdings aus der politischen Opposition scharf kritisiert. „Deutschland habe zu lange gebraucht, um sich als Einwanderungsland zu begreifen und seine Integrationsaufgaben wahrzunehmen; daran trügen Leute wie Koch die Schuld,“⁸¹⁴ wurde der Grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck zitiert.

Die politische Diskussion über das ZuwG wurde in der Bild weniger differenziert geführt, als in den anderen untersuchten Printmedien. Die Bild berichtete im Dezember über eine Studie des Bundesinnenministeriums nach der 40 Prozent der Muslime bereit wären, „ihren Glauben auch mit Gewalt zu verteidigen“ und fordert mit den Worten des bayrischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU) ein Bekenntnis zum Gewaltverzicht: „Wir dürfen Leute, die gewaltbereit sind, auf keinen Fall dulden.“⁸¹⁵

⁸⁰⁷ Bild-Zeitung vom 04.09.2007: Türken-Zeitung vergleicht Merkel mit Hitler, S.2.

⁸⁰⁸ Bild-Zeitung vom 04.09.2007: S. 2.

⁸⁰⁹ Vgl. Bild-Zeitung vom 04.09.2007: S. 2.

⁸¹⁰ Bild-Zeitung vom 24.07.2007a: Mehr Einbürgerungen, S. 2

⁸¹¹ Bild-Zeitung vom 24.07.2007b: Nach dem Wahlsieg von Erdogan fordern Politiker. Türkei schneller in die EU!, S. 2.

⁸¹² Bild-Zeitung vom 27.12.2007b: S. 5.

⁸¹³ Bild-Zeitung vom 29.12.2007a: 22% aller Häftlinge sind Ausländer, S. 11.

⁸¹⁴ Bild-Zeitung vom 29.12.2007b: Wirbel um das Koch-Interview! S. 11.

⁸¹⁵ Bild-Zeitung vom 22.12.2007: Deutsche Politiker fordern Moslems sollen Gewaltverzicht unterschreiben, S. 1.

Einige Sichtweisen fanden allerdings Eingang in die Diskussion über den Integrationsgipfel. Die Türken wurden als Boykotteure des Gipfels hingestellt, da sie „das neue Ausländerrecht für diskriminierend“ hielten. Maria Böhmer wurde mit einer gewissen Überraschung zitiert und signalisierte Unverständnis für die Absage: „Es ist doch keine Verschärfung, wenn wir einfach Deutschkenntnisse verlangen. Das ist eine Hilfe, keine Hürde – und im Übrigen eine Selbstverständlichkeit.“⁸¹⁶ Böhmer sprach damit die Veränderung im Bereich Familiennachzug an und freute sich auf die Ausländerverbände, die ihr Kommen zugesagt hatten. Des Weiteren wollte die Bundesregierung 750 Millionen Euro für insgesamt „150 Einzelvorhaben und – Verpflichtungen“⁸¹⁷ bereitstellen, die mehr Gemeinsamkeiten und das Zusammenleben fördern sollten. In einem Kommentar am 13.7.2007 wird diese politische Sichtweise allerdings sehr einseitig und überspitzt wiedergegeben:

„Integrationsgipfel bei der Kanzlerin, 750 Millionen aus Steuergeldern für Sprachkurse und bessere Eingliederung (pro Jahr!) – da müssen wir uns wahrlich nicht vorwerfen lassen, Ausländer zu diskriminieren. [...] Denn – Integration hin oder her – in Deutschland gelten deutsche Gesetze. Für alle! Übrigens: Niemand wird gezwungen, in diesem Land zu leben!“⁸¹⁸

Diese Art der Kommentierung muss für die Adressaten befremdlich wirken. Angela Merkel zeigte sich aufgrund des Fernbleibens der türkischen Verbände verärgert und wollte sich kein Ultimatum stellen lassen. Sie sah aber den Integrationsgipfel als „Meilenstein“ und „großen Erfolg“, weil hier viele Entscheidungen getroffen wurden. Allerdings reagierte sie auf die Forderungen auf Abänderung des neuen ZuwGs zum Familiennachzug mit wenig versöhnenden Worten und setzte das Gesetz gegen Vorwürfe des Rassismus durch. Die Bild gibt die Eckdaten des Gesetzes wieder, dass die Frauen nach Deutschland kommen dürfen, die „mindestens 18 Jahre alt sind, nachweislich über 200 Worte sprechen und notfalls selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.“⁸¹⁹

Insgesamt muss festgehalten werden, dass im Bereich ZuwG, Integrationsgipfel und Nationalen Integrationsplan vermehrt die mangelnde Kommunikation, die ungleiche Behandlung und die verpassten Chancen thematisiert wurden. Gerade das elementare Habermasche Element der Kommunikation auf Augenhöhe scheint in diesem Bereich im Jahr 2007 nicht stattgefunden zu haben. Die guten Ansätze einer Kommunikationsebene Integrationsgipfel wurden machtpolitisch genutzt, um Forderungen durchzusetzen. Die türkischen Verbände hatten zum ersten Mal politische Aufmerksamkeit. Die Bundesregierung sah ein, die Kommunikation über Gesetzestexte noch verbessern zu

⁸¹⁶ Bild-Zeitung vom 12.07.2007: Türken boykottieren Integrationsgipfel, S. 2.

⁸¹⁷ Bild-Zeitung vom 12.07.2007: S. 2.

⁸¹⁸ Bild-Zeitung vom 13.07.2007a: Immer schön fair bleiben! S. 2.

⁸¹⁹ Bild-Zeitung vom 13.07.2007b: Merkel Der Bundesregierung stellt man keine Ultimatum, S. 2.

müssen, hielt aber an den neuen Integrationsmaßnahmen und damit der Erhöhung der Anforderungen fest. Medial wurde an den politischen Maßnahmen viel Kritik geübt und den Vertretern der Minderheiten Raum gegeben sich zu äußern. Die mangelnden Teilhabemöglichkeiten könnten als institutionelle Diskriminierung gewertet werden, zeigen aber zumindest ein Demokratiedefizit auf. Die gesellschaftliche Debatte über die Ausgestaltung der Zuwanderung respektive des politischen Gesetzes fand medial statt, allerdings mit wenigen Zugeständnissen in Richtung der Eingewanderten.

8.3.4 Der NI und die Einbürgerungstests in der Bild im Jahr 2008

Die Debatte über die Einbürgerung wird auch in der Bild-Zeitung im Jahr 2008 geführt. Zu Beginn des Jahres 2008 überschatteten einige kriminelle Übergriffe und Schlägereien von Menschen mit Migrationshintergrund die Medienlandschaft. Diese zumindest nicht ganz zu ernst zu nehmenden Ansätze finden oft einen Weg in die Berichterstattung der Zeitung und erzeugen ein verzerrtes Bild der vorherrschenden Meinungen in der Mehrheitsgesellschaft. Die politische Sichtweise der Grünen zum Passerwerb wird dementsprechend negativ bewertet. Der grüne Politiker Özcan Mutlu machte für die Internetseite „PASS HER!“ Werbung und wird kritisiert, dass er unter Bildung versteht, „wie komme ich als Ausländer schnell an einen deutschen Pass?“⁸²⁰

Die Zeitung gibt unter anderem, ebenso wie die anderen untersuchten Printmedien, Statistiken des Statistischen Bundesamtes wider: „Nur 113000 Ausländer erhielten den deutschen Pass – 9,5% weniger als im Jahr zuvor.“⁸²¹ Der statistische Beleg von „ausländischen Wurzeln“ ist ein beliebter Aufmacher der Zeitung, um die wachsende Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland aufzuzeigen: „2005 waren es noch 130 000 weniger.“⁸²²

Die Diskussion über kriminelle Ausländer wurde von Roland Koch begonnen, der nach den Forderungen des härteren Durchgreifens, selbst Fehler im Bundesland eingesteht. Die Ahndung von Jugendlichen Strafdelikten dauerte in Hessen durchschnittlich am längsten: „Das ist eine der Hausaufgaben, die wir noch haben.“⁸²³

Der Politiker wurde während des Landtagswahlkampfes in Hessen stark kritisiert aufgrund seiner Äußerungen über Migranten in Deutschland. Die Gattin von Koch meldete sich daraufhin zu Wort und verlangte eine Entschuldigung: „Mein Mann hat doch nichts gegen Ausländer! Er hat so viel für

⁸²⁰ Bild-Zeitung vom 19.01.2008: So wirbt ein Grüner für den deutschen Pass, S. 8.

⁸²¹ Bild-Zeitung vom 04.07.2008: Weniger Ausländer eingebürgert, S. 1.

⁸²² Bild-Zeitung vom 12.03.2008: Fast jeder Fünfte hat ausländische Wurzeln, S. 1.

⁸²³ Bild-Zeitung vom 11.01.2008: Jugendgewalt. Koch räumt Mängel ein, S. 8

die Integration getan. Wir fahren in die Türkei in den Urlaub.“⁸²⁴ Sie wehrte sich gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ihres Mannes und verurteilte den Wahlkampf der Opposition: „Mein Mann spricht doch nur aus, was die Menschen sich nicht mehr trauen zu sagen [...]“.⁸²⁵ Die Aussagen der von Peter Struck (SPD) in Richtung Koch beschäftigten auch die Leser der Bild:

„Herrn Strucks vorlauter Beitrag zum Thema Ausländerkriminalität zeigt ein erschreckendes Bild seiner gewissenlosen Diskussionskultur. Getoppt wird das Ganze nur noch durch Strucks wurschtige und kaltschnäuzige Rechtfertigung. Die Opposition könne ihn mal.“⁸²⁶

Das Zuwanderungsgesetz und der Integrationsgipfel 2008 wurden nur am Rand besprochen. Der Integrationsgipfel und im Speziellen die Staatsministerin Böhmer wurden allerdings betrachtet.

Der Integrationsgipfel im Kanzleramt konnte in der Bild partiell verfolgt werden. Merkel wollte laut Bild die verpassten Jahre der Integrationsversäumnisse aufholen. Sie wollte feste Ziele setzen beim dritten Integrationsgipfel, die danach evaluiert werden sollten: „Es gibt kein Entweichen, wenn die Ziele nicht erreicht werden.“ Böhmer wurde mit einem Lob zitiert: „So viel Integration war nie in unserem Land.“ Insgesamt nahmen 140 Vertreter aus vielen Bereichen und Sparten an dem Gipfel teil.⁸²⁷ Böhmer wurde beim Besuch eines amerikanischen Fast Food-Restaurants begleitet und dort lobte sie das Engagement der Firma für die Integration: „Hier arbeiten Menschen aus so vielen Nationen miteinander, das kann nur ein positives Signal für die Zukunft der jungen Leute sein.“⁸²⁸

Die Bild und die Hürriyet veröffentlichten im Jahr 2008 ein Buch unter dem Titel Süper Freunde, in der teilweise berühmte Politiker ihre Sichtweise zur Integration preis gaben (s. o.). Der Beitrag von Merkel konnte in der Bild nachgelesen werden. Sie setzte sich für ein Wir-Gefühl zwischen Deutschen und Türken ein. Sie lobte den Dialog als Gewinn, sah aber auch eine Herausforderung vor allem in dem Aufeinandertreffen von verschiedenen „Lebens- und Glaubensvorstellungen“. Merkel forderte Respekt, Verständnis und Toleranz ein für das gegenseitige Zusammenleben. Unterstrich aber auch den Wert des Grundgesetzes: „Dazu gehört auch, dass die Werte- und Rechtsordnung und die gesellschaftlichen Vorstellungen des Landes, in dem man lebt, akzeptiert und respektiert werden.“⁸²⁹

Weitere Politiker, wie der Bundesvorsitzende der Grünen Cem Özdemir, lobten das gemeinsame Projekt der türkischen Zeitung Hürriyet und der Bild als gutes Vorbild um Vorurteile abzubauen.

⁸²⁴ Bild-Zeitung vom 12.01.2008: Man kann aus meinem Mann keinen Verbrecher machen, S. 2.

⁸²⁵ Bild-Zeitung vom 12.01.2008: S. 2.

⁸²⁶ Bild-Zeitung vom 14.01.2008a: Leser schreiben in Bild Zu: Struck beleidigt Koch und die Union, S. 6.

⁸²⁷ Bild-Zeitung vom 07.11.2008: Integrationsgipfel bei der Kanzlerin, S. 2.

⁸²⁸ Bild-Zeitung vom 10.07.2008: Integration richtig lecker! S. 6.

⁸²⁹ Bild-Zeitung vom 16.10.2008a: Süper Freunde – Heute schreibt die Kanzlerin. Deutsche und Türken brauchen ein Wir-Gefühl für eine gute Zukunft, S. 11.

„Süper Freunde ist ein toller Titel. Weil er in beiden Sprachen funktioniert.“⁸³⁰ Viele Artikel aus dem Buch wurden abgedruckt in einer Beiträge-Serie. Unter anderem durfte sich auch Walter Steinmeier (SPD) äußern: „Die Integration ist ein Auftrag an alle.“⁸³¹

Generell berichtete die Bild eher über die Randthematiken und nicht über den Hauptdiskurs der Zuwanderungsdebatte.

Teilweise wird ein sehr striktes Bild zur Einbürgerung vertreten: „Will ein Ausländer einen deutschen Pass, reicht ein bloßes Lippenbekenntnis zur demokratischen Grundordnung nicht aus.“⁸³²

Außerdem wird im Vorfeld über die Verpflichtung zum Deutschkurs vor der Arbeitsuche in Deutschland diskutiert.⁸³³

Dem Zentralrat der Muslime wird Raum für ein positives Statement zum Einbürgerungstest gegeben: „Die Einführung des Tests brauchen wir nicht auf die lange Bank zu schieben. Das würde vielen Integrationswilligen helfen.“⁸³⁴

Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble forderte eine Durchführung und eine Evaluation des Einbürgerungstests:

„Der Sinn des Tests ist zu prüfen, ob ein Bewerber ein Minimum an Kenntnissen über das Land hat, dessen Staatsangehöriger er sein will und in dem er politisch mitentscheiden will.“⁸³⁵

Die Überschriften der Bild sind sehr plakativ gewählt, um den Leser auf das Thema Einbürgerung hinzuweisen.⁸³⁶ Inhaltlich wird sachlich auf die nötigen Unterlagen für eine Einbürgerung nach Deutschland eingegangen und es wird beispielsweise auf die Thematik der Staatsbürgerschaft für Neugeborene verwiesen, wenn nur ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt: „Nach dem Abstammungsprinzip erwirbt das Kind dann auch die ausländische Staatsbürgerschaft des anderen Elternteils.“⁸³⁷

Des Weiteren werden in derselben Ausgabe die acht geltenden Parameter für den Erwerb des deutschen Passes festgehalten: „8. Einbürgerungswillige müssen ihre alte Staatsangehörigkeit aufgeben.“⁸³⁸

⁸³⁰ Bild-Zeitung vom 16.10.2008b: Süper! Dieses Buch hilft Vorurteile abzubauen, S. 11.

⁸³¹ Bild-Zeitung vom 17.10.2008: S. 3.

⁸³² Vgl. Bild-Zeitung vom 01.08.2008: Ausländer brauchen Grundkenntnisse, S. 2.

⁸³³ Vgl. Bild-Zeitung vom 12.04.2008: Deutschpflicht für Arbeitssuchende, S. 1.

⁸³⁴ Bild-Zeitung vom 19.06.2008: Muslime wollen sofort Einbürgerungstest, S. 1.

⁸³⁵ Bild-Zeitung vom 29.08.2008: Einbürgerungstest wird doch überprüft!, S. 2.

⁸³⁶ Vgl. Bild-Zeitung vom 08.07.2008a: Einbürgerung. Wie Ausländer Deutsche werden, S. 4.

⁸³⁷ Bild-Zeitung vom 08.07.2008a: Einbürgerung. Wie Ausländer Deutsche werden, S. 4.

⁸³⁸ Bild-Zeitung vom 08.07.2008b: Die acht Bedingungen für den deutschen Pass, S. 4.

Als Prämisse für die inhaltliche Ausgestaltung der Artikel lässt sich die Einbettung in eine in Geschichte nachweisen. Eine amerikanische Fast-Food-Kette wurde von der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer für ihr Engagement gelobt: „Hier arbeiten Menschen aus so vielen Nationen miteinander, das kann nur ein positives Signal für die Zukunft der jungen Leute sein.“⁸³⁹

In der Zeitung werden kontinuierlich Leserbriefe zu den zuwanderungsrelevanten Fragestellungen veröffentlicht: „Der Schwierigkeitsgrad dieses Tests ist bewusst so niedrig gehalten, dass jeder in bestehen soll.“⁸⁴⁰

Am Ende der Diskussion wird in der Bild-Zeitung auf den Kompromiss von 33 Fragen für die deutsche Staatsbürgerschaft in einem kurzen Beitrag verwiesen.⁸⁴¹

Im September 2008 trat der ausgehandelte Kompromiss der Länder zum Einbürgerungstest in Kraft. In der Bild wird einer der ersten eingebürgerten Männer portraitiert. Fast schon plakativ hört dieser auf den Namen Mohammed und hat laut Aussage der Zeitung als „schlauer Physiker“ alle 33 Fragen richtig beantwortet. Die Bild druckt einen glücklichen Mohammed mit ausgebreiteten Armen und einer Deutschlandflagge hinter dem Rücken schwenkend ab. Unten links können einige Fragen aus dem Einbürgerungstest beantwortet werden. Sie sind mit der Überschrift versehen „Hätten Sie’s gewusst?“⁸⁴² An dieser Stelle wird einem direkt Betroffenen der Raum für ein Statement zum Einbürgerungstest gegeben.

Diese Stellungnahme lässt stark an die Ausstellung der ersten Green Card in Deutschland erinnern, als die Bild den ersten Besitzer der Green Card portraitierte (s. o.):

„Ich fand den Test total einfach, zumal die Fragen ja alle schon im Internet standen. [...] Jetzt empfinde ich Deutschland als meine Heimat, nicht mehr Marokko. Wenn ich dort bin, kommt mir alles so fremd vor.“⁸⁴³

Diese Stellungnahmen sind nur partiell zu diesen bestimmten Ereignissen zu finden.⁸⁴⁴ Es überwiegt die eher negative Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Mehrzahl der Artikel behandelt wiederum den politischen Streit um die richtige Ausgestaltung des schulischen Unterrichts und die Einbürgerungsmöglichkeiten in Deutschland.⁸⁴⁵ Andere Artikel

⁸³⁹ Bild-Zeitung vom 10.07.2008a: Integration richtig lecker! S. 6.

⁸⁴⁰ Bild-Zeitung vom 10.07.2008b: Leser schreiben in Bild. Zu: Einbürgerungstest – die Fragen in Bild, S. 6.

⁸⁴¹ Bild-Zeitung vom 01.09.2008: Ab heute Einbürgerungstest, S. 1.

⁸⁴² Vgl. Bild-Zeitung vom 19.09.2008: Mohammed ist jetzt Ex-Ausländer! Beim 1. Deutschen Einbürgerungstest beantwortete der schlaue Physiker aus NRW alle 33 Fragen richtig, S. 3.

⁸⁴³ Bild-Zeitung vom 19.09.2008: S. 3.

⁸⁴⁴ Vgl. Bild-Zeitung vom 27.05.2008: Ausländer zum Einbürgerungstest, S. 2.

⁸⁴⁵ Vgl. Bild-Zeitung vom 24.11.2008: Grünen-Chef Özdemir fordert. Türkisch Unterricht an deutschen Schulen!, S. 1. / Vgl. Bild-Zeitung vom 24.11.2008: Grünen-Chef Özdemir fordert mehr Türkisch im Unterricht. Was an Schulen

im Laufe des Jahres verwiesen ebenfalls auf die Deutschpflicht in verschiedenen Unternehmen, in Schulen und anderen öffentlichen Orten. So wird beispielsweise ein Hausmeister zitiert, der an einer Schule die Schüler dazu aufforderte Deutsch zu sprechen, nachdem über ihn gelästert wurde.⁸⁴⁶ Die Bild bleibt allerdings im Bereich des Ehegattennachzuges sachlich und beschreibt die sinkende Quote der Visaanträge. Die Zeitung führt dies auf die eingeführten Deutsch-Sprachtests zurück.⁸⁴⁷

Die CDU befürwortete ein Bekenntnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz zu verankern. Die Bild druckte die Forderung ab: „Die Sprache in der Bundesrepublik ist Deutsch.“⁸⁴⁸ Sie gab allerdings auch Kenat Kolat den Raum sich zu äußern: „Erneut bedienen einige Politiker in der CDU vorhandene Ängste und Klischees gegenüber Migrantinnen und Migranten.“⁸⁴⁹

Die Bild-Zeitung druckte im Dezember 2008 einen Deutschtest ab, der von der Zeitung „Welt“ und der Duden-Redaktion erstellt wurde, mit dem Ziel die Deutschkenntnisse der Leser zu überprüfen. In diesem Test waren viele Testfragen nach der richtigen Schreibweise von deutschen Wörtern oder nach der grammatikalischen Richtigkeit von vorgegebenen Sätzen enthalten.⁸⁵⁰ Des Weiteren wurde ein Plädoyer für die deutsche Sprache abgedruckt, nachdem jeder beispielsweise für das Wort „Bar = Nacht-Gaststätte“ oder für das Wort „Mobbing = schikanieren“ nutzen sollte.⁸⁵¹

Die Debatte über die richtige Ausgestaltung von Einbürgerungstests erreichte damit eine neue Sphäre. Es wurde in der Bild über die deutsche Sprache als Ausdrucksmittel generell diskutiert. Im Hauptfokus standen allerdings die übergeordnete CDU-Forderung nach einer Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz und die möglichen Strafen bei Nichteinhaltung der Deutsch-Pflicht. Von den übrigen Parteien ertete die CDU für diesen Vorschlag wenig Zustimmung. Die Bild-Zeitung gab sich an dieser Stelle als Lösungsgeber für die vielen offenen Fragen aus und klärte unter anderem die Frage nach der Strafe für den privaten Gebrauch von Anglizismen. Diese Regelung hätte nach Bild-Auffassung nur wenige Berührungspunkte mit der Lebenswirklichkeit der Men-

falsch läuft!, S. 2. / Vgl. Bild-Zeitung vom 25.11.2008: Türkisch-Unterricht? Lob und Tadel für den Özdemir-Vorschlag, S. 2.

⁸⁴⁶ Vgl. Bild-Zeitung vom 06.09.2008a: Wir arbeiten in der Firma, in der nur deutsch gesprochen werden darf, S. 6. / Vgl. Bild-Zeitung vom 06.09.2008b: Auch hier wird nur Deutsch gesprochen. Deutsch-Pflicht – wo gibt es die noch? In der Fußball-Bundesliga, S. 6 / Vgl. Bild-Zeitung vom 06.09.2008c: Leser schreiben in Bild: Wer nicht deutsch spricht, fliegt raus, S. 6.

⁸⁴⁷ Vgl. Bild-Zeitung vom 01.10.2008. Weniger Visa für ausländische Ehegatten, S. 2.

⁸⁴⁸ Bild-Zeitung vom 03.12.2008: CDU beschließt Bekenntnis zur deutschen Sprache, S. 2.

⁸⁴⁹ Vgl. Bild-Zeitung vom 03.12.2008: CDU beschließt Bekenntnis zur deutschen Sprache, S. 2.

⁸⁵⁰ Vgl. Bild-Zeitung vom 04.12.2008a: Testen Sie Ihre Deutschkenntnisse, S. 2.

⁸⁵¹ Vgl. Bild-Zeitung vom 04.12.2008b: Wie übersetzt man Rumpsteak, S. 2.

schen. Die Zeitung plädierte aber für die bewusstere Nutzung der deutschen Sprache.⁸⁵²

8.3.5 Der NI und der Einbürgerungstest in der Taz, FAZ und SZ im Jahr 2008

Die Zeitungen Taz, FAZ und SZ werden wiederum gemeinsam untersucht, da von der Artikelstruktur und -länge eine Gegenüberstellung leichter möglich und insgesamt angemessener für eine Bewertung erscheint.

In der FAZ beginnt die Diskussion über eine Verschärfung von Gesetzen zur Zuwanderung bereits im Januar. Die CDU in Hessen strebte unter Roland Koch eine neue Ausländerdebatte ein, die sehr starke populistische Töne beinhaltete und die Kritik an der Person Roland Koch laut werden ließ. Insgesamt kostete ihn diese erneute Diskussion um den Kern der ausländisch geprägten Jugendkriminalität und mögliche restriktive Maßnahmen die Wahl zum Ministerpräsidenten in Hessen. Der Streit der politischen Lager trug insgesamt diese Debatte, da in Berlin formell noch in der Großen Koalition regiert wurde. Die SPD äußerte dennoch Kritik an der Pauschalisierung der ausländischen Jugendlichen in Deutschland durch die CDU. Kurt Beck wollte nicht zulassen, dass eine Spaltung der Bevölkerungsgruppen in Kauf genommen wird, um eine Wahl zu gewinnen. Viele Artikel in den untersuchten Zeitungen beschäftigten sich mit der verlorenen Hessen-Wahl für die CDU und die populistischen Aussagen des Roland Koch im Bezug auf die ausländischen Jugendlichen.⁸⁵³ Diese Debatte über Jugendkriminalität ist aber nicht Grundlage dieser Dissertation und dient nur der Einordnung des politischen Klimas in Deutschland.

Der zweite Debattenauslöser über den Themenschwerpunkt Zuwanderung fällt mit dem Besuch des türkischen Premierministers Erdogan in Deutschland zusammen. Die untersuchten Printmedien diskutierten Erdogans Äußerungen zur Integration in Deutschland und diese wiederum koppelte sich in das politische Zentrum zurück. Viele deutsche namenhafte Politiker äußerten sich in den verschiedenen Printmedien zu dem Auftritt und den Aussagen Erdogans. Da es sich hierbei nicht explizit um eine Gesetzeserweiterung, oder die Wahlkampfaussagen führender Politiker handelte, werden die Stellungnahmen nur exemplarisch erwähnt. Erdogan hatte in Köln vor der Aufgabe der türkischen

⁸⁵² Vgl. Bild-Zeitung vom 04.12.2008c: Deutsch ins Grundgesetz. Muss ich Strafe zahlen, wenn ich Fremdwörter benutze? S. 2.

⁸⁵³ Vgl. FAZ vom 13.01.2008: Rude Töne in der Koalition. Ausländerdebatte wird zur Belastungsprobe, S. 1. / Vgl. FAZ vom 13.01.2008: Welche Angst der Bürger wiegt. Ausländerkriminalität contra Mindestlohn. Roland Koch hat vorerst die Diskussionshoheit an sich, S. 2. / FAZ vom 13.01.2008: „Ich wundere mich über Frau Merkel“ Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) über Intensivtäter, volle Jugendgefängnisse, symbolische Debatten und das Bier in Kreuzberg, S. 4.

kulturellen Identität in Deutschland gewarnt und „diese Assimilation als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet.“⁸⁵⁴

Rita Süßmuth äußerte sich beispielsweise vermittelnd über die hervorgerufene Konfrontation Erdogans:

„Erdogan will keine Abgrenzung und keine Enklaven der Türken in Deutschland, er will dies genauso wenig, wie wir. Wir brauchen die Pflege deutsch-türkisch kultureller Beziehungen.“⁸⁵⁵

Einige Auszüge der strittigen Rede Erdogans wurden in der SZ veröffentlicht.⁸⁵⁶ In die FAZ fand sogar die gesamte Rede Eingang.⁸⁵⁷ Die Rolle der CDU in der Integrations- und Einwanderungsgeschichte wird erneut beleuchtet. Diese kritischen Artikel zu Versäumnissen von Parteien bezüglich der Einwanderungspolitik Deutschlands nehmen gegen Ende des Untersuchungszeitraums deutlich zu und der Ton wird schärfer. Merkels Politik der kleinen Schritte wird über das gegenseitige Misstrauen erklärt. Sie habe aber durchaus Fortschritte erzielt, wie die Anerkennung in der CDU, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.⁸⁵⁸

Der Koalition wird Unschlüssigkeit über das weitere Vorgehen vorgeworfen. Sie wollten in Berlin eine Parlamentsdebatte über die richtige Form der Integration einberufen und über die Äußerungen der Assimilation von Erdogan beraten. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD Thomas Oppermann sah die Verantwortung bei Erdogan und bei Koch in Hessen:

„Wir (SPD und Union) [Hervorhebung im Original] hatten einen Integrationsgipfel, einen Integrationsplan – und dann kamen Koch und Erdogan und übernahmen die Debatte. Das ist keine gute Entwicklung.“⁸⁵⁹

Die gegenseitigen Schuldzuweisungen und die Fehlersuche der Politik wurden wiederum aktiv von den untersuchten Printmedien begleitet.⁸⁶⁰ Die FAZ widmete diesem Thema auch einige Tage und Artikel.⁸⁶¹ Unter anderen durfte sich der Integrationsminister aus NRW Armin Laschet zu dem Auftritt Erdogans in der Köln Arena äußern.

⁸⁵⁴ SZ vom 14.02.2008a: Gräben statt Brücken. Integration in Deutschland: Nach dem Auftritt des türkischen Premiers in der Köln-Arena reißt die Diskussion nicht ab, S. 5.

⁸⁵⁵ SZ vom 14.02.2008a: S. 5.

⁸⁵⁶ Vgl. SZ vom 14.02.2008b: „Für dieses Land verausgabt“, S. 5.

⁸⁵⁷ Vgl. FAZ vom 15.02.2008a: Das Dokument: Erdogans Kölner Rede, S. 7.

⁸⁵⁸ Vgl. SZ vom 14.02.2008c: Wandel in kleinen Schritten, S. 5.

⁸⁵⁹ SZ vom 14.02.2008d: Auf der Suche nach Einigkeit, S. 5.

⁸⁶⁰ Vgl. Taz vom 13.02.2008: Fast alle gegen Erdogan. Nach der CSU kritisieren auch SPD, Grüne und Linkspartei die Vorstellungen des türkischen Ministerpräsidenten, S. 5 / Vgl. Taz vom 13.02.2008: Auf Augenhöhe, S. 11/ Vgl. Taz vom 19.02.2008: Ausländische Kinder machen selten Abitur, S. 7.

⁸⁶¹ Vgl. FAZ vom 12.02.2008: Integration ja, Assimilation nein, S. 3. / Vgl. FAZ vom 13.02.2008b: „Berlin könnte auch dankbar sein“ Unverständnis in der Türkei, S. 2 / Vgl. FAZ vom 13.02.2008c: Aleviten kritisieren Erdogans Rede, S.

Er verteidigte den Kurs der CDU als fortschrittlich und will keine türkischen Schulen und kein Assimilationskonzept in Deutschland fördern:

„Erzwungene Assimilation wäre die Aufgabe der eigenen Kultur, der eigenen Religion, das völlige Aufgehen in der Mehrheitsgesellschaft. Das ist nicht Ziel unserer Integrationspolitik, das verlangt niemand. In Deutschland gibt es vielleicht Integrationsprobleme, aber jedenfalls keinen Assimilationsdruck.“⁸⁶²

Der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer wird unter anderem in der FAZ der Raum für ein Interview gegeben, um ihre Sichtweise darzustellen. Sie bekräftigt die Statements und Bekenntnisse der Unionspolitiker zur Integration und will von dem Begriff Assimilation nichts wissen: „Wer sich in Deutschland integriert, der gewinnt etwas.“⁸⁶³

Die gefundenen Artikel in den drei Printmedien sind nach Erdogans Besuch durchaus auf Verständigung ausgelegt. Die befragten Politiker äußern sich sachlich und vermittelnd. Kritik wird aber an der Einwanderungspolitik Deutschland geäußert. Im Fokus der Kritik stehen vor allem Versäumnisse der Union. Auffällig ist, dass wiederum über Begriffe wie Integration und Assimilation diskutiert wird, ohne sie konkret mit Inhalten zu füllen. Im Mittelpunkt steht die Integration als Konzept der Unionspolitiker für die Zugewanderten in Deutschland. Die Grundpfeiler dieses Konzeptes werden nur als Forderungen umrissen. Zentral sind die Forderungen nach Deutschkenntnissen und die Förderung von besseren Bildungsabschlüssen von ausländischen Jugendlichen. Vereinzelt wissenschaftlich fundierte Artikel verglichen die angesprochenen Konzepte miteinander.⁸⁶⁴

Die Süddeutsche Zeitung geht in der Folge des Jahres im Zusammenhang mit dem ZuwG zunehmend auf die Debatte rund um den Einbürgerungstest ein. Mitte des Jahres wird außerdem die Diskussion zwischen der CDU und der SPD über eine mögliche doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland weiter geführt. Diese Debatte über ein Einbürgerungsmodell unter der Prämisse des zusätzlichen Erhalts des alten Passes, wird in Abständen in Deutschland seit dem Jahr 1999 immer wieder geführt. Im Jahr 2013 einigten sich die Unionsparteien und die SPD im Fall der Bildung einer Großen Koalition auf die Zulassung der Doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland. Im Jahr 2008 sprach sich die CDU noch dagegen aus und wehrte sich gegen eine Lockerung des ZuwG in dieser Hinsicht. „Die große Mehrheit der Deutschen ist gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft. Wir

2. / Vgl. FAZ vom 13.02.2008d: Weiter Kritik an Erdogan, S. 2. / FAZ vom 13.02.2008e: Studie: Integration junger Türken verbessert, S. 2. / Vgl. FAZ vom 14.02.2008b: Bundestag debattiert über Integrationspolitik, S. 2.

⁸⁶² FAZ vom 13.02.2008a: „Kein Assimilationsdruck“ Im Gespräch Integrationsminister Armin Laschet (CDU), S. 2.

⁸⁶³ FAZ vom 14.02.2008a: „Erdogan schürt Ängste“ Im Gespräch Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, über die Rede des türkischen Regierungschefs, S. 2.

⁸⁶⁴ Vgl. FAZ vom 15.02.2008b: Assimilation, Integration, Identität, S. 7. / FAZ vom 14.02.2008c: Integration und Assimilation, S. 2.

zwingen niemanden dazu, Deutscher zu werden“⁸⁶⁵, sagte der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

Die FAZ weist bereits im Juni auf die bevorstehende Einführung des Einbürgerungstest am 1. September hin:

„Wer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, muss vom 1. September an einem Test beweisen, dass er ausreichende Kenntnisse von Geschichte, Politik und Kultur seiner neuen Heimat hat.“⁸⁶⁶

Die FAZ stellte kurz das Verfahren zur Erarbeitung des Tests vor und hält fest, dass „insgesamt 1000 mögliche Fragen erarbeitet und auch in kleineren Feldversuchen getestet“ wurden.⁸⁶⁷

In derselben Ausgabe findet sich ein Resümee über die deutsche Zuwanderungsdebatte und als Startpunkt wird die von Merz initiierte deutsche Leitkultur-Debatte angesehen. Die FAZ sieht den Einbürgerungstest als Resultat dieser Debatte. Damit vertritt die Zeitung einen recht kontroversen Ansatz, da die Leitkulturdebatte in den direkten Zusammenhang gesetzt wird: „Wer das Wort nicht mag, kann das selbstverständlich auch einen Leitfaden zur Orientierung nennen. Einen Unterschied macht das nicht. Musste man darüber so lange streiten?“⁸⁶⁸

Der bundesweit geplante Einbürgerungstest wird bereits im Juli 2008 von Wolfgang Schäuble veröffentlicht und in der SZ mit 21 Fragen abgedruckt. Die Lösungen der einzelnen Fragen sind auch angegeben, so dass jeder Leser testen kann, ob die Fragen zu schwierig sind. Ziel der am 1. September in Kraft tretenden Verordnung soll es sein, mindestens 17 der vorgelegten 33 Fragen richtig zu beantworten. Kolat bemängelte, dass „nicht nur Wissen, sondern teilweise auch Einstellungen abgefragt werden.“⁸⁶⁹ Die Taz beschränkte sich nicht auf den Abdruck von 21 Fragen. Sie druckt auf sechs Seiten alle 310 möglichen Fragen des Gesamtkatalogs ab, um klar zu stellen, dass hinter den 33 möglichen Fragen eines gestellten Einbürgerungstests, viele Möglichkeiten der Kombination liegen. 17 dieser 33 gestellten Fragen aus 310 müssen am Testtag richtig beantwortet werden:

⁸⁶⁵ SZ vom 11.07.2008: Zwei Pässe für ein Leben. Viele Ausländer, die Deutsche werden wollen, müssen ihre alte Staatsbürgerschaft ablegen – SPD und Union streiten, ob das so bleiben soll, S. 8.

⁸⁶⁶ FAZ vom 11.06.2008: Deutschlandkunde-Test für Einwanderer. Vom 1. September an eine Bedingung für Einbürgerung / 30 aus 310 Fragen, S. 1.

⁸⁶⁷ FAZ vom 11.06.2008: Deutschland-Test für Einbürgerung, S. 2.

⁸⁶⁸ FAZ vom 11.06.2008: Einbürgerungstest, S. 8.

⁸⁶⁹ SZ vom 09.07.2008: Was man wissen muss, um ein guter Deutscher zu sein. Bundesinnenministerium veröffentlicht Fragen des geplanten Einbürgerungstest / Kritik von Opposition und Ausländerverbänden, S. 8.

„Wer dann auch noch mindestens acht Jahre in Deutschland lebt, nicht wegen schwerer Straftaten verurteilt wurde, Deutsch sprechen und seinen Unterhalt selbst bestreiten kann sowie eine Anfrage beim Verfassungsschutz übersteht – der kann auf den deutschen Pass hoffen.“⁸⁷⁰

Die Taz sah in der neuen Verordnung ebenfalls wenige Anreize für die Einführung des Einbürgerungstest im September. Sie hält aber fest, dass es in Deutschland aufgrund des veralteten Staatsbürgerschaftsrechts viel Nachholbedarf herrscht:

„Rund sieben Millionen Menschen in Deutschland haben keinen deutschen Pass. In ganz Europa gibt es kein Land, das so viele „Ausländer“ [Hervorhebung im Original] aufweist, die innerhalb der eigenen Grenzen geboren wurden.“⁸⁷¹

In der Taz durften sich am gleichen Tag die Migrant*innenverbände positiv zur Einführung eines Doppelpasses äußern. Diese vertraten die Ansicht, dass sich vor allem die Jugendlichen mit dem 18. Lebensjahr für einen Pass entscheiden müssen. „Wir können diesen Jugendlichen nicht sagen, verzichte auf einen Teil deiner Identität“, wurde wiederum Kolat zitiert.⁸⁷²

Einige Tage später widersprechen Leser dem Leitartikel vom 9.7. Dort wurde behauptet, dass jedes Kind, das nach 2001 in Deutschland geboren wurde, ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft hat:

„Laut Bericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung aus dem Jahre 2005 beläuft sich der Anteil der Kinder, die einen solchen Anspruch haben, nur auf ca. 50 %, denn mindestens ein Elternteil muss sich seit acht Jahren rechtmäßig hier aufhalten *und* [Hervorhebung im Original] eine Niederlassungserlaubnis besitzen – eine Voraussetzung, die Eltern mit niedrigen Einkommen oftmals nicht erfüllen.“⁸⁷³

Ein weiterer Leser kritisiert die 300 Fragen und 900 alternativen Antworten als höchst fragwürdig und hält fest, „die Wertschätzung der an der deutschen Staatsbürgerschaft interessierten Ausländer sollte anders aussehen.“⁸⁷⁴

Die FAZ veröffentlichte ebenfalls Testfragen, beschränkt sich aber auf eine Auswahl von fünf der 310 Fragen und druckte die Kritik der SPD und der Opposition ab.⁸⁷⁵

⁸⁷⁰ Taz vom 09.07.2008: 310 Fragen für den 1 Pass, S. 3 ff.

⁸⁷¹ Taz vom 09.07.2008: Kein Anreiz zur Einbürgerung, S. 1.

⁸⁷² Taz vom 09.07.2008: Deutschtürken fordern den Doppelpass, S. 10.

⁸⁷³ Taz vom 14.07.2008: Ein weit verbreiteter Irrtum, S. 7.

⁸⁷⁴ Taz vom 16.07.2008: Wertschätzung sieht anders aus, S. 11.

⁸⁷⁵ Vgl. FAZ vom 09.07.2008: Fragen zur Einbürgerung veröffentlicht. Kritik aus der SPD / Edathy: Viele Deutsche würden die Prüfung nicht bestehen, S. 4.

Die SPD setzte sich für eine parteiübergreifende Lösung beim Einbürgerungstest ein, als Schäuble diesen zum 1. September per Verordnung in Kraft setzen wollte. „Es sei unangemessen, dass eine so wichtige Frage im Parlament vorbei entschieden werden soll“, hielt Sebastian Edathy (SPD) fest. Böhmer verwies auf eine vernünftige Hürde für die deutsche Staatsbürgerschaft: „Wer Deutscher werden und damit alle staatsbürgerlichen Rechte erwerben möchte, sollte zumindest über Grundkenntnisse von Aufbau und Funktion unseres Staates verfügen.“⁸⁷⁶

Des Weiteren sagte sie, dass Migranten mit dem Einbürgerungstest zu mündigen Bürgern gemacht werden würden, „die ihre Rechte und Pflichten kennen.“⁸⁷⁷

In der Taz wird gleichzeitig die Initiative der SPD zum Doppelpass erwähnt. Laut der SPD ist diese Regelung „menschlich falsch und zu bürokratisch.“ Die SPD setzte sich im Jahr 2008 stark für die Öffnung des Systems ein und wollte sicherstellen, dass Einwandererkinder sich mit 23 Jahren nicht mehr für einen Pass entscheiden müssen.⁸⁷⁸

Aufgrund der Kontinuität der Debatte mit ihren verschiedenen Ausprägungen seit dem politischen Paradigmenwechsels zum Einwanderungsland Deutschland machten die Printmedien zunehmend ein Bild der Verhältnisse und vertraten nun vermehrt konträre Ansichten zur politischen vorherrschenden Auffassung:

„Eines muss dabei klar sein: Der neue Test darf nicht dazu dienen, Fremde auszusortieren und Einbürgerung zu verhindern. Es geht darum, möglichst viele Zuwanderer für den Pass zu gewinnen. Der Pass allein reicht aber nicht aus, wichtiger ist die tatsächliche Gleichberechtigung der neuen Bürger.“⁸⁷⁹

Die SZ stellte ihre Forderungen nach einer neuen Staatsbürgerschaftspolitik im Jahr 2008 deutlich hervor. Die Einbürgerung darf nicht als würdevoller Abschluss einer erfolgreichen Integration gesehen werden: „Ein wirkliches Miteinander verträgt sich nicht mit Ausgrenzung. Es gibt also ein nationales Anliegen an der Einbürgerung derjenigen Bürger, die noch nicht Staatsbürger sind.“⁸⁸⁰

⁸⁷⁶ SZ vom 12.06.2008: Heftige Kritik an Schäubles Einbürgerungstest, S. 6.

⁸⁷⁷ SZ vom 10.07.2008: „Einbürgerungstest mach mündig“, S. 6.

⁸⁷⁸ Taz vom 11.07.2008: SPD: Doppelpass nicht nur für Kinder, S. 6.

⁸⁷⁹ SZ vom 16.07.2008: S. 4.

⁸⁸⁰ SZ vom 21.08.2008: Der Integrations-Turbo ...stottert: die Zahl der Einbürgerungen sinkt. Die Staatsbürgerschaftspolitik muss sich ändern, S. 4.

Die SZ beruft sich auf die Studie aus NRW, nach der viele Eingebürgerte sogar erfolgreicher sind als gebürtige Deutsche.⁸⁸¹ Sie sah den „Integrations-Turbo“ in der Einbürgerung als Voraussetzung um in Deutschland bleiben zu wollen: „Das Einbürgerungsrecht darf nicht als Abschreckungsrecht gestaltet werden; so aber ist es – und die neuen Einbürgerungsfragebögen tragen dazu bei.“⁸⁸²

Die SZ bezog Stellung zur doppelten Staatsbürgerschaft, beleuchtete in der Rubrik „Muslime in Deutschland“ das Leben von muslimischen Familien in Deutschland und plädierte für eine Mischung der türkischen Traditionen mit den deutschen, oft zitierten, Werten.⁸⁸³

In der Taz wurde wiederum den Migrantenverbänden mehr Raum eingeräumt als in den anderen untersuchten Printmedien. Sie durften über dieses Medium ihre Kritik an der Umsetzung des im Jahr 2007 (s. o.) eingeführten Nationalen Integrationsplan äußern. Sie sahen vor allem den Zugang zu den Gymnasien und Lehrstellen und weitere neue Hürden beim Familiennachzug und der Einbürgerung als gegeben an. Diese Kritik hatten sie bereits im Jahr 2007 geäußert und sahen sich jetzt bestätigt: „Kritisch beurteilten die Migranten auch die Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes, die zum Boykott des zweiten Integrationsgipfels durch die Deutschtürken geführt hatte.“⁸⁸⁴ Die Verbände sahen sich weiter zurückgesetzt und meinten, dass ein Gegenteil von Integration Praxis sei in Deutschland. Maria Böhmer forderte die Verbände allerdings zum Dialog auf und schob die Fortschritte in den Vordergrund. Vor allem wollte sie diese Kritik nicht mehr hören: „Die erforderlichen Sprachkenntnisse vor der Einreise erweisen sich für nachziehende Eheleute als Integrationshilfe, nicht als Hindernis.“⁸⁸⁵

In der FAZ zog Böhmer ebenfalls eine positive Bilanz der Integrationsbemühungen der Bundesregierung. Nach dieser Auflistung haben seit dem 1. September 3920 Ausländer den Einbürgerungstest bestanden und somit die Voraussetzungen für die deutsche Staatsbürgerschaft erfüllt. Dies entsprach „einer Erfolgsquote von 98 Prozent.“ Armin Laschet (CDU) sah dies in dem gleichen Artikel durchaus kritischer und zeigte wieder die innerparteiliche Uneinigkeit über den Kurs der Zuwanderungs- und Integrationspolitik: „Bisher hätten sich die Länder als Motor für eine innovative Integrationspolitik erwiesen, während die Positionen des Bundes unklar blieben [...]“⁸⁸⁶

Die Kritik der Verbände blieb in der FAZ nicht unerwähnt. Merkel plädierte jedoch für die Mithilfe aller Beteiligten: „Es geht um eine gemeinsame Arbeit, die wir nur gemeinsam zu Ende bringen

⁸⁸¹ Vgl. SZ vom 20.08.2008a: Ernst machen mit der Zuwanderung. NRW-Integrationsminister Laschet sieht in offensiver Einwanderungspolitik großes ökonomisches Potential, S. 6. / Vgl. SZ vom 20.08.2008b: So gut wie deutsch. Eingebürgerte sind besser integriert als ihre Landsleute, S. 6.

⁸⁸² SZ vom 21.08.2008: S. 4.

⁸⁸³ Vgl. SZ vom 27.08.2008: Die Mischung macht's, S. 3.

⁸⁸⁴ Taz vom 27.10.2008: Einwanderer bemängeln neue Hindernisse, S. 6.

⁸⁸⁵ Taz vom 28.10.2008: Böhmer tadelt Migranten, S. 6.

⁸⁸⁶ FAZ vom 06.11.2008: Böhmer zieht positive Integrationsbilanz, S. 8.

können.“ Des Weiteren wollte sie Indikatoren entwickeln um die beschlossenen 400 Einzelmaßnahmen des NI messen zu können.⁸⁸⁷

8.3.6 Der NI im Jahr 2009

Die Bild-Zeitung nahm im Jahr der Bundestagswahl keinen Bezug zum NI, widmete sich allerdings nach der Wahl ausführlich der Thematik Thilo Sarrazin. Diese Diskussion steht exemplarisch für die Fremdheitszuschreibung über den Untersuchungszeitraum dieser Dissertation hinaus. Die von Thilo Sarrazin vertretenen Thesen zur Zuwanderung wurden kontrovers diskutiert, ernteten Applaus, aber auch viel Widerspruch. Hervorzuheben ist, dass die Bild Türken „Klartext“ reden ließ zu den Äußerungen Sarrazins und titulierte die Thesen Sarrazins als übertrieben. Die Bild gab an, dass einige Aussagen nicht stimmen würden.⁸⁸⁸ Die interviewten Türken gaben Sarrazin allerdings teilweise Recht: „Im Schulunterricht sind viele türkische Jungs respektlos, weil die Erziehung einfach zu lasch ist.“⁸⁸⁹

Die Bild gab außerdem die Diskussion über die Wahlkampfreden Jürgen Rüttgers im Wahljahr wider. Dieser hatte sich gegen rumänische und chinesische Arbeiter in Deutschland ausgesprochen und wurde bei dieser öffentlichen Rede gefilmt: Es

„[...] kommen die in Rumänien nicht morgens um sieben zur ersten Schicht und bleiben bis zum Schluss da. Sondern sie kommen und gehen, wann sie wollen und wissen nicht, was sie tun.“⁸⁹⁰

Im Bundestagswahlkampf äußerten sich einige Unionpolitiker nicht moderat und sprachen sich für eine bessere Integrationspolitik aus, sondern verbreiteten im Gegenteil fremdheitserzeugende Aussagen in der Öffentlichkeit. Die Zuwanderungsthematik, in den vorangegangenen Wahljahren noch Randthema, wurde im Jahr 2009 vermehrt zur Abgrenzung gegenüber der jeweils anderen Partei genutzt. Im Vorfeld der Wahl wurde eine Studie des Berlin-Instituts veröffentlicht, nach der die Türken in Deutschland schlecht integriert sind: „30% haben keinen Schulabschluss, sehr viele sind arbeitslos. In der zweiten Generation wird es nur minimal besser.“⁸⁹¹ Die Bild reagierte hierauf mit der Darstellung von gut integrierten Türken. Sie druckte einen türkischstämmigen Karnevalsprinz ab und interviewte eine Türkin, die Leutnant zur See geworden ist: „Meine Eltern haben mir in al-

⁸⁸⁷ FAZ vom 07.11.2008: Merkel will Integration messen, S. 4.

⁸⁸⁸ Bild-Zeitung vom 08.10.2009a: Stimmt eigentlich, was Sarrazin sagt?, S. 3.

⁸⁸⁹ Bild-Zeitung vom 08.10.2009b: Ausländer-Schelte von Bundesbanker Sarrazin. Hier reden Türken Klartext, S. 3.

⁸⁹⁰ Bild-Zeitung vom 05.09.2009: Riesen-Wirbel um Video von Wahlkampfreden. Rüttgers pöbelt gegen Rumänen und Chinesen, S. 6.

⁸⁹¹ Bild-Zeitung vom 25.01.2009: Türken am schlechtesten integriert, S. 1.

len Dingen freie Wahl gelassen. Ich habe mich sprachlich und kulturell für den deutschen Weg entschieden“.⁸⁹²

Des Weiteren druckte die Bild die Einbürgerung von 16 Ausländern durch Angela Merkel mit Name, Alter und Beruf ab. „Wir freuen uns, dass sie diesen Schritt machen. Sie können Vertrauen haben zu diesem Land“⁸⁹³, sagte Angela Merkel hierzu.

Nach der Bundestagswahl griff die Bild die Debatte über den Einbürgerungstest und die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz wieder auf.⁸⁹⁴ Die Artikel lagen außerhalb des angestrebten Untersuchungsraums, sollten aber zumindest als Fußnote aufgeführt werden, um die weitere Brisanz des Diskurses aufzeigen zu können.

In den weiteren Tageszeitungen fanden die Diskussionen im Jahr 2009 differenzierter statt. Allerdings lag das Hauptaugenmerk auf der Diskussion über Thilo Sarrazin⁸⁹⁵. Des Weiteren wurde Jürgen Rüttgers⁸⁹⁶ mit seinen Wahlkampfaußerungen zu Ausländern kommentiert und die benannte Integrationsstudie⁸⁹⁷ besprochen, in der die Menschen mit Migrationshintergrund keine guten Ergebnisse erzielt hatten. Diese Diskursstränge liegen nicht im Fokus dieser Dissertation. Insgesamt müssen sie aber in den Gesamtkontext Fremdheitskonstruktionen bei Zuwanderern eingeordnet werden, da sowohl Sarrazin als auch Rüttgers, als namenhafte Politiker, vorurteilsbeladene Stellungnahmen in Wahlkampfreden und Büchern veröffentlichten. Ein Überblick dieser Artikel in Fußnoten muss allerdings bei der Fülle der Informationen zur Zuwanderung dem Leser genügen. Teilweise wurden die Protagonisten Sarrazin und Rüttgers durchaus stark von den untersuchten Zeitungen kritisiert. Die Artikel wurden in den Fußnoten exemplarisch ausgesucht und wie bereits er-

⁸⁹² Bild-Zeitung vom 30.01.2009: Nach der Schockstudie über die Integration der Türken. Seht her, wir sind doch Deutsche, S. 3.

⁸⁹³ Bild-Zeitung vom 13.05.2009. Hier macht Angela Merkel aus 16 Ausländern echte Deutsche, S. 2.

⁸⁹⁴ Vgl. Bild-Zeitung vom 09.10.2009: Gericht kippt den „Gesinnungstest“ für Ausländer, S. 11 / Vgl. Bild-Zeitung vom 09.10.2009: Deutsche Sprache soll ins Grundgesetz, S. 1.

⁸⁹⁵ Vgl. Taz am 05.10.2009: Der Tabubrecher, S. 2 / Vgl. Taz vom 05.10.2009: Sarrazin unter Druck, S. 7 / Vgl. Taz vom 06.10.2009: Ausländer-Beleidigung. Sarrazin lehnt weitere Erklärung ab, S. 6. / Vgl. Taz vom 08.10.2009: Interview mit einer Bestie, S. 14 / Vgl. Taz vom 10. & 11.10.2009: Zentralrat greift Sarrazin an, S. 7. / Vgl. Taz vom 12.10.2009: Sarrazin droht die Entmachtung in der Bundesbank, S. 9 / Vgl. Taz vom 14.10.2009: Einen Sarrazin braucht niemand, S. 1 / Vgl. Taz vom 14.10.2009: Sarrazin abgewatscht, S. 2 / Vgl. Taz vom 19.10.2009: Bundesbank kannte Sarrazin-Interview, S. 7 / Vgl. SZ vom 12.10.2009: Sarrazin droht die Entmachtung, S. 17 / Vgl. FAZ vom 04.10.2009: Die Liebeserklärung. Ein Interview bringt Thilo Sarrazin in die Bredouille, S. 6 / Vgl. FAZ vom 05.10.2009: Sarrazin muss gehen, S. 13.

⁸⁹⁶ Vgl. Taz vom 07.09.2009: Sehr deutscher Arbeiterführer, S. 2 / Vgl. Taz vom 07.09.2009: Grüne: Rüttgers-Äußerung ist Rassismus, S. 6 / Vgl. Taz vom 07.09.2009: Kalkulierte Entgleisung, S. 12 / Vgl. Taz vom 08.09.2009: Anzeige Rüttgers wegen Volksverletzung, S. 6 / Vgl. Taz vom 09.09.2009: Der freundliche Rheinländer, S. 17 / Vgl. Taz vom 10.09.2009: Opposition nimmt Rüttgers in die Mangel, S. 7 / Vgl. Taz vom 19. & 20.09.2009: „Rumänen-Schelte“: Gegen Rüttgers wird nicht ermittelt, S. 6 / Vgl. SZ vom 10.09.2009: Wo der Wind weht, S. 3.

⁸⁹⁷ Vgl. Taz vom 11.06.2009: Integrationsbericht: Regierung türkt Zahlen, S. 1 / Vgl. Taz vom 11.06.2009: Dumm, faul, kriminell?, S. 2 / Vgl. FAZ vom 27.01.2009: „Einbürgerung erleichtern“, S. 6.

wähnt fand die Sarrazin-Debatte über den Untersuchungszeitraum hinaus statt. Sie stand allerdings für eine Fortschreibung und Zuspitzung des Problemverarbeitungsprozesses Zuwanderung.

Generell wurden in der Taz einige Artikel zum allgemeinen Zuwanderungsprozess und dem mangelnden politischen Fortschritt in diesem Bereich abgedruckt. Die FDP wollte das Arbeitsverbot für die Asylbewerber neu überdenken und die Taz sah keinen Erfolg in den Bleiberechtsverhandlungen für Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Diese Diskussion fand ebenfalls im Anschluss an die Bundestagswahl 2009 statt und wird hier nur am Rande erwähnt. Die Flüchtlingsfrage müsste separat in einer fortführenden Arbeit behandelt werden und ersetzte bis zum Jahr 2015 den hier aufgeführten Diskurs über Zuwanderung. Festgehalten werden muss das Postulat der Taz, dass die Bundesregierung auch in der Flüchtlingsfrage in einer Zeitschleife gefangen ist. Sie meinte damit die immer wiederkehrenden Argumente zum Bleiberecht, die ähnlich restriktiv gehandhabt werden, wie die Gesetzgebungen zum ZuwG.⁸⁹⁸

Die ehemalige Vorsitzende der Süßmuth-Kommission forderte die Einsetzung einiger Migranten im neuen Schwarz-Gelben Kabinett: „Der Bundesregierung würde es gut anstehen, dabei auch die Migranten nicht zu vergessen.“ Des Weiteren forderte sie mehr Teilhabemöglichkeiten am politischen Prozess für die ehemaligen Zuwanderer.⁸⁹⁹ Die Optionspflicht für Zuwanderer sich nach dem 23. Lebensjahr für den deutschen oder der Herkunftspass zu entscheiden, wurde politisch stark kritisiert. Vor allem die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer befand sich in der Kritik. „Sie hat unsere Sorgen und unsere Kritik nicht ins Bundeskabinett eingebracht, zumindest bekommt man davon in der Öffentlichkeit nichts mit“⁹⁰⁰, wird der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Kolat zitiert. Die SZ zitierte ebenfalls Böhmer, die eine befristete Zuwanderung von Fachkräften nicht als gutes Mittel ansah, da sie eine Rückkehr ins Heimatland anzweifelte: „Für Deutschland ist das nicht der richtige Weg.“⁹⁰¹ Die FAZ reiste mit Böhmer zu einer Anerkennungsstelle in die Türkei und begleitete einige Frauen bei ihrer Befragung bezüglich der Nachzugsberechtigung: „Freuen Sie sich auf Deutschland? – Aynur lächelt verlegen. Sie hat die Frage nicht verstanden. `Kein Wunder, bei all den Leuten hier´, sagt Böhmer mit dem Blick auf die Reisegesellschaft.“⁹⁰²

⁸⁹⁸ Vgl. Taz vom 02. & 03. & 04.10.2009: Liberale wollen Arbeitsverbot für Asylbewerber kippen, S. 6. / Vgl. Taz vom 04.06.2009: Zurück ins Ungewisse, S. 3. / Vgl. Taz vom 10. & 11.10.2009, It's Germany here, S. 11 / Taz vom 10.09.2009: Gefangen in einer Zeitschleife, S. 12 / Vgl. SZ vom 01.10.2009: Letzte Frist für Flüchtlinge. Bleiberecht von Tausenden Zuwanderern läuft aus, S. 7 / Vgl. SZ vom 09.05.2009a: „In den Jahren des Asylstreits ist etwas zerbrochen, S. 10 / Vgl. SZ vom 09.05.2009b: Neue Heimat in der Fremde, S. 10 / Vgl. FAZ vom 05.06.2009: EU-Innenminister uneins über illegale Einwanderung, S. 6 / Vgl. FAZ vom 09.10.2009: Am Strick der Sprache, S. 1.

⁸⁹⁹ Taz vom 05.10.2009: Migranten an die Macht, S. 1 / Vgl. Taz vom 05.10.2009: „Konsens und Kompromiss sind nötig“, S. 5.

⁹⁰⁰ Taz vom 19. & 20.09.2009: Ruhe für die Ausländerfront, S. 12.

⁹⁰¹ SZ vom 02.02.2009: Böhmer lehnt befristete Zuwanderung ab, S. 6.

⁹⁰² FAZ vom 06.04.2009: Nicht bloß türkische Bräute, S. 7.

In der SZ wurde das Thema Doppelpass ebenfalls wieder aufgegriffen und erklärt warum Angela Merkel die Einbürgerung verbessern will:

„Merkel braucht diese Botschaft, und sie braucht dabei auch einen Erfolg. Dass die Zahlen [der Einbürgerung, Anm. d. Verf.] zurück gehen, mag den Gegnern gefallen. Für Merkel widerspricht es massiv dem eigenen Anliegen.“⁹⁰³

Merkel sah in der Zuwanderung „eine Bereicherung für unser Land“⁹⁰⁴, der politische Streit innerhalb der Union über die Ausgestaltung von Zuwanderung zeichnete allerdings ein anderes Bild.

In der FAZ kam der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet zu Wort, nahm zu den Zuzugsregelungen von Fachkräften in NRW Stellung und forderte mehr Öffnung und Teilhabe: „Unsere Zugangsvoraussetzungen sind zu hoch. Wir fordern heute 63600 Euro Einstiegsgehalt, damit jemand eine Niederlassungserlaubnis erhält.“⁹⁰⁵

Insgesamt wurde ein negatives Bild des Passerwerbs in Deutschland gezeichnet. Die Zuwanderer wollten die hohen Anforderungen der Einbürgerungstests nicht erfüllen, da sie den Mehrwert eines deutschen Passes nicht sehen:

„Zweimal hat der Gesetzgeber in den vergangenen zehn Jahren die Sprachanforderungen verschärft: zunächst mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000, das „ausreichende Deutschkenntnisse“ verlangte. [...] Mit der Neufassung des Zuwanderungsgesetzes im Sommer 2007 müssen Migranten ohne Schulabschluss [...] einen Sprachtest des Niveaus B1 bestehen. [...] Auch einfache Texte wie Emails an Behörden werden verlangt. Hinzu kommt die Pflicht, den alten Pass abzugeben.“⁹⁰⁶

Die politische Diskussion um die Einführung des Doppelpasses erfolgte bereits im Jahr 1999 und hat sich seitdem wenig verändert. Vor allem die Union schürte die Angst vor der Überfremdung und die Leitkulturdebatte ist permanent im Subtext vorhanden. Im Jahr 2009 griff die Politik diese Diskussion wiederum auf, da die Einbürgerungszahlen seit Einführung des Einbürgerungstests stark sanken. Die Kombination aus empfundenen Nicht-Wahrnehmungen und Restriktionen bei den Adressaten führte zu einer Ablehnung des deutschen Passerwerbs.⁹⁰⁷ Die Doppelpassdiskussion ist hierbei eine weitere Randerscheinung im Kontext des ZuwGs und des Einbürgerungstest.⁹⁰⁸

⁹⁰³ SZ vom 12.05.2009a: Der Doppelpass mit der Staatsbürgerschaft, S. 2.

⁹⁰⁴ SZ vom 11.05.2009: Kanzlerin für Einbürgerung, S. 6.

⁹⁰⁵ FAZ vom 01.08.2009: „Integrationspolitik ist Standortpolitik“, S. 4.

⁹⁰⁶ SZ vom 12.05.2009b: Und ewig lockt die Heimat, S. 2.

⁹⁰⁷ Vgl. FAZ vom 15.06.2009: Türkischstämmigen fehlt die Anerkennung, S. 4.

⁹⁰⁸ Vgl. SZ vom 13.05.2009: Angst vor einem Problem, das es gar nicht gibt, S. 2. / Vgl. SZ vom 13.05.2009: Kampf der fremden Kulturen, S. 9.

Im Bereich des ZuwGs sind erste Erfolge zu verbuchen, hielt die SZ etwas ironisch fest.⁹⁰⁹ Die Verschärfung im Ehepartnernachzug führte zu einer Verringerung des Nachzugs aus der Türkei nach Deutschland. Daher ging der Zuzug der ausländischen Partner zurück:

„Das Innenministerium wollte von Anfang an den Zuzug armer und gering qualifizierter Ausländer aus den Ländern wie der Türkei oder dem Kosovo verhindern. Damit stopft man das letzte große Loch für die Zuwanderung nach Deutschland. Wenn schon kaum Fachkräfte ins Land kommen, so kann man wenigstens die Unqualifizierten draußen halten. Sprachtests vor dem Umzug zu fordern ist ja berechtigt – solange Braut oder Bräutigam eine faire Chance haben, in ihrer Heimat Deutsch zu lernen. Doch genau da hakt es.“⁹¹⁰

Für die SZ gelingt der schwierige Weg der Integration der Einwanderer nur, wenn sich alle Seiten bereit erklären, von ihren Vorurteilen abzusehen:

„Mag sein, dass ein paar Eingeborene es als Zumutung empfinden, wenn sie solche neuen Realitäten wahrnehmen sollen. Doch ohne diese Zumutungen bleibt das Land eine Scheuklappen-Republik, in der alle nur den kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit wahrnehmen, sie sie seit Jahrzehnten so gerne betrachten.“⁹¹¹

Die FAZ sieht allerdings eine erfolgreichere Integrationspolitik unter der Bundeskanzlerin Merkel, als unter der rot-grünen Koalition:

„Vier Jahre der von der CDU geführten großen Koalition haben in der Integrationspolitik mehr gebracht als sieben Jahre rot-grünes Projekt. Bundeskanzlerin Merkel hat das Thema weit oben auf der Agenda plaziert [sic!] - [...].“

Diese Sichtweise ist der konservativen Haltung der FAZ geschuldet, die anderen untersuchten Zeitungen kritisierten durchaus den Kurs der Bundesregierung in Einwanderungsfragen, nicht nur im Bereich des eingeführten Einbürgerungstests. Im Bundestagswahljahr wurden demnach andere Faktoren der Zuwanderung diskutiert. Es wurde nicht der NI thematisiert, sondern die Frage nach dem Zuzug von Fachkräften und die Ausgestaltung des Bleiberechts unter Berücksichtigung des Doppelpasses erneut politisch wie medial fokussiert.

8.3.7 Der Einbürgerungstest im Jahr 2009

Der Einbürgerungstest stand im Jahr 2009 nicht allein im Fokus. Die Debatte über das Bleiberecht für Flüchtlinge und Aussiedler durchmischte auch diese Thematik.⁹¹² Die Einladung von Angela

⁹⁰⁹ Vgl. SZ vom 20.02.2009: Zuzug ausländischer Partner geht zurück, S. 6. / Vgl. SZ vom 23.05.2009: Türken gegen Visa-Pflicht, S. 8.

⁹¹⁰ SZ vom 20.02.2009: Liebloses Gesetz, S. 4.

⁹¹¹ SZ vom 16.10.2009: Mühsamer Weg in die Realität, S. 4.

Merkel ins Kanzleramt zu Einbürgerungsrede wurde wie in der Bild erwähnt. Die Taz berichtete über die Überreichung der Einbürgerungsurkunden durch die Kanzlerin. Diese Aktion wurde von der Opposition als „reine Symbolpolitik“ abgetan:

„Die große Koalition habe die Einbürgerungspolitik an die Wand gefahren und Einbürgerungsmöglichkeiten verschärft [...] Linke, Grüne und Türkische Gemeinde kritisieren zudem das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft für Nicht-EU-Bürger und den Optionszwang.“⁹¹³

Ein Kommentar in der Taz bekräftigte diese These der verpassten Chancen bei der Einbürgerung:

„Bei den Einbürgerungen sieht es schlecht aus. Im vergangenen Jahr erhielten nur 94.500 AusländerInnen die deutsche Staatsbürgerschaft. Das ist die niedrigste Zahl seit der Wiedervereinigung.“⁹¹⁴

Die Zahlen widerlegen die positiven Auslegungen zur Einbürgerung der Großen Koalition. Für die Taz ist dies ein Thema des Tages und sie beschäftigte sich in einigen Artikeln am 13.6.2009 mit der niedrigen Einbürgerungszahl. Böhmer führte dies auf die „Verzögerungen bei der Abwicklung einer großen Zahl der seit September 2008 geltenden Einbürgerungstests“ zurück.⁹¹⁵ Ein Artikel widmete sich der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Es wurde ein dunkelhäutiger deutscher Beamter interviewt, der oft in Polizeikontrollen gerät.⁹¹⁶ Die Angst vor den Sprachprüfungen und die geringe Attraktivität des deutschen Passes mit der geltenden Optionspflicht wurden in der Taz als Gründe angeführt. Eine abgebildete Statistik zu den Einbürgerungen in Deutschland zeigte an, dass seit 1990 der Wert noch nie so niedrig war. Interessanterweise ist er seit dem Paradigmenwechsel im Jahr 1998 hin zum Einwanderungsland von knapp 200.000 Einbürgerungen pro Jahr auf 94.500 Einbürgerungen gesunken.⁹¹⁷ Diese klaren Zahlen belegen deutlich, dass der Problemverarbeitungsmodus Zuwanderung und Einbürgerung im politischen Kontext seit 1998 eher kontraproduktiv war. Der politische Streit über die Ausgestaltung von Zuwanderung und der geringe politische Output in Bezug auf relevante Angebote an die Lebenswelt der Eingewanderten in Deutschland führten zu einer geringen Akzeptanz des Angebots Einbürgerung. Die Adressaten fühlten sich nicht anerkannt und durften an der politischen Willensbildung nicht teilnehmen.

⁹¹² Vgl. Taz vom 03.02.2009: Arbeit, Bildung, deutscher Pass, S. 11 / Vgl. Taz vom 10.09.2009: Flüchtlinge geraten zurück in die Duldung, S. 6.

⁹¹³ Taz vom 13.05.2009: Zur Einbürgerung ins Kanzleramt, S. 6.

⁹¹⁴ Taz vom 13.06.2009a: Steiniger Weg zum deutschen Pass, S. 1.

⁹¹⁵ Taz vom 13.06.2009b: Deutlich weniger Einbürgerungen, S. 1.

⁹¹⁶ Vgl. Taz vom 13.06.2009: „Ich werde ohne Grund von der Polizei kontrolliert“, S. 5

⁹¹⁷ Vgl. Taz vom 13.06.2009a: Deutscher Pass nicht gefragt, S. 2 / Vgl. Taz vom 13.06.2009b: Angst vor Sprachprüfungen, S. 2.

Die neuen Sprachtest wurden in der SZ als Abschreckung angesehen. Außerdem wollten viele Türken nicht ihren türkischen Pass abgeben, um den deutschen zu erhalten.⁹¹⁸

Ein Leser meldete sich daraufhin zu Wort und führte die hohen Kosten für den Einbürgerungswilligen als weiteres Hemmnis auf:

„Klar, die Gebühr für den Verwaltungsakt selbst sind „nur“ [Hervorhebung im Original] 255 Euro pro Person, aber die vorhergehende Ausbürgerung und die Beschaffung beglaubigter Übersetzungen für Dokumente können unerschwingliche Hindernisse werden.“⁹¹⁹

Der finanzielle Aspekt ist natürlich neben den kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren nicht zu vernachlässigen. Die SZ interviewte im Zuge der Einbürgerungsfeier im Kanzleramt einen jungen Türken, der Deutscher werden wollte. Dieser sah den deutschen Pass vor allem in der Lehre und Bildung als Vorteil, da er in Frankreich Mode-Design studieren wollte und mit einem deutschen Pass ohne Visum innerhalb der EU reisen kann.⁹²⁰

Anfang des Jahres forderte die Bundestagsfraktion der SPD wiederum die Einführung eines Punktesystems für eine professionellere Einwanderung und Einbürgerung. Diese Forderungen stammten im Kern bereits aus dem Jahr 2001, als die Süssmuth-Kommission das kanadische Modell für ein ZuwG erwog.⁹²¹

Die FAZ gibt wiederum die Stellungnahme von Peter Altmaier an:

„Der Einbürgerungstest hat sich nach Einschätzung des Bundesinnenministeriums bewährt. Seit September vergangenen Jahres haben mehr als 63000 in diesem Test teilgenommen. Das ist ein großer Erfolg, den die wenigsten so vorausgesehen hätten.“⁹²²

Die Brisanz der Thematik ist somit bis zum Ende des Untersuchungszeitraums und der Bundestagswahl 2009 gegeben und wird darüber hinaus noch vermehrt diskutiert. Die Zusammenfassung der medialen Auswertung und das Fazit werden die ermittelten Ergebnisse noch einmal zusammenfassen.

⁹¹⁸ Vgl. SZ vom 29.04.2009: Abschreckendes Deutsch. Neue Sprachtests halten Ausländer von der Einbürgerung ab, S. 1.

⁹¹⁹ Taz vom 15.06.2009: Hohe Kosten für die Einbürgerung, S. 7.

⁹²⁰ Vgl. SZ vom 12.05.2009: Eintrittskarte für die Welt, S. 2.

⁹²¹ Vgl. Taz vom 25.03.2009: SPD will neue Einwanderungspolitik, S. 6.

⁹²² FAZ vom 30.08.2009: Der Einbürgerungstest, S. 8.

8.4. Die Politikum Kopftuch in den Medienberichten

Die politische Debatte um das Kopftuch ist bei weitem nicht so ausgeprägt in den Zeitungen vorhanden wie die Zuwanderungsdebatte, wurde aber zumindest in der Taz, der SZ und der FAZ seit 1998 in einigen ausführlichen Artikeln diskutiert. Das kritische Niveau ist in diesen drei Zeitungen höher einzustufen als in der Bild-Zeitung. Letztere berichtete erst ab dem Jahr 2003 häufiger über den Kopftuchstreit. Insgesamt sind einige bemerkenswerte Ergebnisse in den Artikeln vorhanden. Interessant ist, dass die mediale Diskussion in den Jahren 2007 und 2008 erneut aufkam. In dieser neueren Periode wurden vor allem Gerichtsurteile und das Verhältnis von Muslimen zum Staat diskutiert. Das Kopftuch als angenommenes Symbol der weiblichen Unterdrückung bekam seit der Einberufung der DIK vermehrte Aufmerksamkeit. Wiederum werden nicht alle Artikel aus allen untersuchten Printmedien wieder gegeben. Diese Dissertation beschäftigt sich mit den medial vermittelten Bildern, die periodisch in den Medien und der Politik zirkulieren. Die Stringenz der Berichterstattung über ein Zuwanderungsthema machte es für die verfolgten theoretischen Prämissen interessant. Der Leser kann davon ausgehen, dass in einem Zeitraum der wiedergegebenen SZ-Berichterstattung auch in der FAZ über die gleiche Thematik berichtet wurde. Das Jahr 2009 bringt vor der Bundestagswahl keine neuen Stränge und Aspekte in den Diskurs über das Kopftuch ein und wird aus diesem Grund nicht behandelt.

8.4.1 Der Darstellung des Kopftuches in der Bild-Zeitung

Seit 1998 wurde in der Bild sporadisch über den Kopftuchstreit berichtet. Artikel mit Titelzeilen wie „Kopftuch-Verbot für moslemische Lehrerinnen“ sollten die Hauptpunkte der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes wiedergeben.⁹²³ Es wird klargestellt, „in staatlichen Schulen gelte das Gebot der Neutralität gegenüber unterschiedlichen Bekenntnissen und Weltanschauungen.“⁹²⁴

Es handelte sich um kurze Darstellungen der Situation ohne viele Hintergrundinformationen. Die Darstellung des Themas fiel aber insgesamt weit hinter die Themenfeldbehandlung in den anderen Zeitungen zurück. Häufiger fand das Kopftuch im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen oder dem Fall Susanne Osthoff Erwähnung.⁹²⁵

⁹²³ Bild-Zeitung vom 05.07.2002: „Kopftuch-Verbot für moslemische Lehrerinnen“, S. 2.

⁹²⁴ Bild-Zeitung vom 05.07.2002: S. 2.

⁹²⁵ Die deutsche Staatsbürgerin Susanne Osthoff wurde im Jahr 2005 im Irak entführt und verstrickte sich nach ihrer Freilassung in Widersprüche. Sie bekannte sich zum Islam und trat im Fernsehen mit der sogenannten Burka auf. Bei

In den Jahren 2003 und 2004 wurde in der Bild dem „Kopftuchstreit“ der größte Raum zugesprochen. In einer Ausgabe Ende März 2003 wurde im Zusammenhang mit dem Kopftuch von der „Angst vor dem Fremden“ gesprochen. Oskar Lafontaine wurde mit der Meinung zitiert, dass die Mehrzahl der Deutschen gegen eine Lehrerin mit Kopftuch sei und die Wirtschaft erkennen müsse, dass nur eine Begrenzung der Zuwanderung zum Abbau des Fremden sinnvoll wäre.⁹²⁶

Die Nachrichten zu diesem Streit fielen, wider Erwarten, sehr kurz aus. Im September 1993 berichtete die Bild über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, aber in einer sehr sachlichen Position. „Muslimische Lehrerinnen dürfen an unseren Schulen mit Kopftuch unterrichten“, ist dort zu lesen.⁹²⁷ Der Artikel umfasste insgesamt fünf Sätze und beschränkte sich auf die nötigsten Informationen.

Die weiteren Meldungen sind von noch kürzerer Natur, so ist Anfang Oktober 2000 „Bayern verbietet Kopftuch“ zu lesen. Die Meldung erweckte den Anschein, ein Kopftuchverbot sei schon beschlossen. Bei genauerer Betrachtung erkennt der Leser, dass die Bild-Zeitung nur über den Plan eines gesetzlichen Verbotes berichtet.⁹²⁸ Insgesamt wird bei der Darstellung deutlich, dass nur auf eine kurze Wiedergabe der rechtlichen und politischen Geschehnisse geachtet wird ohne die gesellschaftliche Brisanz des Themas zu beschreiben.

Die Darstellung des Kopftuchstreites erfolgte sehr einseitig. Es wurden kurz und knapp die Bestimmungen der einzelnen gerichtlichen Instanzen aufgezeigt. Die Lehrerin Ferestha Ludin wurde, nach eigener Recherche, nicht interviewt und somit hat sie keine Möglichkeit zu einer eigenen Stellungnahme erhalten. Die Berichterstattung erfolgte jedoch über sie und ihre angeblichen Absichten.

Allerdings wurde an der Stelle, an der Oskar Lafontaines Meinung zum Kopftuch dargestellt wird auch eine andere Sichtweise vertreten. Sie wurde jedoch nicht durch einen Vertreter der muslimischen Minderheit geäußert, sondern durch den CSU Politiker Peter Gauweiler: „Mir ist eine Lehrerin mit Kopftuch lieber als mit Piercing oder grünen Haaren.“⁹²⁹ In dieser Stellungnahme vertrat der CSU-Politiker, laut Bild-Zeitung, die Auffassung, dass andere Themen mehr Gewichtung erfahren müssten, zum Beispiel „der Kampf für besseres Deutschlernen“, als das Kopftuch. „Wegen der optisch dezent getragenen Eigenheit des Kopftuchs soll [...] die berufliche Existenz genommen wer-

diesem Kleidungsstück handelt es sich um einen Ganzkörperschleier, der oft politisch als religiöses Symbol der Unterdrückung der Frau in islamischen Ländern angesehen wird.

⁹²⁶ Bild-Zeitung vom 29.03.2003: „Angst vor dem Fremden“, S. 2.

⁹²⁷ Bild-Zeitung vom 25.09.2003: „Gericht erlaubt Kopftuch an Schule“, S. 1.

⁹²⁸ Bild-Zeitung vom 01.10.2000: „Bayern verbietet Kopftuch“, S. 2.

⁹²⁹ Bild-Zeitung vom 29.03.2003: „Hauptsache Köpfchen“, S. 2.

den.⁹³⁰ Herr Grauweiler ist der Meinung, dass den Lehrerinnen nach einem langen Studium nicht die Möglichkeit genommen werden soll, wegen eines Kleidungsstückes nicht zu unterrichten. Die abwehrende Haltung einer Alice Schwarzer kann er ebenfalls nicht verstehen und meinte, dahinter stecke eine „Verwirrung über ein ungewohnt gewordenes Empfinden in Sachen Sittlichkeit und Distanz.“⁹³¹

Erst im März des Jahres 2007 ging die Bild der Frage nach, warum immer mehr Frauen zum Islam konvertieren und damit auch das Tragen eines Kopftuches in Betracht ziehen. Sie befragte eine junge deutsche konvertierte Muslima nach ihrer Meinung zum Islam und ihrer Einstellung zum Kopftuch: „Ich trage es in der Moschee. Ich würde es auch im Alltag gern öfter tragen. Aber das ist schwierig, weil man als Deutsche mit Kopftuch komisch angeguckt wird.“⁹³²

Zwei Aspekte sind bei diesem Artikel interessant. Zum einen handelt es sich bei der interviewten um eine Deutsche, die zum Islam konvertiert ist und nicht etwa um eine Frau mit Migrationshintergrund. Zum anderen wird deutlich, dass ein Kopftuch in Deutschland anscheinend als Symbol der Fremdheit angesehen wird, mit dem man sich in der Öffentlichkeit nicht wohl fühlt.

Das Kopftuch, als stereotypes politisches Symbol für den „Streit mit den Muslimen“, tauchte des Öfteren in der Bild-Zeitung auf. Nicht so sehr in der Darstellung der kopftuchtragenden Lehrerin, sondern als Symbol für die Fremdheit zwischen den Kulturen. Bei jedem politischen Konflikt, sei es die Diskussion um den türkischen EU-Beitritt, den Konflikt um die Mohammed-Karikaturen oder den Entführungsfall Susanne Osthoff, wurde eine verschleierte oder zumindest mit einem Kopftuch gekleidete Frau gezeigt.

In einer Klarstellung über das „was Muslime tun sollen“ wurde das Kopftuch als Erkennungsmerkmal der Muslime, korrekt als Sittlichkeitssymbol klassifiziert: „Frauen sollen sich nicht aufreizend kleiden, speziell die Haare bedecken. Je nach Auslegung ist Kopftuch oder Schleier möglich.“⁹³³

An dieser Stelle wurde das Kopftuch nicht als Symbol der Politik hingestellt. Dennoch erscheint es dem Leser als ein politisches Symbol, denn auf der gleichen Seite wird neben wütenden muslimischen Männern ein kleines Mädchen mit einem Kopftuch gezeigt, das den Koran hält. Es wäre jedoch nicht richtig zu sagen, dass die Berichterstattung nur von Stereotypen geprägt ist, denn es

⁹³⁰ Bild-Zeitung vom 29.03.2003: S. 2.

⁹³¹ Bild-Zeitung vom 29.03.2003: S. 2.

⁹³² Bild-Zeitung vom 24.03.2007: „Ich war Christin, jetzt bin ich Muslima“, S. 2.

⁹³³ Bild-Zeitung vom 07.02.2006: „Was Muslime tun sollen...und was sie nicht dürfen“, S. 2.

kommt zum Beispiel der Vorsitzende der deutschen Muslime zu Wort, der vom Islam als „einer friedlichen Religion“ spricht.⁹³⁴

Fraglich ist allerdings, ob sich nicht der Aufmacher auf der ersten Seite: „Moslem-Aufstand. Die ersten Toten“⁹³⁵ oder die Überschrift des Interviews mit dem Vorsitzenden: „Warum finden sie Mohammed besser als Jesus?“⁹³⁶ mehr ins Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft einprägte.

Des Weiteren bildete die Bild-Zeitung über mehrere Tage junge, hübsche, kopftuchlose Türkinnen ab und interviewte diese. Die Kampagne unter dem Motto „Deutschlands schöne Türkinnen“ im August des Jahres 2002 erschien dem Leser wie eine Aufforderung an die türkische Gemeinschaft, sich zu Deutschland zu bekennen und „modern“ zu werden.⁹³⁷ Auf der einen Seite steht quasi die westliche freie fortschrittliche Türkin in der Stadt und auf der anderen Seite die verhüllte, rückständige, Kopftuch tragende Frau vom Land. Es wurde eine junge Türkin mit den Worten zitiert: „Ich glaube fest an Allah, aber das muss ich nicht nach Außen zeigen.“⁹³⁸

Es entsteht auch bei den anderen Interviews der Eindruck, dass der feste Glaube in Ordnung sei, aber nicht durch Symbole nach Außen transportiert werden dürfe. Eine Türkin sprach sich sogar klar für die Abschiebung aus: „Ich träume von einem Deutschland mit schneller Abschiebung. Solche Leute beschmutzen unser Ansehen.“⁹³⁹

Eine moderne Türkin dürfe privat ihren Glauben ausleben und die Türkei als zweite Heimat betrachten, aber sie müsse pro-westlich leben und keine muslimische Symbolik tragen. Dass diese beiden Beispiele sogar mehr Vorurteile in der Gesellschaft hervorrufen beziehungsweise Minderheitengruppen ausschließen, als die Darstellung von Gerichtsurteilen, darf zumindest vermutet werden.

Bei der Kopftuch-Debatte wurde von den Muslimen als einer homogenen Gruppe gesprochen. Interessanterweise handelte es sich bei der Klägerin Ludin um eine Afghanin mit einem deutschen Pass und trotzdem entstand für den Leser der Eindruck, dass von „Türken“ gesprochen wird.

Im Kontext der Berichte über die Kopftuchverbote in den einzelnen Bundesländern kam die Frage auf, ob Schülerinnen Kopftücher tragen dürfen. Die Antwort gab der Lehrer einer Bonner Gesamt-

⁹³⁴ Bild-Zeitung vom 07.02.2006: „Warum finden sie Mohammed besser als Jesus?“, S. 2.

⁹³⁵ Bild-Zeitung vom 07.02.2006: „Moslem-Aufstand. Die ersten Toten“, S. 1.

⁹³⁶ Bild-Zeitung vom 07.02.2006: „Warum finden sie Mohammed besser als Jesus?“, S. 2.

⁹³⁷ Vgl. Bild-Zeitung vom 27-31.08.2002: „Deutschlands schöne Türkinnen“, S. 3.

⁹³⁸ Bild-Zeitung vom 28.08.2002: „Deutschlands schöne Türkinnen“, S. 3.

⁹³⁹ Bild-Zeitung vom 29.08.2002: „Deutschlands schöne Türkinnen“, S. 3.

schule, als er zwei Burka tragende türkische Schüler-innen kurzerhand für zwei Wochen vom Unterricht ausschloss. „Durch den Burka-Auftritt wurde der Schulfrieden gestört“, wurde er in der Bild-Zeitung zitiert. Die Schülerinnen sollten erst wieder zum Schulunterricht zugelassen werden, „wenn sie ihre Burkas ablegen.“⁹⁴⁰ Das Kopftuch und ebenfalls die Burka scheinen als Symbol für den bekennenden Moslem gewertet zu werden.

Die Diskussion über das Kopftuch wurde in der Bild ähnlich wie die Fachkräfte-Debatte in Randnotizen erwähnt. Das „Kopftuchverbot ist rechtens“ titelte die Bild und ging damit auf ein Urteil ein, nachdem „die hessische Landesregierung [...] Lehrerinnen und Beamtinnen weiterhin das Tragen islamische Kopftücher im Dienst verbieten“ durfte.⁹⁴¹ Auch Hessens Ministerpräsident Roland Koch plante eine Ausweitung des Verbotes. Er setzte sich für ein Burka-Verbot an Schulen ein: „Es sei nicht hinnehmbar, wenn sich Muslime aus den eigenen Reihen unter Druck gesetzt fühlen.“⁹⁴² Koch implizierte somit, dass in Deutschland keine Muslimin freiwillig eine Burka tragen würde.

Die Gruppe der Muslime erscheint in der Bild-Zeitung als Problemgruppe, die immer wieder Grund für neuen Ärger gibt. Die kopftuchtragende Frau wird oft als Bild abgedruckt, als ob die Klassifizierung der kulturell fremden Gruppe visuell unterlegt werden müsste.

8.4.2 Die Kopftuchdebatte in der SZ, der Taz und der FAZ

Diese drei Printmedien werden wiederum gemeinsam dargestellt und auf Wiederholungen verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhalten. Das Auftauchen einer Debatte bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass sie nicht auch in den anderen Zeitungen vorkommt. Wiedergegeben werden in den Jahren die ausführlichen Belege für den Kopftuchdiskurs.

8.4.2.1 Der Beginn 1998-2002

Die SZ berichtete von den untersuchten Zeitungen am ausführlichsten über das Kopftuch im Allgemeinen und speziell über den Rechtsstreit der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin. Der sogenannte Kopftuchstreit erstreckte sich seit 1998 bis zum Jahr 2009 und hatte seinen Nachrichtenhöhepunkt in der SZ in den Jahren zwischen 2002 und 2004 und dann wieder 2007 und 2008, als mehrere richterliche Instanzen ihre Urteile sprachen beziehungsweise revidierten. Wenn

⁹⁴⁰ Bild-Zeitung vom 29.04.2006: „Schulverbot für verhüllte Mädchen“, S. 1.

⁹⁴¹ Bild-Zeitung vom 11.12.2007b: Kopftuchverbot ist rechtens, S. 2.

⁹⁴² Bild-Zeitung vom 17.12.2007: CDU-Koch will Burkas an Schulen verbieten, S. 1.

nicht nur das Kopftuch in seiner religiösen und richterlichen Debatte mit in die Betrachtung mit einbezogen worden wäre, sondern der Symbolcharakter in Bildern und Stellungnahmen zum Karikaturenstreit, Terroranschlägen und ähnlichem in den Fokus der Arbeit gerückt wäre, dann würde es den Rahmen dieser Dissertation sprengen. Das Kopftuch an sich wird mittlerweile für die Untermauerung sämtlicher islamisch geprägter Themen genutzt und hat sich längst von dem anfänglichen „Kopftuchstreit“, beziehungsweise dem Unterrichten mit einem Kopftuch, in den Printmedien losgelöst. Es steht vielmehr als Symbol für einen islamisch motivierten Fanatismus.

In der rechtlichen Schuldebatte um das Kopftuch berichteten die drei Zeitungen bereits im Jahr 1998 in einer kurzen Debatte über den Fall. Zunächst wurden das Urteil des Obergerichtshofs Stuttgart und die darauf folgende Landtagsdebatte dokumentiert und danach den Lesern die Möglichkeit gegeben, sich zu diesem Fall zu äußern. Die Meinungen gingen bereits damals weit auseinander. Unter dem Titel „Stuttgarter Toleranz-Etikett“ wurde der Lehrerin Ludin zugestanden, dass es „ihr gutes Recht“ sei, nun juristisch gegen die negative Entscheidung der Kultusinnenministerin Baden-Württembergs Schavan vorzugehen. Es wäre aber „überzeugender“, „wenn sie das Kopftuch vor der Klasse ablegte.“⁹⁴³ Nach der Leserbriefdebatte kehrte zunächst Ruhe ein in die Berichterstattung.

Die FAZ bezieht im Jahr 1998 bereits auf Seite 1 Stellung:

„Die 25 Jahre alte muslimische Referendarin Fereshta Ludin hat beim Oberschulamts Stuttgart Widerspruch gegen die Entscheidung der Behörde eingelegt, sie nicht in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg zu übernehmen. Frau Ludin darf nicht Lehrerin werden, weil sie sich weigert, beim Unterricht ihr Kopftuch abzunehmen. Kultusministerin Schavan (CDU) hat die Entscheidung des Oberschulamtes mit dem Hinweis bekräftigt, es müsse verhindert werden, daß [sic!] religiöse Symbole für politische Vereinnahmung mißbraucht [sic!] würden.“⁹⁴⁴

Frau Schavan wurde bereits ein erstes Mal zitiert, bekam aber in der Folge der Debatte um das Kopftuch in den drei Zeitungen sehr viel Raum zur Äußerung. Bereits im Juli 1998 war das Thema ebenfalls in der FAZ präsent.⁹⁴⁵

In den Jahren 2000 und 2001 wurde über die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte Stuttgarts und Baden-Württembergs berichtet, die beide das Kopftuch im Unterricht ablehnten. Stuttgart be-

⁹⁴³ SZ vom 14.07.1998: „Stuttgarter Toleranz Etikett“, S. 4.

⁹⁴⁴ FAZ vom 15.08.1998: „Referendarin legt Widerspruch gegen Kopftuch-Entscheidung ein“, S.1.

⁹⁴⁵ FAZ vom 14.07.1998: Lehrerin mit Kopftuch darf nicht unterrichten, S. 1 / FAZ vom 14.7.1998: Lehrerin mit Kopftuch darf nicht unterrichten. Oberschulamts Stuttgart lehnt Einstellung einer Muslimin ab, S. 2 / FAZ vom 17.7.1998: Das Kopftuch ist im Islam mehr als nur ein Stück Stoff. Tradition und Verwestlichung, S. 3 / FAZ vom 19.7.1998: „Verbote stärken den Fundamentalismus“. Der Streit um das Kopftuch im Schuldienst, S. 4.

rief sich laut SZ auf das „Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach Lehrer im Unterricht deutliche religiöse Demonstrationen zu unterlassen haben.“⁹⁴⁶

Mit ähnlicher Sachlichkeit wurde das Urteil der nächst höheren Instanz wiedergegeben, in dem die SZ lediglich schrieb, dass ein Kopftuch „die weltanschauliche Neutralität verletzt“.⁹⁴⁷ Die SZ bemühte sich als einzige untersuchte Zeitung um eine lückenlose Darstellung des Prozesses und bediente somit den Leser mit ausführlichen Informationen zu diesem Präzedenzfall. Auf alle Darstellungen erfolgte eine Leserdebatte, die beide Seiten widerspiegelte. Die Überschriften ähnelten sich inhaltlich, sind teilweise sogar identisch und scheinen einen objektiven Abstand zu wahren.

Die FAZ berichtete in den Jahren 2000 und 2001 nur am Rande über das Kopftuch. Sie gibt die Gerichtsurteile und Richtersprüche zu Frau Ludin wieder:

„Die Richter äußerten die Ansicht, wenn die Lehrerin ihren Schülern ständig deutlich mache, daß [sic!] die Schüler die mit dem Kopftuch verbundenen religiösen Vorstellungen der Klägerin auf Grund der Neigung zu Nachahmung von Vorbildern sich möglicherweise unüberlegt zu Eigen machen würden.“⁹⁴⁸

Die FAZ widmete einer Seite ihrer Sonntagsausgabe dem Thema Kopftuch und der aufgeladenen Symbolik in dem Artikel „Selten wurde um ein Stück Stoff so gestritten. Das Kopftuch und religiöse Symbolik.“⁹⁴⁹ Im Jahr 2001 waren bereits mehrere Berufsgruppen von diesem Diskurs betroffen. Der Konflikt erreichte die Krankenhäuser und viele forderten ein Bekenntnis zur Neutralität:

„Dürfen Krankenschwestern muslimischen Glaubens während des Dienstes das Kopftuch tragen? Nein, dürfen sie nicht, hat der Pflegedirektor der Frankfurter Universitätsklinik, Martin Wilhelm, für sein Haus entschieden.“⁹⁵⁰

Die Diskussion ist bei weitem nicht so häufig in der Taz zu finden, wie in der SZ. Sie wurde jedoch regelmäßiger und ausführlicher geführt als beispielsweise in der Bild-Zeitung. Der Kopftuchstreit wurde bereits im Jahr 1998 in einer ergiebigen pro und contra Leserdebatte und in Artikeln über die Sichtweise des Stuttgarter Landtages erörtert. Selbst die Grünen beriefen sich in dieser Landtagsdebatte 1998 auf das Faktum, dass es sich die Schüler nicht wie bei einem Supermarktbesuch aussuchen können, welchen Lehrer sie hätten und das Neutralitätsgebot des Staates an Schulen greifen

⁹⁴⁶ SZ vom 25.03.2000: „Muslimische Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten“, S. 7.

⁹⁴⁷ SZ vom 27.06.2001: „Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten“, S. 6.

⁹⁴⁸ FAZ vom 27.06.2001: Nur ohne Kopftuch vor die Klasse. Muslimische Lehramtsanwärterin scheidet abermals vor Gericht, S. 2.

⁹⁴⁹ FAZ vom 29.07.2001a: S. 3.

⁹⁵⁰ FAZ vom 29.07.2001b: Konflikt um das Kopftuch auch in Krankenhäusern, S. 3.

müsste.⁹⁵¹ Die Lehrkraft sei „zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet“ und ein Kopftuch ver-
trug sich nicht „mit dem Geist der Gleichberechtigung.“⁹⁵²

In der Leserdebatte waren bereits alle späteren Ausprägungen der Diskussion vorhanden, die nach
den gerichtlichen Entscheidungen des Jahres 2003 aufgegriffen wurden. Die abgedruckten
Meinungen zeigten polarisierende Sichtweisen zwischen einer geforderten „vorgelebten
Toleranz“⁹⁵³ und dem angestrebten Verbot des Kopftuchtragens für Lehrerinnen, da es ein „Zeichen
für die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen“ sei.⁹⁵⁴ Nach kurzer Zeit verebbte diese Debatte
jedoch wieder und kommt nur noch partiell in der Tagespresse vor.

Die FAZ berichtete neutral und sachlich über die Fakten des Kopftuchstreits. Interessant ist, dass
auf Hinweis von Frau Ludin auch einer weiteren Kopftuchträgerin das Tragen verboten wird:

„Während einer Gerichtsverhandlung hatte Frau Ludins Anwalt darauf hingewiesen, dass es in Stuttgart eine
verbeamtete Grund- und Hauptschullehrerin gebe, die seit Jahren mit Kopftuch unterrichte. Das Oberschulamt
hat nun verfügt, dass auch diese Lehrerin das Kopftuch im Unterricht abnehmen müsse, weil es Lehrkräften
nicht erlaubt sei, für ihren Glauben zu werben.“⁹⁵⁵

In demselben Artikel wird die Begründung des Verwaltungsgerichtes in Mannheim zur Zulassung
der Berufung aufgeführt. Es hieß dort der Erfolg der Berufung der Klägerin sei "zumindest ebenso
wahrscheinlich" wie der Misserfolg.⁹⁵⁶

Vereinzelt wurde weiteren Kopftuchbefürwortern Raum eingeräumt, so druckte die SZ eine Podi-
umsdiskussion ab, in der die engagierte Muslimin Niger Yardis sich zum Kopftuch bekennt:

„Ich fühle mich gerade durch das Kopftuch emanzipiert: Es ermöglicht mir freie Bewegung in der
Männergesellschaft. Ich streite aber nicht ab, daß [sic!] manche junge Frauen auch gegen ihren Willen ein
Kopftuch tragen müssen.“⁹⁵⁷

Die Taz-Artikel waren denen der SZ nicht unähnlich. Die Kopftuchträgerin selbst wird durch die
Wiedergabe der politischen Debatte häufig als unterdrückte Frau ohne eigenen Willen dargestellt.
Das Kopftuch wurde zum Symbol des politischen Islams hin stilisiert und das Argument, dass das
Kopftuch als eigene religiöse, freiwillige Identität zu sehen, sei schlichtweg negiert.

⁹⁵¹ Taz vom 21.07.1998: „Die Schule ist kein Bankschalter“, S. 10.

⁹⁵² Taz vom 21.07.1998: S. 10.

⁹⁵³ Taz vom 20.07.1998: „Religionsfreiheit oder Freiheit von Religion?“, S. 14.

⁹⁵⁴ Taz vom 24.07.1998: „Zu viele Greuel im Namen des Tuches“, S. 14.

⁹⁵⁵ FAZ vom 07.07.2000: „Verwaltungsgericht lässt Berufung gegen das "Kopftuchurteil" zu
In Stuttgart unterrichtete eine Lehrerin jahrelang mit Kopftuch“, S. 4.

⁹⁵⁶ FAZ vom 07.07.2000: S. 4.

⁹⁵⁷ SZ vom 22.03.1999: „Ich fühle mich durch das Kopftuch emanzipiert“, S. 10.

Die kopftuchtragende Lehrerin bekam vor allem in Artikeln über Landtagsdebatten und Gerichtsurteile genau wie in der SZ zusätzlich politisch ein Stigmata der bekehrungswilligen Muslimin aufgesetzt. Da aber der Staat ein Neutralitätsgebot in der Schule verfolgt, musste der Lehrerin das religiös-politische Symbol der Bekehrung genommen werden, damit die Neutralität im Klassenzimmer bewahrt bleibt: „Mit diesem politischen Symbol sei die negative Religionsfreiheit der Schüler nicht garantiert.“⁹⁵⁸

Mit diesem Richterspruch, den die Taz abdruckte, wird das Kopftuch das erste Mal an einer Schule verboten. Der Landtag debattierte in der Folge über das von der Kultusministerin Schavan angestrebte Verbot des Kopftuches an Schulen, da es ihrer Meinung nach „im Koran nicht vorgeschrieben“ sei und „eine desintegrative Wirkung“ habe.⁹⁵⁹ Die Vertreterinnen der muslimischen Minderheiten zeigten sich bereits damals geschockt von dem Urteil des Landtages: „Das ist grausam. Mein Vertrauen gegenüber dem Staat ist über Nacht zerstört worden.“⁹⁶⁰

Als unterstützend und somit positiv für die muslimische Minderheit kann die Tatsache angesehen werden, dass abgedruckte Leserbriefe aus der Mehrheitsbevölkerung diese Toleranz einfordern. Einige Leser können das Problem ihrer politischen und rechtlichen Volksvertreter nicht nachvollziehen und können sich eine kopftuchtragende Lehrerin vorstellen: „Wer zum Beispiel im Kopftuch ein eindeutiges Zeichen für die Unterdrückung der Frau sieht, kennt sich mit dem Islam nicht aus.“⁹⁶¹

Als das Bundesverwaltungsgericht Berlin im Jahr 2002 das Urteil Baden-Württembergs bestätigt, kommentiert die SZ:

„Frau Ludin hat betont, für sie sei das Kopftuch Ausdruck ihres Bekenntnisses, nicht der Politik. Solange sie im Unterricht nicht Schüler indoktriniert [...], sollte man ihr das glauben.“⁹⁶²

Das BVerfG merkte im Urteilsspruch die mangelnde Belegbarkeit an, dass die Schulkinder durch die „ständige Konfrontation mit dem Kopftuch einer Lehrerin religiös beeinflusst werden.“⁹⁶³

Die Taz versucht die Argumente beider Seiten darzustellen. Eine Streitsituation mit der „Emma“ Herausgeberin Alice Schwarzer im Jahr 2002 verstärkt in den Medien die Präsenz des Schlagwortes

⁹⁵⁸ Taz vom 14.07.1998: „Unterricht? Nicht mit deinem Kopftuch“, S. 1.

⁹⁵⁹ Taz vom 16.07.1998: „Keine Chance für Kopftuch“, S. 6.

⁹⁶⁰ Taz vom 16.07.1998: S. 6.

⁹⁶¹ Taz vom 27.07.1998: „Ja zum Kopftuch“, S. 14.

⁹⁶² SZ vom 05.07.2002: „Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten“, S. 6.

⁹⁶³ Taz vom 25.09.2003: „Kein Verbot ohne Gesetz“, S. 3.

„Unterdrückung“. Es wurde wiederum über die Kopftuchkritikerin Schwarzer berichtet, die im Kopftuch „nichts als ein Zeichen der Unterdrückung“ sehen will und eine „falsche Toleranz am Werk“ erahnt, „wenn kleine Kinder mit Kopftuch in die Schule kommen“.⁹⁶⁴ Die Frauenrechtlerin sieht bis heute im Kopftuch ein Zeichen der Unterdrückung und in Frau Ludin eine Missionarin des Islams. Die Debatte wird also, ähnlich wie in der SZ, durch die beiden stärksten Kopftuchgegnerinnen Schavan und Schwarzer mit Fremdheit durchzogen.

8.4.2.2 Das Jahr 2003– Die Hauptdebatte

Die Hauptdebatte über das Kopftuch wird erst in den Jahren 2003 und 2004 geführt. Die Diskussion beginnt, als das BVerfG der Lehrerin Ludin insoweit Recht gibt, als dass die Ländergesetze nicht ausreichen würden, um ihr das Tragen des Tuches im Unterricht zu verbieten. Bereits im Vorfeld der Entscheidung fragte die SZ: „Kann ein Stück Stoff indoktrinieren?“ und spielte darauf an, dass Karlsruhe entscheiden müsste, „ob das Kopftuch einer Lehrerin die Schüler beeinflusst.“⁹⁶⁵

Am Tag nach dem von der SZ mit Spannung erwarteten Urteil, widmet man sich über mehrere Seiten diesem Thema. Zunächst wird auf der ersten Seite das Urteil unter der Schlagzeile: „Länder brauchen Gesetz für Kopftuch“ wiedergegeben.⁹⁶⁶ Die Überschrift fasst prägnant und neutral das Urteil zusammen. Die folgenden Seiten widmen sich zum einem dem Portrait von Frau Ludin, die mit den Worten „es wäre eine Entblößung“ und „ich müsste mich sehr schämen“ zitiert wird, „müsste sie ohne Kopftuch vor einer Klasse stehen.“⁹⁶⁷

In denen auf das Urteil folgenden Tagen, wird die Meinung vertreten, dass dieses Urteil eine „längst fällige Debatte“ ausgelöst habe, denn keine Seite sei sich bei ihren Forderungen mehr sicher. Die Linksliberalen seien zerrissen zwischen den Forderungen, „für ein Kopftuch zu plädieren“ oder der Möglichkeit „ihrem klassischen Gebot der Laizität“ zu folgen. Die Konservativen hingegen waren gegen das Kreuzifix-Verbot im Klassenzimmer, seien aber nun gegen den „Ausdruck einer befremdeten Kultur“, nämlich das Kopftuch im Klassenzimmer.⁹⁶⁸

An dieser Stelle zeigt sich bereits die Brisanz des Themas, denn es stellt sich die Frage, wie man politisch das Andere „Fremde“ verbieten soll, während man das „Eigene“ erhalten, beziehungsweise in den Vordergrund stellen möchte. So folgte dann ab Oktober 2003 auch eine lange Debatte über

⁹⁶⁴ Taz vom 05.03.2002: „Alice im Wunderland“, S. 16.

⁹⁶⁵ SZ vom 04.06.2003: „Kann ein Stück Stoff indoktrinieren“, S. 2.

⁹⁶⁶ SZ vom 25.09.2003: S. 1.

⁹⁶⁷ SZ vom 25.09.2003: „Ich müsste mich sehr schämen“, S. 2.

⁹⁶⁸ SZ vom 29.09.2003: „Die Pluralisierungsfälle“, S. 13.

die Gestaltung der neuen Schulgesetze, denn die Mehrheit der Länder sagte: „Nicht an meiner Schule“, aber Politik und Presse merkt schnell:

„so einfach wird das Kopftuch nicht zu verbieten sein, [...] zumindest nicht, ohne auch andere Zeichen religiöser Zugehörigkeiten, wie Ordenstrachten, Kreuze und Davidsterne aus dem Unterricht zu verbannen.“⁹⁶⁹

Die FAZ berichtet ebenfalls ausführlich über das Urteil des Verfassungsgerichts im Fall Ludin.⁹⁷⁰ Am darauffolgenden Tag werden mehrere Prominente mit Foto abgebildet, die bereits früher ein Kopftuch getragen haben. Unter ihnen beispielsweise Cora Schumacher, Franziska von Almsick und der DJ Ötzi. Die FAZ will aufzeigen, dass ein Kopftuch keine Besonderheit darstellt und bereits in der Antike in Rom getragen wurde.⁹⁷¹

Im Vordergrund stehen allerdings auch in der Berichterstattung der FAZ die Artikel zu Verboten durch richterliche Entscheidungen und geplanten Gesetzen in einigen Bundesländern.

So plante die saarländische Regierung ein gesetzliches Verbot für das Tragen des Kopftuches an Schulen:

„Das Tragen des Kopftuches orientiere sich am islamischen Fundamentalismus, der ein Verständnis der Gleichberechtigung von Frauen und Männern habe, dass dem Grundgesetz widerspreche.“⁹⁷²

Ab der richterlichen Entscheidung in Karlsruhe wird das Kopftuch auch in der Taz ausführlicher diskutiert. Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer wird in dieser Zeit in der Taz zur stärksten Verfechterin des Kopftuchverbots stilisiert, ihre Meinung kontrovers diskutiert und kritisiert. Es wird in der Taz die Meinung vertreten, dass das vom BVerfG gefällte Urteil „einen neuen Kulturkampf auslösen“ könnte, da „nicht nur das islamische Kopftuch“, sondern „auch jedes andere religiöse Symbol“ verboten wurde.⁹⁷³ In einem offenen Brief bezieht die Lehrerin Ludin gegenüber der Taz klar Stellung zu den Vorwürfen von Alice Schwarzer. Diese hatte geäußert, dass Frau Ludin der islamistischen Organisation Milli Görüs durch ihre Tätigkeit als Lehrerin am Berliner „Islam-Kolleg“ nahe stehen würde. In dem Bericht „F. Ludin versus A. Schwarzer“ lehnt Ludin klar diese Behauptung als „unwahr“ ab und widerspricht dem Vorwurf deutsche Frauen als „unrein“

⁹⁶⁹ SZ vom 04.10.2003: „Nicht an meiner Schule“, S. 10.

⁹⁷⁰ FAZ vom 24.09.2003: Verfassungsgericht entscheidet Kopftuch-Streit, S. 1 / FAZ vom 24.09.2003: Religionsfreiheit und staatliche Neutralität. Schächten, Kreuzfixe, Kopftuch: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet eine weitere Weltanschauungsfrage, S. 3.

⁹⁷¹ Vgl. FAZ vom 25.09.2003: Das Kopftuch. Wer es tragen sollte und wer nicht und warum Parlamente scheitern müssen, S. 7.

⁹⁷² FAZ vom 01.10.2003: Bayern und Saarland verbieten Kopftuch, S. 2.

⁹⁷³ Taz vom 05.07.2003: „Das Kreuz mit dem Tuch“, S. 1.

bezeichnet zu haben.⁹⁷⁴ Dieser Ausdruck habe „nie meinen Vorstellungen oder und auch nicht meinem Sprachgebrauch“ entsprochen, sagt sie in dem offenen Brief.⁹⁷⁵

Im Jahr 2003 wurde zunächst sehr ausführlich über das Karlsruher Urteil diskutiert und später über die geplanten Gesetze der einzelnen Länder berichtet. So sind Artikel mit Titeln wie „Bayern plant Kopftuchgesetz“ zu lesen, die ausschließlich von den möglichst bald zu beschließenden Verboten handeln.⁹⁷⁶ Im Jahr 2004 wird der Fall Ludin schließlich vom Bundesverwaltungsgericht zu Gunsten der verbietenden Länder entschieden, aber weitere Klagen von anderen Lehrerinnen folgen. Die FAZ berichtet ebenfalls über die Gesetzesinitiativen der Länder nach den Gerichtsurteilen: „In Baden-Württemberg ist Streit über das geplante Gesetz zum Kopftuchverbot entbrannt.“⁹⁷⁷ Fast jedes Bundesland prüft in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Gesetzeslage zum Kopftuch und erlässt Verbote. Alleine die Fülle der Artikel zu diesen Verboten muss Fremdheitsgefühle bei den Adressaten auslösen.⁹⁷⁸

In der SZ sind die Nachrichten umfangreicher, allerdings ist es augenscheinlich, dass viele Stellungnahmen in Bezug zur Kopftuchdebatte von Richtern, Politikern und nicht zuletzt Lesern aus der Mehrheitsgesellschaft stammen. In den Standpunkten sind Äußerungen enthalten, die Mutmaßungen anstellen, wie sich diese muslimische Minderheit nun fühlen müsste. Selten werden Vertreter der Minderheit selbst gefragt, aber einige Wortmeldungen wurden dennoch abgedruckt.

In der Taz kommen verschiedene Vertreter aus der muslimischen Minderheit zu Wort. Anderen Kopftuchträgerinnen wird ebenfalls die Möglichkeit zur Äußerung gegeben. In dem Artikel „Ohne Kopftuch fühle ich mich nackt“ darf die Lehrerin Ludin in einem einseitigen Interview ihre Meinung zum Kopftuch vertreten.⁹⁷⁹ Sie wird sehr offen und kritisch nach ihren Argumenten gefragt und antwortet auf die Frage nach der religiösen Symbolik eines Kopftuches mit einem strikten „Nein“. Es mache sie ausschließlich sichtbar und

⁹⁷⁴ Taz vom 04.07.2003: „F. Ludin versus A. Schwarzer“, S. 8.

⁹⁷⁵ Taz vom 04.07.2003: S. 8.

⁹⁷⁶ Taz vom 01.10.2003: S. 7.

⁹⁷⁷ FAZ vom 02.10.2003: Kopftuch-Streit in Stuttgart, S. 4 / FAZ vom 11.10.2003: Kultusminister uneins über das Kopftuch. Sieben Länder für Verbot im Unterricht, S. 4.

⁹⁷⁸ Vgl. FAZ vom 05.10.2003: Ins Vorderhaus. Berlin verbietet das Kopftuch in Schulen und genehmigt neue Moscheen, S. 6.

⁹⁷⁹ Taz vom 22.09.2003: S. 5.

„ein Kopftuch beeinflusst ein Kind doch nicht! Die muslimischen Kinder, die von Christen erzogen wurden, sind doch auch nicht Christen geworden.“⁹⁸⁰

Deshalb finde sie die Diskussion lächerlich und wolle sich auch nicht zum politischen Islam bekennen, beziehungsweise in dessen Ecke gedrängt werden.

Die Taz merkt kritisch an, dass sich Frau Ludin durch ihre Lehrtätigkeit an einer islamischen Grundschule „in die Nähe von Islamisten gebracht“ hat und dass „sie von deren Nähe zu Milli Görüs nichts wisse, kann man ihr nicht mehr abnehmen.“⁹⁸¹

Auf der anderen Seite habe sie in Deutschland durch das Karlsruher Urteil kaum Möglichkeiten an anderen Schulen zu lehren. Die Taz versucht in diesem Fall eine Gratwanderung, kritisiert aber die mangelnde Ehrlichkeit der Lehrerin. An mehreren Stellen wird beanstandet, dass Frau Ludin Mitglied im Vorstand der Muslimischen Jugend Deutschland (MJG) war, die nicht mehr vom Staat unterstützt und gefördert werde, da die Vereinigung mit Milli Görüs in Verbindung gebracht wurde. Durch den Artikel „Frau Ludin und die Mudschaheddin“ wird sie per Aufmacher mit dem Islamismus in Verbindung gebracht.⁹⁸²

In der gleichen Ausgabe der Zeitung wird in Frage gestellt, ob es Zufall war, dass sie sich im Jahr 1999 aus dem Vorstand der MJG zurückzog, als sie mit ihrer Klage vor das Verwaltungsgericht zog. Die Tatsache, dass sie die islamistische Vereinigung Milli Görüs als Trägerverein ihres Arbeitgebers leugnet und zusätzlich Mitglied einer Vereinigung war, die sich „als Mudschaheddin, Kämpfer des Heiligen Krieges, bezeichnen“, spräche nicht für Ludin. „Das alles macht sie als Person nicht glaubwürdiger - obwohl es mit der Diskussion über Kopftücher an Schulen nicht viel zu tun hat.“⁹⁸³

Durch diese Artikel entsteht beim Leser der Eindruck der Unaufrichtigkeit der Lehrerin. Es erscheint nicht mehr sicher, ob sie wirklich integrative Absichten verfolgt. Diese Beispiele wirken eher vorurteilsfördernd und bieten keine Hilfe zum Abbau von Fremdheit. Weiter kommen Vertreter aus der muslimischen Minderheit zu Wort. Meistens kritisieren sie aber die Kopftuchträgerinnen und meinen wie Samir Khalil (Direktor des Beiruter Zentrums für arabisch-christliche Studien):

⁹⁸⁰ Taz vom 22.09.2003: „Ohne Kopftuch fühle ich mich nackt“, S. 5.

⁹⁸¹ Taz vom 04.07.2003: S. 8.

⁹⁸² Taz vom 08.11.2003: „Frau Ludin und die Mudschaheddin“, S. 10.

⁹⁸³ Taz vom 08.11.2003: „Die Strategie der zwei Türen“, S. 15.

„Echter Glaube braucht keine sichtbaren Zeichen“. Und etwas später im Interview: „Immer mehr deutsche Musliminnen tragen es, was Deutsche ärgert oder sogar ängstigt, doch sie thematisieren es nicht direkt und sachlich.“⁹⁸⁴

Das Attribut Fremdheit wird in den Artikeln an der Stelle verkörpert, beziehungsweise transportiert, an der den Befürwortern des Kopftuchverbotes, seien es Politiker oder in diesem Fall Feministinnen, Raum für Stellungnahmen zu den Gerichtsurteilen eingeräumt wird. Relativierend wirken an dieser Stelle häufig die im gleichen Artikel vorkommenden Gegendarstellungen anderer politischer Vertreter. Die Politikerin Annette Schavan muss allerdings als strikte Gegnerin des Kopftuches genannt werden, da sie in jeder Zeitung und zu jedem Urteil mit ihrer ablehnenden Meinung zitiert wird. Das Attribut wird, wie in der SZ, allein durch die Thematik Kopftuch verbreitet. Es lässt sich vermuten, dass sich sowohl Zuwanderer, als auch zum muslimischen Glauben Konvertierte ohne Migrationshintergrund durch diese Darstellung in Deutschland unerwünscht fühlen. Die berühmteste Kopftuchträgerin, die Lehrerin Fereshta Ludin wird in den untersuchten Zeitungen mehrfach zitiert und interviewt.⁹⁸⁵ Zwar ließ das BVerfG Ende 2003 das Kopftuch an Schulen zunächst zu, allerdings unter Vorbehalt möglicher Verbote, „wenn sie auf ein ausdrückliches Gesetz gestützt werden.“⁹⁸⁶ Die FAZ bemängelt Ende des Jahres die fehlende Konsequenz in den Handlungen der Länder:

„Wer das Kopftuch in der Schule verbieten will, muß [sic!] das Kopftuch in der Schule verbieten. Die bayrische Staatsregierung traut sich jedoch nicht, ein solches gesetzliches Verbot in die Wege zu leiten.“⁹⁸⁷

Die ablehnenden Haltungen der Leser zum Kopftuch überwiegen. Festzuhalten bleibt, dass auch die Taz versucht Fremdheit abzubauen, in dem sie zahlreiche Interviews mit Muslimen abdruckt und das Bundesverfassungsgericht als „Kasperletheater“ tituliert.⁹⁸⁸

8.4.2.3 Das Jahr 2004 – Die Hauptdebatte

Nach den Änderungen in den Ländergesetzgebungen, allen voran durch Baden-Württemberg, und der Bestätigung des ersten Gesetzes durch das Bundesverwaltungsgericht Leipzig Mitte 2004, ver-

⁹⁸⁴ Taz vom 30.06.2003: „Spielwiese für Islamisten“, S. 14.

⁹⁸⁵ SZ vom 25.09.2003: „Ich müsste mich sehr schämen“, S. 2.

⁹⁸⁶ Taz vom 25.09.2003: „Kein Verbot ohne Gesetz“, S. 3.

⁹⁸⁷ FAZ vom 10.12.2003: Kopftuch, S. 10.

⁹⁸⁸ Taz vom 04.06.2003: „Wie im Kasperletheater“, S. 7.

stärkt sich der politische Druck auf Kopftuchträgerinnen: „Hoherfreut zeigten sich gestern diejenigen Politiker, die Lehrerinnen in der Schule nur ohne Kopftuch sehen wollten.“⁹⁸⁹

Frau Schavan sagte gegenüber der Taz: „Das Urteil sei ein gutes Signal an die Schulen.“⁹⁹⁰ Im gleichen Artikel bezeichnet der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland das Gesetz als „diskriminierend“ und die Ausländerbeauftragte befürchtet: „Am Ende werden nur Muslime mit Kopftuch ausgegrenzt.“⁹⁹¹ Ob diese muslimischen Vertreter des Kopftuches in der Mehrzahl sind oder viele muslimische Mitbürger die richterliche Entscheidung begrüßen, lässt sich in dieser Arbeit nicht beantworten. Plausibel erscheint es, an dieser Stelle ein Fremdheitsgefühl zu konstatieren. Immer mehr muslimische Frauen tragen laut eigener Aussage freiwillig das Kopftuch. Sie müssen sich fragen, warum ihr religiöses Bekenntnis als bedrohlich eingestuft wird und ihnen die Möglichkeit verwehrt wird, die Arbeit zu verrichten, für die sie ausgebildet worden sind.

Die FAZ gibt ebenfalls Ende Juni das Gerichtsurteil zum Schulgesetz in Baden-Württemberg wieder. „Das Landesgesetz, so entschieden die Leipziger Richter, biete eine ausreichende Rechtsgrundlage, um der Klägerin Fereshta Ludin die Einstellung als Beamtin zu versagen.“⁹⁹² Annette Schavan äußert sich in der FAZ ebenfalls positiv zum Kopftuchurteil. Die Grünen kritisieren das Urteil: „Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen Bundestagsfraktion, Beck, sagte, selbst eine Diskriminierung des Islams in seiner konservativen Form dürfe es nicht geben.“⁹⁹³

Als schließlich Baden-Württemberg das Kopftuch an Schulen verbietet, sagt Frau Schavan gegenüber der SZ: „Das Kopftuch hat anhand seiner Mehrdeutigkeit keinen Platz an Schulen.“⁹⁹⁴ Immer wieder werden ihre drei Hauptargumente wiedergegeben, die sich im folgenden Zitat widerspiegeln: „Das Kopftuch sei nicht nur ein religiöses, sondern auch ein politisches Symbol, es sei ein Symbol der Unterdrückung der Frauen und für den islamischen Fundamentalismus.“⁹⁹⁵

Es sind gleichfalls Vorurteile und stereotype Betrachtungsweisen in den Länderdebatten und richterlichen Urteilen vorhanden. Das Kopftuch wurde zum Beispiel bei der Verabschiedung des „umfas-

⁹⁸⁹ Taz vom 26.06.2004: „Gericht will Ludin oben ohne“, S. 1.

⁹⁹⁰ Taz vom 26.06.2004: S. 1.

⁹⁹¹ Taz vom 26.06.2004: S. 1.

⁹⁹² FAZ vom 25.06.2004: Kopftuchverbot bestätigt, S. 1.

⁹⁹³ FAZ vom 26.06.2003: Schavan: Ein wichtiges Signal. Baden-Württemberg begrüßt Leipziger Kopftuch-Urteil, S. 2.

⁹⁹⁴ SZ vom 02.04.2004: S. 7.

⁹⁹⁵ SZ vom 02.04.2004: S. 7.

sendsten Kopftuchverbotes“ von CDU-Politiker Jung als ein „aggressives Symbol“, das „für Unfreiheit“ stehe, bezeichnet.⁹⁹⁶

In den weiteren Kommentaren von Kopftuchträgerinnen wird immer wieder der gleiche Personenkreis zitiert. So darf sich zum Beispiel die türkische Kämpferin gegen das Kopftuch Seyran Ates in einem Profil äußern:

„Das Kopftuch ist kein Symbol, das besondere Gläubigkeit oder Gottgefälligkeit zeigt, sondern es dient der Unterwerfung der Frau unter den Mann.“⁹⁹⁷

Frau Ates ist eine der populärsten Kritikerinnen des Kopftuches und durfte bereits als Beraterin im Stuttgarter Landtag gegen das Tragen eines Kopftuchs Stellung beziehen. Sie wird in den Zeitungen oft als moderne feministische Kämpferin dargestellt, die gegen die vermeintlich veralteten türkischen Traditionen vorgeht.

Des Weiteren werden in der SZ vereinzelt Artikel abgedruckt, die über den Gemütszustand einer Muslimin in Deutschland berichten. Ob sie Fremdheit empfindet und wie das Leben sich generell für sie und ihre Familie in Deutschland darstellt. Dieser Bericht lässt den Leser mit dem Gefühl zurück, dass sich die türkischstämmige Deutsche nicht mehr wohl fühlt in diesem Land, da ihr keine Toleranz entgegengebracht wird und sie genötigt werde, ihr Kopftuch abzulegen.⁹⁹⁸

Als die „Muslimin Fereshta Ludin“ schließlich vor den BVerfG im Juni 2004 scheitert, zitiert die SZ eine zufriedene Kultusministerin Schavan: „Das Urteil schafft endlich Klarheit für die Schulen.“ Sie fühle sich bestätigt, „dass es sich beim Kopftuch nicht ausschließlich um ein religiöses Symbol handele, sondern das es auch für politischen Islamismus stehen könne.“⁹⁹⁹

Im gleichen Artikel ist jedoch weiter hinten eine Kritik des früheren Verwaltungsrichter Mahrholz zu finden, der das Urteil ablehnt: „Ein generelles Kopftuchverbot sei mit der Religionsfreiheit nicht vereinbar.“¹⁰⁰⁰ Die SZ bemüht sich also in ihrer Darstellung im Regelfall um Objektivität und gibt die Meinungen aus beiden politischen Lagern wieder. Der Streit um das Kopftuch ging nach dem medialen Höhepunkt in der SZ in die nächste rechtliche Runde. Er ist bis 2008 noch nicht abgeschlossen und in der medialen Verbreitung nicht an Aktualität verloren.

⁹⁹⁶ Taz vom 07.10.2004: „Hessens Beamte ohne Kopftuch“, S. 7.

⁹⁹⁷ SZ vom 28.10.2004: „Seyran Ates Türkische Kämpferin gegen das Kopftuch“, S. 4.

⁹⁹⁸ SZ vom 02.12.2004: „Die Freiheit und die Fremdheit“, S. 3.

⁹⁹⁹ SZ vom 26.06.2004: Annette Schavan begrüßt das Kopftuch-Urteil“, S. 7.

¹⁰⁰⁰ SZ vom 26.06.2004: S. 7.

Die FAZ veröffentlicht über das Jahr 2004 hinweg mehrere Artikel zum Thema Kopftuch. Vor allem die CDU wird als Befürworter von gesetzlichen Kopftuchverboten des Öfteren zitiert. „Mit der Kopftuchdebatte entscheide sich, ob die Politik bereit sei, die demokratische Gesellschaftsordnung zu verteidigen“, wird der CDU-Vorsitzende Böhr zitiert.¹⁰⁰¹ Wiederum werden die christlichen Werte als deutsche Tradition benannt. Das Kopftuch gilt in diesem Zusammenhang als Symbol der Unterwanderung dieser Werte.¹⁰⁰² Die Diskussion reicht im Jahr 2004 sogar so weit, dass einer Zuhörerinnen im Gerichtssaal das Tragen eines Kopftuches richterlich verboten wird und sie des Saales verwiesen wird.¹⁰⁰³ Allerdings versucht die FAZ auch Schranken abzubauen. Ähnlich wie die Taz und die SZ veröffentlicht sie Artikel von muslimischen Frauen, die ihre Meinung vertreten. In einem Artikel wird eine türkische Hutmacherin vorgestellt, die ein Kopftuch kreieren will, das keinen Anstoß erregt. Diese Hutmacherin versteht die Aufregung über dieses Symbol nicht, dass sie schon seit ihrer Kindheit trägt und möchte dazu beitragen Fremdheit abzubauen.¹⁰⁰⁴

Die politischen Stellungnahmen verstärken aber den Eindruck einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Symbol Kopftuch, obwohl die Zeitung Taz auf ihrer Meinungsseite das richterliche Urteil kritisiert. Unter der Überschrift „Kopftuchkonflikte zum Selberbasteln“ wird eine ablehnende Position bezogen und gesagt, dass „der religiösen Diskriminierung Tür und Tor“ geöffnet wurde.¹⁰⁰⁵

In der SZ werden Vorurteile von einigen Politikern abgedruckt. Der „Kopftuchträgerin an sich“ wird, vor allem von der baden-württembergischen Kultusministerin Schavan, vorgeworfen, zu missionieren und sich zum politischen Islamismus zu bekennen. Baden-Württemberg ist nach der langen rechtlichen Debatte schließlich auch das Land, das bereit ist,

„alle politischen, religiösen und weltanschaulichen Bekundungen zu untersagen, welche die Neutralität der Schule oder den Schulfrieden gefährden können. Die Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen, wie das Tragen einer Nonnenhabit bleibt aber erlaubt.“¹⁰⁰⁶

Dieses eine Zitat umfasst wieder alle politischen Vorurteile über das Kopftuch. Es wird politisch und gleichzeitig medial als ein politisches, religiöses und weltanschauliches Symbol angesehen, dass allein durch die Anwesenheit, die Gesellschaft, in diesem Fall die Schüler- und Lehrerschaft,

¹⁰⁰¹ FAZ vom 11.03.2004: Böhr: Kopftuch mit Verfassung nicht vereinbar, S. 4.

¹⁰⁰² Vgl. FAZ vom 14.03.2004: Ehrenwert aber zu spät. Das Kopftuch-Dilemma: Die christliche Tradition wird nicht mehr gefühlt, S. 4.

¹⁰⁰³ FAZ vom 24.03.2004: Streit über Kopftuch im Gerichtssaal, S. 4.

¹⁰⁰⁴ Vgl. FAZ vom 15.07.2004: Der Umweg über die Hutmacherin. In Berlin ist eine Türkin auf der Suche nach einem Kopftuch, mit dem alle leben können, S. 7.

¹⁰⁰⁵ Taz vom 26.06.2004: „Kopftuchkonflikte zum Selberbasteln“, S. 11.

¹⁰⁰⁶ SZ vom 02.04.2004: „Baden-Württemberg verbietet Kopftuch an Schulen“, S. 7.

bedroht. Die Äußerungen über die Unterdrückung der Frau, vornehmlich von Alice Schwarzer und Annette Schavan, komplettieren das Bild. Interessanterweise werden dem Kopftuch, als fremdem Symbol, alle diese Attribute zugesprochen, jedoch nicht der Nonnentracht, da diese christliche und abendländische Bildungs- und Kulturwerte widerspiegeln würde.

Im Jahr 2005 wird der Konflikt um das Kopftuch nicht wieder aufgegriffen und erst in der Debatte über den Integrationsgipfel wieder medial thematisiert.

Abschließend ist jedoch zu sagen, dass die hauptsächlich einseitige Berichterstattung über die Entscheidungen der Gerichte und die Äußerungen von Politikern sowie Experten zu diesem Thema in der Taz überwiegen. Den Vertretern der Minderheiten wird aber ein gewisser Raum zugestanden.

8.4.2.4 Die Kopftuchdebatte im Jahr 2006

Die Berichterstattung über das Thema Kopftuch wirkt in den drei anderen Zeitungen neutraler als die der Bild-Zeitung. So bezieht nach dem ersten Integrationsgipfel im Juli 2006 nicht eine Vertreterin „zum Islam und zur Offenheit der Religion in Deutschland“ Stellung, sondern ein Ex-Verfassungsrichter aus Karlsruhe. Dieser wird zwar mit den Worten: „Das Kopftuch ist ein Stück Integration“ und „eine Gleichbehandlung aller Glaubensrichtungen ist unerlässlich“ zitiert. Es stellt sich aber die Frage, warum nicht eine muslimische Vertreterin nach ihrer Meinung gefragt wurde.¹⁰⁰⁷ Die Nachrichten sind trotz der Beispiele in Bezug auf die reine Vielfalt der Interviewpartner relativ einseitig, da hauptsächlich Politiker zu Wort kommen. Die SZ versucht jedoch nicht durch eine einseitige politische Darstellung die Ansichten der Leserschaft in eine bestimmte Richtung zu manövrieren, sondern begrüßt die freie Meinungsbildung. Die FAZ stellt die Frage nach der Gleichheit in Deutschland. Warum dürften beispielsweise Ordensschwwestern in Schulen ein Tuch tragen und die Lehrerin Ludin nicht. Vor allem das Beamtentum wird als Unterschied hervorgehoben:

„Der Unterschied zwischen Nonnen und Beamten im Unterricht wird künftig noch wichtiger werden, da einzelne Länder überlegen, wie sie islamische Lehrer und Imane an ihre Schulen holen könnten.“¹⁰⁰⁸

¹⁰⁰⁷ SZ vom 17.07.2006: „Nach dem Integrationsgipfel“, S. 6.

¹⁰⁰⁸ FAZ vom 8.07.2006a: Ungleich, S. 1.

Hintergrund ist, dass wiederum eine Lehrerin in Stuttgart vor dem Verwaltungsgericht geklagt und Recht bekommen hatte. Das Gericht entschied, dass eine Anweisung, das Kopftuch abzunehmen, gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen hat.¹⁰⁰⁹

In mehreren Artikeln Ende des Jahres 2006 zeigte sich, dass sich die Muslime und muslimischen Verbände in Deutschland diskriminiert und unverstanden fühlen. Die Grünen-Abgeordnete Erkin Deligöz „hatte die muslimischen Frauen dazu aufgerufen, das Kopftuch abzunehmen“.¹⁰¹⁰ Sie äußerte sich weiter gegenüber der Zeitung:

„Kommt im Heute an, kommt in Deutschland an“, rief sie ihren Mitbürgern zu. Schließlich sei das Kopftuch, „ein Zeichen der Unterdrückung.“ „Seitdem läuft ihr Postfach von wüsten Beschimpfungen über.“¹⁰¹¹

Diese freie Meinungsäußerung wurde von türkischen Zeitungen mit einer Hasstirade beantwortet, in der die Abgeordnete laut SZ unter anderem als „Nazi“ und „deutsche Ayaan Hirsi Ali“ beschimpft wurde. Allerdings wurde der Streit, laut der Grünen-Politikerin, kurze Zeit später beigelegt, da alle fünf muslimischen Verbände nun die Meinungsfreiheit nicht mehr zur Disposition stellen wollten. Ob diese kurze Debatte das Verständnis zwischen Politik und Minderheit gefördert hat, kann an dieser Stelle bezweifelt werden. Die Wahrnehmung der türkischen Verbände dürfte in der Gesellschaft durch diese Diskussion ebenfalls nicht positiv gewesen sein.

Als ein Stuttgarter Gericht im Jahr 2006 das besagte Urteil zugunsten einer Lehrerin fällt, weil diese ihr Tuch lose trägt, äußert sich Kultusministerin Schavan „verwundert“ über das Urteil. Das Kopftuch sei „ein Symbol für die Unterdrückung der Frau“ und „somit nicht vereinbar mit dem Grundgesetz“.¹⁰¹² Frau Schavan wollte die Lehrerin, die seit zehn Jahren in Baden-Württemberg unterrichtet nun, „per Landesschulgesetz zwingen, ohne Kopftuch zu unterrichten.“¹⁰¹³

Diese Diskussion zeigt, dass die stereotypen Betrachtungen des Kopftuches in den Artikeln im Jahr 2006 vorkommen, da die politische Auseinandersetzung nicht abgeschlossen ist. Es wird nach wie vor der politische Stereotyp vertreten, dass ein Kopftuch „Bekenntnis einer bestimmten Weltanschauung und Lebensweise sei.“¹⁰¹⁴ Die Taz versucht die Debatte neutral darzustellen und beide

¹⁰⁰⁹ FAZ vom 8.07.2006b: Lehrerin darf Kopftuch im Unterricht tragen. Verwaltungsgericht gibt muslimischer Pädagogin recht / Land erwägt Klage auf Berufung, S. 1.

¹⁰¹⁰ SZ vom 02.11.2006: „Entspannung im Kopftuchstreit“, S. 5.

¹⁰¹¹ SZ vom 27.10.2006: „Ekin Deligös Kopftuch-Gegnerin unter Personenschutz“, S. 4.

¹⁰¹² Taz vom 10.07.2006: „Kopftuch erzürnt Ministerin“, S. 7.

¹⁰¹³ Taz vom 10.07.2006: S. 7.

¹⁰¹⁴ Taz vom 10.07.2006: S. 7.

Seiten zu Wort kommen lässt, muss die Diskussion über die Jahre bei den betroffenen Minderheiten im Gedächtnis geblieben sein.

Insgesamt überwiegen die rein deskriptiven Berichte über die Gerichtsentscheidungen und ablehnenden Haltungen von Politikern, Experten sowie Prominenten. Hinzu kommen die Gruppenzuschreibungen mittels der Kopftuchdebatte.

In der SZ sind Gruppenzuschreibungen durchaus zu finden. Zum einen werden die religiösen Verbände stellvertretend für alle Muslime Deutschlands genannt: „Muslimverbände akzeptieren Meinungsfreiheit“¹⁰¹⁵, zum anderen wird im Zuge des Kopftuches klar über „den Platz des Islam und der 3,5 Millionen Muslime in Deutschland“ gestritten.¹⁰¹⁶ In der FAZ werden alle Muslime in Deutschland pauschal angesprochen und vor zu viel Toleranz gegenüber ihnen gewarnt.¹⁰¹⁷

Die Türkei werde bei Gegnern als „780.576 Quadratkilometer großes Kopftuch“ verstanden, „obwohl der türkische Staat beim Thema Kopftuch restriktiver ist als in Deutschland die CDU/CSU.“¹⁰¹⁸ An diesem Artikel zeigt sich zum einen, dass „die Türken“ als kopftuchtragende Gruppe klassifiziert werden und zum anderen dass die politischen Gegner wenig über die Türkei als laizistisches Land wissen. Es wird aber noch eine Gruppe herausgestellt: die der unterdrückten kopftuchtragenden Frau. Es wird nicht akzeptiert, dass viele Muslima sagen, sie würden sich mit einem Kopftuch nicht unterdrückt fühlen, sondern emanzipiert.¹⁰¹⁹ Die Mitglieder dieser weiblichen Minderheit werden politisch als die Gruppe ausgemacht, die es zu retten gilt.

Genau wie in den anderen beiden Zeitungen gibt es in der Taz die politische pauschalisierende Benennung der Muslima, die mit dem Kopftuch eine Weltanschauung verbreiten will. Es wird also ein gewisser Generalverdacht geäußert, der den Muslimen, in diesem Fall den Lehrerinnen, die Verbreitung eines politischen Islams vorwirft. Andere nationale Zuordnungen werden selten getroffen, obwohl die türkischen Zuwanderer oft in einem Atemzug genannt werden. Einige Vertreter der Minderheit der Muslime dürfen sich zumindest zu den pauschalen Gruppenzuordnungen, beispielsweise

¹⁰¹⁵ SZ vom 02.11.2006: „Entspannung im Kopftuchstreit“, S. 5.

¹⁰¹⁶ SZ vom 03.05.2007: „Der Streit ist der Weg“, S. 5.

¹⁰¹⁷ FAZ vom 24.03.2007: Wulff warnt vor zu viel Toleranz für Muslime, S. 2.

¹⁰¹⁸ SZ vom 15.05.2004: „Ein 780 576 Quadratkilometer großes Kopftuch“, S. 13.

¹⁰¹⁹ SZ vom 22.03.1999: „Ich fühle mich durch das Kopftuch emanzipiert“, S. 10.

zum politischen Islam, äußern und von diesem distanzieren.¹⁰²⁰ Allerdings wird in keiner der untersuchten Zeitungen eine alte Zuschreibung wie beispielsweise Gastarbeiter verwendet.¹⁰²¹

Diese Debatte über das Kopftuch ist aktuell und wurde zeitgleich in vielen Ländern Europas diskutiert. Die Diskussion über den praktizierten öffentlichen Islam ist neueren Datums und stellt eine Art Generalverdacht der Muslime her. In welche politische Richtung sich diese Diskussion entwickelt und ob sich neue Zuschreibungen in der Zukunft halten werden, bleibt abzuwarten. Das Kopftuch wurde zumindest zum Symbol des politisch motivierten Islams und die Trägerin grenzt sich durch das Tragen nach dem mehrheitlichen politischen Verständnis selbst aus. Das Kopftuch symbolisiert das eigentlich Fremde und die in der Mehrheitsgesellschaft existenten Ängste werden durch politische Äußerungen in den Medien verstärkt und auf das Kopftuch übertragen.¹⁰²²

Die dargestellte verfahrenere Situation, beziehungsweise Diskrepanz zwischen den politisch geforderten Rechten und den Urteilen, die aus Gründen der Gleichbehandlung nicht nur das Kopftuch an Schulen verhindern können, erzeugen beim Leser eine gewisse Ohnmacht. Des Weiteren wird nicht unbedingt Fremdheit abgebaut, da politisch und rechtlich keine eindeutige Meinung vertreten wird. Medial werden einigen Vertretern der angesprochenen Minderheit die Möglichkeit der Teilhabe und ein gewisse Raum zur Äußerung eingeräumt. Die Darstellung in der SZ, Taz und FAZ ist durchaus kritisch gegenüber den politischen Äußerungen.

8.4.2.5 Der Kopftuchdiskurs im Jahr 2007

Das Kopftuch als Symbol wurde im Jahr 2007 abermals diskutiert. Insgesamt wird dieses Symbol in den Jahren inhaltlich unverändert behandelt. Viele Gerichtsurteile wurden bestätigt, so dass die Diskussion immer wieder Eingang in die Berichterstattung der untersuchten Zeitungen fand.

Bereits am Jahresanfang wurde das Bayrische Kopftuchgesetz als das liberalste Landesgesetz zum Kopftuch kommentiert. Prinzipiell ist dort jegliche religiöse Kleidung in den Schulen erlaubt und die Neutralitätspflicht wird nicht auf die Lehrer übertragen.¹⁰²³

Das Verbot des Kopftuches bleibt für die Lehrerinnen, aber Alternativen wurden nicht ausgeschlossen. Ein Kopftuch war für die Richter ein Kleidungsstück, das als Ausdruck einer Gesinnung ver-

¹⁰²⁰ Auf eine Belegung der Annahmen wurde verzichtet, da die pauschalisierende Benennung der Gruppe in den vorherigen Punkten bereits herausgestellt wurde. Des Weiteren ist die Darstellung nahezu identisch mit der Süddeutschen Zeitung.

¹⁰²¹ Die fünfte Frage nach den alten Zuschreibungen wird in diesem Fall Zeitungen übergreifend beantwortet, da in keiner Zeitung alte Zuschreibungen gefunden wurden.

¹⁰²² Siehe oben: vorangegangene Punkte.

¹⁰²³ Taz vom 16.01.2007: Offen für den religiösen Pluralismus, S. 12.

standen werden kann, dass „mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten und Bildungszielen der Verfassung einschlich den christlich-abendländischen Grundwerten nicht vereinbar ist.“¹⁰²⁴ Es geht dem Gericht nicht um die Unterstellung einer fundamentalistischen Grundhaltung, sondern um die religiöse Zurückhaltung im Klassenzimmer: „Ob auf dieser Grundlage Kopftuchverbote erlassen werden können, müsste nun in einem konkreten Fall entschieden werden. Ein solcher Fall existiert bisher in Bayern aber gar nicht.“¹⁰²⁵

Gerade eine Lehrerin distanziert sich nach dieser Auslegung ja von der diskriminierenden Symbolhaftigkeit eines Kopftuches: „Sie hat studiert, einen akademischen Beruf ergriffen und steht mitten im Leben.“¹⁰²⁶

Interessant ist, dass es generell in Deutschland nur wenige dieser Fälle gibt, in denen eine Lehrerin überhaupt mit einem Kopftuch unterrichten möchte. Es ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme obwohl die mediale Berichterstattung das Gegenteil suggeriert. Gerade dieser Diskurs schafft über die Jahre Fremdheit, da viele junge Eltern sich von einer Kopftuch tragenden Lehrerin gefährdet sehen, beziehungsweise ihr Kind. Dies zeigen nicht zuletzt die vielen Leserbriefe in den einzelnen Zeitungen.

In Bayern betraf dies eine Lehrerin, „die in der Schule absprachemäßig Hut statt Kopftuch trägt. Im Unterricht nehme sie aber den Hut ab.“¹⁰²⁷

Gerade im Bundesland NRW wurde das Thema oft vor Gericht thematisiert. Der Lehrerin Brigitte Maryam Weiß wurde eine „Routine im Kopftuch-Konflikt“ attestiert, obwohl ihr das Tragen des Kopftuches im Unterricht neben 26 anderen Lehrerinnen im Jahr 2006 endgültig verboten wurde.¹⁰²⁸ Die Lehrerin kämpfte weiter und verstand die Aufforderung nicht ihre Gründe für das Tragen aufdecken zu müssen, da es laut ihrer Meinung auf die Beweggründe bisher nicht angekommen ist. Auch das Tragen von Mützen wurde den Lehrerinnen in NRW verboten:

„Zwar haben Sie das Kopftuch abgelegt. Tatsächlich aber tragen Sie eine kopftuchähnliche Kopftuchbedeckung aus anderem Material. Zurzeit verwenden Sie eine die Haare vollständig bedeckende Wollmütze, heißt es in der Abmahnung einer der Betroffenen.“¹⁰²⁹

Die mediale Debatte nahm nicht nur für die betroffenen Lehrerinnen obskure Ausmaße an, die auf diese Frage, ob sie die Mütze aus religiöser Überzeugung trug, nicht geantwortet hat.¹⁰³⁰

¹⁰²⁴ Taz vom 16.01.2007: Muslimische Lehrerin muss weiter Hut tragen, S. 7.

¹⁰²⁵ Taz vom 16.01.2007: S. 7.

¹⁰²⁶ Taz vom 16.01.2007: S. 12.

¹⁰²⁷ Taz vom 16.01.2007: S. 7.

¹⁰²⁸ Taz vom 18.01.2007: Der Mützenstreit im Klassenzimmer, S. 6.

¹⁰²⁹ Taz vom 18.01.2007: S. 6.

Neben den Kopftuchurteilen gab es auch immer wieder Diskussionen über den Koran und die Erlaubnis Gewalt auszuüben. Exemplarisch wird der Titel der Taz vom 22.3.2007 genommen, der mit einem Auszug aus der Sure 4, Vers 34 auf Arabisch die erste Seite ausfüllt: „Wenn Ihr fürchtet, dass irgendwelche Frauen sich auflehnen, dann ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie!“¹⁰³¹ Hintergrund bildete die fragwürdige Entscheidung einer Frankfurter Richterin, die einer Frau mit dieser Koranstelle die beschleunigte Scheidung verneinte. Sie wurde daraufhin von diesem Fall abgezogen. Die Taz nannte diese Entscheidung der Richterin absurd: „Und die einhellige Empörung über ihr Verhalten sendet ein deutliches Signal. Das Grundgesetz gilt für alle.“¹⁰³² Der Streitfall um die marokkanische Ehefrau, die von ihrem Ehemann bedroht und der Gewalt angedroht wurde, ist kein Einzelfall dieser Art. Viele Berichte, vor allem auch in der Bild-Zeitung, hatten diesen Hintergrund. Die tragischen Einzelfälle werden von Zeitungen als Sensationsgeschichten aufgemacht. Das zitierte Schicksal setzte allerdings einen traurigen Höhepunkt, da die Richterin als Urteilsbegründung den Koran heranzog und dem Ehemann zunächst Recht aussprach. „Wir argumentieren bei einer Scheidung unter Christen ja auch nicht mit der Bibel“, wurde eine Anwältin zu dem Urteil zitiert und die Richterin schließlich des Falles enthoben.¹⁰³³

Der Ministerpräsident Wulff (CDU) warnte allerdings vor zu viel Geduld gegenüber den Muslimen, wenn es um den Bereich Gewalt in der Ehe und den Richterspruch ging: „Wer nach solchen Regeln leben will, ist in Deutschland fehl am Platz. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich solche menschenunwürdigen Ansichten durchsetzen.“¹⁰³⁴

Der kritische Teilnehmer der DIK Feridan Zaimoglu wollte seinen Platz einer Kopftuchträgerin zur Verfügung stellen, da er meinte dass diesen zu wenig Aufmerksamkeit zu Teil würde und das westliche Weltbild sich ändern müsste:

„Aber wenn sich eine fromme Muslimin bei mir meldet, über die sich alle Parteien die Münder zerreißen, dann räume ich sofort meinen Platz. Sie hat ein größeres Recht, an der Konferenz teilzunehmen als ich.“¹⁰³⁵

Die SZ berichtete ebenfalls über die Äußerungen von Zaimoglu auf und zitierte seine Kritik an den Islamkritikerinnen Necla Kelek und der Anwältin Seyran Ates: „Sie greifen diese jungen, gläubigen

¹⁰³⁰ Taz vom 18.01.2007: S. 6.

¹⁰³¹ Taz vom 22.03.2007a: Im Namen des Volkes: Prügeln erlaubt, S. 1.

¹⁰³² Taz vom 22.03.2007b: Falsches Verständnis, S. 1.

¹⁰³³ Taz vom 22.03.2007: Zumutbare Härte, S. 3.

¹⁰³⁴ FAZ vom 24.03.2007: Wulff warnt vor zu viel Toleranz für Muslime, S. 2.

¹⁰³⁵ Taz vom 24.04.2007: „Mit Kopftuchträgerinnen redet keiner“, S. 7.

Frauen unermüdlich an.¹⁰³⁶ Gemeint sind die Musliminnen, die bewusst und gerne das Kopftuch tragen. Auch Kelek äußerte sich: „Ich kenne diese Frauen nicht. Aber wenn wir gemeinsam inhaltlich diskutierten – wunderbar. So eine Frau dient der Islamkonferenz mehr als Feridan Zamoglu.“¹⁰³⁷ Vor allem kritisierte sie das desinteressierte Verhalten des Autors während der ersten DIK. Insgesamt wurde wiederum sehr viel über die Adressaten aus einer elitären Schicht der Autoren und Wissenschaftlerinnen diskutiert und nicht so sehr mit ihnen. Dies ist der Ausrichtung der DIK geschuldet, in der im Vorfeld festgelegt ist, wer am Forum teilnehmen darf und wer ausgeschlossen ist.

Die Taz berichtete über ein Gerichtsurteil in Düsseldorf, nachdem „das Tragen eines Kopftuchs aus religiösen Gründen“ gegen das nordrheinwestfälische Schulgesetz verstoßen habe.¹⁰³⁸ Die Regelung für Lehrerinnen mit Kopftuch zu unterrichten wurde im Jahr 2007 wieder aufgehoben und das Gericht bestätigte das Gesetz, stellte aber fest, dass dieses Urteil für alle Religionsbekundungen gelten muss, was in NRW nicht der Fall war. Die CDU zeigte sich nicht zufrieden, da „das Kopftuch nicht nur ein religiöses, sondern auch ein politisches Signal sei.“¹⁰³⁹ Diese politische Aufladung des Kopftuches als Symbol findet sich in allen untersuchten Jahren und spricht nicht für eine Abmilderung dieses Diskurses Richtung mehr Verständnis.

Die Gerichtshöfe in NRW und Hessen wurden in der Debatte um das Kopftuch am häufigsten zitiert. Die Düsseldorfer Richter sprachen sich generell gegen das Kopftuch als Kleidungsstück aus, auch wenn es wie das von Grace Kelly modisch gewickelt wird. Die Richter sahen dennoch eine religiöse Gesinnung im Tragen des Kopftuches: „Allein, dass die Klägerin das Kopftuch ständig trägt, zeigt, dass es ein Erkennungsmerkmal ihrer religiösen Gesinnung ist.“¹⁰⁴⁰

Das Gericht sprach sich auch gegen andere religiöse Trachten aus, etwa die Ordenstracht von Nonnen. Das Kopftuch als Problem-Accessoire für die Mehrheitsgesellschaft wird in der Taz ebenfalls thematisiert. Dem generellen Verdacht, dass Kopftuchträgerinnen nichts mit Emanzipation zu tun haben, wollten muslimische Frauen mit einem Aktionsbündnis entgegen wirken. Dieses Bündnis setzte sich gegen die Vorbehalte ein, die muslimische Frauen auf Zwangsheirat und Ehrenmord reduzierten. Allerdings stieß dieses Bündnis auf viele Kritikerinnen. „Sie erfüllen genau die Erwartungen der Männer in den ihren Vereinen. Wenn sie dort sagen würden, es gibt ein

¹⁰³⁶ SZ vom 27.04.2007: Einmal rein, einmal raus, S. 13.

¹⁰³⁷ SZ vom 27.04.2007: S. 13.

¹⁰³⁸ Taz vom 06.06.2007: Weder Kopftuch noch Kippa, S. 4.

¹⁰³⁹ Taz vom 06.06.2007: S. 4.

¹⁰⁴⁰ Taz vom 15.08.2007: Kein Grace-Kelly-Look im Klassenzimmer, S. 5.

Problem, würden Sie diskriminiert“, sagte die Autorin Fatma Bläser. Die Kontrolle als Faktor der Unterdrückung und die Gleichberechtigung in religiösen Fragen wurde stark gemacht bei der Veranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung.¹⁰⁴¹

Im August 2007 warfen sie der hessischen Regierung unter Ministerpräsidenten Koch sogar Diskriminierung vor. In anderen Bundesländern ist es Lehrerinnen verboten ein Kopftuch zu tragen, in Hessen hingegen auch Beamtinnen. Gegen das Gesetz wurde 2007 ein Normenkontrollverfahren eingeleitet, da „gezielt nur gegen das Tragen von islamischen Symbolen vorgegangen werde. Andere Religionen seien damit nicht gemeint.“¹⁰⁴² Damit wurde aber gegen die Gleichbehandlung, Glaubensfreiheit und die Freiheit der Berufswahl in Deutschland verstoßen. „Im Prinzip gehe es nur gegen das Kopftuch.“¹⁰⁴³ Die hessische Landesregierung beharrte jedoch auf dem Neutralitätsgebot und dem Bekenntnis zu „dem christlich-abendländischen Wertsystem.“¹⁰⁴⁴

Ein Ex-Richter sprach sich in der SZ für mehr Rücksicht gegenüber den Muslimen aus. Für ihn bedeutete ein Kopftuch einen Teil der Integration.

Auf die Frage hin, ob Kopftücher eine Abschottung im Unterricht fördern, bezieht der ehemalige Verfassungsrichter Mahrenholz eine klare Position:

„Nein, das fördert die Integration. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits klargestellt. Das Kopftuch ist auch während des Unterrichts grundrechtlich geschützt. Leider haben die Richter erklärt, wenn der Schulfrieden gestört sein könnte, darf das Kopftuch per Gesetz verboten werden. [...]Durch solche Verbote machen wir das Kopftuch zu einem Symbol einer muslimischen Identität statt zu einem Symbol der Integration.“¹⁰⁴⁵

Auch in der SZ wurde die Diskussion über das hessische Kopftuchverbot geführt.¹⁰⁴⁶ In den Artikeln wird sehr sachlich die Urteilsbegründung der Richter wieder gegeben, da in dem Gesetz das Wort Kopftuch vermieden wird, kann es für sämtliche religiösen Symbole gelten: „Dort wird das Kopftuch nicht eigens erwähnt, es ist allerdings von ‚Kleidungsstücken‘ und ‚Symbolen‘ die Rede.“¹⁰⁴⁷

Die Rubrik Lexikon behandelt ebenfalls das Kopftuch als Kleidungsstück welches untrennbar mit dem Islam verbunden wird und viele Vorbehalte, wie die Unterdrückung der Frauen, auslösen würde. Es wird eine Koranstelle zitiert, dass die Frauen ihren Schmuck nicht zeigen sollen: „Diese

¹⁰⁴¹ Taz vom 15.11.2007: Mit dem Koran für Frauenrechte kämpfen, S. 7.

¹⁰⁴² Taz vom 16.08.2007: Koch-Regierung wird Diskriminierung vorgeworfen, S. 6.

¹⁰⁴³ Taz vom 16.08.2007: S. 6.

¹⁰⁴⁴ Taz vom 16.08.2007: S. 6.

¹⁰⁴⁵ SZ vom 03.05.2006: „Kopftuch fördert Integration“, S. 5.

¹⁰⁴⁶ Vgl. SZ vom 11.12.2007: Kopftuch-Verbot in Hessen bleibt, S. 1 & Kopftuchverbot in Hessen ist rechtens, S. 5.

¹⁰⁴⁷ SZ vom 11.02.2007: S. 5.

politische Aufladung eines Textils ist sehr jung, denn bis in die siebziger Jahre hinein überwog der praktische Gesichtspunkt.¹⁰⁴⁸ Die SZ meint hier den Schutz vor Staub und Schmutz etwa bei den Bäuerinnen.

Das Land Hessen stand auch im Jahr 2007 für das von Roland Koch erlassene Kopftuchverbot ein. Das neue Gerichtsurteil gab den Behörden Spielraum bei der Auslegung, jedoch sahen viele Kritiker einen starken Eingriff in die Glaubensfreiheit. Diese Forderungen wurden auch im Hessischen Schulgesetz festgehalten:

„Hessische Beamte dürfen keine Kleidung oder sonstige Symbole tragen, die objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden zu beeinträchtigen.“¹⁰⁴⁹

Das Gericht ließ allerdings offen, ob das Kopftuch generell verboten werden müsste, denn im Lehrerzimmer konnte beispielsweise kein Einfluss ausgeübt werden. Es gab Streit über die Formulierung, dass die religiöse Kleidung „der christlich und humanistisch geprägten abendländischen Tradition des Landes Hessen angemessen Rechnung zu tragen ist.“¹⁰⁵⁰ Insgesamt war sich das Gericht nicht einig und Richter äußerten durchaus Protest zu der christlichen Gesinnung des Urteils und sahen eine Privilegierung in der Auslegung des Gerichtshofes.¹⁰⁵¹

Das Oberste Bundesgericht beharrte auf dem Kopftuchverbot für Beamte und argumentierte, das der hessische Beamte kein Individuum sondern ein staatlicher Funktionsträger ist.

Die SZ sah das hessische Gesetz als fragwürdig an: „Faktisch schließ das Urteil gläubige Musliminnen vom Staatsdienst aus, nur weil sie Kopftuch tragen.“¹⁰⁵² Für die SZ ging die Urteilsbegründung zu weit, denn Verfassungsfeindlichkeit ist nicht an einem Kopftuch fest zu machen, welches ebenso eine „bewusst getragenes Bekenntnis zur Religion“ sein konnte.¹⁰⁵³

Eine Leserstimme in der FAZ lobte die Auslegungen der Necla Kelek zum Thema „Freiheit, aber auch Respekt, Gehorsam und Toleranz.“¹⁰⁵⁴

¹⁰⁴⁸ SZ vom 11.12.2007: Kopftuch, S. 2.

¹⁰⁴⁹ Taz vom 11.12.2007: Roland Kochs Kopftuchverbot bleibt, S. 6.

¹⁰⁵⁰ Taz vom 11.12.2007: S. 6.

¹⁰⁵¹ Vgl. Taz vom 11.12.2007: S. 6.

¹⁰⁵² SZ vom 11.12.2007: Diffuses Unwohlsein, S. 4.

¹⁰⁵³ SZ vom 11.12.2007: S. 4.

¹⁰⁵⁴ FAZ vom 28.12.2007: Der Aufklärung eine Chance, S. 9.

Der Islam wurde von Kelek als nicht in das europäische Wertesystem integrierbar abgeurteilt und der Leser ging sogar noch einen Schritt weiter:

„Im Gegensatz zu Frau Kelek glaube ich nicht, dass der gläubige Muslim als Staatsbürger integrierbar ist. Er wird den stetigen Konflikt zwischen den Erfordernissen des Islam als Gesetzesreligion, die alle Lebensbereiche [sic!] regelt, und jenen einer Verfassung, wie beispielsweise unseres Grundgesetzes kaum ertragen können.“¹⁰⁵⁵

Der Leser sieht sich in seinen Ansichten dadurch bestätigt, dass die Islamverbände den Bekenntnissatz zum Werteverständnis der Islamkonferenz nicht unterschrieben haben.

Den Gerichten und auch den Landesregierungen, die sich gegen das Tragen eines Kopftuches aussprachen erhielten Unterstützung aus den Reihen der sogenannten Ex-Muslime, die neben einer kritischen Islamkonferenz, auch das generelle Kopftuchverbot an Schulen forderten. „Die Verschleierung von Mädchen ist eine Form von mentaler Kindesmisshandlung“, wurde die Vorsitzende des Zentralrats der Exmuslime (ZdE) zitiert.¹⁰⁵⁶ Viele Debatten wurden vermehrt um das Für und Wider eines Kopftuches geführt. Für die eine Seite stellte ein Kopftuch ein göltiges religiöses Symbol dar, für die Anderen ist es ein diskriminierendes unterdrückendes Zeichen der Rückständigkeit. Viele Bundesländer untermauerten im Jahr 2007 die zweite Sichtweise mit Gerichtsurteilen und Landesgesetzen, die vor allem den Schuldienst betrafen.

Die Artikel zum Kopftuchstreit in Deutschland und die richtige Kleidung im Unterricht nehmen im Jahr 2008 keinen großen Raum mehr ein in den untersuchten Printmedien ein. Das Kopftuch als Symbol der religiösen Fremdheit tauchte eher im Zusammenhang mit der Debatte um den Besuch Erdogans in Deutschland und die DIK im Jahr 2008 auf. Einige Artikel beschäftigten sich allerdings noch mit den kopftuchtragenden Lehrerinnen, beziehungsweise den anhängigen Gerichtsverfahren, ob und wie sie noch in Deutschland unterrichten dürfen.¹⁰⁵⁷ Starke Statements zum Kopftuch als religiöses Symbol der Unterdrückung der muslimischen Frauen sind im Jahr 2008 kaum zu finden. Die Diskussion über die Rolles des Kopftuchs in der Türkei, die an dieser Stelle aufgrund des Umfangs nicht behandelt wird, beinhaltet mehrere dieser Aussagen und fand somit auch Eingang in die deutschen Printmedien. Allerdings stellt die permanente Behandlung der Thematik über Jahre hinweg ein Problem dar. Das politische Zentrum kann nicht für mehr Nähe im Diskurs sorgen, so lange ein starkes Symbol, wie das Kopftuch zwischen den Adressaten in der Lebenswelt und der politischen Willensbildung steht. Das politische Zentrum hat über die untersuchten Jahre hin versäumt

¹⁰⁵⁵ FAZ vom 28.12.2007: S. 9.

¹⁰⁵⁶ Taz vom 27.11.2007: Kopftuchverbot für Kinder?, S. 1.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Taz vom 28.02.2008: Kopftuchverbot bestätigt, S. 6.

über einen stringenten Problemverarbeitungsmodus zu einer Lösung für die Thematik Kopftuch zu kommen. Stattdessen wiederholt sich der Diskurs fast in jedem Jahr. Sowohl die Gerichtsurteile, als auch die Verschärfungen der Landes- und Schulgesetze sorgen nicht für Nähe gegenüber den Adressaten im Diskurs. Die Foren DIK und Integrationsgipfel sind hierfür ebenfalls nur am Rande interessant, da sie von Eliten geführt werden, wie im Folgenden dargestellt werden wird. Insgesamt sind diese Foren aber ein interessanter und fortschrittlich gedachter Ansatz aus dem politischen Zentrum heraus.

8.5. Die Deutsche Islamkonferenz in den Jahren 2006-2009

Die DIK hatte zum Ziel den Kontakt zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den muslimischen Bevölkerungsgruppen herzustellen. Die von der CDU geführte Regierung deklarierte die DIK zum Forum des Kontakts und des Dialoges um mit den Muslimen in Deutschland zusammen eine Lösung für die von der Bundesregierung propagierten Integrationsprobleme aus religiösen Punkten zu finden. Der mediale Diskurs über dieses Forum erreicht eine neue politische Ebene in der Zuwanderungsdebatte. Vermehrt kommen Muslime in den untersuchten Medien zu Wort. Allerdings handelt es sich bei den Teilnehmern des Diskurses um Eliten, wie Leiter von Muslimverbänden oder islamkritische Autoren. Vielfach wird der Unionspolitiker Wolfgang Schäuble als Initiator der DIK interviewt und darf seine Sichtweise äußern. Insgesamt ist der Entwurf DIK ein richtiger Schritt, der aber aus verschiedenen Gründen ein Gefühl der Fremdheit über die Jahre hinterließ, wie dieser Überblick zeigen wird. Wiederholungen werden aufgrund der Lesbarkeit ausgespart. Die für die Stringenz und Nachvollziehbarkeit wichtigen Aspekte des Diskurses aber aufgeführt. Die verschiedenen Zeitungen berichteten an den gleichen Tagen und sehr kontinuierlich um die jeweilige DIK. Jedes Jahr wurde die DIK allerdings medial weniger rezipiert, da sie kaum nennenswerte Ergebnisse lieferte, sondern den politischen Streit über Zuwanderungskonzepte erneuerte. Des Weiteren nehmen die untersuchten Printmedien eine deutlich kritischere Stellung zum zuwanderungspolitischen Output des politischen Zentrums ein, als in den vergangenen Jahren und äußern teilweise aktiv Kritik an den Beiträgen der Bundesregierung.

8.5.1 Die DIK im Jahr 2006

Im Jahr 2006 hatte die DIK als Konzept neben dem ebenfalls einberufenen Integrationsgipfel einen hohen Nachrichten- und Neuigkeitswert. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bekam als Initiator der DIK besonders viel Raum in der medialen Diskussion zugesprochen. In der Bild-Zeitung waren in diesem Zeitraum nur sporadisch Äußerungen zur Deutschen Islamkonferenz zu finden.

Die Teilnehmer der Konferenz wurden Ende September vom Innenministerium eingeladen, welches noch Anfang des Jahres 2006 eine Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes beschlossen hatte. Aus diesem Grund war Schäuble bereits Anfang des Jahres von den Teilnehmern des DIK stark kritisiert worden. Vor allem die Einführung eines Nachzugsalters für Ehepartner und die Festsetzung auf Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung erst ab dem 21. Lebensjahr förderte die Kritik.

„Mit der Erhöhung des Zuzugsalters auf 21 verhindert man nicht die Zwangsverheiratung [Argument des Innenministers; Anm. des Verf.], sondern das Verfassungsrecht auf die Einheit der Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes.“¹⁰⁵⁸

wird der Vorsitzende der TGD Kolat zitiert und bezieht sich auf die rechtliche Basis Deutschland als bindende Rechtsprechung.

Die Taz bereitet durch einige Artikel den Rezipienten auf die im September des Jahres stattfindende DIK vor und geht in der Nachbetrachtung auf diese ein. So stellt sie mit Seyran Ates eine Teilnehmerin der DIK vor, allerdings in Bezug auf ein für sie negatives Ereignis. Sie gab im Vorfeld der DIK ihre Zulassung als Rechtsanwältin aufgrund einer „akuten Bedrohungssituation“¹⁰⁵⁹ zurück und löste ihre Kanzlei auf. Die politische Aktivität wollte sie aber nicht einstellen und bezieht im öffentlichen Leben klar Stellung zu Zwangsheirat und Ehrenmord. „Wer kritisiert, wird gleich als Islamfeind betrachtet“¹⁰⁶⁰, wurde sie in dem Artikel zitiert. Sie fühlte sich in Deutschland als Einzelperson nicht richtig geschützt.

Bereits im Juni 2006 veröffentlichte die Taz einen Kommentar zur geplanten Islamkonferenz mit einer differenzierten Stellungnahme. Zum einen wird die Idee einen Dialog zu initiieren als gut bezeichnet, aber bereits zu diesem Zeitpunkt wird die Frage nach der Repräsentanz gestellt. Beispielsweise gingen „realistische Schätzungen [...] davon aus, dass der Zentralrat höchstens noch 10

¹⁰⁵⁸ Taz vom 10.01.2006: Schäuble provoziert Aufschrei bei den Migranten, S. 2.

¹⁰⁵⁹ Taz vom 02.09.2006: Anwältin für Frauenrechte gibt auf, S. 6.

¹⁰⁶⁰ Taz vom 02.09.2006: S. 6.

Prozent der Muslime vertritt.“¹⁰⁶¹ Diese Zahl ist niedrig, für einen potentiellen Zentralrat der Muslime, der für alle Muslime in Deutschland als Ansprechpartner fungieren möchte. Die Ditib als Teilnehmer wird mit 800 Moscheegemeinden als größter Moscheeverband in Deutschland beschrieben, aber er ist keineswegs unabhängig, sondern „vielmehr vertritt der Verband unmittelbar die Interessen des türkischen Staates.“¹⁰⁶² Belege für diese Sichtweise finden sich vor allem in der Struktur, da die türkische Botschaft und Konsulate die Imane der Ditib-Moscheen beaufsichtigen. Die Repräsentanz bei der geringen Reichweite der teilnehmenden Institutionen konnte demnach nicht gewährleistet werden für die DIK, da „die überwältigende Mehrheit [...] in keinem Verein organisiert [ist] und hätte somit in Schäubles Islamkonferenz keine Stimme.“¹⁰⁶³ Somit konnte die DIK für die Taz nicht repräsentativ sein und auch kein ausreichendes Mandat für die Ausgestaltung von Religionsunterricht haben.

Die Taz berichtete von einer Konferenz über die Identität von jungen Muslimen im Vorfeld der DIK, bei der es neben dem Terrorismus auch über die Aufklärung und die Säkularisierung des Islam gehen sollte. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte zur Vorführung und Diskussion des Films „Was glaubst Du?“ über muslimische Jugendliche geladen. Einige Jugendliche fühlten sich von der Debatte auf dem Podium über Säkularisierung nicht repräsentiert und zeigten ihren Unmut vor dem Saal: „Jetzt reden sie über den 11. September. Was hat das mit uns zu tun?“¹⁰⁶⁴ Die Lebenswelt der jungen Muslime in Deutschland wurde in dieser politischen Diskussion nicht berücksichtigt und dieses ist nicht identitätsstiftend: „Muslimische Jugendliche kommen in Deutschland zwangsweise in eine Identitätskrise.“¹⁰⁶⁵ Die DIK stand demnach vor großen Aufgaben und sah sich neben der politischen Streitdiskussion, etwa um die Gleichstellung des Islam, wie sie von den Grünen im Vorfeld gefordert wurde, um einen Dialog auf Augenhöhe und einen politischen Ansprechpartner, vor allem mit der Frage konfrontiert, wie die Lebenswelt der Muslime in Deutschland repräsentiert werden konnte.¹⁰⁶⁶ Die Beantwortung dieser zentralen Frage würde die Schieflage im Diskurs mindern, die Schranken aus der Lebenswelt wieder öffnen und als Schleuse fungieren lassen.

¹⁰⁶¹ Taz vom 08.06.2006: Gut gemeint, schlecht gedacht, S. 10.

¹⁰⁶² Taz vom 08.06.2006: S. 10.

¹⁰⁶³ Taz vom 08.06.2006: S. 10.

¹⁰⁶⁴ Taz vom 08.09.2006: Junge deutsche Muslime allein gelassen, S. 7.

¹⁰⁶⁵ Taz vom 08.09.2006: S. 7.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Taz vom 18.07.2006: Islam: Grüne für Gleichstellung, S. 7.

Die DIK steht ab Ende September 2006 innerhalb der untersuchten Themen deutlich im Fokus der Berichterstattung der FAZ. Die Überschrift „Schäuble wünscht sich ‚deutsche Muslime‘“¹⁰⁶⁷ zeigt schon deutlich die Richtung des Artikels an. Schäuble setzt laut Artikel „auf das hohe Maß an kultureller Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Islams.“¹⁰⁶⁸

Die SZ beginnt bereits am 23.9.2006 mit der Berichterstattung und spricht von „Querelen im Vorfeld des Treffens“¹⁰⁶⁹. Die Diskrepanz zwischen Integrationsgipfel unter Böhmer und der Deutschen Islamkonferenz als Dopplung der Veranstaltungen wird aufgegriffen und die Zeitspanne der Konferenz auf zwei bis drei Jahre beziffert.¹⁰⁷⁰

Die SZ widmet sich einen Tag vor der Konferenz dem Verhältnis von „Glaube und Rechtsstaat“¹⁰⁷¹ und möchte die Deutung der Scharia im Bezug zum demokratischen deutschen Rechtsverständnis aufzeigen, da die Scharia nach Auffassung der Zeitung im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit dem Islam in Deutschland steht. Die Autoren des Artikels sind Muslime des Deutschen Islamforums und somit kann der Artikel als Stellungnahme für Zugewanderte gewertet werden. Die SZ räumt den Muslimen damit einen Raum zur Äußerung über die vorurteilsbelastete Scharia ein: „Für die meisten Muslime ist die Einführung der Scharia kein Thema. Es ist für sie befremdlich, dass Nichtmuslime sagen, Muslime wollen die Scharia hier einführen.“¹⁰⁷²

Die SZ will im Vorfeld der DIK mit Vorurteilen über die Scharia aufklären und beschreibt sie als eine Art Verhaltenskodex für Menschen die aus dem Koran und der Sunna als Quelle stammt. Für neuere zivilisatorische Problemlagen wurden dann weitere Quellen hinzugezogen und von den Islamgelehrten gedeutet. Es wird klargestellt, dass in Deutschland die sogenannten Ehrenmorde und Zwangsheiraten nicht mit dem Islam vereinbar sind: „Es ist für Muslime nach der auf den Koran gestützten Überzeugung selbstverständlich, das jeweilige Gesetz des Landes in dem sie leben, zu befolgen.“¹⁰⁷³

¹⁰⁶⁷ FAZ vom 27.09.2006: Schäuble wünscht sich „deutsche Muslime“. Der Innenminister zur Islamkonferenz / Empörung über Absetzung von „Idomeneo“, S. 1.

¹⁰⁶⁸ FAZ vom 27.09.2006: S. 1.

¹⁰⁶⁹ SZ vom 23.09.2006: Vor der Islam-Konferenz mit Bundesinnenminister Schäuble in Berlin. Querelen im Vorfeld des Treffens. Muslimische Verbandsvertreter halten die Auswahl der Teilnehmer für willkürlich – dennoch ist von ‚hohen Erwartungen‘ die Rede; S. 7.

¹⁰⁷⁰ Vgl. SZ vom 23.09.2006: S. 7.

¹⁰⁷¹ SZ vom 26.09.2006b: Glaube und Rechtsstaat. Wie ein muslimisch-christlich-staatliches Dialogforum die Sharia deutet; S. 5.

¹⁰⁷² SZ vom 26.09.2006b: S. 5.

¹⁰⁷³ SZ vom 26.09.2006b: S. 5.

In der Folge werden die Punkte detailliert aufgeführt, wie beispielsweise die Religionsfreiheit und die Gleichstellung von Mann und Frau. Auch die Rechtsordnung wird als verpflichtend nach der in Deutschland geltenden Scharia dargestellt und das demokratische System des Landes begrüßt.¹⁰⁷⁴

Wolfgang Schäuble lobt im Zusammenhang der am selben Tag stattfindenden ersten Islamkonferenz die Muslime in Deutschland. Die Muslime haben für den Minister Werte, die von den Deutschen vergessen werden. Die Unterscheidung zwischen den Gruppen bleibt erhalten und Schäuble macht in dem Artikel Unterschiede zwischen Deutschen und Muslimen deutlich. Schäuble nutzt an dieser Stelle ein falsches Kriterium, da er die Staatangehörigkeit mit der Ausübung einer Religion vergleicht. Die Deutschen können seiner Meinung in den Familienwerten etwas von den Muslimen lernen:

„Wichtigkeit von Familie, den Respekt vor den Alten, ein Bewußtsein [sic!] und Stolz mit Blick auf die eigene Geschichte, Kultur, Religion, Tradition, das tägliche Leben der eigenen Glaubensüberzeugung.“¹⁰⁷⁵

Wolfgang Schäuble versucht über die bewusste Trennung der Gruppen Nähe und Verständnis herzustellen. Er geht sogar noch weiter und sagt das der Islam und die Gewalt für viele Muslime nicht zusammenpasst:

„Denn ihre Religion, ihre Kultur, ihre Lebensweise steht zunehmend und oftmals auch fälschlicherweise unter Generalverdacht, was sicherlich eines der vielen teuflischen Kalküle der geistigen Architekten des Terrors war oder ist.“¹⁰⁷⁶

Der Minister will eine „gemeinsame Identität, deren Fundamente über politische und rechtliche Institutionen und [...] die Verfassung hinausreichen.“¹⁰⁷⁷ Wichtig ist für ihn hierbei die religiöse Toleranz, wie sie schon in Preußen vorgeherrscht habe, da sogar Friedrich der Große den Türken in Deutschland Moscheen bauen wollte.¹⁰⁷⁸

Ebenso wird wie in den anderen Zeitungen das erste Mal der Streit um die Aufführung der Mozart-Oper Idomeneo in Berlin diskutiert, für dessen Absetzung Schäuble keinen Grund sieht.¹⁰⁷⁹

¹⁰⁷⁴ SZ vom 26.09.2006b: S. 5.

¹⁰⁷⁵ FAZ vom 27.09.2006: S. 1.

¹⁰⁷⁶ FAZ vom 27.09.2006: S. 1.

¹⁰⁷⁷ FAZ vom 27.09.2006: S. 1.

¹⁰⁷⁸ Vgl. FAZ vom 27.09.2006: S.1.

¹⁰⁷⁹ Vgl. FAZ vom 27.09.2006: S.1.

In der SZ wird ein längeres Interview mit Wolfgang Schäuble zur DIK abgedruckt, in dem er ähnliche Forderungen stellt. Er ist für einen näheren Kontakt mit den Muslimen, konstatiert aber dass die Veranstaltung nicht dazu gedacht ist, nur Freundlichkeiten miteinander auszutauschen und er möchte gemeinsame feste Parameter und Regeln finden.¹⁰⁸⁰

Auf den 11. September 2001 und die nachfolgenden vorurteilsbelasteten Bilder des Islam angesprochen, verspricht Schäuble sich von diesen Eindrücken frei zu machen und will „nicht alle unter Generalverdacht stellen“.¹⁰⁸¹ Die Islamkonferenz soll nach Schäuble so konkret wie möglich die gemeinsame Zukunft erarbeiten und Richtlinien beispielsweise für die Imanausbildung in Deutschland festlegen. Wichtig ist für ihn die deutsche Sprache bei Predigten in Moscheen und daher muss die Imanausbildung in Deutschland und nicht in der Türkei stattfinden: „Wir müssen das Menschenmögliche tun, um Konflikte präventiv zu entschärfen, sodass sie nicht in gewalttätige Eskalationen ausarten.“¹⁰⁸²

Schäuble wollte demnach auf der ersten DIK für Nähe sorgen, auch um die Sicherheit in Deutschland vor dem Terrorismus besser gewährleisten zu können. Ihm ging es primär um die Anerkennung des Deutschen Grundgesetzes und der Rechtsordnung und der Überwindung der trennenden Vorurteile gegenüber dem Islam.

Die FAZ widmet dem ersten Tag der Islamkonferenz (27.9.2012) mehrere Seiten und verschiedene Artikel. In der Fortsetzung von der ersten Seite wird weiter über das pro & contra der Opernabsetzung Idomeneo berichtet und verschiedene Parteien kommen zu Wort. Die Absetzung beruhte im Endeffekt auf einer Gefahrenanalyse des Landeskriminalamtes, dass mit einem „Risiko mit unkalulierbaren Ausgang“¹⁰⁸³ zitiert wird. Die politische Debatte über die Richtigkeit der Absetzung wurde über einige Tage geführt und stellte eine Art Metapher dar, um über Sicherheitsängste und der Gefahr des Islams diskutieren zu können.

Ein weiterer Artikel auf der zweiten Seite widmete sich eher den Hintergründen der anstehenden Islamkonferenz und stellt „Im Zeichen alter Gegensätze“¹⁰⁸⁴ die Teilnehmer vor. Die 30 Teilnehmer sollten sich nach diesem Plan „in regelmäßigen Abständen zwei bis drei Jahre lang“ treffen.¹⁰⁸⁵ Die wichtigsten Fakten werden wiedergegeben, z. B. dass die eine Hälfte der Teilnehmer aus Vertretern

¹⁰⁸⁰ Vgl. SZ vom 26.09.2006a: S. 5.

¹⁰⁸¹ Vgl. SZ vom 26.09.2006a: S. 5.

¹⁰⁸² SZ vom 26.09.2006a: S. 5.

¹⁰⁸³ Vgl. FAZ vom 27.09.2006a: Schäuble wünscht sich „deutsche Muslime“, S. 2.

¹⁰⁸⁴ FAZ vom 27.09.2006b: Im Zeichen alter Gegensätze. Die DIK – ein schwieriges Experiment, S. 2.

¹⁰⁸⁵ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

der Bundesländer und Bundesministerien bestand und die andere Hälfte aus „Repräsentanten der in Deutschland lebenden Muslimen“.¹⁰⁸⁶

Die islamischen Vertreter monierten in den Zeitungen früh die Zusammensetzung der DIK als nicht repräsentativ für die Muslime in Deutschland. Es wurde kritisiert, dass zu viele Einzelvertreter und Kritikerinnen wie Seyran Ates teilnehmen durften. Necla Kelek Stellungnahme zur Repräsentationsfähigkeit der Muslimverbände wird ebenfalls zitiert. Sie vertritt die Auffassung, dass die Verbände eine Vielzahl der in Deutschland lebenden Muslime nicht vertreten können, da auf diese Weise einfach Unbeteiligte zu Mitgliedern einer Glaubensgemeinschaft gemacht würden: „Das widerspricht dem Grundgesetz, das auch einen Schutz vor religiöser Bevormundung garantiert.“¹⁰⁸⁷

Die Berichterstattung in der SZ geht in eine ähnliche Richtung, obwohl die Erwartungen der islamischen Verbände nicht ausgeklammert werden, die dieses Treffen als ersten richtigen Schritt sehen und als Signal, „dass hier etwas passieren soll“:

„Vor allem die verbandlich organisierten Muslime sehen sich unterrepräsentiert – sie entsenden nur fünf Vertreter, der Staat 15, und weitere zehn Muslime hat das Ministerium eingeladen, unter ihnen die Frauenrechtlerin Seyran Ates, die Islamkritikerin Necla Kelek und den Schriftsteller Feridun Zaimoglu.“¹⁰⁸⁸

Das Innenministerium hielt sich anfangs aus dieser Debatte heraus und forderte über die Printmedien einen „breitangelegten Konsens über die Einhaltung gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze“.¹⁰⁸⁹ Diese als moderat einzustufenden Ziele sollten beispielsweise über die Themen Kopftuch, Förderung des Spracherwerbs und den besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für jugendliche Ausländer erreicht werden.¹⁰⁹⁰ Diese Themengebiete fanden sich ebenfalls in den Wahl- und Grundsatzprogrammen der einzelnen Parteien und die DIK sollte das Forum, bzw. die Kontaktebene zu der Lebenswelt der Muslime bilden.

„Für Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist der Islam, ein Teil Deutschlands und Europas.“¹⁰⁹¹ Auf die Kritik zur Auswahl der Teilnehmer hin befragt, antwortete Schäuble sehr deutlich. „Ich habe mich bei der Einladung nicht zum Islam-Zensor gemacht.“¹⁰⁹²

¹⁰⁸⁶ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁸⁷ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁸⁸ SZ vom 23.09.2006: S. 7.

¹⁰⁸⁹ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁹⁰ Vgl. FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁹¹ SZ vom 26.09.2006: Vor dem Treffen mit hochrangigen Muslimen. Schäuble: Der Islam ist ein Teil Deutschlands; S. 1.

¹⁰⁹² SZ vom 26.09.2006: S. 1.

Der Zentralrat der Muslime bekommt auch die Möglichkeit sich innerhalb der FAZ über das Ziel der Konferenz über einen Sprecher zu äußern. Hier wird deutlich, dass die Diskussionsebene der Konferenz eventuell falsch gewählt ist. Das Innenministerium wollte über konkrete Ziele verhandeln, während es dem Zentralrat um die „rechtliche Integration der muslimischen Organisationen“¹⁰⁹³ ging. Diese und der islamische Religionsunterricht an deutschen Schulen und Universitäten sollten demnach die Zielsetzung bilden. Die FAZ fasst diesen Eindruck ebenfalls zusammen: „Schäuble will die frommen Muslime zum Verzicht auf das Denken in Kategorien der Scharia verpflichten, sie wollen von ihm Anerkennung, Rechte und Geld.“¹⁰⁹⁴

Als positiv wird der Schulterschluss zwischen den muslimischen Verbänden angeführt und festgehalten, dass vor allem die Ditib zurückhaltend agiert hat, „wenn es um gemeinsame Projekte wie zum Beispiel die Gründung muslimischer Dachverbände auf Länderebene ging“.¹⁰⁹⁵

Diese Herangehensweise offenbarte zwei konträr zueinander stehende Wirklichkeiten. Das Ziel seitens der Politik Nähe zur diskutierten Lebenswelt der Muslime zu schaffen und diese DIK als Forum und Gesprächsbasis ins Leben zu rufen, kann als Versuch des Abbaus der immanenten Fremdheit gewertet werden. Auf der anderen Seite wurde deutlich, dass keiner wusste, wie heterogen die sogenannte Gemeinschaft der Muslime in Deutschland aufgestellt war und ist. Die eingeladenen Vertreter sprachen nicht wie beabsichtigt für alle Muslime in Deutschland, sondern nur für wenige Kleingruppen und Religionsgemeinschaften. Der Streit um die Repräsentanz nahm somit in der Folge nicht nur medial einen größeren Raum ein, als die inhaltliche Ausgestaltung der Gespräche.

Dennoch rückte die Islamkonferenz in den folgenden Tagen weiter in den Blickpunkt in der FAZ. Der Innenminister zeigt sich im Interview optimistisch und hält den Auftakt für gelungen: „Wir haben in einem toleranten Ton durchaus unterschiedliche Meinungen vertreten.“¹⁰⁹⁶

Der Islam wird von Schäuble als ein Teil von Deutschland und Europa propagiert und die Ansätze von Generalverdacht in Terrorfragen sollen begegnet und der Dialog offen gestaltet werden. Des Weiteren wollen die Teilnehmer ein Zeichen setzen und die strittige Mozart-Oper besuchen. Auch der Sprecher der Ditib, Bekir Alboga, darf sich in dem Artikel positiv zur Konferenz äußern.¹⁰⁹⁷

¹⁰⁹³ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁹⁴ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁹⁵ FAZ vom 27.09.2006b: S. 2.

¹⁰⁹⁶ FAZ vom 28.09.2006a: Islamkonferenz will „Idomeneo“ besuchen. Schäuble: Ein wirklich guter Auftakt / Berlin bemüht sich um die Inszenierung, S. 1.

¹⁰⁹⁷ Vgl. FAZ vom 28.09.2006a: S. 1.

Auf der gleichen Seite wird ein Kommentar zur Islamkonferenz abgedruckt. Der Dialog wird an dieser Stelle befürwortet, aber auch kritisch beleuchtet:

„Wenn die Integration von Menschen, die aus einer fremden Religions- und Kulturwelt wie dem Islam stammen, mehr sein soll als eine Floskel, muß [sic!] es den jetzt angestoßenen Dialog geben, in Ehrlichkeit und ohne taktisch oder gesinnungsethisch bedingtes Verschweigen oder Beschönigen.“¹⁰⁹⁸

Wichtig ist die Unterscheidung zwischen den praktizierenden Muslimen und den sogenannten Kulturmuslimen. Die einen dürfen aufgrund ihrer Kritik am Islam nicht als Abtrünnige und die praktizierenden Muslime nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Der Dialog könnte laut Artikel ein Schritt Richtung eines deutschen Islams sein. Die Idee auf Deutsch predigen zu lassen in Moscheen sei nicht schlecht, das ein großes Misstrauen auch dadurch entsteht, dass die westlichen Gesellschaften diese Predigen nicht verstehen.¹⁰⁹⁹

Auf der zweiten Seite werden vermehrt Politikerstimmen zur Konferenz abgedruckt. Der Tonfall ist sehr versöhnlich und der Anfang wird an diesem Tag als sehr positiv gesehen.¹¹⁰⁰ Ein interessantes Detail ist, das der erste Tag der Konferenz zwei Stunden gedauert hat. In der FAZ werden in einem Extra-Informationskästchen „Die wichtigsten islamischen Teilnehmer“ mit Namen und Zugehörigkeit zu den einzelnen Institutionen vorgestellt. Wichtig sind auch die Mitgliederzahlen, wie z.B. der Ditib, die mit 120.000 Mitgliedern und 870 Vereinen, den größten islamischen Dachverband in Deutschland bildet.¹¹⁰¹ Auf diese Weise kann sich der interessierte Leser ein Bild von den islamischen Verbandstrukturen machen.

Insgesamt wirkt die Berichterstattung der FAZ an den Tagen der DIK sehr ausführlich, neutral und es kommen einige Vertreter der muslimischen Minderheit zu Wort. In dem Artikel „Kein Kulturkampf in Deutschland“¹¹⁰² kommt der türkische Journalist der Hürriyet Ahmet Külahci zu Wort:

„Es ist nach den Worten Külahcis sinnvoll, daß [sic!] auch ‚säkular denkende‘ Muslime eingeladen wurden, denn 70 Prozent der hier lebenden Türken seien nicht in Moscheegemeinden oder Verbänden organisiert. Er hoffe, daß [sic!] zu zukünftigen Treffen noch mehr Vertreter aus Zivilgesellschaft, aus Kultur- und Sportvereinen eingeladen würden.“¹¹⁰³

¹⁰⁹⁸ FAZ vom 28.09.2006b: Mit dem Islam erst am Anfang, S.1.

¹⁰⁹⁹ Vgl. FAZ vom 28.09.2006b: S. 1.

¹¹⁰⁰ Vgl. FAZ vom 28.09.2006a: Schäuble: Ein wirklich guter Auftakt, S. 2.

¹¹⁰¹ Vgl. FAZ vom 28.09.2006b: Die wichtigsten islamischen Teilnehmer S. 2.

¹¹⁰² FAZ vom 28.09.2006c: S.2.

¹¹⁰³ FAZ vom 28.09.2006c: S.2.

Die Zeitung Hürriyet hat laut Aussage Külahcis zum Ziel sich weiter für die Kritikerinnen des Islam wie Seyran Ates zu öffnen und ihre Stellungnahmen in der Zeitung abzudrucken: „Hürriyet mache sich dafür stark, daß [sic!] die hier lebenden Türken sich dem Grundgesetz verpflichtet fühlen.“¹¹⁰⁴

Die Oper Idomeneo begleitete die erste Islamkonferenz und wurde zum Synonym für die Gratwanderung, welche Form der Darstellung des Islams in Deutschland gefährlich ist und welche Inszenierung durchaus kritisch aber gleichzeitig gerechtfertigt ist. Die anfängliche Absetzung durch die Intendantin Kirsten Harms wurde bereits am 28.9.2006 zurückgenommen und die Entscheidung an den Innensenator Berlins Ehrhart Körting weiter gegeben. Die FAZ berichtet über die Entscheidung Körtings, der die dritte Möglichkeit zur Absetzung und/oder einer Wiederaufführung prüfen wollte, um „den Schutz der Oper vor Angriffen“ zu gewährleisten.¹¹⁰⁵

Die Rubrik Zeitgeschehen der FAZ beschäftigt sich ebenfalls mit der Islamkonferenz und titelt unter einem Portrait-Foto von Wolfgang Schäuble „Will integrieren“¹¹⁰⁶. Der Bericht begleitet Schäuble am ersten Tag der DIK wie ein Tagebucheintrag und gibt einen kurzen Abriss aus dem Leben des Politikers und wie er zum Sicherheitsexperten Deutschlands geworden ist. Laut Artikel will er vor allem gegen die Fremdheitsgefühle in Deutschland agieren und sie nicht eskalieren lassen wie in den USA und den Vorstädten Frankreichs:

„Diesen Zuständen, die hierzulande noch nicht zu Vorstadt-Aufständen oder Attentaten fanatisierter Muslime eskaliert sind, will Schäuble begegnen, indem er Angebote zu Integration und Einbürgerung mit der Forderung nach Respekt für die westlichen Werte und Gehorsam gegenüber den Gesetzen verbindet. Dies zu erreichen, den Dialog zu fördern, aber auch zu fordern, ist das Ziel der Islam-Konferenz, [...]“¹¹⁰⁷

Der Aspekt des Förderns und Forderns, dass auch in den Wahlkampf- und Grundsatzprogrammen nicht nur der CDU, des Öfteren angeführt wurde, ist auch in den Artikeln wieder zu finden. Der Dialog ist ein Angebot, dass den Muslimen in Deutschland ihre Rechte, aber auch primär ihre Pflichten verdeutlichen soll.

Der Artikel „Was ist ein deutscher Muslim“¹¹⁰⁸ macht diese Genese des erwünschten integrierten muslimischen Mitbürgers sehr deutlich. Schäuble verfolgt mit der Einberufung der DIK das Ziel der Annäherung, das aber nur mit seinen Regeln erfolgreich sein kann:

¹¹⁰⁴ FAZ vom 28.09.2006c: S.2.

¹¹⁰⁵ FAZ vom 28.09.2006f: Spielplanänderung. Die „Idomeneo“-Inszenierung hängt nun nicht mehr von der Berliner Oper ab, sondern von Innensenator Körting, S. 3.

¹¹⁰⁶ FAZ vom 28.09.2006a: Will integrieren, S. 12.

¹¹⁰⁷ FAZ vom 28.09.2006a: S. 12.

¹¹⁰⁸ FAZ vom 28.09.2006b: Was ist ein deutscher Muslim. Bundesinnenminister Schäuble appelliert an drei Millionen Mitbürger S. 12.

„Muslime in Deutschland sollen sich als deutsche Muslime fühlen können. Sie sollen als Bürger eines religiös neutralen, aber nicht religionsfreien demokratischen Rechtsstaates gefeit sein können gegen die Verlockungen und Irrwege terroristischer Extremisten.“¹¹⁰⁹

Die Erklärung, wie ein neutrales Deutschland gegenüber dem Islam und den deutschen Muslimen aussehen muss, bleibt der Innenminister schuldig. Die FAZ bemerkt, dass auch Schäuble in der Folge das Attribut „neutral“ vermeidet und sondern sich auf die Voraussetzungen beruft, die für einen freiheitlichen säkularisierten Staat nötig sind. Allerdings konstatiert die FAZ abschließend, dass der schwächste Abschnitt im Aufsatz über die DIK, derjenige über Integration ist:

„Wie können wir dahin kommen, daß [sic!] möglichst viele Muslime in Deutschland sich als deutsche Muslime fühlen, sich mit diesem Land, seiner Sprache, seiner Kultur und seinen Gesetzen identifizieren, ohne dies als Widerspruch zu ihren religiösen Vorstellungen zu empfinden?“¹¹¹⁰

Die FAZ stellt die Frage, warum über die Integration nur Fragen gestellt werden und beendet die Ausführungen mit dem Satz: „Das Warten auf die Antwort macht unsere Zeit so spannend.“¹¹¹¹ Die DIK kann gerade im Jahr 2006 nur als Forum beziehungsweise als Versuch des Kontaktes mit dem Fremden, in diesem speziellen Fall, mit dem Islam gesehen werden. Die offenen Fragen des Umgangs miteinander und im Bezug zur Integration überwiegen. Der Versuch des offenen Dialoges wird zu diesem Zeitpunkt von beiden Seiten begrüßt und die Vorteile der DIK hervorgehoben. Die Worte von Schäuble und sein Umgang mit dem Integrationsgipfel zeigen aber deutlich, dass der Innenminister den Handlungsbedarf lokalisiert hat, viele Ansatzpunkte 2006 anbringen möchte, aber über Fakten wie die Repräsentativitätsfähigkeit der muslimischen Vereine und Institutionen stolpert. Die Debatte über die DIK verschwindet Anfang Oktober 2006 auch wieder aus der FAZ.

In den folgenden Tagen wird der Innenminister gelobt. So wird Renate Künast zitiert:

„Wenn ein CDU-Bundesinnenminister am Rednerpult sagt, daß [sic!] Muslime Teil unserer Gesellschaft sind, daß [sic!] die Zeit der Einschätzung, sie seien Gastarbeiter, zu Ende ist, dann sind wir in der Gesellschaft ein Stück weitergekommen.“¹¹¹²

Die SPD sah allerdings die Konferenz etwas anders und meinte, „der Dialog müsse zwischen Muslimen und den Bürgern geführt werden, der Staat könnte dabei bestenfalls als Moderator auftreten.“¹¹¹³

¹¹⁰⁹ FAZ vom 28.09.2006b: S. 12.

¹¹¹⁰ FAZ vom 28.09.2006b: S. 12.

¹¹¹¹ FAZ vom 28.09.2006b: S. 12.

¹¹¹² FAZ vom 29.09.2006: Künast lobt Schäuble. „Das hätten wir uns von Ihrem Vorgänger gewünscht“. Regierungserklärung zur Islamkonferenz, S. 2.

Der Innenminister hatte in der Tat die Zugehörigkeit der Muslime zur Gesellschaft in seiner Regierungserklärung verkündet, aber gleichzeitig laut FAZ auf viele Probleme hingewiesen:

„Die Rolle der Frau, das Kopftuch, der Islamunterricht, die Mängel bei der Bildung und Ausbildung, das Schächten sowie die Radikalisierung, die in manchen Moscheen betrieben werde. Man wolle die kulturellen und religiösen Unterschiede anerkennen, aber ‚das Grundgesetz ist nicht verhandelbar‘.“¹¹¹⁴

An dieser Stelle sind wiederum die vielen offenen Fragen aufgeführt und auch die Kritik der islamischen Verbände wurde abgedruckt. Die Vertretung in der DIK wurde von vielen Verbänden als nicht repräsentativ kritisiert, so auch vom Vorsitzenden des Islamrats, Ali Kizilkaya: „Wer Ansprechpartner sein will, soll sich organisieren.“¹¹¹⁵

In der FAZ kommen demnach auch Menschen mit Migrationshintergrund zu Wort. Nach der DIK dürfen sich auch muslimische Teilnehmer, wie der Medienunternehmer Walid Nakschbandi, äußern: „Nun müssen wir deutschen Muslime Haltung bekennen im Umgang mit Gewalt, mit Frauen, mit diesem unserem Rechtsstaat.“¹¹¹⁶

Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu hat den Eindruck, „als wollten bestimmte Politiker da hineinfummeln“.¹¹¹⁷ Der Schriftsteller meint hiermit seinen Glauben und es entsteht ein Eindruck des Unwillens. Auf der zweiten Seite wird das Zitat aber vollständig abgedruckt und liest sich moderater.¹¹¹⁸ Als nächstes wird Edmund Stoiber (CSU) zitiert, der die Meinung vertritt, dass sich die Christen nun stärker für ihre eigenen Werte einsetzen müssten.¹¹¹⁹

Der Schriftsteller wird auf der zweiten Seite derselben Ausgabe zur Islamkonferenz und der Oper Idomeneo interviewt. Er geht auch auf die Frage ein, was ein deutscher Islam für ihn ausmacht:

„Daß [sic] Deutschland unser Mutterland ist, daß [sic!] wir hier leben und auch hier glauben, das ist der deutsche Islam. Es gibt auch eine persische Variante des Islam, eine palästinische, eine arabische, eine türkische. Es grenzt an Klugschwätzerei, wenn man sagt, es gibt nur einen Islam.“¹¹²⁰

¹¹¹³ FAZ vom 29.09.2006: S. 2.

¹¹¹⁴ FAZ vom 29.09.2006: S. 2.

¹¹¹⁵ FAZ vom 29.09.2006: S. 2.

¹¹¹⁶ FAZ vom 01.10.2006: Nach Islamtreffen: Wertedebatte geht weiter. Teilnehmer: „Nun müssen wir Haltung bekennen im Umgang mit Gewalt“, S. 1.

¹¹¹⁷ FAZ vom 01.10.2006: S. 1.

¹¹¹⁸ FAZ vom 01.10.2006: „Ja, es gibt einen deutschen Islam“ Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu über Schäubles Konferenz und den Glutkern des Glaubens, S. 2.

¹¹¹⁹ Vgl. FAZ vom 01.10.2006: S. 1.

¹¹²⁰ FAZ vom 01.10.2006: S. 2.

Er geht weiter darauf ein und fordert in diesem Kontext eine emotionale Identifikation mit Deutschland, vor allem der zweiten und dritten Generation der fremdstämmigen Deutschen, wenn sie in die Schlüsselpositionen der Moscheeverbände nachrücken. Zaimoglu geht, nach den Interaktionen zwischen Deutschen und Muslimen darauf ein, dass es diese schon lange gibt, aber keiner dazu gezwungen werden darf, über den Glauben ausgefragt zu werden, wenn er es nicht möchte.¹¹²¹ Zukunftsgewandt äußert sich der Schriftsteller zu der Frage wie ein Deutschland aussehen wird, wenn in Großstädten mehr als die Hälfte der Menschen einen Migrationshintergrund haben werden:

„Wenn dieses Deutschland, das ich sehr liebe, es verinnerlicht, daß [sic!] es sich nicht um Ausländer handelt, sondern um Menschen, die zu diesem Land gehören, wenn die Politiker und die Medien auch realisieren, daß [sic!] wir alle in einem Boot sitzen, dann wird es eine Erfolgsgeschichte. Davon bin ich überzeugt.“¹¹²²

Der Schriftsteller nimmt an dieser Stelle die Medien und die Politik in die Verantwortung und fordert ein Umdenken in der Wahrnehmung. Das Sinnbild des Bootes bemühend, welches oft als voll deklariert wird, hält er vielmehr fest, dass alle in ebendiesem gleichen Boot sitzen und das alle gemeinsam verinnerlichen müssen, dass es sich um Menschen handelt, die zu diesem Land gehören und nicht um Ausländer.¹¹²³

In der Nachbetrachtung geht die Taz in der Rubrik Schlagloch ebenfalls auf die Oper Idomeneo ein und befürwortet die Einladung Wolfgang Schäubles der DIK-Teilnehmer zur einer zukünftigen Aufführung von der Oper. Der Artikel beschreibt die Handlung und die kritische Szene, in der alle großen Götter enthauptet werden. Da das Stück von Aufklärung handelt, würde die Taz am liebsten auch „die Bischöfe beider Konfessionen und den päpstlichen Nuntius einladen.“¹¹²⁴ Der Autor geht in der Folge darauf ein, dass es nicht um den Dialog der Kulturen geht, sondern um die Entmachtung der Religion durch die Aufklärung an sich: „Wer über den Kapitalismus nicht reden will, der wird gebeten, über Religion zu schweigen.“¹¹²⁵

Die Taz berichtete im Anschluss an die DIK über die Rede des CDU-Politikers Roland Profalla, der den Islam als „Hauptverursacher religiös motivierter Gewalt“¹¹²⁶ titulierte und dadurch den Zentralrat der Muslime und die politische Opposition aktivierte. Profalla wurde vorgeworfen mit seinen

¹¹²¹ Vgl. FAZ vom 01.10.2006: S. 2.

¹¹²² FAZ vom 01.10.2006: S. 2.

¹¹²³ FAZ vom 01.10.2006: S. 2.

¹¹²⁴ Taz vom 04.10.2006: Die Menschheitsoper, S. 10.

¹¹²⁵ Taz vom 04.10.2006: S. 10.

¹¹²⁶ Taz vom 02.10.2006: Profalla, der Provokateur, S. 6.

Äußerungen zur Gleichstellung der Frauen und dem Recht der freien Meinungsäußerung Stereotype zu bedienen:

„Profalla betonte, die Union erwarte mehr von den Muslimen als ein Bekenntnis zum Grundgesetz. Die muslimische Seite müsse auch Kritik annehmen. So werde der Dialog zwischen den Religionen dadurch belastet, dass die Muslime die Christen als ‚ungläubig‘ beleidigten. Wir müssen bereit sein, für unsere christlich geprägten Werte einzustehen.“¹¹²⁷

Gerade kurz nach der DIK müssen diese Äußerungen bei den Muslimen auf viel Unverständnis gestoßen sein. Eine auf Dialog ausgerichtete Konferenz auf Augenhöhe müsste andere Ergebnisse fördern. Auch Stoiber argumentierte in eine ähnliche Richtung wie Profalla und sagte ein „Dialog der Kulturen ist nicht eine Art Kompromiss zwischen den Werteordnungen.“¹¹²⁸ Der Grüne Politiker Volker Beck argumentierte, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht allein für den Westen zu reklamieren sind und die islamischen Verbände für Glaubensfreiheit und Menschenrechte auch in islamischen Ländern eintreten müssten.¹¹²⁹

Dieser kontrovers geforderte Dialog sollte, so die DIK und die Dachverbände der Muslime, den Konflikt zwischen den Kulturen lösen und eine ausreichende Würdigung der Aufklärungsarbeit zur Terrorismus enthalten: „Das bundesweite Clearingprojekt ‘Zusammenleben mit Muslimen‘ soll Konflikte zwischen Muslimen im Alltag und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene aufspüren.“¹¹³⁰ Die Clearingstelle (s. o.) wurde in Darmstadt angesiedelt und jährlich mit 80.000 Euro durch das Bundesinnenministerium und der Groeben-Stiftung finanziert. Der Vorsitzende Torsten Jäger nannte als Konfliktfelder im Zusammenleben „vorerst das Kopftuchverbot, Proteste gegen Moscheen und Diskriminierungen im Alltag.“¹¹³¹

Auch die Ditib betonte in der Taz, dass die Muslime ein Teil von Deutschland sind und sich ausdrücklich gegen Terror und Gewalt bekennen und der Islam in Deutschland seine eigene Ausprägung hat: „Anpassung für Muslime in Europa bedeute, dass sie Demokratie, Grundgesetz, Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit anerkannten.“¹¹³² Die Verbände betonten demnach eine deutliche Annäherung im Dialog und Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft und betonten wiederum den Gewaltverzicht und die Anerkennung der europäischen demokratischen Werte.

¹¹²⁷ Taz vom 02.10.2006: S. 6.

¹¹²⁸ Taz vom 02.10.2006: S. 6.

¹¹²⁹ Taz vom 02.10.2006: S. 6.

¹¹³⁰ Taz vom 05.10.2006: Dialog für Religionsfrieden startet, S. 6.

¹¹³¹ Taz vom 05.10.2006: S. 6.

¹¹³² Taz vom 05.10.2006: S. 6.

Auch die Stadt Hamburg ging in der Folge auf die Muslime zu und bereitete als erstes Bundesland einen Staatsvertrag mit diesen vor, der Ende 2012 von muslimischen Verbänden, Organisationen und dem Bürgermeister Olaf Scholz schließlich unterzeichnet wurde. Bereits im Jahr 2006 war die Entwicklung dieses Vertrages thematisch und inhaltlich festgelegt:

„In einem Staatsvertrag könnte die Ausbildung von Imanen und Religionslehrern, die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an Schulen oder die Einrichtung muslimischer Friedhöfe geregelt werden.“¹¹³³

Die Ankündigung förderte den Dialog mit den Muslimen und wurde auch in Berlin mit Aufmerksamkeit beobachtet und als ein bundesweiter Impuls erhofft.¹¹³⁴

Neben der politischen Streitdebatte wurde auch über positive Dialogentwicklungen nach der DIK berichtet und die Entwicklungen in den untersuchten Printmedien wiedergegeben. Dies spricht für eine beginnende Durchlässigkeit der medialen Schranke zur Lebenswelt. Die Muslime werden über die untersuchten Printmedien teilweise zum Dialog zugelassen.

Abschließend muss festgehalten werden, kam es nur bedingt zu einem gemeinsamen Besuch der Oper Idomeneo unter der Einladung von Wolfgang Schäuble. Die Aufführung am 18. Dezember wurde hierfür anvisiert, aber einige Teilnehmer der DIK sagten frühzeitig ab, wie der Vorsitzende des Islamrats. „Kunstfreiheit heißt nicht, dass man sich alles anschauen muss“, wurde Ali Kizilkaya zitiert. „Trotz der politischen überhitzten Debatte“ wollte sich auch der Sprecher des Zentralrats der Muslime Mounir Azzaoui nicht in die Oper „drängeln“ lassen.¹¹³⁵ Einige, wie der Vorsitzende der TGD Kolat, wollte der Einladung aber folgen: „Kunst darf nicht unter politische Aufsicht gestellt werden.“¹¹³⁶

Die Debatte über die DIK wurde demnach durch politischen Streit und viele kleinteilige Ereignisse oft diskutiert und im Jahr 2006 vermehrt auf die Agenda der Printmedien gesetzt. Die DIK polarisierte bereits bei ihrer Gründung und die diversen politischen Meinungsäußerungen wurden auch in den Folgejahren immer kontrovers diskutiert. Positiv ist an dieser Stelle zu vermerken, dass über das Dialogangebot muslimische Vereine und Institutionen, beziehungsweise deren Vorsitzende und Sprecher, sich medial zu diesem Themenfeld äußern durften. Des Weiteren wurden positive Dialogentwicklungen, wie die Einrichtung einer Clearingstelle dokumentiert. Die politische Auseinander-

¹¹³³ Taz vom 06.10.2006: Hamburg geht auf Muslime zu, S. 6.

¹¹³⁴ Taz vom 06.10.2006: S. 6.

¹¹³⁵ Taz vom 06.11.2006: Keine Lust auf Mozart, S. 7.

¹¹³⁶ Taz vom 06.11.2006: S. 7.

setzung im Zentrum über die Ausgestaltung der DIK überwog allerdings deutlich in der Berichterstattung.

8.5.2 Die DIK im Jahr 2007

Die zweite Deutsche Islamkonferenz fand im Jahr 2007 im Zeichen einiger Anschläge und der weltweiten Diskussion über die Rechtmäßigkeit von Abbildungen des Propheten Mohammeds statt. Die Bild-Zeitung erwähnte die DIK erst im Jahr 2007 im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Mohammedkarikaturen deutlicher.

In der Bild wurden diese Themen vermehrt unter bisweilen fraglichen Überschriften abgebildet. Besonders erwähnenswert ist die Serie „Die Kinder des Dschihad“, in der im Jahr Juli 2007 viele angebliche Terrorzellen und Netzwerk-Möglichkeiten des Islam in Deutschland aufgezeigt werden. Um die inhaltlich stattfindende Islamkonferenz geht es in den Artikeln weniger.¹¹³⁷ Die Artikel handeln von den angeblich 32.000 gewaltbereiten Islamisten, die in Deutschland leben und z.B. im Irak im Krieg sind. Die Kurzdarstellung „Islam in Deutschland“ gibt ein wenig differenziertes Bild wieder. „Der Islam in Deutschland – eine Welt, zu der Ermittler und Behörden kaum Zutritt haben.“¹¹³⁸

In dieser Übersicht werden einige Zahlen wieder gegeben und der Leser bekommt den Eindruck der wenig überwachten gewaltbereiten Muslime präsentiert:

„3,4 Millionen Muslime leben in Deutschland, sieben Millionen werden es 2030 sein, Aber nur ein Prozent (ca. 31 800) gehören den 24 registrierten islamistischen Organisationen an. Dazu gehören u.a. ‚Milli Görüs‘ (27 500 Anhänger); ‚Muslimbruderschaft‘ (1300 Anhänger) und die ‚ Hamas‘ (300 Anhänger).“¹¹³⁹

Aus welcher Quelle diese Zahlen stammen, beantwortet die Zeitung dem Leser nicht. Diese Artikelserie ist zumindest nicht dafür geeignet dem Leser ein Gefühl von Nähe zu vermitteln. Die Übertrittszahlen zum Islam werden mit „rund 4000 Menschen in Deutschland“¹¹⁴⁰ innerhalb eines Jahres beziffert und in einem weiteren Artikel wurde deklariert, dass immer mehr Deutsche Kirchen

¹¹³⁷ Bild-Zeitung vom 07.09.2007a: Warum treten so viele Deutsche zum Islam über?, S. 3; Bild-Zeitung vom 07.09.2007b: „Der Westen behandelt Muslime wie Parasiten“, S. 3 / Bild-Zeitung vom 10.07.2007a: Neue Serie „Die Kinder des Dschihad“ – Islam Terror in Deutschland, S. 8 / Bild-Zeitung vom 11.07.2007: Serie „Die Kinder des Dschihad“ – Islam-Terror in Deutschland. Terror-Waffe Internet, S. 10 / Die Bild-Zeitung vom 11.07.2007b: 100 000 Hass-Seiten mit Terror-Aufrufen, S. 10 / Bild-Zeitung vom 12.07.2007: Serie: „Die Kinder des Dschihad“ – Das Netzwerk des Islam-Terrors. „Auch deutsche Moslems kämpfen im Irak“, S. 10.

¹¹³⁸ Bild-Zeitung vom 10.07.2007b: Islam in Deutschland, S. 8.

¹¹³⁹ Bild-Zeitung vom 10.07.2007b: Islam in Deutschland, S. 8.

¹¹⁴⁰ Bild-Zeitung vom 10.07.2007b: Islam in Deutschland, S. 8.

zu Moscheen werden würden: „159 Moscheen mit Minaretten gibt es schon, dazu 2500 Gebetshäuser.“¹¹⁴¹

Speziell zur DIK wird im Jahr 2007 wie auch schon 2006 in der Bild-Zeitung wenig berichtet. Am 13.7.2007 wird ein Interview mit dem Initiator der DIK Wolfgang Schäuble zum Thema Integration abgedruckt. In diesem Artikel wird er nach einer Benachteiligung der „Ausländer“ in Deutschland und einer schiefgelaufenen Integration gefragt, weil es immer noch Zwang-Ehen gibt. Schäuble antwortete auf diese provozierenden Fragen sehr modert und stellte die Wichtigkeit von Sprachkursen heraus:

„Wir setzen mehr Geld für Integrationskurse ein, jährlich 154 Millionen Euro. Ich appelliere an alle: Nutzt diese Kurse! Ausländische Eltern müssen Deutsch lernen, um mit ihren Kindern deutsch zu sprechen, damit diese eine echte Chance in unserem Land haben.“¹¹⁴²

Nach den aus türkischen Verbänden geäußerter Kritik gefragt, ob ‚Ausländer‘ bei uns wie Menschen zweiter Klasse behandelt oder sogar Rassismus ausgesetzt sein, äußerte sich Schäuble sehr konkret:

„Das ist völlig unangemessen. Es gibt keine Ausländer erster und zweiter Klasse. Es gibt aber unterschiedliche Stufen der Integrationsbereitschaft. Wer sich abnabelt, darf nicht gleichzeitig beklagen, weniger integriert zu sein.“¹¹⁴³

Diese medialen Aussagen zeigen deutlich, dass der Minister Schäuble nicht ausgrenzen will, aber Unterschiede in der Bereitschaft zur Integration in Deutschland bei gewissen Gruppen unterstellt. Gerade im Jahr 2007 wurde die Debatte um vermeintliche Parallelgesellschaften wieder aktuell, in der vor allem dem Muslimen unterstellt wurde, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzunabeln.

In der Taz wurde die DIK differenzierter betrachtet. Insgesamt wurden für das Jahr 2007 etwa 50 Artikel gefunden, die den Parametern dieser Untersuchung entsprachen. Einige Beiträge müssen in der Folge näher betrachtet werden, da sie für die Linearität der Diskussion um die DIK wichtig sind. So wurde im Jahr 2007 der „Zentralrat der Exmuslime“ neu gegründet, um den Alleinvertretungsanspruch der muslimischen Verbände in Deutschland wie dem „Zentralrat der Muslime“ entgegen zu stehen:

¹¹⁴¹ Bild-Zeitung vom 08.10.2007: Immer mehr deutsche Kirchen werden zu Moscheen, S. 1.

¹¹⁴² Bild-Zeitung vom 13.07.2007: Abgrenzung erfüllt mich mit Sorge, S. 2.

¹¹⁴³ Bild-Zeitung vom 13.07.2007: Abgrenzung erfüllt mich mit Sorge, S. 2.

„Damit allerdings rennen sie offene Türen ein. Denn selbst zur ‚Islam-Konferenz‘ [...] waren ausdrücklich viele säkulare und unabhängige Intellektuelle eingeladen, um ein Gegengewicht zum Verbandsislam zu bilden.“¹¹⁴⁴

Des Weiteren wurden Beiträge abgedruckt, die sich mit den Menschen in den Verbänden und Institutionen beschäftigten, die an der DIK teilnahmen. Beispielsweise wurde Ayyub Axel Köhler als Vorsitzender des Zentralrats der Muslime portraitiert und als schüchterner Mann mit Glatze dargestellt, der eher wie ein ‚Salonbesucher‘ aussehen würde, als wie ein religiöser Eiferer. Die Bezeichnung Zentralrat wird wiederum angezweifelt, da laut Schätzungen der „höchstens ein bis zwei Prozent der hiesigen Muslime“¹¹⁴⁵ von dem Zentralrat vertreten werden.

Insgesamt steht vermehrt die Frage nach der Repräsentanz der Muslime im Mittelpunkt der Darstellung und wer das Recht hat diese in Frage zu stellen. Schäuble redete auf der zweiten DIK die Rolle der vier großen Muslim-Verbände klein und unterstützte somit die eingeladenen säkular eingestellten Einzelpersonen. Die Taz merkte aber an: „die meisten verdanken ihr Mandat, für ‚die Muslime‘ zu sprechen, allein Wolfgang Schäuble selbst“¹¹⁴⁶. Soziologisch betrachtet geht es in diesem Zusammenhang um Setzungsmacht und die Deutungshoheit über die Teilnehmer der DIK und die inhaltliche Ausrichtung. Die Muslime werden zumindest in der Bild stigmatisiert und als Gruppe angesprochen. Es werden dort die Realität des erstarkenden Islam und die Angst vor Überfremdung mittels einer deutlichen Bildsprache vermittelt. Die übrigen Printmedien gehen sehr kritisch mit den politischen Äußerungen zur DIK um.

Schäuble konnte bestimmen, wer sich in diesem Moment zu den Ausprägungen des Islam in Deutschland äußern darf:

„Es ist völlig illusorisch zu glauben, dass sich ein Gremium erfinden ließe, von dem sich eine hauptberufliche Islamkritikerin wie Necla Kelek und der durchschnittliche Moscheegänger im gleichen Maße repräsentiert fühlen würden.“¹¹⁴⁷

Die Gründung des Koordinierungsrates der Muslime im März 2007 wurde in der Taz als lange politische Forderung im Vorfeld der DIK abgebildet: „Zum Koordinierungsrat gehören neben der Ditib auch der Zentralrat der Muslime (ZMD), der Islamrat (IR) und der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) in Deutschland.“¹¹⁴⁸

¹¹⁴⁴ Taz vom 01.03.2007: Exmuslime bekennen sich zum Abfall von der Religion. Das Tabu in Frage stellen, S. 11.

¹¹⁴⁵ Taz vom 01.03.2007. Ein scheuer Chef auf dem Schleudersitz, S. 7.

¹¹⁴⁶ Taz vom 01.03.2007: Wer die Muslime repräsentiert, S. 1.

¹¹⁴⁷ Taz vom 01.03.2007: S. 1.

¹¹⁴⁸ Taz vom 05.03.2007: Deutsche Muslime bald mit einer Stimme, S. 7.

Diese Forderung der Bildung eines politischen Ansprechpartners stammte auch von Schäuble, der dieses nach der ersten DIK 2006 forderte, um über die Gleichberechtigung mit den christlichen Kirchen verhandeln zu können. Auch der Grüne Politiker Volker Beck sagte: „wir wollen eine Gleichstellung von Christentum, Judentum und Islam“¹¹⁴⁹ und unterstützte somit die Initiative der Gründung des übergeordneten Ansprechpartners. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde allerdings Kritik laut. Ein Mitglied der Alevitischen Gemeinde in Deutschland Ali Toprak erklärte, dass die Aleviten nicht gebeten wurden, an dieser Ratsgründung teilzuhaben: „Wir haben einfach eine andere Auslegung religiöser Vorgaben.“¹¹⁵⁰

Die Taz geht an dem Tag nach der Gründung des Koordinierungsrates in einer Serie auf die Voraussetzungen für einen funktionierenden Rat näher ein: „Das Ministerium begrüßte deshalb die Gründung als wichtigen und guten Schritt.“¹¹⁵¹ Allerdings wurde kritisiert, dass die meisten Muslime nicht organisiert sind und des Weiteren der Rat eine konservative Einstellung vertrat.¹¹⁵²

Die „Stimme der konservativen Muslime“¹¹⁵³ bestehend aus den wichtigsten Verbänden sollte für die Bundesregierung als politischer Ansprechpartner fungieren. Dieser Koordinierungsrat stand damit für die „Mehrheit der knapp 2900 Moscheegemeinden“ auch „die Mehrheit der Muslime [...] keinem Moscheenverband“ angehört: „Der Koordinierungsrat löst längst nicht alle Integrationsprobleme. Aber die sind ohnehin meist nicht religiöser, sondern sozialer Natur.“¹¹⁵⁴

Die Vorstellung der vier wichtigsten islamischen Verbände als Gründungsmitglieder des Koordinierungsrats mit Mitgliedern und Reichweite wird in der Taz detailliert abgebildet. Beispielsweise wird der Islamrat (IR) mit 140.000 Mitgliedern als größte Interessenvertretung der Muslime in Deutschland dargestellt, der im Jahr 2007 30 Organisationen, unter anderem die Milli Görüs, vereinigte.¹¹⁵⁵

Es wird eine Islamwissenschaftlerin als Expertin nach der Reichweite des Rates gefragt und sieht in dieser Gründung eine Herausforderung für die Bundesregierung:

„Die Politik wird jetzt – fast möchte man sagen: endlich – herausgefordert. Bislang hat man sich – siehe Islamkonferenz – um klare Positionen gedrückt; nun ist eine schwer auseinanderzuidividierende Gemengelage entstanden. [...] Aber auch der Koordinierungsrat muss erst unter Beweis stellen, dass dieses Bündnis kein Papiertiger ist und wirklich hält. Will er die Anerkennung, muss Transparenz her – etwa hinsichtlich der wirklichen Zahlen der Mitglieder und Zuordnung der Moscheen – die erste Konsequenz sein.“¹¹⁵⁶

¹¹⁴⁹ Taz vom 05.03.2007: S. 7.

¹¹⁵⁰ Taz vom 05.03.2007: S. 7.

¹¹⁵¹ Taz vom 12.04.2007a: Neues Fundament für Deutschlands Muslime, S. 1.

¹¹⁵² Vgl. Taz vom 12.04.2007a: S. 1.

¹¹⁵³ Taz vom 12.04.2007b: Die Stimme der konservativen Muslime, S. 1.

¹¹⁵⁴ Taz vom 12.04.2007b: S. 1

¹¹⁵⁵ Taz vom 12.04.2007a: Islamische Verbände, S. 3.

¹¹⁵⁶ Taz vom 12.04.2007b: „Bedeutsamer Schritt“, S. 3.

Die Wissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann sah demnach nun beide Seiten in der Pflicht miteinander zu diskutieren und vor allem die Forderung an die Bundesregierung, bei transparenter Führung des Koordinierungsrates, sich klar zu positionieren, als zentral an.

In „Ein Rat für Schäuble“ wurde die Sichtweise des Bundesinnenministeriums auf den Koordinierungsrat beleuchtet. Des Weiteren sahen die Leiter der muslimischen Gründungsmitglieder den KRM als wichtigen Schritt an, um besser politisch agieren zu können. „Wir sind damit dem Wunsch der Muslime und den Erwartungen der Öffentlichkeit nachgekommen, eine Einheit zu bilden“¹¹⁵⁷, wurde der Dialogbeauftragte der Ditib Bekir Alboga zitiert. Der Sprecher des Koordinierungsrates wurde laut Taz für sechs Monate gewählt und wird bei strittigen Themen wie der Kopftuchdebatte mit den Vorsitzenden der Muslimverbände eine einheitliche Meinung generieren. Die Bundesregierung sah dies als richtigen Zeitpunkt um Geschlossenheit zur nächsten Islamkonferenz zu signalisieren. Die SZ argumentierte in ihren Artikeln ähnlich, so dass diese nicht wiederholend dargestellt werden müssen. Ebenfalls wurde berichtet, wie die Gründung des KRM als wichtiger Schritt von Schäuble deklariert wurde.¹¹⁵⁸

Die FAZ berichtet ebenfalls ausführlich über die Gründung des KRM, geht auf dessen Forderungen ein und beschrieb, genau wie die anderen Zeitungen den Ort der Bekanntmachung:

„Die Verbände nahmen eine gemeinsam ausgerichtete Feier mit Tausenden Teilnehmern zum Geburtstag des Propheten Mohammed in der Köln-Arena zum Anlass, die Gründung zu verkünden.“¹¹⁵⁹

Dieser öffentliche Verkündungsort als Großereignis der muslimischen Glaubenszelebration sollte vermutlich ein Zeichen setzen, dass der Islam in der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft angekommen ist und der Koordinierungsrat nun der Ansprechpartner ist. Auch in der FAZ wird das Lob von Schäuble in Richtung KRM und die Forderungen des Rates in Richtung Bundesregierung auf rechtliche Gleichstellung abgedruckt.¹¹⁶⁰

Die Teilnehmerin und Kritikerin Cezairli sah in dieser Gründung keinen Fortschritt: „Der Innenminister will doch einen aufgeklärten Islam. Ich bezweifle, dass die Dachverbände ein aufgeklärtes Weltbild vertreten können.“¹¹⁶¹

Der Koordinierungsrat sah sich hingegen als Vertreter der meisten Moscheegemeinden durchaus als Sprachrohr bestätigt. „Dort spielt sich das islamische Leben in Deutschland ab“¹¹⁶², wurde der Vor-

¹¹⁵⁷ Taz vom 12.04.2007c: Ein Rat für Schäuble, S. 3.

¹¹⁵⁸ Vgl. SZ vom 11.04.2007: Muslime in Deutschland gründen Dachverband, S. 6.

¹¹⁵⁹ FAZ vom 11.04.2007: Islamischer Dachverband gegründet, S. 1.

¹¹⁶⁰ Vgl. FAZ vom 12.04.2007: Schäuble lobt Gründung des Koordinierungsrates, S. 1.

¹¹⁶¹ Taz vom 12.04.2007c: S. 3.

sitzende Köhler zitiert. Die SPD-Abgeordnete Akgün wollte als Muslimin aber nicht vom Rat vertreten werden, da dort die Milli Görüs mit organisiert ist: „Das bereitet mir schlaflose Nächste.“¹¹⁶³

Die SPD-Abgeordnete distanzierte sich deutlich von dem Koordinationsrat und akzeptierte diese Interessenvertretung nicht. In der SZ wird die Islamkritikerin Kelek zitiert, die diese Entwicklung des Bündnisschlusses „sehr kritisch“ beobachten möchte. Auch Akgün kommt in der SZ mit ihrer kritischen Ansicht über den KRM zu Wort: „Da wäre kein Platz mehr für liberale Ansichten.“¹¹⁶⁴

Der Muslimrat wurde bereits wenige Tage nach der Gründung aktiv und forderte die Trennung der Geschlechter im Schulsport: „Wir Muslime haben ein besonderes Verhältnis zur Schamhaftigkeit. Und wir halten das Erziehungsrecht der Eltern hoch“, wurde Köhler zitiert.¹¹⁶⁵

Kelek kritisierte diese Haltung wiederum als rückständig: „Das ist Ausdruck der Einstellung, dass Männer und Frauen nicht gemeinsam leben können.“¹¹⁶⁶

Bereits vor Beginn der DIK gab es weitere Gegenstimmen zum KRM als Vertretungsinstanz in Deutschland. Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) wollte dem KRM nicht die Deutungshoheit überlassen: „Die säkularen Muslime benötigen eine stärkere Stimme“¹¹⁶⁷, wurde der Vorsitzende Kenan Kolat zitiert. Ein neu zu gründendes säkulares Gremien sollte gegen die orthodoxen Ansichten des KRM stehen und die TGD hatte damit durchaus einen Repräsentanzanspruch, da dieser Dachverband mit 220 000 Mitgliedern in 270 Vereinen die größte Vereinigung von Zuwanderern in Deutschland stellt. Daher wurde Kolat sowohl zum Integrationsgipfel als auch zur DIK eingeladen. Dieser wollte beispielsweise den Schülern bis 14 Jahre das Recht auf das Tragen religiöser Symbole untersagen. Die TGD gilt als gemäßigtes Sprachrohr der türkischen Gemeinde in Deutschland.¹¹⁶⁸

Bevor die DIK beginnt, wurden in der FAZ kritische Stimmen gegen den KRM abgedruckt und die Funktion als Ansprechpartner in Frage gestellt. Das säkulare Mitglied, Walid Nakschbandi, wollte beispielsweise gerne die DIK als feste Institution beibehalten. Ein „Deutscher Islam ist nicht von Funktionären organisierbar.“¹¹⁶⁹ Damit meinte dieser, dass der Glaube nicht unter einem Dachverband vereinbar ist und somit seien eher die Moscheegänger vereint worden und nicht die Muslime

¹¹⁶² Taz vom 12.04.2007c: S. 3.

¹¹⁶³ Taz vom 12.04.2007c: S. 3.

¹¹⁶⁴ SZ vom 12.04.2007: Kritik an Bündnis der Muslime, S. 5.

¹¹⁶⁵ SZ vom 19.04.2007: Muslimrat. Geschlechter im Schulsport trennen, S. 6.

¹¹⁶⁶ SZ vom 19.04.2007: S. 6.

¹¹⁶⁷ SZ vom 21.04.2007: Konkurrenz für Muslimrat, S. 8.

¹¹⁶⁸ Vgl. SZ vom 21.04.2007: S. 8.

¹¹⁶⁹ FAZ vom 15.04.2007: Schäubles Islamkonferenz stockt, S. 1.

in Deutschland.¹¹⁷⁰ Die FAZ sah die Gründung durchaus kritisch und findet die neue Gemeinsamkeit unter den Institutionen fragwürdig:

„Dabei haben die neuen Partner noch keine gemeinsame Postanschrift, Telefonnummer, oder E-Mail-Adresse, weder Webseite noch Briefpapier und nicht einmal eine vollständige Sitzung. Dennoch begannen sie [...] wohlgeplant und voller Pathos Weltpolitik zu machen.“¹¹⁷¹

Der Artikel gibt ebenso wie die übrigen Printmedien die Forderung Schäubles nach einem Ansprechpartner wieder, um einen Dialog über Islamunterricht, Kopftuch, Schächten und den Schwimmunterricht an deutschen Schulen zu führen. Die Muslime haben die gleichberechtigte Anerkennung zum Ziel und sahen sich der Kritik der Islamkritiker gegenüber. „So wenig wie irgendein Sportverein im Namen des deutschen Volkes auftreten kann, kann dieser Koordinierungsrat im Namen der deutschen Muslime sprechen“¹¹⁷², wurde Badr Mohammed¹¹⁷³ zitiert.

Die SZ sieht in der zweiten DIK keinen vertrauensvollen Dialog, da die Gründung des muslimischen Dachverbandes von Schäuble klein geredet wurde und die Gleichstellung der muslimischen Glaubenshäuser mit christlichen Kirchen nicht in Aussicht gestellt wurde. Die Maximalforderungen beider Seiten, Anpassung auf Seiten der Bundesregierung und rechtliche Gleichstellung auf muslimischer Seite, seien nicht dafür geeignet einen Konsens zu erreichen: „Trotz der Querelen muss die Islamkonferenz nicht scheitern. Der Streit zeigt vielmehr, wie ernst die Beteiligten das Treffen nehmen.“¹¹⁷⁴

Vor der Konferenz im Jahr 2007 gab es laut SZ noch weitere Wertediskussionen. Der KRM lehnte die Unterzeichnung der Forderungen der Arbeitsgruppe „Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens“ ab: „Die muslimischen Vertreter ständen zu den Grundwerten der Verfassung, die Formulierungen in dem Text wiesen jedoch darüber hinaus.“¹¹⁷⁵ Mit dem Text ist der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe gemeint, nachdem „sich die Teilnehmer zu einer ‚vollständigen Beachtung der deutschen Rechts- und Werteordnung‘ sowie zum säkularen Staat bekennen.“¹¹⁷⁶ Des Weiteren wurde dort festgeschrieben, dass sowohl die Mehrheitsgesellschaft, als auch die Zuwanderer über die Integrationsprozesse verändert werden, aber die Migranten einer höheren Anpassungsleistung

¹¹⁷⁰ Vgl. FAZ vom 15.04.2007: Im Namen des deutschen islamischen Volkes?, S. 5.

¹¹⁷¹ FAZ vom 15.04.2007: S. 5.

¹¹⁷² FAZ vom 15.04.2007: S. 5.

¹¹⁷³ Vorsitzender des Europäischen Integrationszentrums und Mitglied der DIK

¹¹⁷⁴ SZ vom 02.05.2007: Schädliches Geschwafel, S. 4.

¹¹⁷⁵ SZ vom 02.05.2007: Islamkonferenz über Werte zerstritten; S. 6.

¹¹⁷⁶ SZ vom 02.05.2007: S. 6.

ausgesetzt sind. Generell wurden sogar einige Formulierungen herausgenommen, wie die Anpassung der Migranten nach „kulturellen Lektorientierungen der Mehrheitsgesellschaft“¹¹⁷⁷, der KRM wollte dieses Papier dennoch nicht unterzeichnen.

Die FAZ widmete der Vorberichterstattung der zweiten DIK eine komplette Seite mit der Titelüberschrift „Die Deutsche Islamkonferenz“ (a) und mehreren Artikeln wie der „Islam in Deutschland“ (b), in dem die Herkunftsländer der 3,4 Millionen Muslime mit einer Graphik vor- und dargestellt werden. Des Weiteren werden die Mitglieder der DIK allerdings mit Foto abgebildet und die Strategie Schäubles in „Wirklichkeit überwindet Wunschdenken“ (c) vorgestellt. Die Diskussion über den KRM wird wiederum in „Wer darf für die Muslime sprechen?“ (d) näher beleuchtet.¹¹⁷⁸ Die Herkunftsländer der Zuwanderer muslimischen Glaubens sind durchaus vielfältiger, als die allgemeine Medienbetrachtung aufzeigte. Die Türkei stellt die größte Einwanderergruppe, aber Bosnien-Herzegowina (etwa 200 000) und der Iran (etwa 130 000) stellen eine nennenswerte Gruppe. Auffallend ist, dass die Herkunftsländer kulturell sehr divergent sind und daher ist natürlich auch die Auslegung des islamischen Glaubens als heterogen zu betrachten.¹¹⁷⁹ „Eine interessante Einwanderergruppe kommt aus dem Libanon: Es sind etwa 70 000, von denen fast 30 000 die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben.“¹¹⁸⁰ Dieser Artikel beinhaltete somit eine historische Komponente, der die Repräsentativität eines KRM per se bereits in Frage stellte.

Die FAZ ging auf die die Gastarbeiterzeit ein und sieht beispielsweise den Spracherwerb der ehemaligen Zuwanderer kritisch:

„Heute trifft man auf dem Kreuzberger Wochenmarkt türkische Mütterchen, die seit vierzig Jahren in Deutschland leben und noch nicht einmal das Wort ‚Tomate‘ kennen. Viele ältere Männer sprechen Deutsch in gestotterten Substantiven.“¹¹⁸¹

Die Zeitung wollte hiermit sowohl auf die zwanzigjährige „konservative Überzeugung“ hinweisen, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist und gleichermaßen auf die Multikulturalismus-Debatte Bezug nehmen. Beide Sichtweisen sind laut FAZ für „Integrationsversäumnisse und Wirklichkeitsverweigerung der Einwanderer“ verantwortlich und ein Ergebnis wurde mit dieser Diskussion nicht erzielt, da zum Beispiel die Bildungsabschlüsse und die Aufstiegschancen für

¹¹⁷⁷ SZ vom 02.05.2007: S. 6.

¹¹⁷⁸ FAZ vom 02.05.2007a,b,c,d: S. 6.

¹¹⁷⁹ FAZ vom 02.05.2007b: S. 6.

¹¹⁸⁰ FAZ vom 02.05.2007b: S. 6.

¹¹⁸¹ FAZ vom 02.05.2007c: S. 6.

Einwandererkinder negativ zu bewerten sind.¹¹⁸² Diese Sichtweise im Jahr 2007 deckte sich mit denen in der Taz und der SZ dargestellten Meinungen, werden aber mit deutlicheren Worten vertreten. Die Darstellungen müssen auf den Leser bisweilen befremdlich wirken. Die FAZ stellte allerdings die offiziellen Arbeitsgemeinschaften direkt vor und benannte unter anderem die AG1 für Gesellschaftsfragen, die AG2 der Religionsfragen und konstatierte Schäubles Sicht auf den Islam: „Islam in Deutschland soll ein ‚deutscher Islam‘ werden.“ Die Schwierigkeiten, wie etwa Herkunft und Repräsentativität, wurden in der FAZ gebündelt behandelt. Der Koordinierungsrat stellte für die FAZ hierfür nicht die geeignetste Lösungsmöglichkeit dar. Zum einen wurde die Ditib als zu mächtig im Rat diagnostiziert, da diese Institution dem türkischen Religionsministerium untersteht und somit sehr finanzkräftig die Ansichten der Türkei vertritt und zum anderen wurde über die Gründung das eigentliche Problem des Staates nicht gelöst:

„Dem Islam ist eine offene Struktur eigen, es gibt weder eine Einzelmitgliedschaft noch anerkannte Leitungsgremien – das deutsche Staatskirchenrecht aber ist darauf nicht zugeschnitten.“¹¹⁸³

Die Vorzeichen für die DIK standen im Jahr 2007 demnach denkbar schlecht, da die Muslime auf Anerkennung und Gleichberechtigung abzielten und sich das Bundesinnenministerium mit der Diskrepanz zwischen Wunschdenken und Wirklichkeit arrangieren mussten. Schäuble forderte eine Vertretung der Muslime, aber die Legitimation des Rates konnte aufgrund der heterogenen Struktur der islamischen Religionsausübung nicht gewährleistet werden.

Die Berichterstattung über das Treffen zur DIK wird in der Taz als „Dialog, 2. Versuch“¹¹⁸⁴ betitelt. Die Teilnehmer werden unterteilt in Einzelpersonen, Vertreter muslimischer Dachverbände und Kritiker mit Name und Institution, die sie vertreten, vorgestellt.¹¹⁸⁵ Die Dialogbereitschaft, beziehungsweise die Zielorientierung der DIK, wurde nun angezweifelt und kritisiert. Ayyub Axel Köhler äußerte seinen Unmut über die inhaltliche Leere der Konferenz: „Wir müssen endlich konkrete Ziele in Angriff nehmen. [...] So kann es nicht weitergehen, das wir ziellos debattieren.“¹¹⁸⁶ Schäuble sah hingegen, „dass der Prozess richtig ist.“¹¹⁸⁷ Bereits im Vorfeld gab es politischen Streit darüber, ob eine „selbstbewusste Kopftuchträgerin“¹¹⁸⁸ eingeladen werden sollte.

¹¹⁸² FAZ vom 02.05.2007c: S. 6.

¹¹⁸³ FAZ vom 02.05.2007d: S. 6.

¹¹⁸⁴ Taz vom 03.05.2007a: S. 2.

¹¹⁸⁵ Vgl. Taz vom 03.05.2007a: S. 2.

¹¹⁸⁶ Taz vom 03.05.2007a: S. 2.

¹¹⁸⁷ Taz vom 03.05.2007a: S. 2.

¹¹⁸⁸ Taz vom 03.05.2007a: S. 2.

Die als Kritikerin eingeladene Zahnärztin Ezhar Cezaitli wird nach der Geschäftsordnung des neu gegründeten Koordinierungsrates der Muslime gefragt, der sich „ausdrücklich auf die beiden Hauptquellen des Islam“¹¹⁸⁹ stützt und als Grundlage den Koran und die Sunna angibt: „Ziel des Rats sei, für die Anerkennung des Islams in Deutschland im Rahmen von Staatsverträgen zu arbeiten und eine unabhängige Religionsgemeinschaft zu gründen.“¹¹⁹⁰

Bestehend aus den vier größten Muslim-Verbänden wollte der Rat nun als oft politisch geforderter Ansprechpartner des Staates fungieren. Die Zahnärztin kritisierte daraufhin dieses Selbstverständnis. „Es geht nicht um die Integration des Islam, [...], es geht um die Integration von Menschen“¹¹⁹¹, daher sei es nicht möglich für alle Muslime zu sprechen als Dachverband.

An dem Tag der Konferenz im Jahr 2007 sah die SZ die deutsche Rechtsordnung als wichtigstes Thema an und veröffentlichte eine Karikatur mit einem riesigen Stein auf dem „Deutsche Werte“ zu lesen ist und auf der anderen Seite des Felsens steht ein Wegweiserschild mit der Aufschrift „Integration“. Das Paar auf der anderen Seite des Felsens ist augenscheinlich muslimischen Glaubens und will einwandern. Die Frau trägt ein Kopftuch und der Mann einen schwarzen Schnurrbart.¹¹⁹²

Der dazugehörige Artikel „Das deutsche Credo“¹¹⁹³ ging dementsprechend kritisch mit dem Bundesinnenminister Schäuble um und die SZ ist sich nicht sicher, ob nun politische, ästhetische, materielle, religiöse oder moralische Werte als „Eintrittsbillet“ für Deutschland gelten sollten:

„Verlangt er das Bekenntnis zu Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit und Treue, meint er Gottesfurcht und Nächstenliebe, meint er Toleranz, Freiheit und Gleichheit? Meint er die Werteordnung der Großen Koalition? Und kommt dann die Sicherheit vor der Freiheit oder ist es umgekehrt. Hat die Opposition bei der Ordnung der Werte auch was zu melden?“¹¹⁹⁴

Diese Fragen sind vor dem Hintergrund der jahrelang anhaltenden Debatte durchaus verständlich. Eine politische Definition dieser deutschen Werteordnung hat bis zum Jahr 2014 nicht stattgefunden. Die Diskussion über Werte und die Ausgestaltung einer deutschen Leitkultur hat genauer betrachtet kaum inhaltliche Unterfütterung und keine politische Ausrichtung erhalten.

¹¹⁸⁹ Taz vom 03.05.2007b: Mit Gott und dem Grundgesetz, S. 2.

¹¹⁹⁰ Taz vom 03.05.2007b: S. 2.

¹¹⁹¹ Taz vom 03.05.2007b: S. 2.

¹¹⁹² Vgl. SZ vom 03.05.2007a: Steiniger Weg, S. 4.

¹¹⁹³ SZ vom 03.05.2007b: S. 4.

¹¹⁹⁴ SZ vom 03.05.2007b: S. 4.

Einzig die deutsche Rechtsordnung ist belegt und könnte als Leitkultur gelten: „Sie ist eine Kultur des Zusammenlebens – und sie kann unerbittlich sein, wie sie hart ist gegen religiöse Dogmen.“¹¹⁹⁵

Auch in der SZ ist im Jahr 2007 der Streit um die Repräsentanz der Muslime auf der DIK im Mittelpunkt der Diskussion. Die DIK als Dialogversuch wurde auf eine harte Probe gestellt, da sowohl Kritiker, der KRM, als auch das Bundesinnenministerium sich zu positionieren suchten:

„Wieder einmal wurde es emotional: Wie viel Islam verträgt die Demokratie? Stellen die Verbände den Islam über das Grundgesetz? Wer vertritt den Islam? Wolfgang Schäubles Moderationstalent war immer wieder gefragt.“¹¹⁹⁶

Die Idee einer DIK als Dialogbasis wurde prinzipiell auch im Jahr 2007 noch befürwortet, nur die unterschiedlichen Auffassungen und kulturellen Verständnisse über Sachverhalte begrenzte die Wirkung der DIK. „Die Diskussion ist schwierig, weil wir oft mit den gleichen Begriffen unterschiedliche Dinge meinen“¹¹⁹⁷, wurde die Integrationsbeauftragte Böhmer zitiert.

Die FAZ sah die DIK aufgrund der negativen Vorzeichen ähnlich un erfolgreich. Die islamischen Verbände hatten die Arbeitsweise offen kritisiert und insgesamt wurden keine Beschlüsse gefasst. Allein das Stattfinden musste als Erfolg gewertet werden. Aber auch die Kritikerin Ezah Cezairli sah durchaus positive Aspekte, da durch das Konferenz gezeigt wurde, „dass die deutsche Gesellschaft den Islam ernst nehme, und weil sie zweitens einen Ort biete, an dem Muslime untereinander Gelegenheit zu Austausch und Streit hätten.“¹¹⁹⁸ Allerdings wurde von beiden Seiten ein Fahrplan und geltende Beschlüsse und Grundsätze, etwa für den Schulunterricht, gefordert. Dies wurde als schwierig erachtet, da Bildung Sache der Länder ist. Wiederum wurde der Rechtsanspruch gestellt, dieses Mal von Milis Görüs:

„Rechtlich betrachtet, kann es mehrere islamische Religionsgemeinschaften nebeneinander geben, so wie dies auch bei christlichen Religionsgemeinschaften der Fall ist.“¹¹⁹⁹

Die AG 2 hatte anders als die Arbeitsgruppe zur Wertediskussion allerdings einen kleinen Erfolg, da festgehalten wurde, „dass der Status als Religionsgemeinschaft unabhängig von der Mitgliedschaft ist.“¹²⁰⁰ Andere Zugeständnisse wurden nicht gemacht, kritisiert wurde zudem die Formulierung

¹¹⁹⁵ SZ vom 03.05.2007b: S. 4.

¹¹⁹⁶ SZ vom 03.05.2007: Der Streit ist der Weg, S. 5.

¹¹⁹⁷ SZ vom 03.05.2007: S. 5.

¹¹⁹⁸ FAZ vom 03.05.2007: Islamkonferenz ohne Beschlüsse, S. 1.

¹¹⁹⁹ FAZ vom 03.05.2007: Islamkonferenz ohne Beschlüsse, S. 2.

¹²⁰⁰ FAZ vom 03.05.2007: S. 2.

eines Gesprächskreises über Sicherheit als nicht zielführend, da hier einige muslimische Gruppen als undemokratisch und gewaltbereit „in Wort und Tat“ dargestellt wurden.¹²⁰¹

Viele Leser verstanden die Berichterstattung über die DIK und deren Vertreter nicht und forderten über Leserbriefe eine Beteiligung von den Muslimen, die es betrifft. Die Kopftuchträgerinnen müssten demnach endlich gehört werden:

„Und ich bin absolut überzeugt, dass inzwischen der überwiegende Teil gerade der jungen Tuchträgerinnen ihre Tücher aus ganz unterschiedlichen Motiven, aber nicht aus Zwang heraus tragen. Warum lässt man diese Frauen nicht zu Wort kommen? Warum lässt man ihr Emanzipationsverständnis nicht gelten?“¹²⁰²

Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Teilnehmerin der DIK Necla Kelek, die laut Lesermeinung ein nicht unrealistisches Bild der Muslima in Deutschland zeichnete und den Islam falsch darstellte. Als Beispiel führte der Leser eine junge Muslima an, die aus eigener Überzeugung das Kopftuch trägt und auch in der Schule nicht am Schwimmunterricht teilnehmen wollte, obwohl Lehrer und Eltern sie dazu ermutigten.¹²⁰³

Der Leser plädierte somit für eine differenziertere Sichtweise auf den Islam und mehr Teilhabe in der DIK. Ein weiterer Leser argumentierte in eine ähnliche Richtung:

„Wenn ich Frau Kelek richtig verstehe, ist eine Muslimin nur ohne Kopftuch emanzipiert. Wie emanzipiert ist die Muslimin dann von Frau Kelek, die offenbar nichts anderes gelten lässt?“¹²⁰⁴

Die DIK selbst wurde im Jahr 2007 medial bereits nicht mehr nur positiv bewertet, auch wenn der Dialogcharakter hoch gehalten wurde. Leserbriefe zeigten, dass die Meinung in der Bevölkerung durchaus differenzierter ist und viele mehr Teilhabemöglichkeiten von Muslimen einforderten.

8.5.3 Die DIK im Jahr 2008

Im Jahr 2008 fand die DIK bereits zum dritten Mal statt und die Berichterstattung beschränkte sich auf einige wenige Artikel rund um die Forderungen des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble. Im gleichen Jahr fand noch die sogenannte kritische Islamkonferenz statt, die sich aus theologischer Sicht mit dem Islam in Deutschland befasste.

¹²⁰¹ FAZ vom 03.05.2007: S. 2.

¹²⁰² Taz vom 04.05.2007a: Lasst Muslima zu Wort kommen, S. 12.

¹²⁰³ Vgl. Taz vom 04.05.2007a: S. 12.

¹²⁰⁴ Taz vom 04.05.2007b: Emanzipiert von Frau Kelek, S. 12.

Die FAZ berichtete bereits im Vorfeld von den Streitpunkten der DIK und wagte einen Blick in die bereits oben beschriebenen vier Arbeitsgruppen der DIK. Die Konflikte zeigten sich innerhalb der Verbände und den nichtorganisierten Vertretern der Muslime. Des Weiteren musste die staatlichen Stellen ihr Unwissen über den Islam in Deutschland eingestehen und gaben einige Studien in Auftrag (s. o. Kapitel zur Quellenlage). Die zähen Verhandlungen in den einzelnen Arbeitsgruppen wurden detailliert aufgezeigt.¹²⁰⁵

Im Vorfeld der Islamkonferenz, auch als Resultat der Verhandlungen in den Arbeitsgruppen, wurde medial konstatiert, dass den Muslimen in Deutschland die einheitliche Stimme fehlte, um gemeinsam und koordiniert verbindliche Absprachen treffen zu können.¹²⁰⁶ Die FAZ sah darin ein Zerwürfnis mit den Muslimen. Streitpunkte bildeten die Unterzeichnung des Thesenpapiers (s. o. DIK in der politischen Diskussion) „zum Verhältnis zwischen Muslimen und deutscher Gesellschaft. Vertreter der organisierten Muslime lehnten es ab, sich zu einer deutschen Werteordnung zu bekennen.“¹²⁰⁷

Schäuble forderte auf der dritten offiziellen DIK den Neubau von Moscheen in Deutschland:

„Mit dem Neubau von Moscheen verlassen die muslimischen Gemeinden die Hinterhöfe und dokumentieren ihren Willen, dauerhaft ein Teil der deutschen Gesellschaft zu sein.“¹²⁰⁸

Er unterstrich den Wert der DIK trotz der vielen Streitpunkte und konnte sich keine Alternative zu dieser Konferenz vorstellen. Vor dem Hintergrund des gleichzeitig stattfindenden Dialogangebotes Integrationsgipfel aus dem politischen Zentrum heraus, ist diese Aussage durchaus als kritisch zu betrachten. Sie zeigt den uneinheitlichen Umgang mit dem Themenkomplex Zuwanderung und Integration im politischen Zentrum. Auch einige Stellungnahmen von muslimischen Verbänden wurden abgedruckt. Ein Berliner Bildungswerk der Alevitischen Gemeinde äußerte seine Zugehörigkeit zu Deutschland: „Wir leben nicht im Feindesland und auf fremden Boden. Das ist unser Land.“¹²⁰⁹

In einem Interview unterstreicht Schäuble seine Haltung zum Islam, als er nach der Rolle der Islamkonferenz gefragt wird:

„Wir kommen voran. Hier entwickelt sich eine Streitkultur – zwischen den verschiedensten Menschen aus dem islamischen Kulturbereich. Zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen. Und wir wollen erreichen, dass wir

¹²⁰⁵ Vgl. FAZ vom 05.03.2008: Hitzige Debatten, raffinierte Verhandlungen. In den vier Arbeitsgruppen der Deutschen Islamkonferenz wird um verbindliche Absprachen gerungen, S. 3.

¹²⁰⁶ Vgl. FAZ vom 09.03.2008: Am Tisch mit Islamisten und Orthodoxen. Vor der Islamkonferenz: Die Mehrheit der Muslime in Deutschland hat keine Stimme, S. 14.

¹²⁰⁷ FAZ vom 13.03.2008: Wertestreit in der Islamkonferenz, S. 1.

¹²⁰⁸ SZ vom 14.03.2008: Schäuble verspricht neue Moscheen, S. 1.

¹²⁰⁹ SZ vom 14.03.2008: S. 1.

Grundlagen für die universitäre Ausbildung von Imanen und Religionslehrern schaffen. Dafür müssen Muslime aber akzeptieren, dass bei uns Religion und staatliche Ordnung getrennt sind.“¹²¹⁰

Schäuble bekannte sich damit direkt zum Nutzen der oft kritisierten DIK, verlangte im Gegenzug allerdings die Anerkennung der vereinbarten Normen durch die muslimischen Verbände.

Die Idee den Neubau von Moscheen in Deutschland zu fördern, stieß in der Union überwiegend auf Zuspruch. Viele Spitzenpolitiker äußerten sich wohlwollend zum Bau von Moscheen. In der Praxis, beispielsweise in München, galt die CSU allerdings als Bremser bei diesen Projekten. Insofern stehen die Äußerungen von Beckstein, nachdem sich die Moscheen nicht nur in Hinterhöfen befinden dürfen, im Widerspruch zur Verhinderung des Baus im Stadtteil Sending.¹²¹¹ Die unionsgeführten Länder lassen in diesem Zusammenhang eine klare Linie vermissen und fördern somit nicht die Umsetzung des Dialogs in die Praxis.

In der Taz wird nach der DIK ein Portrait des Bewerbers um den Sprecherposten des Koordinierungsrates der Muslime abgedruckt. Strittig war seine Bewerbung, weil er zur Vereinigung Milli Görüs gehört und diese unter Beobachtung steht in Deutschland.

Insgesamt wird der Mann als sympathisch eingestuft und dennoch hielten sich die Vorbehalte:

„Denn Kizilkaya ist Vorsitzender des Islamrats und Mitglied der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, die im Islamrat das Sagen hat. Milli Görüs wird im Verfassungsschutzbericht als islamistisch eingestuft; [...].“¹²¹²

Gerade in einem auf Verständigung ausgelegten Prozess der Annäherung über die Islamkonferenz scheint dieser Schritt des im Jahr 2007 gegründeten Koordinierungsrates wenig zielführend. Vor allem da die Muslime in Deutschland im Jahr 2008 über die Anerkennung als Religionsgemeinschaft verhandelten und sich für mehr Gleichstellung einsetzten.¹²¹³

Der Kritikpunkt des fehlenden direkten Ansprechpartners und eines Dachverbandes, der für alle Muslime spricht, stand dieser Anerkennung im Weg. Die Teilnehmerin der DIK Ezhar Cezairli durfte sich in der Taz zur säkularen Seite der Muslime und ihrer Kritik am KRM äußern. Sie wünschte sich einen kritischeren Umgang mit dem KRM und forderte eine konkretere Diskussion über Inhalte: „Wir müssen über Dinge wie das Selbstbestimmungsrecht, Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen oder koedukativen Schwimmunterricht sprechen.“¹²¹⁴

¹²¹⁰ SZ vom 15.02.2008: „Herr Erdogan arbeitet nicht gegen uns“, S. 6.

¹²¹¹ Vgl. SZ vom 15.03.2008: Repräsentative Konflikte; S. 6.

¹²¹² Taz vom 01.04.2008: Radikaler will für alle Muslime sprechen, S. 7.

¹²¹³ Vgl. Taz vom 11.03.2008: Muslime streiten über Anerkennung, S. 2.

¹²¹⁴ Taz vom 13.03.2008: „Wir sind nicht starr organisiert“, S. 6.

In einem Kommentar wurde dieser Streit um die Ausrichtung der DIK und das Zähe inhaltlichen Verhandlungen kritisiert. Die DIK aber weithin als positive Einrichtung bezeichnet:

„Die Anerkennung des Islams als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft ist überfällig. Ebenso die Verständigung darüber, wie sich die Integration der Muslime in den Alltag vollziehen kann.“¹²¹⁵

Neben der Förderung des Moscheebaus in Deutschland wollte Schäuble den Islamunterricht an staatlichen Schulen verankern. Der Unterricht sollte als „ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache“ eingeführt werden. Allerdings fehlen hierfür die ausgebildeten Lehrer: „Auf rund 750.000 muslimische Schüler in Deutschland kommen etwa 150 Lehrer – mindestens zehnmal so viele müssten es sein.“¹²¹⁶ Die infrastrukturellen Parameter für die Einführung eines flächendeckenden Islamunterrichts können somit nicht vorausgesetzt werden. Ein Artikel zählte die Vor- und Nachteile einer Einführung des Islamunterrichts an deutschen Schulen auf.¹²¹⁷

Der politische Disput über die Anerkennung der deutschen Werte durch die muslimischen Vertreter auf der DIK wird in der Taz behandelt.¹²¹⁸ Der schließlich gewählte Sprecher des KRM sah den islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen als zentral für die Annäherung und den Dialog zwischen den Kulturen an: „Wir werden am Aufbau der notwendigen Strukturen in den einzelnen Bundesländern weiterarbeiten.“¹²¹⁹

Die FAZ titelte am Tag der Ausrichtung der DIK ebenfalls mit der Konferenz und zeigte damit redaktionell die Wichtigkeit und Reichweite auf. In einem von der DIK herausgegebenen Zwischenbericht wurden der Wertekonflikt, die Vereinbarung zum Schulunterricht und der Bau von Moscheen veröffentlicht (s. o. politische Diskussion der DIK). Schäuble sah noch einige Probleme der Verständigung:

„Die emotionale Kluft zwischen den Menschen, und das macht mir schon Sorge, besteht offenbar unverändert fort. Es bestehe noch immer ein Mangel an Verständnis füreinander und an Vertrauen im Umgang miteinander.“¹²²⁰

Wie in den Jahren zuvor gab die FAZ Auskunft über den Werdegang, die Zusammensetzung und die Inhalte der DIK. Als einziges untersuchtes Printmedium druckte sie die Protestnote der DIK ab:

¹²¹⁵ Taz vom 14.03.2008: Mühsame Verständigung. Die Islamkonferenz kommt nur zäh voran, sie ist trotzdem sinnvoll, S. 11.

¹²¹⁶ Taz vom 14.03.2008a: Den Hasspredigern Konkurrenz machen, S. 2.

¹²¹⁷ Vgl. Taz vom 15.03.2008: Islam mach Schule, S. 18.

¹²¹⁸ Vgl. Taz vom 14.03.2008b: Streit über Werte, S. 2.

¹²¹⁹ Taz vom 30.09.2009: Islamischer Religionsunterricht als zentrale Aufgabe, S. 7.

¹²²⁰ FAZ vom 14.03.2008: Die Islamkonferenz legt einen Zwischenbericht vor, S. 1.

„Die Islamkonferenz forderte eine verantwortungsvolle, vorurteilsfreie und differenzierte Berichterstattung über Muslime und den Islam in den Medien.“¹²²¹

Als Resultat hielt die FAZ fest, dass die DIK etwas bewegen kann, wenn eine Entzweiung der Muslime gelingt. Es wird ein Potential in den säkularen Muslimen gesehen, die sich von den Dachverbänden und Organisationen im besten Fall los sagen sollen:

„Sollte es dazu führen, dass die säkularen Muslime, die in der Mehrheit sind, näher an unsere Gesellschaft herangeführt werden, ließe sich der Veranstaltung etwas abgewinnen.“¹²²²

Die Teilnehmer der kritischen Islamkonferenz wurden in der SZ betrachtet. Als Ziel wollte die kritische Islamkonferenz ein Gegenpol zur DIK bilden und weiteren Muslimen eine Bühne bieten, die auf der DIK nicht eingeladen wurden.

Vor allem die Organisatoren und bekannten Redner hätten sich bereits im Vorfeld selbst diskreditiert, beziehungsweise versucht sich auf dem Rücken des Islam neu zu profilieren:

„[...] und einen Moment lang kommt der Verdacht auf, bei Ahadi, Giordano und Kraus handele es sich um ein alt-, ex-, und neu-marxistisches Dreigestirn, das die Kritik im Islam nach Piratenmanier gekapert habe, um sich in Besitz eines konsensfähigeren Schlachtschiffs zu bringen.“¹²²³

Im Artikel wird festgehalten, dass es durchaus kritische Ansätze aus praktischen Erfahrungen heraus gab auf der Konferenz, diese aber aufgrund der ideologischen Strömungen ungehört bleiben würden.

Ein Leser äußerte sich daraufhin positiv zu der kritischen Islamkonferenz und fand deren Thesen nicht weitreichend genug. Er plädierte für eine Verschärfung der Kritik am Islam und argumentierte dementsprechend:

„Wer [...] nicht erkennen kann, dass der Islam nicht einfach als reine Religion bestimmt werden kann, sondern gleichzeitig unabtrennbar als vormoderne Herrschaftsideologie fungiert, ist geistig-moralisch verloren.“¹²²⁴

Diese Ausführungen eines Lesers sind selbstverständlich Einzelbeispiele von Sichtweisen, allerdings hinterlassen sie beim Lesen einen Eindruck. Ein weiterer Leser kritisiert vor allem die verkürzte Wiedergabe der Programmpunkte der kritischen Islamkonferenz und stellt klar, dass Themen wie „Frau im Islam, Zwangsheirat und Ehrenmord an Kindern, die sich nach westlicher Freiheit

¹²²¹ FAZ vom 14.03.2008: Zwischenbericht der Islamkonferenz, S. 2.

¹²²² FAZ vom 16.03.2008: Spalten statt Versöhnen. Die Islamkonferenz kann etwas bringen, wenn die Entzweiung der Muslime gelingt, S. 14.

¹²²³ SZ vom 02.06.2008: Wie eins in der K-Gruppe. Die „kritische Islamkonferenz“ wird von Ideologen dominiert, S. 12.

¹²²⁴ SZ vom 07.06.2008a: Vormoderne Ideologie der Herrschaft, S. 19.

sehen“ ungerechtfertigter Weise keine Berücksichtigung gefunden hätten.¹²²⁵ Die abgedruckten SZ-Leser sind demnach eher über die Berichterstattung als über das stattfinden der kritischen Islamkonferenz verärgert. Sie sehen die Inhalte als konstruktiv und für die politische Debatte förderlich an. In der Taz wird die Kritische Islamkonferenz ebenfalls behandelt und auf den Inhalt der Veranstaltung eingegangen. Im Mittelpunkt der Forderungen der Konferenz stand eine Ausprägung einer säkularen Gesellschaft und vor allem die Initiatoren der DIK wurden darauf in der Abschlusskundgebung hingewiesen. Es wurden die deutschen Politiker kritisiert, „die eine verbesserte Integration von Zuwanderern durch eine Stärkung der religiösen Identität zu erreichen versuchten.“ Vor allem die Zuschreibung einer Gruppenidentität verurteilten die Teilnehmer und forderten die Religion im Privaten zu lassen.¹²²⁶

Die DIK begann im Jahr 2006 mit dem Streit über die Aufführung des Mozart-Stückes *Idomeneo* (s. o.) und zeigte viele Diskussionspunkte auf. Ende des Jahres 2008 wurde in der Taz berichtet, wie der Islamrat und Wolfgang Schäuble zusammen die Oper besuchten. Die Taz freute sich ironisch, dass damit „die schönste deutsche Posse seit dem Skandal der Hitler-Tagebücher“ beigelegt wurde.¹²²⁷ Allerdings hatten im Vorfeld bereits mehrere Muslime die Teilnahme abgesagt und somit wiederum für Diskussionen gesorgt.¹²²⁸

Neben der Kritischen und der offiziellen Islamkonferenz hielt die rechtspopulistische Vereinigung Pro Köln noch einen „Antiislamierungsprozess“ im Jahr 2008 ab, der an dieser Stelle nur aufgelistet wird, da er die Debatte um die DIK nur am Rand tangierte. Des Weiteren führten viele Proteste und Demonstranten in Köln zu einer Nivellierung der Veranstaltung von Pro Köln.¹²²⁹

Insgesamt gab es wenige Neuerungen im Verlauf der medialen Diskussion. Interessant ist, dass bis zum Jahr 2013 ähnliche Statements zur DIK in den deutschen Medien wieder gegeben werden. Im Vorfeld der DIK im Mai 2013 kritisierten muslimische Verbände, dass es „immer nur um Extremisten, um Gefahren und um Sicherheit, statt um Gemeinsamkeiten und um Dinge“ ginge die gelingen

¹²²⁵ SZ vom 07.06.2008b: Menschenverachtende Grundlagen, S. 19.

¹²²⁶ Taz vom 02.06.2008: Religion soll privat bleiben, S. 7.

¹²²⁷ Taz vom 18.12.2008: Großes Kino, S. 15.

¹²²⁸ Vgl. Taz vom 18.12.2008: Muslime boykottieren Mozart, S. 6.

¹²²⁹ Vgl. Taz vom 19.09.2008a: „Da sind wir Kölner intolerant, S. 3. / Vgl. Taz vom 19.09.2008b: Rechtentreff ohne Stargäste: S. 3. / Vgl. Taz vom 19.09.2008c: Karneval der Unkultur, S. 3. / Vgl. Taz vom 20.09.2009: Demos gegen Islam-Hetze, S. 6. / Vgl. Taz vom 22.09.2009: Notbremse á la Köln, S. 1. / Vgl. Taz vom 22.09.2009: Kein Kölsch für Nazis, S. 3. / Vgl. Taz vom 22.09.2009b: „Die Linke ist zu zurückhaltend, S. 3. / Vgl. Taz vom 29.09.2008: 13 Stunden in der Gefangenessammelstelle, S. 6.

würden.¹²³⁰ Vor allem der Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) musste dahingehend Kritik am Konzept der DIK einstecken. Die Probleme seit der Gründung der DIK sind auch im Jahr 2015 noch aktuell: „Wer vertritt hier eigentlich wen? Wer repräsentiert wen? Wer hat die Autorität verbindliche Aussagen zu machen?“¹²³¹ Wie bereits im Jahr 2006 sind weiterhin die Fragen nach der Legitimität der islamischen Konferenzvertreter elementar. Weiterhin wird die Relevanz der DIK nicht angezweifelt, allein die Mittel für den Dialog werden angezweifelt. Friedrich zog eine positive Bilanz, trotz der Kritik im Jahr 2013 über die thematische weitere Ausrichtung der DIK. Insgesamt wird in der Bild wenig über die Deutsche Islamkonferenz im Speziellen gesagt, sondern vielmehr der Islam in Deutschland an sich behandelt. Einige Experten der Islamkonferenz dürfen sich allerdings in der Bild äußern und ihre Sichtweise öffentlich vertreten. Die mediale Debatte in der Bild ergab allerdings keine Neuerungen, so dass an dieser Stelle auf die Wiedergabe verzichtet wurde.

8.5.4 Die DIK im Jahr 2009

Die Bild-Zeitung berichtet im Bundestagswahljahr 2009 kaum über die vierte deutsche Islamkonferenz. Einzig eine Morddrohung im Zuge der DIK gegen den Initiator Wolfgang Schäuble in einem Islamisten-Forum wird in der Bild thematisiert.¹²³² Der Islam bleibt allerdings Thema in der Bild. Sie berichtet über einen muslimisch gläubigen Schüler, der sich in einer deutschen Schule das Recht für einen Gebetsraum vor dem Gericht erstreitet. Die Artikelserie steht wiederum unter dem Aufmacher „Deutschland diskutiert“, mit der die Bild die Wichtigkeit der Diskussion unterstreichen möchte.¹²³³ Des Weiteren wird die Einrichtung eines muslimischen Feiertages an deutschen Schulen diskutiert.¹²³⁴ Inhaltlich werden zur DIK weder Fortschritte noch politische Streitigkeiten in der Bild diskutiert. Die Artikel zu den Muslimen und dem Islam unterstreichen aber eher die Fremdheitsthese dieser Dissertation.

¹²³⁰ Der Islam gehört zur deutschen Wirklichkeit
(<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/kommentare/islamkonferenz135.html> abgerufen am 9.5.2013/ 14:42 Uhr).

¹²³¹ Der Islam gehört zur deutschen Wirklichkeit
(<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/kommentare/islamkonferenz135.html> abgerufen am 9.5.2013/ 14:42 Uhr).

¹²³² Vgl. Bild-Zeitung vom 29.04.2009: Morddrohung gegen Schäuble, S. 2.

¹²³³ Vgl. Bild-Zeitung vom 30.09.2009: Mekka-Zoff im Klassenzimmer. Muslimischer Schüler erstreitet vor Gericht eigenen Gebetsraum, S. 8 / Vgl. Bild-Zeitung vom 01.10.2009a: Zu: Mekka-Zoff im Klassenzimmer, S. 10 / Vgl. Bild-Zeitung vom 01.10.2009b: Kuschen wir zu viel vor dem Islam, S. 10.

¹²³⁴ Vgl. Bild-Zeitung vom 14.10.2009: Wirbel um Islam-Feiertag für Schüler, S. 1.

Die SZ berichtet wie die anderen untersuchten Zeitungen zu Beginn der DIK über diese Neuerung zur Verbesserung und Erleichterung des schulischen Umgangs mit muslimischen Schülern, vor allem während des Sport- und Schwimmunterrichts:

„Ein entsprechender Leitfaden solle auf der vorerst letzten Vollversammlung der Konferenz kommende Woche in Berlin beschlossen werden, [...]. Der Leitfaden empfiehlt den Schulen, Eltern die ihre Töchter vom Sportunterricht oder von Klassenfahrten befreien lassen wollen, einzuladen und möglichst mit Hilfe eines Lehrers mit muslimischen Wurzeln umzustimmen.“¹²³⁵

Die Idee der integrierenden Wirkung eines Gesprächs sei gut gemeint und in der Praxis bereits positiv bewertet worden, allerdings sahen sich einige muslimische Verbände ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt und forderten als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden.¹²³⁶

Des Weiteren wird in der SZ festgehalten, dass die DIK sich weiterhin nicht über ein gemeinsames Vorgehen in Sicherheitsfragen und gegen Extremismus einigen konnte. In der Lebenswelt herrscht mehr Vertrauen zwischen Moscheen und Polizisten als zwischen den Teilnehmern der DIK konstatiert die SZ:

„Auch nach drei Jahren Debatte zwischen Politikern, Beamten und Vertretern der Muslime in der Islamkonferenz ist ein gewisses Misstrauen zurückgeblieben, der Entwurf der Abschlusserklärung, [...], wird deshalb an mehreren Stellen nur unterschiedliche Standpunkte festhalten können.“¹²³⁷

Interessanterweise wird an dieser Stelle nur über die negativen Aspekte, wie das gebliebene Misstrauen und die verschiedenen Stellungnahmen in der SZ postuliert. Allein der Fakt einer Abschlusserklärung einer vierjährigen DIK wäre allerdings im Jahr 2001 nicht denkbar gewesen. Der Anstoß zum Dialog und die Fortführung der gemeinsamen Diskussion muss als positiver Aspekt des Problemverarbeitungsmodus Integration gesehen werden. Das politische Zentrum versuchte einen gemeinsamen Output zu erreichen, der die Schranken zur Lebenswelt überbrückt. Das dieser Prozess länger dauern würde als diese vier Jahre und bis zum Jahr 2015 durch die betrachteten politischen Versäumnisse nicht abgeschlossen ist, konnte sich das politische Zentrum nicht vorstellen. Die Gefahr einer Routinisierung des Diskurses und die hiermit verbundene Verstetigung und Wiederholung des Erreichten, lässt sich bereits im Jahr 2009 vermuten.

¹²³⁵ SZ vom 17.06.2009: Islamkonferenz berät über Sportunterricht. Neue Regeln sollen Umgang der Lehrer mit muslimischen Schülerinnen erleichtern, S. 6.

¹²³⁶ Vgl. SZ vom 17.06.2009: S. 6.

¹²³⁷ SZ vom 25.06.2009: Das Misstrauen bleibt. Islamkonferenz uneins über Vorgehen gegen Islamisten, S. 6.

Als Ergebnis hält die SZ daher fest: „Man kennt sich jetzt“¹²³⁸ und das eine Fortschreibung der DIK beschlossen wurde. Schäuble wird mit den Worten zitiert, dass die DIK ein deutliches Zeichen gesetzt habe, „dass Muslime in Deutschland angekommen und aufgenommen sind.“¹²³⁹

Die Taz berichtet deutlich ausführlicher und bereits im Vorfeld über die Ergebnisse der DIK. Inhaltlich ergeben sich allerdings für die Diskussion kaum neue Aspekte. Der Wunsch Schäubles nach mehr Kooperation mit den christlichen Kirchen in der Gleichstellungsfrage zum Islam ist als ein Punkt zu nennen:

„Mein Ziel ist eine gewisse Gleichstellung des Islam. [...] Also eine ähnliche Form der staatlichen Kooperation mit den Muslimen in Deutschland wie mit anderen Religionsgemeinschaften.“¹²⁴⁰

Diese Gleichstellung sah Schäuble als langfristiges Ziel an und muss im Interview zugeben, dass die DIK nach vier Jahren kaum konkrete Projekte und keine Gesetze beschlossen hat:

„Es gibt keine neuen Gesetze und Verordnungen, wenn sie das meinen. Alle muslimischen Vertreter haben sich ohne jeden Vorbehalt zur Ordnung des Grundgesetzes bekannt.“¹²⁴¹

In einem Kommentar hält die Taz daher fest, dass die Trennung zwischen Ihr und Wir aufgehoben werden muss und spricht bei der DIK von einem falschen Sondergremium, da es die Legitimation durch die in Deutschland lebenden Muslime nie erreicht hat.¹²⁴² Einig sei man sich laut Taz nur darüber geworden, dass der Dialog in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt werden sollte. Auf einem Bild ist Wolfgang Schäuble zu sehen, wie er miesmutig nach links schaut, während die hinter ihm aufgestellten muslimischen Vertreter der DIK in die andere Richtung blicken oder mit gesenktem Haupt dastehen. Dieses Sinnbild soll für den fehlenden Konsens in der DIK stehen.¹²⁴³ Allein diese letzten Artikel im Jahr 2009 zur DIK verbreiten eine eher ernüchternde Stimmung und zeigen deutlich die Schiefelage des Dialoges. Der Versuch einer Suche nach Gemeinsamkeiten und einem Nähe schaffenden gemeinsamen Outputs bleibt elf Jahre nach dem Paradigmenwechsel aus.

Auch die FAZ würdigt die DIK als positiven Dialog und hält fest, dass eine Studie belegt, dass weit mehr Muslime in Deutschland leben, als bisher vermutet.

¹²³⁸ SZ vom 26.06.2009: S. 5.

¹²³⁹ SZ vom 26.06.2009: S. 5.

¹²⁴⁰ Taz vom 22.06.2009: Schäuble will Islam gleichstellen, S. 1.

¹²⁴¹ Taz vom 22.06.2009: „Wir ertragen uns“, S. 4.

¹²⁴² Vgl. Taz vom 24.06.2009: Genug konferiert, S. 12

¹²⁴³ Vgl. Taz vom 26.06.2009: Konferenz ohne Konsens, S. 2.

Die DIK hatte diese Studie in Auftrag gegeben und demnach leben statt angenommenen 3,1 – 3,4 Millionen Muslime etwa 4,3 Millionen in Deutschland:

„Der Studie zufolge sind Türken die am schlechtesten integrierte Einwanderergruppe; viele Muslime sind aber offenbar besser in die Gesellschaft integriert als angenommen: So seien mehr als die Hälfte der Muslime, die älter als 16 Jahre sind, Mitglied eines deutschen Vereins.“¹²⁴⁴

Allerdings stellt die Studie den Befund, „dass sich Muslime in Deutschland generell schlechter integrieren als Einwanderer anderer Religion.“¹²⁴⁵ Die Studie, die in der Taz und SZ ebenfalls zu finden ist, lässt demnach auf den Wunsch der Muslime schließen, endlich als gleichgestellte Gemeinschaft in die Gesellschaft aufgenommen zu werden. Die Schranken hierfür aber noch zu hoch sind. Die FAZ nennt daher die Bemühungen der DIK „Ein guter Anfang“¹²⁴⁶ und plädiert für die Fortschreibung des Dialoges und titelt, ähnlich wie die Taz: „Jetzt kennt man sich ein bisschen besser“.¹²⁴⁷

Die drei Zeitungen, außer der Bild-Zeitung, sehen also durchaus Potential in der DIK, müssen aber wie das politische Zentrum feststellen, dass eine vierjähriger Dialog nicht auszureichen scheint, um gemeinsame Ziele, Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Einzig der Dialog an sich wird positiv hervorgehoben und für deren Weiterführung plädiert. Die anfängliche politische wie mediale Begeisterung für die DIK ist einem routinierten Umgang mit den Ergebnissen und Studien gewichen. Der positive Output für die Adressaten in der Lebenswelt ist bis zur Bundestagswahl 2009 nicht auszumachen. Allerdings wird in der SZ, der Taz und der FAZ die Schranke zum Diskurs deutlich geöffnet. Viele Vertreter der Adressaten kommen zu Wort und dürfen sich ab 2006 zu verschiedenen Ausprägungen der DIK äußern. Diese drei untersuchten Printmedien prägen ihre kritische Haltung gegenüber den politischen Entscheidungsprozessen deutliche aus und beanstanden den politischen Stillstand in diesem Bereich. Sie zeigen die demokratischen Defizite der DIK auf und fordern einen offeneren Umgang mit den Adressaten dieser Maßnahmen.

¹²⁴⁴ FAZ vom 24.06.2009: 4,3 Millionen Muslime in Deutschland, S. 1.

¹²⁴⁵ FAZ vom 24.06.2009: Viel mehr Muslime als gedacht, S. 4.

¹²⁴⁶ FAZ vom 26.06.2009: Ein guter Anfang, S. 1.

¹²⁴⁷ FAZ vom 26.06.2009: S. 3.

9. Auswertung: Fremdheitskonstruktionen in den Printmedien

Die untersuchte mediale Verarbeitung der politischen Integrations- und Zuwanderungsdebatte lässt mehrere Schlüsse zu. Die Betrachtung hat gezeigt, dass die Themen Green Card, Zuwanderungsgesetz und Kopftuchstreit für eine breite Öffentlichkeit nicht nur während der politischen Diskussion, sondern darüber hinaus von medialem Interesse waren. Die mediale Debatte über die Ausgestaltung der gewollten Zuwanderung zeigte deutlich die politische Hintergrundrealität zu Einwanderungsaspekten. Die mangelnde politische wie mediale Teilhabemöglichkeit der Adressaten macht diese zu bloßen Rezipienten der von den Medien beobachteten und vorselektierten politischen Operationen im politischen Zentrum. Diese Schranke zum Diskurs muss als Demokratiedefizit gewertet werden und erst in der medialen Diskussion über die DIK und den NI aufgebrochen. An dieser Stelle äußern die Vertreter der Minderheiten deutlich ihre empfundene Diskriminierung in den untersuchten Printmedien. Angenommen werden kann, dass durch die Auswahl der vier untersuchten Zeitungen und den jeweiligen Adressatenstamm ein annähernd repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung angesprochen wurde. Die politischen Maßnahmen und Rechtsprechungen müssen demnach eine große Anzahl von Menschen erreicht haben. Die Häufigkeit und der Detailreichtum der Wiedergabe sprechen für die Plausibilität dieser Annahmen. Die Berichterstattung erfolgt der Logik der Periodizität. Erfolgt eine politische Entscheidung wird diese auch medial begleitet. Die untersuchten Thematiken werden allerdings nicht kontinuierlich behandelt.

Festzuhalten bleibt weiter, dass die Printmedien oftmals einseitig berichten, da nicht viele Vertreter von Minderheiten zu den einzelnen Themen Stellung nehmen durften. Die Berichterstattung der jeweiligen Zeitungen erfolgt nach einer thematischen und hierarchischen Abstufung. In der Bild-Zeitung wurde am geringfügigsten über die behandelten Themen berichtet. Stimmen aus der Bevölkerung wurden selten abgedruckt und spiegelten die Meinung der Mehrheitsgesellschaft wider. Ab dem Jahr 2006 wandelt sich allerdings das Bild. Die untersuchten Printmedien nehmen über die neu gebildeten Foren der DIK und des NI direkter an der Genese der Resultate in Bezug auf Einwanderung und Zuwanderung teil. Die mediale Berichterstattung wird dadurch kritischer und die Forderungen nach einem einheitlichen politischen Willen zur Verbesserung der Situation

lauter. Vermehrt kommen die Vertreter der Minderheiten zu Wort und dürfen ihre kritische Sichtweise auf die politischen Strukturen medial verbreiten.

Die SZ hält zum einen den Leser durch eine lückenlose aber einseitige Darstellung der politischen Maßnahmen auf dem Laufenden. Zum anderen kritisiert sie die langwierige Genese der Gesetze und Verbote im Falle des Kopftuches. Einige Vertreter von Minderheiten kommen zu Wort und Leserbriefdebatten zeigen die Sichtweise der Bevölkerung auf. Die DIK und der NI werden sehr ausführlich diskutiert.

In der Taz werden die meisten Stimmen aus der Bevölkerung publiziert. Sowohl aus der Mehrheitsgesellschaft als auch aus den Minderheitengruppen werden viele Stellungnahmen abgedruckt. Die Zeitung beleuchtet, so wie die SZ, die politischen Maßnahmen sehr kritisch und zieht zu den politischen Resultaten Bilanzen.

Die FAZ wird ihrer eher konservativ ausgelegten Ausrichtung gerecht. In der Zeitung werden die gleichen Themen behandelt wie in den anderen Printmedien. Allerdings wird gerade in den Jahren ab 2006 bewusst, dass die FAZ die politische Ausrichtung der CDU geführten Regierung verteidigt und viele Ausprägungen, wie den Einbürgerungstest, als wichtige Neuerung preist.

Für alle untersuchten Zeitungen gilt, dass sie Vertreter der Minderheiten zu Wort kommen lassen. Viele der abgedruckten Stimmen vertreten die Auffassung, dass die Einführung der Integrationskurse sinnvoll ist oder verlangen die Abnahme des Kopftuches. So wird beispielsweise der Unternehmer Vural Öger in der Bild-Zeitung mit seiner Forderung nach Deutsch-Pflichtkursen für türkische Mütter zitiert. Die Berichterstattung beschränkt sich in der SZ, der Taz und der FAZ hauptsächlich auf den politischen Parteienstreit, einzelne politische Personen, und die Verbreitung der politischen Gesetzesänderungen. Sie lassen dem Leser durch ihre kritische Darstellungsweise mehr Raum zur eigenen Meinungsbildung als die Bild-Zeitung. Diese initiiert bis auf einige gefundene Fälle oft bereits durch ihre Überschriften Fremdheitsgefühle. Die politische Berichterstattung wird in der Bild-Zeitung fast ausschließlich unkommentiert stehen gelassen und beschränkt sich auf die wesentlichen Punkte.

Die ausgewählten Themen wurden weiter auf den medialen Transport von Fremdheit und Vorurteilen untersucht. Diese beiden Punkte sind nach Halbwachs und Waldenfels mit die wichtigsten Faktoren und lassen auf eine Abgrenzung zwischen den Gruppen schließen. Die exemplarische Inhaltsanalyse der vier Zeitungen zeigte, bedingt durch die Darstellung des

Parteienstreits und der politischen Forderungen, ein gewisses Maß an transportierten politischen Vorurteilen. In der Taz und der SZ wurde versucht diese teilweise zu relativieren, indem eine offene Kritik an den Maßnahmen geäußert wurde. Die FAZ bekräftigte oft die politische Agenda und kommentierte politische Entscheidungen wohlwollend. Laut Luhmanns These versuchen die Printmedien ab 2006 verstärkt vorgefasste Hintergrundmentalitäten und die aufgezeigten Schranken zum Diskurs zu durchbrechen.

Die Frage, ob diese Kritik der Zeitungen zu einem Abbau der Vorurteile und der somit vermittelten Fremdheit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen geführt hat, vermag diese Arbeit nicht zu beantworten. Sie müsste weiterführend untersucht werden. Nach der theoretischen Herangehensweise ist ein Rückzug in soziale Gruppen aber immerhin wahrscheinlich. Gleichzeitig könnte eine weiterführende Öffnung der medialen Schranken auch eine Veränderung des Problemverarbeitungsmodus im politischen Zentrum bewirken.

Die Green-Card-Debatte wurde politisch sehr kontrovers geführt. Vor allem die ablehnende Haltung der Union repräsentierte Fremdheit. Der Slogan „Kinder statt Inder“ und die Wahlkampfkampagne „Mehr Ausbildung, statt mehr Einwanderung“ lässt eine negative Wirkung auf die im Land lebenden Menschen mit Migrationshintergrund vermuten. Die Green-Card-Inhaber wurden, wie die Beispiele zeigen, mit einer ablehnenden Haltung konfrontiert. Sie mussten viele bürokratische Hindernisse überwinden und das festgeschriebene Bleiberecht von fünf Jahren ließ keine langfristige Zukunftsplanung in Deutschland zu. Der Slogan „Kinder statt Inder“ muss, da er in allen Zeitungen diskutiert wurde, beziehungsweise auch in der Taz und der SZ kritisiert wurde, zumindest von den Zuwanderern wahrgenommen worden sein. Von Interesse für diese Arbeit ist die Diskussion der sogenannten Blue Card. In dieser Debatte werden die gleichen Bilder und Vorurteile transportiert, wie in der Diskussion über die Einführung der Green Card. Es muss festgehalten werden, dass der Diskurs über die sogenannte erwünschte Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland in dem untersuchten Jahrzehnt kein Neuerungswert zu verzeichnen hat. Die transportierten Bilder vermitteln die Angst für einer Überfremdung in Deutschland, die über die geringen Zahlen der tatsächlichen Zuwanderung nicht abgebildet werden können.

„Die Inder“ wurden als Gruppe charakterisiert, obwohl die meisten Hochqualifizierten aus den osteuropäischen Staaten kamen. Die Pauschalisierung der Green-Card-Besitzer als indische Computer-Experten erzeugte eine Verzerrung der Wirklichkeit beim Empfänger. Obwohl die Bild-Zeitung selbst den Begriff „Computer-Inder“ mit prägte, versucht sie an einigen Stellen die tatsächlichen Einwandererzahlen dem Herkunftsland nach zuzuordnen. Die anderen drei Zeitungen

spielen mit dem Begriff des „Computer-Inders“ und zeichnen einen positiven Stereotyp „des Inders“. Das Bild Indiens hätte sich nun vom Entwicklungsland zum Land der Experten und Spezialisten gewandelt. Als fremdheitsstiftend muss die negative Green-Card-Bilanz gewertet werden. Es werden Stellungnahmen aus den Reihen der Green-Card-Besitzer benutzt, um die Green Card als gescheitert hinzustellen. Die politischen Maßnahmen werden als unzureichend und unwirksam medial kritisch bewertet. Hinzu kamen die Stellungnahmen einiger Politiker und Unternehmer, die ebenfalls ein negatives Fazit des politischen Vorstoßes zogen. Die Blue-Card-Debatte stellt kein spezifisches Land in den Mittelpunkt. Vielmehr wird die Unattraktivität des Standorts Deutschland für Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften diskutiert. Die mangelhafte Ausgestaltung der Bleiberechtsverordnung ist vor der Bundestagswahl 2009 sehr präsent in den untersuchten Printmedien.

In der Green-Card-Debatte tauchen alte Zuschreibungen aus der „Gastarbeiter-Epoche“ wieder auf. An dieser Stelle zeigt sich die Nähe zur alten Einwanderungsdebatte, da genauso wie damals ein Rotationsprinzip geplant war und die Spezialisten „nach getaner Arbeit“ das Land wieder verlassen sollten. In der Bild-Zeitung und der Taz wird von „Gastarbeitern“ gesprochen, die nun wieder ins Land kommen sollen. Die Taz spielt mit alten Äußerungen und fragt kritisch, warum im „Deutschen Boot“ nun wieder so viel Platz sei. Die Taz geht anders mit den Konnotationen um und versucht mittels Gebrauch alte Vorurteile abzubauen.

Alle diese Faktoren sprechen auf einer Seite für ein gewisses Maß an transportierter Fremdheit, hervorgerufen durch politische Vorurteile und negative Stellungnahmen der Politiker in den Printmedien. Auf der anderen Seite bewerten zumindest die SZ und die Taz die Tatsache positiv, dass endlich über Einwanderungsprozesse diskutiert wird. Die beiden Zeitungen zeigen sich zunächst erwartungsvoll und gehen von einem Paradigmenwechsel aus, der ein ZuwG zur Folge haben wird. In der FAZ ist die Diskussion über die Green Card nicht so präsent wie in der SZ oder der Taz. Der wirtschaftliche Aspekt wird in ihr hervorgehoben und aus diesem Grund die Green Card als politische Idee gelobt.

Ab Ende 2001 werden die Erwartungen negiert und die langwierige Debatte über das Zuwanderungsgesetz bestimmt viele Jahre zyklisch die politische Berichterstattung in den Zeitungen. Die Bild-Zeitung räumt dieser untersuchten Thematik Raum ein, kommt aber nicht an die Fülle der Darstellung in den anderen drei Zeitungen heran. Seit dem Jahr 2001 wurde in allen vier Zeitungen über die Forderung an die Zuwanderer und die politische Debatte über die Gestaltung der Zuwanderung diskutiert. Der Inhalt des Gesetzes und die Einwanderer an sich

fanden kaum Eingang in die mediale Verarbeitung der Ereignisse. Gerade in der Anfangsphase dieser neuen Einwanderungsdebatte muss aufgrund der mangelnden Teilhabe der Adressaten von einer gewissen sozialen wie institutionellen Diskriminierung gesprochen werden. Weder im politischen Zentrum, noch medial, dürfen sich die Adressaten in den Diskurs einbringen.

Die politischen Entscheidungsträger wirkten während der Genese des ZuwGs so uneinig und zerstritten, dass sich die mediale Berichterstattung in den Jahren 2001 und 2004 nur um die Auffassungen der politischen Entscheidungsträger drehte. Es wurde beispielsweise darüber diskutiert, ob sich Otto Schily ein Denkmal setzen möchte oder ob die Grünen nun endgültig vom Verhandlungstisch aufstehen würden. Selbst nach der Verabschiedung des ZuwGs kam keine Ruhe in die Debatte. Die Union forcierte mit neuen Forderungen nach Deutschpflicht und Einbürgerungstests für Zuwanderer bis zum Jahr 2007 die Richtung der Debatte. Während die Bild-Zeitung sich auf die Wiedergabe der Ereignisse beschränkte, verglichen die Taz und die SZ das politische Handeln mit einem tragischen Theaterstück beziehungsweise einem „Kasperltheater“. Die abgedruckten Vertreter der Minderheiten zeigten sich enttäuscht über dieses parteipolitische „Wirrarr“ und klagten schließlich gegen das ZuwG. Vor allem die Verringerung des Nachzugsalters und die Pflicht zu Integrationskursen wollten sie nicht unkommentiert hinnehmen. Diese Verschärfung des ZuwGs wurde ab 2007 verstärkt medial diskutiert. Die FAZ verstand den politischen Hintergedanken und kommentierte den Willen nach Minderung des sogenannten Heiratsnachzugs positiv. Die im NI versammelten Vertreter der angesprochenen Minderheiten verstanden die Verschärfung der Gesetzgebung im Hinblick auf den Familiennachzug als Beschränkung ihrer Grundrechte. Medial wurde kritisiert, dass die Deutschkurse, die im Heimatland zu besuchen seien, vielfach nicht angeboten werden und somit tatsächlich eine neue Beschränkung existiere.

Weitere Debatten über die so genannten „Muslim“- und „Nackt-Tests“ in der Bild-Zeitung können als Indizien für wenig Verständnis zwischen den Kulturen gewertet werden. Eine Wirkung auf die Gesellschaft kann demnach angenommen werden, zumal einige Minderheiten als Gruppen klassifiziert und eingeteilt wurden. Es wird von „dem Türken“, oder einfach „dem Ausländer“ an sich gesprochen und somit findet eine Gruppenzuordnung in den Zeitungen statt. Bemerkenswerterweise erfolgen die Zuweisungen sehr pauschal. Mit der Bezeichnung „Ausländer“ sind alle Menschen gemeint, die jemals nach Deutschland eingewandert sind. Für sie gilt dieses neue Gesetz und „der Ausländer“ an sich scheint die Bezugsgruppe für alle Individuen mit Migrationshintergrund zu bilden. Die Adressaten überschneiden sich. Im NI werden vornehmlich

türkische Vertreter eingeladen, während bei der DIK muslimische Vertreter zu Wort kommen. Als Folge sitzen teilweise die gleichen Vertreter in beiden Foren.

Die einzige im Zusammenhang mit dem ZuwG herausgestellte spezifisch nationale Gruppe ist die der „Türken“. Sie stehen als größte Zuwanderungsgruppe unter anderem aufgrund einer anderen Religion besonders im Fokus der politischen und medialen Aufmerksamkeit. Ihnen wird des Öfteren ein fehlender Integrationswille vorgeworfen, da sie sich weigern würden die deutsche Sprache und die deutschen Werte zu lernen. Des Weiteren wird ihrer Religion und vor allem dem Symbol Kopftuch eine politisierende Wirkung zugeschrieben.

Die Kopftuchdebatte signalisiert allein durch die politische Brisanz von vornherein ein Maß an Fremdheitszuschreibungen. Die muslimische Religion hat eine Randstellung inne, obwohl es in Deutschland mittlerweile fast vier Millionen bekennende Muslime gibt. Von den Muslimen in Deutschland wird erwartet, dass sie ihr Kopftuch im öffentlichen Dienst abnehmen, da es ein politisches Symbol sei und die weibliche Unterdrückung zeigen würde. Christliche Zeichen wurden jedoch nicht in Frage gestellt, da diese zu den deutschen Werten zählen und kein fremdes Weltbild vertreten würden. Das politische Zentrum kann nicht für mehr Nähe im Diskurs sorgen, so lange ein starkes Symbol, wie das Kopftuch zwischen den Adressaten in der Lebenswelt und der politischen Willensbildung steht. Das politische Zentrum hat über die untersuchten Jahre hin versäumt über einen stringenten Problemverarbeitungsmodus zu einer Lösung für die Thematik Kopftuch zu kommen. Stattdessen wiederholt sich der Diskurs fast in jedem Jahr. Sowohl die Gerichtsurteile, als auch die Verschärfungen der Landes- und Schulgesetze sorgen nicht für Nähe gegenüber den Adressaten im Diskurs.

In der Bild-Zeitung kommt die Diskussion um das Kopftuch sehr selten und fast ausschließlich in Kurzmeldungen vor. Dabei werden in der Bild andere Ereignisse mit dem Kopftuch in Verbindung gebracht. Beispielfhaft dafür sind der Mohammed-Karikaturenstreit oder der Entführungsfall Susanne Osthoff. Die Frage nach der Integrationswirkung eines Kopftuches wird im Kontext dieser Ereignisse immer wieder gestellt. Aufgegriffen werden weiter einzelne Skandale, als zum Beispiel ein Lehrer zwei mit einer Burka gekleideten Schülerinnen kurzerhand vom Unterricht ausschließt.

In den anderen drei untersuchten Zeitungen entspricht sich die Berichterstattung zum größten Teil. Vor allem die Kulturministerin Baden-Württembergs Schavan und die Feministin Schwarzer dürfen ihre Meinung zum Kopftuch, als Zeichen der Unterdrückung der Frau und des politischen Islamismus, kundtun. Die Urteile der einzelnen Gerichte werden mit diesen Stellungnahmen untermalt, aber sehr detailliert wiedergegeben. Als positiv festzuhalten bleibt, dass die drei

Zeitungen die Diskussion kritisch beleuchten und Kopftuchbefürworterinnen zu Wort kommen lassen. Die politische Brisanz dieses Themas und die damit verbundene einseitige Berichterstattung lassen sich jedoch nicht leugnen. Viele Landtagsdebatten, politische Stellungnahmen und die letztendlich ablehnende Haltung des BVerfG spiegeln, neben vielen Leserbriefen, die Begrüßung eines Kopftuchverbotes wider. Des Weiteren sind in den Äußerungen politische Gruppenzuschreibungen vorhanden, da die Muslime als religiöse Gruppe charakterisiert werden. Es entsteht der Eindruck, dass sich diese Gruppe in Deutschland anpassen muss, um nicht unter den Generalverdacht der bekehrungswilligen, politisch motivierten Muslime zu fallen. Dem Kopftuch an sich werden diese Zuschreibungen zugewiesen. Das heißt, wenn zum Beispiel eine Lehrerin dieses trägt, würde sie damit ihre islamische Politisierung bei gleichzeitiger männlicher Unterdrückung kundtun.

Das Kopftuch als religiöses Bekenntnis und Zeichen der Emanzipation wird politisch nicht zugelassen, obwohl viele Stellungnahmen in den untersuchten Zeitungen sowohl aus der Mehrheitsgesellschaft als auch aus den Minderheitengruppen gefunden wurden. Der Verdacht bleibt politisch bestehen und wird mittels der Zeitungen transportiert. In einer zukünftigen Untersuchung wäre es wichtig zu beleuchten, ob aus diesen neuen Zuschreibungen feste Stigma werden, oder ob sich das Bild der kopftuchtragenden Muslime in Zukunft wieder wandelt. Diese religiösen Symbole gelten nach Habermas als Rückzugspunkt für gewisse gesellschaftliche Gruppen. Die vor allem negative Stigmatisierung des Kopftuchs im und nahe des politischen Zentrums führt zu einem weiteren Unverständnis und einem Rückzug bei den Adressaten.

Im politischen Zentrum versuchen somit alle Seiten ihre Positionen in Bezug auf Zuwanderung und Einbürgerung medial festzuschreiben. Der Fokus ist bis zum Jahr 2009 sicher vermehrt auf den in dieser Dissertation untersuchten Themenkomplex ausgerichtet und zeigt die Brisanz und die weiter bestehende Problematik dieser Punkte auf. Das politische Zentrum hat in den untersuchten Zeitungen aus einem Randthema, auch zu sehen an den Wahl- und Parteiprogrammen, ein bis zum Jahr 2009 ein fokussiertes Hauptthema gemacht. Die Adressaten bleiben hierbei weiterhin größtenteils ungefragt. Die Gesetzgebung um die Einbürgerung und Integration herum wurde weiter verschärft und die Einbürgerungszahlen sinken seit 1998 stetig, wie Statistiken beweisen. Es muss konstatiert werden, dass die Schieflage im Diskurs sich eher verstärkt als verringert hat. Allerdings wandelt sich in den Jahren das Bild der untersuchten Printmedien, auch zum Teil in der Bild-Zeitung. Die Printmedien gehen kritischer mit dem Output des politischen Zentrums um und verurteilen einige Vorstöße seitens der Politik als unreflektiert und kontraproduktiv. Zu Beginn der Untersuchung geben die Printmedien zu diesem Themenkomplex relativ unreflektiert die

Stellungnahmen des politischen Zentrums wider. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig. Der Neuerungskwert der Faktenlage und natürlich das teilweise fehlende Expertenwissen zu dieser Zeit sind als Hauptgründe zu nennen. In den Jahren der Ausdifferenzierung und thematischen Verflechtung der deutschen politischen Zuwanderungs- und Einbürgerungsfragen eignen sich die Printmedien dieses Wissen an und werden spätestens ab der Einberufung des Nationalen Integrationsgipfels und der Deutschen Islamkonferenz zum kritischen Begleiter dieser Foren. Sie kritisieren den politischen Stillstand und die wiederkehrenden Kreisläufe in dem Versuch eine Lösung anzubieten. Die Zeitungen loben allerdings auch den politischen Willen diese Foren zu schaffen und zeichnen somit eine neue Hintergrundrealität. Insgesamt wird der Hauptfokus ab 2006 politisch wie medial vermehrt auf die untersuchte Thematik gesetzt. Die rot-grüne Bundesregierung hat ab dem Jahr 1998 die Einwanderungsfragen in Deutschland wieder auf das Tableau gehoben und wollte über eine erwünschte Zuwanderung und die Integration der bereits im Land lebenden Einwanderer politisch diskutieren. Verschiedene, auch weltpolitische, Ereignisse und die Angst vor Überfremdung allem durch die CDU/CSU geführten Länder führte zu einer restriktiveren Auslegung des ersten ZuwGs und der Green Card als eigentlich von rot-grün beabsichtigt. In dieser ersten Phase, im Prinzip der Startphase des Problemverarbeitungsmodus Zuwanderung und Einbürgerung, dienen die untersuchten Printmedien der Dokumentation und der Verbreitung der politischen Ressentiments in diesem Themenfeld. Diese Phase diente nicht der Annäherung zwischen der in der Lebenswelt befindlichen Adressaten und dem politischen Zentrum. Es wurden im Gegenteil eher neue Schranken gezogen, ein Demokratiedefizit deutlich und politisch festgesetzt, wer nicht dazu gehört. Vor allem die Muslime, verbunden mit den weltweiten Terroranschlägen, rückten in den Fokus der politischen und medialen Betrachtung. Das Kopftuch als Symbol und die Frage nach der Vereinbarkeit des Tragens während des Schulunterrichts durch die Lehrerin wurde mehrfach rechtlich vor Gericht diskutiert und entschieden. Im Endeffekt kreierte sich jedes Bundesland eine Rechtsgrundlage, die das Kopftuch an Schulen durch das Lehrpersonal verbot. Diese rechtliche Auseinandersetzung währte periodisch zwischen 1998 bis zum Jahr 2009. Das ZuwG wurde in den Jahren 2001-2005 stark diskutiert und dann erst verabschiedet. Die Verschärfung des Gesetzes erfolgte unter der Großen Koalition im Jahr 2007. Im Jahr 2009 standen wiederum die Optionspflicht und die Einbürgerungstest im Fokus der Betrachtung. Die Green-Card-Diskussion beschränkte sich auf die Startphase der Diskussion, ist aber in den Jahren 2007-2009 wieder präsent unter der Bezeichnung Blue Card. Die inhaltlichen Komponenten des Diskurses Fachkräftemangel sind aber unverändert. Die Wirtschaft fordert einen Zuzug von Fachpersonal, während das politische Zentrum sich nicht über den Weg einigen kann.

Eine neue Richtung nahm die Debatte ab dem Jahr 2006 ein. Die Teilhabe-Foren Nationaler Integrationsgipfel und die Deutsche Islamkonferenz wurden im politischen Zentrum erdacht und fast gleichzeitig gegründet.

Das Jahr 2006 ist von vielen Veränderungen in der Ausländerpolitik geprägt. Die Einberufung des Integrationsgipfels markierte 2006 den Beginn der politischen Debatte, um eine verbesserte Diskussionsbasis zwischen der Politik und den Adressaten herbeiführen zu können. Die Einladung in Kanzleramt zur Integrationsministerin Böhmer und der Kanzlerin Merkel kann als Angebot für einen verstärkten Dialog gewertet werden. Im Fokus der Berichterstattung stand allerdings das Streitgespräch zwischen Böhmer und dem Innenminister Wolfgang Schäuble, um das politische Vorrecht einen Gipfel mit Zuwanderern und Migrant-Institutionen abhalten zu können. Schäuble initiierte im gleichen Jahr die Deutsche Islamkonferenz und setzte damit die gleichen politischen Hebel in Bewegung, die auch Böhmer mit dem Integrationsgipfel betätigte. Sowohl der Integrationsgipfel als auch die Deutsche Islamkonferenz müssen in der Nachbetrachtung als politisch weit gedachte Konzepte gewertet werden. Nach Habermas, beziehungsweise Peters, kann eine Öffentlichkeit nur funktional sein, wenn sie zum einen angesprochen wird und somit wichtige Informationen in die Lebenswelt transportiert werden. Zum anderen müssen sie allerdings auch die Möglichkeit zur Antwort erhalten und ihre Meinung zum Problemverarbeitungsmodus des politischen Zentrums bei den entscheidenden Themen kundtun dürfen. Der Raum und somit ein wichtiger Faktor wurde zumindest einer kleinen Gruppe auserwählter Zuwanderer und einigen Institutionen gewährt. Als für den Dialog hinderlich muss der Fakt gewertet werden, dass auch bei der DIK der politische Streit im Mittelpunkt steht. Fokussiert werden nicht die Diskrepanzen zwischen den Parteien, da diese sich sehr versöhnlich geben und die DIK als gute Maßnahme loben. Die Auswahl der Muslimverbände und der Einzelpersonen, wie die Frauenrechtlerin Seyran Ates, die Islamkritikerin Necla Kelek und den Schriftsteller Feridun Zaimoglu, sorgten für viel Unmut vor allem bei den Vertretern der Muslimverbände. Nach der Konferenz zeigten sich allerdings alle Parteien als sehr zufrieden mit den Ergebnissen der ersten Gespräche. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass es sich bei der DIK nur um eine zweistündige Veranstaltung handelte. Das Medienecho ließ auf eine lange Konferenz schließen. Allein der Fakt einer Abschlusserklärung einer vierjährigen DIK wäre allerdings im Jahr 2001 noch nicht denkbar gewesen. Der Anstoß zum Dialog und die Fortführung der gemeinsamen Diskussion muss als positiver Aspekt des Problemverarbeitungsmodus Integration gesehen werden. Das politische Zentrum versuchte einen gemeinsamen Output zu erreichen, der die Schranken zur Lebenswelt überbrückt.

Der Anfang des Dialoges wurde im Jahr 2006 gemacht und die DIK in den Folgejahren weiter geführt, bis sie politisch als nicht mehr sinnvoll erachtet wurde. Die Muslime zeigten sich erfreut, dass ihnen 2006 dieses Vertrauen ausgesprochen und die DIK als Dialogbasis angeboten wurde. Den Vorwurf der schlechten Organisationsform mussten sich die Muslime gefallen lassen, da sie aus religiösen Gründen nicht über ein Kirchenoberhaupt verfügen, sondern eine Moscheegemeinde eher für sich alleine den Islam lebt. Diese mangelnde Präsenz in Dachverbänden machte es der Politik schwierig die geeigneten Verbände und Personen einzuladen. Mittlerweile haben sich einige Verbände organisiert. Für fast 90 Prozent der Muslime gilt aber immer noch, dass sie in Deutschland nicht oder nur sehr schwach organisiert sind. Die eingeladenen Institutionen spiegelten also nur einen kleinen Teil der islamischen Wirklichkeit in Deutschland wider.

Weniger produktive Eckpunkte für den gemeinsamen Dialog setzte die Diskussion um die Einführung und Ausgestaltung des Einbürgerungstest, oder auch Gesprächsleitfaden, zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft. Diskutiert wurden diese Neuerungen des politisch motivierten ZuwGs in neu einberufenen Integrationsgipfel im Jahr 2006. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer initiierte diesen Gipfel fast zeitgleich zur DIK und adressierte ähnliche Teilnehmer. Teilweise nahmen einige Vertreter sowohl an der DIK als auch im Integrationsgipfel teil. Der Einbürgerungstest führte in der Folge zu den meisten medialen wie politischen Darstellungen innerhalb des Forums Integrationsgipfel.

Die CDU geführten Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen stellten der deutschen Öffentlichkeit Entwürfe eines Tests vor, den die Einbürgerungswilligen absolvieren und bestehen mussten, um die Staatsbürgerschaft erhalten zu können. Viele der Angesprochenen zeigten sich erstaunt über die Wissensfragen und die Art der Formulierung der Fragen. Einige der muslimischen Vereinigungen verweigerten daraufhin die Teilnahme an den Tests und diskutierten die rechtlichen Möglichkeiten, um die Einführung der Tests zu verhindern. Da die Zuständigkeit bei der Einbürgerung direkt bei den Ländern liegen sollte, konnten verschiedene Leitfaden und Schwierigkeitslevels nebeneinander existieren. Die politische Streitdebatte wurde am meisten abgedruckt und in die Fragen zum Integrationsgipfel integriert. Nicht nur die Parteien untereinander verurteilten oder befürworteten den 100 Fragen umfassenden Test aus Stuttgart und Wiesbaden. Der Streit zog sich intern durch die christdemokratische Partei und viele Meinungen und Stellungnahmen konnten vom Leser rezipiert werden. Der Ansatz dieses Tests widerspricht im Kern der politischen Öffentlichkeit durch die Einberufung von Beteiligungsforen. Wenn dieser Test existieren soll, dann müsste er aus den Foren der Teilhabe in Diskussion mit den zuständigen Vertretern der Migranten und Muslime erfolgen, um das Habermasche Modell zu bedienen und die

Schranken der Kommunikation aufzubrechen. Kontraproduktiv für die Inklusion der angesprochenen Gruppen in ihren Lebenswelten ist die vorherige politische Beschlusslage und die anschließende Diskussion über die bereits beschlossenen und inhaltlich ausformulierten Tests. Dieser Ansatz führt nicht zu mehr Nähe, sondern im Gegenteil zu einer Erhöhung des Unverständnisses unter den Adressaten. Dies zeigten auch die Kommentare, da viele Vertreter sich weder gehört noch anerkannt fühlten.

Der Abdruck der Fragen erfolgte in aller Vollständigkeit, allerdings fanden nur wenige Stellungnahmen aus der Lebenswelt der Rezipienten den Weg in die mediale Öffentlichkeit der untersuchten Printmedien. Die Zeitungen selbst kritisierten vielfach die Auslegung und Aufbereitung des Einbürgerungstest als wenig zielführend. Bestehen oder Nicht-Bestehen des Leitfadens sollte über die extremistische Neigung des Prüflings Auskunft geben können. Als Tenor der Zeitungen kann festgehalten werden, dass dieses über den Test nicht abfragbar ist, da Antworten auswendig gelernt werden können. Des Weiteren zeigten viele Fragen einen gewissen Generalverdacht auf, so dass die muslimischen Verbände zum Boykott aufriefen. Der politische Streit über die Einführung des Einbürgerungsleitfadens kann insgesamt als Rückschritt im Dialog mit den Zugewanderten gesehen werden, da nur Forderungen gestellt und die Adressaten nicht nach ihrer Meinung gefragt wurden.

Der Integrationsgipfel und die DIK sind über die Jahre 2007 und 2008 fortgeführt und medial begleitet worden. Die mediale Akzeptanz und Hoffnung der politischen Öffnung durch die avisierten Problemverbreitungsmodi der Teilhabe verringerte sich allerdings mit jedem Jahr. Die Öffnung der politischen Prozessstruktur über Zuwanderung und Integration über politische geöffnete Foren weckte das mediale Interesse. Die erhofften Resultate blieben in den Jahren aus und verringerten zunehmend die Akzeptanz der medialen Öffentlichkeit zur politischen Einstellung. Es folgten Kritik und der Streit über die Fortführung dieser Foren. Die inhaltliche Komponente der verbesserten Kommunikation über Zuwanderung mit den betroffenen Gruppen geriet dadurch in den Hintergrund. Insgesamt muss allerdings festgehalten werden, dass genau diese politische Erkenntnis Möglichkeiten zur Teilhabe zu schaffen prinzipiell im Hinblick auf das Schleusenmodell als vollkommen nachvollziehbarer und mutiger politischer Schritt in die richtige Richtung gewertet werden muss. Allerdings wurden in den folgenden Jahren die Schritte immer kleiner, so dass die DIK und der Integrationsgipfel in einer visionären Sackgasse endeten und keine Seite sich bereit erklärte Kompromisse einzugehen.

10. Fazit: Prüfung der Ergebnisse anhand der behandelten Theorien

Unter Berücksichtigung der behandelten Theorien von Jürgen Habermas, Niklas Luhmann, Maurice Halbwachs und Bernhard Waldenfels werden die erarbeiteten Ergebnisse auf ihre Plausibilität hin geprüft. Es wird herausgestellt, ob und wie die dargestellten politischen und medialen Prozesse die Adressaten in der Lebenswelt bedingen, beziehungsweise zu einem inneren Abschluss führen könnten. Mittels des gezeichneten historischen Kontextes wird eine Einordnung der politischen Maßnahmen bis zum Jahr 2009 erfolgen und ein Ausblick gewagt werden. Insgesamt sind den untersuchten Jahren 1998-2009 eine Vielfalt von politischen Problemverarbeitungsmodi entworfen aber auch wieder verworfen worden. Es existieren Schranken zum Diskurs, diskriminierende Aspekte und zumindest in der Anfangsphase der Debatte ein Demokratiedefizit. In der Kontinuität der Diskurse findet sich eine wissenschaftliche Ansatzebene. Viele Fortschritte wurden in dem untersuchten Zeitraum nicht gefunden. Der politische Wille zur Öffnung und mehr Teilhabe bei der Entwicklung und Einrichtung des NI und der DIK muss allerdings als ein wichtiger Schritt gewertet werden. Des Weiteren öffneten sich die SZ, Taz und FAZ ab 2006 für kritische Stimmen der Adressaten. Somit wurde zumindest diese Schranke zur Lebenswelt durchlässiger.

Im ersten Teil der Dissertation wurde das Themenfeld der Fremdheitskonstruktionen durch politische Entscheidungsprozesse mittels der Darstellung der genannten vier Theoretiker eingeschränkt und näher beleuchtet. Das Schleusenmodell von Bernhard Peters, auf dessen Modell die Theorie des Strukturwandels der Öffentlichkeit von Habermas fußt wurde für diese Dissertation erweitert und modifiziert. Es muss von Schranken im Bereich der Lebenswelt ausgegangen werden, die den angesprochenen Gruppen den Zugang zum medialen und politischen Diskurs verwehrt. Die Öffentlichkeit, hier dargestellt durch die untersuchten Printmedien, müsste einen Ort des Dialogs und der Teilhabe bieten auf dessen Ebene der politische Output diskutiert werden kann. Da dieser Ort der Teilhabe faktisch nicht existent ist, sind Foren der Teilhabe wie die DIK oder der NI als besonders wichtig zu erachten. Die Medien haben nach Luhmann die Aufgabe zu Operationen zu beobachten und wiederzugeben. Die Massenmedien selektieren und bewerten allerdings. Auf diese Weise wird eine Hintergrundrealität konstruiert, die den Artikeln und Berichten immanent sind. Eine Wandlung dieser konstruierten Realität kann die Schranken zum Diskurs deutlich verringern.

In den Theorien wird herausgestellt, dass in der heutigen Zeit nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass ein Individuum alle Ereignisse und Erfahrungen selbst verarbeiten kann, sondern sich hierfür, bewusst oder unbewusst, Gruppen zuordnet. Familie und Freunde sind die ersten Mikroebenen, auf denen eine Gruppenzugehörigkeit entsteht. Weitere Ausformungen entstehen entweder durch die freiwillige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, wie etwa dem Beitritt zu einem Sportverein oder durch gesellschaftliche und politische Zuordnungen. Letztere waren für die Untersuchung von Interesse, weil angenommen werden musste, dass gerade durch die politischen Entscheidungsprozesse Gruppen per Zuschreibung gesellschaftlich definiert werden. Die Gruppen entstehen laut Halbwachs und Habermas hauptsächlich über Fremd- und Eigenzuschreibungen, die in der sozialen Gruppenidentität gespeichert werden. Habermas geht davon aus, dass die Lebenswelt über die Kommunikation untereinander und mit dem politischen Zentrum erst ausgeformt wird. Das politische Zentrum muss allerdings diese Gruppen zum Diskurs zulassen. Ist die Lebenswelt nur als Rezipient des politischen Outputs aus dem Zentrum zu sehen, entsteht eine Schiefelage des Diskurses und es führt zu einer Abschottung der angesprochenen Gruppe in der Lebenswelt.

Die Ausformungen von Fremdheit hat Waldenfels untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass die Fremdheit in uns selbst entsteht und sich daraus Abgrenzungen zu Anderen ergeben. Wenn nun, wie in dieser Dissertation, von sozialen Gruppen in der Gesellschaft ausgegangen wird, die sich im Kontakt untereinander ausformen, müssten mehrere Aspekte herausgestellt und erklärt werden. Die kommunikative Ebene muss zwischen den einzelnen Gruppen zu finden sein. Waldenfels spricht von einer interkulturellen Ebene, die für sich genommen ein neutraler Raum ist.

In der heutigen Gesellschaft können die Medien als diejenige Institution ausgemacht werden, die diesen Raum ausfüllt. Folglich musste die Untersuchung auf dieser Ebene der Öffentlichkeit stattfinden. Die Medien bilden in diesem Fall gewissermaßen das Transportsystem zwischen den Gruppen, können aber nicht, wie die Betrachtung gezeigt hat, als wertfrei und von allen zugänglich eingestuft werden. Sie verbreiten ein nach Nachrichtenfaktoren und journalistischen Präferenzen eingefärbtes Bild der in diesem Fall politischen Gesellschaft. Die nächsten Schritte ergaben sich aus diesem Kontext. Es wurde geklärt, wer in der deutschen Gesellschaft als Sender fungiert, beziehungsweise Programme konstruiert, die dann vom Empfänger über die untersuchten Printmedien wahrgenommen werden. Die politischen Entscheidungsträger mit ihren erarbeiteten Programmen im politischen Zentrum wurden als Sender diagnostiziert. Politische Programme

beziehen sich auf die Gesellschaft und sollen nach politischem Konstrukt gesellschaftliche Veränderungen erzeugen. Aus diesem Grund wurden die politischen Wahl- und Koalitions- und Grundsatzprogramme einer näheren Betrachtung unterzogen und auf der für diese Arbeit wichtigen politischen Faktoren untersucht. Die Betrachtung ergab eine fortlaufende Fokussierung auf die politische Gestaltung von Zuwanderung und Einbürgerung in den Programmen und somit eine Priorisierung dieser Thematik nach dem politischen Bekenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Es stellte sich heraus, dass gerade die ehemaligen Arbeitsmigranten und ihre Familien in der historischen Betrachtung vermehrt als Empfänger dieser politischen Prozesse auszumachen waren. Zunächst wurde für die Eingliederung der sogenannten Gastarbeiter in die deutsche Gesellschaft politisch keine Notwendigkeit gesehen. Sie sollten der deutschen Wirtschaft, die sich über einen Arbeitskräftemangel Ende der 1950er Jahre beklagte, mit ihrer Arbeitskraft helfen, aber nach einigen Jahren wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Nach der wirtschaftlichen Rezession erfolgte 1973 der politisch erwirkte Anwerbestopp und es wurde davon ausgegangen, dass die Arbeitsmigranten spätestens ab diesem Zeitpunkt in ihre Heimatländer zurückwandern würden.

Diese politische Idee erfüllte sich jedoch nicht, es kamen vielmehr die Familien der Einwanderer nach und das politische Postulat des Nicht-Einwanderungslandes wurde durch die Lebenswirklichkeit ad absurdum geführt. Dennoch waren die politischen Programme bis in die 1990er Jahre auf Restriktion gegenüber den Zuwanderern ausgelegt. Es wurden Rückkehrprogramme ins Leben gerufen und bis auf einige Sprachprogramme wenige Integrationsmaßnahmen ergriffen. Die Zuwanderungszahlen nach Deutschland erhöhten sich jedoch kontinuierlich und so änderte die ab dem Jahr 1998 amtierende rot-grüne Regierung den politischen Kurs.

Gerade diese aktuelleren Diskussionen um die Gestaltungen der Zuwanderung und Einbürgerung erschienen für eine nähere Betrachtung besonders fruchtbar. Die bisherige Quellenlage gab nach eigener Recherche diese Art der Betrachtung nicht hinreichend wieder. Vor allen Dingen fehlte der soziologische Blick auf die Bearbeitung der untersuchten Diskurse in ihrer Gesamtbetrachtung. Die Einzelbetrachtung, etwa der Ergebnisse der DIK von 2006-2009, sind durchaus im wissenschaftlichen Diskurs zu finden. Allerdings greifen diese Analysen nach Auffassung des Autors zu kurz, da sie nicht die Zusammenhänge in den Fokus rücken. Die Rekurrerung auf das

modifizierte Schleusenmodell mit den angesprochenen Erweiterungen lässt diesen wissenschaftlichen Blickwinkel erst zu. Die Ergebnisse dieser Betrachtung lassen zumindest zu Beginn des Diskurses den Schluss zu, dass die Zuwanderungs- und Einbürgerungsdebatte sich seit Beginn wiederholt und in der politischen Routine im Zentrum verstetigt. Es wird des Öfteren das Bild von „Wir“ und den „Anderen“ bemüht und viele vorurteilsbelastete und fremdheitserzeugende Bilder politisch wie medial diskutiert. Eine Veränderung setzt mit einem neuen Problemverarbeitungsmodus ab dem Jahr 2006 ein. Das politische Zentrum erkennt die Handlungsoptionen und will die kommunikative Schieflage im Diskurs aufbrechen. Die Ideen der Teilhabeforen nahe am politischen Zentrum werden diskutiert und schließlich einberufen. Der umfassende Erfolg der DIK und des NI lässt allerdings bis zur Bundestageswahl 2009 auf sich warten, kleinere Fortschritte sind aber zu diagnostizieren. Allein die Tatsache des Stattfindens dieser Foren und die Erkenntnis der Notwendigkeit im politischen Zentrum wären für Habermas als Erfolg einzustufen. Die Genese dieses Problemverarbeitungsmodus musste in den Kontext des politischen Outputs und der medialen Berichterstattung gesetzt werden. Des Weiteren öffnen sich drei der untersuchten Printmedien, bewerten die politischen Entscheidungsträger kritisch und lassen vermehrt Stimmen aus der Lebenswelt der Adressaten zu.

Den „Startschuss“ für die neue Zuwanderungsdebatte gab die von der rot-grünen Regierung initiierte Green-Card-Verordnung. Sie sollte es hochqualifizierten Computer-Spezialisten ermöglichen, leichter einen Arbeitsplatz in Deutschland zu finden. Die Wirtschaft unterstützte diese Maßnahme der Regierung, um einen befürchteten Fachkräftemangel auszugleichen. Allein in der politischen Betrachtung zeigte sich die Nähe zur damaligen Einwanderungsdebatte in den 1950er und 1960er Jahren. Die Green Card sollte eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt füllen und ihre Inhaber sollten nach geleisteter Arbeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Die Unterscheidung zwischen erwünschter und unerwünschter Einwanderung resultierte aus der Diskussion und bildete einen neuen Aspekt in der Zuwanderungsdebatte.

Die von der Wirtschaft als Belastung empfundenen Gruppen wie die ehemaligen Gastarbeiter zählten fortan zum unerwünschten und die Experten zum erwünschten Teil der Bevölkerung. Im Zuge der Green-Card-Debatte wurden politische Stimmen nach der Erarbeitung und Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes laut. Diese politische Diskussion wurde zwischen den Jahren 2001 und 2004 geführt und endete in der Verabschiedung eines Parteienkompromisses. Die politische Betrachtung zeigte, dass es sich schließlich eher um ein Zuzugsbegrenzungsgesetz handelt als um eine organisierte Öffnung für eine neue Einwanderungsperiode. Die politische Debatte ist bis zum Jahr 2009 noch nicht abgeschlossen und gerade seit dem Jahr 2004 von viel Fremdheit gekennzeichnet.

Aktuellere politische Forderungen nach der verpflichtenden Einführung von Deutsch- und Einbürgerungstests können beim Empfänger nicht auf Verständnis stoßen. Vor allem die türkische Minderheit wurde politisch als Gruppe ausgemacht, die es durch Sprach- und Integrationstests in die deutsche Gesellschaft „einzubinden“ gilt. Des Weiteren wird seit 2007 die Einführung der Blue Card politisch wie medial diskutiert. In dieser Diskussion wurden die gleichen Ansätze, politischen Forderungen und transportierten Bilder gefunden, wie in der Green Card Debatte zu Anfang des untersuchten Jahrzehnts. Gerade diese Debatte über die Ausgestaltung der politisch erwünschten Zuwanderung in die deutsche Wirtschaft zeigt das mangelnde Verständnis der politischen Entscheidungsträger und den Stillstand der Diskussion. Die Argumente für oder gegen eine Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland haben sich nicht verändert und oft nehmen dieselben Politiker hierzu Stellung wie zur Green Card Debatte. Die Schranken sind gerade in diesem Diskurs noch sehr immanent.

Die untersuchte Kopftuchdebatte beschäftigt sich ebenfalls mit dieser in Deutschland größten Einwanderungsgruppe und begann im Jahr 1998, als eine muslimische Lehrerin die Einstellung in den Schulunterricht gerichtlich durchsetzen wollte. Diese war ihr vorher verwehrt worden, da sie im Unterricht ein Kopftuch tragen wollte. Der rechtliche Streit zog sich bis zum Bundesverfassungsgericht, das schließlich eine Änderung der Ländergesetze vorschlug, da es unter der im Jahr 2003 geltenden Rechtsprechung das Kopftuch zulassen musste. Diesem Aufruf folgten bis dato viele Bundesländer, die mittlerweile ein Kopftuchverbot im schulischen Alltag rechtlich erwirkt haben. Bis zum Ende der Untersuchung klagten jedoch immer wieder muslimische Lehrerinnen gegen dieses Verbot und die Diskussion ist, wie die mediale Betrachtung ebenso zeigte, nicht abgeschlossen. Bis zum Jahr 2009 hat sich diese Diskussion nicht verändert.

Die Untersuchung in den Medien folgte den Jahren der politischen und rechtlichen Maßnahmen seit 1998 und zeigte das unter den im Vorfeld beschriebene Bild. Besonders hervorstechend sind die medial verbreiteten politischen Vorurteile und die Fremdheitskonstruktionen gegenüber den Minderheitengruppen. Es ist anzunehmen, dass sie sowohl bei den angesprochenen Gruppen und als auch bei der Mehrheitsbevölkerung im Gedächtnis geblieben sind. Des Weiteren muss ein demokratisches Defizit im politischen Bereich attestiert werden.

Festzuhalten bleibt, dass die größte deutsche Tageszeitung, die Bild-Zeitung, kaum Kritik an den bestehenden Verhältnissen äußert, beziehungsweise Minderheiten zu Wort kommen lässt. Sie kreierte eher durch Überschriften und Zuschreibungen, wie „Computer-Index“, ein Gefühl der Fremdheit.

Die Berichterstattung in den anderen drei untersuchten Zeitungen gestaltet sich objektiver. Besonders auffällig war bei der Taz, dass sie die politischen und rechtlichen Maßnahmen teilweise anzweifelt oder zumindest kritisiert. Im Zuge der jahrelangen Debatten wurden in der Taz die meisten Stellungnahmen aus Reihen der Minderheiten abgedruckt. Die SZ beleuchtet die Situation ebenfalls sehr kritisch, lässt aber kaum Stellungnahmen zu. Die Parteienkonflikte, politischen Forderungen und die Diskussion über politische Entscheidungsträger bestimmen deutlich das Bild der Berichterstattung. Die FAZ argumentiert sehr konservativ und folgt oft dem Output aus dem politischen Zentrum.

Da die Ergebnisse eher für eine einseitige politische Debatte in den Medien sprechen, die das „Andere“ als „fremd und gefährlich“ bezeichnet, könnte eine weitere Untersuchung die Frage klären, ob eine objektivere Darstellung nicht zu mehr Nähe innerhalb der Gesellschaft führen kann. Vor allem die Schranken zum Diskurs müssen abgebaut und die Adressaten in der Lebenswelt zum Diskurs auf einer medialen Ebene oder in den Foren der Teilhabe zugelassen und ernst genommen werden. Auf diese Weise könnten sich neue Ideen des Zusammenlebens in der Gesellschaft etablieren. Interessant für eine zukünftige Untersuchung dieser Themenfelder scheint die Frage, ob es wahrscheinlich ist, dass die politischen Programme für Zuwanderer in Zukunft von weniger Restriktionen geprägt sind und somit zu mehr Nähe führen könnten. Die Öffnung über Foren, wie die DIK und den NI könnten, ernsthaft verfolgt und vor allem Neuerungen zulassend, die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft und die Anerkennung der Adressaten in Deutschland verbessern. Gerade die Jahre 2008 und 2009 zeigen allerdings, dass die Routine wiederum in die politischen Foren eingekehrt ist. Es gibt kaum inhaltliche Fortschritte, sondern der Streit zwischen den Gremien und dem politischen Zentrum überwiegt vor allem in der DIK. Eine Einberufung von Foren der Teilhabe muss auch die Möglichkeit zu einer Kommunikation auf Augenhöhe mit einschließen. Die Diskussion über bereits bestehende politische Entscheidungen, wie bei der Einführung des Einbürgerungstest, kann nicht förderlich sein. Sobald die inhaltlichen Komponenten schon feststehen und sogar neue Restriktionen in der Zuwanderung, wie die Verschärfung des ZuwGs, nur als Resultat und Output des politischen Zentrums in diesen Foren diskutiert werden können, so lange wird sich das Gefühl von Fremdheit und die Schieflage des Diskurses nicht aufzubrechen sein. Die Schleusen sind nicht offen, sondern die Teilnehmer der Foren müssen die Einrichtung neuer Schranken politisch begleiten. Der Unwille hierzu wird wiederum als nicht gerechtfertigter Boykott empfunden. Die Schranken zum Diskurs wurden bei der Einrichtung des Diskurses im Jahr 2006 somit kurzfristig zu einem Dialog auf Augenhöhe geöffnet und der politische Wille hierzu muss hoch eingestuft werden. Die routinierten Mechanismen im politischen Zentrum haben

allerdings keinen Fortschritt im Diskurs bewirkt. Medial wurde dieser Kurs beibehalten, die beobachteten Operationen im politischen Zentrum neu bewertet und somit die Schranken zur Lebenswelt etwas durchlässiger.

Politisch wurde versucht ein neuer Weg einzuschlagen. Die seit dem Jahr 2005 amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Integrationsgipfel und die DIK ins Leben gerufen, um den Minderheiten Raum für ihre Sichtweise zu geben. Dieser Schritt genügt allerdings nicht. Die mediale Aufmerksamkeit beschränkt sich weiterhin zu stark auf die einseitige Wiedergabe der politischen Entscheidungsprozesse und lässt erst seit dem Jahr 2004 vermehrt Vertreter der Minderheiten zu Wort kommen. Diese werden aber vor allem im Kontext vermeintlich gescheiterter politischer Programme zitiert und dürfen kaum eigene politische Ideen zur Veränderung der Situation äußern. An dieser Stelle müssten die Zeitungen den Minderheiten noch mehr Möglichkeiten zur Äußerung geben und ebenfalls verstärkt den Weg der Öffnung und Teilhabe geben. Es existiert weiter eine relativ feste Schranke zum Diskurs, die allerdings ab 2006 durchlässiger wird, als die Schranke zum politischen Zentrum. Die mediale Präsenz der Themen zeigt zum einen den hohen medialen Wert und die Fokussierung auf die Thematik. Zum anderen wird die Lebenswelt noch nicht gänzlich zum Diskurs zugelassen, obwohl die mediale Berichterstattung seit 2006 kritischer wird. Die mediale Öffnung kann an der Öffnung des politischen Zentrums durch die Einberufung der Teilhabeforen liegen. Die Transparenz der Entscheidungsfindung wurde dadurch erhöht, die untersuchten Printmedien sehen die Schwierigkeiten im politischen Dialog und bewerten den politischen Output zunehmend als Problem.

Tendenziell wurde die interkulturelle Plattform mittlerweile geöffnet, aber zu einem zu geringen Anteil. Die Medien als Plattform der interkulturellen Kommunikation zwischen den Gruppen zeigen laut Quellenlage bisher eine zu einseitige Tendenz und könnten bei einer Forcierung des Dialoges für mehr Verständigung und Akzeptanz des jeweils Anderen sorgen. Ob die Medien hierzu wirklich imstande sind oder neue Wege der Kommunikation gefunden werden müssen, kann nicht abschließend beantwortet werden. Die symbolhafte Behandlung der Religion kann nach der zu Grunde liegenden Theorie von Halbwachs nur zu einer empfundenen Fremdheit unter den Minderheitengruppen geführt haben. Gerade während des Kopftuchstreites und der DIK werden Muslime als Gruppe ausgemacht und ihre Symbole in Teilen der Medien kritisiert. An dieser Stelle müsste zunächst ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden, denn die eigene Religion hat in den Augen der gläubigen Muslime einen hohen Stellenwert.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die sowohl politische als auch medial geführte Diskussion den Adressaten in einem zu geringen Maß zum Diskurs zulässt. Der für eine Öffnung wichtige interkulturelle und gleichwertige Dialog zwischen den kulturellen Gruppen über Bedürfnisse und Ängste in Deutschland hat bis zum Jahr 2006 kaum stattgefunden. Ab 2006 wandelt sich das Bild hin zu einem neuen Problemverarbeitungsmodus im politischen Zentrum. Die DIK und der NI werden durchgeführt und anfangs viele Hoffnungen in diese Instanzen gesetzt. Im Jahr 2009 erfolgten die ersten politischen wie medialen Bewertungen und es setzte eher eine Ernüchterung ein. Der Wille zur Kommunikation und Teilhabe auf Augenhöhe ist noch nicht vollständig sichtbar und die Akzeptanz dieser Foren innerhalb der Adressaten sinkt. An sich muss dieser politisch eingeschlagene Weg allerdings positiv hervorgehoben werden. Soziologisch betrachtet, können somit Teilhabe, Kommunikation und eine neue Sozialisationsstufe in der Gesellschaft für die angesprochenen Gruppen entstehen. Die politischen einberufenen Foren dürfen im Problemverarbeitungsmodus nicht zur Routine werden, sondern müssen einen Neuerungswert erhalten, in dem sie sich ständig weiter entwickeln und gleichermaßen von allen Teilnehmern kritisiert werden dürfen. Veränderungen auch im Bereich der Kommunikationsebenen müssen auch politisch zugelassen werden. Die politische Öffnung zum Dialog sollte auf keinen Fall wieder geschlossen werden, da so erste kleinere Schranken abgebaut und für mehr Verständnis untereinander gesorgt werden konnte.

Ob Tendenzen wie der Integrationsgipfel oder die erhöhte Anzahl der abgedruckten Stellungnahmen aus Reihen der Minderheiten ausgebaut werden oder zumindest auf diesem Niveau bleiben, muss eine weitere Betrachtung unter ähnlichen Gesichtspunkten zeigen. Generell sind aber in der Gesellschaft noch viele Vorurteile vorhanden oder im Falle des Kopftuches, beziehungsweise des Islams, gerade in der Entstehung begriffen. Allein der Abbau dieser aktuelleren Zuschreibungen und/oder die Verhinderung der Verfestigung dieser beschriebenen Vorurteile, braucht einen fortwährenden wechselseitigen auf allen Ebenen geführten Dialog auf Augenhöhe und die Öffnung des politischen Zentrums und der Öffentlichkeit hin zu mehr Teilhabe und Beteiligung.

11. Anlagen

11.1. Literaturverzeichnis

11.1.1 Bücher

- Amir-Moazami, Schirin (2007): Politisierte Religion. Der Kopftuchstreit in Deutschland und Frankreich, transcript, Bielefeld
- Aus Politik und Zeitgeschichte (2007): Integration, 22-23/2007, bpb, Bonn
- Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2008): Das Zuwanderungsgesetz Eine Zusammenstellung der wesentlichen Regelungen für Ausländer/innen von Staaten außerhalb der EU, Unionsbürger/innen und gleichgestellte Staatsangehörige des EWR, München
- Bade, Klaus J. (1994): Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Klartext Verlag, Essen
- Bade, Klaus J. (2000): Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Verlag C. H. Beck, München
- Bade, Klaus J. (Hrsg.) (2001): Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts, Universitätsverlag Rasch, Osnabrück
- Bade, Klaus J. (2005): Nachholende Integrationspolitik, Berlin [Sonderdruck]
- Bade, Klaus J. (2007): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis, V-&R-Unipress, Göttingen
- Bade, Klaus J. (2007): Integration – versäumte Chancen und nachholende Politik, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (29.5.2007): Integration, 22-23/2007, bpb, Bonn
- Bade, Klaus J. (2008): Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Schöningh-Verlag [u. a.], Paderborn [u. a.]
- Bade, Klaus J.; Bommers, Michael (2004): Sozialhistorische Migrationsforschung, V-&R-Unipress, Göttingen
- Bade, Klaus J.; Oltmer, Joachim (2005): Migration und Integration in Deutschland seit der Frühen Neuzeit, Edition Minerva Verlag, Wolfenbüttel
- Begić, Esnaf; Varwick, Johannes (2012): Religion und Politik, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Taunus
- Berg, Aloys (1990): Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau – Ein Vergleich zweier Wandervorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet“, Bochum
- Berghahn, Sabine (2009): Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz, transcript, Bielefeld
- Birsl, Ursula (2005): Migration und Migrationspolitik im Prozess der europäischen Integration?, Budrich, Wuppertal
- Böcker, Anita; Thränhardt, Dietrich (2003): Erfolge und Misserfolge der Integration – Deutschland und die Niederlande im Vergleich, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26/2003, bpb, Bonn
- Bommers, Michael (2001): Bundesrepublik Deutschland Die Normalisierung der Migrationsforschung, In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts, Beiträge der Akademie für Migration und Integration, H. 4, Osnabrück, S. 49-60
- Bommers, Michael (2001): Die Türken, die Deutschen und der Islam, Friedrich-Verlag, Seelze
- Bommers, Michael (2006): Integration durch Sprache als politisches Konzept, In: Davy, Ulrike/ Weber Albrecht (Hrsg.): Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen? Überlegungen zum neuen Zuwanderungsgesetz, Baden-Baden
- Bommers, Michael (2007): Integration – gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol, In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Integration, 22-23/2007, bpb, Bonn

-
- Bommers, Michael (2011): Migrationsreport 2008 Fakten-Analysen-Perspektiven, Campus-Verlag, Frankfurt am Main [u. a.]
 - Bommers, Michael (2011): Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
 - Boro, Ismael (2008): Die getürkte Republik Woran die Integration in Deutschland scheitert, Heyne, München
 - Bühl, Achim (2010): Islamfeindlichkeit in Deutschland Ursprünge, Akteure, Stereotype, VSA-Verlag, Hamburg
 - Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (1998): Grün ist der Wechsel Programm zur Bundestagswahl; Berlin
 - Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (1998a): 1998-2002. Vier Jahre für einen politischen Neuanfang Kurzwahlprogramm 1998, Berlin
 - Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (2002): Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin
 - Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (2002a): Grün wirkt! Unser Wahlprogramm 2002-2006, Berlin
 - Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (2005): Titel? Verlag? Ort?
 - Bündnis 90/Die Grünen (Verf.) (2009): Der grüne neue Gesellschaftsvertrag Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit. Aus der Krise hilft nur Grün, Berlin
 - Butterwegge, Christoph (2006): Massenmedien, Migration und Integration Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
 - Butterwegge, Christoph (2009): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
 - CDU/CSU/SPD (Verf.) (2005): Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Berlin
 - CDU (Verf.) (2007): Grundsätze für Deutschland - Das neue CDU-Grundsatzprogramm: Zehn zentrale Forderungen vom 7. Mai 2007, Berlin
 - CDU (Verf.) (2007a): Grundsätze für Deutschland - Beschluss der Grundsatzprogramm-Kommission, Berlin
 - CDU/CDU/FDP (Verf.) (2009): Wachstum Bildung Zusammenhalt Koalitionsvertrag, Berlin
 - Dabag, Mihran; Platt, Kristin (Hrsg.) (1993): Identität in der Fremde, Bochum
 - Dancu, Andreea (2009): Leben in der Fremde Empirische Studien über Green-Card-Inhaber und ihre Familien, Waxmann, Münster/Westfalen
 - Daniel, Marcel (2003): Streiflichter bundesdeutscher Zuwanderung – Reise auf abwechslungsreichen Wegen , In: Meendermann, Karin (Hrsg.): Migration und politische Bildung – Integration durch Information , Waxmann, Münster/Westfalen
 - Davy, Ulrike (2006): Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen? Überlegungen zum neuen Zuwanderungsgesetz, Nomos-Verlag Baden-Baden
 - Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.) (2009): Drei Jahre Deutsche Islam Konferenz 2006-2009 Muslime in Deutschland – deutsche Muslime, Finckenstein & Salmuth, Berlin
 - Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan: Neue Wege – Neue Chancen Berlin
 - Die Bundesregierung (Hrsg.) (2008): Der Nationale Integrationsplan Erster Fortschrittsbericht Berlin
 - Diekmann, Kai/ Özkök, Ertugrul (Hrsg.) (2008): Süper Freunde. Was Türken und Deutsche sich wirklich zu sagen haben, Piper Verlag GmbH; München
 - Friesenhahn, Ernst (1958): Parlament und Regierung im modernen Staat, in: Staatsrechtslehre, Heft 16, Berlin 1958, zitiert nach Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Suhrkamp 1990, Berlin
 - Ekardt, Felix (2005): Gerät die Kopftuchdebatte auf Abwege? In: Zeitschrift für Rechtswissenschaft, (7/2005), bpb, Bonn
 - Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.) (1981): Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980, Droste, Düsseldorf
 - Flaig, Berthold Bodo; Wippermann, Carsten (2009): Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2009, bpb, Bonn

-
- Foroutan, Naika; Schäfer, Isabel (2009): Hybride Identitäten muslimischer Migranten, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2009, bpb, Bonn
 - Frings, Dorothee (2005): Arbeitsmarktreformen und Zuwanderungsrecht – Auswirkungen für Migrantinnen und Migranten, Flörsheim
 - Geißler, Rainer (2003): Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26/2003, bpb, Bonn
 - Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Suhrkamp, Berlin
 - Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
 - Haedrich, Matina (2009): Muslime im säkularen Staat Eine Untersuchung anhand von Deutschland und Österreich, Boorberg-Verlag, Stuttgart [u. a.]
 - Hafez, Kai; Richter, Carola (2007): Das Islambild und ARD und ZDF, In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Islam, 26-27/2007, bpb, Bonn
 - Halbwachs, Maurice (1991): Das kollektive Gedächtnis, Fischer, Frankfurt am Main
 - Hermani, Gabriele (2010): Die Deutsche Islamkonferenz 2006-2009. Der Dialogprozess mit den Muslimen in Deutschland im öffentlichen Diskurs, Finckenstein & Salmuth, Berlin
 - Hirsch, Burkhard (2006): Das Zuwanderungsgesetz und die Bürgerrechte Bemerkungen zu einem untauglichen Versuch am tauglichen Objekt, In: Krüger-Potratz, Marianne: Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik, V&R Unipress, Göttingen
 - Hormel, Ulrike; Scherr, Albert (2010): Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse; VS Verlag
 - Keskin, Hakki (2009): Deutsch-türkische Perspektiven Plädoyer für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Taunus
 - Kinzinger-Büchel (2009): Der Kopftuchstreit in deutschen Rechtsprechung und Gesetzgebung – eine verfassungsrechtliche Analyse, Deutscher-Anwalt-Verlag, Bonn
 - Kirwel, Thomas (1996): Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Presse untersucht an „Bild“, „FAZ“, „Taz“ und der „Deutschen National-Zeitung“, Verlag Dr Kovač, Hamburg
 - Kissrow, Winfried; Maaßen, Hans-Georg (2004): Ausländerrecht mit den Vorschriften des neuen Zuwanderungsgesetzes, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart
 - Klug, Petra (2010): Feindbild Islam? Der Diskurs über Muslime in Bundestagsdebatten vor und nach dem 11. September, Tectum-Verlag, Marburg
 - Klus, Sebastian (2005): Zwischen Ausgrenzung, Germanisierung und multikultureller Vielfalt. Kommunale Konzepte und Strategien zur Integration von Migant(inn)en, Aachen
 - Kolb, Holger (2002): Einwanderung und Einwanderungspolitik am Beispiel der deutschen „Green Card“, Der Andere Verlag, Osnabrück
 - Kolb, Holger (2004): Einwanderung zwischen wohlverstandenen Eigeninteresse und symbolischer Politik Das Beispiel der deutschen „Green Card“, Lit-Verlag, Münster
 - Krick, Eva (2013): Verhandlungen im Konsensverfahren Varianten kollektiver Entscheidungen im Expertengremien, Springer-Verlag, Wiesbaden
 - Krüger-Potratz, Marianne (2006): Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik, V&R Unipress, Göttingen
 - Krüger-Potratz, Marianne (2012): Familien- und Jugendpolitik in der Einwanderungsgesellschaft Akzente-Analysen-Aktionen, V&R Unipress, Göttingen
 - Krüger-Potratz, Marianne; Neumann, Ursula; Reich, Hans H. (Hrsg.) (2010): Bei Vielfalt Chancengleichheit Interkulturelle Bildung und durchgängige Sprachbildung, Waxmann-Verlag, Münster [u. a.]
 - Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien, Westdeutscher Verlag
 - Mazzoleni, Gianpietro (1998): Medienpolitik oder Politik mittels Medien? Die Unzulänglichkeit des Begriffs „Mediokratie“, In: Holtz-Bacha, Christina; Scherer; Helmut; Waldmann, Norbert (Hrsg.): Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben, Opladen/ Wiesbaden
 - McRae, Verena (1980): Die Gastarbeiter Daten, Fakten, Probleme, München

-
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2013): Deutschland Einwanderungsland Begriffe – Fakten – Kontroversen, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart
 - Memmi, Albert (1992): Rassismus, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1992
 - Merkel, Angela (2008): Leidenschaft und langer Atem, In: Diekmann / Özkök (2008) Süper Freunde: Was Deutsche und Türken sich wirklich zu sagen haben, Piper, Hamburg
 - Meyer, Thomas (2002): Sozialstruktur und Migration – Die soziale Lage der Arbeitsmigranten in Deutschland, In: Treichler, Andreas: Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und Ethnische Minderheiten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
 - Musch, Elisabeth (2011): Integration durch Konsultation? Konsensbildung in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden, Waxmann, Münster [u. a.]
 - Oers, Ricky van (2014): Deserving citizenship. Citizenship tests in Germany, the Netherlands and the United Kingdom, Nijhoff-Verlag, Leiden
 - Ostgathe, Dirk; Nowicki, Christian (2005): Zuwanderungsrecht kompakt Kurzerläuterungen zum Zuwanderungsgesetz mit europarechtlichen Bezügen, Boorberg, Stuttgart
 - Öztürk, Halit (2009): Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2009; bpb, Bonn
 - Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main
 - Pohl, Reinhard (2008): Einbürgerungstest 3 Mensch und Gesellschaft; Magazin-Verlag, Kiel
 - Reichertz, Jo (19 03 2007): Die Medien als selbständige Akteure, In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Innere Sicherheit im Wandel, 12/2007, bpb, Bonn
 - Reinders, Heinz (2009): Integrationsbereitschaft jugendlicher Migranten, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2009, bpb, Bonn
 - Roth, Klaus (2003): Vom Wandergesellen zum „Green Card – Spezialisten“ Interkulturelle Aspekte der Arbeitsmigration im östlichen Mittelmeerraum, Waxmann, Münster [u. a.]
 - Ruhrmann, Georg; Nieland, Jörg-Uwe (2001): Interaktives Fernsehen: Entwicklung, Dimensionen, Fragen, Thesen, VS-Verlag
 - Saleh, Mona (2008): Zuwanderung und Integration Rot-Grüne deutsche Ausländerpolitik 1998 bis 2005; Die Integration der muslimischen Minderheit im Fokus, Tectum-Verlag, Marburg
 - Schiffauer, Werner (1993): Die Civil Society und der Fremde – Grenzmarkierungen in vier politischen Kulturen, In: Balke, Friedrich; Habermas, Rebekka; Nanz, Patrizia; Sillem, Peter: Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt am Main
 - Schiffauer, Werner (2003): Migration und kulturelle Differenz Studie für das Büro der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin, Berlin
 - Schiffauer, Werner (2004): Vom Exil- zum Diaspora-Islam Muslimische Identitäten in Europa, In: Soziale Welt, H 4, Nomos Verlagsgesellschaft mbH
 - Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus Die islamische Gemeinschaft Milli Görü: eine Ethnographie, Suhrkamp-Verlag, Berlin
 - Schiffauer, Werner (2011): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz, transcript-Verlag, Bielefeld
 - SPD (Verf.) (1998): Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit, Berlin
 - SPD (Verf.) (2002): Erneuerung und Zusammenhalt. Wir in Deutschland Regierungsprogramm 2002-2005, Berlin
 - SPD (Verf.) (2005): Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest, Berlin
 - SPD (Verf.) (2009): Sozial und Demokratisch. Anpacken für Deutschland, Berlin
 - SPD/GRÜNE (Verf.) (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin
 - SPD/GRÜNE (Verf.) (2002): Koalitionsvertrag 2002 – 2006: Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland Für eine lebendige Demokratie, Berlin

- Steinmeier, Frank Walter (2008): Fremde? Freunde! – Plädoyer für eine gemeinsame Zukunft; In: Diekmann / Özkök: Süper Freunde: Was Deutsche und Türken sich wirklich zu sagen haben, Piper, Hamburg
- Storr, Christian (2007): Kommentar zum Zuwanderungsgesetz – Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz/ EU, Boorberg, Stuttgart
- Süßmuth, Rita: Migration und Integration (2006): Testfall für unsere Gesellschaft München Verlag?
- Thaa, Winfried (2007): Inklusion durch Repräsentation, Nomos-Verlag, Baden-Baden
- Thränhardt, Dietrich (2003): Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts, In: Meendermann, Karin (Hrsg.): Migration und politische Bildungs-Integration durch Information, Münster
- Tibi, Bassam (2007): Die islamische Herausforderung Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Primus, Darmstadt
- Tibi, Bassam (2009): Euro-Islam Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus-Verlag, Darmstadt
- Tibi, Bassam (2012): Islam in global politics. Conflict and cross-civilizational briging, Routledge-Verlag, London [u. a.]
- Tibi, Bassam (2006): Wie können Migranten integriert werden? In: Oberlechner, Manfred: Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa, Wien
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (2001): Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Berlin
- Waldenfels, Bernhard (2006): Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden, Frankfurt am Main
- Weidner, Stefan (2011): Aufbruch in die Vernunft Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen, Dietz-Verlag, Bonn
- Weißneo, Georg (2010): Bürgerrolle heute Migrationshintergrund und politisches Lernen, Budrich, Opladen [u. a.]
- Wicker, Hans-Rudolf (1997): Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität, Verlag Paul Haupt, Bern
- Winter, Bernd (2004): Gefährlich fremd Deutschland und seine Einwanderung, Lambertus, Freiburg im Breisgau
- Wolf, Richard; Reiter, Stefanie (2007): Politische Bildung für Migrantinnen und Migranten, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33/2007, bpb, Bonn
- Wolter, Achim (1999): Migration in Europa -Neue Dimensionen, neue Fragen, neue Antworten, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- Yilmaz-Günay, Koray; Klinger, Freya-Maria (2014): Realität Einwanderung Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe gegen Diskriminierung, VSA-Verlag, Hamburg
- Ziegler, Barbara; Seiler Brylla, Charlotta (2010): Die diskursive Konstruktion nationaler Identität in dem bundeseinheitlichen Einbürgerungstest der Bundesrepublik Deutschland. Eine diskursanalytische Untersuchung, Stockholm

11.1.2 Internet-Quellen

- Grundmann, Matthias (2004): Was ist Sozialisation, http://www.uni-muenster.de/Sozialisationsforschung/sozialisation_pdf/was%20ist%20Sozialisation.pdf, [abgerufen am 20.7.2014; 12:35 Uhr]
- Grundmann, Matthias: Aspekte einer allgemeinen Theorie der Sozialisation, http://www.uni-muenster.de/Sozialisationsforschung/sozialisation_pdf/Einfuehrung.pdf, [abgerufen am 20.7.2014; 12:28 Uhr]
- Der Islam gehört zur deutschen Wirklichkeit (<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/kommentare/islamkonferenz135.html> abgerufen am 9.5.2013/ 14:42 Uhr)
- Ein wichtiges Forum <http://www.wdr2.de/panorama/ucar102.html>, [abgerufen am 9.5.2013; 15:00 Uhr]
- <http://ditib.de/default.php?id=12&lang=de>, [abgerufen am 25.3.2015; 14:23 Uhr]
- <http://lexetius.com/AufenthG/19a>, [abgerufen am 8.6.2013; 12:37 Uhr]

- <http://sz-media.sueddeutsche.de/de/service/markt-und-mediastudien-mafo.html>, [abgerufen am 13.7.2014; 12:52 Uhr]
- <http://verlag.FAZ.net/unternehmen/ueber-uns/portraet/wissen-fuer-kluge-koepfe-portraet-der-f-a-z-11090906.html>, [abgerufen am: 13.7.2014; 13:41 Uhr]
- <http://www.bamf.de/SharedDocs/Projekte/DE/DasBAMF/Forschung/Migration/migrationsbericht.html?nn=1663558> [abgerufen am 17.7.2014; 15:14 Uhr]
- <http://www.bamf.de/SharedDocs/Projekte/DE/DasBAMF/Forschung/Migration/migrationsbericht.html?nn=1663558>, [abgerufen am 17.7.2014; 15:52 Uhr]
- <http://www.bildblog.de/auflage.html> (Stand: 04.10.2007) oder http://www.axelspringer-mediaplot.de/artikel/Bild-Regional-Auflage-BILD-Belegungseinheiten_915700.html, [abgerufen am: 13.7.2014; 12:35 Uhr]
- <http://www.bpd.de/apuz/>, [abgerufen am: 7.11.2013; 12:31 Uhr]
- http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030924_2bvr143602.html, [abgerufen am: 1.4.2015; 11:34 Uhr]
- http://www.bverwg.de/entscheidungen/verwandte_dokumente.php?az=BVerwG+2+C+45.03, [abgerufen am: 1.4.2015; 11:40 Uhr]
- <http://www.geertwilders.nl/>, [abgerufen am: 25.3.2015; 16:15 Uhr]
- <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/kommentare/islamkonferenz135.html>, [abgerufen am 9.5.2013; 14:42 Uhr]
- <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/geschichte>, [abgerufen am: 13.7.2014; 12:47 Uhr]
- <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/portrait>, [abgerufen am: 13.7.2014; 12:44 Uhr]
- <http://www.Taz.de/!106557/>, [abgerufen am: 13.7.2014; 13:26 Uhr]
- <http://www.uni-trier.de/index.php?id=24373>, [abgerufen am: 1.4.2015; 12:05]
- SZ vom 12.07.2003: „Green Card. Ranjid sieht die rote Karte“ www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/434/14420/, [abgerufen am: 12.10.2007; 14:50]
- SZ vom 26.08.2003: „Völkerwanderung in Deutschland (4) Inder nett im Internet-Kultur. Inder nett im Internet.“ <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/863/16847/>, [abgerufen am: 12.10.2007; 15:00]

11.1.3 Zeitungen [chronologisch]

Die Bild-Zeitung: Axel-Springer-Verlag [Hrsg.], Hamburg Jg. 47-58 (1998-2009)

- 24.02.2000: „Fachkräftemangel. Schröder holt Experten aus dem Ausland“, S. 1
- 26.02.2000: „30.000 ‚Computer-Inder‘ wollen nach Deutschland“, S. 1
- 28.02.2000: „Leser schreiben an Bild. Zu: ‚Haben wir unsere Zukunft verschlafen?‘“, S. 2
- 02.03.2000: „Computer-Inder Surjit Singh Suri“, S. 2
- 04.03.2000: „Green Card: 56% wollen keine Computer-Inder“, S. 2
- 06.03.2000: „Streit um Computer-Gastarbeiter immer heftiger“, S. 1
- 06.03.2000: „IBM-Chef: Ohne Computer-Inder sehen wir als aus!“, S. 2
- 06.03.2000: „IBM-Chef: Ohne Computer-Inder sehen wir alt aus!“, S. 2
- 08.03.2000: „Leser schreiben an Bild: Zu: ‚Green Card: 56% wollen keine Computer-Inder‘“, S. 2
- 16.03.2000: „Leser schreiben in Bild“. Zu: „Computer-Inder“, S. 2
- 25.03.2000: „Streit um Computer-Gastarbeiter“, S. 1
- 04.05.2000: „Green Card beschlossen – Im August kommen die ersten Computer-Experten“, S. 2
- 08.07.2000: „Green Card“, S. 1
- 01.08.2000: „So sieht eine Green Card aus“, S. 2
- 01.10.2000: „Bayern verbietet Kopftuch“, S. 2

-
- 14.04.2001: „CSU fordert Anpassung an die deutsche Leitkultur“, S. 2
 - 31.05.2001: „Einige 10.000 Mark für einen deutschen Pass?“, S. 2
 - 05.07.2001: „Zuwanderung. Grenze auf für Genies und Top-Verdiener“, S. 2
 - 04.08.2001: „Minister-Schily's neues Ausländer-Recht. Wie viel kommen noch zu uns“, S. 2
 - 28.08.2002: „Deutschlands schöne Türkinnen“, S. 3
 - 02.07.2002: „Passen sich die Ausländer nicht genug an?“, S. 2
 - 03.07.2002: „Türkischer Unternehmer fordert Zwangs-Deutschkurse für Ausländer“, S. 2
 - 05.07.2002: „Kopftuch-Verbot für moslemische Lehrerinnen“, S. 2
 - 27-31.08.2002: „Deutschlands schöne Türkinnen“, S. 3
 - 29.08.2002: „Deutschlands schöne Türkinnen“, S. 3
 - 29.03.2003a: „Angst vor dem Fremden“, S. 2
 - 29.03.2003b: „Hauptsache Köpfchen“, S. 2
 - 12.06.2003: „Warum wir die Italiener lieben“, S. 1
 - 13.06.2003: „Heute 50 Gründe warum die Italiener uns Deutsche lieben“, S. 1
 - 25.09.2003: „Gericht erlaubt Kopftuch an Schule“, S. 1
 - 08.05.2004: „Zuwanderungsstreit wird jetzt Chef-Sache“, S. 2
 - 26.05.2004: „Bald 35 Millionen Türken bei uns? Noch mehr Sprüche vom SPD-Politiker“, S. 2
 - 27.05.2004: „Zuwanderung. Wie viele Ausländer kommen jetzt zu uns?Und was ist mit den Kriminellen?“, S. 2
 - 18.06.2004: „Zuwanderung? Wie viele kommen jetzt zu uns?“, S. 2
 - 02.07.2004: „Bundestag beschließt Zuwanderungsgesetz“, S. 2
 - 17.11.2004: „Grünen-Minister völlig durchgeknallt. Moslem-Feiertag statt Ostermontag“, S. 2
 - 01.12.2004: „Ausländer sollen Einbürgerung feiern“, S. 2
 - 13.01.2005: „Einwanderer müssen Deutsch schreiben können“, S. 1
 - 23.07.2005: „Islamisten-Hotline“, S. 1
 - 07.02.2006: „Moslem-Aufstand. Die ersten Toten“, S. 1.
 - 07.02.2006a: „Warum finden sie Mohammed besser als Jesus?“, S. 2.
 - 07.02.2006b: „Was Muslime tun sollenund was sie nicht dürfen“, S. 2
 - 09.02.2006: „Wir sind Freunde“, S. 2
 - 15.03.2006: „Wer deutschen Pass will, muss Robert Koch kennen“, S. 1
 - 05.04.2006: „Das läuft mit den Ausländern falsch“, S. 1
 - 06.04.2006a: „Ihr Deutschen seid doch selber Schuld“, S. 2
 - 06.04.2006b: „Zeit des Wegschauens ist vorbei“, S. 2
 - 07.04.2006: „Ausländer-Politik. So hat der Staat versagt“, S. 1
 - 29.04.2006: „Schulverbot für verhüllte Mädchen“, S. 1
 - 22.02.2007: „Bundesregierung will Ausländerrecht verschärfen“, S. 1
 - 24.03.2007: „Ich war Christin, jetzt bin ich Muslima“, S. 2
 - 10.07.2007: „Neue Serie ‚Die Kinder des Dschihad‘ – Islam Terror in Deutschland“, S. 8
 - 10.07.2007a: „Islam in Deutschland“, S. 8
 - 11.07.2007: „Ministerin sucht ein neues Wort für ‚Migranten‘“, S. 2
 - 11.07.2007a: „100 000 Hass-Seiten mit Terror-Aufrufen“, S. 10
 - 11.07.2007b: Serie: „Die Kinder des Dschihad‘ – Islam-Terror in Deutschland. Terror-Waffe Internet“, S. 10
 - 12.07.2007: „Türken boykottieren Integrationsgipfel“, S. 2
 - 12.07.2007: Serie: „Die Kinder des Dschihad‘ – Das Netzwerk des Islam-Terrors. ‚Auch deutsche Moslems kämpfen im Irak‘“, S. 10

-
- 13.07.2007a: „Abgrenzung erfüllt mich mit Sorge“, S. 2
 - 13.07.2007b: „Immer schön fair bleiben!“, S. 2
 - 13.07.2007c: „Merkel Der Bundesregierung stellt man keine Ultimatum“, S. 2
 - 14.07.2007: „Türkischer Präsident appelliert an Köhler“, S. 2
 - 24.07.2007a: „Mehr Einbürgerungen“, S. 2
 - 24.07.2007b: „Nach dem Wahlsieg von Erdogan fordern Politiker. Türkei schneller in die EU!“, S. 2
 - 21.08.2007: „Fachkräftemangel kostet 20 Milliarden Euro“, S. 1
 - 04.09.2007: „Türken-Zeitung vergleicht Merkel mit Hitler“, S. 2
 - 07.09.2007a: „Warum treten so viele Deutsche zum Islam über?“, S. 3
 - 07.09.2007b: „Der Westen behandelt Muslime wie Parasiten“, S. 3
 - 14.09.2007a: „Nicht nur auf Zuwanderer verlassen!“, S. 2
 - 14.09.2007b: „EU will Einwanderer aus Asien und Afrika anlocken“, S. 2
 - 08.10.2007: „Immer mehr deutsche Kirchen werden zu Moscheen“, S. 1
 - 11.12.2007a: „Keine neuen ‚Computer-Indexer‘“, S. 2
 - 11.12.2007b: „Kopftuchverbot ist rechtens“, S. 2
 - 17.12.2007: „CDU-Koch will Burkas an Schulen verbieten“, S. 1
 - 22.12.2007: „Deutsche Politiker fordern Moslems sollen Gewaltverzicht unterschreiben“, S. 1
 - 27.12.2007b: „Vor allem jugendliche Intensivtäter immer öfter aus Ausländerfamilien“, S. 5
 - 29.12.2007a: „22% aller Häftlinge sind Ausländer“, S. 11
 - 29.12.2007b: „Wirbel um das Koch-Interview!“, S. 11
 - 11.01.2008: „Jugendgewalt. Koch räumt Mängel ein“, S. 8
 - 12.01.2008: „Man kann aus meinem Mann keinen Verbrecher machen“, S. 2
 - 14.01.2008: „Leser schreiben in Bild Zu: ‚Struck beleidigt Koch und die Union‘“, S. 6
 - 19.01.2008: „So wirbt ein Grüner für den deutschen Pass“, S. 8
 - 12.03.2008: „Fast jeder Fünfte hat ausländische Wurzeln“, S. 1
 - 14.03.2008: „Kirchen für den Islam-Unterricht“, S. 2
 - 12.04.2008: „Deutschpflicht für Arbeitssuchende“, S. 1
 - 27.05.2008: „Ausländer zum Einbürgerungstest“, S. 2
 - 19.06.2008: „Muslime wollen sofort Einbürgerungstest“, S. 1
 - 04.07.2008: „Weniger Ausländer eingebürgert“, S. 1
 - 07.07.2008: „Bald islamische Viel-Ehen erlaubt?“, S. 2
 - 08.07.2008a: „Handwerks-Präsident schlägt Alarm. ‚Wir müssen Lehrlinge aus Polen holen!‘“, S. 2
 - Bildzeitung vom 08.07.2008b: „Lehrlinge aus Polen holen? Wir kommen sofort!“, S. 2
 - 08.07.2008a: „Einbürgerung. Wie Ausländer Deutsche werden“, S. 4
 - 08.07.2008b: „Die acht Bedingungen für den deutschen Pass“, S. 4
 - 10.07.2008a: „Integration richtig lecker!“, S. 6
 - 10.07.2008b: „Leser schreiben in Bild. Zu: ‚Einbürgerungstest – die Fragen in Bild‘“, S. 6
 - 01.08.2008: „Ausländer brauchen Grundkenntnisse“, S. 2
 - 29.08.2008: „Einbürgerungstest wird doch überprüft!“, S. 2
 - 30.08.2008: „Giordano kritisiert Kölner Moschee“, S. 2
 - 01.09.2008: „Ab heute Einbürgerungstest“, S. 1
 - 02.09.2008: „Ramadan. Deshalb fasten Moslems einen Monat lang“, S. 5
 - 06.09.2008a: „Wir arbeiten in der Firma, in der nur deutsch gesprochen werden darf“, S. 6
 - 06.09.2008b: „Auch hier wird nur Deutsch gesprochen. Deutsch-Pflicht – wo gibt es die noch? In der Fußball-Bundesliga“, S. 6
 - 06.09.2008c: „Leser schreiben in Bild. Zu: ‚Wer nicht deutsch spricht, fliegt raus‘“, S. 6

- 19.09.2008: „Mohammed ist jetzt Ex-Ausländer! Beim 1. Deutschen Einbürgerungstest beantwortete der schlaue Physiker aus NRW alle 33 Fragen richtig“, S. 3
- 01.10.2008: „Weniger Visa für ausländische Ehegatten“, S. 2
- 01.10.2008: „Deutschland sagt Danke! Wir waren Gastarbeiter der 1. Stunde“, S. 8
- 16.10.2008a: „Süper Freunde – Heute schreibt die Kanzlerin. Deutsche und Türken brauchen ein Wir-Gefühl für eine gute Zukunft“, S. 11
- 16.10.2008b: „Süper! Dieses Buch hilft Vorurteile abzubauen“, S. 11
- 17.10.2008: „Die Integration ist ein Auftrag an alle.“, S. 3
- 27.10.2008: „Rüttgers will mehr Moscheen“, S. 1
- 07.11.2008: „Integrationsgipfel bei der Kanzlerin“, S. 2
- 24.11.2008: „Grünen-Chef Özdemir fordert: Türkisch Unterricht an deutschen Schulen!“, S. 1
- 24.11.2008: „Grünen-Chef Özdemir fordert mehr Türkisch im Unterricht. Was an Schulen falsch läuft!“, S. 2
- 25.11.2008: „Türkisch-Unterricht? Lob und Tadel für den Özdemir-Vorschlag“, S. 2
- 03.12.2008: „CDU beschließt Bekenntnis zur deutschen Sprache“, S. 2
- 04.12.2008a: „Testen Sie Ihre Deutschkenntnisse“, S. 2
- 04.12.2008b: „Wie übersetzt man Rumpsteak“, S. 2
- 04.12.2008c: „Deutsch ins Grundgesetz. Muss ich Strafe zahlen, wenn ich Fremdwörter benutze?“, S. 2
- 07.12.2008: „Den eigenen Glauben leben, statt über Moscheen zu klagen!“, S. 2
- 25.01.2009: „Türken am schlechtesten integriert“, S. 1
- 30.01.2009: „Nach der Schockstudie über die Integration der Türken. Seht her, wir sind doch Deutsche“, S. 3
- 29.04.2009: „Morddrohung gegen Schäuble“, S. 2
- 13.05.2009: „Hier macht Angela Merkel aus 16 Ausländern echte Deutsche“, S. 2
- 05.09.2009: „Riesen-Wirbel um Video von Wahlkampfede. Rüttgers pöbelt gegen Rumänen und Chinesen“, S. 6.
- 30.09.2009: Leser schreiben in Bild zu: „Mekka-Zoff im Klassenzimmer. Muslimischer Schüler erstreitet vor Gericht eigenen Gebetsraum“, S. 8
- 01.10.2009a: Leser schreiben in Bild zu: „Mekka-Zoff im Klassenzimmer“, S. 10
- 01.10.2009b: „Kuschen wir zu viel vor dem Islam?“, S.10
- 08.10.2009a: „Stimmt eigentlich, was Sarrazin sagt?“, S. 3
- 08.10.2009b: „Ausländer-Schelte von Bundesbanker Sarrazin. Hier reden Türken Klartext“, S. 3
- 09.10.2009: „Deutsche Sprache soll ins Grundgesetz“, S. 1
- 09.10.2009: „Gericht kippt den ‚Gesinnungstest‘ für Ausländer“, S. 11
- 14.10.2009: „Wirbel um Islam-Feiertag für Schüler“, S. 1

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung: F.A.Z.-Verlag (Hrsg.), Frankfurt am Main, Jg. 50-61 (1998-2009)

- 14.07.1998: „Lehrerin mit Kopftuch darf nicht unterrichten“, S. 1
- 14.07.1998: „Lehrerin mit Kopftuch darf nicht unterrichten. Oberschulamts Stuttgart lehnt Einstellung einer Muslimin ab“, S. 2
- 17.07.1998: „Das Kopftuch ist im Islam mehr als nur ein Stück Stoff. Tradition und Verwestlichung“, S. 3
- 19.07.1998: „Verbote stärken den Fundamentalismus“. Der Streit um das Kopftuch im Schuldienst“, S. 4
- 15.08.1998: „Referendarin legt Widerspruch gegen Kopftuch-Entscheidung ein“, S. 1
- 07.07.2000: „Verwaltungsgericht lässt Berufung gegen das ‚Kopftuchurteil‘ zu: In Stuttgart unterrichtete eine Lehrerin jahrelang mit Kopftuch“, S. 4

- 28.10.2000: „Ziel ist die Integration in die gewachsene Gesellschaft.' Das Eckwertepapier der CDU zur Zuwanderung“, S. 2
- 05.11.2000: „Ökosteuer als Wahlkampf. Koch bei Kleinem Parteitag der Hessen-CDU: Werden über Integration reden“, S. 2
- 05.11.2000: „Der bequeme Ausweg Einwanderung führt in die Irre. Wirtschaft soll stärker die Arbeitskraft der Menschen in Deutschland nutzen. Mehrheit gegen stärkere Zuwanderung“, S. 4
- 06.11.2000: „Meyer will Debatte über ‚Nation‘ und ‚Patriotismus‘. Schröder mahnt ‚Eiferer‘ zu Toleranz / CDU berät über Zuwanderung / Müller regt Volksabstimmung an“, S. 1
- 07.11.2000: „Der Begriff irritiert den Gegner, was schon mal gut ist. Die CDU-Führung verständigt sich auf Grundaussagen zur Zuwanderung“, S. 1
- 07.11.2000a: „Jeremy Rifkin (amerikanischer Ökonom; Anm. des Verf.) plädiert für eine deutsche Leitkultur“, S. 1
- 08.11.2000: „CSU will eigenes Papier zur Zuwanderung vorlegen“, S. 1
- 08.11.2000: „Es hätte schlimmer kommen können'. CSU trotz allem erleichtert. Beweglichkeit Merkels in der Zuwanderungsdebatte“, S. 2
- 26.04.2001: „Struck: Qualifizierung geht vor Zuwanderung“, S. 2
- 27.06.2001: „Nur ohne Kopftuch vor die Klasse. Muslimische Lehramtsanwärterin scheitert abermals vor Gericht“, S. 2
- 01.07.2001: „Zuwanderung begrenzen'. SPD will zunächst nur Höchstqualifizierte. Deutsch-Pflichtkurse“, S. 2
- 08.07.2001: „Zuwanderung jetzt regeln“, S. 1
- 10.07.2001: „Greencard statt Strickweste“, S. 2.
- 12.07.2001: „Einheitliche Grundsätze für Zuwanderung“, S. 5
- 29.07.2001: „Konflikt um das Kopftuch auch in Krankenhäusern“, S. 3
- 03.08.2001: „Optik-Industrie für mehr Zuwanderung. Verband: Uns fehlen mehr als 10.000 qualifizierte Mitarbeiter“, S. 15
- 04.08.2001: „Schily will sich bei der Zuwanderung nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes richten. Gesetzentwurf sieht keine Quoten, aber Punktesystem vor. Die Union hat noch Fragen“, S. 1
- 04.08.2001: „Schilys Entwurf zur Zuwanderung“, S. 2
- 04.08.2001: „Schily setzt die Grünen an das Ende seiner Tagesordnung. In der Zuwanderungsfrage buhlt die SPD um die Zustimmung der Union“, S. 3
- 05.08.2001a: „Differenzen beim Familiennachzug“, S. 2
- 05.08.2001b: „Fachkräfte auch für Döner. Was Ausländer von der Zuwanderungsdebatte halten“, S. 2
- 05.08.2001: „Union mißfällt [sic!] Schilys ‚Fliegenfänger‘-Angebot. Zuwanderung: Stoiber und Schönbohm sehen vorerst keine Verhandlungsgrundlage“, S. 8
- 08.08.2001: „Die Abwerbung von Elitekräften kann Entwicklungsländer schwächen“, S. 14
- 08.09.2001a: „Müller: Schily wird den Entwurf im Sinne der Union verändern“, S. 2
- 08.09.2001b: „Wie die Zuwanderung unentbehrlich wurde“, S. 2
- 09.09.2001: „Schily-Plan auch in der SPD umstritten. Die Zuwanderung ‚nicht mit dem Kopf durch die Wand‘“, S. 1
- 09.09.2001: Streit um Zuwanderung spaltet die Koalition. Grüne sehen keine Bewegung beim Regierungspartner SPD, S. 2
- 11.09.2001: „Weiter Streit über Schilys Einwanderungskonzept. Innenminister setzen Arbeitsgruppe ein / Grüne hoffen auf Einigung / Müntefering: Es bleibt beim Zeitplan“, S. 2
- 11.09.2001: „Arbeitsgruppen und Vorwahltaktik. Die Einwanderungsdebatte zerfasert“, S. 3
- 15.09.2002: „Union will zuspitzen. Merkel: Zuwanderung ist kein ‚rechtes Thema‘“, S. 1
- 15.09.2002: „Union spitzt zu“, S. 2
- 26.06.2003: „Schavan: Ein wichtiges Signal. Baden-Württemberg begrüßt Leipziger Kopftuch-Urteil“, S. 2

- 07.08.2003: „Zuwanderung kann das Bevölkerungsproblem nur mildern. Ökonomen werben für eine Steuerung der Immigration / Entlastung der Sozialkassen / Zuwanderer sind flexibel und innovativ“, S. 12
- 24.09.2003: „Verfassungsgericht entscheidet Kopftuch-Streit“, S. 1
- 24.09.2003: „Religionsfreiheit und staatliche Neutralität. Schächten, Kruzifixe, Kopftuch: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet eine weitere Weltanschauungsfrage“, S. 3
- 25.09.2003: „Das Kopftuch. Wer es tragen sollte und wer nicht und warum Parlamente scheitern müssen“, S. 7
- 01.10.2003: „Bayern und Saarland verbieten Kopftuch“, S. 2
- 02.10.2003: Kopftuch-Streit in Stuttgart, S. 4
- 05.10.2003: „Ins Vorderhaus. Berlin verbietet das Kopftuch in Schulen und genehmigt neue Moscheen“, S. 6
- 11.10.2003: „Kultusminister uneins über das Kopftuch. Sieben Länder für Verbot im Unterricht“, S. 4
- 10.12.2003: „Kopftuch“, S. 10
- 06.01.2004: „Rot-Grün hofft auf Einigung bei Zuwanderung“, S. 2
- 11.03.2004: „Böhr: Kopftuch mit Verfassung nicht vereinbar“, S. 4
- 14.03.2004: „Ehrenwert aber zu spät. Das Kopftuch-Dilemma: Die christliche Tradition wird nicht mehr gefühlt“, S. 4
- 24.03.2004: „Streit über Kopftuch im Gerichtssaal“, S. 4
- 30.05.2004: „Einwanderung: Neuer Krach“, S. 1
- 25.06.2004: „Kopftuchverbot bestätigt“, S. 1
- 15.07.2004: „Der Umweg über die Hutmacherin. In Berlin ist eine Türkin auf der Suche nach einem Kopftuch, mit dem alle leben können“, S. 7
- 12.11.2004: „Union: Einwanderung durch die Hintertür“, S. 1
- 19.11.2004: „Offenkundig unzeitgemäß“, S. 14
- 17.01.2005: „Niedersachsen will Eid bei Einbürgerung“, S. 4
- 21.10.2005: „Einbürgerung auch ohne Schriftbekenntnis“, S. 2
- 23.11.2005: „Zweifel an der Rechtslage“, S. 4
- 07.01.2006: „Muslime erwägen Klage gegen Fragebogen“, S. 1
- 10.01.2006: „Islamische Verbände: Nicht antworten“, S. 3
- 10.01.2006a: „Der Staat darf differenzieren. Die Einbürgerung und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, S. 3
- 10.01.2006b: „Zwischen Koran und Grundgesetz“, S. 3
- 12.01.2006a: „Gewissensprüfung bei Einbürgerung? Metin Kaplan und der Stuttgarter Leitfaden“, S. 4
- 12.01.2006b: „Initiative gegen Zwangsehen. Körting: Schäubles Richtung stimmt / Nachzug erst ab 18 oder 20?“, S. 4
- 14.01.2006: „Auch Hessen plant Leitfaden zur Einbürgerung. Innenminister Bouffier: Wir erwarten ‚staatsbürgerliches Rucksackwissen‘ über Deutschland“, S. 4
- 15.01.2006: „Wer sind wir selbst? Zwei Stuttgarter Leitfäden zeigen, daß [sic!] sich die Deutschen ihres Gemeinwesens nicht gewiß [sic!] sind. So scheitert die Integration auf doppelte Art“, S. 13
- 16.01.2006: „Scharfe Kritik an Bouffier. Grüne: Geplanter Test in Hessen bei Einbürgerung ist Schikane“, S. 4
- 17.01.2006a: „Sprachförderprogramm in Hessen ausgeweitet“, S. 4
- 17.01.2006b: „Staatsbürgerkurs bei Einbürgerung“, S. 4
- 09.07.2006: „SPD: Gipfel zur Integration nur Show“, S. 1
- 09.07.2006: „Plauderstunde im Kanzleramt. Vor dem Integrationsgipfel. Maria Böhmer sorgt für Ärger in der Union“, S. 4
- 27.09.2006: „Schäuble wünscht sich ‚deutsche Muslime‘. Der Innenminister zur Islamkonferenz / Empörung über Absetzung von ‚Idomeneo‘“, S. 1

-
- 27.09.2006a: „Schäuble wünscht sich „deutsche Muslime“, S. 2
 - 27.09.2006b: „Im Zeichen alter Gegensätze. Die DIK – ein schwieriges Experiment“, S. 2
 - 28.09.2006a: „Islamkonferenz will ‚Idomeneo‘ besuchen. Schäuble: Ein wirklich guter Auftakt / Berlin bemüht sich um die Inszenierung“, S.1
 - 28.09.2006b: „Mit dem Islam erst am Anfang“, S. 1
 - 28.09.2006a: „Schäuble: Ein wirklich guter Auftakt“, S. 2
 - 28.09.2006b: „Die wichtigsten islamischen Teilnehmer“, S. 2
 - 28.9.2006c: „Kein Kulturkampf in Deutschland“, S. 2
 - 28.09.2006: „Spielplanänderung. Die ‚Idomeneo‘ - Inszenierung hängt nun nicht mehr von der Berliner Oper ab, sondern von Innensenator Körting“, S. 3
 - 28.09.2006a: „Will integrieren“, S. 12
 - 28.09.2006b: „Was ist ein deutscher Muslim. Bundesinnenminister Schäuble appelliert an drei Millionen Mitbürger“, S. 12
 - 29.09.2006: „Künast lobt Schäuble. ‚Das hätten wir uns von Ihrem Vorgänger gewünscht‘. Regierungserklärung zur Islamkonferenz“, S. 2
 - 01.10.2006: „Nach Islamtreffen: Wertedebatte geht weiter. Teilnehmer: ‚Nun müssen wir Haltung bekennen im Umgang mit Gewalt‘“, S. 1
 - 01.10.2006: „Ja, es gibt einen deutschen Islam‘ Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu über Schäubles Konferenz und den Glutkern des Glaubens“, S. 2
 - 05.03.2007: „Ein württembergischer Pim Fortyn“, S. 3
 - 24.03.2007: „Wulff warnt vor zu viel Toleranz für Muslime“, S. 2
 - 02.04.2007: „Der Verbindungsmann“, S. 14
 - 11.04.2007: „Islamischer Dachverband gegründet“, S. 1
 - 12.04.2007: „Schäuble lobt Gründung des Koordinierungsrats“, S. 1
 - 15.04.2007: „Schäubles Islamkonferenz stockt“, S. 1
 - 15.04.2007: „Im Namen des deutschen islamischen Volkes?“, S. 5
 - 02.05.2007a: „Die Deutsche Islamkonferenz“, S. 6
 - 02.05.2007b: „Islam in Deutschland“, S. 6
 - 02.05.2007c: „Wirklichkeit überwindet Wunschdenken“, S. 6
 - 02.05.2007d: „Wer darf für die Muslime sprechen?“ , S. 6
 - 03.05.2007: „Islamkonferenz ohne Beschlüsse“, S. 1
 - 3.5.2007: „Islamkonferenz ohne Beschlüsse“, S. 2
 - 05.06.2007: „Revision der Zuwanderungsvorschriften“, S. 15
 - 07.07.2007: „Böhmer weist Kritik an Integrationsgipfel zurück“, S. 1
 - 08.07.2006a: „Ungleich“, S. 1
 - 08.07.2006b: „Lehrerin darf Kopftuch im Unterricht tragen. Verwaltungsgericht gibt muslimischer Pädagogin recht / Land erwägt Klage auf Berufung“, S. 1
 - 08.07.2007: „Man spricht Deukisch“, S. 5
 - 11.07.2007a: „Böhmer will auch über neues Ausländergesetz sprechen“, S. 4
 - 11.07.2007b: „Die Kritik der Verbände“, S. 4
 - 11.07.2007c: „Integration evaluieren“, S. 4
 - 12.07.2007a: „Jährlich 750 Millionen für die Eingliederung der Ausländer“, S. 1
 - 12.07.2007b: „Merkel weist Kritik Münteferings zurück & Unter Schäubles Schutz und Schirm“, S. 1
 - 12.07.2007b: „Integrationsland“, S. 1
 - 12.07.2007a: „Der nationale Integrationsplan“, S. 2
 - 12.07.2007b: „Sprachförderung auf allen Ebenen“, S. 2.
 - 12.07.2007c: „Streit über die Zwangsehe“, S. 2

-
- 13.07.2007a: „Die Teilnehmer der Konferenz“, S. 2
 - 13.07.2007b: „Die Kanzlerin. Einzigartiger Plan“, S. 2
 - 07.08.2007: die Anziehungskraft saisonaler Zuwanderung“, S. 10
 - 22.08.2007: „Zuwanderung und Zuschüsse“, S. 11
 - 23.08.2007: „Zuwanderung nach Punkten“, S. 10
 - 28.12.2007: „Der Aufklärung eine Chance“, S. 9
 - 13.01.2008: „Rüde Töne in der Koalition. Ausländerdebatte wird zur Belastungsprobe“, S. 1
 - 13.01.2008: „Welche Angst der Bürger wiegt. Ausländerkriminalität contra Mindestlohn. Roland Koch hat vorerst die Diskussionshoheit an sich“, S. 2
 - 13.01.2008: „Ich wundere mich über Frau Merkel' Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) über Intensivtäter, volle Jugendgefängnisse, symbolische Debatten und das Bier in Kreuzberg“, S. 4
 - 12.02.2008: „Integration ja, Assimilation nein“, S. 3
 - 13.02.2008a: „Kein Assimilationsdruck“ Im Gespräch Integrationsminister Armin Laschet (CDU), S. 2
 - 13.02.2008b: „Berlin könnte auch dankbar sein' Unverständnis in der Türkei“, S. 2
 - 13.02.2008c: „Aleviten kritisieren Erdogans Rede“, S. 2
 - 13.02.2008d: „Weiter Kritik an Erdogan“, S. 2
 - 13.02.2008e: „Studie: Integration junger Türken verbessert“, S. 2
 - 14.02.2008a: „Erdogan schürt Ängste' Im Gespräch Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, über die Rede des türkischen Regierungschefs“, S. 2
 - 14.02.2008b: „Bundestag debattiert über Integrationspolitik“, S. 2
 - 14.02.2008c: „Integration und Assimilation“, S. 2
 - 15.02.2008a: „Das Dokument: Erdogans Kölner Rede“, S. 7
 - 15.02.2008b: „Assimilation, Integration, Identität“, S. 7
 - 05.03.2008: „Hitze Debatten, raffinierte Verhandlungen. In den vier Arbeitsgruppen der Deutschen Islamkonferenz wird um verbindliche Absprachen gerungen“, S. 3
 - 09.03.2008: „Am Tisch mit Islamisten und Orthodoxen. Vor der Islamkonferenz: Die Mehrheit der Muslime in Deutschland hat keine Stimme“, S. 14
 - 13.03.2008: „Wertestreit in der Islamkonferenz“, S. 1
 - 14.03.2008: „Die Islamkonferenz legt einen Zwischenbericht vor“, S. 1
 - 14.03.2008: „Zwischenbericht der Islamkonferenz“, S. 2
 - 16.03.2008: „Spalten statt versöhnen. Die Islamkonferenz kann etwas bringen, wenn die Entzweiung der Muslime gelingt“, S. 14
 - 10.06.2008: „Frage der Kultur, nicht der Religion“, S. 7
 - 11.06.2008: „Deutschlandkunde-Test für Einwanderer. Vom 1. September an eine Bedingung für Einbürgerung / 30 aus 310 Fragen“, S. 1
 - 11.06.2008: „Deutschland-Test für Einbürgerung“, S. 2
 - 11.06.2008: „Einbürgerungstest“, S. 8
 - 13.06.2008: „Das Kopftuch ist etwas anderes als das Kreuz“, S. 11
 - 09.07.2008: „Fragen zur Einbürgerung veröffentlicht. Kritik aus der SPD / Edathy: Viele Deutsche würden die Prüfung nicht bestehen“, S. 4
 - 28.08.2008: „Bundesregierung will Hochqualifizierte holen“, S. 1
 - 28.08.2008: „Hochqualifizierte erwünscht. Die Bundesregierung will die Zuwanderung erleichtern“, S. 13
 - 06.11.2008: „Böhmer zieht positive Integrationsbilanz“, S. 8
 - 07.11.2008: „Merkel will Integration messen“, S. 4
 - 13.11.2008: „Zuwanderer von heute sind keine Gastarbeiter mehr“, S. 13
 - 27.01.2009: „Einbürgerung erleichtern“, S. 6
 - 06.04.2009: „Nicht bloß türkische Bräute“, S. 7
 - 05.06.2009: „EU-Innenminister uneins über illegale Einwanderung“, S. 6

- 15.06.2009: „Türkischstämmigen fehlt die Anerkennung“, S. 4
- 24.06.2009: „4,3 Millionen Muslime in Deutschland“, S. 1
- 24.06.2009: „Viel mehr Muslime als gedacht“, S. 4
- 26.06.2009: „Ein guter Anfang“, S. 1
- 26.06.2009: „Jetzt kennt man sich ein bisschen besser“, S. 3
- 01.08.2009: „Integrationspolitik ist Standortpolitik“, S. 4
- 30.08.2009: „Der Einbürgerungstest“, S. 8
- 04.10.2009: „Die Liebeserklärung. Ein Interview bringt Thilo Sarrazin in die Bredouille“, S. 6
- 05.10.2009: „Sarrazin muss gehen“, S. 13
- 09.10.2009: „Am Strick der Sprache“, S. 1

Die Süddeutsche Zeitung: Süddeutscher Verlag (Hrsg.), München Jg. 54-65 (1998-2007)

- 14.07.1998: „Stuttgarter Toleranz Etikett“, S. 4
- 22.03.1999: „Ich fühle mich durch das Kopftuch emanzipiert“, S. 10
- 26.02.2000: „Lexikon. Green Card“, S. 2
- 03.03.2000: „Green Card nur für EDV-Experten“, S. 6
- 09.03.2000: „Wenn Manager zu Bittstellern werden“, S. 27
- 13.03.2000: „Ein ungeheures Potential an Facharbeitern liegt brach“, S. 11
- 15.03.2000: „Wir brauchen die Leute sofort“, S. 6
- 25.03.2000: „Muslimische Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten“, S. 7
- 31.03.2000: „CDU-Kampagne gegen Green Card“, S. 7
- 14.04.2000: „Kinder und Inder“, S. 4
- 06.04.2000: „Grüne nennen Green Card bürokratischen Unfug“, S. 1
- 07.04.2000: „Mensch, Rüttgers!“, S. 14
- 15.04.2000: „Generalsekretär Polenz gegen Anti-Green-Card-Kampagne“, S. 6
- 22.04.2000: „Riester will verlängerte Frist für Green Card“, S. 5
- 25.04.2000: „Aufgeklärtes Publikum angewidert“, S. 13
- 04.05.2000: „Arbeitsvermittler sollen Computer-Experten anwerben“, S. 6
- 04.05.2000: „Werben um die besten Köpfe“, S. 11
- 05.05.2000: „Beck kritisiert Aufenthaltsbefristung“, S. 7
- 10.05.2000: „Müller schlägt Junktim bei Green-Card-Regelung vor“, S. 6
- 18.05.2000: „Union verlangt umfassendes Konzept zur Einwanderung“, S. 6
- 22.05.2000: „High-Tech-Fuzzi aus dem Land gedrängt“, S. 12
- 02.06.2000: „Kabinett verabschiedet Green Card Regelung“, S. 6
- 01.08.2000: „Mit Bestnote in die Boom Branche“, S. 7
- 11.08.2000: „Schwierigkeiten bis in Rentenalter“, S. 11
- 27.06.2001: „Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten“, S. 6
- 30.07.2001: „Der Misserfolg als Erfolg“, S. 4
- 31.07.2001: „Der Fremde als Feind“, S. 9
- 04.08.2001: „Union hat Vorbehalte gegen Schilys Konzept“, S. 1
- 04.08.2001: „Otto Schilys Denkmal“, S. 4
- 04.08.2001: „Ein neues Recht für die Ausländer in Deutschland“, S. 6
- 09.08.2001: „Die Computer-Branche nennt Green Card Erfolg“, S. 22

-
- 08.09.2001: „Einig nur über die Uneinigkeit“, S. 2
 - 07.11.2001: „Das erste Gesetz frisst das zweite“, S. 4
 - 24.11.2001: „Klassenziel: Einbürgerung“, S. V1/11
 - 13.02.2002: „Die große Koalition der Verhinderer“, S. 4
 - 02.03.2002: „Von lautem Streit und leiser Heuchelei“, S. 8
 - 28.03.2002: „Nein, ich mäßige mich nicht“, S. 11
 - 05.07.2002: „Lehrerin darf nicht mit Kopftuch unterrichten“, S. 6
 - 19.12.2002: „Verfassungsbruch- Rechtsbeugung – Manipulation“, S. 2
 - 19.12.2002: „Es lebe das Zuwanderungsgesetz“, S. 4
 - 16.01.2003: „Ein Huhn für die Zuwanderer“, S. 4
 - 08.02.2003: „Rückwärts immer, vorwärts nimmer“, S. 4
 - 15.02.2003: „137 Schritte zurück“, S. 4
 - 04.06.2003: „Kann ein Stück Stoff indoktrinieren“, S. 2
 - 25.09.2003: „Länder brauchen Gesetz für Kopftuch“, S. 1
 - 25.09.2003: „Ich müsste mich sehr schämen“, S. 2
 - 29.09.2003: „Die Pluralisierungsfalle“, S. 13
 - 04.10.2003: „Nicht an meiner Schule“, S. 10
 - 29.11.2003: „...soweit es die nationale Identität erlaubt“, S. 8
 - 05.12.2003: „Drei Türen in der deutschen Festung“, S. 10
 - 25.03.2004: „Für rasche Abschiebung gefährlicher Ausländer“, S. 1
 - 02.04.2004: „Baden-Württemberg verbietet Kopftuch an Schulen“, S. 7
 - 05.05.2004: „SPD will Grüne an Verhandlungstisch zurückholen“, S. 1
 - 05.05.2004: „Aufstand gegen drei Punkte“, S. 5
 - 15.05.2004: „Ein 780.576 Quadratkilometer großes Kopftuch“, S. 13
 - 25.05.2004: „Chance für Zuwanderungsgesetz steigt wieder“, S. 1
 - 18.06.2004: „Ein Gesetz mit umgekehrten Vorzeichen“, S. 10
 - 19.06.2004: „Grüne und Christsoziale stützen Kompromiss“, S. 6
 - 26.06.2004: „Annette Schavan begrüßt das Kopftuch-Urteil“, S. 7
 - 28.10.2004: „Seyran Ates Türkische Kämpferin gegen das Kopftuch“, S. 4
 - 02.12.2004: „Die Freiheit und die Fremdheit“, S. 3.
 - 12.12.2005: „Warten, Warten, Warten“, S. 5
 - 31.12.2005: „Die Koffer bleiben gepackt“, S. 13
 - 02.01.2006: „Resultat ungenügend“, S. 4
 - 12.01.2006: „Bleibende Fragen. Baden-Württembergs Gesinnungstest für Einbürgerungswillige trotz zugesagter Überprüfung weiter umstritten“, S. 6
 - 17.03.2006: „Das Streiflicht“, S. 1
 - 17.03.2006a: „Stadt, Land, Fluss in Schwarz, Rot, Gold. Die Innenminister streiten darüber, welches Standards Einbürgerungswillige erfüllen sollen“, S. 10
 - 17.03.2006b: „Nennen sie drei deutsche Philosophen! Fragen zur Kultur, Geschichte und Politik des Landes und zur demokratischen Gesinnung des Kandidaten – der hessische Einbürgerungstest im Wortlaut“, S. 10
 - 03.05.2006: „Kopftuch fördert Integration“, S. 5
 - 11.07.2006: „SPD verschärft Ton bei Zuwanderung“, S. 5.
 - 15.07.2006: „Der asymmetrische Dialog. Integrationsgipfel: Man darf jetzt wieder Einwanderer statt Zuwanderer sagen“, S. 4
 - 15.07.2006: „Spitzentreffen zur Integration von Zuwanderern. Merkel zurückhaltend bei schärferen Sanktionen“, S. 7

-
- 17.07.2006: „Nach dem Integrationsgipfel“, S. 6
 - 23.09.2006: „Vor der Islam-Konferenz mit Bundesinnenminister Schäuble in Berlin. Querelen im Vorfeld des Treffens. Muslimische Verbandsvertreter halten die Auswahl der Teilnehmer für willkürlich – dennoch ist von ‚hohen Erwartungen‘ die Rede“, S. 7
 - 26.09.2006: „Vor dem Treffen mit hochrangigen Muslimen. Schäuble: Der Islam ist ein Teil Deutschlands“, S. 1
 - 26.09.2006: „Glaube und Rechtsstaat. Wie ein muslimisch-christlich-staatliches Dialogforum die Sharia deutet“, S. 5
 - 27.10.2006: „Ekin Deligös Kopftuch-Gegnerin unter Personenschutz“, S. 4
 - 02.11.2006: „Entspannung im Kopftuchstreit“, S. 5
 - 11.02.2007: „Dort wird das Kopftuch nicht eigens erwähnt, es ist allerdings von ‚Kleidungsstücken‘ und ‚Symbolen‘ die Rede“, S. 5
 - 06.03.2007: „Politik in Trippelschritten“, S. 5
 - 10.03.2007: „Länder fordern strenge Einbürgerungs-Regeln“, S. 6
 - 29.03.2007: „Kabinett verschärft das Zuwanderungsgesetz“, S. 6
 - 11.04.2007: „Muslime in Deutschland gründen Dachverband“, S. 6
 - 12.04.2007: „Kritik an Bündnis der Muslime“, S. 5
 - 19.04.2007: „Muslimrat. Geschlechter im Schulsport trennen“, S. 6
 - 21.04.2007: „Konkurrenz für Muslimrat“, S. 8
 - 27.04.2007: „Einmal rein, einmal raus“, S. 13
 - 02.05.2007: „Schädliches Geschwafel“, S. 4
 - 02.05.2007: „Islamkonferenz über Werte zerstritten“, S. 6
 - 03.05.2007: „Steiniger Weg“, S. 4
 - 03.05.2007: „Der Streit ist der Weg“, S. 5
 - 14.06.2007: „Eingliederung per Bußgeldkatalog“, S. 4
 - 07.07.2007: „Deutsch lernen ist keine Hürde, sondern eine Hilfe“, S. 7
 - 24.07.2007: „Deutsch werden“, S. 4
 - 31.07.2007: „Werbende Offenheit“, S. 9
 - 14.09.2007: „EU will gut ausgebildete Einwanderer“, S. 8
 - 15.09.2007: „Münster lehnt Blue Card ab“, S. 8
 - 27.09.2007: „EU-Parlament für Fachkräfte-Zuzug“, S. 7
 - 09.11.2007: „Ohne Pass nach Polen“, S. 5
 - 22.11.2007: „Kabinett gibt mehr Geld für Integrationskurse“, S. 6
 - 07.12.2007: „Unglaubliche Chance“, S. 8
 - 11.12.2007: „Kopftuch“, S. 2
 - 11.12.2007: „Diffuses Unwohlsein“, S. 4
 - 11.12.2007: „Kopftuch-Verbot in Hessen bleibt“, S. 1
 - 11.12.2007: „Kopftuchverbot in Hessen ist rechtens“, S. 5
 - 14.02.2008a: „Gräben statt Brücken. Integration in Deutschland: Nach dem Auftritt des türkischen Premiers in der Köln-Arena reißt die Diskussion nicht ab“, S. 5
 - 14.02.2008b: „Für dieses Land verausgabt“, S. 5.
 - 14.02.2008c: „Wandel in kleinen Schritten“, S. 5
 - 14.02.2008d: „Auf der Suche nach Einigkeit“, S. 5
 - 15.02.2008: „Herr Erdogan arbeitet nicht gegen uns“, S. 6
 - 14.03.2008: „Schäuble verspricht neue Moscheen“, S. 1
 - 15.03.2008: „Repräsentative Konflikte“, S. 6
 - 19.03.2008: „Kopftuch bleibt verboten“, S. 8

-
- 11.04.2008: „Islamische Baskenmütze“, S. 6
 - 02.06.2008: „Wie eins in der K-Gruppe. Die „kritische Islamkonferenz“ wird von Ideologen dominiert“, S. 12
 - 07.06.2008a: „Vormoderne Ideologie der Herrschaft“, S. 19
 - 07.06.2008b: „Menschenverachtende Grundlagen“, S. 19
 - 12.06.2008: „Heftige Kritik an Schäubles Einbürgerungstest“, S. 6
 - 27.06.2008: „Gericht erlaubt Kopftuch“, S. 6
 - 08.07.2008: „Lockruf für Talente“, S. 4
 - 08.07.2008a: „Akademiker sind willkommen“, S. 7
 - 08.07.2008b: „Punktesystem für Ausländer. Junge Unternehmer möchten neue Mitarbeiter anwerben“, S. 7
 - 09.07.2008: „Was man wissen muss, um ein guter Deutscher zu sein. Bundesinnenministerium veröffentlicht Fragen des geplanten Einbürgerungstest / Kritik von Opposition und Ausländerverbänden“, S. 8
 - 10.07.2008: „Einbürgerungstest mach mündig“, S. 6
 - 11.07.2008: „Zwei Pässe für ein Leben. Viele Ausländer, die Deutsche werden wollen, müssen ihre alte Staatsbürgerschaft ablegen – SPD und Union streiten, ob das so bleiben soll“, S. 8
 - 16.07.2008: „Abschied vom Gastarbeiter“, S. 4
 - 20.08.2008a: „Ernst machen mit der Zuwanderung. NRW-Integrationsminister Laschet sieht in offensiver Einwanderungspolitik großes ökonomisches Potential“, S. 6
 - 20.08.2008b: „So gut wie deutsch. Eingebürgerte sind besser integriert als ihre Landsleute“, S. 6
 - 21.08.2008: „Der Integrations-Turbo ...stottert: die Zahl der Einbürgerungen sinkt. Die Staatsbürgerschaftspolitik muss sich ändern“, S. 4
 - 27.08.2008: „Die Mischung macht’s“, S. 3
 - 17.10.2008: „Kopftuch nicht erlaubt“, S. 6
 - 02.02.2009: „Böhmer lehnt befristete Zuwanderung ab“, S. 6
 - 20.02.2009: „Liebloses Gesetz“, S. 4
 - 20.02.2009: „Zuzug ausländischer Partner geht zurück, S. 6. / 23.5.2009: Türken gegen Visa-Pflicht“, S. 8
 - 29.04.2009: „Abschreckendes Deutsch. Neue Sprachtests halten Ausländer von der Einbürgerung ab“, S. 1
 - 09.05.2009a: „In den Jahren des Asylstreits ist etwas zerbrochen, S. 10
 - 09.05.2009b: „Neue Heimat in der Fremde“, S. 10
 - 11.05.2009: „Kanzlerin für Einbürgerung“, S. 6
 - 12.05.2009: „Eintrittskarte für die Welt“, S. 2
 - 12.05.2009a: „Der Doppelpass mit der Staatsbürgerschaft“, S. 2
 - 12.05.2009b: „Und ewig lockt die Heimat“, S. 2
 - 13.05.2009: „Angst vor einem Problem, das es gar nicht gibt“, S. 2
 - 13.05.2009: „Kampf der fremden Kulturen“, S. 9
 - 17.06.2009: „Islamkonferenz berät über Sportunterricht. Neue Regeln sollen Umgang der Lehrer mit muslimischen Schülerinnen erleichtern“, S. 6
 - 25.06.2009: „Das Misstrauen bleibt. Islamkonferenz uneins über Vorgehen gegen Islamisten“, S. 6
 - 26.06.2009: „Man kennt sich jetzt“, S. 5
 - 10.09.2009: „Wo der Wind weht“, S. 3
 - 01.10.2009: „Letzte Frist für Flüchtlinge. Bleiberecht von Tausenden Zuwanderern läuft aus“, S. 7
 - 12.10.2009: „Sarrazin droht die Entmachtung“, S. 17
 - 16.10.2009: „Mühsamer Weg in die Realität“, S. 4

**Die tageszeitung: taz-Verlag (Hrsg.), Berlin
Jg. 20-31 (1998-2009)**

- 14.07.1998: „Unterricht? Nicht mit deinem Kopftuch!“, S. 1
- 16.07.1998: „Keine Chance für Kopftuch“, S. 6
- 20.07.1998: „Religionsfreiheit oder Freiheit von Religion?“, S. 14
- 21.07.1998: „Die Schule ist kein Bankschalter“, S. 10
- 24.07.1998: „Zu viele Greuel im Namen des Tuches“, S. 14
- 27.07.1998: „Ja zum Kopftuch“, S. 14
- 25.02.2000: „Gerhard Schröders schnelle Green Card kommt nicht gut an“, S. 1
- 25.02.2000: „Im Deutschen Boot ist ganz plötzlich ganz viel Platz.“, S. 2
- 10.03.2000: „Die Green Card ersetzt keine Moderne Einwanderungsdebatte“, S. 11
- 17.03.2000: „Welcher Ausländer soll's sein“, S. 7
- 03.04.2000: „Der Fehlstart der neuen CDU“, S. 4
- 07.04.2000: „Neuer Zoff um die Green Card“, S. 8
- 22.04.2000: „Roter Teppich für Green-Card-Inder“, S. 1
- 22.04.2000: „Inder versetzen Schröder“, S. 7
- 04.05.2000: „Wirtschaft macht Politik“, S. 1
- 18.05.2000: „Union im wundersamen Wandel“, S. 3
- 21.06.2000: „Für Gaststudis gilt: Examen in der Tasche, raus aus dem Land!“, S. 15
- 22.06.2000: „Mit Green Card zum Bowling“, S. 5
- 28.07.2000: „Die Vorteile von 50plus“, S. 8
- 29.07.2000: „Indische Revolution in Deutschland“, S. 1
- 01.08.2000: „Premiere für die Green Card“, S. 6
- 16.12.2000: „Deutsche Frauen statt IT-Inder“, S. 8
- 01.02.2001: „Brav, bescheiden, unauffällig“, S. 5
- 20.03.2001: „Green Card auch für Ingenieure?“, S. 9
- 01.08.2001a: „Jene Karte, die Green Card heißt“, S. 7
- 01.08.2001b: „Markt allein geht nicht“, S. 7
- 04.08.2001: „Die Kernpunkte des Zuwanderungsgesetzes“, S. 3-4
- 08.08.2001: „Türken drohen Schily mit Klage“, S. 8
- 09.08.2001: „Von den Kindern der Inder lernen“, S. 1
- 29.08.2001: „Grünen schmeckt Schily nicht“, S. 1
- 06.11.2001: „Wenn Otto Schily zweimal klingelt“, S. 3
- 08.11.2001: „Stolz, ein Türke zu sein“, S. 8
- 17.01.2002: „Ausländer gut für Jobmarkt“, S. 7
- 19./20.1.2002: „Muslime wollen Schächterzertifikat“, S. 5
- 24.01.2002: „15 Hürden gegen die Zuwanderung“, S. 8
- 27.02.2002: „Türken sind optimistisch“, S. 6
- 05.03.2002: „Alice im Wunderland“, S. 16
- 13.02.2003: „Türken gegen faulen Konsens“, S. 7
- 19.05.2003: „Trauerspiel in wechselnden Kulissen“, S. 7
- 04.06.2003: „Wie im Kasperletheater“, S. 7
- 30.06.2003: „Spielwiese für Islamisten“, S. 14
- 04.07.2003: „F. Ludin versus A. Schwarzer“, S. 8
- 05.07.2003: „Das Kreuz mit dem Tuch“, S. 1

-
- 07.08.2003: „Nach der Green Card bleibt nur die Heirat“, S. 8
 - 22.09.2003: „Ohne Kopftuch fühle ich mich nackt“, S. 5
 - 25.09.2003: „Kein Verbot ohne Gesetz“, S. 3
 - 01.10.2003: „Bayern plant Kopftuchgesetz“, S. 7
 - 08.11.2003: „Frau Ludin und die Mudschaheddin“, S. 10
 - 08.11.2003: „Die Strategie der zwei Türen“, S. 15
 - 28.01.2004: „Schädliche Konsenssuche“, S. 11
 - 13.02.2004: „Türken gegen faulen Kompromiss“, S. 7
 - 23.04.2004: „Ausländer! Bleibt Ausländer!“, S. 1
 - 23.04.2004: „Schily spart sich die Integration“, S. 6
 - 03.05.2004: „Wir bleiben eine geschlossene Gesellschaft“, S. 11
 - 04.05.2004: „Grüne wandern aus“, S. 1
 - 27.05.2004: „Was bleibt, ist Misstrauen“, S. 3
 - 18.06.2004: „Zuwanderer müssen schlucken“, S. 1
 - 26.06.2004: „Gericht will Ludin oben ohne“, S. 1
 - 26.06.2004: „Kopftuchkonflikte zum Selberbasteln“, S. 11
 - 07.10.2004: „Hessens Beamte ohne Kopftuch“, S. 7
 - 27.11.2004: „Neue Härtefallregelung kommt für viele Flüchtlinge zu spät“, S. 7
 - 29.11.2004: „Die neue Abschiebe-Tour“, S. 6
 - 02.12.2004: „Pflicht zu Deutschkursen“, S. 2.
 - 24.01.2005: „Großer Kehraus für Islamisten“, S. 2
 - 28.12.2005: „Deutschland, nein danke“, S. 3
 - 04.01.2006a: „Die Gesinnungsprüfung“, S. 3
 - 04.01.2006b: „Kritik am Stigma eines Test“, S. 3
 - 05.01.2006: „Opposition gegen den Muslim-Test“, S. 7
 - 06.01.2006a: „Der Test überfordert die Ausländerbehörde“, S. 7
 - 06.01.2006b: „Muslim-Test im Kreuzverhör“, S. 7
 - 06.01.2006: „Mach den Muslim-Test!“, S. 14
 - 07./08.01.2006a: „Schlichtweg unseriös“, S. 2
 - 07./08.01.2006b: „Der türkische Gegenfragebogen“, S. 2
 - 07./08.01.2006: „Muslim-Test für Deutschland“, S. 11
 - 10.01.2006: „Schäuble provoziert Aufschrei bei den Migranten“, S. 2
 - 06.05.2006: „Durchgefallen. Diese Deutschen könnten niemals Deutsche werden“, S. 1
 - 06.05.2006a: „Noch mehr Hürden“, S. 3
 - 06.05.2006b: „Kleine Delikte gibt es in den besten Familien“, S. 3
 - 06.05.2006: „Resozialisierung? Für eingeborene Deutsche selbstverständlich, bei der Migranten-Integration endgültig ein Fremdwort.“, S. 11
 - 08.06.2006: „Gut gemeint, schlecht gedacht“, S. 10
 - 10.07.2006a: „Gipfel ohne Muslime“, S. 2
 - 10.07.2006b: „Eher wird Saudi-Arabien Weltmeister“, S. 2
 - 10.07.2006: „Kopftuch erzürnt Ministerin“, S. 7
 - 11.07.2006: „SPD integriert vor dem Gipfel alle Positionen“, S. 7
 - 12.07.2006: „Regierung bei Integration laut, aber machtlos“, S. 6
 - 13.07.2006: „Signal gegen das Ressentiment“, S. 11
 - 14.07.2006a: „Was will der heutige Integrationsgipfel“, S. 4
 - 14.07.2006b: „Am Anfang ist das Wort“, S. 4

-
- 14.07.2006: „Ich bin nicht der Alibi-Türke“, S. 12
 - 15.07.2006: „CDU wird endlich integriert“, S. 1
 - 15.07.2006: „Zuckerbrot für Merkel und Migranten“, S. 6
 - 18.07.2006: „Islam: Grüne für Gleichstellung“, S. 7
 - 02.09.2006: „Anwältin für Frauenrechte gibt auf“, S. 6
 - 08.09.2006: „Junge deutsche Muslime allein gelassen“, S. 7
 - 02.10.2006: „Profalla, der Provokateur“, S. 6
 - 04.10.2006: „Die Menschheitsoper“, S. 10
 - 05.10.2006: „Dialog für Religionsfrieden startet“, S. 6
 - 06.10.2006: „Hamburg geht auf Muslime zu“, S. 6
 - 06.11.2006: „Keine Lust auf Mozart“, S. 7
 - 16.01.2007: „Muslimische Lehrerin muss weiter Hut tragen“, S. 7
 - 16.01.2007: „Offen für den religiösen Pluralismus“, S. 12
 - 18.01.2007: „Der Mützenstreit im Klassenzimmer“, S. 6
 - 01.03.2007: „Wer die Muslime repräsentiert“, S. 1
 - 01.03.2007: „Ein scheuer Chef auf dem Schleudersitz“, S. 7
 - 01.03.2007: „Exmuslime bekennen sich zum Abfall von der Religion. Das Tabu in Frage stellen“, S. 11
 - 05.03.2007: „Deutsche Muslime bald mit einer Stimme“, S. 7
 - 22.03.2007: „Im Namen des Volkes: Prügel erlaubt“, S. 1
 - 22.03.2007a: „Falsches Verständnis“, S. 1
 - 22.03.2007: „Zumutbare Härte“, S. 3
 - 12.04.2007a: „Neues Fundament für Deutschlands Muslime“, S. 1
 - 12.04.2007b: „Die Stimme der konservativen Muslime“, S. 1
 - 12.04.2007a: „Islamische Verbände“, S. 3
 - 12.04.2007b: „Bedeutsamer Schritt“, S. 3
 - 12.04.2007c: „Ein Rat für Schäuble“, S. 3
 - 24.04.2007: „Mit Kopftuchträgerinnen redet keiner“, S. 7
 - 03.05.2007: „Mit Gott und dem Grundgesetz“, S. 2
 - 04.05.2007: „Lasst Muslima zu Wort kommen“, S. 12
 - 04.05.2007a: „Emanzipiert von Frau Kelek“, S. 12
 - 15.05.2007: „Wettbewerb um Qualifizierte wird härter“, S. 2
 - 06.06.2007: „Weder Kopftuch noch Kippa“, S. 4
 - 08.06.2007a: „Die anderen Länder freuen sich“, S. 3
 - 08.06.2007b: „Pluspunkte für gute Ausländer“, S. 3
 - 09.06.2007: „Fachkräftemangel als Wachstumsbremse“, S. 4
 - 12.06.2007: „Einwanderung nach Punkten“, S. 12
 - 14.06.2007a: „Die wichtigsten Änderungen“, S. 6
 - 14.06.2007b: „Verschärfen statt helfen“, S. 6
 - 14.06.2007: „Bei Integration zurück auf null“, S. 11
 - 15.06.2007: „Bundestag beschließt Hürden für Zuwanderer“, S. 7
 - 27.06.2007: „Zuwanderung: SPD will punkten“, S. 6
 - 27.06.2007: „Gerede von der Spitzenkraft“, S. 11
 - 04.07.2007: „Ein fast historisches Ereignis“, S. 2
 - 04.07.2007: „Ende der Symbolpolitik“, S. 11
 - 05.07.2007: „Harte Reaktion auf die Boykottandrohung“, S. 6
 - 07.07.2007a: „Appell an den Bundespräsidenten“, S. 2

-
- 07.07.2007b: „Ohren zu und durch“, S. 2
 - 07.07.2007: „Große Koalition der Ignoranz“, S. 12
 - 10.07.2007: „Tausche Integration gegen Zuwanderung“, S. 6
 - 11.07.2007: Woran die Integration scheitert, S. 1
 - 11.07.2007: Ultimatum abgelehnt, S. 3
 - 13.07.2007: „Meilen- oder Stolpersteine“, S. 4
 - 15.08.2007: „Kein Grace-Kelly-Look im Klassenzimmer“, S. 5
 - 16.08.2007: „Koch-Regierung wird Diskriminierung vorgeworfen“, S. 6
 - 24.10.2007: „EU-Card nur für Topleute“, S. 2
 - 25.10.2007: „Union zeigt der Blue Card die rote Karte“, S. 6
 - 15.11.2007: „Mit dem Koran für Frauenrechte kämpfen“, S. 7
 - 27.11.2007: „Kopftuchverbot für Kinder?“, S. 14
 - 11.12.2007: „Roland Kochs Kopftuchverbot bleibt“, S. 6
 - 11.12.2007: „Kopftuch-Verbot für Beamtinnen bleibt“, S. 12
 - 22.12.2007: „Tolle zivilisierte Welt, tolle Werte“, S. 12
 - 13.02.2008: „Fast alle gegen Erdogan. Nach der CSU kritisieren auch SPD, Grüne und Linkspartei die Vorstellungen des türkischen Ministerpräsidenten“, S. 5
 - 13.02.2008: „Auf Augenhöhe“, S. 11
 - 19.02.2008: „Ausländische Kinder machen selten Abitur“, S. 7
 - 28.02.2008: „Kopftuchverbot bestätigt“, S. 6
 - 11.03.2008: „Muslime streiten über Anerkennung“, S. 2
 - 13.03.2008: „Wir sind nicht starr organisiert“, S. 6
 - 14.03.2008a: „Den Hasspredigern Konkurrenz machen“, S. 2
 - 14.03.2008b: „Streit über Werte“, S. 2
 - 14.03.2008: „Mühsame Verständigung. Die Islamkonferenz kommt nur zäh voran, sie ist trotzdem sinnvoll“, S. 11
 - 15.03.2008: „Stuttgart steht zu seinen Nonnen“, S. 6
 - 15.03.2008: „Islam mach Schule“, S. 18
 - 19.03.2008: „Nonnen retten das Kopftuch nicht“, S. 8
 - 29.03.2008: „Die Dinge nicht zu Ende gedacht“, S. 12
 - 01.04.2008: „Radikaler will für alle Muslime sprechen“, S. 7
 - 11.04.2008: „Auch Baskenmütze ist ein Kopftuch“, S. 7
 - 02.06.2008: „Religion soll privat bleiben“, S. 7
 - 07.07.2008a: „Gute Leute rein“, S. 2
 - 07.07.2008b: „Gute Hochqualifizierte raus“, S. 2
 - 09.07.2008: „Kein Anreiz zur Einbürgerung“, S. 1
 - 09.07.2008: „310 Fragen für den 1 Pass“, S. 3 ff.
 - 09.07.2008: „Deuschtürken fordern den Doppelpass“, S. 10
 - 11.07.2008: „SPD: Doppelpass nicht nur für Kinder“, S. 6
 - 14.07.2008: „Ein weit verbreiteter Irrtum“, S. 7
 - 16.07.2008: „Nur wenig Lust auf Deutschland“, S. 6
 - 16.07.2008: „Wertschätzung sieht anders aus“, S. 11
 - 19.09.2008a: „Da sind wir Kölner intolerant“, S. 3
 - 19.09.2008b: „Rechentreff ohne Stargäste“, S. 3
 - 19.09.2008c: „Karneval der Unkultur“, S. 3
 - 29.09.2008: „13 Stunden in der Gefangenensammelstelle“, S. 6

-
- 17.10.2008: „Muslimische Lehrerin entlassen – Klage gescheitert“, S. 6
 - 27.10.2008: „Einwanderer bemängeln neue Hindernisse“, S. 6
 - 28.10.2008: „Böhmer tadelt Migranten“, S. 6
 - 28.11.2008: „Kopftücher ab, Hüte auf“, S. 7
 - 29.11.2008: „Protestanten wollen weg vom Kuschelkurs“, S. 6
 - 18.12.2008: „Muslime boykottieren Mozart“, S. 6
 - 18.12.2008: „Großes Kino“, S. 15
 - 03.02.2009: „Arbeit, Bildung, deutscher Pass“, S. 11
 - 25.03.2009: „SPD will neue Einwanderungspolitik“, S. 6
 - 13.05.2009: „Zur Einbürgerung ins Kanzleramt“, S. 6
 - 04.06.2009: „Zurück ins Ungewisse“, S. 3
 - 11.06.2009: „Integrationsbericht: Regierung türkt Zahlen“, S. 1
 - 11.06.2009: „Dumm, faul, kriminell?“, S. 2
 - 13.06.2009a: „Steiniger Weg zum deutschen Pass“, S. 1.
 - 13.06.2009b: „Deutlich weniger Einbürgerungen“, S. 1.
 - 13.06.2009a: „Angst vor Sprachprüfungen“, S. 2.
 - 13.06.2009b: „Deutscher Pass nicht gefragt“, S. 2
 - 13.06.2009: „Ich werde ohne Grund von der Polizei kontrolliert“, S. 5
 - 15.06.2009: „Hohe Kosten für die Einbürgerung“, S. 7
 - 22.06.2009: „Schäuble will Islam gleichstellen“, S. 1
 - 22.06.2009: „Wir ertragen uns“, S. 4
 - 24.06.2009: „Genug konferiert“, S. 12
 - 26.06.2009: „Konferenz ohne Konsens“, S. 2
 - 07.09.2009: „Sehr deutscher Arbeiterführer“, S. 2
 - 07.09.2009: „Grüne: Rüttgers-Äußerung ist Rassismus“, S. 6
 - 07.09.2009: „Kalkulierte Entgleisung“, S. 12
 - 08.09.2009: „Anzeige Rüttgers wegen Volksverletzung“, S. 6
 - 09.09.2009: Der freundliche Rheinländer, S. 17
 - 10.09.2009: „Flüchtlinge geraten zurück in die Duldung“, S. 6
 - 10.09.2009: „Opposition nimmt Rüttgers in die Mangel“, S. 7
 - 10.09.2009: „Gefangen in einer Zeitschleife“, S. 12
 - 19 & 20.09.2009: „Rumänen-Schelte“: Gegen Rüttgers wird nicht ermittelt, S. 6
 - 19 & 20.09.2009: „Ruhe für die Ausländerfront“, S. 12
 - 20.09.2009: „Demos gegen Islam-Hetze“, S. 6
 - 22.09.2009: „Notbremse á la Köln“, S. 1
 - 22.09.2009a: „Kein Kölsch für Nazis“, S. 3
 - 22.09.2009b: „Die Linke ist zu zurückhaltend“, S. 3
 - 30.09.2009: „Islamischer Religionsunterricht als zentrale Aufgabe“, S. 7
 - 02. & 03. & 04. 10.2009: „Liberale wollen Arbeitsverbot für Asylbewerber kippen“, S. 6
 - 05.10.2009: „Migranten an die Macht“, S. 1
 - 05.10.2009: „Der Tabubrecher“, S. 2
 - 05.10.2009: „Konsens und Kompromiss sind nötig“, S. 5
 - 05.10.2009: Sarrazin unter Druck, S. 7
 - 06.10.2009: „Ausländer-Beleidigung. Sarrazin lehnt weitere Erklärung ab“, S. 6
 - 08.10.2009: „Interview mit einer Bestie“, S. 14
 - 10 & 11.10.2009: „Zentralrat greift Sarrazin an“, S. 7

-
- 10. & 11.10.2009: "It's Germany here", S. 11
 - 12.10.2009: „Sarrazin droht die Entmachtung in der Bundesbank“, S. 9
 - 14.10.2009: „Einen Sarrazin braucht niemand“, S. 1
 - 14.10.2009: „Sarrazin abgewatscht“, S. 2
 - 19.10.2009: „Bundesbank kannte Sarrazin-Interview“, S. 7

11.2. *Abbildungsverzeichnis*

Abbildung 1 Idealtypisches Schleusenmodell ohne Erweiterung.....	9
Abbildung 2 Idealtypisches Schleusenmodell mit Erweiterung	11

